

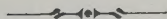
# Die Entstehung der Landeshoheit

nach niederrheinischen Quellen

Studien über Grafschaft, Immunität und Vogtei

Von

Hermann Aubin



Berlin  
1920

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

Vaduz  
1965

Reprinted from a copy in the collections of  
The New York Public Library

Printed in the United States of America

## Vorwort.

Die hier vorgelegten Untersuchungen sind aus den Vorarbeiten zur Herausgabe der Kurkölnischen Weistümer entstanden, mit welcher ich von der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde betraut worden war. Um den erläuternden Einleitungen der einzelnen Stücke eine breitere rechtsgeschichtliche Grundlage zu geben, erwieß es sich notwendig, an einem größeren Quellenkreise die Beobachtungen nachzuprüfen, welche sich mir aus dem besonderen Material des einen und später zweier Aemter des einen Territoriums aufgedrängt hatten. Es kam vor allem darauf an, die territoriale Gerichtsorganisation des Spätmittelalters und der Neuzeit anzuknüpfen an die Entwicklung der Reichsverfassung, wie man sie bisher gezeichnet hat. Dabei ergab sich, daß eine strenge Anwendung der Lehrsätze, welche als die heute herrschende Meinung gelten müssen, nicht ausreicht, die tatsächlichen Verhältnisse zu erklären. In dem gemessenen Rahmen einer Quellenausgabe war kein Raum, die Begründung für abweichende Meinungen vorzutragen. Es wurde dort nur soviel gegeben, als zum Verständnis der Quellen unbedingt nötig schien. Die Rechtfertigung der aufgestellten Sätze mußte einer anderen Stelle vorbehalten bleiben.

Inzwischen erhielten die wichtigsten Ergebnisse, welche ich aus den niederrheinischen Quellen gewonnen und in dem im August 1912 abgeschlossenen Manuskript des ersten Bandes der Kurkölnischen Weistümer niedergelegt hatte, eine

erwünschte Bestätigung durch den zweiten Teil von Dopschs Buch über die Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit und Hirschs Arbeit über die Klosterimmunität seit dem Investiturstreit. Es schien mir nun umsomehr geboten, das gesammelte Vergleichsmaterial vorzulegen.

Für die Begrenzung des Untersuchungsgebietes waren folgende Gesichtspunkte maßgebend: Im allgemeinen, daß die Untersuchung sich keinesfalls auf ein Territorium beschränken dürfe, sondern vielmehr eine vollkommene Uebersicht über irgend ein räumlich geschlossenes Gebiet anstreben müsse. Die Grundlagen unserer Kenntnis der Verfassungsgeschichte sind aus einem ziemlich beschränkten Stoff gewonnen worden, wie ihn die Königsurkunden der älteren, vornehmlich der Karolingischen und Ottonischen Zeit darboten. Allerdings enthalten diese Quellen in besonderem Maße und scharfer Betonung die entscheidenden Tatsachen, und die glänzende Intuition jener Forscher, welche sie ausschöpften, wußte sie so zu verbinden, daß der Aufriß des entworfenen Bildes vielseitiger anzweifelnder Prüfung stand hielt.

Diese Art der Quellen brachte es aber mit sich, daß die positive oder auch nur die gewünschte Entwicklung allzusehr hervortrat. Das Land neben den großen Heerstraßen der königlichen Privilegien wurde doch weniger beachtet, als zur Kritik jener Hauptfälle gut war. Auch neueren Einzeluntersuchungen auf dem Gebiete der territorialen Verfassungsgeschichte scheint mir der rechte Erfolg deswegen versagt geblieben zu sein, weil sie nur die eine Seite der Entwicklung ins Auge faßten. Da sich aber die Bildung der Territorien durchweg als Ausgleich der mannigfach durcheinanderlaufenden Herrschaftsrechte vollzog, bedarf es einer Berücksichtigung gerade auch der fehlgeschlagenen Ansätze und der aufgegebenen Versuche. Was sich am sichersten durch Aufarbeitung eines geographischen Gebietes erreichen



läßt. Es konnte sich dabei nicht darum handeln, Monographien jedes einzelnen Gerichtsbezirks zu geben. Aber es mußte angestrebt werden, die Untersuchung immer soweit zu führen, als nötig ist, um von außen her die Möglichkeiten der Erklärung für die einzelnen Erscheinungen abzugrenzen.

Im Besonderen hat sich das Gebiet unserer Betrachtungen allmählich von selbst ergeben. Der Ausgangspunkt, die Karolingische Grafschaftsverfassung, verlangte eine Anzahl von Gauen zu Grunde zu legen. Die vier ausgewählten: Köln-, Bonn-, Zülpich- und Jülichgau stellen keine Einheit des Verfassungslebens dar. Sie bilden einen Teil nur des linksrheinischen Ripuariens und waren niemals irgendwie zusammengefaßt. Im Süden beginnen sie freilich an der uralten Schreide der *Germania superior* und *inferior* und im Norden kann man eine gewisse Uebereinstimmung ihrer Grenze mit der von Dorf- und Hofsiedelung feststellen. Daß wir daher mit vorherrschender Dorfsiedelung zu rechnen haben, ist für unseren Zweck nicht unwichtig. Die Nordgrenze war außerdem dadurch gegeben, daß noch weiter nördlich die Nachrichten über die Gaue und überhaupt die älteren Quellen versagen. Nur auf dem linken Rheinufer zu bleiben, war ratsam in Rücksicht auf die völlig verschiedenen Bedingungen, unter welchen sich auf beiden Ufern des Stromes die Ansiedelung der Germanen vollzogen hat.

Andererseits genügt der abgesteckte Raum vollkommen zur Beobachtung einer Fülle verschiedenartigster Verfassungsgebilde. Wenn Rietschel die Untersuchung gerade solcher Gegenden empfahl, „wo verschiedene Gewalten in engster Nachbarschaft und in stetem Kampfe miteinander ihre Landeshoheit begründet haben,“ so haben wir jedenfalls ein ganz besonders geeignetes Versuchsfeld gefunden. Zwar nehmen nur zwei ansehnlichere Territorien, Kurköln und Jülich daran teil, doch begreifen sie in sich so ziemlich alle Abwandlungsmöglichkeiten, die sich aus dem Wieder-

spiel der drei Größen Grafschaft, Immunität und Vogtei etwa ergeben konnten. Der Verlauf der Untersuchung wird außerdem noch eine Reihe von Punkten erkennen lassen, welche die Zusammenfassung der vier Gaue auch aus inneren Gründen rechtfertigen.

An ihre Begrenzung habe ich mich dort streng gehalten, wo in dem oben angedeuteten Sinne die Aufarbeitung eines geschlossenen Gebietes nötig erschien. Die Richtlinien der Entwicklung zu zeichnen, wurde besonders für die ältere Zeit auch das Material des weiteren Niederrheins herangezogen.

Als zuletzt durch Seeligers Aufstellungen die auch hier wieder behandelten Fragen der Immunität in den Streit der Meinungen gezogen worden waren, wurde das Verlangen laut, den Ergebnissen der älteren Entwicklung, in der jüngeren territorialen Verfassung nachzugehen. Als Baustein zu dieser notwendigen Aufgabe stellt sich meine Arbeit nunmehr dar. Dabei hat aber nicht nur ihr Anlaß, sondern auch die Natur der Quellen dahin gewirkt, daß die eigene Betrachtung — wenn sie jetzt auch z. T. in anderem Gewande auftritt — meist den Weg aus der späteren Zeit in die frühere nahm, um dort an bekanntere Grundlagen anzuknüpfen. Ich hoffe, daß ich die Anknüpfung richtig gefunden habe.

Düsseldorf, im Mai 1914.

H. A.

#### Nachtrag:

Meine Kriegsdienstleistung hat die Herausgabe der Arbeit verhindert, welche seit dem Mai 1914 der philosophischen Fakultät der Universität Bonn als Habilitationsschrift vorlag. Als ich die Möglichkeit gewann, mich wieder mit ihr zu beschäftigen, habe ich ihre Form an einzelnen Stellen

verbessert. Die im Vorhinein für manche Stücke in Aussicht genommene Umarbeitung konnte ich nicht durchführen. Etwa inzwischen erschienene Literatur ist mir unbekannt geblieben.

Im Felde, Oktober 1918.

H. A.

### Zweiter Nachtrag:

Noch einmal muß ich das Vorwort verlängern; nicht um die sattsam bekannten Widrigkeiten aufzuzählen, welche in unserer Zeit den Druck jeder wissenschaftlichen Arbeit in Frage stellen, aber um mit Berufung auf sie im Ganzen zu begründen, daß der Text des Buches derselbe geblieben ist, wie er für die geplante Drucklegung vom Felde aus festgestellt worden war. Bei der Unsicherheit aller Verhältnisse habe ich zugegriffen und das Buch ohne Umarbeitung drucken lassen. Die jüngere Literatur ist also auch jetzt noch nicht berücksichtigt und selbst meine eigenen, vom Mai bis August 1914 gesammelten Notizen zur Ergänzung und Umarbeitung habe ich gänzlich bei Seite gelassen, da sie mir erst wieder im August 1919 zugänglich wurden, als der Druck des Buches bereits fortgeschritten war. Auch sonst verboten sich Änderungen mit Rücksicht auf die Kosten. Die Schwächen, welche dem Buch nach Inhalt und Form anhaften, habe ich selbst mehr und mehr empfunden, wie ich nach der Unterbrechung der 41½ Jahre wieder zu wissenschaftlicher Tätigkeit, und damit zu vergleichender Kritik meines Werkes gekommen bin. Nun es nach fast anderthalb Jahren Druck die Presse verläßt, bitte ich, ihm die besonderen Umstände seiner Fertigstellung zu Gute zu rechnen.

Bonn, im Mai 1920.

H. A.



## Abkürzungen.

- Ann. = Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein.  
DWL. = Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter, 1886 ff.  
Fabr. = Erläuterungen zum geschichtlichen Atlas der Rheinprovinz von Fabricius. Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde.  
G.G.A. = Göttingische Gelehrte Anzeigen.  
Gr. = Grimm, Weistümer, 1840 ff.  
Gudenus C. D. = Codex diplomaticus anecdotorum res Moguntinas illustrantium, hrsg. von V. G. de Gudenus, Frankfurt und Leipzig, 1743 ff.  
Günther C.D. = Günther, Codex Diplomaticus Rheno-Mosellanus, Koblenz 1822 ff.  
Kisky = Kisky, Die Regesten der Erzbischöfe von Köln im Mittelalter, Band IV. Publikationen usw.  
Knipping und Kn. = Die Regesten . . ., Band II und III.  
KW. = Kurkölnische Weistümer, 2. Reihe der Rheinischen Weistümer, Publikationen usw.  
Lac. Arch. = Lacomblet, Archiv für die Geschichte des Niederrheins, Düsseldorf 1831 ff., Band 1—5. Neue Folge, hrsg. von Harleß, 1869 ff., gezählt als Band 6 und 7.  
Lac. UB. = Lacomblet, Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins, Düsseldorf 1840 ff.  
MJOeG. = Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung.  
MRh. UB. = Urkundenbuch zur Geschichte der . . . mittelnheinischen Territorien, hrsg. von Beyer usw., Coblenz 1860 ff.  
Gf. v. Mirbach = Wilhelm Graf v. Mirbach, Zur Territorialgeschichte



des Herzogtums Jülich. I. Programm der Ritterakademie zu Bedburg, Düren 1874; II. Düsseldorf 1881.

N. A. = Neues Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde.

Qu. = Quellen zur Geschichte der Stadt Köln, hrsg. von Ennen und Eckertz, Köln 1860 ff.

Ritz = W. Ritz, Urkunden und Abhandlungen zur Geschichte des Niederrheins und der Niedermaas. 1. Bd., 1. Abtlg., Aachen 1824.

UB. = Urkundenbuch.

WDZ. = Westdeutsche Zeitschrift für Geschichte und Kunst.

Die angeführten Akten, Urkunden und Handschriften (Msc.) beruhen, soweit nichts anderes angegeben, im Königlichen Staatsarchiv in Düsseldorf. Der Leitung und den Beamten dieses Archivs möchte ich auch an dieser Stelle meinen Dank für ihre nieversagende Unterstützung während meiner Arbeit aussprechen.

## Inhalt

	Seite
Vorwort	V
Abkürzungen	X
<b>Kapitel I. Die Grafschaft 1—125. Bestimmung der Grafschaftsgaue,</b>	
Hilfsmittel 1. — Gill-, Nievenheimer-, Kütz- und Kölngau 8. — Bonngau mit Ahr-, Odan- und Swistgau 9. — Zülpichgau 18. — Jülichgau 25. — Roergau 29. — Der größere Kölngau 29. — Gaue als Grafschaften oder Hundertschaften 30.	
Die Gaugrafschaften werden erblich 31 — geteilt 35 — weiterverlehnt 36. — Gau und Grafschaft wachsen auseinander 39.	
Die territorialen Grafschaften: Der Grafen v. Ahr 41 — Saffenburg und Nörvenich 42 — Sayn und Hülchrath 44 — Bonn 45. — Anfang des Kurkölnischen Territoriums 49. — Grafen v. Jülich 49.	
Die Landgerichte im Kölngau 51 — Bonngau 52 — Swistgau 56 — Ahrgau, Grafschaft Neuenahr 65 — Odengau 63 — Ahrgau, Amt Altenahr 65 — Amt Nürburg 68 — Zülpichgau, die 2 Gerichte um Zülpich 72 — Nideggen 73 — Lechenich 77 — Hochkirch 81 — Jülichgau 83. — Erkennbare Hundertschaften 85. — Ihre Verselbständigung 85. — Zerlegung von Landgerichten 89.	
Die persönlichen Immunitätsgerichte: der Wachszinser 94 — Vollschuldigen 96 — Ministerialien 96. — Aufsteigen der Unfreien 99. — Das Zusammenschmelzen der Freien bedroht den Bestand der Landgerichte 102. — Die Unterwerfung der Hörigen unter die örtlichen Gerichte und ihre Aufnahme ins Dingvolk erhält die Landgerichte 105. — Das Verschwinden der persönlichen Abhängigkeit im späteren Mittelalter 109 — bei Erhaltung in den anstoßenden Gebieten 110 — schafft einen einheitlichen Untertanenstand 112.	
Die räumlichen Immunitätsgerichte beruhen auf den Hofverbänden 115 (123). — Ursprung der hofrechtlichen Gerichtsbarkeit 117. — Abgrenzung des Hofrechts 119. — Entstehung der Immunitäten nach der herrschenden Lehre 123. — Einwände von Seeliger, Dopsch und Hirsch 124. — Aufgabe der Nachprüfung 125.	

Kapitel II. Immunität und Immunitätsprivilegien 126—173. — Untersuchte Reichskirchen des Gebietes 126 — benachbarte 127. — Schutzprivilegien dre Aachener Kirchen 128. — Niedere Immunität ausgesprochen für Prüm 128 — Kornelimünster, Kaiserswerth 129. — Hohe Immunität für Werden, Essen 129 — Korvey 130 — S. Maximin-Trier 132 — wohl auch Elten und Vilich 133. — Steigerung zur hohen Immunität steht fest 134. — Der Begriff der Immunität wandelt sich allmählich 135. — Wie verhält sich der tatsächliche Zustand zu den Immunitätsprivilegien? 136.

Vorfrage: Immunität kann einem Gut ankleben, weil es ehemals Königsgut, 136 — abgeleitet aus der Immunität der Eigenkirchenherren 137. — Abschwächung des Eigenkirchenrechts durch die Klosterreform 146 — und seiner Wirkung durch die Festigung der Herrschaftsrechte 148. — Wie lange erfolgt automatische Immunitätsübertragung? 149. — Grundsatz des Eigenkirchenrechts auf die Reichskirchen angewandt läßt Immunitätsprivilegien unnötig erscheinen; deren Bedeutung 153. — Die abgeleitete Immunität niemals unangefochten 156. — Die Kirchen mit abgeleiteter Immunität sind aber mit zu berücksichtigen.

Beispiele zur Frage auf S. 136: Kirchen mit niederen Immunitätsprivilegien haben Hochgerichtsbarkeit erlangt 156. — Solche mit hohen Immunitätsprivilegien die Hochgerichtsbarkeit nicht durchgesetzt 151. — Grundherren ohne Immunitätsprivilegien haben Immunitätshochgerichte 159.

Vorfrage: Ausschaltung solcher Hochgerichte, welche Kirchenlehen 160. — Usurpation durch ministerialische Villici ist nicht zu beobachten 162. — Ausschaltung gekaufter 163. — Dsgl. durch Privilegierung seitens der Landesherren entstandener 163. — Bleiben noch die Allodialherrschaften des freien Adels 164 — dessen Schenkungen an Kirchen 165 — und Besitzungen ihrer Eigenkirchen 166. — Weltliche Immunität in andern Teilen Deutschlands 170.

Die Immunitätsprivilegien genügen nicht zur Erklärung des tatsächlichen Zustandes 171. — Problem der beiden folgenden Kapitel 172.

Kapitel III. Die Immunitätsgerichte 174—250. Die Typen: Fronhofsverbände als Grundlage 175. — Das Hofgericht: Vorsitzender 176 — Urteilsfinder 177. — Die grundherrliche Gerichtsbarkeit 178. — Streben der Grundherrschaft nach eigener Vollstreckung der eigenen Urteile 178 — und sonstigem Ausschluß des öffentlichen Beamten 180. — Asylrechte 181. — Immunitäten stellen dem Landgericht Schöffen 184 — erscheinen zum Rügegericht 184 — schicken dazu nur Vertreter 185 — leisten Landfolge 186 — sind befreit von Land- und Gerichtsfolge 186 — üben

aus: Niedergerichtsbarkeit 187 — unblutige Hochgerichtsbarkeit 190 — beschränkte Blutgerichtsbarkeit 191 — volle Hochgerichtsbarkeit 192 — u. zw. auf den Hoflehen 192 — in einem Bannbezirk 195. — Auf die Hofgerichte sind also Landgerichtsbefugnisse übergegangen. Parallelen bei anderen öffentlichen Rechten 197 — Straßenhoheit 197 — Glockenschlag 200 — Heerfolge 201 — Gerichtsdienste 202 — Bede 202 — Wildbann und große Fischerei 206 — Braubann 208 — Mühlenbann 209 — Maß und Gewicht 210.

Die feinen Schattierungen dabei stellen Stufen einer für alle Hofgerichte möglichen Entwicklung ohne Privilegierung dar 212. — Beispiele allmählicher usurpatorischer Bildung von Immunitätsgerichten 212 — bes. Hospelt 213 — Warden 215 — Stolberg 215. — Usurpation bei anderen Rechten längst zugegeben 219. — Unsere Beispiele betr. Gerichtsbarkeit sind auch für die ältere Zeit beweiskräftig 220.

Vorgang der Emanzipation von Immunitätsgerichten. Ausgangspunkt vielleicht höherer Friede des Hauses 224. — Die eigene Sphäre der Grundherrschaft 224. — Auseinandersetzung mit der Grafschaft betr. Leib- und Schutzhörige 228 — betr. Freie 281. — Stufen des Erwerbs der Hochgerichtsbarkeit 233. — Immunitätsbildung als Ausfluß vornehmlich wirtschaftlicher Entwicklung 237 — diese auch bei Nicht-Reichskirchen eingetreten 238. — Wertung der Grundherrschaft 240. — Wie lange bedurfte der Hochrichter des Königsannes? 242. — Abschließendes Urteil über die Bedeutung der Immunitätsprivilegien 247.

Kapitel IV. Die Entstehung der Bannbezirke 251—291. Ausgangspunkt: Streulage der Grundherrschaften 251 — auch des Königsgutes 252. — Veränderung: durch Schaffung von Bannbezirken 254 — durch Entstehung von Bannbezirken 256. — Ausgleich verzahnter Immunitäten 257. — Einseitiger Verlust entfernten Immunitätslandes 261. — Entziehung der Gerichtsleute 264. — Besteuerung eingesprengten Immunitätslandes 265. — Besitz der „offenen Straße“ 267. — Samtherrschaft statt Auseinandersetzung 269. — Einwirkung der Güterzersplitterung 272. — Ausgleich zwischen Immunitäten und Landgericht 273. — Die Grenzbildung der Bannbezirke verglichen mit den Kirchspielen 278 — mit den Gemeinden 280. — Ettergerichtsbarkeit 282. — Banngrundherrschaft 289. — Alter der Bannbezirke 287. — Der Vorgang ihrer Bildung eine Parallele zur Ausbildung der Immunitätsgerichtsbarkeit 290.

Kapitel V. Die Vogtei 292—379. Die drei Quellen: Vertretung der Geistlichen 292 — Vertretung der Immunitätsleute und Gericht über sie 293 — Schutzvogtei 297 — verschmelzen zur Altarvogtei u. Ortsvogtei 299.



Der Vogt anfangs vom König, Erzbischof oder Eigenkirchenherren eingesetzt 303. — Reichskirchen erringen Vogtswahlrecht 304. — Die bischöflichen Eigenkirchen desgl. 307. — Doch ist die Vogtswahl tatsächlich meist auf die Grafengeschlechter eingeschränkt 314. — Vogteien werden dazu erblich 315 — und mehrere in einer Hand vereinigt (Untervögte) 317.

Wird der Grundherr oder Vogt Landesherr in der Immunität? 318. — Auseinandersetzung betr. die Leistungen an den Vogt 324. — Vogteiprogramm der Klosterreform im 11. u. 12. Jhd. 325. — Vogtfreiheit der Zisterzienser 328. — Rückkauf von Vogteien 329. — Der Erzbischof behält sich Vogteien vor 330. — Kampf um die Rottzehnten 332.

Zustand des späteren Mittelalters: Anteil des Vogts an der grundherrlichen Verwaltung 333 — dem grundherrlichen Gericht 334 — den leib- und schutzherrlichen Rechten 335 — den öffentlichen Rechten 338 — u. zw. Schutzpflicht 339 — Straigerichtsbarkeit 340 — Niedergerichtsbarkeit 347. — Grundgedanke: Dem Vogt stehen alle Gewaltsachen zu 348. — Das Vogteiprogramm der Klosterreform bedeutet keine grundsätzliche Aenderung 349. — Allmähliche Ausbildung einer Immunität gegen den Vogt 353 — verfolgt bei den anderen Rechten: Einsetzung des Gerichts 354 — Gebot und Verbot — Wedden und Brüchten 359. — Herberge und Serviz 365 — Bede und Schatz 368.

Kapitel VI. Die Bildung der Territorien 380—422. Zersetzung der Grafschaften durch die Immunitäten 380. — Die Gründe für Erfolg oder Mißerfolg dabei sind individuell 383. — Die Grafen arrondieren ihren Besitz wieder durch Vogteien 389. — Reichskirchen werden Landesherrn, soweit sie ihre Besitzungen vogtfrei machen 386. — Die anderen Kirchen erlangen keine Landeshoheit. Weil der Kurfürst von Köln zugleich ihr geistlicher Oberhirt? 388 — oder weil sie landsässig? 389 — Gegenbeispiel Heimerzheim 389 — oder weil der Erzbischof ihr Obervogt? 391. — Wegen tatsächlichen Unvermögens, sich als Landesherrn zu behaupten 393. — Allodialherrschaften sind zur Landeshoheit aufgestiegen 395 — aber dann meist in die Territorien gezogen durch Lehnband 397 — via facti 400. — Die Waldgrafschaft als Grundlage von Landeshoheit 401.

Die Territorialbildung durch Verlehnung der Ämter verhindert 407. — Vergeblich Abhilfe durch die Verwendung von Ministerialen versucht 411. — Schaffung des neuen Beamtentums im 13. Jhd. 413. — Ämterbildung 415. — Bereinigung des untertigen Zustands 416. — Die Immunitätsherren wieder auf die grundherrlichen Rechte zurückgedrängt 417 — ausgenommen in den Unterherrschaften 419. — Staatenbildende Leistung des westdeutschen Territoriums 421.

— XVI —

Anhang 1. Die Herren von Heimbach und die Jüdischen Rechte im südlichen Zülpichgau 423—430.	
Anhang 2. Die Grafen und Vögte von Bonn 431—434.	
Anhang 3. Der Rückerwerb von Vogteien seitens der Kirchen 435—438.	
Ortsnamenverzeichnis	439
Nachtrag	448
Druckfehler	448

---

## Kapitel I.

### Die Grafschaft

Die Entstehung der Landeshoheit untersuchen, heißt, die Herkunft der Hochgerichtsrechte in den einzelnen Gerichtsbezirken feststellen. Der Satz, daß die Landeshoheit auf der Gerichtsbarkeit beruht, wird sich in allen Fällen, welche in der folgenden Untersuchung zur Besprechung kommen, von Neuem erweisen. Da nun im karolingischen Reich die Hochgerichtsbarkeit gemeinhin in der Hand der Gaugrafen lag, ist als Ausgangspunkt der Untersuchung ein Ueberblick über die karolingische Grafschaftsverfassung in unserem Gebiete zu gewinnen.

Die Grafschaften tragen als solche Anfangs keine Namen. Dafür kommen uns die Gaunamen zu Hilfe. Nicht alle Gaue decken sich freilich mit Grafschaften.<sup>1</sup> Daß es aber eigene Grafschaftsgaue gab, zeigen die gerade unser Gebiet berührenden Reichsteilungen von 837 und 870 auf den ersten Blick.<sup>2</sup> Die Grafschaftsgaue werden sich von den übrigen absondern, wenn wir alle bekannten Gaue auf die in ihnen bestehende Gerichtsverfassung hin prüfen.

---

1. Beispiele für unsere Gegend hat Heldmann, *Der Köllgau* und die *civitas Köln*, 1900, S. 13, Anm. 5, zusammengestellt. Für *pagus* = *Dorfmark* vgl. auch *Qu.* I, 59 (an Stelle von *Lac. UB.* I, 359).

2. *MG.SS.* I, 431 und 488. Die Teilungen erfolgten nach Verwaltungseinheiten, Grafschaften, die aber meist Gaunamen tragen. Ueber *Gau*=*Grafschaft* s. allgemein Waitz, *VG.* III<sup>2</sup>, S. 378, Schröder *RG.*<sup>6</sup> S. 130.

Zuerst aber müssen sie alle rein geographisch bestimmt werden. Die Urkundennachrichten, auf welche wir uns dabei stützen, darf man als zuverlässig ansehen, da sie doch auf Angaben der Urkundenempfänger zurückgehen. Die Urkunden nennen den Gau oft nur am Beginn einer Reihe von Orten, welche dann alle bis zum Namen des nächsten Gaues dem ersten zuzuzählen sind. Wendungen wie „in eodem pago“, „in pago iam fato“ deuten manchmal in den Diplomen selbst auf die Berechtigung dieser Auffassung hin. Nur ein Fall begegnet, wo ihre Anwendung an unumstößlichen Widerständen scheitert, und da handelt es sich um den letzten Ort einer Reihe und um eine Urkunde, die nur abschriftlich in dem keineswegs ganz verlässlichen goldenen Buch von Prüm erhalten ist.<sup>3</sup> Andere anscheinende Fehler erklären sich aus der Unterordnung eines Gaues unter einen anderen.

Die aus den Urkunden bekannten Gauorte geben aber meist nur die Kerne der Gaue an; selten trifft es sich, daß die Grenze scharf zwischen den Nachbarorten zweier Gaue durchgezogen werden kann. Es bedarf zur Ergänzung dieses Materials noch anderer Hilfsmittel. Man hat zu dem Ende lange Zeit die angenommene Uebereinstimmung der Gaue und Dekanate herangezogen, welche bei den reichen Nachrichten über den Umfang der letzteren sichere Grenzen auch für die ersteren verbürgen sollte. Die Benennung der Dekanate nach Gauen scheint ja dieses Vorgehen zu rechtfertigen. Wir haben eine „decania in Gilegowe“,<sup>4</sup> „in Cuelpekowe“<sup>5</sup>

---

3. MRh. UB. I, 104, a. 865, bezüglich Kerpen, s. dazu unten S. 25.

4. Joerres, UB. S. Gereon, 6, a. 1080 (besser als Lac. UB. IV, 607).

5. Lac. UB. I, 209 (Fälschung?).



und „Juliacensis“<sup>6</sup> nach außen anstoßend die „decania in pago Auelgoe“<sup>7</sup> und die „decania, quae in pago sita est, quem vulgariter Mulam appellant“<sup>8</sup>; ja der Vereinigung des Bonn- und Ahrgaus in der weltlichen Verfassung entspricht die „decania in pago Bunnensi et Arensi“<sup>9</sup> in der geistlichen. Indeß hat schon Heldmann<sup>10</sup> nachgewiesen, daß die aus dem Gillgaudekanat hervorgegangene Christianität Bergheim, wie uns ihre Grenzen von etwa 1300 überliefert sind, nicht die geringste Verwandschaft mit dem Gillgau zeigt, daß also Veränderungen in ihrem Umfang vorgenommen worden sind, über welche unmittelbare Nachrichten nicht vorliegen.<sup>11</sup> Diese Veränderungen scheinen auch andere De-

---

6. Liber valoris von z. 1306 bei Binterim und Mooren, Die alte Erzdiözese Köln I<sup>9</sup>, 321.

7. Lac. UB. I, 252, a. 1096.

8. Lac. UB. I, 335, a. 1139.

9. Liber valoris.

10. A. a. O. mit Kritik der der Dekanatsgrenzentheorie anhängenden Schriftsteller.

11. Vergleicht man eine richtige Gaukarte mit der Karte der kirchlichen Einteilung, etwa der von 1450 im gesch. Atlas der Rheinprovinz, so kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Veränderungen im Umfange des Gillgaudekanates davon herrühren, daß für den Domdekan ein Archidiakonats geschaffen worden ist. Sehen wir vom Domdekan ab, so erscheinen nur die Pröbste und nur der vier Hauptkirchen der Erzdiözese als ursprüngliche Archidiakone, im Norden die von Xanten und Soest, im Süden der von S. Cassius in Bonn, in der Mitte aber mit dem größten Sprengel der Dompropst. Denn daß die Archidiakonate der Pröpste von S. Georg-Köln über das Dekanat Lüdenscheid und von S. Maria ad Gradus-Köln über das Dekanat Dortmund auf jüngerer Verleihung beruhen müssen, ergibt sich schon daraus, daß diese Stifter Gründungen des E. B. Anno (1056 bis 1075) sind, während die Existenz fester Archidiakonatsdistrikte

kanate, von denen unseres Gebietes das Zülpicher und Bonner, berührt zu haben, so daß auch diese stellenweise von dem Umfang der Gaue abwichen.<sup>12</sup> Im großen Ganzen ist jedoch das Zusammenfallen der Gaue und Dekanate nicht zu verkennen. Darf man nun auch nicht einfach die Grenzen dieser auf jene übertragen, so kann man doch

seit 1033 nachgewiesen werden kann (Fabricius, Erläuterungen zum gesch. Atlas der Rheinprovinz V, 1, S. 4). Das Archidiakonats des Propstes von S. Kunibert-Köln über das Deutzer Dekanat könnte allerdings ursprünglich sein, da das Stift älter als die Einrichtung des Archidiakonats ist. Aber es liegt eine, in diesem Zusammenhange sehr glaubwürdige Tradition vor, daß das aus dem Archidiakonatsprengel des Dompropstes gleichsam herausgeschnittene Deutzer Dekanat ursprünglich auch dem Dompropst unterstanden habe (s. Fabricius a. a. O. S. 316). Und so werden noch 1138 nur die vier älteren Pröpste als Archidiakone genannt (Fabricius a. a. O. S. 4). Die Betrauung des Domdekans mit diesem Amte stellt demgegenüber eine Ausnahme dar, besonders auffallend durch die Form seines Sprengels. In ihm scheint ein Teil des Ruhrgaudekanates aufgegangen zu sein, das aber, mit dem Sitz in Neuß, eine Vergrößerung auf dem linken Rheinufer erfahren hat. Ist diese Annahme richtig, so geschah die Vergrößerung auf Kosten des Dekanats im Gillgau, d. h. des Dompropstes als Archidiakon, und es wäre nicht mehr zu verwundern, warum die spätere Bergheimer Christianität auch Stücke sowohl vom Mühlgau, d. i. vom Xantener, und vom Zülpichgau, d. i. vom Bonner Archidiakonats enthielt. Der Dompropst hat eben den Verlust zugunsten des Domdekans nicht allein tragen sollen. Dessen Archidiakonats ist zuerst 1103 bezeugt (Fabricius a. a. O. S. 94). Um 1080 kann also die „decania in pago Gilegowe“ dem Gau wirklich noch entsprochen haben. Die folgende Verschiebung der Dekanatsenteilung würde erklären, warum 1139, wie Fabricius schon beobachtet hat, das Dekanat des Propstes von S. Severin-Köln nur in unsicherem Ausdruck zum Mühlgau in Beziehung gesetzt wird.

auf sie hinweisen, um anderswie gewonnene Vermutungen zu stützen.

Noch besser verhält es sich mit der auch bereits von Heldmann für unser Gebiet verwendeten Annahme, daß die Bezirke der Landgerichte in Beziehung zu den Gauen stehen. Sie beruht auf der Ueberzeugung von der Fortdauer dieser Bezirke, die ja schon anderwärts oft genug erwiesen worden ist und sich hier wieder erweisen wird. Dabei darf man aber ausschließlich solche Gerichte mit den Gauen in Vergleich bringen, bei denen die Herkunft aus der Grafschaft sicher ist<sup>12</sup> und die allein im folgenden als Landgerichte bezeichnet werden. Die aus den Bezirken der Grundherrschaft entstandenen Herrlichkeiten — auch diesen Ausdruck bieten die Quellen, nicht immer freilich in klarer Prägung<sup>13</sup> — können ohne Rücksicht auf die Gaugrenzen gebildet worden sein<sup>14</sup> und sind daher für deren Nachweis auszuschalten.<sup>15</sup>

Nun wurden aber die Landgerichte im Verlaufe des Prozesses, dem die folgenden Untersuchungen in der Hauptsache gewidmet sind, durch Absplitterung der Herrlichkeiten verkleinert, und das meist gerade an ihren Rändern, so daß

---

12. Heldmann will, S. 59, von den „geschlossenen Gerichts- und Herrschaftsgebieten der späteren Jahrhunderte des Mittelalters“ ausgehen.

13. Mit Herrlichkeit bezeichnen die Quellen alle kleineren Herrschaftsbezirke, ob geschlossen oder in Streulage, ob mit Hoch- oder Unterggerichtsbarkeit.

14. Ein Beispiel für die Zusammensetzung eines solchen Bezirkes aus Teilen des Eifel- (Caros-) und des Bidgaus s. WIZ. 28, S. 388; vgl. auch Anm. 16.

15. Gerade das von Heldmann erörterte Beispiel des Gerichts Jüchen ist sehr zweifelhaft. Dessen Grundlage ist wahrscheinlich die Prümische Villikation gewesen, welche die Herren von Millendonk zu Lehen trugen, s. MRh. UB. I, S. 186.

sie nicht mehr aneinander stießen, sondern durch einen Gürtel von eximierten Bezirken getrennt waren. Mit den Landgerichten gewinnen wir also wiederum nur Kerne der Gaue. Doch fördert es schon, daß ein Landgericht, von dem ein Ort urkundlich einem bestimmten Gau angehört, selber zur Gänze diesem Gau zugerechnet werden muß. Zwar ist dabei die Möglichkeit im Auge zu behalten, daß die Landgerichte (oder anscheinenden Landgerichte) durch Verwaltungsmaßnahmen der Landesherren in ihrem Umfang verändert worden sein können, doch findet sich dann, wenn wir nicht unmittelbar davon unterrichtet sind, meist eine Spur wenigstens der älteren Zustände, so daß auf sie Rücksicht genommen werden kann.<sup>16</sup>

Um festzustellen, aus welchem Gau eine Herrlichkeit ausgeschieden ist, kann man sich vielleicht einmal auf den Rechtszug ihres Gerichtes an ein Landgericht berufen.<sup>17</sup> Aber meist ziehen sich die Hofgerichte an ein anderes desselben Grundherren und manche Stadtgerichte haben andererseits einen weit über Gaugrenzen hinausgehenden Rechtskreis besessen.<sup>18</sup> Weiter kommen wir, wenn wir die rein geographischen Gesichtspunkte berücksichtigen.<sup>19</sup> Die Gaue sind

---

16. Ein Beispiel, wo im Vorhinein die spätere Bildung des Gerichtsbezirkes aus Orten verschiedener Gaue gefolgert werden muß und sich auch bestätigt: KW. I, S. 41, betr. Mannheim.

17. S. KW. I, S. 42 und 280, Nr. 75.

18. Besonders Bonn, wohin z. B. von Palmersdorf, einem Orte des Kölngaus, appelliert wird, s. KW. II, S. 39; ferner Zülpich, Düren. Bekannt sind Köln, Neuß (S. Lau, Quellen zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte der rhein. Städte, B. I, Neuß, S. 8, Anm. 1 u. S. 6) und Aachen (s. Loersch in Haagens Geschichte der Stadt Aachen, S. 351) als Oberhöfe.

19. So schon Heldmann a. a. O. S. 74.



doch irgendwie als Siedlungsgemeinschaften zu denken,<sup>20</sup> an welche sich die Gerichtsverfassung angeschlossen hat, indem sie Zusammengehöriges nicht zerriß und Getrenntes nicht verband. Die erste Anlage der Höfe und Dörfer war vorzüglich an den Wasserläufen erfolgt, weshalb auch einige Gaue nach diesen Wasserläufen den Namen tragen.<sup>21</sup> Dahinter lag der Wald.<sup>22</sup> Nun muß man die Verkehrsbedingungen der älteren Zeit berücksichtigen. Wer diesseits des dichten Waldes oder des großen Sumpfes wohnte, ging auch diesseits zu Gericht. Sumpfstrecken<sup>23</sup> und Waldgürtel, deren ehemaliger Umfang schon bei oberflächlicher Betrachtung an den Rodeorten zu erkennen ist, haben sicherlich die größte Bedeutung als Grenzen der Besiedelung und der Verfassungseinheiten besessen. Soweit nun Herrlichkeiten in ein derartig geographisch klar zu erfassendes Gebiet fallen, dürfen sie mit großer Wahrscheinlichkeit als ursprüngliche Teile des Landgerichts betrachtet werden, das, wie sich dann stets ergibt, den Kern dieses Gebietes umfaßte. Damit erhält auch der Umfang des Gaues eine Abrundung.

Unter diesen Vorbehalten und mit diesen Hilfsmitteln soll die Beschreibung der Gaue in dem gesteckten Umkreise versucht werden. Für den nördlichen Teil liegt sie schon

---

20. Womit ich nicht behaupten will, daß die Gemeinschaft in einem bestimmten Siedlungsplan oder gar in Gemeineigentum ihren Ausdruck fand. Die Germanen haben ja auf dem linken Rheinufer die Römischen Anbauorte wieder neubesiedelt.

21. Ahrgau, Gillgau, Swistgau, der benachbarte Ruhrgau.

22. Beim Swistgau ist die Lagerung der Siedelungen zwischen umfangreichen Waldgebieten besonders deutlich, s. unten S. 16. Vgl. aber auch für den Gillgau KW. I, S. 37.

23. S. über die Bedeutung der Niersbrüche als Gauscheide KW. I, S. 53.

vor.<sup>24</sup> Hier hat sich die Berücksichtigung der natürlichen Grenzen als sehr fruchtbar erwiesen. Die Grenze des Nievenheimergaus verläuft von seinem bei Neuß anzunehmenden Ende — die Ostgrenze bildet wie für das ganze Gebiet der Rhein — gegen den Mühlgau zu in einiger Entfernung westlich der Erft, durch die Niersbrüche und einen Waldstreifen bezeichnet, der im Hochmittelalter schon gerodet war, aber einst nach Süden hin mit der Bürge zusammenhing und in diesem Teile Gillgau und Mühlgau schied. Von ihm nach Osten abzweigend und bei Hülchrath die Erft überschreitend legte sich ein anderer Waldgürtel zwischen Nievenheimer- und Gillgau. Seine Fortsetzung, die heute noch z. T. als Chorbüsch und Worringer Bruch erhalten ist, trennte weiterhin den Nievenheimer- und Kölngau. Der Gillgau wurde im Süden durch die letzten die Erft begleitenden Ausläufer der Ville vom Kützgau geschieden. Der Kützgau wiederum umfaßte das Dreieck, welches zwischen dieser Linie, dem erwähnten Waldgürtel auf dem westlichen Erftufer und dem südlich vorgelagerten Wald der Bürge begriffen ist.

Weniger klar treten die Grenzen des südöstlich anstoßenden Kölngaus in der Landschaft hervor. Als sein nördlichster Punkt darf die Abzweigung des Altrheins vom heutigen Strom bei Worringen gelten, im Westen reichte er, die Ville in einer breiten Rodung<sup>25</sup> durchbrechend, nach urkundlichen Zeugnissen<sup>26</sup> bis Horrem an der Erft gegenüber der Bürge. Zwischen diesen beiden Punkten ist die Grenze nur ein kurzes Stück den Altrhein entlang mit Rücksicht auf

---

24. Bei Heldmann a. a. O. und dann verbessert in den KW. I, Einleitung, vgl. die Karten in beiden Werken.

25. Darin liegen die Orte Benzelrath, Greirath, Habbelrath, Röttgen, Mödrath und Bottenbroich.

26. MRh. UB. I, 100, a. 864; Lac. UB. I, 144, a. 1005.

den Umfang des Landgerichts Griesberg mit Sicherheit zu ziehen. Da Stommeln aber seiner Lage nach zum Köllgau, Büsdorf der Gerichtsverfassung nach wahrscheinlich zum Gillgau gehört, mag sie des weiteren von der heutigen Kreisgrenze nicht so verschieden verlaufen sein. Nicht nur zufälligerweise trifft das auch südlich Köln dem Bonngau gegenüber zu, wo jede natürliche Scheidung in der schon sehr früh stärker bestellten Ebene fehlt. Der Gerichtsbezirk der Bonner Schöffen reichte hier noch im 14. Jhd. bis Weßeling.<sup>27</sup> Daß der Bonngau sich aber nur bis Weßeling erstreckte, daran scheint mir eine Erinnerung in dem Weistum von Krahenforst<sup>28</sup> im Flammersheimer Wald erhalten zu sein. Auch die Gerichtsverhältnisse nördlich von

---

27. S. unten S. 52.

28. Gr. II, S. 700. Dieses legt „wie von alders“ dem Herren der Tomburg das Recht bei, ein in seinem Walde oder auf seinen Gütern aufgetriebenes Wild mit den Hunden „durch dick und dun, hecken und struchen unverbindert des grundherren“ zu verfolgen bis Weßeling und soweit in den Rhein, als man mit dem Pferde reiten und mit dem Spieße werfen kann. Dieses das Recht der Grundherren brechende Privileg muß auf einen Wildbann zurückgehen. Seine Erstreckung gerade bis Weßeling nun erklärt sich doch wohl nur, wenn dort irgendeine Grenze war. Von der Tomburg aus ist aber Weßeling der entfernteste Ort des Bonngaus, der uns bekannt ist. Vielleicht ist die Wendung des Weistums übertragen zu fassen und soll den Wildbann im ganzen Bonngau bezeichnen. Dabei ist zu beachten, daß die Tomburg ehemals ein Sitz der rheinischen Pfalzgrafen war, die auch den Bonngau innehatten. Vielleicht aber ist ihr Wildbann noch älter als ihre Gaugrafschaft, denn die Burg ist wohl auf Reichsgut errichtet, dessen Verwaltung als Inhalt des pfalzgräflichen Amtes gilt. S. *Fundatio monasterii Brunwilarensis*, c. 27, im Archiv für ält. Dtsche. Gesch. 12, S. 180; dann die von Jaffé an dieser Stelle für echt gehaltene Urkunde Lac. UB. I, 187, a. 1052. S. endlich unten Anm. 103.

Weßeling<sup>29</sup> sprechen dafür und für der Annahme, daß westlich mindestens noch Badorf und Eckdorf zum Kölngau gehörten. Weiter westlich jenseits der Ville liegt dann Liblar, wie wir sehen werden, im Zülpichgau. Man wird geneigt sein, den breiten Streifen der Ville bis Horrem hin als Scheide des Zülpich- und Kölngaus zu betrachten, dessen Grenze hier wieder in den oben verlassenen Punkt mündet.

Aus dem Bonngau sind uns folgende Orte bekannt:

Name des Ortes in der Urkunde	Gau und Grafschaft	Name des Ortes heute	Kreis	Datum	Quelle
Antiniche	in pago Bonnense	Endenich	Bonn Land	804	N. A. 13, <sup>30</sup> S. 155, Nr. 12
Basilica	" " "	Münsterimunität Bonn	Bonn Stadt	"	"
Bonna	" " "	Bonn	" "	"	"
Mielenheim	" " "	Mehlem	Bonn Land	"	"
Rinnigiso <sup>31</sup>	in pago Bunnensi	Rüngsdorf	" "	"	N. A. 13, S. 168, Nr. 20
Melenhem	in pago Bunnengao	Mehlem	" "	812	Lac. U.B.I, 30
Eggirihesheim	in pago Bonnensi	Ausgegangen bei Godesberg <sup>32</sup>	" "	800/14	N. A. 13, S. 157, Nr. 18
Guodanes mons	" " "	Godesberg	" "	"	"
marca Fristorp	in pago Bonnensi	Friesdorf	" "	819/42	N. A. 13, S. 159, Nr. 24
Fritigestorp	" " "	"	" "	?	N. A. 13, S. 161, Nr. 30a

29. S. darüber KW. II, Einleitung, bes. S. 9 f., 11.

30. D. s. die Reste des Traditions-kodex von SS. Cassius und Florentius-Bonn.

31. Am Rande stand: Rynipstorp.

32. Sicher nicht Eggersheim, Kreis Düren, wie der Herausgeber annimmt, sondern laut der Urkunde am Fuße des Godesberges gelegen.

Name des Ortes in der Urkunde	Gau und Grafschaft	Name des Ortes heute	Kreis	Datum	Quelle
Fritigiso villa	in pago Bonnensi	Friesdorf	Bonn Land	?	N. A. 13, S. 161, Nr. 32
Lezzinicha	in pago Bunninse	Leßénich	" "	864	M. Rh. U. B. I, 100
Lietheim	in pago Bunnense	Ließem	" "	865	M. Rh. U. B. I, 104
Hesengahova	" " "	Essig	Rheinbach	"	"
Bacheim	in pago Bunnensi	Ob.-Nd. Bachem	Bonn Land	"	"
Raterestohrp	in pago Bunnensi	Ausgegangen	Siegburg <sup>33</sup>	866	M. Rh. U. B. I, 105
Dudenestorp	in pago iamfato*	Duisdorf	Bonn Land	875	N. A. 13, S. 152, Nr. 4
Medengovenheim	in pago iamfato*	Medinghoven	" "	"	N. A. 13, S. 152, Nr. 4
Bliterestorp	in eadem pago*	Plittersdorf	" "	"	"
" "	in pago Bonnense	"	" "	"	N. A. 13, S. 154, Nr. 8
Brienich	in pago Bunnensi	Brenig	" "	941	Lac. U. B. I, 93
Reginbach	in pago Bunnensi	Rheinbach	Rheinbach	943	M. Rh. U. B. I, 180
Unchele	" " "	Unkel	Neuwied	"	"
Brunheim	in pago Bunnensi in comitatu Eremfridi comitis	Bornheim	Bonn Land	945	Lac. U. B. IV, 604

\* Der Gau ist nicht genannt, doch vergl. die beiden Erwähnungen von Plittersdorf.

33. „supra Renum iuxta Draczenviles“, sagt Caesarius v. Heisterbach in einer Note zum Prümer Urbar, M. Rh. UB. I, S. 181, Anm. 3; s. ferner Maasen, Dekanat Königswinter, S. 41.



Name des Ortes in der Urkunde	Gau und Grafschaft	Name des Ortes heute	Kreis	Datum	Quelle
Sarna	in comitatu Herimanni in pago Bunnoniensi	Kirch- oder Bursahr	Ahrweiler	949/ 70 <sup>34</sup>	M. Rh. U. B. I, 186
Ingermaresthorp	in pago Bonnense in comitatu Herimanni	Gimmersdorf	Bonn Land	970	Lac. U. B. I, 111
Brunnenheim	in pago Bunnechowe ... ac in comitatu Hermanni palatini comitis	Bornheim	" "	993	D. O. III. 127
Moffendorf	in pago Punnegowe in comitatu Ezzonis palatini comitis	Muffendorf	" "	1020	D. H. II. 433
Walathorp	in pago Bonnensi in comitatu Sikkonis	Waldorf	" "	1047 <sup>35</sup>	Lac. U. B. I, 182

In der Grafschaft Bonn lagen die Orte:

Castenicha	in p. Riboariense in comitatu Bunnense	Kessenich	Bonn Land	843	C. D. Histor. Westfal. I, 16 u. 17
Strazfelt	in comitatu (Tulpia-censi et) Bunnensi	Straßfeld	Rheinbach	856	M. Rh. U. B. I, 93
Dreisa	" "	Ob.-Nd. Drees	"	"	"
Sursa	" "	Sürst	"	"	"
Essingova	" "	Essig	"	"	"

34. S. zum Datum Joerres, Ahrgau, S. 12.

35. Die letzte Erwähnung des Bonngaues in der Limburger Chronik, MG. Deutsche Chroniken 4, I, S. 84, Z. 18, zum Jahre 1391 bedeutet nichts mehr für die Verfassungsgeschichte. Außerdem ist die handschriftliche Ueberlieferung schwankend.

Namen des Ortes in der Urkunde	Gau und Grafschaft	Name des Ortes	Kreis	Datum	Quelle
Giwaldesdorf	in comitatu (Tulpia- censi et) Bunnensi	Gelsdorf <sup>36</sup>	Ahrweiler	856	M. Rh. U. B. I, 93
Piscenheim	" "	Pissenheim	Bonn Land	"	"
Gisanhova super fluvium ara	" "	Ausgegangen <sup>37</sup>	Ahrweiler	"	"
Regamaga	" "	Remagen	"	"	"
Corwingova	" "	Kürrighoven	"	"	"
Bergo	" "	Ausgegangen	?	"	"

Wir können aber noch weiter greifen um den Umfang des Bonngaues festzustellen. Dieser steht in engstem Zusammenhange mit dem Ahrgau, in welchem die Urkunden folgende Orte nennen:

Adingahoven	in pago Aroense	Oedingen	Ahrweiler	854	Lac. Arch.
Gimiche (Mons) od. Ginniche	" " "	Landskrone bei Gimmingen	"	"	II, S. 82/83
Passenheim od. Pisnaim	" " "	Pissenheim	Bonn Land	"	"
Emezfelde od. Enezfeldt	" " "	Ensfeld, Flur- name bei Ban- dorf und Ober- winter	Ahrweiler	"	"
Ludenesberge	" " "	Luhsbüchel bei Unkelbach	"	"	"
Idengoven	" " "	Oedingen?	"	"	"
Unchabechi	" " "	Unkelbach	"	"	"
Crachilenheim	in pago Arisco	Krechelnheim	"	880	M. Rh. U. B. I, 118

36. Der Reihenfolge der Orte nach nicht Gelsdorf (Bonn-Land).

37. Nahe bei Ahrweiler, S. Joerres, Ahrgau.

Namen des Ortes in der Urkunde	Gau und Grafschaft	Name des Ortes	Kreis	Datum	Quelle
Geroldeshoven	in pago Aroense	gegenüber Ahrweiler rechts der Ahr	Ahrweiler	886 <sup>38</sup>	M. Rh. U. B. I, 120
Gysenhoven	" " "	oberhalb Ahrweiler a. d. Ahr	"	886 <sup>38</sup>	"
Williolvesdielin	" " "	bei Ahrweiler	"	"	"
Lanthershoffe	in pago Arengowe in comitatu Eremfridi comitis	Lanthershoven	"	1019	D. H. II. 414
Wattenheim	in pago Arengowe, Grfscht. Sigos	Wadenheim	"	1051	Messenger des sciences hist. de Belgique 1848, p. 379
Willere	"	Ahrweiler	"	"	"
Sinceche	in pago Arengowe in comitatu Sicconis comitis	Sinzig	"	1063	Günther C.D. I, 62
Sinziche	in pago Archgouve Pertoldi comitis	Sinzig	"	1065	Lindenbrog, SS.sept.p. 180
Germerstorph	in pago Arensi	Gimmersdorf	Bonn Land	1123	Lac. U. B. IV, 618

Jörres hat in seiner Schrift über den Ahrgau,<sup>39</sup> der wir die Bestimmung der meisten Orte verdanken, das Verhältnis dieses Gaues zum Bonngau dahin feststellen wollen, daß beide ursprünglich selbständig nebeneinander bestanden hätten; erst die gemeinsame Verwaltung durch den Bonner Grafen, wie sie schon aus der Urkunde MRh. UB. I, 93 von 856 hervorgeht, habe dann zu der Verwechslung geführt,

38. Zur Datierung vgl. Görz, MRh. Regesten, Nr. 152, und zur Textgestaltung Lamprecht, DWL. II, S. 99.

39. P. Joerres, Urkundliches über den Ahrgau bis zum Jahre 1070. Gedruckt als Beigabe zum Jahresbericht der höheren Stadtschule in Ahrweiler, 1892.

daß man die Orte des Ahrgaus und der Bonner Grafschaft dem Bonner Gau zurechnete. Die Aufführung von Kirch- oder Burgsahr nahe der Ahr (949) und von Gimmersdorf des Ahrgaus (970) im Bonngau ließe sich so erklären. Aus dem Köln- und Gillgau, dem Zülpich- und Eifelgau können wir ähnliche Beispiele anführen<sup>40</sup> und die Bezeichnung „decania in pago Bunnensi et Arensi“ erhielt damit einen besonderen Sinn. Einige Beschwer bereitet freilich noch folgender Umstand: Etwa zwischen beiden Gauen liegen zwei andere, der Odan- und Swistgau. Die Orte dieser sind:

Name des Ortes in der Urkunde	Gau und Grafschaft	Name des Ortes heute	Kreis	Datum	Quelle
Odenhoven?	War fol. 37 des Bonner Traditionskodex erwähnt; wahrscheinlich stand es da nach „et in pago Odene“ von Nr. 33	Oedingen	Ahrweiler	830	N. A. 13, S. 161. Nach Einsicht des Originals
Ringoven	in pago Odangae	Ringen	„	841	N. A. 13, S. 169, Nr. 23
Philippia, Kirche mit ... in foresteCasnino, de vineis interRiegamaga et	In pago Odanguave in villa vel marca	Villip	Bonn Land	886	M. Rh. U. B. I, Nr. 120
Oncale et		Remagen	Ahrweiler	„	M. Rh. U. B. I, Nr. 120
Winitorio et		Unkel	Neuwied	„	„
Cazbach et		Oberwinter	Ahrweiler	„	„
Bahheim et		Kasbach bei Linz	Neuwied	„	„
Mielenheim et Einazfelt et Filipia		Ob.-Nied.-Bachem	Bonn Land	„	„
		Mehlem s. beim Ahrgau Villip	„	„	„

40. KW. I, S. 57 und sogleich unten im Text.

Name des Ortes in der Urkunde	Gau und Grafschaft	Name des Ortes heute	Kreis	Datum	Quelle
Frigbodesheim	in p. Zucstachgowe	Fritzdorf	Rheinbach	771 od. 879	C. Trad. III, Laresh. Nr. 3807
Frigbodesheim	Tustensi pago	„	„	8.—9. Jh.	N. A. 13, S. 163, Nr. 54
Wormarstorp	in p. Tustensi	Wormersdorf	„	8.—9. Jh.	N. A. 13, S. 162, Z. 13
Asche	in p. Tustensi	Ob.-Nd.-Esch	Ahrweiler	8.—9. Jh.	N. A. 13, S. 162, Nr. 54
Wormarstorp	in p. Tustensi	Wormersdorf	Rheinbach	831	N. A. 13, S. 155, Nr. 10
Meckedenheim	in p. Tustense	Meckenheim	„	854	Lac. Arch. II, S. 82-84
Tutehoven	in p. Tustense	? <sup>41</sup>	„	„	„
Everestorp	„ „ „	Ersdorf	„	„	„

Danach umfaßte der Odangau die Gegend zwischen dem Kottenforst im Norden und den die Ahr begleitenden Höhen im Süden, vom Rhein bis zur westlichen Wasserscheide. Der Swistgau aber stellt sich recht eigentlich als der vom Flammersheimer Wald einerseits, Kottenforst und Ville andererseits eingeschlossene Kulturboden an der Swist dar, welche von jener Wasserscheide nach Nordwesten abfließt. Genau lassen sich die Grenzen keines von beiden bestimmen, da

41. Zur Deutung schlägt Joerres a. a. O. S. 8 vor: 1. Flur „an der Tuttel“, w. von Rameshoven, 2. Todenfeld bei Neukirchen in der Stürst, 3. die Dutzhöfe, alle drei Orte im Kreis Rheinbach, die Dutzhöfe, deren Namen an den alten am besten anklingt, nur etwas weit von Meckenheim entfernt,



sie, wie wir vorwegnehmen, in der jüngeren Gerichtsverfassung nicht wiederzuerkennen sind. Freilich können sie auch keine selbständigen Bezirke gewesen sein. Nicht nur, daß sie der Bonner Grafschaft angehörten, deren urkundlich genannten Orte sie umschließen, sondern es greift auch der Bonngau mit Bachem, Mehlem und Unkel, der Ahrgau urkundlich mit Remagen und Ensfield, geographisch mit Pissenheim auf den Odangau über. Auch klingt dessen Name doch wohl in Oedingen nach, das 854 zum Ahrgau gerechnet wird.<sup>42</sup> Jedenfalls scheint nur das Eine sicher, daß die vier Gawe schon frühe in einer so engen Verbindung standen, daß es uns gestattet ist alle ihre Orte zur Feststellung des Bonngaus — so sei auch weiterhin ihre Gesamtheit genannt — zu verwenden.<sup>43</sup>

Die Südgrenze des Ahrgaues hat Jörres zu bestimmen unternommen, sein Resultat scheint nicht abzuweisen zu sein. Denn daß die Grenze des Wildbannes, den Otto III. 992 zwei Edelherren verlieh,<sup>44</sup> gerade an der Südwestecke mit den Nordgrenzen der Pfarren Kalten-Reifferscheidt<sup>45</sup> und Nachtesheim<sup>46</sup> des Eifeldekanates zusammenfällt, dürfte nicht

---

42. Wenn es nicht überhaupt schon im Bonner Traditionskodex zum Odangau gerechnet wird, s. d. Liste.

43. Die auffallende Tatsache, daß der Gau bei Kasbach, Unkel und Rateresdorf auf das rechte Rheinufer übergreift, ist durch Veränderungen des Flußbettes zu erklären, s. darüber Joerres a. a. O. S. 20 und Wirtz, Zur Geschichte des Engersgaus bis zum Jahre 1070, Beilage zum Jahresbericht der höheren Stadtschule in Ahrweiler 1894, S. 21.

44. DO. III. 93.

45. MRh. UB. I, 275, a. 975.

46. MRh. UB. I, 178, a. 943; vgl. dazu die Nebenkarte auf der Karte der kirchlichen Einteilung von 1450 im gesch. Atlas der Rheinprovinz.

auf Zufall beruhen. Demnach ging der Bonngau bis zu der Linie Laufenbacherhof — Niederadenau — Hohe Warte — Hohe Acht — Kohlstraße — Basweiler — und dann, wir dürfen Jörres auch hier folgen, — der Grenze des Ahrdekanates entlang, die zugleich die Grenze der Erzdiözesen Köln und Trier war, bis zum Rhein bei Niederbreisig, wo der Vingstbach, die uralte Völkergrenze, mündet. Daß in dem oberen Verlaufe dieser Linie in der Folgezeit die Dekanate nachweislich gegeneinander verschoben worden sein müssen,<sup>47</sup> ist als Beispiel für andere Fälle, in denen Gau und Dekanat trotz gleicher Namen sich nicht decken, zu beachten.

Die Westgrenze des Bonn- und des ihm untergeordneten Swistgaues läßt sich von deren Seite allein nicht bestimmen. Vielleicht gewinnen wir von der anderen Seite her, vom Zül-pichgau ausgehend, einige Anhaltspunkte.

Dieser Gau umfaßte nach Aussage der Urkunden folgende Orte:

Name des Ortes in der Urkunde	Gau und Grafschaft	Name des Ortes heute	Kreis	Datum	Quelle
Mons	in p. Tulpiacensi	Berg vor Floisdorf oder vor Nideggen	Schleiden oder Düren	699	M. G. SS. XXII <sup>1</sup> , p. 52
Herigarda	„ „ „	Hergarten	Schleiden	864	M. Rh. U. B. I, Nr. 100
Langenaccare	„ „ „	Langenich	Bergheim	866	M. Rh. U. B. I, Nr. 105
Albiniaca	„ „ „	Ob.-Nd.-Elvenich	Euskirchen	„	„

47. Vgl. darüber vorgenannte Karte mit der von 1610.

Name des Ortes in der Urkunde	Gau und Grafschaft	Name des Ortes heute	Kreis	Datum	Quelle
Wihetracha	in p. Tulpicensi	Wichtrich	Euskirchen	866	M. Rh. U. B. I, Nr. 105
Chesnich	" " "	Kessenich	"	867	M. Rh. U. B. I, Nr. 108.
Leudesheim	" " "	Lüxheim <sup>48</sup>	Düren	"	"
Bullinghiheim	" " "	Gr. - Kl. - Bülles- heim	Euskirchen	"	"
Albinicum	in p. Tulpiacensi	Ob. - Nd. - Elve- nich	"	880	M. Rh. U. B. I, Nr. 118
Witracha	" " "	Wichterich	"	"	"
Halmhova	" " "	?	"	"	"
Gladabag	" " "	Gladbach	Düren	922	Ann. 26/27, S. 337
Flavdestorp	" " "	Floisdorf	Schleiden	"	Ann. 26/27, S. 338
Nivenheim	in " com. "Erinfridi com.	?	"	"	Ann. 26/27, S. 341
Merlesheim	in p. Tulpiacense	?	"	942	Qu. I, Nr. 10
Liudesheim	in p. Zulpihgoue in com. Herimanni	Lüxheim <sup>48</sup>	Düren	981	D. O. II. 252
Bütenhart	in p. Zulpike in com. Hezelini com.	Bouderath <sup>49</sup>	Schleiden	1020	D. H. II. 434
Pinisheim	in p. Zulpingove	Pingsheim	Euskirchen	1022	Qu. I, Nr. 19 vgl. Nr. 72, a. 1158.
Wishe	in p. Zuolpichowe	Vettweiß	Düren	1022	Qu. I, Nr. 20
Sollere	" " "	Soller	"	"	"

48. S. dazu Forst in der W.D.Z. 23, S. 215.

49. Vgl. zur Feststellung des Ortes Lac. UB. IV, 616, a. 1115,

Dazu kommt noch ein Teil der Orte, welche zur Zülpicher Grafschaft gehörten. Außer jenen darunter, welche schon die Urkunden<sup>50</sup> selbst dem Eifelgau zuzählen, ist auch Lommersdorf im Kreis Schleiden dahin zu rechnen. Denn die Grenze des Eifelgaus zieht nördlich des Ortes hin<sup>51</sup> und die betreffende Urkunde<sup>52</sup> stammt aus der Zeit der Unterordnung des Eifelgaues unter die Zülpicher Grafen. Dagegen wäre folgende Urkunde zu besprechen:

Name des Ortes in der Urkunde	Gau und Grafschaft	Name des Ortes heute	Kreis	Datum	Quelle
Bullengesheim	in comitatu Tulpiacensi (et Bunnensi)	Gr. - Kl. - Büllesheim	Euskirchen	856	M. Rh. U. B. I, Nr. 93
Strazfelt		Straßfeld	Rheinbach	„	„
Casnech		Kessenich	Euskirchen	„	„
Dreisa		Ob.-Nd -Drees	Rheinbach	„	„
Sursa <sup>53</sup>		Sürst	„	„	„
Ottenheim		Ottenheim	Euskirchen	„	„

Davon haben wir Büllesheim und Kessenich schon unter den Orten des Zülpichgaues aufgeführt und es bleibt nur noch für die anderen derselben Urkunde zu entscheiden, ob sie der Bonner oder Zülpicher Grafschaft und damit bei letzterer auch dem gleichen Gau angehörten. Dürfen wir ihrer Reihenfolge in der Urkunde trauen,<sup>54</sup> dann muß Straß-

50. Von 943, MRh. UB. I, 180 u. 181, und von 959, Recueil des chartes de l'abbaye de Stavelot-Malmedy, Nr. 74.

51. S. die Urkunden MRh. UB. I, 76, 89, 104, 108, 233, 245, 333, und Lac. UB. I, 292.

52. MRh. UB. I, 245: „Lumeresdorph in com. Zulpike“.

53. Die übrigen Orte gehören sicher zur Bonner Grafschaft.

54. Ein anderes Beispiel, wo dieselbe Teilung mit Erfolg an-

feld, zwischen Zülpichgauorten stehend, zu diesen zählen. Mit Essig beginnt laut anderer Urkunde und daher auch mit (Ober- oder Nieder-) Drees nach der geographischen Lage unzweifelhaft die Reihe des Bonngaus, in den also auch Sürst fällt; was alles der Lage der Orte zu einander, zu Zülpich einerseits, Bonn andererseits wohl entspricht, Straßfeld war auch eine Pfarre des Zülpicher Dekanates. Daß dieses Essig und Drees umfaßte, muß allerdings als ein sicheres Beispiel des Auseinanderfallens von Gau und Dekanat in dieser Gegend verzeichnet werden. Sürst indessen gehörte auch der kirchlichen Einteilung nach zu Bonn.

Der Sitz des Gaugrafen war, wie wir aus dem Namen des Gaues und der Grafschaft schließen dürfen, das seit den Römerzeiten befestigte Kastell Zülpich, inzwischen auch eine Zeit lang Residenz der ribuarischen Könige. Das Zülpicher Weistum von 1375,<sup>55</sup> das in diesem Teil jedoch bis in die Mitte des 13. Jhd. zurückreicht,<sup>56</sup> zieht um die Stadt vier Ringe, den Burgfrieden, den Burgbann, den Beifang und die Bannmeile. H. Schwarz<sup>57</sup> hat die Beziehungen der drei inneren Ringe zum Zülpicher Rechtsleben nachgewiesen. Der Beifang stellte sich heraus als Bezirk der beiden Landgerichte, denen der in zwei Hunschaften zerfallende Marktflecken folgepflichtig gewesen ist. Danach darf man vermuten,

---

gewandt werden kann s. unten beim Jülichgau, und Lac. UB. I, 81, a. 898. In unserem Falle mag die Erwähnung von Land „inter Casnec et Dreisa et Sursa et Essingova et in ipso Strazfeld“, also auf der Grafschaftsgrenze, dazu veranlaßt haben, die Grafschaften zusammen voraus zu nennen.

55. Gr. II, S. 709, Ann. 73, S. 15 ff. § 11.

56. S. WIDZ. 28, S. 318 ff.

57. H. Schwarz, Zur Geschichte der rheinischen Pfalzgrafschaft, WIDZ. 26, bes. 151 ff.



daß auch die Bannmeile ein Rechtskreis war, und schon Heldmann<sup>58</sup> glaubte, daß eine nähere Untersuchung sie in Zusammenhang mit den Gaugrenzen bringen müßte.

Das Weistum kennt für die Bannmeile nur den einen Inhalt, daß in ihr allen Besuchern des Zülpicher Michaelismarktes das Geleite zu gewähren sei, und beschreibt sie folgendermaßen: Vom Steg beim Kloster Liblar, d. i. Frauental, an den Steg zu Weilerswirst (über die Erft oder den Swistbach), an den Fangstock<sup>59</sup> zu Roitzheim, an die Schmiede zu Fey jenseits des Baches,<sup>60</sup> an die Brücke zu Kall, an die Brücke zu Heimbach, an die Brücke zu Abenden, an die Mündung der Kalle in die Roer unterhalb Nideggen, an das Burgholz zu Au (Burgau oder Kreuzau), an den Hövel zu Jakobwüllesheim, an den Krumbach zu Blatzheim und zurück zum Kloster Frauental. Diese Beschreibung ausschließlich nach Punkten, welche von dem Brauch mittelalterlicher Beleitgänge ganz und gar abweicht und Grenzlinien auch dort nicht aufführt, wo sie augenfällig in der Erft und Roer gegeben sind, erklärt sich leicht aus dem besonderen Begriff der Bannmeile. Es sind nur die Punkte genannt, welche an den Straßen lagen, die allein für das Geleite in Betracht kamen, meist nachweislich alte Römerstraßen.<sup>61</sup> Warum aber wurde das Geleite nur bis zu die-

---

58. A. a. O. S. 71.

59. So ist wohl für „valtstock“ zu lesen.

60. Am rechten Ufer der Fey hat heute nur Eiferfey Häuser, s. auch folgende Anm.

61. Nämlich: bei Liblar überschreitet die Straße Reims-Köln, die durch Zülpich geht, die Erft, s. Bonner Jahrbücher 75, T. I; Weilerswirst liegt an der Straße Euskirchen-Brühl-Köln, ebenda 67, S. 25; durch Roitzheim geht die Straße aus der Eifel über Buschhoven nach Bonn, seit dem Mittelalter Heerweg genannt, welche über Billig mit

sen Punkten gewährt? Dem Erzbischof von Köln, dem Marktherrn von Zülpich, stand das Geleit auf der ganzen Straße von Zülpich bis Köln zu,<sup>62</sup> warum endete das Marktgeleit auf halbem Wege in Liblar? Der Grund muß doch sein, daß die Handelsstraßen an den genannten Punkten irgend einen Bezirk verließen.

Ich meine, dieser Bezirk kann nur der Gau gewesen sein, welcher den vierten Rechtskreis um Zülpich bildete. Innerhalb der Bannmeile liegen alle bekannten Orte des Zülpichgaues. Daß der eine oder der andere über ihre gedachte Linie ein wenig ausschlägt, kann bei deren Bestimmung durch 12 Punkte auf 75—80 km Weges nicht verwundern. Besonders an den Brücken mag der Gau nicht über sie hinaus gegangen sein,<sup>63</sup> so daß man also Straßfeld, wie uns oben richtig schien, auch weiter zum Zülpich-

---

Zülpich in Verbindung stand, ebenda und Kunstdenkmäler der Rheinprovinz IV, 4, S. 205. Bei Nideggen kreuzte eine Römerstraße aus der Eifel kommend die Roer, Bonner Jahrbücher 67, von ihr ging auch ein Arm über Kreuzau nach Norden. Eher aber ist mit dem Burgholz bei Au eine Stelle des sog. Sievernicher Wegs von Zülpich über Gürzenich nach Derichweiler gemeint. Ob die Römerstraße Zülpich—Frauwüllesheim—Merzenich auch Jakobwüllesheim berührt hat, scheint mir nicht sicher. S. zu allem Kunstdenkmäler IX, 1, S. 1. Die Römerstraßen nach Süden sind aufgegeben worden, denn statt der beiden Erftübergänge bei Gemünd und Dalbenden erscheint die dazwischen gelegene Brücke bei Kall. Einzig durch Eiserfey könnte die Straße Marmagen—Zülpich gegangen sein. Sie setzte sich nach Norden den Neffelbach entlang fort nach Zieverich—Bergheim, weshalb in der Bannmeile Blatzheim genannt ist. S. Kunstdenkmäler IV, 3, S. 1.

62. S. unten beim Gericht Lechenich.

63. So Liblar und vielleicht Weilerswist. Umgekehrt lag Roitzheim vielleicht schon im Eifelgau.

gau rechnen kann. Nur Boudersath liegt zu weit abseits, müßte indessen schon aus anderen Gründen dem Eifelgau zugezählt werden, dessen bekannte Orte hier nahe bis an die Bannmeile heranreichen; und die Angabe „Butenhard in pago Zulpikie in comitatu Hezelini comitis“ ist als eine ungenaue Weiterbildung der älteren Ausdrücke „in pago Heiflinse in comitatu Tulpiacensi“<sup>64</sup> und „in comitatu Zulpikie“ leicht erklärlich, da der Eifelgau damals schon in der dritten Generation von den Zülpicher Grafen verwaltet wurde.<sup>65</sup>

Auf der Strecke Roitzheim — Kall entspricht die Bannmeile = Gaugrenze so ziemlich auch der Dekanatsgrenze; ob sie dann von Kall bis Heimbach gerade verlief oder dem Lauf der Roer folgte, ist von geringer Bedeutung, da sie in letzterem Falle doch nur ein Waldgebiet, den Kermeter, eingeschlossen hätte. Jenseits des Flusses, bis hinunter zu seinem Eintritt in die Ebene sind die Wälder jedenfalls nie in die Gaueinteilung einbezogen worden, sondern standen unter eigenen Waldgrafen.<sup>66</sup>

In den Winkel der Nordostecke (Burgau — Jakobwüllesheim — Blatzheim) paßt sich genau das gegenüberliegende Dekanat Jülich ein. Die Grenze des Zülpichgaues ist hier freilich aus denen zweier Dekanate, Zülpich und Bergheim, zusammengesetzt, was indessen auf einer jüngeren Verkleinerung des ersten von beiden beruhen dürfte.<sup>67</sup> Die Gaugrenze entspricht hier auch jener der beiderseitigen Landgerichte.<sup>68</sup> Nach Norden wird sie von der Bürge gebildet, durch welche die Bewohner des Kützgaues nur mit der Anlage von Man-

---

64. In den oben Anm. 51 angeführten Urkunden.

65. S. unten S. 32.

66. S. unten Kap. VI.

67. S. oben Anm. 11.

68. S. unten S. 26.

heim<sup>69</sup> in einem Aushau vorgedrungen sind. Bei Langenich reicht der Gau noch unmittelbar an den unversehrten Waldgürtel heran.

Von da bis Lißlar lassen uns Gauorte und Bannmeile im Stich, wenn wir den Zülpich- gegen den Köllingau abgrenzen wollen. Indessen wird die oben von der Seite des letzteren gewonnene Annahme, daß die Ville die Scheide der Gaue gewesen sei, nicht allein durch die geographischen Verhältnisse, sondern auch durch die ältere Gerichtsorganisation gestützt. Denn bis zur Ville reicht von Westen her das Landgericht, dessen Mittelpunkt Lechenich bildet, nach dem Zülpicher Weistum in der Bannmeile gelegen, und zu dem halb Pingsheim gehörte, das urkundlich dem Zülpichgau zugezählt wird. Auf dieses Gericht kommen wir noch ausführlicher zu sprechen. Daß das benachbarte Kerpen, wie eine Prünner Urkunde von 865 will,<sup>70</sup> zum Jülichgau gehört habe, ist unmöglich. Zülpich- und Kützgau berühren sich mit Langenich und Manheim nach verlässlichen Nachrichten derart, das Kerpen vom Jülichgau völlig abgeschnitten wird. Die Prümer Urkunde aber ist nur abschriftlich erhalten. Damit sind die Grenzen des Zülpichgaus gezogen.

Gleich Zülpich ist auch das andere aus der Römerzeit erhaltene Kastell Jülich Vorort eines Gaues geworden. Der reichte im Norden bis Gevelsdorf, dem Holzweiler schon im Mühlgau gegenüber liegt. Von hier biegt seine Grenze ohne die Erft zu berühren<sup>71</sup> der Eingangs erwähnten alten Waldzone folgend nach Süden um, zwischen Güsten und Rödingen diesseits, Nieder-Embt und Angelsdorf jenseits —

---

<sup>69</sup> Lac. UB. I, 81, a. 898.

<sup>70</sup> MRh. UB. I, 104.

<sup>71</sup> Die Gegend zwischen Lipp und Troisdorf (wahrscheinlich Millendorf) gehörte zum Gillgau, Joerres, UB. S. Gereon, 7, a. 1131.



im Kützgau<sup>72</sup> — hindurch, bis in die Bürge. Südlich des Waldes wird noch Arnoldsweiler zum Jülichgau gerechnet. Der Ort gehörte zu den vier Gerichten um Düren, welche als eine Einheit angesehen werden müssen.<sup>73</sup> Sie sind wahrscheinlich mit dem comitatus *Sunderscas* gemeint, in dem nach Urkunde von 941<sup>74</sup> Düren lag, und dessen Besonderheit wohl in seiner Zugehörigkeit zum Reichshof Düren zu suchen ist. Gleich dem Dekanat Jülich schieben sich auch die vier Gerichte gerade in den einspringenden Winkel der Zülpicher Bannmeile bei Jacobwüllesheim. Diese Beobachtungen zusammengekommen gestatten, die vier Gerichte insgesamt dem Jülichgau zuzurechnen. Im weiteren Verlauf der Südgrenze stößt dieser an die Forsten des Osning, welche einer besonderen Verwaltung untergeben waren. Die Westgrenze genauer zu bestimmen fehlt es an Quellen. Der „*districtus Aquensis*“ gehörte schon zum Lüttichgau,<sup>75</sup> Bardenberg und Palenberg werden so ziemlich am Rande des Jülichgaus gelegen gewesen sein. Seine Grenze schließt dann noch Körrenzig ein um bei Gewelsdorf wieder zum Ausgangspunkt zurückzuführen. Da überall dort, wo wir die Gaugrenze genau kennen, gegen den Mühl-, Kütz- und wohl auch Zülpichgau ihre volle Uebereinstimmung mit der Dekanatsgrenze festzustellen ist, auch sonst kein Ort des Jülichgaus in einem anderen Dekanat, kein Ort eines anderen Dekanats im Jülichgau nachgewiesen werden kann, so ist für diesen Fall die Deckung von Gau und Dekanat wahrscheinlich.

---

72. KW. I, Tab. I, 33 und 47, dazu S. 70.

73. Gf. v. Mirbach I, S. 11.

74. Lac. UB. I, 95. Der Graf des *Sunderscas* führt denselben Namen Godfried wie der gleichzeitige des Jülichgaues, s. unten S. 28.

75. Nachweise sind bei Böttger, Diözesan- und Gaugrenzen Norddeutschlands I, S. 111, zusammengestellt.

Die Belege für die aufgezählten Orte und die dahinterliegenden sind folgende:

Name des Ortes in der Urkunde	Gau und Grafschaft	Name des Ortes heute	Kreis	Datum	Quelle
S. Justina	in p. Julicense	Güsten	Jülich	856	M. Rh. U. B. I, Nr. 104
Berga	„ „ „	Berg <sup>76</sup>	Erkelenz	„	„
Willare	„ „ „	Hasselsweiler <sup>77</sup>	Jülich	„	„
Givinesdorf	„ „ „	Gevelsdorf	„	„	„
Kerpinna	„ „ „	Kerpen	Bergheim	„	„
Curnilo	in p. Julihgeaue <sup>78</sup>	Od.-Nd.-Zier?	Düren	898	Lac. U. B. I, 81
Hustine	„ „ „ „	Güsten	Jülich	„	„
Buhslar	„ „ „ „	Dürboslar	„	„	„
Furtmala	„ „ „ „	?	„	„	„
Ginizwilere	in p. Juliacense	Arnoldsweiler <sup>79</sup>	Düren	922	Ann. 26/27 S. 338
Kirigberga	„ „ „	Kirchberg	Jülich	„	„
Aldenhoven	„ „ „	Aldenhoven	„	„	„

76. Unter vielen gleichnamigen nach dem Prümer Urbar bestimmt, MRh. UB. I, S. 184.

77. Im Urbar nicht genannt, nach der Lage bei Berg und Gevelsdorf bestimmt.

78. Die in dieser Urkunde vorangehenden Orte Holzweiler und Borschemich hat schon Lac. a. a. O. dem Pagus Muolla-Mühlgau zugewiesen, in dem auch noch Curnilo liegen könnte.

79. Zur Ortsbestimmung s. Ann. 26/27, S. 371.

Name des Ortes in der Urkunde	Gau und Grafschaft	Name des Ortes heute	Kreis	Datum	Quelle
Pirina	in p. Julicense	Pier	Düren	922	Ann. 26/27, S. 338
Julicha	in com. Godefridi comitis	Jülich	Jülich	945	Lac. U. B. IV, 604
Lintlar	"	Lintert?	Aachen	"	"
Coxlar	"	Koslar	Jülich	"	"
Ruodesthorp	"	Rördorf	"	"	"
Munizu	"	Müntz	"	"	"
Cornizich	in p. Julichgouui in comitatibus Ger- hardi et Gisilberti	Körrenzig	Erkelenz	1029	D. K. II 141
Altenhof <sup>80</sup>	"	Aldenhoven	Jülich	"	"

In der Grafschaft Jülich:

Hrodinga	in com. Riboariense	Rödingen	Jülich	847	M. Rh. U. B. I, Nr. 77
b. Justine <sup>81</sup>	in com. Juliacense	Güsten	Jülich	"	"
Bardunbach	in com. Juliacensi	Bardenberg	Aachen	867	M. Rh. U. B. I, Nr. 108
Palembach	" " "	Palenberg	Geilenkirchen	"	"
Buslare	in com. Juliacense	Boslar <sup>82</sup>	Jülich	"	"
Lotmari villa	" " "	? <sup>83</sup>	"	"	"

80. Zwischen Cornizich und Altenhof ist Wil interpoliert, das deshalb nicht im Jülichgau gesucht werden muß. Vielleicht aber ist es Gereonsweiler, dann ändert sich nichts am Umfang des Gaues.

81. Kommt noch einmal 859, M. Rh. UB. I, Nr. 94, „in pag' Riboariense“ vor.

82. Kann auch Dürboslar sein.

83. Könnte sprachlich sowohl Lommersdorf (Kreis Schleiden) wie Lommersweiler (Kreis Malmedy) sein, wenn es nicht im Jülichgau gesucht werden müßte.

In Urkunden des 13. Jhd.<sup>84</sup> kommt endlich noch ein Roergau mit Aldenhoven, Eschweiler, Lohn und Inden, d. i. Altorf, vor; der Zeitpunkt ist indessen so spät, daß dieser Gau nur mehr als geographischer Begriff gelten kann.

Welche verfassungsrechtliche Stellung nahmen nun aber die anderen Gaue ein? Für den Gillgau hat Heldmann<sup>85</sup> schon den Beweis versucht, daß er, mehrere Untergaue umfassend, eine Grafschaft gebildet hat, eine Tatsache, welche durch seine ganze Geschichte bestätigt wird.<sup>86</sup> Ich möchte hier, was ich anderenorts nicht so ausführen konnte, hinzufügen, daß der Sitz des Gaugrafen ursprünglich Köln gewesen sein dürfte. Denn wir sahen auch in den anderen Gauen alte Römerorte als Mittelpunkte und Köln hatte überdies zeitweilig den ribuarischen Königen als Residenz gedient. Der „*Werinarius comes Coloniae*“ 849<sup>87</sup> darf noch als ein solcher von Köln aus den Gau verwaltender Graf angesehen werden. Vielleicht hat die Uebertragung der Grafenrechte über die Stadt an das Erzstift<sup>88</sup> seine Nachfolger veranlaßt, ihren Sitz außerhalb aufzuschlagen, weshalb dann sehr wohl 962<sup>89</sup> die Grafschaft Gottfrieds dem Gillgau gleichgestellt und Orte des engeren Kölngaus daruntergezählt werden konnten, wie wir ähnliches schon beim Bonn- und Zülpichgau sahen. Ich bezeichne hinfort eben mit Rücksicht auf die

---

84. In der zusammengehörigen Gruppe Lac. UB. II, 59, a. 1216, IV, 651, a. 1226 und II, 262, a. 1241.

85. A. a. O., bes. S. 99 ff.

86. KW. I, bes. S. 1 ff., 39 ff. 53 f.

87. MG. SS. I, 97; anderer Meinung ist Heldmann, Kölngau S. 103. 825 (MG. Capit. I, S. 308) und 844 (Qu. I, Nr. 1) wird Ecmund als Graf genannt, vor welchem die Auflassung von Allod in Köln erfolgt.

88. KW. I, S. 65. Der Zeitpunkt bestimmte sich also auf früher als 962.

89. Lac. UB. I, 105.

Parallele zu den anderen Grafschaftsgauen die Gesamtheit des Göl-, Nievenheimer-, Kütz- und Kölngaus als Kölngau.

Daß außer ihm auch der Bonn-, Zülpich- und Jülichgau Grafschaften waren, ergibt sich aus ihrer abwechselnden Benennung als „pagus“ und „comitatus“. Der Jülichgau wird schon 847, der Bonngau und Zülpichgau sodann 856 als Grafschaft bezeichnet.<sup>90</sup> Der Jülichgau heißt 865 in einer denselben Gegenstand wie 847 betreffenden Urkunde wieder „pagus“. Die Deckung der beiden Begriffe kann nicht deutlicher sein. Doch mag zur sicheren Abgrenzung nach Außen noch auf die Nachbargebiete verwiesen werden, auf den Norden, wo der „pagus Moilla“ schon 837<sup>91</sup> als „comitatus“ auftritt, und auf den Süden, wo das Maifeld gar in einer und derselben Urkunde von 928<sup>92</sup> abwechselnd und gleichbedeutend „pagus“ und „comitatus“ heißt. Für den Eifelgau fehlt die Gleichung, doch macht sein Umfang und seine häufige Erwähnung ohne einen Hinweis auf seine Abhängigkeit von Zülpich wahrscheinlich, daß er einmal selbständig neben dem Zülpichgau gestanden sei.<sup>93</sup>

Die übrigen Gaue aber sind, soweit unsere Kenntnis zurückreicht, Grafschaften nie gewesen, und konnten es z. T. nie sein. Der Kützgau und der Nievenheimergau besaßen je nur eine Dingstätte, waren demnach nur Hundertschaften im Rahmen einer größeren Grafschaft,<sup>94</sup> welche etwa noch

90. S. oben die Listen der Gauorte.

91. MG. SS. I, 431.

92. MRh. UB. I, 169; ähnlich DO. I, 331, a. 866: „in pago et comitatu Meinefeld“.

93. Zweimal, 855 und 898, MRh. UB. I, 89 und 146, werden Grafen des Eifelgaus genannt. Es fehlt allerdings das Vergleichsmaterial für den Zülpichgau.

94. Ueber Gaue und Untergaue allgemein s. Waitz, VG. III<sup>9</sup>, S. 381, Anm. 3.



zwei Hundertschaften des Köln- und zwei des Gillgaus umfaßte. Im Eifelgau scheint der Carosgau eine Hundertschaft gewesen zu sein.<sup>95</sup> Nach diesen Beispielen möchte man auch die im Bonngau enthaltenen Untergaue als seine Unterabteilungen in Hinsicht der Gerichtsorganisation, als Hundertschaften oder als Mehrheit derselben, auffassen. Diese Vermutung bestätigt sich indessen nur zum Teile.

Bevor wir dies jedoch zeigen können, müssen wir die äußere Geschichte der Grafschaft skizzieren. Es soll versucht werden, die auf Veränderung ihrer Organisation hinwirkenden Umstände klarzulegen, soweit sie an unseren Beispielen zur Erscheinung kommen, und den Zeitpunkt ihres Auftretens wie die Dauer ihrer Wirksamkeit in unserem Gebiete zu bestimmen. Denn nur darum kann es sich handeln, dem allgemeinen Bilde mit Hilfe unseres besonderen Materials einige bezeichnende Züge hinzufügen, nicht aber mit Hilfe der bekannten Tatsachen die Einzelzüge unseres Gebietes zu einem Bilde zu erweitern. Wir schaffen uns damit die Vorbedingungen zur Feststellung der Landgerichte und für den Vergleich der Gau- und Gerichtsgrenzen, der bisher nur gelegentlich angewandt worden ist. Erst durch ihn wird die Begrenzung der Gaue soweit gesichert werden, als es das heute vorliegende Quellenmaterial gestattet, und zugleich die innere Organisation der Grafschaftsgaue weiter aufgehehlt werden, über welche bisher ja nur beim Köllngau Sicheres gesagt werden konnte.

Die Entwicklung, welche die karolingische Grafschaftsverfassung genommen hat, wird zuerst an der Tatsache erkennbar, daß man sich seit der Mitte des 10. Jhds. bleibend<sup>96</sup> gewöhnte, neben dem Gau in den Urkunden stets

---

95. S. Wohltmann, in der WDZ. 28, S. 388 und 411.

96. Gaugrafen werden auch schon im 9. Jhd. genannt (s. Anm. 93), aber nur gelegentlich, und allein ohne den Gau öfters in früh-

auch den Grafen zu nennen, in dessen Sprengel ein Gut lag. Sein Name erscheint nun von Wichtigkeit, es muß hervorgehoben werden, daß nicht ein Graf schlechthin, sondern dieser bestimmte Graf dem Gau vorsteht. Der Graf ist in engere Beziehungen zu seinem Gau getreten. Das Datum, auf welches ein Ueberblick über die Urkunden diese Tatsache festlegt, ist dasselbe, mit welchem sich im ganzen Reich die Erblichkeit des Grafenamtes vollends durchsetzt und zu dem sie auch in unserem Gebiete zuerst zu erweisen ist. In so frühe Zeit läßt sich freilich nur eine genealogische Reihe von Gau grafen zurückverfolgen, die des bekannten und für die territoriale Entwicklung des Niederrheins höchst bedeutungsvollen Geschlechtes der lothringischen Pfalzgrafen. Sie reicht unbezweifelt hinauf bis zu Hermann, Grafen des Bonn-, des Zülpich- und Eifel- und des Auelgaus,<sup>97</sup> der 989,<sup>98</sup> schon gegen sein Lebensende, zum ersten Mal mit dem Pfalzgrafentitel auftritt. In der Verwaltung der drei erstgenannten Gaue ging ihm aber ein Graf voran, welcher denselben Namen wie Hermanns ältester Sohn führte; in Rücksicht auf den gleichen Besitz und die Sitte mittelalterlicher Namengebung nach dem Großvater darf dieser ältere Erenfried mit ziemlicher Sicherheit als Ähnherr des pfalzgräflichen Hauses angesehen werden.<sup>99</sup> Damit kommen wir bis

---

karolingischer Zeit, was vielleicht auf die Einwirkung der Kapitularien zurückgeht; denn diese sprechen vorwiegend von den Grafschaften, die Urkunden von den Gauen, s. Waitz VG. III<sup>2</sup>, S. 378.

97. Außer den Gaulisten oben und Anm. 51, s. Lac. UB. I, 126 a. 996: „Vilich in comitatu Herimanni comitis palatini . . . pago vero Avalgauve.“

98. Cod. Lauresh. I, Nr. 83.

99. Es müssen aber schon solche Anhaltspunkte zu Hilfe kommen, ehe man Identifikationen in jener Zeit wagen darf. Das Zusammenwerfen der Personen gleichen Namens, mit dem Heldmann, a. a. O.

auf die Jahre von 945 bis 970, zwischen denen ein Erbgang im Grafenamte von Bonn und Zülpich stattgefunden hat. Erst nach 970 erlangte Hermann die Grafschaft auch im Auelgau.<sup>100</sup> Wir sehen gleichzeitig mit der Erbllichkeit das zweite Moment auftreten, welches den Verfall der Grafschaftsverfassung beherrscht hat: Die Vereinigung mehrerer Grafschaften in einer Hand.

Daß sie aber sonst in unserem Gebiet bis zum Ausgang des 11. Jhds. nicht mehr nachzuweisen ist und nach Reichsrecht überhaupt unstatthaft war, hebt die Stellung des pfalzgräflichen Hauses nur noch mehr hervor. Bei ihm kamen außerdem noch andere bedeutende Gerechtsame hinzu. Einmal mehrere Vogteien,<sup>101</sup> die wir noch kennen lernen werden, dann aber vor Allem, anscheinend als Inhalt des pfalzgräflichen Amtes, die Verwaltung der Reichsforsten des Osning,<sup>102</sup>

---

S. 62, Anm. 1, und Witte, MJÖG. Erg.-Heft 5, S. 309, hinsichtlich der Grafen Erenfried operieren, führt zu unhaltbaren Resultaten. Man könnte da wohl finden, daß ein Graf Hermann gut ein Viertel aller deutschen Gaue beherrscht hat. Wie vorsichtig man sein muß, zeigt das Beispiel des Grafen Gottfried vom Gillgau, der immer mit dem des Jülichgaus für eine Person gehalten wird, während gerade das Gegenteil zu erweisen ist. KW. I, S. 59 a.

100. Man kann nicht mit M. Schmitz, Die Geschichte der lothringischen Pfalzgrafen, Diss. Bonn 1878, S. 6 f., in dem 948 genannten Grafen Hermann des Auelgaus (Lac. UB. I, 103) den späteren Pfalzgrafen sehen. Denn 966 (DO. I. 316) ist Eberhard, 970 (Lac. UB. I, 111) Godfried Graf im Auelgau, und zwar ersterer gerade in dem Gebiete, das 948 unter Hermann steht. Hier wird Pleis, dort die beiderseitigen Nachbarorte Zissendorf und Eschmar-Dollendorf genannt. Die Grafschaft war also nicht geteilt, wie Schmitz behauptet.

101. S. Lac. UB. II, 193, a. 1233.

102. S. unten S. 38.

der Ville<sup>103</sup> und des Flamersheimer Waldes.<sup>104</sup> Wie nun die Pfalzgrafen nach der Brauweiler Tradition mit der Ville so verfuhrten, als ob sie ihr Allod wäre, taten sie es nicht

103. Daß die Ville einstmals Königsforst war, läßt sich nicht bezweifeln. Sie liegt mitten im Königsgut von Königsdorf und Königshofen. Das Kloster Königsdorf führt seine erste Gründung auf Karl d. Gr. zurück. Jenseits bei Königshofen begegnen 1174 Güter von Reichsministerialen (Lac. UB. IV, 633) und das Gericht in Morken wurde erst 1343 durch kaiserliche Verleihung Jülich (Gf. v. Mirbach I, S. 17). Zwischen diesen Endpunkten lagen die ausgedehnten Güter, welche 898 Zwentibold dem Stift Essen schenkte (Lac. UB. I, 81). Auch das nahe Kerpen war Reichsburg, s. unten. Kap. II. Endlich hat Kornelimünster schon im 10. Jhd. Besitz um Berghemerdorf (s. Fundatio Brunw., Archiv f. ält. dtische. Gesch., c. 35), der wohl aus dem Stiftungsgut, also von Ludwig dem Frommen stammte. So wird man endlich die Güter, über welche Pfalzgraf Ezzo zugunsten des Klosters Brauweiler verfügte (s. Lac. UB. I, 164, a. 1028, gefälscht; fundatio Brunw. 12, c. 7) für Reichsgut halten dürfen, besonders da die Pfalzgrafen in dieser Gegend sonst keine Beziehungen hatten.

104. Flamersheim war eine villa regia, s. MG. S 1, S. 483 und 582. Dann finden wir die Pfalzgrafen im Besitz der Tomburg, die im Flamersheimer Walde gelegen war (s. oben Anm. 28). Hermann, der letzte Sproß aus diesem Hause, hat als Erzbischof von Köln seine Besitzungen in Flamersheim dem Mariengradenstifte (Lac. UB. I, 195, a. 1059), Tomburg aber dem Erzstifte vermacht (Lac. UB. I, 187, a. 1052. Jaffé, Reg. 4271, hält die entsprechende Stelle der Urkunde für echt, jedenfalls ist an der Tatsache der Schenkung nicht zu zweifeln, denn Köln besaß seitdem wirklich die Tomburg, wenn es sie auch verlehnte). Von der Tomburg hing auch später noch die Vogtei über die Güter von Stift Mariengraden ab und Stift und Burg teilten sich in die Herrschaft des Waldes. S. dazu Ilgen, WIDZ. 32, S. 39 ff.

minder auch mit den Grafschaften. Als Hermann um das Jahr 1000 starb,<sup>105</sup> hinterließ er die Pfalzgrafenwürde und den Bonn- und Auelgau seinem älteren Sohne Erenfried, genannt Ezzo, den Zülpich- und Eifeltgau aber dem jüngeren Heinrich, genannt Hezzelin. Mitbestimmend mag bei der Teilung die Erkenntnis gewesen sein, wie schwer eine solche Vereinigung von Aemtern und Rechten in einer Hand zu verwalten war,<sup>106</sup> besonders solange noch das Dingen die persönliche Anwesenheit des Grafen erforderte.

Auch weiterhin haben die Pfalzgrafen über ihre Grafschaften wie über Eigengüter verfügt. Die Spaltung in zwei Linien wurde um die Mitte des 11. Jhds. wieder aufgehoben, indem Heinrich, der Sohn Hezzelins, den Besitz des älteren Zweiges samt der Pfalzgrafschaft übernahm, als seine Vettern durch Verleihung der Herzogtümer Schwaben und Baiern nach Süddeutschland gezogen worden waren.<sup>107</sup>

Und hatte sich die Teilung zwischen Ezzo und Hezzelin noch an die Gaugrenzen angeschlossen, so haben wir für 1029 den Beweis, daß Gaue auch mitten durchgeteilt werden konnten. In diesem Jahre treten im Jülichgau zwei Grafen, Gerhard und Giselbert, nebeneinander auf. Ihre Teilgraf-

---

105. S. die erwähnte Arbeit von Schmitz, zum folgenden die Gaustellen. Zu Ezzo im Bonngau s. auch die in Bonn unter seinem Handzeichen ausgestellte Urk. von 1020 bei Lac. Arch. II. S. 302.

106. So hat später Ezzo die Vogtei von Brauweiler schon bei Lebzeiten seinem Sohne überlassen, fundatio Brunw. c. 24.

107. Otto, Ezzos Sohn, wurde 1045 Herzog von Schwaben, dessen Brudersohn Kuno 1049 Herzog von Bayern. Warum letzterer, der näher am Erbrecht war, nicht Pfalzgraf geworden ist, sondern schon 1047 Heinrich als solcher auftritt, ist nicht zu sagen. In diesem Jahre. Lac. UB. I, 182, erscheint Heinrich auch als Obergraf im Bonngau. Als Graf im Auelgau erweist ihn zur Geringe der Besitz des Michaelsberges (s. Lac. UB. I, 202).



schaften lassen sich zwar ebensowenig bestimmen,<sup>108</sup> wie der Grund der Teilung erweisen. Da aber Graf Gerhard mit Recht als der Ahnherr des Jülichen Hauses gilt, das später den Gau ungeteilt besitzt, so liegt es nahe, auch hier an Teilung und Zusammenlegung lediglich im Erbgang zu denken.

Es entsteht die Frage, wieweit die Könige an solcher Akten beteiligt waren. Bei der Wiedervereinigung der pfälzgräflichen Gaue durch den jüngeren Heinrich ist eine Mitwirkung des Königs außer Zweifel. Er hat ja die Grafen des Bonn- und Auelgaues abberufen und muß Heinrich in ihre Aemter eingesetzt haben. Indem er aber dabei dessen Erbensprüche Rechnung trug,<sup>109</sup> erkannte er doch nur ein Gewohnheitsrecht an, das wir seit 100 Jahren schon in Uebung gesehen haben. Die freie Verfügung selbst über erledigte Grafschaften besaß der König im 11. Jhd. sicherlich nicht mehr.

Zeigt doch eine andere Erscheinung, wie weit damals schon die Verfügungsgewalt des Grafen über seinen Amtsbezirk ging. Unter Pfalzgraf Heinrich war der Schwerpunkt des Hauses an die Mosel, nach Kochem, verlegt worden. Dies dürfte die Veranlassung dafür gewesen sein, daß die Verwaltung der niederrheinischen Aemter Untergrafen übertragen wurde. Von 1047 bis 1064 finden wir als solchen Graf Sikko in dem noch immer ungetrennten Bonn- und Ahrgau. Die Uebertragung geschah in Form des Lehens. Daß Graf Sikko Lehnsträger der Pfalzgrafen gewesen ist, kann füglich nicht bezweifelt werden. Zwar sind die pfälzischen Lehnrechte nicht durch gleichzeitige Quellen, sondern

---

108. Ueber die Verunechtung der Urkunde s. oben Anm. 80. Gf. v. Mirbach, der dies noch nicht berücksichtigen konnte, kommt auch ohnedem in der Aachener Zeitschr. II, S. 173 zu keinem Resultat.

109. Ueber eine gewisse Unklarheit s. die vorletzte Anm.

erst im 14. Jhd. und auch da nur für einen Teil des Bonngaus bezeugt, nämlich für die Grafschaft Neuenahr<sup>110</sup> und einige von ihr im 13. Jhd. abgetrennte Kirchspiele.<sup>111</sup> Aber einerseits ist Sikko unzweifelhaft ein Vorfahre der Grafen von (Neuen-) Ahr,<sup>112</sup> andererseits kein Zeitpunkt zu finden, da die Pfalzgrafen besser als im 11. Jhd. das Lehnband hätten knüpfen können. Und ein- für allemal muß es gesagt werden, daß wir gerade über die ältesten und wichtigsten Belehnungen sehr schlecht unterrichtet sind. Denn sie wurden nicht aufgezeichnet. Wenn das gelegentlich spät und bei einem besonderen Anlaß geschah, so ist dies nur ein Beweis, daß man sich solcher Lehnverhältnisse trotzdem bewußt war.<sup>113</sup>

Die verfassungswidrige Vereinigung mehrerer Grafschaften in einer Hand ist auch jetzt durch die Bestallung Sikkos wahrscheinlich nicht aufgehoben worden. Denn dieser dürfte auch die Grafschaft im Zülpichgau erhalten haben.<sup>114</sup> Die

---

110. S. unten S. 42.

111. S. unten S. 59.

112. Man erkennt sein Geschlecht, welches man das Haus der Sikkonen nennen möchte, nach rückwärts in jenem Sigebodo, der um 920 Kloster Steinfeld gründete (über die Klostertradition s. Ennen in den Ann. 23, S. 144 ff.), und in den Brüdern Sigebodo und Richwin, denen Otto III. 992 (DO. III. 93) einen Wildbann an der hohen Acht verlieh. Die Gfn. v. Ahr haben aber mit ihm die Grafschaft, mit jenen Aeltern die Beziehungen zu Steinfeld (Lac. UB. I, 292, a. 1121) und den Wildbann gemein. Eine Beschreibung des Wildbanns der Burg Altenahr im lib. iur. feud. et red. Colon., Msc. B 3, S. 305 aus dem 15. Jhd. entspricht in großen Zügen ganz der von 992.

113. S. dazu den Anhang I.

114. Zu schließen aus der Herrschaft von Sikkos Nachkommen, den Gfn. v. Ahr, über den südlichen Zülpichgau (s. unten) und der Lehnabhängigkeit von der Pfalz.

Lehnabhängigkeit von der Pfalz ist allerdings nur für die südlichen Gerichte, aber bereits zum Jahre 1195 überliefert,<sup>115</sup> was unsere Annahme bezüglich des Bonngaus stützt. Und da dessen nördliches Landgericht zu Sikkos Zeiten noch nicht abgetrennt war,<sup>116</sup> wie wir es später finden werden, so dürfen wir daraus wiederum für den Zülpichgau eine Parallele ziehen und vermuten, daß dessen nördliche Gerichte erst nach Sikkos Tode (1063/4), das eine von Nörvenich-Hochkirchen vor 1081,<sup>117</sup> aus dem Zülpichgau ausgeschieden sind. Völlig aber gaben die Pfalzgrafen ihren niederrheinischen Besitz dem Grafen Sikko nicht in die Hand. Die Waldgrafschaft im Osning zum mindesten erhielt ein anderer Lehnsmann.<sup>118</sup> Damit waren die Vogtei von Vilich und

---

115. S. Anhang I.

116. Waldorf wird 1047 als Teil der Grafschaft Sikkos genannt, s. oben S. 12.

117. Erstes Auftreten der Gfn. v. Nörvenich, s. unten S. 43.

118. Als früherer Lehnsträger der Pfalzgrafen wird Meingoz, der Gründer von Vilich, angesehen, der auch Graf genannt wird. So einfach aber, wie Müller, Ann. 24, S. 189 f. dessen Genealogie darstellt, ist sie trotz der Hilfe, welche die Vita Adelheidis (MG. S. 15, 2, bes. S. 757) bietet, nicht zu rekonstruieren. Beizustimmen ist der Annahme, daß Alveradis von Maubach, Gemahlin Wilhelms II. von Jülich, und ihre Großmutter Alveradis von Kuyk von Meingoz abstammten. Denn Jülich und Maubach sind Vögte von Vilich gewesen (Lac. UB. I, 481), und daß diese Vogtei (oder eigentlich Untervogtei, denn sie ging von den Pfalzgrafen zu Lehen, welche sie wohl als Reichsamt innehatten) sich im Weiberstamm vererbte, darf nicht wundernehmen, da Meingoz' Sohn schon 977 in Böhmen gefallen war. Der Name Alveradis, den auch eine Tochter Meingoz' trug, und zwar gerade die, deren Nachkommen die Vita nicht nennt, stellt den Zusammenhang vollends sicher. Nur ist nicht Alveradis von Kuyk die Tochter Meingoz', da sie dann mindestens 137 Jahre gelebt haben

wahrscheinlich noch andere bedeutende Vogteirechte verbunden.<sup>119</sup>

In jener Zeit ist der Köllingau noch ziemlich unversehrt in einer Hand<sup>120</sup> und der Jülichgau wahrscheinlich schon wieder unter dem einheimischen Grafengeschlecht vereinigt. Dieser Querschnitt zeigt: Wenn die Gaue um die Mitte des 11. Jhds. durch die Immunitätsgerichte auch schon sehr stark zersetzt gewesen sein müssen, so erscheinen sie doch immer noch als verfassungsrechtliche Einheiten. Die Herrschaftsgebiete schlossen sich im großen ihren Grenzen an.

Sehr rasch wachsen indessen von nun an Grafschaften und Gaue vollständig auseinander. Die Gaue werden ziemlich allgemein geteilt, die Teile wieder verschieden zusammengesetzt und, wie schon von den Pfalzgrafen, mit allerlei anderen Rechten in einer Hand vereinigt. So entstehen die territorialen Grafschaften.<sup>121</sup> Die Familiennamen der Herrengeschlechter, welche im 12. Jhd. aufkommen und von deren meist allodialen Stammburgen hergeleitet werden, geben ihnen den Namen. So ist z. B. 1145<sup>122</sup> von dem „comitatus

---

müßte (Meingoz' Gemahlin Gebirg starb etwa 995). Auch darf man aus der Tatsache, daß Alveradis von Kuyk 1131 als Waldgräfin im Osning erscheint (Lac. UB. I, 310) noch nicht schließen, daß auch ihr Ahne Meingoz dieses Amt versah. Ueber die Edelfrau von Kuyck kommt man also nicht hinaus. Nur das scheint nahezuliegen, da die Grafschaft Maubach nicht an ihre Söhne von Kuyck, sondern an ihre Tochter, Gemahlin Alberts von Nörvenich überging, daß wir es mit Kindern aus zwei Ehen zu tun haben.

119. S. Anhang I.

120. S. unten S. 45.

121. Vgl. allgemein die Bonner Diss. von Friedrichs, *Burg und territoriale Grafschaften*, 1907.

122. Günther CD. I, 139.

comitis de Are“ die Rede. Dasselbe Gebiet heißt dann 1246<sup>123</sup> „comitia Hostadensis, castra quoque Are, Hart et Hostaden cum omnibus vasallis, ministerialibus, allodiis, feudis ac alijs bonis ex quacunque causa comicie et castris attinentibus predictis“, ein deutlicher Ausdruck, daß die Grafschaft jetzt eine Zusammenballung von Rechten ist, welche nur z. T. noch auf die gaugräfliche Gewalt zurückgehen.<sup>124</sup> Die Gaunamen aber sind in der zweiten Hälfte des 11. Jhds. fast verschwunden, da sie ihres Inhalts beraubt waren.

Aus dem Auflösungsprozeß der alten Grafschaftsgaue gehen in unserem Untersuchungsgebiet bis zum 14. Jhd. nur zwei größere Territorien hervor, welche fast alle anderen aufschluckten oder sich angliederten: Kurköln und Jülich. Zur Entwirrung der territorialen Verhältnisse der Zwischenzeit leisten die Familiennamen wertvolle Dienste. Obwohl freilich noch vieles unklar bleibt und Lücken in der Ueberlieferung klaffen, versuchen wir doch an der Hand der Genealogien der alten Grafengeschlechter die Ueberleitung der einzelnen Gaugrafschaften in die jüngeren Territorien zu verfolgen. Für den Anfang freilich leidet dieser Versuch an der Unzuverlässigkeit der Quellen; denn gerade die Urkunden des 11. Jhds. sind zum guten Teil gefälscht, ohne daß man die Spuria mit Sicherheit ausscheiden könnte.<sup>125</sup>

---

123. Lac. UB. II, 297.

124. Die sogenannte Grafschaft Hochstaden (ohne Ahr) enthielt überhaupt nur Allodialherrschaft, s. KW. I, S. 44 f.

125. Die Urkunden, welche Oppermann dafür hält, hat er WDZ. 21, S. 113 ff. verzeichnet. Die Zeugenreihen beruhen dabei zum guten Teil doch auf echten Vorlagen. Es ist aber bei dem heutigen Stande der Urkundenkritik z. B. noch nicht möglich, aus dem Auftreten des Grafentitels bei den Edelherren Schlüsse zu ziehen. — Gute Dienste leistet für die älteren Genealogien der Aufsatz von Pfarrer Müller in den Ann. 24, S. 180 ff.



Die seit 1107 auftretenden Grafen von Ahr<sup>126</sup> haben nicht das ganze Erbe ihres Ahnherrn Sikko übernommen. Nachweislich besaßen sie einmal alle Grafenrechte im Ahr-, Odan- und Swistgau<sup>127</sup> mit Ausnahme vielleicht des Ländchens Drachenfels, ferner Grafen- und Vogteirechte im Eifel- und Mayengau, die schwer auseinanderzuhalten sind,<sup>128</sup> und die Grafschaft im südlichen Zülpichgau, wo sie 1145, 1166 und 1188 als Landrichter oder Landgrafen auftreten.<sup>129</sup> Nicht nachzuweisen sind sie als Inhaber der nördlichen Landgerichte des Bonn- und Zülpichgaues.

Das Gesamthaus hat sich in mehrere Linien gespalten, deren Besitzungen nicht immer gleich gegeneinander abgetrennt waren. Im 13. Jhd. bestanden drei Linien: Nürburg, Hochstaden und Neuenahr.<sup>130</sup> Der Hochstadische Anteil

---

126. S. dazu das immer noch brauchbare Schriftchen: Die Grafen von Are, Hochstaden, Nürburg, und Neuenare, von A. J. Weidenbach, Bonn 1845, mit einem Stammbaum.

127. S. unten S. 48 und 63.

128. S. unten S. 68 und 71.

129. Günther, CD. I, 139: Auflassung von Allod in Vaevernich (Vernich oder Virnich) „in loco principali comitatus comitis de Are qui vulgo Kagun dicitur“ (über Kagun s. unten Anm. 238). — Lac. UB. I, 420: Auflassung eines Gutes „in agro Zulpiacensi“ wird bekräftigt „banno comitis Ulrici de Are, cuius inibi fuit iudiciaria potestas“ (Nürburger Linie). — Kl. Füssenich, Urk. 2a (fehlt bei Knipping): Schenkung eines Allods in Troisdorf und eines Zehnten in Bettenhoven an das bei Zülpich gelegene Kloster. Erster Laienzeuge: „lantgravius Theodericus comes de Hostaden.“ Zu dem Ausdruck Landgraf vgl. Lac. UB. I, 550, a. 1195, „comes provincie“, was auch den Gaugrafen bezeichnet (KW. I, S. 1).

130. Die Linie Malsberg gründet sich auf Frauengut, s. Weidenbach, S. 85.

kam 1246<sup>131</sup> durch die beiden Letzten des Stammes, Erzbischof Konrad und Propst Friedrich von St. Mariengraden in Köln, an das Erzstift. Nachdem 1265<sup>132</sup> Walrain von Jülich als Gemahl einer Erbtöchter einige Vogteien erhalten hatte, fügte Kurköln die übrigen und den ganzen Bestand an Grafenrechten als Aemter Altenahr und Hardt seinem Territorium ein. Es waren Teile des Ahr- und Eifelgaues. Schon 1290<sup>133</sup> gelang ihre Abrundung durch Erwerb des Besitzes der ausgestorbenen Nürburger Linie, der als Amt Nürburg beisammenblieb. Die Linie Neuenahr bestand, wenn auch nicht im Mannesstamm, bis 1545 fort. 1343 erreichte der Markgraf von Jülich, daß die Pfalz ihm die Grafschaft Neuenahr zu Lehen gab, welche die Grafen nun als seine Aftervassallen empfangen mußten.<sup>134</sup> 1545 zog der Herzog von Jülich das Lehen als heimgefallen ein. Es erstreckte sich im unteren Ahr-, Odan- und Swistgau.

Die Grafschaft im südlichen Zülpichgau hat das Haus Ahr noch zur Zeit seiner Blüte, zwischen 1188 und 1195<sup>135</sup> an Jülich verloren. Den Grund möchte man in kriegerischer Auseinandersetzung sehen, da Erbgang oder Mitgift gänzlich ausgeschlossen sind. Wir kommen darauf zurück.

Nahe benachbart dem Schlosse Ahr lag die Saffenburg, anscheinend die Stammburg<sup>136</sup> eines anderen Ge-

---

131. Lac. UB. II, 297, s. dazu Cardauns, Konrad von Hochstaden, S. 57 ff.

132. Lac. UB. II, 558, s. dazu Gf. v. Mirbach I, S. 22.

133. Kn. III, 3220 und 3283, s. dazu Lac. UB. IV, 672.

134. Lac. UB. III, 389.

135. Lac. UB. II, 27, a. 1209.

136. Der Stammvater, der zur Zeit Annos II. gelebt hatte, wird 1139 Graf von Saffenberg genannt, Lac. UB. I, 318. Der Graf Hermann von Nörvenich, 1028, Lac. UB. I, 165, kommt nicht in

schlechtes, das gleichfalls zu Bedeutung in der niederrheinischen Territorialgeschichte berufen schien. Es spaltete sich schon im 11. Jhd. in die Linien Saffenberg und Nörvenich.<sup>137</sup> Der Grafentitel kann nur von Nörvenich stammen. Mit der Saffenburg hingen keine Grafenrechte in der Umgebung zusammen.<sup>138</sup> Um Nörvenich aber lag das Landgericht Hochkirchen,<sup>139</sup> welches später zu Jülich, dem Erben der Nörvenicher Linie, gehörte. Da dieses Gericht einen Teil des ehemals pfalzgräflichen, dann wohl vom Grafen Sikko verwalteten Zülpichgaus bildete, mag es mit Rücksicht auf die Herkunft der Saffenberg-Nörvenicher von der Ahr keine zu gewagte Vermutung sein, an ihre Verwandtschaft mit Sikko und den Grafen von Ahr zu denken und die Teilung des Zülpichgaues somit auf eine Erbteilung zurückzuführen.

Graf Albert von Nörvenich heiratete zwischen 1131 und 1141<sup>140</sup> Adelheid, die Erbin der Grafschaft Maubach, d. i. das schon erwähnte Waldgrafenamt im Osning,<sup>141</sup> und nannte sich nun zumeist nach Maubach. Als er 1177<sup>142</sup> starb, beerbte ihn sein Schwiegersohn Wilhelm II. von Jülich, der seinem Stammbesitz so vornehmlich das bereits genannte Landgericht Hochkirchen und das Waldgrafenamt angliederte.

Später als der Nörvenicher Zweig ist der Saffenberger zu einer Grafschaft gekommen. Die Annalen der Familienstiftung Klosterrath sagen ausdrücklich, indem sie von der

---

Betracht, da die Urkunde gefälscht ist, wie schon das unmöglich frühe Auftreten des Geschlechtsnamens beweist.

137. Die Nörvenich treten zuerst 1081 auf, *Kremer, Akad. Beiträge II*, 208.

138. S. unten S. 66.

139. S. unten S. 81.

140. *Lac. UB. I*, 310 und 343.

141. S. *Kremer* in den *Acta acad. Pal. III*. p. 284.

142. *Lac. UB. I*, 462.

Vermählung Adolfs von Saffenberg mit Margarathe, der Nichte des Erzbischofs Friedrich I., im Jahre 1122 erzählen.<sup>143</sup> „Adhuc non erat Adolphus comitatu insignitus, sed cum nepte dedit illum ei Friedericus.“ Die Grafschaft, über welche der Erzbischof damals verfügte, kann einzig die im Kölngau gewesen sein, deren Lehnabhängigkeit von Köln später bezeugt ist<sup>144</sup> und wo 1143 Adolf von Saffenberg tatsächlich als Graf auftritt.<sup>145</sup> Das frühere Gaugrafengeschlecht kennen wir nicht.<sup>146</sup> Da die Saffenberger etwa gleichzeitig mit der Grafschaft auch die hohe Vogtei des Erzstiftes erlangt haben,<sup>147</sup> liegt es nahe, die Personalunion der beiden Aemter, die seither bestand, für älter anzusehen. Dann wäre der um 1050 auftretende Domvogt Graf Christian, der sonst nirgends unterzubringen ist, Graf des Gillgaus gewesen, wo um jene Zeit kein anderer Graf auftritt.

Das Geschlecht der Saffenberger erlosch aber bereits 1175. Es folgten als Kunkelmagen die Grafen von Sayn. Wie deren Stamm 1247 ausstirbt, gelangt die nun nach dem Schlosse Hülchrath genannte Grafschaft bald als Mitgift an einen jüngeren Sohn des Klevischen Hauses. Bisher hatte

---

143. MG. S. 16, S. 703.

144. KW. I, Tab. I, 9 und 47.

145. Zu den in Tab. I der KW. I zusammengestellten Belegen kann ich jetzt noch den frühesten hinzufügen. Die Ann. Rodenses SS. 16, S. 720 berichten von der Schenkung eines Gutes in Desdorf a. 1148: „Acta sunt hec et corroborata coram Adolpho comite de Saphenberch sub ritu et lege illius provinciae“ („lex provinciae“ = Landrecht s. unten Kapitel III). Desdorf lag im Gerichte in der Lohe, d. i. im Kützgau, s. KW. I, S. 40.

146. Außer dem Grafen Godfried 962, der kein Jülicher war, s. oben Ann. 99.

147. Liste der Domvögte s. unten Kap. V.

sie sich auffallend unversehrt erhalten. Erst die Grafen von Kleve-Hülchrath beginnen in Geldnot um 1300 ihre Rechte zu verschleudern. Aus dem Zusammenbruch haben Jülich den Kützgau, die Herren von Bedburg einige Kütz- und Gillgaudörfer an sich gebracht. An der Hauptmasse erwarb Kurköln das Dominium utile, allerdings z. T. durch ein Kondominat mit den Herren von Dyck belastet.<sup>148</sup> Nur die südliche Hälfte des Kölngaus, die Orte des seitherigen Beifangs Brühl, sind schon vor 1285, wohl schon vor 1249<sup>149</sup> an das Erzstift gekommen. Die näheren Umstände sind unbekannt.

Nun tritt in unserem Gebiete seit Anfang des 11. Jhds. noch ein Geschlecht der Grafen von Bonn auf.<sup>150</sup> Zuerst heißen sie freilich nur Vögte von Bonn, u. z. waren sie das sowohl für das Cassiustift wie für Stift Dietkirchen. In der dritten Generation erlischt das Geschlecht vor 1145, ein Albert erscheint als Vogt von S. Cassius und Graf von Bonn. Es ist Albert von Maubach, denn wir lesen, in den Gesta Alberonis,<sup>151</sup> daß 1152 zwischen ihm und dem Grafen von Sayn unter Vermittlung des Erzbischofs von Trier ein Vertrag über den „Bunnensis comitatus“ zu Stande kam, um den sie lange erbittert gestritten hatten. Heinrich von Sayn war Sieger geblieben. Er muß sich dabei auf das Erbrecht seiner Frau gestützt haben.<sup>152</sup> Solange sein Ge-

---

148. S. KW. I, Einleitung.

149. S. KW. II, Einleitung.

150. S. Anhang II. Der Aufsatz von Harleß, Die Grafen von Bonn und die Vogtei des Cassiustiftes, in Bonn, Beiträge usw., Festschrift 1868, Nr. IV, befriedigt gar nicht, da es ihm an klarer Fragestellung mangelt.

151. MG. S. 8, S. 257.

152. Da er noch bei Lebzeiten seines Vaters Vogt wurde; s. beide nebeneinander a. 1174, Lac. Arch. II, S. 305.



schlecht blühte, hören wir gelegentlich, daß es die Vogtei von Bonn ausübte. Den letzten Grafen von Sayn beerbten 1247<sup>153</sup> seine Neffen von Sponheim. Sie empfingen aus dem Nachlaß die „advocatia Bunnensis“ als Kölnisches Lehen, nachdem sie ihre daraus herrührenden Rechte innerhalb der neuen Stadtmauer Bonns, bestehend im dritten Pfennig von den Gerichten und 8 Mark von der Bede, an den Erzbischof abgetreten hatten. 1248 teilten die Sponheimer. Die niederrheinischen Besitzungen erhielt Heinrich von Heinsberg. 1255 gab er daraus u. a. „advocatiam Bunnensem“ seiner Tochter Aleidis zur Aussteuer, als sie Dietrich von Kleve, seither von Hülchrath, heiratete. Von dem Enkel beider kaufte 1302, bzw. 1323 das Erzstift die Vogtei zurück.<sup>154</sup> Es ist also nach 1152 stets nur von den Vögten und der Vogtei von Bonn die Rede.

Die Vogtei erstreckte sich in der Stadt und außerhalb der Stadt und nicht nur in deren näherem Umkreise,<sup>155</sup> aber eben stets nur auf Land der beiden Stifter.<sup>156</sup> Daher sind auch die Vogteibezüge aus der Stadt so beschränkt. Die Bonner Bede war ja viel höher, 1243<sup>157</sup> auf 100 Mark angesetzt. Die 8 Mark des Vogts sind eine pauschalierte Ablösung der Vogteibede von den innerhalb des Mauergürtels

---

153. Lac. UB. II, 316.

154. KW. I, Tab. I, 8—11, 13, 15, 34, 35, 53.

155. So muß z. B. Buschhoven dazu gehört haben, wo nach dem Weistum Stift Dietkirchen Grundherr, der Erzbischof Vogt ist (Gr. II, S. 662).

156. S. z. B. die bei Harleß, a. a. O. S. 14 abgedruckte Urkunde von 1218, durch welche Graf Heinrich von Sayn auf die „exactio . . . ratione advocatie Bunnensis“ von Gütern des Kl. S. Merten verzichtete, die natürlich von einem der Bonner Stiftshöfe abhingen.

157. Lac. UB. II, 284.

verstreut liegenden Stiftsgütern.<sup>158</sup> Denn die übrige Stadt gehörte schon längst dem Erzbischof, der 1221<sup>159</sup> die „collecta“ daselbst einhob, die Mauer errichtete und 1243<sup>157</sup> das Gewohnheitsrecht bestätigte, indem er die Bede fixierte und sich das Gericht vorbehielt. Das Bonner Schöffengericht ist aber, wie wir sehen werden,<sup>160</sup> das des engeren Bonngaus. Dessen Herr ist also im 13. Jhd. der Erzbischof und nicht der Graf von Sayn, der sich 1152 den „Bunnensis comitatus“ erstritten hat. Man muß nun entweder annehmen, daß die Grafen dem Erzbischof die Grafschaft abgetreten hätten; ein Anlaß dazu könnte schon im Jahre 1152 gefunden werden, da Arnold II. von Köln, der zur Zeit des Koblenzer Vertrags in Italien geweltet hatte, im Juli die Burg Sayn belagerte.<sup>161</sup> Zwar steht zu vermuten, daß er

---

158. S. dazu Kap. V.

159. Lac. UB. II, 94.

160. S. unten S. 52.

161. Arnold III. war 1151 in der Hoffnung erwähnt worden, daß er die völlig zerrütteten geistlichen und weltlichen Verhältnisse der Diözese mit starker Hand zu ordnen imstande sein werde. Die Klagen über Räubereien und Verwüstungen waren erbarmungswürdig. Nicht wenig mag der Kampf um Bonn zu ihnen Grund gegeben haben, der nach den Gesta Alberonis das ganze Land jahrelang in Erregung erhalten hatte. 1152 nahm der Erzbischof den Kampf gegen die Raub Schlösser auf und lag nach einem ersten Erfolge im Juli, ungewiß des Ausgangs, vor Sayn. Denn die Grafen hatten die Burg dem Erzbischof von Trier aufgetragen — sicherlich im Zusammenhange mit dem Koblenzer Vertrag — und Arnold wußte nicht, wie sich sein Mitbruder stellen würde. Man darf da wohl annehmen, daß Arnold den Vertrag nicht anerkannte. S. die Briefe Wibalds von Stablo Nr. 326, 334, 340, 341, 363, 375, 381, 385 bei Jaffé, *Bibl. rer. Germ.* I, und *MRh. UB.* I, 571.

sie bezwungen hat,<sup>162</sup> aber unter welchen Bedingungen die Grafen sich unterwarfen, wissen wir nicht. In diesem Falle wären die Grafen von Bonn Rechtsnachfolger des Grafen Sikko. Oder es ist unter dem „Bunnensis comitatus“ nur die Vogtei der Bonner Stifter zu verstehen und dafür spricht, daß die Grafen zuerst eben nur als Vögte auftreten.

Daß diese Bonner Grafschaft des 12. Jhds., wenn es eine solche im verfassungsrechtlichen Sinne gegeben hat, nur den nördlichen Teil des Gaues, den engeren Bonngau, wie wir ihn noch näher kennen lernen werden, umfaßt haben kann, geht aus der gleichzeitigen Herrschaft der Grafen von Ahr über den größeren südlichen Teil hervor. Nach Sikkos Tode ist also auch in diesem großen Gau eine Teilung vorgenommen worden. Wann das dabei abgetrennte Landgericht Bonn an Köln gekommen ist, bleibt ungewiß. Im 13. Jhd. stehen wir vor dem abgeschlossenen Zustand.

Es fehlen uns aber überhaupt alle sicheren Nachrichten über die Entstehung des um die Bischofsstadt gelagerten Hauptkerns des Kölner Territoriums. Keine Urkunde bezeugt, daß dem hl. Petrus in Köln, wie so vielen andern deutschen Hochstiften, von den Königen wären Grafschaften geschenkt worden. Man nimmt nur übereinstimmend an, daß wahrscheinlich Otto I. seinem Bruder Erzbischof Bruno die Grafenrechte in der Stadt Köln übertragen habe,<sup>163</sup> und eine Urkunde Ottos II. aus seiner Königszeit<sup>164</sup> wird später

---

162. Nach Wibalds Brief vom 25. Juni 1152, Nr. 400.

163. KW. I, S. 65, s. dazu jetzt oben S. 29.

164. In der Bestätigung Innozenz IV. von 1254 erhalten, Papsturk. Westfalens 542/3. Daß deren Vorlage nicht Stumpf 598 = Lac. UB. I, 114 ist, wie der Herausgeber a. a. O. sagt, hat schon Bresslau, Arch. f. Urkundenforschung I, S. 370 Anm. 2 bemerkt. Bresslau

dahin wiedergegeben, daß der Herrscher „ecclesiam castris, villis, possessionibus, molendinis, libertatibus aliisque bonis pia liberalitate donavit“. Aus welchem Wortlaut eher zu schließen ist, daß das Erzstift damals noch keine Grafschaft besaß. Dennoch muß es einmal die im Kölngau erworben haben, da sie ja später von ihm zu Lehen ging. Der Zeitpunkt läßt sich aber höchstens danach vermuten, daß die Verwaltung eben in Form des Lehens an einen Hochadeligen vergabt wurde, wodurch die Grafschaft bis zum Rückkauf 1314 verloren ging. Im Gegensatz dazu möchte man die Erwerbung der erwähnten Landgerichte von Bonn und im südlichen Kölngau wie des von Lechenich im Zülpichgau, über das es gleichfalls an Nachrichten mangelt, in eine jüngere Zeit versetzen, da hier anscheinend von Anfang an Ministerialenverwaltung angewandt worden ist. Auch die bewußte Territorialpolitik, welche im Erwerb der drei verschiedenen Gauen angehörenden aber aneinanderstoßenden Landgerichte zum Ausdruck kommt, deutet auf eine spätere Epoche hin. Die weiteren Erfolge dieser Politik im 13. und 14. Jhd. haben wir schon besprochen.

Wie auf der einen Seite Köln die Herrschaften, welche aus der Auflösung der Gaugrafschaften entstanden waren, beim Erlöschen oder Verarmen der Geschlechter an sich brachte, so auf der anderen Seite Jülich. Das Haus der Gaugrafen von Jülich hat alle Grafen und Dynasten im Westen unseres Gebietes beerbt. Wir hörten ja schon, wie Wilhelm II. das Erbe der Häuser Nörvenich und Maubach angetreten und dadurch die Herrschaft über die grafenschaftsgleiche Waldgrafschaft im Amt Montjoie und die Wehrmeisterei und das eine Landgericht des nördlichen Zülpichgau gewonnen hat. Ihm verdankt sein Geschlecht aber

---

vermutet, daß die Urkunde für Bruno während Ottos I. Romzug ausgestellt worden sei.

zugleich den Erwerb der bisher dem Hause Ahr gehörigen Grafschaft im südlichen Teile des Gauers, welche zwischen 1188 — 1195 fällt. Lacomblet hat auch hier eine genealogische Kombination untergelegt, wonach dieses Gebiet durch die Herren von Heimbach, welche er für Verwandte der Ahr hält, eingebracht worden sei, als sie in Jülich zur Regierung kamen. Wilhelm II. ist aber ganz unstreitig noch aus dem alten Mannesstamm der Jülicher Gaugrafen. Da auch alle anderen Vermutungen über eine Verwandtschaft zwischen den Ahr und Jülich scheitern,<sup>165</sup> habe ich schon oben diesen Besitzwechsel auf eine kriegerische Auseinandersetzung zurückführen zu sollen geglaubt.

Erst mit Wilhelms II. Schwestersohn Wilhelm III. kommt dann 1207 das Geschlecht der Edelherrn von Heimbach in Jülich zur Herrschaft. Daß es vorher nie den Grafentitel führt, beweist, daß es nie Grafenrechte besessen hat. Das Amt Heimbach, dessen Kern das im Zülpichgau gelegene Familiengut bildete, kann schon deswegen bei der Feststellung der Landgerichte nachher ausscheiden.

Um 1300 wird mit dem Kützgau ein Stück Kölngrafschaft erworben, 1343 die Erwerbung eines Teiles des Ahrgaus in Gestalt der Grafschaft Neuenahr angebahnt, 1545 vollendet.<sup>166</sup>

Dies die äußeren Veränderungen der Gaugrafschaften durch Teilung und Zusammenlegung. Als ihre Gründe waren oft mit Sicherheit Erbgang und Erbteilung, daneben Verarmung des herrschenden Geschlechts festzustellen, Besitzwechsel durch Kampf nur zu vermuten. Wie das Aussterben so vieler hochadeliger Geschlechter dabei besonders stark in der Richtung einer Zusammenscharung der einzelnen Herrschaften wirkte, war leicht zu erkennen. Es ist nun unsere

---

165. S. Anhang I.

166. S. oben S. 42.



Aufgabe, die Gerichte, welche in den einzelnen Grafschaftsteilen lagen, zu bestimmen. Wir gewinnen dabei einen Einblick in die innere Organisation der Gauen. Diese werden wir dann hinsichtlich der Handhabung des Gerichts zu Ende verfolgen.

Indessen haben die aufgeführten Momente nicht allein die Gauverfassung verändert. Ebenso sehr wirkte darauf die Ausbildung der eximierten Bezirke ein, welche die Landgerichte zersprengten, verkleinerten oder gänzlich auflösten, eine Entwicklung, die in den folgenden Kapiteln zur Darstellung kommen soll. Wir können aber die Landgerichte nicht umschreiben, ohne sie gegen die Immunitätsgerichte abzuheben. Indem wir die Gerichtsbezirke der jüngeren territorialen Einteilung nach ihrem Charakter und ihrer Herkunft auseinanderlegen, gewinnen wir daher zugleich die räumliche Grundlage für die späteren Abschnitte.

Für den Kölngau mit seinen Untergauen liegt das Resultat einer derartigen Untersuchung bereits vor.<sup>167</sup> Danach sind in den Dingstühlen Hülchrath (wohl ehemals Nievenheim), Rommerskirchen, Fürth, in der Lohe und Griesberg der Grafschaft Hüchrath alte Gaugerichte zu erkennen, welche bis ins 14. Jhd. in Händen der Gaugrafen blieben. Dazu ist ein sechstes Gaugericht südlich von Köln anzunehmen, dessen ursprüngliche Dingstätte aber unbekannt bleibt. Im 13. Jhd. wurde es mit dem Hofgericht Brühl vereinigt. Die aufgeführten Dingstühle reichen nirgends über die Gau-, auch Untergaugrenzen hinaus. Nur das Gericht an der gräflichen Bank zu Kleinenbroich ist wahrscheinlich erst in Folge des fortschreitenden Ausbaues des Landes notwendig und z. T. vom Nievenheimer Gau abgetrennt worden. Zwischen Gill- und Kützgau lagen noch zwei Dingstühle der Herrschaft Bedburg, zu Büsdorf und Auenheim, später Bedburg,

---

167. S. KW. I u. II, Einleitung.

die man gleichfalls als abgetrennt vom Grafengericht, nämlich von dem in Rommerskirchen, ansehen möchte, so wie urkundlich feststeht, daß dem einen nach 1314 Teile des Kützgaus einverleibt worden sind. Alle übrigen Gerichtsbezirke innerhalb des alten Kölngaus sind durch Exemtion vom Grafengericht entstanden.<sup>168</sup> Besonders im Umkreis der Stadt Köln haben die Hofverbände der Kölner Kirchen die Gauverfassung fast völlig zur Auflösung gebracht.

Von dem südlich anstoßenden Bonngau haben wir oben neben dem weiteren, auch Ahr- und Swistgau umfassenden Begriff noch einen engeren angenommen. Sein Umfang reicht jedenfalls soweit wie das nächste Landgericht um Bonn. Nun läßt sich aus den reichen Urkundenarchiven der Bonner Stifter zu S. Cassius und Dietkirchen und des Kölner Karthäuserklosters der sichere Nachweis führen, daß die vier „Dingstühle“ des späteren kurkölnischen Oberamtes Bonn: Dottendorf, Duisdorf, Waldorf und Widdig, sammt dem Gebiet der Haupt- und Residenzstadt Bonn bis in die zweite Hälfte des 14. Jhds. einen einzigen Gerichtsbezirk der Bonner Schöffen bildeten. Damals wurden sie allmählig, zuletzt Widdig, abgetrennt<sup>169</sup> und das Bonner Schöffengericht

---

168. S. KW. I, 22 ff. und die Bemerkungen bei den Weistümern der einzelnen Herrlichkeiten.

169. Die Bildung des Dingstuhls Waldorf, dessen Grenzen von selbst durch die allseits anschließenden Herrlichkeiten gegeben waren, erfolgte zwischen 1377 und 1380 (Karth.-Köln, Urk. 78 u. 106). In Waldorf bestand zwar schon früher ein Hofgericht am Verkeshof des Mariengradenstiftes Köln (1348, Mariengraden, Urk. 98, s. unten und 1350, Karth. Urk. 32); mit ihm aber hat der Dingstuhl nichts gemein. Das Weistum des Hofes, renoviert 1744 (Mariengraden, Akten 35), gibt an, daß sein Gericht nur einmal im Jahr am Katharinentag zusammentrat und immer noch mit Geschworenen besetzt war, während der Dingstuhl eigene Schöffen hatte. Das Stift hat den Hof-

wurde ausschließlich Stadtgericht.<sup>170</sup> In seinem früheren Umfange aber muß es als Gaugericht, d. h. als Hundertschaftsgericht der Umgebung von Bonn gelten. Ist es doch schon

---

verband oder seine Vogteiabgaben 1335 (Mariengraden, Urk. 74) von einem Ritter gekauft, dessen Allod er war (so wird auch der Hof im Weistum bezeichnet). Die Auflassung war damals „in publica strata“ vor zwei Bonner Schöffen erfolgt; Auflassungen von Land, das vom Stift „iure feodi pendebat“, erfolgte dagegen vor den „iuratis curtis in Waildorp“ (1348, s. oben). Darin kommt der Unterschied von Land- und Hofgericht klar zum Ausdruck. — Der Dingstuhl Dottendorf ist zwischen 1349 und 1391 (S. Cassius-Bonn, Urk. 100 und 278), der von Duisdorf zwischen 1367 (a. a. O. Urk. 190) und 1393 (Karth. Urk. 175), der von Widdig endlich zwischen 1386 (Karth. Urk. 138) und 1398 (Karth. Urk. 230) ausgeschieden worden. — Die Urkunden, welche, samt vielen älteren, hier herangezogen sind, sprechen nicht nur von der Beurkundung, sondern auch von der Vornahme der Handlung vor den Bonner Schöffen, bzw. der neuen Dingstühle, welche die Aufgaben jener in vollem Umfange übernahmen. Eine Urkunde von 1376 (Dietkirchen, Urk. 75) berichtet außerdem von der Bekümmerung eines Gutes in Urfeld durch den Bonner Gerichtsboten auf Befehl der Bonner Schöffen, welche auch den neuen Besitzer einweisen. — Die Abtrennung der Gerichte tritt in die Reihe jener Maßnahmen, durch welche sich Friedrich von Saarwerden als letzter auf dem Kölner Stuhle als guter Verwalter des Erzstifts erwies. Sehr rege war seine Sorge für die Aufnahme von Weistümern, s. die von Keßeling, Ahrweiler, Adendorf, Hardt bei Gr. II, für das gräfliche Land und den Büttger Wald in KW. I, 14 und 21, für Hilden, Deutz und den Königsforst in Lac. UB. III, 904—906, für Kenten in Lac. Arch. VI, Nr. 57.

170. Für die vier Dingstühle blieb es nur noch Oberhof, s. Ilgen WDZ. 32, S. 19. Herrn Geh. Archivrat Ilgen verdanke ich auch den ersten Hinweis auf den ehemals größeren Sprengel der Bonner Schöffen.

1158,<sup>171</sup> vor der rechtlichen Ausbildung der Stadt,<sup>172</sup> belegt und umfaßt die Ebene zwischen dem Rhein und dem Vorgebirge, auf dem die weiten Wälder der Ville und des Kottenforstes eine natürliche Begrenzung bilden. In der jüngeren territorialen Einteilung gab es dazwischen allerdings noch andere Hochgerichte, die aber alle als Immunitätsgerichte zu erkennen sind. Nämlich, von Norden beginnend: Niederweßeling, eine Vogteiherrschaft der Herzöge von Jülich;<sup>173</sup> Keldenich, eine gräflich Katzenellbogensche Allodialherrschaft;<sup>174</sup> Sechtem, eine solche einst der Grafen von Sayn und im 12. Jhd. wohl der Grafen von Saffenberg;<sup>175</sup> Walberberg, eine Herrschaft des Domkapitels, aus zwei Hofverbänden zusammengewachsen;<sup>176</sup> Merten, dessen ältere Besitzer unbekannt sind, dessen Gericht aber ein Hofgericht war; im 14. Jhd. gehörte es dem Erzbischof.<sup>177</sup> Dann stößt Rösberg an, das, wahrscheinlich schon im 12. Jhd., Allodialherrschaft der Grafen von Ahr gewesen ist,<sup>178</sup> und andererseits die Herrschaft Bornheim-Brenig.<sup>179</sup> Vom

---

171. S. Cassius-Bonn, Urk. 23.

172. S. die oben S. 46 f. angezogenen Nachrichten, welche die Stadt im 13. Jhd. erst in der Bildung zeigen.

173. Als Lehen von der Pfalz. Grundherr war das Kl. Montfaucon bei Verdun, s. Gf. v. Mirbach I, S. 21.

174. KW. II, S. 144 ff.

175. KW. II, S. 16; dazu Ann. 24, S. 185 f.

176. KW. II, S. 172 ff.

177. KW. II, S. 17.

178. KW. II, S. 155 ff.

179. Hier sind die Verhältnisse nicht so leicht auseinander zu legen. Fest steht, daß die Herrschaft z. T. auf der Vogtei Bornheim beruhte, welche wohl einmal den Grafen von Sayn gehört hatte und 1303 ihren Erben vom Erzbischof abgekauft wurde (KW. I, Tab. I. 35). Als Kölnisches Lehen wurde sie dann von Adeligen verwaltet.

Bonner Gaugericht eingeschlossen die Herrlichkeit Alfter der Kölnischen Marschälle, wohl deren Amtslehen, und daneben die Schultheißerei Gielsdorf, welche die Schicksale von Sechtem teilte, und deren Gericht gleich dem dortigen ein Hofgericht war.<sup>180</sup> Die Herrlichkeit Eendenich des Propstes von Bonn ist niemals völlig vom Gerichte der Bonner Schöffen befreit gewesen.<sup>181</sup> Zum Bonngau im engeren Sinne wird man noch Witterschlick in einem Aushau der Ville rechnen wollen. Auch hier ist die grundherrliche Unterlage gut zu erkennen.<sup>182</sup> Der Erzbischof hatte dieses Hofgericht wohl von den Grafen von Sayn geerbt.<sup>183</sup>

Ist die Frage, über welche Güter sie ging. Sicherlich über den Hofverband des Apostelstifts-Köln in Brenig. Doch läßt dessen Weistum (bei Gr. VI, S. 689, bes. § 5) nicht deutlich erkennen, ob sich das Bornheimer Schöffenkolleg lediglich aus den Breniger Geschworenen ergänzte. Wahrscheinlich kam zu der Vogtei noch eine Allodialherrschaft hinzu, welche mit dem Hause Bornheim zusammenhing. 1322 teilte sich das Geschlecht von Bornheim, ein Zweig erhielt die Hoheit Bornheim, ein anderer die Vogtei Brenig, die also vorher nur nach dem Sitz ihrer Inhaber Vogtei Bornheim geheißen hatte. Nachdem sich 1462 beide Linien wieder vereinigt hatten, sprechen die Lehnbriefe erst von der Vogtei Bornheim und Brenig, dann von der Vogtei Bornheim (Kurköln, Lehnakten 27). Das Weistum von Bornheim, in Lac. Arch. VI, 353 gedruckt, wird dem Erbvogt gewiesen.

180. KW. II, S. 16.

181. Gr. II, 661, s. dazu unten Kap. III.

182. Außer dem Weistum, Lac. Arch. VI, S. 311 ff. ist vor allem folgende Angabe des Liber iurium et feudorum . . . Coloniensium, Msc. B 3, S. 79 des 15. Jhd. bezeichnend: „Item hait unse gnedige herre zo Witterslick under der lynden eyn hoiffgedynge, dair man doch zo allen 14 dagen dynget; dairzo gehoeren 27 geswoeren.“

183. Darauf deutet das Vorkommen des „greffenzinß“ neben dem Schatz. S. das Weistum.



Ausschließlich zum Bonngau wird in unseren Quellen auch die Gegend um Godesberg bis zum Odangau hin gerechnet. Sie bildete später das Kurkölnische Amt Godesberg mit den beiden Dingstühlen Godesberg und Muffendorf. Ich habe nicht ermitteln können, auf welcher Grundlage sie und die Kölnische Landeshoheit beruhten. In beiden Orten gab es Hofgerichte geistlicher Güter,<sup>184</sup> die sich aber in keinem erweislichen Zusammenhange mit den Schöffenstühlen befanden. Da letztere aber schon lange neben dem noch ungetheilten Gericht von Bonn bestanden,<sup>185</sup> gehörten sie, wenn sie überhaupt aus der Grafschaft stammten, kaum der Bonner Hundertschaft an.

Mit dem Swistgau brauchen wir uns weiter nicht zu beschäftigen. Er ist so vollständig in Herrlichkeiten aufgelöst worden,<sup>186</sup> daß kein selbständiges Landgericht darin

184. In Godesberg des Stiftes Essen, s. Gr. II, 659, und des Stiftes Schwarzhündorf, das sog. Schweinheimer (Weistum, s. Schwarzhündorf, Akten 20); in Muffendorf der Abtei Siegburg, Gr. II, 657.

185. S. dieselben Urkundenbestände wie oben für das Gericht Bonn.

186. Für Meckenheim s. zum Weistum, Lac. Arch. VI, S. 338, Ilgen in der WZ. 32, S. 31 ff. und unten Kap. IV. Ueber Weilerswist, Kühlseggen, Swisterberg und ev. Vernich, welche die nördlichsten Punkte des Swistgaus gewesen sein können, s. KW. II, S. 81 ff.; ebenda S. 67 über Metternich; über Heimerzheim a. S. unten Kap. III; über die Herrschaft Flerzheim und Neukirchen in der Sürst des Kl. Heisterbach s. F. Schmitz im Düsseldorfer Jahrbuch 17, S. 156 ff. Bleiben außer der Herrschaft Tomburg, über die unten Kap. VI zu handeln ist, noch die adeligen Herrlichkeiten Müggenshausen, Miel, Niederdrees und Lüftelberg. Hier bietet wenigstens für Miel das Weistum Gr. IV, S. 762 ff., bes. § 5, den Nachweis der grundherrlichen Unterlage. Sollte aber das eine oder andere dieser

übriggeblieben ist, aus welchem Schlüsse auf seinen höchst unsicheren Umfang zu ziehen wären. Was darin vielleicht noch von unmittelbar gräflichen Dörfern vorhanden war, gehörte später zur Grafschaft Neuenahr.

Ueber die Gerichtsverfassung der Grafschaft Neuenahr sagt ein Bericht des Vogtes von 1786,<sup>187</sup> den wir z. T. an den Urkunden nachprüfen können, mit Bezug auf die Zeit vor 1545, da die Grafschaft von Jülich eingezogen wurde: „Wadenheim war vordem das Hauptgericht bemelter Grafschaft, welches in einem Landrichter und mehreren untergeordneten Schöffen“ (wir wissen: 14)<sup>188</sup> „bestanden, wohin auch die Berufungen, Appellen von den übrigen Kirchspielen als damals besonderen Dingstühlen, jedes in einem Schulteis und zweien Schöffen bestehend, geschehen mußten.“ Daß die Dingstühle mit nur zwei Schöffen nicht das Blutgericht besessen haben, ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen.<sup>189</sup>

---

Gerichte gleich Gimmingen oder Gelsdorf (s. unten S. 59 f.) von der Grafschaft abgetrennt worden sein, so trägt das nichts aus. Die minimale Herrschaft Merl war Lehen des Bonner Cassiustiftes (Fabr. II, S. 499). Endlich ist auch der Dingstuhl Buschhoven des Amtes Bonn nicht dessen übrigen Dingstühlen gleichzustellen, sondern setzte sich aus zwei Hofgerichten zusammen, Buschhoven, wo das Stift Dietkirchen Grundherr und der Erzbischof Erbvogt war (Gr. II, S. 662), und Morenhoven, von dem es im lib. iur., Msc. B 3, S. 79 heißt: „Zom irsten hait unse gnedige herre van Colne dat hogerichte, gebot ind verbot. Item hait u. g. h. alda eynen hof, darup ind zo dem gerichte vur. gehoerent 22 geswoiren ind dinkman; der synt 12 kuyrmoedich.“

187. Msc. A 243, fol. 195 ff. Dort auch die nacherwähnten Akten.

188. Der Huldigungsbrief ist besiegelt von Richter und Schöffen zu Wadenheim als dem Oberhaupt der Grafschaft. 13 Schöffen sind namentlich aufgeführt, also gab es sicher 14.

189. S. auch unten Anm. 193 über Gelsdorf.

Und so hätten wir in dem Gericht Wadenheim das Hochgericht der Grafschaft Neuenahr zu sehen. Daß seine Schöffen (1546) sich nur aus seinem engeren Bezirk<sup>190</sup> und nicht aus der ganzen Grafschaft ergänzten, fällt dagegen nicht zu sehr ins Gewicht. Denn sie versehen ja zugleich für diesen engeren Bezirk die Obliegenheiten, welche der Schultheiß mit den zwei Schöffen in den einzelnen Dingstühlen auszuüben hatte und die ein häufiges Zusammen treten des Gerichtes, also auch ein Nahewohnen der Schöffen verlangten. Wir werden diese Obliegenheiten und die Gründe, welche zu der Unterteilung des Hauptgerichtes führten, noch kennen lernen.

Jener Bericht meldet weiter: „Das Kirchspiel Wadenheim hat eine sogenannte Landmühle, wozu die ganze Grafschaft zwangbar, wenn von landesherrlicher Anordnung keine weitere Mühlen erbauet worden wären.“ Auch diese Tatsache deutet auf den alten in der Gerichtsverfassung begründeten Zusammenhang der Grafschaft Neuenahr. Wir können zum Vergleich auf die ehemalige Grafschaft, später Kölnisches Amt Hülchrath verweisen, wo die Mühlbannbezirke den Dingstühlen und diese in der Hauptsache alten Hundertschaftsgerichten entsprachen.<sup>191</sup>

Die Grafschaft Neuenahr hat in ihrem Umfange zu verschiedenen Zeiten Einbuße erlitten, welche sich noch feststellen läßt. 1659<sup>192</sup> wurden die je einen eigenen Dingstuhl bildenden Ortschaften Adendorf, Eckendorf und Villip

---

190. Außer den bei Fabr. genannten Orten gehörte auch noch das halbe Dorf Heppingen dazu, s. Huldigungsbrief und Amtsrechnungen.

191. KW. I, S. 22 und 56. S. allgemein über Mühlbänne unten Kap. III.

192. Fabr. II, S. 300. Adendorf und Eckendorf hatten vordem eigene Schultheißen gehabt, s. Gr. II, 654, a. 1404.

von Jülich gegen Anteile der Herrschaft Landskron in Tausch gegeben und dadurch in Reichsherrschaften verwandelt. 1382<sup>193</sup> war Gelsdorf von der Grafschaft ausgeschieden und zu einem Kurkölnischen Lehen gemacht worden. Und schon vor 1252<sup>194</sup> hatte der Graf von Neuenahr die Orte Gimmingen und Kirchdaun den Herren von Landskron verpfändet. Diese empfingen sie seither von der Pfalz, dem Lehenherrn auch von Neuenahr, zu Lehen und mit ihnen, wie wir zum Jahre 1397 erfahren,<sup>195</sup> Oberwinter, Birgel und Ensfield (wüst).<sup>196</sup> Auch letztere Orte werden also wohl einmal zur Grafschaft Neuenahr gehört haben. So reichte diese ursprünglich im Osten bis an den Rhein, im Norden

---

193. Lac. UB. III, 866; s. auch Ann. 28, S. 306. Wie Jülich sich aber 1545 über alle Herrschaftsrechte, welche Köln bei dem Erbfolgestreit im 14. Jhd. begründet hatte, hinwegsetzte, (Gf. v. Mirbach II, S. 26 f.), so zog es auch Gelsdorf 1558 als heimgefallen ein (Amtsrechnung), gab es jedoch später wieder zu Lehen, ja entließ es 1737 aus dem Lehnsverband, so daß es Reichsherrschaft wurde (Gf. v. Mirbach I, S. 30). Nach dem öfters angezogenen Bericht des Vogts von 1786 hatte die Herrschaft zwar „Civiljurisdiction und Criminaljurisdiction und vollziehet die Urteile in Civil- und gemeinen Malefizfällen. *Excepto tamen crimine laesae maiestatis divinae et humanae et delictis confiscationem bonorum attrahentibus et aliis maioribus.*“ Diese Gerichtsbarkeit ließ Jülich von Neuenahr oder Sinzig her ausüben. Wenn nun schon die Reichsherrschaft so in ihrer Gerichtsbarkeit beschnitten war, so darf man das noch viel mehr für das Jülische Lehen und überhaupt die Wadenheimer Untergerichte annehmen.

194. Gudenus CD. II, S. 951. Die Verpfändung war schon vor längerer Zeit erfolgt.

195. A. a. O. S. 1200.

196. Die Herren von Landskron besaßen diese Orte schon 1318, s. a. a. O. S. 1018.

bis an den Kottenforst in ununterbrochenem Zusammenhange, denn auch Villip ist 1343 als pfalzgräflisches Lehen bezeugt.<sup>197</sup> Nach Nordwesten hin bestand einst über Gelsdorf die Verbindung mit den später abgeschiedenen Dingstühlen Ersdorf, Holzweiler und Wormersdorf. Nur der von Ramershoven bildete immer eine Enklave, da sich das ehemals Ahr-Hochstadische später Kurkölnische Vogteigericht des Prümschen Lehnhofverbandes Rheinbach davorschob.<sup>198</sup> Zwischen Holzweiler und Ringen bzw. Gelsdorf lag noch die wohl allodiale, kleine Herrschaft Vettelhofen.<sup>199</sup> Daß die beiden abgetrennten Neuenahrer Dingstühle aber selbst etwa Allodialherrschaften, der Grafschaft also nur angegliedert gewesen seien, besteht kein Grund zu vermuten. Solches möchte man nur für Ramersbach, dem einzigen südlich der Ahr gelegenen Dingstuhl von Neuenahr annehmen, denn dort waren dem Grafen Kurmeden fällig.<sup>200</sup>

---

197. Ann. 28, S. 306.

198. S. Prümer Urbar von 893 (MRh. UB. I, S. 189): 49 Hufen. Die Ahrische Vogtei geht an Köln über: ebenda III, 907. a. 1247. 1299 erwarb Köln auch das Schultheißenamt, Günther CD. II, 376. 1342 fielen auch irgendwie begründete Anteile eines Rittergeschlechtes von Rheinbach an das Erzstift zurück, das nun den Ort allein besaß (Lac. UB. III, 383).

199. Drei Rittersitze teilten sich in die Herrschaft, s. Fabr. II, 87.

200. Aus den Amtsrechnungen, welche sonst keine Andeutung grundherrlicher Abgaben enthalten. — In Leimersdorf hatte das Bonner Cassiusstift ein Hofgericht, das aber in keiner Verbindung mit dem Dingstuhl stand. Vielmehr deutet die Auslieferung eines Verbrechers von Leimersdorf (zu denken: den Hoflehen) „uff die Roidtbach bey Wichterich“ an, daß der Vogt das Hofgericht für die S. Cassiusimmunität besaß (Weistum von 1559 bei Gr. II, S. 647 f.). Wieso gerade der der 50 km entfernten Prümschen Villikation Wichterich (Gr. II, 725), einst der Graf von Ahr-Hochstaden, dazukommt,



Die so ergänzte Grafschaft Neuenahr füllt aber noch keineswegs das Gebiet des unteren Ahrghaus aus. An späteren territorialen Bildungen lagen hier vielmehr noch das Jüliche Amt Sinzig-Remagen, das Ländchen Breisig und einige Reichsherrschaften, von denen besonders Landskron zu erwähnen ist, da Teile davon einmal an das Amt Sinzig-Remagen gekommen sind. Doch prüfen wir auch hier die Grundlage der Gerichte. Wie sich die Herrschaft Landskron im 13. Jhd. durch Verpfändung von Stücken der Grafschaft Ahr und jedenfalls altgaugräflichen Gebietes vergrößerte, sahen wir bereits. Auch „villa et iudicium Nierendorf“ mit Oedingen erwarben die Herren von Landskron durch Kauf u. zw. vom Grundherren, dem Kloster Korvey, indem sie zugleich die Untervogtei ablösten.<sup>201</sup> Das Gericht war seinem Ursprunge nach ein Hofgericht. Ein solches war auch ihr Dingstuhl Bodendorf, 1253 noch in Händen des Herren von Saffenberg.<sup>202</sup> Den Mittelpunkt der Herrschaft aber bildete ein Reichslehen, die ehemalige Reichsburggrafschaft Landskron, in engem Bezirk um die wichtige Burg gelegen, welche die Reichskleinode umschloß. Die Burggrafschaft ist es wahrscheinlich, die 1271<sup>203</sup> mit dem „judi-

---

— tatsächlich gibt es bei Wichterich einen Rqthbach — bleibt ungewiß. S. Cassius besitzt den Hof „Lymersdorf“ schon 1131 (Günther CD. I, 104 mit Lesefehler). Ob es ihn von L-rüm erworben hat?

201. Gudenus CD. II, S. 997, a. 1310. Die Vogtei ging von Jülich zu Lehen (Kremer, Akad. Beiträge III, Urk. 255, a. 1327). 1366 wird sie ausdrücklich auf Oedingen mitbezogen (S. 1158). 1314 nur mit den Geschworenen („hyemanni“) besetzt, hatte das Gericht in der Neuzeit 7 Schöffen; s. Fabr. II, 553, 11.

202. Lac. UB. II, 397.

203. Gudenus CD. II, S. 956 f. In der Beschreibung der Herrschaft bei Fabr. II, 552 treten die Bausteine, aus denen sie entstanden

cium Sinzig“ genannt ist. Sinzig war ebenfalls ein altes Reichsgut und wurde bald nach 1300<sup>204</sup> für immer an Jülich verpfändet, wie schon um die Mitte des 13. Jhds. Remagen an Berg.<sup>205</sup> Von dem Fiskus Sinzig ist 1348 noch die Herrschaft Franken abgetrennt worden.<sup>206</sup> Das Ländchen Breisig beruhte auf einer bedeutenden Villikation der Aebtissin von Essen, über welche die Jülicher Herzöge ihre Vogteirechte niemals zu unbestrittener Landesherrschaft zu steigern vermochten. Sie mußten sich vielmehr eine Sammherrschaft mit der Grundherrin gefallen lassen.<sup>207</sup> Bei Unkelbach endlich ist der grundherrliche Ursprung des Gerichtes gleichfalls gesichert.<sup>208</sup>

---

ist, nicht mehr hervor. Ueber die Jülischen Anteile s. auch Gf. v. Mirbach II, S. 33 f. Außerhalb des Ahrgaus, im Mayengau, lagen wohl Königsfeld und Heckenbach, welche Rudolf von Habsburg dem Gerhard von Landskron zu Lehen gab. S. Strange, Beiträge zur Genealogie der adligen Geschlechter II, S. 116.

204. S. Werminghoff, Die Verpfändung der Mittel- und Nieder-rheinischen Reichstädte während des 13. und 14. Jhd., Gierkes Untersuchungen 45, S. 136 ff.

205. Gf. v. Mirbach II, S. 31.

206. Gudenus OD. II, S. 953.

207. Fabr. II, S. 588 f.

208. Nach Gf. v. Mirbach II, S. 32 und Aachener Zeitschrift II, S. 131 wäre Oedingen-Unkelbach Vogteiherrschaft von Jülich über eine Villikation von Stift Nivelles gewesen. Aus den beim Verkauf der Villikation an die Ballei Koblenz des deutschen Ordens 1562—1564 aufgenommenen Urkunden im Düsseldorfer Staatsarchiv (Deutschorden-Köln, Urk. 938—940, 1012—1015) geht aber hervor, daß das Stift keinen ständigen Vogt in Oedingen hatte, sondern bei Bedarf einen „protector“ bestellte, der Orden dann das nicht mehr tat, sondern sich selber half; daß ferner das Hofgericht in Oedingen abgehalten wurde. In Unkelbach gab es zwar 5 Geschworene, aber die

So finden sich im ganzen Umfang des unteren Ahrgaus keine Gerichte, deren Bezirke nicht durch Exemption von der Grafschaft entstanden oder in ziemlich später Zeit von Neuenahr abgetrennt worden sind. Ganz sicherlich ist kein altes Gaugericht darunter. Nehmen wir nicht an, daß welche untergegangen sind, kommt als solches allein das zu Wadenheim unter dem Landrichter stehende in Betracht, wenn es auch wohl ursprünglich nicht im Orte abgehalten wurde.

Wollen wir aber unter diesen Umständen die Grafschaft Neuenahr in ihrer Gänze als einen von alters her zusammengehörigen Bezirk auffassen, so muß sofort auffallen, daß er sich mit den Unterabteilungen des Bonn- und Ahrgaus, wie wir sie wenigstens geographisch als Odan- und Swistgau festgestellt haben, kreuzt. Er umfaßt Teile von ihnen, ohne sie ganz zu begreifen. Beim Swistgau hat das insofern noch weniger Bedeutung, als in ihm alle anderein Landgerichte verschwunden sind. Die Reste ihres unmittelbaren Gebietes<sup>209</sup> könnten die Gaugrafen zu ihrer umfangreicheren Herrschaft geschlagen haben, die dann ursprünglich auf den Odan- und einen Teil des Ahrgaus beschränkt zu denken wäre. Beim Odangau aber mehren sich die Schwierigkeiten. Denn während von seinen Orten Ringen, Eckendorf und Villip, auch mit vieler Wahrscheinlichkeit Oberwinter und Ensfield zur Grafschaft Neuenahr gehörten, lag — abgesehen von den eximierten Bezirken Oedingen und

---

Grenzbeschreibung zieht deutlich die Grenze zwischen den beiden Herrlichkeiten. In welchem Verhältnis die Herrlichkeit Oedingen von Nivelles zu der von Kloster Korvey, später Landskron stand, welche letztere Fabr. allein anführt, ist mir nicht festzustellen gelungen. Das Hofgericht von Nivelles hatte Hochgerichtsbarkeit.

209. Es wären die Dingstühle Fritzdorf, Ersdorf, Wormersdorf nach der Liste oben S. 15 f., der Lage nach auch Ramershoven.

Mehlem<sup>210</sup> — Bachem in einem größeren Gericht, das schon durch den Namen „Ländchen Drachenfels“ auffällt und sich von den Hofgerichten, die sich in ihm befanden, scharf unterscheidet.<sup>211</sup> Ein Anhaltspunkt dafür, auch in dem Ländchen eine Immunität zu sehen, ist mir nicht aufgestoßen.<sup>212</sup>

210. Für die Entstehung des Gerichts Mehlem ist folgendes zu beachten: Der Erzbischof war daselbst z. T. Grundherr durch den Mülenarker Hof. Indessen „dynget man up dem hove“ (mit 21 Geschworenen) „umb die gude up den hoff gehoerende ind nyt anders“. Die Hochgerichtsbarkeit wird vielmehr in den Vogteien Mehlem und Lannersdorf enthalten gewesen sein, welche 1321 als Lehen der Grafschaft Hülchrath mit dieser an Kurköln gekommen waren (Lac. UB. III, 215, a. 1326) und 1326 vom Erzbischof mit der Burg Rolandseck, auch später noch der Sitz des Vogtes, verbunden wurden. Ihre Grundlagen könnte der umfängliche Grundbesitz des Lütticher Martinstifts gewesen sein, der 1276 (Ann. 34, S. 83 und 84) durch Kauf an das Kölner Domkapitel überging.

211. Das Landgericht wurde in der 1. H. des 16. Jh. in Niederbachem abgehalten, s. Ann. 57, Nr. 912, a. 1510 und Nr. 1254, a. 1556. Bald darauf muß es nach Gimmersdorf verlegt worden sein, wo 1561, Nr. 1296, das Herrengeding des Landes stattfinden soll. 1562 aber schon ist, wie Nr. 1306/7 berichtet, die Dingbank in Oberbachem vor dem Kirchhof aufgestellt worden. Mit dem Hofgericht der Grafen von Blankenheim (Weistum bei Lac. Arch. VI, S. 289 ff.), ehemals der Abtei Prüm (MRh. UB. I, S. 181), hat das Landgericht nichts zu tun. 1510, Nr. 912, kommen beide nebeneinander vor. S. ferner unten II, Ann. 90. In Berkum hatte die Aebtissin von S. Caecilien-Köln ein „frey hofgericht“ mit Geschworenen (S. Caecilien, Akten 44), in Niederbachem das Gereonstift ein lediglich mit Zins- und Lehnssachen befaßtes Hofgericht (Akten des Stifts 22 i).

212. Obwohl Graf von Mirbach in nachahmenswerter Weise die Regesten des ganzen ihm gehörenden Drachenfelder Archivs in den Ann. 57 hat veröffentlichen lassen,

Wenn aber andererseits der Schatz im Ländchen noch um 1400 als Schatz „up me Geuwe“ bezeichnet wird,<sup>213</sup> so scheint es als der Gau *κατ' ἐξοχήν* betrachtet worden zu sein, vielleicht im Gegensatz zu manchem darumliegenden Vogteigerichte, und man möchte darin einen Hinweis auf seinen Ursprung als Gerichtsbezirk erblicken.<sup>214</sup>

Wie immer dem auch sei, es lassen sich hier keine Beziehungen zwischen den jüngeren Landgerichts- und älteren Gaugrenzen herstellen. Vielleicht sind sie bei der Teilung der Grafschaft Ahr im 12. und 13. Jhd. durch Vereinigung aller Neuenahr zugewiesenen Dörfer zum Dingstuhl Wadenheim verwischt worden.

Daß diese Teilung innerhalb des eigentlichen Ahrgaus in Rücksicht auf die schon bestehenden Verbände des öffentlichen Lebens erfolgt ist, steht zu vermuten. Und bei dem westlich anstoßenden Amt, der ehemaligen Grafschaft Altenahr ist die Herkunft des Hauptgerichts aus der Gaugrafschaft nicht zu verkennen. Neun Hunschaften waren, wie wir im 15. Jhd. vernehmen,<sup>215</sup> zum Hochgericht dingspflichtig am Wolfsgraben bei Altenahr. Genannt werden<sup>216</sup> Altenahr selbst, Kreuzberg, Brück, Kesseling, Hönningen, Liers, Herschbach, Lind und Kalkofen bei Wensberg. Sie bildeten zwar z. T. Immunitätsuntergerichte, aber gerade dann läßt sich erweisen, daß die Rechte des Herren von

---

213. Oder auch „van me geuve“, Drachenfelser Rechnung von 1395, Ann. 54, S. 13, 18 und Anm. 3. Dabei wird der Schatz von Pissenheim und Bachem besonders verrechnet.

214. Kurköln erklärte im 17. Jhd. die Herrschaft als Lehen, ihre Erben bestritten das (Fabr. II, S. 91 f.). Ich nehme an, daß wohl die Burg Drachenfels Lehen (s. schon 1149, Günther, CD. I, 148), das Ländchen aber nur als Amt den Lehensträgern der Burg übergeben war.

215. Weistum von Hönningen, Lac. Arch. VI, S. 279.



Altenahr Grafen- und nicht Vogteirechte waren. Denn sie erheben sich über die Rechte der Vögte oder Allodialherren in den einzelnen Bezirken. Wir werden die Einzelheiten dieser Fälle noch an ihren Orten kennen lernen.

Daß die Anteile von Neuen- und Altenahr durch die Vogtei Ahrweiler und die Herrschaft Saffenberg von einander getrennt waren, trägt für unsere Vermutung nichts aus. Die Vogtei Ahrweiler wird ja schon durch ihren Namen nach ihrem verfassungsgeschichtlichen Ursprung gekennzeichnet. Den Grundstock bildete ein großer Fronhofsverband der Abtei Prüm, dessen Vogtei zu Altenahr gehörte. Damit sind dann noch andere Vogteirechte verschmolzen worden.<sup>217</sup> Die Herrschaft Saffenberg,<sup>218</sup> wiederum sehr

---

216. Eingabe der Untertanen an den Kurfürsten, undatiert, Ausgang des 16. Jhd., Koblenz, St. A., Kurköln, Amt Altenahr, Generalia 30.

217. Das Urbar verzeichnet 29 Hufen, MRh. UB. I, S. 179. Prüm stellte noch im 14. Jhd. alle Schöffen des Gerichts (Gr. II, S. 645), das kaum ein Stadgericht genannt werden kann. Die Vogteigewalt hatte Kurköln von dem Grafen von Hochstaden geerbt (s. Weidenbach a. a. O. S. 167, a. 1228 und MRh. UB. III, 907, a. 1247). — Es gab aber noch eine Reihe anderer geistlicher Höfe in Ahrweiler: Von Stift Essen mit eigenem Hofgericht (Gr. II, 646), der Klöster Steinfeld, Klosterrath und des Stifts Maastricht (Gr. II, 647. Die hier genannten beiden Herren sind die damaligen Inhaber der Grafschaft Neuenahr, wie aus den Neuenahrer Rechnungen hervorgeht); endlich einen großen weltlichen Hof der Herren von Blankenheim (Gr. II, 645). Auch der Domhof in Walporzheim ist hier zu nennen (Lac. Arch. VI, S. 273). Ueber seine Vogtei ist nichts bekannt. Soviel aber geht besonders aus dem Ahrweiler Weistum hervor, daß für die Ausbildung der Landeshoheit die Vogtei der Prümschen Villikation ausschlaggebend war.

218. Davon, daß die Herrschaft den 992 (DO. III. 93) um-

geringen Umfangs, beruhte wohl auf dem Allodialbesitz des Edelgeschlechtes, das einst aus der Burg hervorgegangen war und durch die Vogtei über den Hof Dernau des Stiftes Rees sein Herrschaftsgebiet hatte abrunden können.<sup>219</sup> Beide Bezirke haben sich also einmal von der Grafschaft durch Exemption losgelöst.

---

schriebenen Wildbannbezirk darstellt, wie Weimann, Das tägliche Gericht, Gierkes Untersuchungen 119, S. 23 behauptet, kann gar keine Rede sein.

219. Das Kirchspiel Dernau mit Maischoß bildete ein eigenes Gericht. Patronats- und Zehntherr war das Stift Rees (s. Lac. UB. I, 274, a. 1112). Dieses hatte auch das „officium villicationis“ von Dernau zu vergeben. 1244 schloß es mit dem Villikus Ritter Hermann ein Abkommen über den Zehnten, welches „secundum iuramentum hominum curtis“ zu erfüllen war. Auch hören wir von einem ständigen Botenamt, zweifeln also nicht, daß es ein Hofgericht in Dernau gab (Stift Rees, Urk. 20). Andererseits vertrug sich in demselben Jahre Herr Wilhelm v. Saffenberg mit demselben Ritter Hermann, Villikus v. Dernau über das Gericht. Danach setzte ersterer einen Schultheißen ein (später heißt er Vogt), der als sein Vertreter das Gericht abhält, aber die Gerichtsgefälle mit dem Maier zu gleichen Teilen teilt. Das Hochgericht ist dem Herren von Saffenberg allein vorbehalten (Msc. B 1, S. 126). Hören wir noch, daß dieses Gericht mit 5 Geschworenen besetzt war (Koblenz, St. A., Herrschaft Saffenberg 4, Weistum von 1309), so dürfen wir es unbedenklich für das Hofgericht von Stift Rees und den Herren von Saffenberg für seinen Vogt erklären. Der zweite Vertrag von 1244 ist als Grundlage der Gerichtsverfassung in den Weistümern von 1309 und 1364 völlig wiederzuerkennen. Daß Erzbischof Heinrich von Virneburg, gest. 1332, nach 1309 ein Viertel des Gerichts Dernau angekauft und dem Amte Altenahr einverleibt hatte (Koblenz, a. a. O. 11a und 11b und Weistum von 1364, ebenda 9), betraf nur den Genuß der Gerichtsgefälle, nicht die Hoheitsrechte,

Das gilt auch von den an das Amt Altenahr angeschlossenen Unterherrschaften Burgsahr, Kirchsahr und Visschel. Letztere können wir als Prümische Villikation bis ins 9. Jhd. zurückverfolgen.<sup>220</sup> Die Unterherrenrechte beruhten auf der Untervogtei, welche von Altenahr zu Lehen ging.<sup>221</sup> In Kirchsahr war das Stift Münstereifel Grundherr<sup>222</sup> und auch Burgsahr kann nicht als Landgericht in Betracht kommen.<sup>223</sup>

Das von Altenahr umfaßte nun auch nicht das ganze Gebiet die Ahr aufwärts, soweit es noch in den Ahrgau fiel, oder zu vermuten steht, daß es dahin gehörte. Einige Orte, des Dekanats Ahr bildeten einen Bestandteil des Amtes, ehemaliger Grafschaft, Nürburg und waren darin mit Orten des Eifel-, wohl auch des Mayengaus vereinigt.<sup>224</sup> Es scheint diese Zusammensetzung der „Grafschaft“ unserer stets angenommenen Gleichung von Gau- und Landgerichten zu widersprechen. Indessen löst ein näheres Zusehen die hier entstehenden Schwierigkeiten. Die Gerichtsverfassung des Amtes Nürburg ist allerdings eine ganz eigentümliche, deren Verständnis durch keine Parallele in unserem Gebiete erleichtert wird. Sieben Schultheißämter<sup>225</sup> bildeten das Amt;

---

220. MRh. UB. I, S. 179.

221. Ebenda Anm. und Kurkölnische Lehnssakten.

222. Fabr. II, S. 87. Den Grundstock hatte das Mutterkloster Prüm wohl 948 erworben, MRh. UB. I, 186.

223. Besitzer der minimalen Herrschaft war der niedere Adel, Fabr. II, S. 87.

224. Reifferscheidt, Wirft, Barweiler lagen im Eifelgau, s. oben S. 20. Welcherath und Uersfeld nach der Dekanatseinteilung und mit Rücksicht auf Gillenfeld (MRh. UB. I, 290, a. 1016) wohl im Mayengau.

225. Die Vogtei Barweiler, welche bei Fabr. unter Reifferscheidt mitgezählt ist, muß hier selbständig gezählt werden. Sie hatte auch

sie hingen räumlich nicht völlig zusammen. In den vier Hunschaften auf der Schuld war der Herr der Nürburg nicht allein Hochgerichtsherr, sondern er theilte sich in diese Befugnis mit dem Domkapitel und der Johanniterkommende Adenau. Denn das Schöffengericht der vier Hunschaften setzte sich aus den Hofgerichten dieser drei Grundherren zusammen.<sup>226</sup> Es hat mit der Gaugrafschaft nichts zu tun und nahm selbst im Amte eine gesonderte Stellung ein. Seine Schöffen erschienen nicht, wenn sich die von anderen Schultheißeien vereinigten; wobei freilich einmal die, einmal jene fehlen konnten. Diese Vereinigungen von 21 oder 28 Schöffen zu Adenau oder Kaltenreifferscheid stellten nämlich kein Gericht vor,<sup>227</sup> sondern geschahen lediglich, um die Hoheit des Hauses Nürburg zu weisen. Die Rechtssprechung erfolgte in den einzelnen Schultheißenämtern. Deren Weistümer lassen gar keinen Zweifel aufkommen, daß auch die Gerichte Adenau, Kaltenreifferscheid, Welcherath, Uersfeld, Uess und Barweiler durchwegs Immunitätsgerichte sind. Denn ihr Hauptinhalt sind die Fragen des Hofrechtes, Behandigung, Kurmede und Pacht. Ein Unter-

---

nach dem Beileitung einen geschlossenen Bezirk. Ferner bildeten die Pfarren Uersfeld und Ueß wenigstens um 1500 je ein eigenes Gericht. Die folgenden Bemerkungen gründen sich auf eine große Zahl ausführlicher Weistümer, welche das Koblenzer Staatsarchiv unter den Nürburger Akten besitzt. Gedruckt sind davon Nürburg 1491, Gr. VI, 589; Nürburg 1515 und 1553, Gr. II, 610; Barweiler, Gr. II, 618, Barweiler 1609, Gr. III, 842; Schuld 1368, Lac. Arch. VI, 266.

226. S. unten Kap. IV.

227. Nur für Appellationen von Adenau, Barweiler und Welcherath tagte in Reifferscheid ordnungsmäßig das hohe Gericht mit viermal sieben Schöffen. Uersfeld und Ueß nahmen nie an diesem Gesamtgerichten teil.

schied bestand zwischen ihnen insofern, als in den erstgenannten der Besitzer der Nürburg Grundherr gewesen zu sein scheint, während das in Barweiler das Kloster S. Maximin in Trier war. Es hielt mit seinen Schöffen und seinem Vogt, dem Grafen von Virneburg, jährlich drei öffentliche Gerichtstage, an denen alle seine Lehnsleute erscheinen mußten. Zu anderen Jahrzeiten aber hielt das Haus Nürburg mit denselben Schöffen zwei hohe Gerichtstage zu Barweiler für alle Untersassen des „Gerichtszwangs“ ab.<sup>228</sup> Denn es gab in der Vogtei noch andere Hofverbände mit eigenen grundherrlichen Gerichten.<sup>229</sup> Nürburg wird als Schirmherr bezeichnet und übte die hohe Gerichtsbarkeit aus. Im Gegensatze zum S. Maximiner Vogt kann es nur die Grafenrechte in Barweiler besessen haben. Daß diese zugleich mit anderen gemeinsam von der Nürburg aus verwaltet wurden, daß man in Fortbildung und Zusammenfassung der landesherrlichen Rechte die verschiedenen Schöffenstühle gelegentlich zur Abfragung eines Weistums vereinigte, kann natürlich nicht als Beweis dafür angeführt werden, daß das Amt Nürburg als ursprüngliche Einheit im Sinne der Grafschaftsverfassung anzusehen sei. Solche Zusammenballung von allerhand Herrschaftsrechten findet sich ja stets und überall in den Territorialstaaten; sie macht das Wesen der Aemterbildung aus. Die anscheinende Einheit des Amtes Nürburg hindert uns also nicht, an der Erkenntnis festzuhalten, daß allenthalben die Landgerichte in enger Beziehung

---

228. Auch in Reifferscheidt gibt es die 3 hohen Gedinge, hier des Hauses Nürburg, für die Lehnleute und eines noch für alle Untertanen des Gerichtszwanges. Die ersteren heißen auch Hofgedinge.

229. Der Abtei Himmerod in Wirft, Gr. II, 614 f., des Grafen vor Oberkail in Barweiler am „obersten hof“, Akten Nürburg, Genealogie 4.



zu den Gauen stehen, und in diesem besonderen Falle das Hochgericht am Wolfsgraben bei Altenahr für das Gaugericht im mittleren Ahrtal zu erklären, wie sich das zu Wadenheim als ein gleiches für das untere Ahrtal erwiesen hat.

Auf den dritten an Kurköln gefallenem Bestandteil der alten Grafschaft Ahr, das Amt Hardt,<sup>230</sup> brauchen wir nicht einzugehen. Es liegt wohl ganz im Eifelgau und auch seine Gerichtsverfassung<sup>231</sup> ist ohne Beispiel in unserem Gebiete, so daß sie nicht zum Vergleich herangezogen werden kann.

So bliebe uns im großen Bonngau nur noch ein Strich zu untersuchen, der die auffallendsten Eigentümlichkeiten aufzuweisen hat: Die Gegend zwischen Ahr, Swist und Erft mit dem Flamersheimer Wald und der Sürst in der Mitte, welche zum größten Teil von der Herrschaft Tomburg eingenommen wurde. Indessen bedarf es zum Verständnis der Gerichtsverhältnisse im Kern der Herrschaft erst der Darlegung einfacherer Beispiele, welche die Entwicklung der Landeshoheit aus der Waldgrafschaft leichter erkennen lassen.<sup>232</sup> Einige angegliederte Gerichte sind mehr oder weniger deutlich als Hofgerichte festzustellen.<sup>233</sup> Des glei-

---

230. S. Lac. UB. II, 297, a. 1246.

231. Es kommen in Betracht die Weistümer von Hardt 1378, Kuchenheim (mehrere), Arloff, Zingsheim, Weyer und Mudscheid, s. das Verzeichnis der rhein. Weistümer von Lamprecht, Loersch und Crecelius. Das Hochgericht ist wahrscheinlich durch Beschickung seitens der einzelnen, z. T. vielleicht Immunitäten darstellenden Dinstühle geschaffen worden. Denn in einem ursprünglichen Zusammenhange dürften die sehr weit verstreuten Teile des Amtes nicht gestanden haben.

232. S. unten Kap. VI.

233. Nämlich Odendorf, Hilberath, Oberdrees und Oberkastenholz

chen Ursprungs waren die der Abtei Kornelimünster in Niederkastenholtz,<sup>234</sup> des Erzbischofs zu Weidesheim<sup>235</sup> und des Domkapitels in Esch.<sup>236</sup> Damit nehmen wir den Uebergang zum Zülpichgau, denn es ist schon ungewiß, welchem der hier zusammenstoßenden Gaue die genannten Orte angehörten.

Im südlichen Zülpichgau wird uns bereits 1145<sup>237</sup> eine Gerichtsstätte des Grafen zu Kagun bekannt. Wie aber die Feststellung dieses Ortes Schwierigkeiten bereitet,<sup>238</sup> ist

---

als Allodialgerichte des Landesherren, Flammersheim als Vogteigericht, s. das Material, das Gf. v. Mirbach II, S. 12 ff. zusammengestellt hat.

234. Das zeigen die Gerichtsbücher, Kornelimünster, Akten 16a.

235. KW. II, Nr. 21.

236. KW. II, Nr. 33.

237. S. oben Anm. 129.

238. Die Beschreibung des Kölnischen Wildbannes im Osning beginnt: „est locus quidam iuxta Zulpeche, qui dictur Kagun“ (WDZ. Erg.-Heft 3, S. 195). Daß damit Geich gemeint sein kann, wie Korth a. a. O. und vor ihm Lacomblet, Bonner Jahrbücher 23, S. 67 angenommen hat, ist bereits von Schwarz WDZ. 26, S. 169 bezweifelt worden. Ich füge hinzu, daß Geich schon 1147 in der heutigen Form vorkommt, s. Knipping II, 456, oder Kl. Füssenich, Urk. 3 und 5 von 1195, welche das Wort ebenso schreiben. Seine eigene Andeutung, wo Kagun zu suchen sei, erläuterte mir Herr Prof. Schwarz in Straßburg freundlichst dahin, daß er es für Kuchenheim halte. Dieselbe Ansicht äußert L. Wirtz in den Bonner Jahrbüchern 122, S. 233. Besonders aber wenn man mit Wirtz den Namen Kuchenheim von den Matres Cuchinehae herleitet, wird man Kagun nicht für seine zeitweilige Form halten können, denn es ergäbe sich die Entwicklung von Cuchin über Kagun (1145) zu Kuginheim (1197, Lac. UB. I, 558), die nicht glaublich erscheint. Auch kann man Kuchenheim kaum „iuxta Zulpeche“ gelegen nennen. Ferner geht die erwähnte Bann-

es auch nicht möglich den zugehörigen Gerichtsbezirk zu bestimmen.<sup>239</sup> Die spätere Zeit, sicher schon das 13. Jhd.,<sup>240</sup> weist hier zwei Landgerichte auf: am Schivelberg, wo 14, und auf der Kemper Heide, wo 9 Hunschaften als folgepflichtig galten.<sup>241</sup> Da die Hunschaften aber z. T. eigene Hofgerichtsbezirke bildeten und sich den Landgerichten entzogen, ordnete Jülich letztere im Jahre 1555 neu, indem es sie anders gegeneinander abteilte und ihnen einige Vogteigerichte einverleibte.<sup>242</sup> So entstanden die Dingstühle Bürvenich und Enzen.

Der Landesherr hatte in dieser Gegend noch ein umfangreicheres Gericht, das zu Nideggen. Indessen ist hier eine

---

beschreibung von Kagun nach „Rukesheim iuxta flumen, quod dicitur Arnafa“, d. i. Roitzheim a. d. Erft (noch 1525, Ann. 57, Nr. 1008 „Ruechsem“). Kuchenheim liegt rechts der Erft; nach dem Ende der Bannbeschreibung aber, welche von der Urft nach Kagun führt, ohne die Erft zu überschreiten, ist Kagun auf deren linken Ufer zu suchen. Am besten entspräche dieser Lage und wohl auch der Wortform Gehn, an das schon Korth nebenbei gedacht hat. Es liegt gerade südlich von Zülpich zwischen der Urft und Roitzheim. Doch muß man auch damit rechnen, daß der Ort ausgegangen ist, worauf schon das „locus quidam“ im Domkopiar des 13. Jhd. hinzudeuten scheint.

239. Man hält „Vaevernich“, 1145, stets für Vernich. Der Ort bildete zwar später eine eigene Herrschaft, s. Anm. 247, sehr wohl aber könnte das Allod daselbst im 12. Jhd. noch vor dem Landgericht aufgelassen worden sein. Dieser Beweis für die Zugehörigkeit Vernichs zum Zülpichgau kann aber nicht als gesichert gelten, da „Vaevernich“ vielleicht und sogar wahrscheinlicher Virnich im Gericht Schivelberg ist. Ist die Dingstätte von Kagun nach dem Schivelberg verlegt worden?

240. Lac. UB. II, 730, a. 1279.

241. S. Schwarz, W/DZ. 26, S. 153, Anm. 28.

242. Das zeigt folgende Tabelle:

Allodialherrschaft wenigstens als Kern wahrscheinlich.<sup>243</sup>

Honschaft	Territorium	Gericht
<b>I. Schivelberg</b>		
1. Zülpich	Kurköln	Zülpich
2. Mersburden	"	"
3. Lüssem	Jülich	Unterherrschaft Bollheim
4. Merzenich	"	Unterherrschaft Merzenich
5. Nemmenich	"	Gericht Enzen
6. Uelpenich	"	"
7. Dürscheven	"	"
8. Wisskirchen	"	"
9. Enzen	"	"
10. Lövenich	"	"
11. Schwerfen	"	"
12. Langendorf	"	
13. Floren	"	Floren, nach 1555 Bürvenich
14. Hoven	"	Hoven, nach 1555 Bürvenich
<b>II Kemper Heide</b>		
15. Sievernich	Jülich	Bürvenich
16. Junkersdorf	"	"
17. Kelz	"	Kelz, nach 1555 Bürvenich
18. Soller	"	Soller, nach 1555
19. Vettweiß	"	Bürvenich Vettweiß
20. Drove	"	Unterherrschaft Drove
21. Zülpich	Kurköln	Zülpich
22. Geich	"	"
23. Bessenich	"	"

Zum Gericht Bürvenich gehörten nach 1555 auch noch Berg vor Floisdorf und Floisdorf, Hergarten und Vlatten. Daß Berg vor Floisdorf ein Hofgericht war, s. Lac. Arch. III, S. 351 f. Vlatten war wohl Heimbacher Vogteigericht, s. Gf. v. Mirbach I, S. 14.

243. S. darüber Aschenbroich, Geschichte der . . . Jülichischen Residenz Nideggen.

Denn bedenkt man, daß Jülich die Burg Nideggen gleich nach dem Erwerb der Grafschaft Maubach erbaute, dann bekommt die Tatsache, daß zu dem Stadtgebiet von Nideggen auch das abgelegene Obermaubach gehörte, eine besondere Bedeutung. Man wird geneigt, in dem Stadtgebiet eine zu einem Bannbezirk in zwei getrennten Teilen abgeschlossene Grundherrschaft der Grafen von Maubach zu sehen. Ob die Dörfer des Gerichts Nideggen auch aus der Waldgrafschaft (d. i. Grafschaft Maubach) oder aus der Landgrafschaft des Zülpichgaues stammen, habe ich keinen Anhaltspunkt zu entscheiden gefunden.<sup>244</sup> Solche Orte können ja z. B. durch Verpfändung aus ihrem alten Verbande losgerissen worden sein. Das wissen wir z. B. von Rövenich und Lüssem, welche auf diesem Wege vom Landgericht Schivelberg weg in die Herrschaft Bollheim kamen. Diese Herrschaft könnte ob ihres ansehnlichen Umfangs für ein Grafengericht gehalten werden; indeß ist sie nur allmählich aus den verschiedenartigsten Bestandteilen zusammengewachsen.<sup>245</sup> Die übrigen Herrschaften oder Herrlichkeiten des südlichen Zülpichgaus sind alle sehr geringen Umfangs. Bei vielen ist der Nachweis, daß sie Immunitäten waren, unmittelbar zu führen, so bei Mersburden,<sup>246</sup> Vernich,<sup>247</sup> Lommersum,<sup>248</sup> Erp,<sup>249</sup> (weltlich),

---

244. Ueber die Grenzen der Waldgrafschaft s. Kap. VI.

245. Gf. v. Mirbach I, S. 15.

246. Eine ehemals gräfl. Hochstadensche, dann erzbischöfliche Villikation, s. das Weistum bei Gr. II, 715.

247. S. KW. II, S. 83, 93 f., Lac. Arch. VII, S. 83 ff.

248. Das Weistum bei Katzvey, Geschichte der Stadt Münster-eifel II, S. 104. Herr der Herrschaft war Brabant.

249. Ueber die im 16. Jhd. noch recht geringen Rechte des später als Unterherrschaft anerkannten Hofgerichtes s. im Kap. III. Der Graf von Blankenheim hat Erp erst 1403 dem Erzbischof zu Lehen aufgetragen, vorher war es Allod (Kurköln, Amt Lechenich, Jurisdiktion 1 b).



Zülpich - Geich - Füssenich,<sup>250</sup> Wichterich,<sup>251</sup> Friesheim,<sup>252</sup>  
Bliesheim,<sup>253</sup> Kelz,<sup>254</sup> Vettweiß,<sup>255</sup> Froitzheim,<sup>256</sup> Wollers-

---

250. In Zülpich dürfte der Erzbischof altes Reichsgut erhalten haben, dazu besaß er in Geich und Füssenich (mit dem ausgegangenen Eilich) ein Hofgericht „im Kramhuis“. Für die ganze Immunität samt dem erst 1246 hinzuerworbenen Hofe Mersburden übten dann aber die Zülpicher Schöffen allein die Strafgerichtsbarkeit aus. Die Zülpicher Verhältnisse hat Schwarz in dem öfters angezogenen Aufsatz, WDZ. 26, musterhaft auseinandergesetzt. Das Hofland war in der Stadt natürlich nicht mehr in Kurmedelehen, sondern nach Hausstätten verteilt, s. z. B. Msc. B 3.

251. Vogteiherrschaft, ehemals Hochstadisch, dann erzbischöflich über eine Prümische Villikation, s. Gr. II, 725 ff.

252. Herrschaft des Kölner Domkapitels, die Vogtei im 14. Jhd. eingelöst, s. Anhang III. Das Weistum von 1557 bei Lac. Arch. VI, S. 357.

253. Desgleichen von Stift Mariengraden-Köln. Auf die Vogtei verzichtete der Graf von Jülich 1260, Ann. 35, S. 60.

254. In Kelz stießen zwei Immunitäten aneinander: Die des Quirinstifts in Neuß, s. Lac. Arch. III, 365 und VII, 43, welche unter der Vogtei von Nideggen, also ehemals Maubach, oder vielleicht auch Heimbach, stand. Dieser Teil war immer folgepflichtig zur Kemper Heide, so daß man Kelz überhaupt zum südlichen Zülpichgau rechnen muß. Der andere Anteil gehörte dem Ursulastift in Köln unter Vogtei von Nörvenich, s. Gr. VI, 678. Wenn in der Jülicher Erkundigung, Lac. Arch. III, S. 365, der Herzog als Grundherr im Nörvenicher Anteil bezeichnet wird, so ist das eine Anmaßung auf Grund der Landesherrschaft. — Gf. v. Mirbach nimmt I, S. 15, Anm. 15 fälschlich einen Uebergang der Herrschaft Kelz vom Quirin- an das Ursulastift an.

255. Grundherr das Kölner Mariengradenstift, Vogt Jülich (Lac. Arch. III, 366), und zwar wahrscheinlich als Nachfolger von Heimbach. Denn der Herr von Heimbach ist schon 1130 Vogt für den Hol

heim, <sup>257</sup> Niederberg, <sup>258</sup> Euenheim - Wißkirchen, <sup>259</sup> (geistlich); bei anderen aus allgemeinen Ueberlegungen abzuleiten, so beim Amt Heimbach, das wir schon oben aus den Landgerichten ausschieden, und bei der Herrschaft Gladbach, welche Heimbach als ehemaliger Dynastensitz gleichzustellen ist. <sup>260</sup> Der Rest des südlichen Zülpichgaues sind überkleine Bezirke, deren Zersplitterung auf wenige Häuser nur in einem Ort schon angezeigt, daß ihre Unterlage Grundherrschaft gewesen sein muß. <sup>261</sup> Wir haben wiederum keinen Grund, darunter ein altes Grafengericht zu suchen.

Wohl aber machten wir bereits auf eines solches im nördlichen Zülpichgau aufmerksam, auf das von Lechenich. Sein Umfang war einst größer, als die territoriale Einteilung,

---

des Martinstiftes daselbst, s. Qu. I, 41, dazu Lac. UB. III, 876 und Arch. VII, S. 58. Gerichtsbarkeit war mit den Martinshöfen in Vettweiß und Solter nicht verbunden.

256. Grundherr Stift Rellinghausen, Vogt Pfalz-Jülich, s. Lac. UB. II, 193 und 494, Arch. III, S. 363.

257. Lac. Arch. VII, S. 63 und III, 357: Grundherr S. Maria im Kapitol-Köln, Vogt der Herr von Heimbach, später Jülich.

258. Lac. Arch. III, 367: Grundherr der Domdechant, Vogt Jülich. Schaven, das Fabr. mit zu Niederberg rechnet, hatte vor 1555 ein eigenes Gericht unter denselben Herren, a. a. O. S. 370.

259. Grundherr Siegburg, Vogt Berg, s. Gf. v. Mirbach I, S. 16.

260. Dazu gehörte auch die Vogtei über den Prümischen Hof Lüssem, s. Gr. II, 730.

261. Man sehe die Angaben Gf. v. Mirbach I, S. 15 f. und Fabr. II. Besonders in der Gegend von Kall und Bleibuir gab es eine arge Vermischung der Herrschaftsrechte. Daran hat auch die große Herrschaft Dreiborn teil, welche wohl sonst nicht mehr in unser Gebiet gehört. Ihr Umfang ist auch nur im Laufe der Zeit zusammengekommen. Außer Gf. v. Mirbach I, S. 16, s. dazu Band 7 der Knappschen Kollektaneen, Msc. A. 243.

wie sie der geschichtliche Atlas der Rheinprovinz gibt, erkennen läßt. Die Teilung von Stadt und Gericht Lechenich, welche Fabricius dort aus den Steuerlisten übernommen hat, war für die Gerichtsverfassung ohne Bedeutung; auch die Herrschaft Gymnich, welche überhaupt nur das Oberdorf umfaßte, gehörte zum Lechenicher Hochgerichtssprengel<sup>262</sup> und Liblar mit Köttingen ist erst 1634 als solcher abgetrennt worden.<sup>263</sup> Der Umfang des alten Landgerichtes Lechenich ist so bedeutend, daß das allein schon für seine Herkunft aus der Grafschaft spricht. Denn so ausgedehnte Grundherrschaften, daß man hier ein Vogteigericht annehmen könnte, gab es am Niederrhein nicht. Daß wir es in Lechenich unbedingt mit einem Grafengericht zu tun haben, erhellt im Besonderen aus der Ueberordnung, in der es zu dem Immunitätsgericht von Gymnich steht. Allerdings muß einmal in dem Landgericht das erzbischöfliche Hofgericht Lechenich aufgegangen sein.<sup>264</sup> Das ändert indessen nichts an dem ursprünglichen Wesen des ersteren. Vielleicht ist es aber erst damals, d. i. spätestens im 13. Jhd., nach Lechenich verlegt worden. Das Landgericht füllt in seinem wiederhergestellten Umfange vollständig die Niederung der Erft bis

---

262. Deutlicher als das Weistum des 14. Jhd. bei Lac. Arch. VI, S. 361, ist ein 1608 niedergeschriebenes in den Akten des Amtes Lechenich, Jurisdiktion 2. Der Herr v. Gymnich als Vogt eines Siegburger Hofverbandes hat zwar das Recht, einen Verbrecher zu verhaften und auf dem Fronhof festzusetzen, muß ihn aber nach 3 Tagen ungeurteilt den Lechenicher Beamten ausliefern. Die Lechenicher Schöffen haben das Urteil zu finden.

263. S. Fabr. II, S. 96.

264. Darüber hatte ich in der Ausgabe der Lechenicher Stadtrechtsquellen das Nötige beizubringen gehofft.

zur Ville und Bürge hin aus. Türnich<sup>265</sup> und Kerpen,<sup>266</sup> die darin am nördlichsten liegen, sind eximierte Bezirke. Alle Ueberlegungen sprechen mithin dafür, im Gericht Lechenich einen alten Gerichtsverband des Zülpichgaus, sozusagen die Erftthundertschaft zu sehen.

Dagegen ließe sich nur einwenden, daß die Hochgerichtsbarkeit der Schöffen von Lechenich auch in den Köllngau, wie wir seinen Umfang annahmen, hineinreichte, nämlich nach Herrmühlheim, Berrenrath und in einem schmalen Streifen bis vor die Weyerportz von Köln. Bei näherem Zusehen löst sich aber dieser Widerspruch gegen die Annahme von der Fortdauer der Gaugerichte in den großen Landgerichten wenigstens betreffs Herrmühlheim völlig auf.

Die Weistümer<sup>267</sup> sagen mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, daß die Hochgerichtsbarkeit des Erzbischofs in dieser Niedergerichtsimmunität, welche der deutsche Orden 1256<sup>268</sup> von einem Ritter gekauft hatte, auf dem Geleitsrechte beruhte. Da sich dieses Geleitsrecht auf die ganze Römerstraße von Zülpich bis vor das Kölner Weyertor erstreckte,<sup>269</sup> kann es nicht mit der gaugräflichen Gewalt in Zusammenhang stehen, und da die Straße zweimal durch

---

265. Jülische Vogtei über Essener Grundherrschaft, s. Gf. v. Mirbach I, S. 22.

266. Kerpen bestand aus einer Reichsburg, s. Ann. Col. mai. zum Jahre 1122, SS. XVII, S. 752, und einem Stift, das auch zeitweilig dem Reiche gehörte, s. im II. Kapitel. Mit der Burg war wohl die Vogtei des Stifts verbunden, dem als Grundherren die Orte gehörten, welche die Herrschaft ausmachten, s. Lac. UB. II, 683, a. 1275. Ueber deren Schicksale s. v. Stramberg, Rhein. Antiquarius III, 16, S. 237 und Archivübersicht I, S. 41, Nr. 39.

267. Weistümer des 15. Jhd. bei Lac. Arch. VI, 362 ff.

268. Lac. UB. II, 432.

269. Kurköln, Amt Lechenich, Jurisdiktion 2, Weistum von 1568.

Jüliches Gebiet führte, auch nicht aus der allgemeinen Landeshoheit abgeleitet sein. Es muß vielmehr auf einer besonderen Uebertragung des Straßenregals durch den König beruhen.<sup>270</sup> Die Lechenicher Schöffen waren sich auch nach ihren eigenen Worten<sup>269</sup> noch im 16. Jhd. bewußt, daß das Richten über Gewaltsachen in Herrmühlheim keinen ordnungsmäßigen Inhalt ihrer Gerichtsbarkeit darstelle, sondern nur kraft besonderen kurfürstlichen Auftrags ausgeübt werde.

Berrenrath betreffend sehen wir nicht klar. Aber der Ort, durch Rodung entstanden, ist jung, ringsherum das Kölnigaulandgericht durch lauter Herrlichkeiten zersplittert. Da mag Kurköln von Herrmühlheim aus seine Rechte ausgedehnt haben,<sup>271</sup> oder es liegt sonst ein besonderer Umstand vor. Jedenfalls halten wir die Anschauung aufrecht, daß das Gericht Lechenich ursprünglich nicht in den Kölnigau übergriff, vielmehr völlig im Zülpichgau lag.

Darin schließt sich westlich das Jüliche Amt Nörvenich an. In ihm muß man die ehemalige Grafschaft Nörvenich suchen, von der wir oben vorausnahmen, daß sie ganz dem Zülpichgau angehört habe. Das Amt reichte freilich darüber hinaus in den anstoßenden Jülichgau. Doch sind die vier Gerichte um Düren<sup>272</sup> und das Amt oder der Dingstuhl

---

270. Ein gleiches exterritoriales Geleitsrecht besaß Jülich auf der Straße Maastricht-Köln, s. E. Pauls in der Festschrift des Aachener Geschichtsvereins 1904, S. 5 ff. und dazu H. Schwarz, WIDZ. 26, S. 356 ff.

271. Das Bestreben danach bestand jedenfalls. Nicht nur die Straße galt als Kurkölnisches Gebiet, sondern auch ein begleitender Streifen, auf welchem Kurköln *actus iudiciales* ausübte und Steuern einzog, z. B. vom Weißen Haus vor Köln, wie Zeugenaussagen beim Weistum von 1568 zeigen.

272. Cf. v. Mirbach I, S. 11.



Hambach dauernd erst in der Neuzeit<sup>273</sup> den Beamten von Nörvenich unterstellt worden. Wie weit die von diesen mitverwalteten Vogteigerichte<sup>274</sup> schon zur Grafschaft Nörvenich gehört haben, ist nicht zu sagen und auch ohne Belang, da es uns nur darauf ankommt, den Anteil an der Gaugerichtsbarkeit festzustellen, der in dem Amte enthalten war. Als Gaugericht kommt aber nur das von Hochkirchen in Betracht. Es umfaßte vor 1555<sup>275</sup> folgende Orte: Hochkirchen, Oberbollheim, Rath, Wissersheim, halb Pingsheim,<sup>276</sup> Dorweiler, Poll, Eggersheim, Irresheim, Ollesheim, Golzheim, Buir, Frauwüllesheim, Rommelsheim, Bubenheim, Jacobwüllesheim zum Teil, und Isweiler.<sup>277</sup> Nörvenich, ein Hofgerichtsbezirk,<sup>278</sup> wurde erst nachher damit vereinigt, —

---

273. Fabr. II, S. 302 gibt an, im 17. und 18. Jhd. Hambach wird aber schon 1554 in der Erkundigung, Düsseldorfer Jahrbuch 17, S. 126, unter Nörvenich aufgeführt. Da Gf. v. Mirbach, welcher einen Steueranschlag von 1447 benutzen konnte, nur für die 4 Gerichte angibt, daß sie noch nicht zum Amte Nörvenich gehörten (II, S. 35), ist anzunehmen, daß Hambach damals schon dazu zählte, später aber wieder vorübergehend selbständig gestellt wurde.

274. Es sind: Manheim, Grundherr Stift Essen (s. KW. I, S. 41), und Eschweiler (s. darüber im Text), welche später zusammengelegt wurden, und Disternich (Grundherr S. Maria im Kapitol, s. Lac. Arch. III, S. 325).

275. Nach den Angaben der Jülicher Erkundungskommission für die Ländgerichte von 1554, Düsseldorfer Jahrbuch 17, S. 126.

276. So nach Fabr. II, S. 303; im Druck der Erkundigung ist daher abzutheilen „Pinssem halb, Wissersheim“.

277. Kelz, dessen Nörvenicher Anteil wir oben Anm. 254 kennen lernten, fehlt in dieser Erkundigung und das mag kein Zufall sein, denn dieser Anteil ist nur eine dem Amt durch die Vogtei angegliederte Immunität, nicht Teil des Gaugerichts Hochkirchen.

278. Die Erkundigung über die Hofgerichte nennt hier nur ein

eine quellenmäßig belegte Parallele zu dem bei Lechenich angenommenen Vorgang — andererseits wurden die südwestlichen Orte als Gericht Isweiler abgetrennt<sup>279</sup> und die nordwestlichen mit zwei Vogteigerichten zum Dingstuhl Golzheim zusammengelegt. Für die Herkunft des Gerichtes Hochkirchen aus der Gauverfassung sprechen im Uebrigen dieselben Gründe wie bei Lechenich.<sup>280</sup>

Bezeichneten wir letzteres Gericht im geographischen Sinne als die Hundertschaft der Erftniederung, so können wir die Grafschaft Nörvenich die Hundertschaft des Neffelbaches nennen. Sie fügt sich vollkommen in den Geländeabschnitt, welchen der Lauf dieses Baches bestimmt, und dessen natürliche Grenze im Norden durch die Bürge, im Westen durch einen kleineren, später gerodeten Waldstreifen<sup>281</sup> gegeben war. Mit Rücksicht darauf ist einer-

---

auf grundherrliche Fragen beschränktes Hofgericht von S. Aposteln-Köln, Lac. Arch. III, S. 321, welches mit dem Gericht Nörvenich der anderen Erkundigung über die Landgerichte nicht gemeint sein kann. Wahrscheinlich handelt es sich hier um ein zur Burg der Grafen gehöriges Hofgericht mit Niedergerichtsbarkeit.

279. Dies wurde 1554 von der Erkundungskommission nicht vorgeschlagen, entsprach auch nicht ihrer auf Zusammenlegung der kleinen Gerichte gerichteten Bestreben und dürfte erst später erfolgt sein.

280. Beispiele seiner Ueberordnung über die grundherrlichen Gerichte: Das Apostelgericht in Nörvenich hat nur grundherrliche Gerichtsbarkeit, alles andere gehört ans „hohe Gericht“ in Hochkirchen (Lac. Arch. III, S. 322). Dasselbe Verhältnis herrscht in Rommelsheim, wo S. Gereon einen Dinghof besitzt (S. 322 ff.), für die drei Hofgerichte in Wissersheim ist die Bank zu Hochkirchen selbst in grundherrlichen Fragen Berufungsinstanz (S. 327).

281. Von der Bürge über Hirbelsrath und Distelrath gegen Düren zu streichend. Morschenich des Dingstuhls Hambach stellt

seits Eschweiler, wo das Hofgericht des Abts von Deutz<sup>282</sup> Hochgerichtsbarkeit erlangt hat, und andererseits das erzbischöfliche Tafelgut Blatzheim<sup>283</sup> als eximiert aus dem Gericht Hochkirchen zu betrachten und also dem Zülpichgau zuzuzählen. Wir sprachen schon<sup>284</sup> die Vermutung aus, daß im 12. Jhd. das Zülpicher Dekanat einen Teil an das Berghheimer hat abgeben müssen. Dieser Teil scheint nun den beiden nördlichen Hundertschaften des Zülpichgaues zu entsprechen. Denn die Grenze der beiden Dekanate verläuft so, wie man sich die Südgrenze der Gerichte Hochkirchen und Lechenich vor Abtrennung der Immunitätsbezirke vorstellen möchte. Diese Umstände zusammengenommen erheben die Annahme zur höchsten Wahrscheinlichkeit, daß wir in den genannten Gerichten alte Gaugerichte vor uns haben. Wir kennen also im Umfang des Zülpichgaus deren vier, ohne daß noch Raum bliebe, das Bestehen anderer für eine frühere Zeit vorauszusetzen.

Die Gerichte des Jülichgaus nach denselben Gesichtspunkten hin zu untersuchen verzichte ich. So weit ich sehe, gestattet der Mangel an älteren Quellen nicht, zu einem Ergebnis zu gelangen, das für unsere Zwecke von Bedeutung wäre.<sup>285</sup>

---

hier ebenso einen Durchbruch dar, wie das benachbarte Manheim des Kützgaus, s. oben S. 24.

282. Lac. Arch. III, S. 326 f.

283. Blatzheim ist im Kölner Dienstrecht des 12. Jhd. als einer der 12 dem Ministerialenvogt unterstellten Bischofshöfe genannt (Mitteil. aus dem Stadtarchiv von Köln 2, S. 6 § 6). Lac. UB. I, 567 = Altenberger UB. I, 38, a. 1200 geschieht die Auflassung eines Stückes Driesch in Blatzheim „coram militibus, scabinis et familiaribus“. Sollte es noch einen anderen Fronhof in Bl. gegeben haben?

284. S. oben Anm. 11.

285. Wir können wohl eine Reihe von Immunitätsgerichten her-

Was aus diesem Material, das so weitläufig zugleich als Unterlage für die folgenden Kapitel zusammengetragen werden mußte, für die äußere Geschichte der Grafschaften erhellt, haben wir einleitend schon z. T. hervorgehoben: Das Auseinanderwachsen von Gau und Grafschaft und die Bildung territorialer Grafschaften. Als deren Bausteine kommen freilich auch die Vogtei- und allodialen Herrschaftsbezirke in Betracht, wenn sie in die Hände der Gaugrafen gelangten oder ihnen wenigstens mittelbar als Lehen oder auf anderem Wege unterworfen wurden. Davon soll zusammenfassend im letzten Kapitel die Rede sein, nachdem die Entwicklung der Hofgerichte zu landgerichtsebenbürtigen Hochgerichten und die Ausbildung der geschlossenen Bannbezirke gezeigt worden ist. Vorher aber müssen wir ohne Rücksicht auf die durch diese Vorgänge den Landgerichten zugefügte Einbuße an räumlichem Umfange die innere Organisation der Grafschaften, die Geschichte des Grafengerichtes zu Ende verfolgen.

So unsicher die Ergebnisse unserer Untersuchung in einzelnen Punkten bisher auch gewesen sind, so hat sie doch mit genügender Sicherheit selbst in der territorialen Einteilung der Neuzeit die Reste der karolingischen Grafschaftsverfassung erkennen lassen. Die Gaugrafschaften um-

---

ausheben, kommen aber zu keinem Ergebnis hinsichtlich der Grafengerichte. Immunitäten sind z. B. Güsten, Grundherrschaft der Abtei Prüm, s. Gr. II, 755, Kirchherten desgleichen von Stift Rellinghausen, Lövenich des Domkapitels, Holzweiler von Essen, s. Gf. v. Mirbach I, S. 18, der überhaupt die Gerichte, wenn möglich, nach diesen Gesichtspunkten klassifiziert. Allodialgericht ist z. B. Tetz. 1351 verkaufte Wilhelm von Jülich „mynen vrien eigenen hoif und meyn doirp zu Tezien mit . . . deme gerichte hoe und neder, mit deme dyngstuile . . . mit zynsin, mit kurmedin, mit leinludin, mit eigen ludin . . .“ (Msc. A. 243, f. 130).

faßten eine Mehrzahl von Gerichtsbezirken, welche wir Hundertschaften nennen, auch auf die Gefahr hin, das eine oder andere Mal nicht einen Verband der Siedlungszeit, jedenfalls aber einen Träger seiner Aufgaben im Gerichtsleben damit zu bezeichnen. Am besten ließ sich die Hundertschaftseinteilung des Zülpichgaues mit vier solchen Einheiten erschließen, aber auch innerhalb der Kölnaugrafschaft traten sie im Nievenheimer und Kützgau, im Gericht Rommelskirchen und am Griesberg, innerhalb der Bonngaugrafschaft als Landgericht Bonn (d. i. engerer Bonngau) und als Hochgericht Ahr deutlich genug hervor. Wir fanden noch Dingstätten, wie sie dem alten Brauch, im Freien und an auffallenden Punkten Gericht zu halten, entsprechen: Am Schivelberg, auf der Kemper Heide, in der Lohe, am Griesberg, am Wolfsgraben. Später wurden sie freilich in die Orte verlegt, um unter Dach stattzufinden, vom Schivelberg nach Enzen, von der Kemper Heide nach Bürvenich, vom Griesberg wechselnd nach Esch oder Longerich.<sup>286</sup> Manche kennen wir schon seit dem 12. Jhd.,<sup>287</sup> nur in den Ortschaften.

Der karolingischen und z. T. auch der älteren Verfassung ist die Teilung der Gerichtsbarkeit zwischen Graf und Zentenar eigentümlich. Letzterer übt nur innerhalb seiner Hundertschaft an gebotenen Dingen eine niedere Gerichtsbarkeit aus, der Graf bereist die verschiedenen Hundertschaften seines Amtsbezirks und sitzt in jeder dreimal des Jahres den ungebotenen Dingen vor, auf welchen allein über Leib, Erbe und Eigen erkannt werden kann. Der Inhalt der Entwicklung, deren Ergebnis wir beschrieben, ist demgegenüber die Verselbständigung der einzelnen Gaugerichte.

---

286. Die Bergische Erkundigung von 1555 kennt das Gericht in Longerich (KW. I, Nr. 75); die Landesdeskription von 1670 und danach Fabr. nennen es nach Esch.

287. S. Bonn betr. oben S. 54.



Schon in fränkischer Zeit dem Wesen nach für die ganze Grafschaft zuständig ist nun jeder einzelne Dingstuhl einer Grafschaft vollkommenes Grafengericht mit eigenem Schöffenkolleg<sup>288</sup> geworden. Und das nicht nur dort, wo er aus der Grafschaft herausgehoben auch äußerlich selbständig gestellt wurde, wo er sozusagen einen eigenen Grafen erhielt, wie die Bonner oder Lehnicher Hundertschaft im Erzbischof von Köln, die Hochkircher im Grafen von Nörvenich. Auch dort, wo sie im Verband der Grafschaft blieben, wo derselbe Graf in mehreren Dingstühlen desselben Gaues zu richten hatte, auch dort ist ihre Verselbständigung eingetreten. In jedem Dingstuhl der Grafschaft Hülchrath, in jedem der beiden Hochgerichte um Zülpich, überall in den Landgerichten üben die Schöffen unter Vorsitz des Vertreters des Grafen, ob er nun Schultheiß,<sup>289</sup> Vogt,<sup>290</sup> Landrichter<sup>291</sup> oder Richter<sup>292</sup> heißt, die volle Grafengerichtsbarkeit aus. Nirgends begegnet eine Spur von selbständiger Zentnangerichtsbarkeit, wie sie in der Hunria des Mosel-

---

288. Im Ruhrgau begegnen Grafschaftsschöffen, die an mehreren Dingstühlen derselben Grafschaft tätig sind, noch in der Mitte des 12. Jhd., s. unten Anm. 337. — E. Mayer, Deutsche und französische Verfassungsgeschichte I, S. 393 f. und 459 stellt einen Gegensatz zwischen Hundertschafts- und Grafschaftsschöffen im Lande Berg auf; das Hochgericht Opladen ist doch aber in seiner ganz eigenartig beschränkten Vollmacht als eine junge Bildung der Landesherren, entstanden durch Zusammenziehung ihrer beiden Hauptgerichte Porz und Kreuzberg für besondere Zwecke, zu betrachten.

289. So in Bonn.

290. So bleibend in Hülchrath, doch s. die ursprünglich sehr wechselnden Bezeichnungen KW. I, Tab. II. A.

291. In Wadenheim oder in Bedburg s. KW. I, S. 23.

292. In Wadenheim oder in Hülchrath, s. Anm. 187 und KW. I, Tab. II.

landes erhalten und sogar gesteigert worden ist.<sup>293</sup> Die Erwähnung eines vom Grafen unterschiedenen „iudex hereditarius“ in Nievenheim, 1262,<sup>294</sup> die man noch am ehesten darauf deuten möchte, ist zu unbestimmt und vereinzelt, als daß man daraus Schlüsse ziehen dürfte. Und so kann man die Entwicklung der Grafschaftsgerichte weiter dahin kennzeichnen: Die Zentenargerichtsbarkeit ist mit der Grafengerichtsbarkeit verschmolzen worden.

Und zwar zu Gunsten des Grafen. Nicht so, daß der Zentenaar [die Grafengerichtsbarkeit] erworben hätte, auf welche Weise man ja die Abtrennung einzelner Dingstühle von den Gauen erklären könnte; sondern so, daß der Graf die Zentenargerichtsbarkeit an sich genommen hat, wie sich an der Grafschaft Hülchrath, aber auch an der um Zülpich einwandfrei erweist. Wir haben Beispiele des 12. Jhds.,<sup>295</sup> daß der Graf persönlich den Vorsitz im Hundertschaftsgericht führt, ohne daß wir annehmen müßten, daß es sich um ungebotene Dinge handle. Der Gegensatz von gebotenen und ungebotenen Tagen hat sich zwar erhalten, sobald aber unsere Quellen Nachricht geben, läßt sich erkennen, daß eine Verschiebung der Rechtsfälle eingetreten ist, welche auf den einen oder anderen zur Verhandlung kamen. Das ungebotene Ding, hohes oder Herrending genannt, das immer noch als Vollgericht stattfindet, ist auf die Rügegerichtsbarkeit beschränkt worden, tritt immer mehr in den Hintergrund und sinkt zu einer Maßnahme der „Polizei“ herab, da ihm in den meisten Fällen nicht mehr die Findung des Urteils zusteht. Denn die Ausbildung eines Bußensystems für Gewaltfrevel gab es den landesherrlichen Beamten in

---

293. Daß die Hunria die Hundertschaftsgerichtsbarkeit ist, s. Rietschel, Vierteljahrsschrift f. Sozial- und Wirtschaftsgesch. 5, S. 338 f.

294. Lac. UB. II, 525.

295. S. oben Anm. 129 und Anm. 145.

die Hand, die Strafen der im Rügegericht angezeigten Vergehen ohne Zuziehung der Schöffen zu bestimmen.<sup>296</sup> Völlig hat das Herrengeding die Gerichtsbarkeit über Eigen verloren. Darüber wird an jedem beliebigen gebotenen Tage verhandelt. Da nun die erwähnten Fälle, in denen der Graf von Ahr 1145 zu Kagun, der von Saffenberg 1148 im Kützgau dem Landgericht vorsitzt, Auflassungen vor demselben betreffen, ist eher anzunehmen, daß es sich um gebotene Tage handelt. Vielleicht hat gerade der Brauch, daß der Graf häufiger persönlich den Vorsitz in den Landgerichten übernahm, zu deren Verselbständigung beigetragen, indem er sie dauernd mit Grafengerichtsbarkeit erfüllte. Auch wenn sich die Grafen vertreten ließen, was wir seit dem 12. Jhd. beobachten können,<sup>297</sup> übt der Vertreter ihre volle Gerichtsgewalt aus. Wir wissen für unser Gebiet gar nichts über die Bannleihe in den Gaugерichten. Aber wenn man die Theorie derselben an die niederrheinischen Verhältnisse anlegt, so übertrug der Graf jenen Beamten nicht den Schultheißen (Zentenars)-bann, sondern für jeden Dingstuhl den Grafenbann. Darin ist natürlich der niedere mitenthaltен. Daher beruht das System der Wedden auf der kleinen, d. i. Schultheißenwedde von  $7\frac{1}{2}$  ß und auf der Howedde, das

---

296. Ueber das Herrengeding und seine Entwicklung in Teilen von Kurköln s. KW. I, S. 12 und II, S. 14. Daß es auch in Jülich in der Neuzeit wenig mehr als eine Polizeimaßnahme war, s. Aschenbroich, Geschichte der Jülichschen Residenz Nideggen, S. 98 betreffend Obermaubach.

297. Lac. UB. I, 364, a. 1148: „in placito palatini comitis Herimanni presidente vice eius comite Herimanno de Hardenberg“ erfolgt am Kreuzberg bei Kaiserswerth Verkauf von Allod. Der Vertreter des Grafen führt hier noch selbst den Grafentitel. Er war ständiger Vertreter. Als er am Kreuzzug teilnahm, vertrat ihn wiederum sein Bruder, s. Berg. Ztschr. 7, S. 27, Nr. 132.

ist der allgemein an die Grafen übergegangene Königsbann von 5 Mark = 60  $\beta$ .<sup>298</sup>

Die Folge der Verselbständigung und also inneren Stärkung der Gaugerichte ist ihre trotz aller Absplittterungen oft auffallend reine Erhaltung bis in die späten Jahrhunderte. Eine Veränderung ihres Umfanges und teilweise auch ihrer Zuständigkeit haben sie — das könnte man als den zweiten Abschnitt der Entwicklung bezeichnen — durch die Zerlegung in mehrere Dingstühle und durch die Ausbildung von Untergerichten erfahren. Schon für die Entwicklung während des ersten Abschnitts muß als die vorzüglich maßgebende Ursache das Bedürfnis nach gesteigerter Tätigkeit der Gerichte, d. h. nach häufigerer Rechtsprechung und nach mehr, dem einzelnen Rechtsuchenden nähergelegenen Gerichten angesehen werden, wie es dem fortschreitenden Ausbau des Landes entsprach. Die Gerichte der eximierten Bezirke kamen diesem Bedürfnis entgegen und entlasteten die Landgerichte. Wo diese aber in größerem Umfange erhalten blieben, mußten die Inhaber der Grafschaften selber Abhilfe schaffen. Entweder zerlegten sie nun ihre Landgerichte, wie wir es von unsicheren Fällen abgesehen bei der Bonner Hundertschaft um 1380, beim Griesberg um 1500<sup>299</sup> und beim Gericht Hochkirchen 1555 sehen. Oder man behielt die Einheit des Hochgerichts bei, bildete aber innerhalb desselben eine Anzahl von Gerichten mit geringerer Zuständigkeit wie in der Grafschaft Neuenahr. U. zw. scheint dieser Weg früher eingeschlagen worden zu sein. Einen sicheren Beleg für das Bestehen der besonderen Verfassung von Neuenahr haben wir, soweit ich die Quellen übersehe, erst vom Jahre 1404.<sup>300</sup> Indessen bildeten die

---

298. Kisky, Reg. 1254, a. 1321.

299. KW. I, S. 2 f.

300. Gr. II, 651.

zwei nachweislich vor 1252 von der Grafschaft Neuenahr abgetrennten Kirchspiele Gimmingen und Kirchdaun schon 1271<sup>301</sup> ebenso eigene Dingstühle, wie später die in der Grafschaft verbliebenen. In der kleinen Herrschaft Landskron aber, die sonst schon fast in jedem Dorf ein eigenes Gericht, nämlich Hofgericht, besaß, wird sich kaum das Bedürfnis nach Zerlegung der beiden Kirchspiele eingestellt haben. Die dürfte vielmehr aus der Grafschaft überkommen sein. Auch der Umstand, daß 1256<sup>302</sup> Graf Gerhard den Kirchspiesleuten von Wadenheim - Hemmessen die Umwandlung der ungemessenen Weinbede in eine feste Geldbede gewährte, deutet auf den Bestand des Dingstuhls Wadenheim hin, der eben das Kirchspiel umfaßte. Da die Einrichtung der Pfarreibezirke als Untergerichte der Grafschaft Neuenahr eigentümlich ist, wird sie nach der anderen Seite nicht vor Abtrennung der Grafschaft von dem Ahrischen Gesamtbesitze anzusetzen sein, die um 1220 fallen dürfte. Sie rückt damit in die Stauferzeit, welche ja allgemein als die Periode der stärksten inneren Kolonisation gilt, was für unser Gebiet die große Zahl der Rottzehntprivilegien bestätigt, die damals verliehen wurden.

Ueber die Abgrenzung der Befugnisse zwischen dem Obergericht Wadenheim und den Untergerichten haben wir keine unmittelbaren Nachrichten. Es ist aber schon mitgeteilt worden, daß die Bänke der letzteren nur mit zwei Schöffen besetzt waren. Soviel wurden allgemein, nach dem Landesbrauch,<sup>303</sup> der Bibel, dem römischen und dem kanonischen Recht<sup>304</sup> als notwendig zur gerichtlichen Beurkundung erachtet. In den Dingstühlen des Amtes Hülchrath

---

301. „Iudicium sive bannus de Dunen“, Gudenus, CD. II, S. 956.

302. Weidenbach, a. a. O. S. 170.

303. S. Walter, Das alte Erzstift und die Reichsstadt Köln, S. 130.

304. KW. II, S. 189.



läßt sich im Laufe des 17. und 18. Jhds. die Ausbildung besonderer Beurkundungsbezirke im Anschluß an die Kirchspiele beobachten, indem die Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit vor je zwei in den einzelnen Kirchspielen wohnenden Schöffen ohne Hinzuziehung des Richters vorgenommen und in besondere Kirchspielerbungs- oder Obligationsbücher eingetragen wurden.<sup>305</sup> Dies erscheint wie eine späte Parallele zur Entstehung der Neuenahrer Untergerichte, wenn auch bei diesen das Auftreten eines Schultheißen anzeigt, daß sie nicht allein für die freiwillige Gerichtsbarkeit bestimmt waren. In Rücksicht auf die Zuständigkeit des Gerichtes Gelsdorf wurde anderseits schon die Vermutung ausgesprochen, daß die der Neuenahrer Dingstühle nicht bis zu Erkenntnis in leib- und vermögensrührigen Sachen reichte.

Es kann bei den Zielen dieser Arbeit nicht die Aufgabe sein, die innere Entwicklung der Landgerichte, besonders des Gerichtsverfahrens, weiter zu verfolgen. Es kam nur darauf an, soviel davon hervorzuheben, als für die Bildung der Gerichtsbezirke von Einfluß gewesen ist.

Dabei haben wir diese bisher so aufgefaßt, als ob alles Land in ihren Grenzen und alle Bewohner darin stets und in gleicher Weise den Gaugerichten unterworfen gewesen seien. Diese Auffassung ist einzuschränken. Wie der mittelalterliche Staat überhaupt, so ließ auch sein Gericht in verschiedenem Grade gewisse Kreise privater Herrschaft unberührt, nämlich die der Grundherrschaft und der Leib- und Schutzherrschaft.

Es bestanden innerhalb der Landgerichte von vornherein Exemtionen persönlicher und dinglicher Natur. Das Grafengericht, als ehemaliges Gericht der Volksgemeinde, war Anfangs überhaupt nur ein Gericht des freien Mannes und des

---

305. Diese Bücher liegen in Düsseldorf, Abteilung Kurkölnische Gerichte.

freien Gutes, des Allods. Freie saßen auf seiner Schöffenbank, Freie bildeten seinen Umstand. Hörige Leute jeder Art konnten nur durch ihre Herren belangt werden und, soweit sie überhaupt rechtsfähig waren, Recht nehmen. Dem Herren stand mehr oder weniger eine Gerichtsbarkeit über sie zu. Damit war die Möglichkeit zur Ausbildung von Standes- oder sonstwie persönlich abgegrenzten Gerichten gegeben, welche die Landgerichte — auch diese persönlich begrenzt gedacht — durchschnitten.

Es wäre nun, im Hinblick auch auf die folgende Betrachtung der Immunitätsgerichtsbarkeit, der Umfang der leib- und muntherrlichen Gerichtsbarkeit zu untersuchen und dabei von der Tatsache auszugehen, daß dem Herren wenigstens über seine „servi“ ursprünglich eine willkürliche Strafgewalt zustand, die sich auf dem Wege der Gewohnheit allmählich in ein eigenes Recht umgebildet hat, und daß der Staat seit der Karolingerzeit mindestens der Friedewahrung wegen die Auslieferung eines verbrecherischen Sklaven an das Landgericht verlangte.<sup>306</sup>

---

306. So kann man die herrschende Meinung zusammenfassen. Denn als Seeliger Grundherrschaft, S. 61 sie dahin formuliert hatte, „daß der Staat im 9. Jahrhundert die Kriminaljustiz über Unfreie schlechthin an sich gezogen und dem Herrn der Servi nur eine Niedergerichtsbarkeit gelassen habe“, haben übereinstimmend Stengel, Savigny-Ztschr. GA. 25, S. 290, Anm. 1 unter Hinweis auf Brunner RG. und Rietschel, MIOG. 27, S. 404 diesen Vorwurf als unzutreffend zurückgewiesen. — Rietschel verlangt noch eine Untersuchung über die Stellung der Liten. Wir finden in der Kölner Gegend wohl „mansa laetilia“ (Lac. UB. I, 93, a. 941) neben „mansi serviles“ (I, 88, a. 927, s. auch Ann. 26/27, S. 342), in späterer Zeit aber nur eine einheitliche Klasse der Unfreien, wenn man von den Ministerialen absieht. Im einzelnen sind die Pflichten dieser Unfreien natürlich abgestuft; den Wachszinsigen gegenüber aber bilden sie eine einheitliche Gruppe.

Wir können aber aus unseren Quellen über die älteren Verhältnisse und ihre Entwicklung unmittelbar nichts feststellen. Zwar erfahren wir einiges darüber aus den Immunitätsprivilegien der Reichskirchen besonders des 9. und 10. Jhds., ja hier wird den Immunitätsherren manchmal die gesamte Gerichtsbarkeit über die „familia“ zugesprochen, so daß also eine Steigerung derselben gegenüber dem Ausgangspunkt festzustellen wäre. Dasselbe ergibt für eine bischöfliche Kirche die Nachricht, daß Gräfin Irmgard, als sie um die Mitte des 11. Jhds. das Stift Rees auf ihren Allodialgütern gründete, bestimmt hatte, „ut, si quis forte ex familia . . . in pace confracta vel in furto seu in aliis huiusmodi rebus deliquerit, quicquid sui iuris erit“ (so statt erat zu lesen), „hoc predicti loci prepositus iustificandum habeat.“<sup>307</sup>

Liten fehlen. Im Norden unseres Gebietes (s. KW. I, 26, Gilverath, und 28, Kapellen bei Neuß; nach Merkenich bei Köln, KW. I, 9 scheint der Ausdruck nur durch die grundherrlichen Beamten, die gleichen wie in Kapellen, übertragen, wie er vereinzelt auch sonst noch südlicher vorkommt, s. z. B. KW. II, S. 20, Anm. 3 für Ober-swist a. 1329) und im Klevischen (z. B. Lac. Arch. I, S. 162 ff.), begegnet im späteren Mittelalter allgemein der Ausdruck Laten für die Inhaber der abhängigen Hufen ohne Rücksicht auf ihren persönlichen Stand. Es ist nun die Frage, welche Klasse, Zinsleute oder vollschuidige Eigenleute, in der Hofgenossenschaft überwogen, wonach man entscheiden möchte, ob die Liten unter den einen oder den anderen aufgegangen sind. Doch habe ich keine sicheren Anhaltspunkte zur Beantwortung gefunden. — Die Annahme Lacomblets im Arch. III, S. 301, daß die Unterscheidung von Latenbänken und Hofgedingen der Scheidung von Sal- und Ribuarischen Franken entspräche, widerlegt sich bei genauerer Umgrenzung der verschiedenen Kreise.

307. Lac. UB. I, 242, a. 1079/89, Bestätigung E.B. Sigewins; die Urkunde Annos II. 222, a. 1056/75 enthält den Satz nicht, sondern

Jedoch sind in diesen Fällen, wie sich noch zeigen wird, unter „familia“ nicht nur die Unfreien oder Schutzhörigen zu verstehen, sondern auch Freie, soweit sie auf Kirchenland angesiedelt waren. Der Charakter des ständischen Gerichtes tritt also nicht mehr rein zu Tage, er ist verwischt durch die Verbindung mit dem Begriff der räumlichen Immunität, ja dieser scheint ausschlaggebend zu sein. Wir müssen hier von der Verwendung dieser Beispiele absehen, welche noch bei der Besprechung der Immunitätsgerichte zur Betrachtung kommen. Jüngere Nachrichten aber lassen Gerichte erkennen, die sich nur auf bestimmten Personenkreisen aufbauten. So das Wachzinserrecht des Stiftes Xanten, welches Erzbischof Friedrich 1122 in Erneuerung alten Brauches aufzeichnen ließ.<sup>308</sup> Daraus geht hervor, daß die als Ergebungsleute, Abkommen freier Eltern bezeichneten „censuales sti. Victoris ubicumque locorum manentes“ dem Grafengericht entzogen, für schwere Straffälle, „de pace violata pugnando sive latrocinio“, dem Vogt, im übrigen<sup>309</sup> einem eigenen Zinsmeister unterstellt waren. Dem Vogt hatten sie alle auf einem Dinghof, dem Zinsmeister im Vorhof der Stiftskirche Recht zu geben. Es handelt sich hier also um Exemption von der Grafschaft infolge der Ergebung in die Munt.<sup>310</sup> Ähnlich bildeten die Zinsleute des

---

bestimmt nur für die „servi . . . sub ea . . . lege serviant, quam ipsi, qui inter nostros legem habent optimam“. Beide Stücke sollen gefälscht sein, s. Oppermann, WZ. 21, S. 114. Der uns interessierende Satz ist aber m. E. unverdächtig, da er nicht gegen den Grafen, sondern den Vogt gerichtet ist, außerdem mindestens die zur Zeit der Fälschung herrschende Anschauung wiedergibt.

308. Binterim und Mooren 3, Nr. 27.

309. „si quid habent ad invicem vel adversus alienos suo ipsorum iudicio satisfaciatur“, und noch einmal „parium suorum iudicio“.

310. Zwei Vögte, die Grafen von Kleve und von Hochstaden,

Klosters Stablo „qui habitant a proxima monasterio silva, que dictur Fancias, usque ad fluvium qui dicitur Wisera“, nach einer Urkunde von 1152<sup>311</sup> Familiengenossenschaften unter je einem selbstgewählten Zinsmeister, welcher, „si quid in suos compares adversus legis decreta commissum fuerit vel in sanguinis effusione vel in hominum interfectione seu in mulierum stupratione, ipse tam per se quam per advocatum reposcat et de compositionibus duae partes custodi aecclesiae, terciam vero advocato representet“. Das Urteil, auf Grund dessen der Zinsmeister die Brüchten einzog, („reposcat“) muß im Gerichte des Vogtes gefällt worden sein. Dessen Name wird in der Urkunde ausdrücklich genannt. Es kam mithin für alle Zinsleute des beschriebenen Gebietes, das doch sicherlich nicht mit einer Villikation zusammenfällt, nur ein Vogt in Betracht. Wir haben es wiederum mit Exemption auf Grund der Schutzherrschaft zu tun.<sup>312</sup>

---

hatten die Xantener Zerozensualen **gezwungen**, an verschiedenen Gerichtsstätten, darunter auch Bienen, das sicherlich ein Fronhof war, zu erscheinen, d. h. sie hatten sie gleich anderen Immunitätsleuten behandelt. Wenn demgegenüber festgestellt wird, daß die Zensualen „ubicumque manentes“ nur diesem einen Hofe bei Verbechen unterworfen sein sollten, so ist deutlich, daß ihr Kreis sich nicht mit dem der Villikation Bienen deckt; bei der Freizügigkeit der Zensualen auch kaum mit der Grundherrschaft von Xanten überhaupt. Ihre Exemption vom Grafengericht beruht also nicht auf deren Immunität. Nur ist ihr Gericht bei Gewaltsachen mit dem Hofgericht Bienen durch Vereinigung der Befugnisse verbunden.

311. Jaffé, *Bibl. rer. Germ.* I, 421.

312. Die Weisung bezieht sich nur auf die besonderen Rechte der Zinsleute, daher sie über die Eintreibung der Brüchten bei Klagen von Ungenossen nichts aussagt, ohne daß man daraus schließen dürfte, sie kämen nicht auch vor den Vogt. Die Eintreibung der Brüchten



Anders als die bisher erwähnten Zinsleute standen die eigentlichen Unfreien, welche als Vollschuldige, „homines proprii“ oder „servi“ auftreten, ursprünglich im engsten Zusammenhange mit den Grundherrschaften. Naturgemäß wurde die leibherrliche Gewalt über sie daher am bequemsten durch die Hofgerichte wahrgenommen. Als sich diese Bindung lockerte, da waren schon Verhältnisse eingetreten, welche den Leihherren die Behauptung ihrer Gerichtsrechte über verstreute Eigenleute nicht mehr gestatteten. Nur die oberste Schicht der Unfreien, die Ministerialen, „legitimi servientes“, erfreuten sich besonderer Standesgerichte. Sie wären dem Grafengericht gänzlich entzogen und allein dem Spruche ihrer Pairs unterworfen.<sup>313</sup> Genauer unterrichtet sind wir nur über das der „ministeriales s. Petri“,<sup>314</sup> welches, nachdem es die Dienstmansschaften der kleinen Herren und Territorien in sich aufgenommen, als einziges Standesgericht unserer Gegend das Mittelalter überdauerte. Denn es hat den Grund zu dem privilegierten Gerichtsstand gelegt, den der Adel im Kurstaat später ge-

---

durch den Zinsmeister steht auf einer Stufe mit der Erhebung der Zinse durch ihn — welche auch sonst oft vorkommt — und stellt ein Stück der Selbstverwaltung dar. In anderen Fällen wird der Immunitäts-, also Hofbote die Bußen eingezogen haben.

313. Lac. UB. I, 157, a. 1020, eine Freie ergibt sich dem Adalbertstift in Aachen und erhält „legem legitimorum servientium, qui neque censum capitis solvunt neque placitum alicuius advocati“ (also noch viel weniger eines Grafen) „servant“. Wibald von Stablo schreibt 1151, Jaffé, Bibl. rer. Germ. I, 332, den Mönchen von Kloster Gladbach, ihre Ministerialen müßten von den Vögten bestraft werden, „si de causa capitali et peremptoria vel de possessionis titulo ageretur“.

314. S. das Kölner Dienstrecht, §§ 5 und 8.

noß.<sup>315</sup> Der besondere Gerichtsstand der Ministerialen ist zurückzuführen ebenso auf den Aufenthalt am Hofe des Herren, wie auf den dadurch bewirkten Vorzug vor den übrigen Unfreien, der eben auch in dem „*judicium parium*“ seinen Ausdruck fand. In dem Ministerialengericht des 12. Jhds. ist aber noch sehr gut die ursprünglich willkürliche Strafgewalt des Herren zu erkennen.<sup>316</sup>

Diese Gewalt über ihre persönlichen Diener als einen Teil ihres befriedeten Hauses sich zu erhalten, sind die Herren immer bestrebt gewesen, auch nachdem die Ministerialen zum Ritterstand aufsteigend niederen Knechten den Platz geräumt hatten.<sup>317</sup> Die Beispiele freilich, welche wir dafür beibringen können, zeigen schon eine Fortbildung und zugleich Abschwächung des leibherrlichen Verhältnisses. Bei der Gründung der Siegburger Propstei Reimagen bestimmte 1117<sup>318</sup> Erzbischof Friedrich, daß die „*famuli . . . sive vectigales ecclesie*“ dem Ortsgericht des „*praefectus*“, des Reichsburggrafen, entzogen sein sollten. Der Ausdruck „*famuli et vectigales*“ wird erklärt durch ein Privileg

---

315. Walter, Das alte Erzstift und die Reichsstadt Köln, S. 67. In Berg hatte die aus der Dienstmannschaft hervorgegangene Ritterschaft ihren Gerichtsstand vor dem Hochgericht Opladen, s. v. Below, Landst. Verfassung I, S. 76, bes. Anm. 289 und II, S. 3 ff.

316. Im Kölner Dienstrecht spielt die „Gnade“ des Herren eine große Rolle. Wibald von Stablo begründet den oben angeführten Satz also: „*cum totum, quod sunt vel esse possunt, vestrum sit, et tam in eorum personas quam substantias potestas tam legibus quam canonibus vobis et monasterio vestro attributa sit.*“

317. Daß gerade im Rheinland solche Hausdiener wiederum „*ministeriales*“ genannt werden, s. Schulte, Der Adel und die deutsche Kirche im Mittelalter, S. 185.

318. Lac. UB. I, 284.

319. Günther, CD. I, 134.

Erzbischofs Arnold von 1143<sup>319</sup> für das Bonner Cassiusstift, welches die Leute, „qui officia habent in Bunnensi clauastro, coci videlicet et pistores seu aliorum officiorum artifices, si qui in clauastro vel in civitate extra claustrum deliquerint“, und die „famuli canonicorum sive proprii sive conducticii“ von dem Gericht des „fori iudex“<sup>320</sup> befreite. Nicht alle Hausdiener sind also noch Eigenleute ihres Dienstherrn. Mindestens seit dem 12 Jhd. gibt es daneben auch Gesinde, das im Lohn steht, ob es nun persönlich<sup>321</sup> frei oder einem anderen Leibherren oder Schutzherrn untertan ist. Auch auf dieses aber strebten die Dienstherrn — wenigstens die geistlichen<sup>322</sup> —, die Befreiung von jeder öffentlichen Gerichtsbarkeit auszudehnen. Sehr bezeichnend wird dieses Exemptionsprivileg in einem ähnlichen Befehl, durch welchen König Otto 1209<sup>323</sup> der Stadt Aachen verbot, die „ministri“ des dortigen Marienstiftes, Glöckner, Bäcker, Koch, Brauer u. a. zu besteuern, da sie dem Gerichte des Stifts unterständen, als Immunität bezeichnet. Es gab eben außer der Immunität in räumlicher Erstreckung auch eine solche nach Personenklasse(n). Hier in Aachen müssen sich übrigens die Diener des Stifts bei Freveln vor dem Stadtgericht verantworten.<sup>324</sup> Ihre Immunität ist also nur eine Niedergerichtsimmunität.

---

320. Der Ausdruck „iudex fori“ ist auffallend, da aber von Freveln gesprochen wird („deliquerint“), kann es sich nur um das Schöffengericht handeln, vor das auch später alle Frevel gehörten.

321. Was es damals kaum gegeben haben dürfte, s. unten im Text.

322. Die Ausbildung dieser Gesindegerichte hängt wohl mit der Ausbildung der engeren Immunitäten zusammen.

323. Lac. UB. II, 26.

324. „liberi sint et immunes non obstante eo, quod si forte aliquando per aliquam insolenciam ab eis aliquid fuerit extortum.

Wollen wir für die Gestaltung der leib- und schutzherrlichen Gerichtsbarkeit in unserem Gebiete — ohne Rücksicht auf die, welche etwa schon durch das Wohnen von Unfreien und Wachszinsigen auf Immunitätsboden gegeben war — aus den zusammengestellten Nachrichten Schlüsse ziehen, so wird man zugeben müssen, daß es eine Zeit gab, da die Wachszinsigen auch in unserm Gebiet kraft ihres besonderen Rechtes in weitem Maße der Grafschaft entzogen wurden, ja daß Freie eben deswegen die Munt einer Kirche aufsuchten.<sup>325</sup> Bei den Unfreien sahen wir eine geteilte Entwicklung. Ueber die auserlesene Schar seiner nächsten und bevorzugten Diener konnte der Herr seine führeren Rechte nicht nur festhalten, sondern zur ausschließlichen Gerichtsbarkeit steigern, und diese unter Einfluß anderer Umstände auch auf Solche ausdehnen, welche nicht seine Eigenleute waren. Aber im Lande draußen ist eine leibherrliche Sondergerichtsbarkeit gar nicht zur Entfaltung gekommen. Der Grund dafür ist einmal in der Durchführung des Grundsatzes vom territorialen Gerichtsstand zu sehen, sodann aber in einer Umwandlung der ständischen Verhältnisse dieser Gegend, welche auffallend früh und in merkbarem Gegensatze zu den Nachbargebieten auf eine Abschwächung, ja Auflösung der leib- und schutzherrlichen Bande hinauslief, allerdings indem sie den größten Teil der Bevölkerung, auch der ehemals freien, durch den Stand der Wachszinser hindurchführte.<sup>326</sup>

---

*Iudicium quoque civile, si prefati ministri ab aliquo conveniantur, ecclesie reservamus.“*

325. Um zu entscheiden, ob die Wachszinsleute allgemein vom Besuch des Grafengerichts völlig entbunden gewesen seien, müßte man auch entscheiden können, ob der Stand nur durch Ergebung Freier und Freilassung Vollschuldiger entstanden ist, oder ob er nicht auch die Liten aufgenommen hat (s. oben Anm. 306) und wie deren Gerichtsstand war.

326. Für den besonderen Gerichtsstand der Wachszinsigen vor

Es empfiehlt sich, letzteren Umstand zuerst zu betrachten, obwohl der erstere in seiner zeitlichen Wirksamkeit vorangeht. Schon aus dem 9. Jhd.<sup>327</sup> liegen uns Nachrichten von der Freilassung von Manzipien zu Wachszinsrecht vor. Sie werden immer häufiger, besonders in Verbindung mit Güterschenkungen an die Kirche, und nehmen dabei oft einen ansehnlichen Umfang an. Von der Mitte des 12. Jhds. bis in den Beginn des folgenden beobachten wir sodann eine plötzlich aufspringende Bewegung, als deren räumlicher Mittelpunkt Köln erscheint, und die auf die Lösung der Leibeigenen von der leibherrlichen und hofrechtlichen Gebundenheit hinausläuft.<sup>328</sup> In einer großen Zahl von Grund-

---

dem Immunitätsgericht könnte man aus unserem Gebiete vielleicht noch Lac. UB. II, 683, a. 1275 betreffend Kerpen anführen. Der Herr der ehemaligen Reichsburg (s. oben Anm. 266) ist wohl auch Vogt des ehemaligen Reichsstifts. Er setzt dem Propst gegenüber durch, daß neben den Bewohnern genannter Dörfer auch die Wachszinsigen seine ungebotenen Dinge besuchen müssen. Man darf sich aber bei der allgemeinen Entwicklung, welche wir beobachten werden, fragen, ob er die auswärtigen Zinsleute damals noch mit seiner Gerichtsgewalt erreichen konnte.

327. Lac. UB. I, 73, a. 882; 84, a. 907. Im übrigen bemerke ich, daß zum folgenden die in Betracht kommenden Urkundenbestände des Düsseldorfer Staatsarchivs durchgesehen worden sind, um ein Urteil über den Bestand der Ueberlieferung und seine möglichen Lücken zu gewinnen.

328. Die Urkunde für Neuß von 1070, Lac. Arch. II, S. 326 ist eine sehr späte Fälschung. Es folgen Lac. UB. I, 344, a. 1141, Oberembt und Esch; Ann. 74, S. 182, Nr. 4, a. 1158, Efferen und Fischenich; Lac. UB. I, 416, a. 1166, Walscheid; Qu. I, 79, a. 1170, Worringen; a. a. O. 449, a. 1172, Schwarzrheindorf; Berg. Ztschr. 22, S. 251, Nr. 14, a. 1188, Langst; ebenda 16, S. 238 = WDZ. 2, Korr.-Blatt,



herrschaften wird die niederste, ärmste Klasse der abhängigen Leute mit einem Schlage in den Stand der Altarzinsers versetzt. Sie sollten zwar damit von der Abwanderung zurückgehalten werden, welche die Grundherrschaft nach den bewegten Worten ihrer Besitzer von Arbeitskräften völlig entblöbte. Aber die Verwandlung ihrer Leistungen in gemessene Geldzinse kam doch tatsächlich ihrer Freizügigkeit zu Gute, welche wir in den Weistümern nirgends mehr beschränkt finden.<sup>329</sup> Aus der starken Binnenwanderung zog in jener Zeit der Wachzinsersstand wieder neue Kräfte. Die zahlreichen Zuwanderer nämlich, auch wenn sie eben erst ihren Herren entlaufen oder sich von ihnen freigekauft hatten oder, wie sie wenigstens selbst behaupteten, von freier Geburt waren, suchten sich einen Schutzherren, meist eine Kirche, dem sie sich zu einem ganz geringen Zins verpflichteten.<sup>330</sup> Denn folgte ihnen nicht binnen Jahr und Tag ein Herr oder hatten sie sich keinen bestellt, so fielen sie,

---

Nr. 123, a. 1199, Rolshoven bei Deutz. Die Ursachen der Bewegung können hier nicht erörtert werden. Vgl. immerhin die MG. SS. 11, S. 482 wiedergegebene Nachricht des Siegburger Mönches von 1183.

329. Gegen die Eifel hin schien es noch notwendig, den freien Abzug zu betonen; s. z. B. Weistum von Lössenich bei Münstereifel, Gr. II, 703 oder Dockweiler bei Daun, Gr. III, 839. In der Ebene wurde die Frage überhaupt nicht mehr aufgeworfen.

330. S. besonders die Aufzeichnungen im Schöffenschrein, Höniger, Schreinsurkunden II, 1, S. 293 ff. und Lau, Entwicklung der kommunalen Verfassung und Verwaltung Kölns, S. 362 ff. Ferner enthält das Archiv des Domstifts eine ganze Reihe von Ergebungsurkunden (z. B. 3 von 1172, 2 von 1173, eine von 1176) gerade Einwanderer aus Sachsen, aus Friesland betreffend. Oder s. die Urkunden von Kl. Meer vom Anfang des 13. Jh.; da werden außer Leuten aus der näheren Umgebung auch solche aus Holland und Seeland genannt.

— der Fremde ist ja als solcher rechtlos — dem Hochgerichtsherren als Eigenleute zu,<sup>331</sup> welches Verhältnis sich allmählich in Dienst- und Schatzpflichtigkeit milderte und von der Eigenhörigkeit unterschieden wurde.<sup>332</sup> Es ist nun im höchsten Maße bezeichnend, daß solche Ergebnungen an einen Schutzherrn selbst in Köln außerordentlich häufig sind u. zw. zu der Zeit, da die stolze Bürgerschaft sich den mächtigen Mauergürtel erbaute. Auf dem flachen Lande und in den kleineren Städten muß darum der Zwang, in die Munt zu treten, noch viel stärker gewesen sein. Das bestätigt sich, wenn wir die ständischen Verhältnisse von der anderen Seite her, von der Seite der Freien betrachten.

Dem ribuarischen Stamm war ein Adel als Rechtsstand fremd.<sup>333</sup> Vor dem Rechte gab es nur den einen gleichen Stand der „liberi“. Aber die gesellschaftlichen Verschiedenheiten begannen zu wirken. Die niederen Freischichten sanken in die Wachszinsigkeit hinab. Neben Einzelnachrichten, die nur eine annähernde Abschätzung der Bewegung nach ihrer jeweiligen Stärke gestatten, ist das Xantener Wachszinserrecht, das wir schon anführten, bemerkenswert, da es einen massenhaften Eintritt Freier in die Kirchenmunt voraussetzt. Und deutlich genug spricht der Ausgang. Was bleibt von den „liberi“ übrig? Ein Kreis von Geschlechtern, welche sich seit dem 12. Jhd. nach dem Aufkommen der Familiennamen genau verfolgen und als

---

331. S. dazu E. Mayer, a. a. O. I, S. 105 f., wo auch schon S. 100 die Zitate Lac. UB. II, 233, a. 1238 und 658, a. 1273 angeführt sind. Beide betreffen die Grafschaft Berg, in letzterem Falle verschenkt der Graf eine Frau, „que nobis iure advenarum, quod inkomen vulgariter diciur, attinebat“. Dazu gehört ferner noch Gr. III, 18, a. 1457, Recht des Landes Blankenberg.

332. So in Nürnberg, Gr. II, 612, a. 1515.

333. Brunner, RG. I,<sup>2</sup> S. 349.

oberste Schicht erkennen lassen, die ritterliches Leben annehmen und sich seit 1175 von den unfreien Rittern als neuer Stand der „nobiles“ abschließen, der nun von den Gemeinfreien getrennt ist. Gemeinfreie begegnen jedoch überhaupt nur noch so vereinzelt, und dann meist wenn sie sich in die Wachzinsigkeit ergeben, daß das nicht allein auf der Natur der Quellen beruhen kann. Die oben mitgeteilten Beobachtungen treten hinzu, um die Ansicht zu rechtfertigen, daß die Freien unseres Gebietes, soweit sie nicht zur Klasse der Edelherren aufstiegen, in der Wachzinsigkeit aufgegangen sind. Diese umfaßte nunmehr fast die ganze Bevölkerung.<sup>334</sup> Rechtsrheinisch in Unkel, weiter zurück an der oberen Sieg<sup>335</sup> und nach Westfalen hin<sup>336</sup> kommen allerdings noch nach 1200 „liberi“ vor. Sie befinden sich aber in einer Stellung, die man nicht anders als grafschafthörig bezeichnen kann. Und das stützt von neuem die Ansicht, daß sich am Niederrhein nur diejenigen vollfrei erhielten, welche durch ihre soziale Stellung und genügenden Besitz, durch eigene Herrschaft über Land und Leute im Stande waren, ohne einen Schutzherrn zu leben: die Edel-

---

334. Man sehe nur z. B. die drei Urkunden des Stifts Dietkirchen von 1103 (Kn. II, 99, 100 und III, S. 322, 98 a) für Urfeld, Roisdorf (nicht Rüngsdorf) und Buschhoven, welche 49, 12 und 39 Wachzinsige nennen. Dabei hatte z. B. in Urfeld auch das Domstift eine Villikation und wir stehen noch vor der Emanzipation der Vollschuldigen. Viele Freie kann es da in Urfeld nicht mehr gegeben haben.

335. MRh. UB. III, 1398, a. 1257. Graf A. v. Berg verzichtet auf die „liberi homines“ in Much und die „homines“ in Unkel.

336. Lac. UB. I, 132, a. 1314, 898, a. 1385. Die Freileute werden verkauft und verpfändet. S. auch Lac. UB. II, 190, a. 1233 für die Gegend von Emmerich und dazu v. Below, Landst. Verfassung I, Anm. 103.

leute. Tatsächlich stellten sie auch, wie zwei Urkunden aus dem Ruhrgau lehren,<sup>337</sup> dort noch um die Mitte des 12. Jhds. den Freienstand im Grafengerichte dar. Sie allein sitzen auf der Schöffenbank, sie allein werden als Umstand genannt, obwohl man sich damals sonst schon regelmäßig auch Ministerialen als Zeugen anzuführen gewöhnt hatte.

Eine solche Entwicklung der ständischen Verhältnisse mußte, wenn die Exemption der Wachszinsleute und Hörigen überhaupt von den Gaugerichten aufrecht erhalten blieb, diese zur völligen Auflösung bringen. Die geringe Zahl der edelfreien Geschlechter — man kann ihrer im 12. Jhd. keine zweihundert mehr am Niederrhein zählen und ihr überaus rasches Zusammenschmelzen ist aus anderen Gegenden genugsam bekannt<sup>338</sup> — konnte die Gaugerichte auf die Dauer als Landgerichte nicht aufrecht erhalten.

Im Elsaß ist diese Entwicklung bis zu Ende gediehen. Die alten Grafengerichte wurden dort Standesgerichte des

---

337. Lac. UB. I, 364, a. 1148 und 368, a. 1151. Das erstemal, Gericht Kreuzberg, werden die sieben „liberi scabini ad hunc comitatum pertinentes“ aufgeführt, welche wir später z. T. als Edelherren wiederfinden: Nibelung (v. Hardenberg), B. und G. (v. Erprath), C. v. Linnep. Das zweitemal, Gericht Horn, ist von der Handlung vor den „liberis scabinis ad ipsum comitatum pertinentibus“ die Rede und acht „liberi homines“ werden als Zeugen genannt, drei davon schon als Kreuzbergschöffen bekannt. A. v. Linnep ist vielleicht nur seines Bruders wegen miterwähnt, so daß wir es wieder mit sieben Schöffen zu tun hätten. Beachtenswert ist, daß die Schöffen, wie vordem, noch immer jede Bank der Grafschaft besitzen können, obwohl diese schon geteilt ist. Eine ältere Reihe freier Schöffen ebenfalls des Ruhrgaus s. Lac. UB. I, 247, a. 1093 (Mühlheim).

338. S. Schulte, Der Adel und die deutsche Kirche im Mittelalter, bes. Exkurse IV und VI.

Adels.<sup>339</sup> Anders in unserem Gebiete. Hier haben die Landgerichte die Gerichtsbarkeit über Unfreie hinzu erworben und sich so von neuem mit Dingvolk gefüllt. Soweit die Gerichtsbarkeit über die Unfreien bis dahin von räumlich begrenzten Immunitätsgerichten ausgeübt worden war, geschah dies dadurch, daß sich die Landgerichte solche Immunitätsgerichte insgesamt oder einzelnes Immunitätsland mit seinen Bewohnern unterwarfen, ein jahrhundertelanger Prozeß, welcher im III. u. IV. Kapitel zur Darstellung kommt. Soweit sich die Unfreien bis dahin eines von ihrem Wohnsitz unabhängigen Sondergerichtes erfreut hatten, geschah ihr Uebertritt in die Landgerichte dadurch, daß diese ihre Gewalt auf jene Unfreien erstreckten, welche in ihrem Sprengel ansässig waren. Die Landgerichte und überhaupt die räumlich begrenzten Hochgerichte<sup>340</sup> stellten eben den Grundsatz des territorialen Gerichtsstandes über den des personalen. Eine oft behandelte Stelle (§ 8) des Kölner Dienstrechtes<sup>341</sup> zeigt uns dieses Bestreben im 12. Jhd. vorherrschend. Das Dienstrecht wendet sich gegen die „nobiles terre Coloniensis, qui iurisdictionem in locis et terminis suis habent“ und diese Gerichtsbarkeit deshalb auch über Kölner Stiftsministerialen „de allodiis et de capitibus suis“ beanspruchen. Daß unter den „nobiles terre“ die Grafen — damals noch eine ganze Zahl — und die mit Allodialherrschaften ausgestatteten Edelherren — damals noch nicht so allgemein von Ministerialen beerbt — gerade unseres Gebietes gemeint sind, ist nach dem Ueberblick über seine Gerichtsbezirke

---

339. S. Kiener, Studien zur Verfassung des Territoriums der Bischöfe von Straßburg I, S. 98.

340. Die Immunitätshochgerichte haben ja in gleicher Weise die ständischen Sondergerichte verschlungen.

341. Zuletzt in falscher Auslegung von Molitor, Der Stand der Ministerialen, Gierkes Untersuchungen 112, S. 112.



ohne weiteres klar. Sie also vertraten den Grundsatz, daß für den Gerichtsstand eines Menschen sein Wohnsitz, bzw. der Ort seiner Tat<sup>342</sup> und für den eines Eigengutes<sup>343</sup> seine Lage maßgebend sein solle. Dieser Angriff auf den besonderen Gerichtsstand der so überaus bevorzugten ritterlichen Dienstmannen wird sicher nicht der erste Schritt zur Unterwerfung der mit personalem Sondergericht privilegierten Unfreien unter die örtlichen Hochgerichte gewesen sein. Die Versuche dazu müssen schon früher eingesetzt haben. Den Kölner Ministerialen gegenüber blieben sie erfolglos. Sonst aber haben sie allgemein in unserem Gebiet die ständischen Sondergerichte verschwinden lassen, weshalb uns keine Beispiele davon zur Verfügung standen. 1275<sup>344</sup> zwang der Herr von Kerpen die Wachszinsleute des dortigen Martinsstiftes zum Besuch seiner ungebotenen Dinge. Sie dürften damals schon seiner Gerichtsgewalt unterworfen und nur vom regelmäßigen Erscheinen bei den Herrengedingen befreit gewesen sein. Sollte die Nachricht aber auch erst die Unterstellung der Wachszinser unter das örtliche Hochgericht bedeuten, so würde sie unserer Anschauung nicht widersprechen. Allerdings würde sie dann als ein später Beleg für jene Entwicklung gelten müssen. Denn im übrigen sind

---

342. Hier befanden sie sich, insofern Landfriedensbruch in Betracht kommt, im Einverständnis mit der Reichsgesetzgebung, s. den Reichslandfrieden Friedrichs I. von 1152, MG. Const. I, 140.

343. Ein Unfreier konnte am Allod nicht die Sale erwerben; die übernahm vielmehr sein Herr, welcher das Gut auch im Landgericht vertrat, s. Lac. UB. I, 470, a. 1177 und dazu die Bemerkung Wibalds von Stablo, oben Anm. 316. Der Erzbischof wollte nun anscheinend deswegen das von seinem Dienstmanne erworbene Eigengut auf einer Stufe mit den Lehen behandeln, die Landgerichtsherren aber wollten es nicht aus ihren Gerichten entlassen.

344. S. oben Anm. 326.

um diese Zeit nicht nur die Sondergerichte der Unfreien am flachen Lande verschwunden, sondern auch die leib- und schutzherrlichen Rechte selbst im Abkommen. Bereits im 13. Jhd. werden die Nachrichten über Eigen- und Zinsleute in unserem Gebiete seltener.<sup>345</sup> Im 14. Jhd. stoßen wir noch auf solche in Tetz im Jülichen.<sup>346</sup> Später lassen sich Eigenhörige überhaupt nur noch im Süden, in Meckenheim,<sup>347</sup> Rheinbach,<sup>348</sup> Tomburg,<sup>349</sup> Nürburg nachweisen, wie es ihrer andererseits im Norden, im Bergischen und Klevischen bis in die Neuzeit hinein gegeben hat. Es hebt sich also wiederum das Gebiet heraus, in welchem im 12. Jhd. die Milderung der Hörigkeit am stärksten zu beobachten war. Dementsprechend fehlen aus unserem Gebiete

---

345. Das Argumentum ex silentio darf hier um so unbedenklicher angewandt werden, als auch die Archive der Kölner Kirchen Hörigenurkunden aus dem späten Mittelalter dann enthalten, wenn sie Besitzungen in Westfalen hatten (z. B. Antoniushaus).

346. S. oben Anm. 285.

347. Lib. iur. et feud. Col. Msc. B 3, S. 78: „Item anhoryge lude“ (des Erzstifts) „eynsdeyls erflich, eynsdeyls, die sich anhorich erkant hant in den jaren . . . 1454“, nämlich 41 Männer, zur Hälfte mit ihren Frauen. Die Eigenbehörigkeit ist nur noch ein Zinsverhältnis; der Mann gibt 6  $\beta$  jährlich, was viel ist zu den früheren 1 oder 2  $\beta$  Zinsen. S. auch folgende Anm.

348. Ebenda S. 80: „Item hait unse gnedige herre lude in dem walde sitzen, die synen gnaden anhorich synt mit sulchem rechte, dat iglich sich des sondags zo vastavent mit seyns selffs lyve up die burch zo Reymbach mit dryn wysperwert weggen erschynt, ind alsdan gyfft yn der zolner zu essen, ind as der enich steyrfft, hait unse gnedige herre yre beste cleyt.“ Es ist bezeichnend, daß diese umfassende Aufzeichnung der Kurkölnischen Gerechtsame nur an diesen beiden Stellen von Eigenleuten spricht.

349. Lac. UB. IV, 364, a. 1473: „angehoerige lude“.

auch die Nachrichten über das Anzugsrecht der Hochgerichtsherren.<sup>350</sup> Der Einwanderer konnte nun als persönlich freier Mann leben.

Mit der Unterwerfung von Immunitätsland mit Unfreien oder von Unfreien, die bisher das Privileg eines ständischen Sondergerichts genossen hatten, haben die Landgerichte wieder Dingvolk erworben, aber doch nur als Objekt der Rechtsprechung. Erst die Revolutionierung der Standesverhältnisse mit dem Ergebnis einer Angleichung aller nichtritterlichen Bevölkerungsschichten hat die Vorbedingung für den vollkommenen Eintritt der Unfreien in die Grafengerichte geschaffen. Erst als ein Teil wenigstens der Vollschildigen befreit und freizügig, ein großer Teil der Freien wachszinsig geworden war, erlangten die Nichtedlen die Fähigkeit als rechtsfindende Schöffen, als Subjekt der Rechtsprechung aufzutreten. Im Ruhrgau vollzog sich, wenn wir eine Urkunde von 1212<sup>351</sup> richtig auslegen, der Umschwung ziemlich rasch. Binnen den 60 Jahren seit 1151 sind da die Edelherrn auf der Schöffenbank am Kreuzberg bei Kaiserswerth vollständig von Ministerialen abgelöst worden. Daß hier die oberste Schicht der ehemaligen Unfreien ihr Erbe antrat, ist eine Ausnahme. Wo immer wir sonst seit dem 13. Jhd. Landgerichtsschöffen kennen lernen, gehören sie der gewöhnlichen ländlichen oder städtischen Bevölkerung an. Unser Gebiet

---

350. Die von E. Mayer und oben Anm. 331 angeführten Stellen für das Vorkommen dieses Rechtes reihen sich rings um unser Gebiet auf. Für die ältere Zeit, etwa bis ins 13. Jhd. mag es ja Zufall sein, daß daraus Nachrichten fehlen.

351. UB. Kaiserswerth 27 = Westf. UB. VII, 87. Abzuteilen ist wohl so, daß Daniel von Lohausen und die Folgenden „scabini“ und nicht Kanoniker sind, u. zw. Schöffen von Kaiserswerth; nur ist die Frage, ob vom Landgericht Kreuzberg oder vom Stiftshof. Sie sind z. T. als Ministerialen nachzuweisen.

hebt sich dabei wiederum dadurch heraus, daß es der Entwicklung der Umgebung vorausseilt. Zum Beweise, daß hier der Eintritt der Unfreien in die Landgerichte bedeutend früher erfolgt ist, läßt sich leider, da ältere Schöffenlisten überhaupt höchst selten sind, nur der eine Fall von Bonn anführen, wo 1158<sup>352</sup> vier Schöffen mit Namen genannt werden: Werner, Hermann, Gerlach und Gernand. Sie waren sicherlich nicht von Adel, sondern entstammten wohl der sich bildenden Stadtbevölkerung, welche als „burgensis populus“ in jener Urkunde auftritt und sich der Zusammensetzung nach damals noch gar nicht von der ländlichen unterschied. Hörige und Wachszinsige machten ihre Hauptmasse aus. Wie aber in der Bonner Gegend im 12. Jhd. überhaupt kaum mehr Freie vorkommen,<sup>353</sup> so daß ihre Ersetzung als Schöffen durch die anderen Bevölkerungsschichten so frühe möglich und notwendig war, so kann auch im weiteren Umkreise die geringe Zahl der Freien-geschlechter schon im 12. Jhd. nicht mehr zur Besetzung der Gaugerichte ausgereicht haben. Allgemein muß in unserem Gebiete damals die sich immer mehr vereinheitlichende Bevölkerungsmasse der Träger des Gerichtslebens auch in den Landgerichten geworden sein.

Die Gefahr von deren Erlöschen war beseitigt. Durch einen Umschwung, der gerade das Gegenteil des ursprünglichen Zustands herbeiführte, sind sie als die großen Gerichte des flachen Landes erhalten geblieben. Ihre Entwicklung ist eben der allgemeinen Verschiebung der Stände gerecht geworden. Am Anfang stellt der rechtlich einheitliche Stand

---

352. S. Cassius-Bonn, Urk. 23.

353. Die Grafen von Bonn sind das einzige Edelherrengeschlecht und sterben doch schon vor der Mitte des Jahrhunderts aus. 1184 erfahren wir noch, daß sich ein Freier in Schwadorf dem Kunibertstift wachszinsig macht (S. Kunibert-Köln, Urk. 15).

der Freien die Masse des Volkes dar. Darunter lagern die Schichten der Unfreien und Schutzhörigen mit ihren Sonderrechten. Am Ende bilden die fast ausnahmslos durch die Wachszinsigkeit hindurchgegangenen und sich immer mehr aneinander angleichenden unritterlichen Elemente die Volksmasse, über der die freien und unfreien Ritter mit verschieden abgestuften Sonderrechten stehen. Indem sich aber die Landgerichte dieser Entwicklung anpaßten, ist es gekommen, daß in unserem Gebiete trotz des Zusammenschmelzens der Freien, und trotz der ursprünglichen Durchkreuzung und Aufhebung des Landrechtes durch personale **Sonderrechtskreise** eine der Hauptaufgaben des staatlichen Lebens schon beim Beginn der bewußten Territorialbildung bereits wieder auf einer neuen, tragfähigen Grundlage ruhte und dennoch sich zum guten Teil in dem alten Rahmen der Gauverfassung abspielte.

Der Fortschritt, welchen die frühe Annahme des Grundsatzes des territorialen Gerichtsstandes wie die Verschmelzung und gleichzeitige Hebung der unfreien Klassen für die Territorialbildung darstellt, wird uns noch deutlicher, wenn wir unsere Beobachtungen über die Besonderheit unseres Gebietes gegenüber anderen in dieser Richtung noch weiter verfolgen. Wir gelangen da zu Ergebnissen, welche in gleicher Weise die bisher gewonnenen stützen, wie für das Endziel unserer Untersuchungen von Wert sind. An den Grenzen unseres Gebietes hat sich nicht allein die Eigen- und Zinshörigkeit bis in die Neuzeit erhalten, was wir schon anführten, sondern dort sind auch die personalen Sondergerichte über die Eigen- und Zinsleute in bestimmten Grenzen noch in Kraft geblieben. So hat das Haus Nürnberg<sup>354</sup> „am Häntgen“ nahe der Burg noch 1561 ein Gericht für die „Cölnischen leute“, ob sie im Amte selbst oder in

---

354. Koblenz, St. A., Kurköln, Nürnberg, Generalia 4, fol. 1.



dem von Altenahr, im Trierischen Amte Daun, in der Grafschaft Virneburg, in den Reichsherrschaften Ollbrück und Königsfeld gesessen sind. Es richtet freilich nur mehr bei Klagen der Kölnischen Leute gegeneinander um bewegliche Sachen. Die liegenden Güter hatten ja ihren eigenen Gerichtsstand und für die Strafrechtspflege waren jene Leute dem „Schirmherrn“ unterworfen, hinter dem sie wohnten. Aehnliche Gerichte der abhängigen Leute und auch nur für geringe Sachen finden sich andererseits erst wieder im Norden im Klevischen.<sup>355</sup> Darüber hinaus begegnet noch zu Ausgang des Mittelalters südlich der Ahr sogar die Anschauung, daß auf Leibherrschaft Landeshoheit beruhen könne — wenn dieser Ausdruck hier erlaubt ist, da es sich gerade nicht um die Hoheit über Land handelt. In den Weistümern des Ahrtals wird die Landeshoheit einem Herren durch den fast ironisch klingenden Ausdruck zugeschrieben, daß die Untersassen seinetwegen beraubt und gebrandschatzt werden. Zu Kesseling wird z. B. 1395 gewiesen,<sup>356</sup> daß das ganze Dorf wegen des Herren von Altenahr (das ist der Landgraf) als des Schirmers Raub und Brand leide. 1446 aber<sup>357</sup> hören wir aus der südlich benachbarten Vogtei Barweiler des Amtes Nürburg, daß der Junker von Sombreff „luede angehorend myn junkeren van Vyrnenburch geroeft ind gebrant hat“. Die Virneburger Landeshoheit erscheint also durch einen Personenkreis bestimmt, welcher den Hochgerichtsbezirk des Kurfürsten als Vogten von Barweiler durchschnitt. Allerdings mahnte damals schon der Nürburger Amtmann zum Einschreiten, denn sonst „koempt unss gnedich here“ (der Kurfürst) „uyss der herlicheyt, water hee eyn oeverste gewaltschyrmer syn sall“.

---

355. Beispiele gibt Weimann, Das tägliche Gericht, S. 67 ff.

356. Gr. II. 638.

357. Nürburg, Dorf Barweiler 4.

Er kehrt also die Ansprüche der territorialen Landeshoheit hervor. Andererseits hielt Köln selber auch noch später seine Rechte über die Diaspora der Eigenleute in dieser Gegend fest, wie uns das beschriebene Gericht „am Häntgen“ 1561<sup>358</sup> zeigte.

Anderwärts ist es das schwere Bemühen territorialer Politik gewesen, aus den verschiedenen Herren verbundenen Einwohnern der Gerichtsbezirke einen einheitlichen Untertanenverband zu schaffen, und mancherorts legte man dabei das Recht personaler Sonderkreise zu Grunde. Ilgen<sup>359</sup> hat auf die interessante Unternehmung der Kleveschen Landesherren aufmerksam gemacht, dieses Ziel mit Hilfe einer Ausbreitung des Ministerialenrechtes zu erreichen. Ich kann hinzufügen, daß Kurköln auf seinen westfälischen Besitzungen ein Gleiches versuchte.<sup>360</sup> Bekannt sind die noch ins 18. Jhd. hineinreichenden Bestrebungen der badischen Markgrafen, durch Unterwerfung aller Insassen ihrer Gerichte

---

358. Außer den Eigenleuten der Landesherren kommen noch ihre Vogteileute, d. h. die Eigenleute der ihrer Vogtei unterstellten Kirchen in Betracht, s. Weimann, a. a. O. und das folgende Beispiel. v. Below, Landst. Verfassung III, S. 8, Anm. 18 erklärt, die Vogteileute seien nicht Hörige, sondern Schatzleute. Aber beides ist richtig, der Kirche gegenüber waren sie Hörige, dem Vogt gegenüber Schatzleute.

359. In den Mitteilungen der preußischen Archivverwaltung, Heft 14, S. 27 ff.

360. EB. Friedrich v. Köln (1370—1414) wies die Beamten von Arnsberg an, „were eynich man off wyff, wanafftich in dem kerspele ind dorffe zu Buederich, die uns und unsem gestichte nicht tobehuerich en were“, sich aber von ihrer Herrschaft frei kaufen und sich der Kölner Kirche übergeben wollten, diese „zu dienstluden unß kirchen zu Colne . . . zu entfangen“, gegen Leistung eines Martinshuhns, Dienste und Wachen. Msc. B 2, S. 599.

unter ihre Leihherrlichkeit zu demselben Ende zu gelangen.<sup>361</sup> Die Eigenbehörigkeit, wie wir sie südlich der Ahr fanden, erscheint allerdings in der Neuzeit wenig mehr zu solchen Versuchen geeignet. Die „ausländische Cölnische leute“ wollten 1561, teils aus eigenem Antrieb, teils abgehalten von ihren „Schirmherren“ nicht mehr zum Häntgen folgen, sondern wandten sich an die Gerichte, in denen sie saßen. Sie stellten also den Grundsatz des territorialen Gerichtsstandes über den des personalen. Immerhin hinderten die noch festgehaltenen Bande der Eigenbehörigkeit die Ausbildung eines einheitlichen Untertanenverbandes sehr empfindlich. Auf dem gegenüberliegenden Rheinufer haben die Landesherren Kurköln, Berg, Sayn, Nassau, Mark diese Hindernisse im gegenseitigen Einvernehmen durch Verträge beseitigt, indem sie bis in die Neuzeit hinein immer wieder ihre verstreuten Eigenleute austauschten.<sup>362</sup>

Aus unserem Gebiete läßt sich dem nur der eine Vertrag zwischen dem Erzbischof von Köln und Walram von Jülich von 1265<sup>363</sup> an die Seite stellen. Bei der Teilung der aus der Ahrischen Erbschaft stammenden Vogteien des Klosters Prüm wurde damals bestimmt, daß jeder in seinem

---

361. Ludwig, Der badische Bauer im achtzehnten Jahrhundert, S. 15 und 33 ff.

362. S. Lac. UB. II, 588, a. 1268: Berg und Blankenberg, gleich dem Pingsheimer Frieden, s. unten Anm. 364; Gr. III, S. 21, a. 1457: dieselben. Lac. UB. III, 67, a. 1308 und 392, Anm., a. 1343: Köln und Nassau; Lac. UB. IV, 393, a. 1477: Berg und Sayn; Msc. A 104, III, S. 155 ff. aus dem 15. Jhd.: „Hii sunt homines moram trahentes in comitatu Seynensi“ (von Kurköln); aus dem 16. Jhd.: „Item dese nageschreven synt anhoirige eygentude des gestychtz van Colne, gesessen in dem kirspell van Will.“ S. ferner Lac. UB. III, 852, 870, 872, 898 und 921 für die Beziehungen von Berg und Mark in diesem Punkt.

363. Lac. UB. II, 558.

Anteil die Herrschaft über die Klosterleute ausüben sollte, auch wenn sie erst nachher zuzögen. Damit scheint aber weniger ein neuer Gedanke gefaßt, als vielmehr eine schon gebräuchliche Uebung bekräftigt worden zu sein. Denn ohne daß wir weiter von ähnlichen Verträgen hörten, tritt seither allgemein in unserem Gebiet die Anschauung hervor, daß der Wohnsitz die Landeszugehörigkeit eines Mannes entscheide.<sup>364</sup> Der sonst so langwierige und mühevollen Ausgleich der leib- und gerichtsherrlichen Rechte hat sich hier, so muß ich nach den mir bekannt gewordenen Quellen urteilen, in der Hauptsache schon vor der Zeit der bewußten Territorialpolitik ganz von selbst vollzogen. Das Bestreben der räumlich begrenzten Hochgerichte, sich alle Insassen ihres Sprengels zu unterwerfen, hat zuerst den Erfolg angebahnt; die im 12. Jhd. mit Macht einsetzende Befreiung der Vollschildigen und die anschließende aufwärtsführende Bewegung der unfreien Bevölkerungsschichten haben dann vollends die Bande der Leib- und Schutzherrlichkeit so sehr geschwächt und endlich überhaupt aufgelöst, daß sie sich nicht mehr als Grundlage staatlicher Herrschaftsrechte empfahlen. Umsomehr sind jene Ansätze zu staatlicher Herr-

---

364. Die Bestimmung des Pingsheimer Friedens zwischen Köln und Jülich von 1279, Lac. UB. II, 730, daß keine Partei „homines nostri necnon et vasallorum nostrorum infra terminos nostros commorantes“ in ihre befestigten Orte — besonders Zülpichs ist gedacht — aufnehmen dürfe, enthält schon eine Anerkennung des territorialen Prinzips, indem sie die Abwanderung aus einem Gebiet in das andere verhindern will, allerdings wohl noch mit Rücksicht auf leib- und vogteiherrliche Rechte, welche durch die Stadtluft gefährdet waren. 1349, Lac. UB. II, 478, gewährt dann Jülich Kurköln ein Zollprivileg für „alle sinre underdeingin, . . . die in me gestichte van Colne waneint“.

schaft ausgenützt worden, welche in der Herrschaft über Grund und Boden gegeben waren.

Nicht nur die verschiedenen Volksstände hatten verschiedenen Gerichtsstand, sondern auch die Güter. Dieser ist allerdings nicht von vorherein gegeben,<sup>365</sup> sondern wird von den Herren geschaffen, welche über größere Gütermassen verfügten. Die Bedingungen, zu welchen sie ihre Güter ausräten, hingen von ihrem Belieben ab. Entsprechend den verschiedenen Absichten, welche sie dabei verfolgten, und nebenbei z. T. auch nach dem Stande der Beliehenen<sup>366</sup> schieden sich die Güter in Klassen. Seit den späteren Jahrhunderten des Mittelalters kommen nur mehr die Man-

---

365. Heusler, Institutionen I, S. 26 betont mit Recht, daß diese Rechtsverhältnisse „von Haus aus und an sich durchaus befähigt (waren), als volkrechtliche Institute von den Organen des Volkrechtes entwickelt zu werden“. Wie ja z. B. auch die precarische Leihe immer ein Gegenstand des Landrechts blieb.

366. Dies trifft in älterer Zeit zu bei der Unterscheidung von „mansa laetilia“ und „servilia“, s. oben Anm. 20, später für die Ministerialenlehen. Es ist also ein gewisser Einfluß des Standes des Lehnsmannes auf sein Besitzrecht nicht zu verkennen; dies stammt aber wohl daher, daß weder „servi“ noch „ministeriales“ anfangs überhaupt ein Recht an Lehen haben konnten, und dieses, als sie es endlich ausgebildet hatten, immer noch sehr prekär blieb; s. Wibald v. Stablo, oben Anm. 316.

Ferner handelt es sich in solchen Fällen um ein zwar nicht zufälliges, aber doch nicht notwendiges Zusammentreffen von besonderer Eigenschaft des Gutes und Stand seines Bebauers. Daß der Ministeriale nicht unbedingt das Gut, das er bebaute vor dem Ministerialengericht vertreten mußte, s. unten Anm. 371.

367. Zwischen Dienstmannenlehen und Homagiallehen wird ja kein Unterschied mehr gemacht.



lehen<sup>367</sup> und die Hoflehen<sup>368</sup> als solche in Betracht, welche ein eigenes Forum besaßen. Nur sie fanden sich in solcher Zahl und nur bei ihnen blieben die Bedingungen der Leihe im großen Ganzen so gleich, daß sich die Einrichtung besonderer Gerichte lohnte.<sup>369</sup> Die Mannlehen wurden daher in Mannkammern zusammengefaßt,<sup>370</sup> die Hoflehen waren ja schon aus Rücksichten der Wirtschaftsverfassung den Fronhöfen angeschlossen. Wo die Vorbedingungen dazu gegeben waren, konnte sich solche Gerichtsbildung auch im späteren Mittelalter wiederholen,<sup>371</sup> ja sie ist noch in der Neuzeit angebahnt worden.<sup>372</sup>

---

368. Lehen ist in unseren Quellen allgemein der technische Ausdruck für die von einem Fronhof abhängigen Güter, höchstens unterschied man noch, beim Lehen eine Normalgröße voraussetzend, kleinere Erbpacht- oder Hofgüter, die aber in ihrer rechtlichen Stellung von jenen nicht abweichen.

369. Ueber die Einrichtung der Hofgerichte und daß sie nicht immer vollkommen ausgebildet waren, s. Kap. III.

370. Jülich hat stets die Mannkammern der einzelnen zusammengewachsenen Herrschaften, Heinsberg, Heimbach usw., aufrecht erhalten.

371. Ein lehrreiches Beispiel, das alle wichtigeren Züge der Entwicklung erkennen läßt: 1248 (Ann. 41, S. 103) teilte der Domdechant Salland seines Hofes Kirchherten, das als Allod bisher dem Grafengericht unterstanden haben muß, in Lose von 16 Morgen — ähnlich den Hoflehen, wenn auch geringeren Umfangs, als diese gewöhnlich waren — und verpachtete sie zu Erbrecht. Er bestimmte dabei nicht nur die Zinse und unständigen Abgaben ganz noch im Stile der Villikationsgefälle, sondern setzte auch die Bußen der Pächter bei Zinsverzug und Uebertretung einer einschränkenden Waidbauvorschrift fest. Die Beobachtung dieser Normen konnte nur durch ein Hofgericht gesichert werden. Bisher bestand wohl keines, denn wir können den Hof bis 1174 zurückverfolgen, wie er aus verschiedenen

Die Versammlung der Inhaber gleicher Leihgüter diene ursprünglich dem Herren zur Bewahrung seines Rechtes am Gute, an Abgaben, Zinsen und Diensten von denselben. Das Hofrecht bewahren, ist ja der stets wiederkehrende Ausdruck in den Weistümern.<sup>373</sup>

Indem sich dieselben Bedingungen der Leihe immer wiederholten, und indem die Lehnleute wiesen, was hergebracht war, wandelte sich die freie Verfügung des Herren in ein bestimmtes Recht, Lehen- und Hofrecht, das auch die Ansprüche der Lehnmänner gegenüber dem Lehnsherren zur Anerkennung brachte. Und indem diese Güter regelmäßig vor der Zeuggenschaft der Genossen verkauft, vererbt und be-

---

Gütern zusammenwächst (Lac. UB. IV, 633: an Brauweiler geschenkt, dann vom Domstift angekauft). 1251 aber (Domstift Urk. 225) wird der Schultheiß und das „villicationis officium“, 1258 (Urk. 265) werden die Hyen erwähnt, vor welchen der Schultheiß Allod zum Faustpfand seiner Pacht bestellt. — S. auch das Beispiel von Warden im Kap. III.

372. S. Aschenbroich, a. a. O. S. 99, Entstehung des Hofgerichtes am Schenkenhof in Obermaubach durch Zusammenkaufen von Grundstücken und Registerführung über sie.

373. In Adendorf z. B. hält der Grundherr Gericht „si indiguerit pro conservatione iuris dicte curtis“, Gr. II, 652, a. 1404. Als Beispiele von Weistümern solcher rein grundherrlicher Hofgerichte nenne ich Esch, Longerich, Merkenich, Elfen, Gilverath, Kapellen, Welderhof, Rosellen, Nettesheim, Eckum, Subweiler in KW. I, Godorf, Sechtem (Stapelhof), Weidesheim (Heidgeshof) in KW. II, Walporzheim, Oberbachem, Eiserfey, Mülheimerhof-Bonn, Kessenich, Etzbacherhof-Widdig, Dietkircher Hof-Urfeld in Lac. Arch. VI, Muffendorf, Godesberg, Luxem bei Gr. II, Verkenrath-Tollhausen bei Gr. IV. Sehr viele Nachrichten finden sich endlich in der Jülischen Erkundigung, Lac. Arch. III, S. 322 ff. Besonders hier ist damit zu rechnen, daß die Landesherren die Kompetenzen der Hofgerichte nach Kräften beschnitten haben, s. darüber Kap. VI.

schwert wurden, — ein formalistischer Apparat der Registerführung in Zeiten geringen Schriftgebrauches — wurden sie dem Landgericht entzogen. Selbst wenn ein Herr ein Lehen wieder an sich brachte, blieb es Lehen vor dem Lehen- oder Hofgericht.<sup>374</sup>

Dem Landgericht gegenüber galt nur das Allodrecht, das der Herr an dem Gute besaß.<sup>375</sup> So stehen Allod, Mannlehen und Hoflehen, wie ihnen entsprechend Landrecht, Lehnsrecht und Hofrecht in räumlicher Durchkreuzung nebeneinander. Beispiele dafür anzuführen ist unnötig, weil sie unser ganzer Quellenbestand in Fülle bietet.<sup>376</sup>

---

374. S. z. B. KW. II, 58 § 4, a. 1464.

375. Es muß sich damit bei den Lehen ebenso verhalten haben, wie noch im Hochmittelalter beim Allod, wenn ein Ministeriale es erwarb, s. oben Anm. 343.

376. Nur zwei besonders klare möchte ich vorbringen. Von Vettweiß heißt es 1555 in der Jülischen Erkundigung, Lac. Arch. III, 367: „Die hofsgüter daselbst werden nach stiftsrecht“ (von Mariengraden-Köln) „gericht und geurteilt und haben derwegen ihre consultation und appellation gen Bleißeheim. . . . Die eigene gueter aber . . ., der onegevere 20 morgen daselbst gelegen, werden nach Gölischen landrechten geurteilt und gericht, . . . in den fellen wird auch gen Gölisch consultirt und appellirt.“ Und KW. II, 38, a. 1578 wird von den Geschworenen in Gleuel gewiesen, daß die Lehnsgüter, „wie dieselb binnen seinen graven, zeuhenen, mauren und pelen etc. gelegen, in der mannkammer zu Colln ohn mittel gehorich, daß auch die manne von lehen auf denselben gutern gebot und verpot, umbschlag, pfandung etc. und der gleichen zu tuen.“ Diese Lehnsgüter, feste Häuser, waren für Ministerialen aus der Masse der Villikationsländereien ausgeschieden worden. — Da sich schon im späteren Mittelalter fast alle größeren Höfe aus verschiedensten Güterarten, Allod und Lehen oft mehrer Höfe zusammensetzten (s. z. B. KW. I,

Landrecht und Lehnrecht sind allerdings viel umfassender; das Hofrecht ist rein dinglicher Natur. Es lohnt sich, darüber einige Bemerkungen aus dem niederrheinischen Material beizubringen. Denn obwohl diese Tatsache längst erkannt ist, kommen noch immer Mißverständnisse vor, wenn man den Begriff des Hofrechts nicht genau abgrenzt.<sup>377</sup>

Tab. I und KW. II, Tab. II), so fanden ihre Auffassungen usw. dann stets vor mehreren Gerichten nebeneinander statt.

377. Seeliger, welcher sich in seiner Untersuchung über „die soziale und politische Bedeutung der Grundherrschaft im früheren Mittelalter“ (s. unten Anm. 386) diese Abgrenzung besonders angelegen sein ließ, ist z. T. doch mit Unrecht der Vorwurf gemacht worden, er hätte offene Türen eingerannt. Besonders gilt das von Rietschels Bemerkungen, *MIÖG.* 27. Wenn Rietschel (S. 392) sich auf Heusler beruft, dessen Institutionen (I, S. 26 ff.) das Hofrecht klar umschrieben hätten, so kann ich nur finden, daß dort noch nicht völlige Scheidung aller Rechte beobachtet ist, es scheint mir bei Heusler in den Begriff des Hofrechtes doch noch der Begriff der leibherrlichen Gewalt hineinzuspielen (s. dazu oben Anm. 366). Rietschel wehrt sich aber überhaupt (S. 398) gegen den Versuch einer scharfen Abgrenzung aller Rechtssphären. Einmal weil die Weistümer selber von Hofrecht sprechen, wo es sich um öffentliche Rechte handelt. Belege sind nicht angeführt, für unser Gebiet aber kann ich solchen Sprachgebrauch nicht belegen. Ganz im Gegenteil ist man sich genau bewußt gewesen, daß und wie Landrecht vom Hofrecht zu scheiden sei. Außer den im III. Kap. zu erwähnenden Stellen führe ich dafür an: *Lib. iur. et feud. Col., Msc. B 3*, S. 75, in Mehlem auf dem Müllenerkerhof „dynget man . . . umb die gude, up den hof gehoerende, ind nyet anders“ (z. 1450). Von den Hofgedingen des Blankenheimer Hofes in Oberbachem heißt es im 16. Jh.: „und solle darauf nichts anders geredt oder gehandelt werden, als was hofssachen seind“ (*Lac. Arch.* VI, S. 291). Oder die Domherren mögen in Blerichen auf ihrem Fronhof „dinggen zu allen

Haarscharf seine Grenze zu ziehen, ist allerdings, wie wir gleich sehen werden, auch nicht möglich. Das Hofrecht entstammt der Villikationsverfassung und hat sich aus deren einfachen Verhältnissen herausentwickelt. Es betrifft alle aus der Leihe der Hofgüter entspringenden Rechtsverhältnisse, als Pacht, unständige Abgaben, Heimzugsrecht des Herren, Erbrecht des Lehnsmanne. Aber letzteres stellt schon eine Fortbildung dar. Denn wenigstens die niederste Klasse der Lehnleute entbehrte ja desselben ursprünglich. Immerhin gehört es noch durchaus zu der einheitlichen Materie des Hofrechts, welche uns der reiche Schatz der Weistümer erkennen läßt. Zusammenfassend und doch ausführlich wird die grundherrliche Gerichtsbarkeit noch in einem Verträge von 1624<sup>378</sup> gekennzeichnet als Gericht „mit allein über die actiones reales, so von des capituls zu Vettweiß gelegenen lehen- und hofgütern herkommen, sondern auch personales, so vil deren zwischen ihren lehen- und hofsleuten wegen erschinener curmüdiger zinsen, gefallen und renten, auch dahin verursagten schadens und schuldigen nachstandes erwachsen mögten.“ Doch gibt es darüber hinaus Grenz-

---

zyden, as sie willent und yn noyt is umb irs hoyfs recht, rente, peichte und zynse“ (KW. I, S. 32, a. 1361). Wenn endlich Rietschel meint (S. 399) „Auch die Hofgerichtsbarkeit hat schon früh über bloße Leihefragen hinaus eine Ausdehnung erfahren, natürlich ohne daß ein Ausscheiden der Hofangehörigen aus den öffentlichen Gerichten damit verbunden war“, so müßte man, um ihm zustimmen zu können, wissen, ob er nur die Ausdehnung auf solche Grenzfälle meint, wie sie gleich zur Sprache kommen werden. Daß auch Seeliger die Scheidung der verschiedenen Rechtssphären nicht scharf aufrecht erhalten hat, ist bes. von Stengel, Savigny-Ztschr. G. A. 25, S. 290 bemerkt worden, dessen eigene Worte das Beste geben, was m. E. auf diesem Gebiete in Kürze gesagt werden kann.

378. Mariengraden-Köln, Urk. 409.



fälle, bei denen nicht mit Deutlichkeit gesagt werden kann, ob sie dem Landrecht oder Hofrecht unterstanden. So z. B. das Besitzrecht am Fronhofe selbst. Die Frage wurde dringend, als man von der Selbstbewirtschaftung zur Pacht überging. Das Kloster Korvey behielt sich da z. B. im Jahre 1152<sup>379</sup> vor, den Pächter seines Salhofes Kessenich bei Bonn bei Nichteinhalten des Vertrages nach Belieben vor dem Fronhofs- oder dem Ministerialengericht des Abtes in Korvey zur Verantwortung zu ziehen. Wir finden aber **sonst auch**, daß um die Fronhöfe vor dem Landgericht gestritten wurde, dem sie ja als Allod unterstanden.<sup>380</sup> Die ältere Zeit, da die abhängige Hufe bestimmt war, eine Hintersassenfamilie als Arbeitskraft für das Salland und als Zinszahler von der eigenen Wirtschaft zu erhalten, kannte ferner **keine** Afterpacht am Lehen. Als diese durch erleichterten Güterverkehr möglich wurde, kam es darauf an, ob sie das Hofrecht sich werde unterwerfen können. Der Kellner von Lechenich vertrat jedenfalls 1579<sup>381</sup> die Anschauung, daß

---

379. Jaffé, Bibl. rer. Germ. I, 405. Der Pächter ist Chorherr in **Bonn**; seine Nichte aber, welche ihm nachfolgen soll, muß Ministerialin des Klosters werden, was wohl schon ihr Vater (nicht aber ihre Mutter!) war. Im 18. Jhd. wurde ein Prozeß um den Fronhof Keldenich vor den Geschworenen desselben anhängig gemacht, s. Gerichtsprotokoll KW. II, S. 137. Vgl. ferner die Pfandsetzung von Allod vor den Hyen in Kirchherten oben Anm. 371.

380. Daß das ursprünglich der Fall war, wenn etwa zwei Erben denselben Hof beanspruchten, ist selbstverständlich. Ein spätes Beispiel s. KW. II, S. 13, Anm. 3.

381. Kurköln, Lechenich, Jurisdiktion 1b, fol. 140 ff. Der Fall war folgender: In Erp hatte der Graf von Blankenheim ein Hofgericht. **B. H.**, welcher ein Lehen davon besaß, das er an G. K. verpachtet hatte, mußte wegen Todschlags fliehen (der Kellner zu Lechenich zog seine gerechte Habe für den Landesherren ein). Später

solche Afterpacht, als „gereites gut“, als Fahrhabe, nicht unter die grundherrliche Gerichtsbarkeit sondern unters Landrecht falle, und diese Ansicht steht nicht vereinzelt da.<sup>382</sup>

Indessen diese und ähnliche Fälle betreffen doch nur Grenzberechtigungen beim Ausbau eines neugewonnenen Gebietes der Rechtsprechung und können die Erkenntnis nicht trüben, daß das Hofrecht an und für sich nur alle aus der Leihe von Hofgütern entspringenden Rechtsverhältnisse betrifft. Wem das Gut geliehen ist, bleibt dabei später völlig gleichgültig; wir können schon im 12. Jhd. Klöster oder Stifter als Inhaber von Hoflehen feststellen.<sup>383</sup>

Als rein dinglicher Natur hat das Hofrecht auf den Stand seines Bebauers gar keinen Einfluß. Wenn dieser nicht kraft Standesrechtes vor ein besonderes Gericht gehörte, war er dem Grafengericht unterworfen, und ebenso waren es die Hoflehen, was die räumliche Ausdehnung des Grafengerichtes betrifft. Dieses machte in Ausübung seiner Strafgerichtsbarkeit nicht vor einem Hoflehen halt, weil es einen eigenen Gerichtsstand hatte. Hinsichtlich der Hochgerichtsbarkeit also — und das ist doch der entscheidende Punkt für die Ausbildung der Landeshoheit — stellen die Landgerichte dann immer noch geschlossene Bezirke dar.

---

kam er zurück und verkaufte das Lehen vor dem Hofgericht an V. K. Dieser ließ durch das Hofgericht dem G. K. die Pacht aufsagen, indem er ihm Rückerstattung von Art und Saat anbot. Der Lechenicher Kellner aber verbot dem Pächter zu weichen, da Art und Saat gereites Gut seien und daher gleich der Pachtung selbst vors Landgericht gehörten. Daß der Verkauf des Gutes selbst vor dem Hofgericht stattzufinden hätte, bestritt er nicht.

382. In Vettweiß (s. oben Anm. 376) fallen neben den Eigen Gütern „gereide gueter, schuld und dergleichen“ unters Landrecht.

383. Z. B. Lac. UB. I, 403, a. 1160 und 556, a. 1197.

Sie sind aber auch in dieser Hinsicht von den Kreisen der Mann- und Hoflehen durchbrochen und zersetzt worden, wodurch erst jener Auflösungsprozeß der Grafschaftsverfassung vollendet worden ist, den wir bisher nur von der einen Seite, von innen heraus betrachtet haben. Von den Mannlehen können wir dabei auch fernerhin absehen; wegen ihrer Vereinzelung und weiten Zerstreuung sind sie ohne nennenswerten Einfluß auf die Gestaltung der Gerichtsverhältnisse und die Entstehung der Landeshoheit geblieben. Die Kreise der Hoflehen aber, die Grundherrschaften im eigentlichen Sinne, sind die Ausgangspunkte von Gerichts- und Herrschaftsverbänden geworden, denen für die Territorialbildung keine geringere Bedeutung zuzumessen ist, als den Landgerichten.

Sie sind dafür nur die Ausgangspunkte geworden, denn daß sie eine solche Stellung niemals durch die grundherrliche Gerichtsbarkeit erreichen konnten, wird aus deren eben versuchter Abgrenzung klar. Aber zu der grundherrlichen traten, wenn wir von der leibherrlichen absehen, welche sich ja keineswegs immer im Rahmen der Grundherrschaft abspielte, öffentlichrechtliche Gerichtsbarkeit und andere Rechte hinzu, die eigentlich dem Grafen zukamen. Man hat dies auf die Erteilung der Immunitätsprivilegien seitens der Könige an die Grundherren zurückgeführt. Diese Privilegien verboten den öffentlichen Beamten, das immune Gebiet zu betreten, um darauf ihre Banngewalt auszuüben und Wedden sowie fiskalische Abgaben einzutreiben. Indem häufig<sup>384</sup> den Grundherren auch die fiskalischen Gefälle von den Königen überlassen wurden und darunter die Wedden, welche gerade über jene Vergehen verhängt wurden, die

---

384. Bes. Heusler, Ursprung der Stadtverfassung, S. 16 f. hat betont, daß das Introitusverbot auch ohne Verleihung der fiskalischen Gefälle ausgesprochen werden konnte.

noch zur Gerichtsbarkeit des Zentenars gehörten,<sup>385</sup> entwickelte sich innerhalb der Immunität eine zentenarsgleiche Niedergerichtsbarkeit. Schon die Karolinger vereinzelt, in großem Stile die Ottonen, übertrugen den Grundherren auch Hochgerichtsbarkeit, so daß die Immunitäten durchaus der Grafschaft ebenbürtig wurden.

Gegen diese Darstellung der Entwicklung hat sich in letzter Zeit mehrfach Widerspruch erhoben. Seeliger<sup>386</sup> glaubte urteilen zu müssen, daß eine Steigerung von niederer zu hoher Immunität sich nur selten beobachten lasse. Worauf ihm widersprochen und die herrschende Meinung in der eben angedeuteten Form von neuem befestigt wurde.<sup>387</sup>

---

385. Von Rietschel, MIOG. 27, S. 406 gegenüber Seeliger hervor-  
gehoben.

386. G. Seeliger, Die soziale und politische Bedeutung der Grund-  
herrschaft im früheren Mittelalter, Untersuchungen über Hofrecht,  
Immunität und Landleihen. Abhandlungen der phil.-hist. Klasse der  
Kgl. sächs. Akad. der Wissenschaften 22, Nr. 1, 1901. — Staat und  
Grundherrschaft in der älteren deutschen Geschichte, Leipziger Uni-  
versitätsprogramm 1909. — Grundherrschaft und Immunität, in der  
Hist. Vierteljahrsschrift 8.

387. Und zwar in schematischer Starrheit von Alfons Heilmann,  
Die Klostervogtei im rechtsrheinischen Teil der Diözese Konstanz bis  
zur Mitte des dreizehnten Jahrhunderts, Görresgesellschaft, Sektion  
für Rechts- und Sozialwissenschaft, 1908, Heft 3, bes. S. 81 ff. Die  
Schrift sollte Seeligers Aufstellungen nachprüfen und ist von der juri-  
stischen Fakultät der Universität Tübingen preisgekrönt worden. Sie  
enthält alle Verweise auf ältere Schriftsteller und verzeichnet die wich-  
tigeren Besprechungen von Seeligers Abhandlung, worauf hier mit  
einem verwiesen sei. — Durchaus eigentümlich und unvoreinge-  
nommen im Stoff selbst die Richtlinien suchend, ist die gleichfalls aus  
Tübingen hervorgegangene Dissertation Pischeks, Die Vogteigerichts-

Dopsch<sup>388</sup> wiederum kam, indem er an Aeltere anknüpfte,<sup>389</sup> zu dem Ergebnis, daß „eine Gerichtsbarkeit des Grundherren wohl schon vor der Erteilung von Immunitätsrechten durch den König vorhanden gewesen“, durch die seit dem 6. Jhd. immer zahlreicher erteilten Privilegien allerdings eine Verallgemeinerung und „wohl auch eine gewisse Verstärkung“ erfahren habe. Und Hirsch<sup>390</sup> hat sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß man „mit dem Dualismus von Grafschafts- und kirchlichen Immunitätsrechten kein Auslangen findet“, wenn man im einzelnen Falle die Herkunft der Gerichtsrechte erklären will. Andererseits ist Glitsch wieder auf Seeligers Ansicht zurückgekommen und leugnet das Aufsteigen der Immunitätsgerichte zur Hochgerichtsbarkeit.<sup>391</sup>

Daraus entsteht die Aufgabe, den Inhalt der Immunitätsprivilegien für unser Gebiet festzustellen und zu prüfen, ob durch sie die bereits umrissenen Gerichtsverhältnisse in den eximierten Bezirken befriedigend erklärt werden können.

---

barkeit süddeutscher Klöster in ihrer sachlichen Abgrenzung während des früheren Mittelalters, 1907.

388. A. Dopsch, Die Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit, vornehmlich in Deutschland II, 1913 § 9, bes. S. 91, 97, 116 f.

389. S. 91, Anm. 7. Von Deutschen sind Brunner und Wilh. Sichel zu nennen.

390. H. Hirsch, Die Klosterimmunität seit dem Investiturstreit, Untersuchungen zur Verfassungsgeschichte des deutschen Reiches und der deutschen Kirche, 1913, bes. S. 14.

391. H. Glitsch, Untersuchungen zur mittelalterlichen Vogteigerichtsbarkeit, 1912. Er erkennt nur in den Märkten Immunitäts-hochgerichte. S. dazu und zu Hirschs Buch Beyerles Besprechungen in der Savigny-Zeitschrift, G. A. 34, S. 662 ff. und meine in der Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1914 erschienene.

---



## Kapitel II.

### Immunität und Immunitätsprivilegien

Müßten wir uns für die gestellten Aufgaben auf die Urkunden jener Kirchen beschränken, welche in unserem Gebiet lagen, so ließe sich wenig genug sagen. Immunitätsprivilegien<sup>1</sup> sind fast ausschließlich nur an Reichskirchen verliehen worden.<sup>2</sup> Es kämen somit für uns überhaupt nur 2 Kirchen in Betracht, das Hochstift Köln und das Kollegiatstift Kerpen, und deren Archive lassen uns völlig im Stich. Zwar ist mit aller Sicherheit anzunehmen, daß die niederrheinische Metropolitankirche an Begnadung seitens der Könige nicht hinter anderen unbedeutenderen Kirchen zurückstand und also auch Immunitätsurkunden empfangen hat. Doch sind diese verloren gegangen und einzig aus später Zeit der Inhalt eines Diploms von König Otto II. überliefert, worin die Immunität angedeutet, von Gerichtsbarkeit gar nicht die Rede ist.<sup>3</sup> Für Kerpen<sup>4</sup> aber fehlt überhaupt jede Spur einer Kaiserurkunde.

---

1. S. dazu Stengel, *Diplomatik der deutschen Immunitätsurkunden* vom 9. bis zum Ende des 11. Jahrhunderts, 1910. Das Werk ist für alle Fragen der Textentwicklung und Beeinflussung ein wertvoller Wegweiser und bietet in der Beilage 3 eine dankenswerte Zusammenstellung aller Immunitätsurkunden.

2. Die Begründung s. bei Hirsch, *Klostervogtei* S. 6 und Stengel, S. 567 ff., 570 ff.

3. S. oben S. 48 u. Anm. 164 dazu.

4. Kerpen ist zwar als weltliches Eigenkloster gegründet, s. unten Anm. 113, aber zu unbestimmter Zeit ans Reich gekommen.

Indessen dürfen wir das Material eines weiteren Kreises von Klöstern und Stiftern um so eher zur Ergänzung heranziehen, als diese Kirchen, an den Grenzen unseres Gebietes aufgereiht, z. T. in dasselbe mit ihrem Besitz von oft sehr beträchtlichem Umfange hineinreichten,<sup>5</sup> die ihnen verliehenen Privilegien also auch darin Geltung beanspruchten. Diese Kirchen sind im Westen: Das Krönungsstift zu S. Marien in Aachen, das jüngere Adalbertstift und das Kloster auf dem Lousberg daselbst, die benachbarten Abteien Burtscheid und Kornelimünster auf der Jnden, Kloster Prüm und endlich noch das Maximinkloster zu Trier; im Osten dagegen die Stifter Elten, Kaiserswerth und Vilich am Rhein, Essen an der Ruhr und Kloster Werden ebenda. Als Beispiel für eines der entfernten, am Rhein begüterten Klöster nehmen wir Korvey an der Weser. Alle diese Kirchen sind Reichskirchen gewesen. Entweder verdankten sie den Kaisern ihre Entstehung, wie das Marienstift an der Pfalzkapelle in Aachen und die Gründungen Ottos III. und Heinrichs II. daselbst: Kloster Lousberg, Burtscheid und das Adalbertstift, ferner die Gründungen Ludwigs d. Fr. Kornelimünster und Korvey; oder sie kamen mit dem Aufsteigen der Karolinger zum Königstrom an das Reich: Prüm und Kaiserswerth; oder sie sind zwar als Eigenkirchen reicher Freier errichtet, aber noch vor der Erteilung der Immunitätsurkunden den Königen aufgelassen bzw. ihrer Munt unterstellt wor-

---

5. Der Maximiner Besitz in Barweiler liegt zwar schon im Eifelgau, aber im Amt Nürburg, das ich oben in die Betrachtung mit eingezogen habe. Außerdem ist S. Maximins Urkundenbestand höchst wichtig für die Vogteifrage. Korvey besaß in unserem Gebiete die Villikationen Nierendorf und Kessenich. Lorsch ließ ich beiseite, da es seinen Besitz im Swistgau früh aufgegeben hat. Auch hat es anscheinend keine besondere Gerichtsorganisation darauf ausgebildet, was auch von manchen anderen Klöstern gilt, z. B. Stablo-Malmedy.

den: Werden, Essen, Elten und Vilich.<sup>6</sup> Das Hochstift Köln mußten wir in diese Reihe aufnehmen, weil die Könige über die Bistümer wie über die im Besitze des Reiches stehenden Kirchen verfügten. Es ergibt sich also die Bestätigung des Satzes: Immunitätsurkunden sind (mit verschwindenden Ausnahmen) allein den Reichskirchen ausgestellt worden.

Von unseren nun haben die Aachner Kirchen und Burtscheid<sup>7</sup> nur einfache Schutzprivilegien aufzuweisen. Die älteste Immunitätsurkunde findet sich bei Prüm, 763 von Pipin erteilt.<sup>8</sup> Der Absatz dieser Urkunde über die Immunität verbietet in recht ausführlicher Weise allen öffentlichen Beamten das Betreten des Klosterbesitzes, besonders „ad audiendas altercationes“. Er ist in späteren Privilegien wohl stilistisch verbessert und in ein festeres Gefüge gebracht, nicht aber in seinem lediglich prohibitiven Charakter verändert worden. Auch die auf französisches Vorbild zurück-

---

6. Werden und Essen sind zwar von Bischöfen, jenes von Liudger von Münster, dieses von Alfrid von Hildesheim, gestiftet worden, aber doch mit ihren Allodialgütern. Die Gründer von Elten und Vilich waren Grafen, Wichmann dort, Meingoz hier (DO. I. 93 und Lac. UB. I, 126).

7. Aachen-S. Marien, DO. I. 316, a. 966: freie Propstwahl nach dem Beispiel der anderen Abteien, „que sub tuitione et immunitate imperatorum et regum erant“. Aachen-Lousberg, DO. III. 262, a. 997: „sub nostra ditione . . . tutum, defensum, atque perpetua libertate munitum.“ Aachen-S. Adalbert, DH. II. 392, a. 1018: „ecclesiam . . . omni libertate dotamus.“ Burtscheid, K. III. 3369 = Lac. UB. I, 326, a. 1138: „abbas . . . nulli penitus nisi regie persone subditus.“ Vgl. auch Lac. UB. I, 470, a. 1179: Der Abt läßt die „sala“ eines erworbenen Gutes durch „fideles domini imperatoris, cuius dicioni subicimus, . . . in dicionem domini imperatoris“ übernehmen.

8. D. Pipin 18.

gehende Urkunde Karls d. Einfältigen von 920<sup>9</sup>, welche an diese ältere Reihe anschließt und noch einmal von Heinrich IV. wiederholt worden ist,<sup>10</sup> enthält nur das Verbot: „nullus in eis“ (den Klostergütern) „comes sive aliqua iudiciaria potestas . . . locum habeat tenendi audientiam vel placitum, ab eis exigendi“ usw. Noch geringere Wandlungen hat in diesem Punkte das zuerst 817 angewandte Formular der Immunitätsklärung für Kornelimünster<sup>11</sup> erfahren, das sich ebenfalls auf das Verbot des Introitus beschränkt. Es wurde bis zum Jahre 1000 beibehalten, d. i. so lange, als das Kloster überhaupt um Bestätigung seiner Privilegien einkam; es wurde außerdem auch den Diplomen für Stift Kaiserswerth zu Grunde gelegt, die es gleichermaßen ungeändert wiederholten.

Die Immunitätsurkunden dieser Gruppe von Kirchen sagen also über die Handhabung der Gerichtsbarkeit im Immunitätsgebiet nichts aus; mag tatsächlich das Introitusverbot gewisse Einrichtungen innerhalb der Immunitäten notwendig gemacht, mag selbst die Schenkung der fiskalischen Gerichtsgefälle zur Ausbildung einer niederen Gerichtsbarkeit der Immunitätsherren geführt haben, die aufgezählten Kirchen hätten sich zum Beweise derselben nicht auf den Wortlaut ihrer Kaiserurkunden stützen können.

Die Privilegien anderer Kirchen zeigen demgegenüber eine Fortbildung des Formulars, welche durch Aufnahme positiver Sätze über die Gestaltung der Gerichtsbarkeit innerhalb des Immunitätsgebietes einigen Aufschluß gibt. Dem

---

9. MRh. UB. I, 162.

10. Ebenda I, 407 = Stumpf 2528.

11. Rekonstruiert von Stengel, NA. 29, S. 390 ff: „sub nostra tuitione et immunitatis defensione . . .“, langer Passus über das Verbot des Introitus.

Kloster Werden verbriefte Ludwig d. J. 877:<sup>12</sup> „Hominibus itaque praedictorum fratrum nulla iudiciaria potestas vel iudex publicus praesit, . . . coram avvocato [a nobis constituto],<sup>13</sup> quid est ratiocinandum aut corrigendum, fiat.“ Dieser Satz wurde seitdem bei Bestätigungen beibehalten. Nur die Urkunde Zwentibolds von 898<sup>14</sup> lautet anders: „nullus iudex in eorum hominibus habeat ditionem, sed advocatus eorum super eis iustitias agat, nec ad publicum, mallum quisquam succlamationem faciat, priusquam advocatum eorum interpellaverit pro iustitia facienda“. Diese Urkunde erläutert also die vorhergehende und die nachfolgenden in dem Sinne, daß zu Ende der Karolinerzeit der Vogt volle Gerichtsbarkeit über die Werdener Immunitätsleute ausübte, daß sein Gericht auch bei Klagen Auswärtiger gegen jene das zuständige Forum bildete und das Landgericht in solchen Fällen nur subsidiär wegen Rechtsverweigerung eingreifen durfte.

Welche Klassen aber unter den „homines ecclesie“ zu verstehen sind, lehren in Uebereinstimmung die Korveyer und Essener Urkunden, die wir zur Ergänzung heranziehen. Für Essen werden sogleich 947<sup>15</sup> die „servi, liti vel liberi“ genannt, in den Korveyer Diplomen schwankt der Ausdruck, beginnend 823<sup>16</sup> mit „ingenui et lati“, dann vieldeutiger

---

12. L. d. J. 1354 = Bendel, Die älteren Urkunden der deutschen Herrscher für die ehemalige Benediktinerabtei Werden a. d. Ruhr (Beiträge zur Geschichte des Stiftes Werden, 1. Ergänzungsheft) 1908, Nr. 2.

13. S. zu dieser Rekonstruktion unten Kap. V.

14. Bendel 4.

15. DO. I. 85.

16. L. I. 780 = Wilmans, Kaiserurkunden Westfalens I, Nr. 8.



fortfahrend 913<sup>17</sup> „coloni et liti“ und endlich sich 1002<sup>18</sup> im Bestreben nach Vollständigkeit erweiternd „ingenui, servi vel lati“. Diese Ausdrücke haben sicherlich je nach der ständischen Entwicklung der Gegend, in welcher sie gelten sollten, eine anders schattierte Bedeutung, zusammengenommen aber besagen sie jedenfalls, daß alle von der betreffenden Kirche abhängigen Klassen ihrem Vogtgericht unterworfen sind. Die Entscheidung liegt da bei der regelmäßigen Aufführung der obersten Klasse, der Freien. Daß die Abhängigkeit der Unfreien und Minderfreien in ihrer persönlichen Rechtsstellung zu den Kirchen zu suchen ist, erscheint deutlich. Die Abhängigkeit der Freien erklärt sich daraus, daß sie in der Korveyer Urkunde von 913 in den „coloni“ begriffen sein müssen. Es sind also die freien Bebauer von Klostergütern, auf welche sich die Immunität mit erstrecken soll. Offen bleibt nur die Frage, ob tatsächlich jeder Freie, der irgend ein Stück Land der Kirche besaß, ihrem Vogteigericht unterworfen war. Daß die freien Lehnleute dabei auszuschalten sind, ist selbstverständlich; sie waren keine „coloni“, auch zeigen die jüngeren Zustände zur Genüge, daß sie nicht in die Gerichtsorganisation der Immunitäten hineingezogen worden sind.

Nach den Werdener Urkunden bringen die der anderen Kirchen über diese Gerichtsorganisation nichts Neues mehr. Wir fahren aber in ihrer Uebersicht fort. Bei Korvey wurde das ursprünglich allein ausgesprochene Introitusverbot für den „iudex publicus“ erst 913 durch einen positiven Satz erweitert: „sed coram advocatis eiusdem loci iustitiam facere cogantur“. Dieser Satz verschwindet nach mehrfacher Wiederholung und an seine Stelle tritt in dem Privileg Heinrichs II. von 1002 nur eine Einschlebung in das Introitus-

---

17. DK. I. 14.

18. DH. II. 12.

verbot: „nisi solus ipsius loci provisor et advocatus.“ Dabei bleiben die folgenden Bestätigungen. Als das Stift Essen 947 um eine Immunitätsurkunde ansuchte, konnte ein älteres Diplom der königlichen Kanzlei nicht vorgelegt werden. Der Notar<sup>19</sup> hielt sich daher an eine gerade eingereichte Fälschung auf den Namen Karls d. Gr. für Trier, fügte aber folgende Bestimmung hinzu: „nemoque ad mallum convocandi homines eiusdem ecclesie servos, litos vel liberos habeat potestatem, nisi advocatus, quem abbatissa ad hoc opus delegerit.“ Sie ist von den jüngeren Privilegien wiederholt worden.

Zuletzt in unserer Reihe hat das Maximinkloster in Trier den ausschließlichen Gerichtsstand seiner Leute vor dem Abt oder Vogt verbrieft erhalten. Die ersten seiner Immunitätsurkunden, welche seit 855<sup>20</sup> vorliegen, sprechen nur von der „defensio“ oder dem „mundeburdium“ des Königs und verbieten lediglich allgemein dem Klostergut „irrationabilem inferre molestiam.“ Eine schärfere Fassung des Immunitätsgedankens brachte dann eine zwischen 953 und 963 entstandene Fälschung auf den Namen Lothars II.,<sup>21</sup> des Inhalts, daß die Bußen und Wedden aus dem Abteigebiete an keine Grafschaft zu zahlen seien und daß niemand

19. S. Stengel a. a. O. S. 151, Anm. 7 und 8.

20. K. III. 1716 = MRh. UB. I, 124.

21. Ich folge gerade mit Rücksicht auf die hier in Betracht kommenden Sätze der zeitlichen Bestimmung, die Breßlau W.D.Z. 5, S. 35, gegeben hat. Dopsch, MIOG. 17, S. 1 ff. verlegte die Fälschungen in die Jahre 1132–1137/9 (s. bes. S. 23), später aber im Hinblick auf die gegnerischen Trierer in die 2. Hälfte des 11. Jhd. Mühlbacher, Dipl. Karol. S. 562 schließt sich Breßlau an. DO. II. 42 beruht nun auf einer Verbindung von Sätzen des DO. I. 391 und Lo. II. 1318, woraus sich auch seine recht ungeschickte Fassung erklärt. Lo. III. 1318 ist jedenfalls älter als DO. II. 42, a. 973.

darauf ohne königliche Ermächtigung Gericht abhalten dürfe. Damit noch nicht zufrieden, suchten die Mönche von Otto I. 970 ein Diplom zu erlangen, das schon deutlicher alle Gerichte über die „familia“ des Klosters mit Ausnahme derer des Abtes oder der Vögte verbot. Dieses Diplom ist indeß nicht vollzogen worden. Endlich hat Otto II. 973 in unbestreitbarer Form und m. E. auf diesen beiden Vorurkunden fußend 1. jeder fremden Gerichtsgewalt die Abhaltung von Dingen auf den Klosterhöfen verboten und vielmehr 2. dem Abt alle Bußen und Wedden, auch 3. ihm oder den von ihm Eingesetzten (Vögten) das alleinige Recht, über die „familia“ zu richten, zugestanden.

Einen Rückschritt fast bedeutet der Rest der Immunitätsurkunden, welche den Kanonissenstiftern Elten und Vilich angehören. Das erste Diplom für Elten von 973<sup>22</sup> enthält überhaupt nur ein allerdings klar gefaßtes Introitusverbot, das zweite von 996<sup>23</sup> dann eine genügende Angabe über das auf den Eltener Besitzungen allein gültige Vogtding. Das erste für Vilich von 987<sup>24</sup> sagt wieder weniger deutlich, „ut nullus episcopus, comes, iudex aut advocatus in exequendis causis . . . aut placitum in memorate ecclesie prediis agere aliquam potestatem habeat, nisi . . . quantum ipsius loci abbatisse placeat“; und eine Bestätigung durch Konrad III.<sup>25</sup> verliert sich in ein allgemeines Verbot von Bedrückungen. Die ungenauere Fassung und Kürze dieser Urkunden ist hier indessen zu einem Teile daraus zu erklären, daß die beiden nach dem Muster von Essen eingerichteten Stifter auf dessen Beispiel auch hinsichtlich ihrer Rechte hingewiesen waren.

---

22. DO. II. 67.

23. DO. III. 235.

24. DO. III. 32.

25. K. III. 3473 = Lac. UB. I, 350, a. 1144.

Ziehen wir die Summe, so läßt sich unmöglich bestreiten, daß in den Privilegien der am Niederrhein begüterten Kirchen eine allmähliche Steigerung des Immunitätsbegriffes zum Ausdruck kommt und daß diese bis zur hohen Immunität, bis zur grafengerichtsebenbürtigen Stellung ihrer Immunitätsgerichte führt. Die herrschende Meinung hat sich in diesem Punkte also von neuem bestätigt. Der früheste Beweis gehört der spätkarolingischen Zeit an, allgemeiner wird die Erscheinung unter den Ottonen. Sie erstreckt sich auf einen guten Teil der Reichskirchen, darf also keineswegs als Ausnahme betrachtet werden. Wenn wir dies aber betont haben, dann dürfen wir noch einmal darauf hinweisen, daß andererseits die Urkunden selbst alter und reicher Klöster bei der älteren, negativen Fassung der Immunität stehen geblieben sind, auch wenn sie in ottonischer und jüngerer Zeit zur Erneuerung eingereicht wurden.

Doch warnt uns eine Reihe von Beobachtungen am Formular, auf dem Wortlaut der Privilegien ein System aufzubauen. Die Urkundenforschung hat zur Genüge erkannt, daß es den Diktatoren und auch den Empfängern der Privilegien keineswegs darauf ankam, in jedem Falle den ganzen Umfang der in der Immunität begriffenen Rechte *expressis verbis* zum Ausdruck zu bringen. Je nach dem augenblicklichen Bedürfnis wurde die eine oder andere Seite betont oder einzig hervorgehoben. So bildet sich besonders der Ausdruck für die Steigerung der Immunitätsgerichtsbarkeit, wie schon unsere Beispiele zeigen, nur allmählich aus und erreicht niemals eine allgemeingültige, klare Fassung. Ja wir sahen, wie diese gelegentlich vom Zufall und dem Belieben des Notars abhing. Wie wenig Wert manchmal auf einen bestimmten Wortlaut gelegt wurde, erhellt am besten die Reihe der Korveyer Diplome, welche einen bereits gewonnenen schärferen Ausdruck wieder fallen läßt. Alle diese Erscheinungen sind nur dann zu erklären, wenn man an-

nimmt, daß die Kenntnis des Immunitätsbegriffes im allgemeinen vorausgesetzt wurde; in dem besonderen Falle von Korvey, daß die vollkommene Gerichtsbarkeit des Vogtes in der Immunität im Laufe des 10. Jhds. ein so selbstverständlicher Inhalt des Immunitätsbegriffes geworden ist, daß man auf ihre genaue Formulierung verzichten konnte. Deswegen ist auch eine vorsichtige Ergänzung der Nachrichten einer Kirche durch die der anderen, wie wir sie anwandten erlaubt, ja geboten. Rechneten doch die Verfasser der Privilegien selber damit, wie der Hinweis auf die Rechte des Stiftes Essen in den ältesten Urkunden von Elten und Vilich bezeugt.

Daß der allgemeine Begriff, der da als bekannt vorausgesetzt wird, im Laufe der Zeit einer Wandlung unterlegen ist, kann füglich nicht bezweifelt werden, denn er hat ja die Steigerung vom Introitusverbot zur Hochgerichtsbarkeit erlebt. Dadurch gewinnen aber die Immunitätsurkunden fortschreitend eine von ihrem Wortlaut etwas verschiedene Bedeutung, die von dem jeweiligen Stande der durchschnittlichen Ausbildung der Immunität bestimmt ist. So muß man es doch auch erklären, daß eine Gruppe von Reichskirchen auch dann bei der prohibitiven Formulierung ihrer Immunität stehen geblieben ist, wenn sie ihre Urkunden den Königen zur Bestätigung einreichten, obwohl sie inzwischen aus jenen prohibitiven Sätzen — nach der herrschenden Meinung — bereits die Niedergerichtsbarkeit abgeleitet hatten. Damit erkennt aber die herrschende Lehre schon an, daß zwar von den Privilegien veranlaßt, aber nicht durch sie vollkommen gedeckt, also neben ihnen und über sie hinweg, eine Entwicklung der Immunität stattgefunden hat. Wir legen alles Gewicht auf diese Erkenntnis und betonen, daß kein Grund vorhanden ist, jene Entwicklung auf den Abschnitt der niederen Gerichtsbarkeit zu beschränken. Wie weit man freilich bei der Auslegung der Urkunden im ein-



zeln Falle gegangen ist, ob vor Allem, was nahe liegt, aus den einfacheren älteren Privilegien auch die Hochgerichtsimmunität herausgelesen worden ist, läßt sich vom Standpunkte der Formalkritik allein nicht sagen. Dazu bedarf es der Untersuchung des in den Immunitäten tatsächlich herrschenden Zustands. Dieser Untersuchung stellen wir, indem wir auf die am Schlusse des I. Kapitels aufgeworfenen Gedanken zurückgreifen, drei Hauptfragen zur Beantwortung: 1. Ist die Gerichtsbarkeit der geringer privilegierten Gruppe der Reichskirchen auch bei einem geringeren Ausmaße stehen geblieben? 2. Sind die hohen Immunitätsprivilegien überall im Stande gewesen, den Kirchen Hochgerichtsbarkeit zu sichern? Und haben 3. nur die Gerichte der privilegierten Reichskirchen Immunität genossen?

Um bei der Beantwortung der letzten Frage nicht fehlzugehen und eine breitere Grundlage für die Erörterung der beiden ersteren zu gewinnen, müssen wir ausführlicher auf zwei Quellen eingehen, aus denen Immunität auch dann Gütern anhaften konnte, wenn darüber keine Urkunden ausgestellt waren, ohne daß die Heranziehung dieser Gesichtspunkte an der herrschenden Meinung etwas änderte. Die erste Quelle: Immunität in Gestalt von Steuer- und Lastenfreiheit, Verbot des Introitus der öffentlichen Beamten und ihrer Banngewalt, also Immunität im Ausmaße etwa der älteren Privilegien, genoß an und für sich das Königsgut. Es behielt diese Eigenschaft auch dann, wenn es verlehmt oder selbst veräußert wurde.<sup>26</sup> Wir haben schon solche

---

26. Georg Meyer, Savigny-Zeitschr. G. A. 3, S. 105 hat sich gegen diese Annahme ausgesprochen, die aber sonst aufrecht erhalten wird, s. Schröder RG. 5, S. 210 f. und die Zitate daselbst Anm. 9. Brunner RG. II. S. 292 will sie nur für Benefizien gelten lassen. Es ist aber überhaupt zu bedenken, daß im Mittelalter ein Grundstück alle möglichen Rechte und Pflichten als Reallasten unter allen Besitzern be-

ehemaligen Reichsgüter in größerer Zahl kennen gelernt. Da außerdem besonders in älterer Zeit die Kirchen von den Herrschern reich mit Güterschenkungen bedacht worden sind, so mag diese Immunität von vornherein manchen geistlichen Höfen zugestanden haben, bei denen sich die Abstammung aus dem Königsgut nicht mehr nachweisen läßt.

Die zweite Quelle fließt aus dem Eigenkirchenrecht. Die Immunitätsprivilegien erstrecken sich, wie sie meist selbst anführen, auf alle Besitzungen der betreffenden Kirche, auf alle jetzigen und zukünftigen; dem Gedanken des Eigenkirchenrechts folgend,<sup>27</sup> also vor Allem auch auf die Eigenkirchen der privilegierten Klöster und Stifter. Nun sind aber außerdem „in den germanischen Gebieten zu eben der Zeit, als die Eigenkirchen aufkamen . . . , die bischöflichen Landkirchen dem Bischof gegenüber . . . ganz zu derselben Stellung gelangt, in der sich die Eigenkirchen den Grundherren gegenüber befanden“.<sup>28</sup> Wollen wir also einen Ueberblick über alle die Kirchen gewinnen, welche Immunität in Ableitung von einer übergeordneten Kirche genossen haben können, so dürfen wir Eigenkirchen geistlicher Institute und bischöfliche Landkirchen auf die gleiche Stufe stellen. Dabei aber sehen wir füglich von den einfachen Pfarrkirchen ab. Die hatten zu geringen, nicht in Hofverbänden organisierten Grundbesitz, als daß er die Grundlage von Immunitätsgerichten hätte werden können. Auch ohnedem ist der Kreis der zu untersuchenden Kirchen in dem reichen, altkultivierten Rheinlande groß genug, selbst wenn wir uns nur auf unser Gebiet beschränken.

Die Zahl der Eigenkirchen geistlicher Körperschaften ist

---

hielt. Und das wird nicht erst in den späteren Jahrhunderten eingetreten sein.

27. Werminghoff, Kirchenverfassung I, 230, Stengel 581 f.

28. Stutz, Benefizialwesen I, S. 309.

darin freilich gering und davon kommen für uns nur die beiden Kollegiatstifter des Klosters Prüm in Betracht. Das ältere, Münstereifel,<sup>29</sup> war in einem Mittelpunkt der Klostergrundherrschaften gelegen und gut ausgestattet. Das jüngere Stift Prüm ist von Abt Urold kurz vor 1016<sup>30</sup> auf Abtsgut errichtet worden.<sup>31</sup>

Umso zahlreicher sind dagegen die bischöflichen Kirchen. Dem Erzbischof von Köln unterstand seit Alters eine Reihe von Kollegiatkirchen sowohl in der Stadt selbst, nämlich S. Gereon, S. Severin, S. Kunibert, das Hospital S. Pantaleon und das Kanonissenstift der 11 000 Jungfrauen (S. Ursula), wie auch außerhalb in Bonn (SS. Cassius und Florentius)<sup>32</sup> und in Xanten (S. Victor).

Dürfen wir die zufällig erhaltenen Nachrichten von S. Cassius verallgemeinern, so war der jeweilige Erzbischof ursprünglich der Vorsteher („abbas“, „rector“ oder „custos“) einer jeden von ihnen. Zu seiner freien Verfügung stand demnach das Stiftsgut, das nachweislich schon in karolingi-

---

29. Gegründet 830 oder 836, s. Schorn, *Eiflia sacra* I, S. 196.

30. DH. II. 358.

31. Die dritte Gründung der alten Abtei, das Nonnenkloster Niederprüm, fällt schon in sehr späte Zeit (die Gründungsurkunde von 1180 s. MRh. UB. II, 108) und berührt unser Gebiet nicht näher. — Auch aus den Verhältnissen der Zweiggründungen, in denen Siegburg den Ueberfluß an Mönchen unterbrachte, den ihm die Erneuerung des Klosterlebens durch die lothringische Reform zuführte, ist für unsere Zwecke nichts zu gewinnen, da sie alle nur geringen Besitz aufzuweisen haben. Doch seien sie hier genannt: Propstei am Appolinarisberg (gegründet 1117, Lac. UB. I, 294, s. Schorn, *Eiflia sacra* I, 250 ff.), am Fürstenberg bei Xanten (Lac. UB. I, 280, a. 1116 vorbereitend, 290, a. 1119 abschließend) und in Zülpich (Lac. UB. I, 299, a. 1124).

32. NA. 13, Trad. 2, 10, 14, 24, 33 und Lac. Arch. II, S. 82.

scher Zeit vom Kathedralgut geschieden war.<sup>33</sup> 866 hat dann Erzbischof Gunthar anscheinend innerhalb dieser Stiftsgüter sein Tafelgut und das engere Stiftsgut getrennt. Die Ueberlieferung des Vorgangs ist sehr unsicher.<sup>34</sup> Er dient

---

33. S. die von Schäfer, Pfarrkirche und Stift (Kirchenrechtliche Abhandlungen, hrsgb. von Stutz, Heft 3, 1902), S. 38 f. zusammengestellten Belege aus den Resten des Bonner Traditionskodex für Sonderbesitz von S. Cassius, S. Severin, S. Gereon und S. Andreas.

34. S. Schäfer a. a. O. S. 35 ff., bes. S. 36, Anm. 2 über die Verdachtsmomente gegen die Konzilsurk. von 873 (Harzheim II, S. 356 f. = UB. S. Gereon 2). Die beiden auf dasselbe Konzil datierten Urk. des Kunibertstiftes, Qu. I, 5 und 6 (= Lac. UB. I, 66 und 67) sind Fälschungen nach Oppermann WDZ. 20, S. 122. Oppermann ging aber bei dem Nachweis der Fälschung von unserer Konzilsurk. aus, die ihm nachher auch verdächtig erschien, s. WDZ. 21, S. 113. Daß die Frage noch nicht abgeschlossen ist, s. den Bericht von G. Kallen über die Herausgabe der Domstatuten im Jahresbericht der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde 1913.

Was den Inhalt der Ueberlieferung betrifft, so befriedigt am meisten Pöschls Erklärung in dem Buch Bischofsgut und Mensa episcopalis II, 1909, S. 237, im Hinblick auf jene Traditionsnotizen von S. Cassius, in denen ein Kölner EB. als abbas, rector oder custos des Stiftes (NA. 13, Trad. 9, 12, 26, 30) oder dieses als einem Kölner EB. unterstehend bezeichnet wird (S. Anm. 32). Danach handelte es sich um die Trennung der einzelnen Stiftsgüter vom eb. Tafelgut, während vorher der EB. über die gesamten Besitzungen jedes einzelnen Stiftes frei verfügen konnte. — Auf die Frage der Echtheit der in Betracht kommenden Urkunden geht Pöschl nicht ein; den seiner Auslegung am ehesten entgegenstehenden Ausdruck der Konzilsurk. „nostrae matricis ecclesie rebus privatim singulis monasteriis ad hunc pertinentibus . . . sumptum suorum necessaria habenda delegavit“, will er (S. 238, Anm. 1) nach der Bestätigungsurk. Lothars II. von 867 (Würdtwein, NS. IV, S. 23 = Qu. I, 2 = UB. S. Gereon 1) ausgelegt

uns aber jedenfalls zum Beweis, wie eng jene Kirchen anfänglich dem Hochstift eingegliedert waren, nur einen Teil von ihm darstellten.

866 erscheinen einige der alten Kölner Kirchen nicht genannt, bei denen die Abhängigkeit vom Erzbischof von Anfang an sicher oder wahrscheinlich ist,<sup>35</sup> nämlich das ehemalige Stift Groß S. Martin,<sup>36</sup> später Benediktinerkloster, und das gleich diesem von Erzbischof Bruno reformierte,<sup>37</sup> zuerst 875<sup>38</sup> erwähnte Chorherrenstift von S. Andreas; ferner zwei noch viel ältere Kanonissenstifter, S. Maria im Kapitol und S. Caecilien. Das Kapitolstift<sup>39</sup> ist um 700 von Plektrudis, der Gemahlin des Majordomus Pipin als Benediktinerinnenkloster gegründet worden. Obwohl Plektrudis 717 die Stadt Köln und das ganze väterliche Erbteil an Karl Martell, Sohn Pipins und der Chalpaida, hat abtreten müssen, ist doch wahrscheinlich, daß das Marienkloster, etwa als ihr Witwengut, davon ausgenommen war und schon damals dem Bischof übergeben wurde, weil die Stifterin keine Leibeserben hatte.<sup>40</sup> Denn als Reichskirche wie die andern karo-

---

wissen, was man bei der völligen Verderbtheit der ersteren auch zugestehen wird. Danach ist mithin von der Auflösung eines gemeinsamen Gutes der Kathedrale und Kollegiatkirchen keine Rede.

35. Pöschl irrt also, wenn er (a. a. O. S. 238) der Meinung ist, die Guntharschen Urkunden erwähnten alle bischöflichen Mediatkirchen. Auf diese Tatsache hätte eine weitere Kritik der Urkunden zu achten. Und wie steht es mit S. Patroclus in Soest?

36. Schäfer, Pfarrkirche und Stift, S. 141, Anm. 4. Zuerst 844 genannt, Qu. I, 1.

37. MG. SS. 21, S. 390.

38. NA. 13, Trad. 4, s. dazu Schäfer, Pfarrkirche und Stift S. 41, Anm. 1.

39. Rathgens, S. Maria im Kapitol zu Köln, 1913, S. 33 ff.

40. Man könnte auch annehmen, daß es ihr Vatererbe war, doch bestehen über ihre Abkunft keine sicheren Nachrichten.



lingischen ist das Kapitolstift nie nachzuweisen. Jedenfalls aber dürfte es zu Erzbischof Brunos Zeiten schon bischöflich gewesen sein, da er es in seinem Testamente<sup>41</sup> nennt, das sonst nur bischöfliche Kirchen bedenkt. S. Caecilien hat entweder als Marienkirche schon in merovingischer Zeit neben dem alten Dom bestanden oder ist spätestens bei dessen Verlegung um 800 unter Erzbischof Hildebold gegründet worden.<sup>42</sup> Auffallender Weise sind wir über die Rechtsstellung der Kanonissenstifter allgemein schlecht unterrichtet. Von Gerresheim läßt die Tradition zwar so viel erkennen, daß es Anfangs Eigenkirche von Gerrichs Geschlecht gewesen ist. Ob es aber durch dessen vielleicht schon mit dem Tode von Gerrichs Tochter erfolgtes Aussterben,<sup>43</sup> um 900, bischöflich geworden ist<sup>44</sup> oder erst durch die Verpflanzung des 922 von den Ungarn vertriebenen Konvents nach S. Ursula in Köln,<sup>45</sup> bleibt ungewiß. Und für S. Quirin in Neuß wie für Dietkirchen in Bonn fehlen ältere Nachrichten überhaupt, wenn ersteres auch schon 825,<sup>46</sup> letzteres 1020<sup>47</sup> bestanden hat.

Mit größerer Gewißheit können wir dagegen das Chor-

---

41. Lac. UB. I, S. 62, Anm.

42. S. darüber Schäfer, Kanonissenstifter (Stutz' Abhandlungen, Heft 43/44), S. 245, Anm. 11.

43. Lac. UB. I, S. 68, a. 874. Aebtissin ist Gerrichs Tochter, Vogt sein Bruder, ein Sohn war also wohl nicht vorhanden.

44. Dafür spricht die Stellung von Wachszinsigen des Stifts „sub munde burde ipsius aecclesiae vel sub ala pontificis . . . Col.“ in Lac. UB. I, 84, a. 907, wenn damit nicht einfach der Schutz des geistlichen Bannes gemeint ist, wie er in der vorgenannten Urkunde angerufen wird.

45. Ann. 26/27, S. 334; soll gefälscht sein.

46. Schäfer, Kanonissenstifter S. 72, Anm. 6.

47. Lac. Arch. II, S. 302.

herrnstift zu S. Aposteln vor den Mauern des römischen Köln als bischöfliche Kirche bezeichnen, da es den beiden Erzbischöfen Heribert (999—1021) und Pilgrim (—1036) seine Entstehung verdankt.<sup>48</sup>

Außerhalb Kölns wuchsen dem Hochstift im 11. Jhd. vor allem drei große Abteien zu: Deutz, Brauweiler und Siegburg. Bei ersterer kommt freilich die Stellung als bischöfliche Eigenkirche in den Urkunden nicht recht zum Ausdruck. Das Kloster ist indessen wiederum von einem Erzbischof, nämlich Heribert, gegründet worden, wenn dieser dabei auch in Erfüllung einer mit Otto III. getroffenen Verabredung handelte<sup>49</sup> und daher zu seiner Ausstattung in erster Reihe Königsgut<sup>50</sup> verwendete.

Die zweite Abtei, Brauweiler, ist das Hauskloster der lothringischen Pfalzgrafen, die wir als die mächtigsten Herren unseres Gebietes bis zur Mitte des 11. Jhds. kennen gelernt haben. Auch sie haben ihrer Gründung zweifellos viel ehemaliges Reichsgut zugewandt.<sup>51</sup> Die Abtei blieb ihr Eigen-

---

48. Keussen, Topographie der Stadt Köln, I. S. 14.

49. Lac. UB. I, 153, a. 1019.

50. Der Königsforst, von dem die Abtei ein Viertel erhielt (Lac UB. I, 136, a. 1003) und das Kastell Deutz mit den Mauern, das ihr gleichfalls geschenkt wurde (Lac. UB. I, 153, a. 1019), sind dazu zu rechnen. Nur können sie schon längere Zeit den Erzbischöfen gehört haben. Daß das Pantaleonskloster ein anderes Viertel vom Königsforst durch Bruno, 965, erhalten habe (Hilliger, Urbare von S. Pantaleon, S. LXVIII), ist nur eine ansprechende Vermutung. Die Deutzer Urkunden sollen nach Oppermann, WDZ. 21, S. 114 fast alle gefälscht sein. Der Gründungstradition wird man aber jedenfalls vertrauen können.

51. S. oben S. 34 u. Anm. 103 dazu. Daß die Stiftsurkunde von dem „allodium Brunvilre“ des Pfalzgrafen Ezzo spricht, ist ohne Belang, da sie ja gefälscht ist, s. folgende Anm.

kloster, bis das Geschlecht teils sich vom Niederrhein verzogen hatte, teils nur noch im Erzbischof von Köln, Hermann, und zwei Frauen bestand. Diese drei übertrugen die Abtei 1051 dem hl. Petrus.<sup>52</sup> Die Kölnische Kirche behauptete

---

52. Unter dem Wust der Brauweiler Fälschungen (s. Pabst im Archiv der Gesellschaft f. ält. dtische. Gesch. 1872, 12, S. 80 ff. und Oppermann, WdZ. 22, S. 184 ff.) zeichnet sich die nur abschriftlich erhaltene Urkunde Heinrichs III. von 1051, Juli 17, Stumpf 2407a, abgedruckt WdZ. 22, S. 233, durch die Glaubwürdigkeit ihres Inhaltes aus. Sie berichtet, wie die pfalzgräflichen Kinder, EB. Hermann, Königin Richeza und Theophanu, Aebtissin von Essen, vor dem Könige den Domvogt Christian um die Abtei Brauweiler angesprochen haben, welche sie nach dem Tode ihrer Eltern dem Rate Rechtskundiger folgend „in hereditarium sibi ius legibus postularunt“. Das Domstift aber behauptete, die Abtei sei schon von Pfalzgraf Ezzo und Mathilde dem hl. Petrus geschenkt worden. Das Hofgericht erkannte nun das Erbrecht Hermanns und seiner Schwestern an. Diese übertrugen dann aber das Kloster der Kölner Kirche. Leo IX. bestätigte 1052 die Schenkung (Jaffé 3249; fundatio c. 29) mit ausdrücklicher Berufung auf den Spruch des Hofgerichtes. Oppermann hat sich nun die Beurteilung der Urkunde erschwert, indem er behauptete, daß Ezzos Gemahlin Mathilde als Tochter Ottos II. nach sächsischem Recht gelebt habe, daß nach demselben ihre dos, das Gut Brauweiler (S. die fundatio c. 7), den Kindern verfallen war, und daß diese nun 1051 Einspruch dagegen erhoben hätten, daß ihre Eltern „sich der dos zu Gunsten des Klosters entäußert hätten.“ (WdZ. 22, S. 203). Nun folgt aber, s. Brunner, R. G. I 2, S. 393, die Frau dem Rechte des Gatten. Mathilde lebte also nach ribuarischem Rechte. Da bedarf es kaum mehr des Hinweises, daß die Ezzoniden gar nicht gegen die Schenkung des Gutes an das Kloster, sondern des Klosters an die Kölner Kirche Einspruch erhoben haben. Außerdem war Mathilde 1051 schon 26, Ezzo 17 Jahre tot. Tatsächlich war Brauweiler bisher Eigenkloster geblieben, unter der

freilich damals, schon Ezzo, der Gründer, hätte sie ihr geschenkt.

Mit der Entstehung der Abtei Siegburg steht das pfalzgräfliche Haus gleichfalls, wenn auch leidend, im Zusammenhange. Erzbischof Anno errichtete sie vor 1064 auf dem Michaelsberg, welchen er dem Pfalzgrafen Heinrich mit siegender Hand abgenommen hatte.<sup>53</sup> Auch mehrere

Vogtei Ezzos, seines Sohnes und Enkels stehend (fundatio c. 23, s. auch unten Kap. V.) und nach Ezzos Tode unter den Geschwistern geteilt. Denn wenn auch Lac. UB. I, 189, a. 1054 verfälscht ist, so hatten doch die Mönche wahrlich keinen Grund zu erfinden, daß Herzog Otto seinen Anteil — „medietatem Brunvilerensis praedii“ — seiner Schwester Richeza abgetreten habe. Nicht mehr am Besitz der Abtei beteiligt ist 1051 Herzog Kuno von Baiern, der seit 1031 (fundatio c. 23) die Vogtei verwaltet haben soll. Aber wir sahen schon, daß er nach dem Tode seines Großvaters Ezzo (1034) oder nach der Versetzung seines Oheims Otto (1054) auch nicht die Grafschaften übernommen hat (s. oben S. 35.). Er ist also überhaupt aus dem niederrheinischen Besitz ausgeschieden. Pfalzgraf Heinrich konnte als Sohn Hezelins keinen Anteil an Brauweiler haben. So war die Abtei nach dem Tode Herzog Ottos 1047 dem Erzbischof und den beiden Frauen verblieben. Ob nun die Kölner Kirche zu dieser Zeit die Schenkung der Abtei schon durch Ezzo behauptete, oder ob das nachträglich in das Diplom hineingefälscht worden ist, läßt sich schwerer entscheiden. Man möchte nicht annehmen, daß der Erzbischof gegen sein eigenes Stift prozessiert habe. Aber die Beschreibung des Prozesses ist so glaubwürdig, die angegebenen Orte der Handlung passen so gut in das Itinerar Heinrichs III. und die Beziehung Leo IX. auf die „diffinitio, qua diffinitum est ante praesentiam imperatoris“, ist sonst kaum verständlich, daß man doch wohl die Tatsache des Rechtsstreites für sicher halten muß.

53. Lac. UB. I, 202, a. 1064, Vita Annonis, M. G. SS. 11, S. 475. c. 19. Wieder sind die Urkunden gefälscht, WDZ. 21, S. 59 ff.

der Siegburger Villikationen haben voreinst dem Pfalzgrafen gehört.<sup>54</sup>

Der mächtige Anno hat weiter in Köln selbst zwei neue Kollegiatstifter eingerichtet, S. Maria ad gradus<sup>55</sup> und S. Georg. Während er für letzteres wohl hauptsächlich Tafelgut aufwandte,<sup>56</sup> — eigenes Erbgut besaß er am Niederrhein nicht — kam ihm zur Ausstattung des ersteren neben Schenkungen geringeren Umfangs noch einmal pfalzgräflisches Gut, das Vermächtnis seines Vorgängers Hermann, zu Gute. Darunter ist der Fronhof Flamersheim wiederum ein ehemaliger Reichshof,<sup>57</sup> wie der große Flamersheimer Wald, dessen Herrschaft dem Hofe zur Hälfte anhing, wohl ein Reichsforst.<sup>58</sup>

In die Zeit Annos soll auch die Schenkung vom Stift Rees an die Kölner Kirche fallen,<sup>59</sup> die trotz fragwürdiger Ueberlieferung glaublich erscheint, weil die Gründerin, Gräfin Irmgard, keine Leibeserben hatte.

Als unmittelbar bischöfliche Kirche muß ferner das Nonnenkloster auf der Insel Rolandswerth betrachtet werden, wenn es auch auf Veranlassung des Abtes von Siegburg errichtet und seiner Aufsicht unterstellt worden ist. Denn Siegburg hat die Insel damals (1126) dem Erzbischof Friedrich abgetreten.<sup>60</sup>

---

54. Sieglar und Stils, WDZ. 21, S. 116.

55. Lac. UB. I, 195, a. 1059. Auch diese und die folgenden Urkunden sollen gefälscht sein.

56. Lac. UB. I, 209, a. 1067: „Fundavimus facultatibus ecclesiasticis . . .“

57. M. G. SS. I, S. 582: „villa regia“, a. 870.

58. S. Ilgen, WDZ. 32, S. 40 ff.

59. Jedenfalls wurde Brauweiler erst 1051 bischöfliche Kirche. Lac. UB. I, 222, a. 1056 75. Fälschung? s. WDZ. 21, S. 114.

60. Lac. UB. I, 301, a. 1126.



Indessen waren zu dieser Zeit anderwärts, hier und dort, die Quellen jener Bewegung bereits aufgesprungen, welche auf eine Erneuerung des klösterlichen Lebens abzielte, dafür Freiheit von jedem äußeren Einfluß, geistlichem und weltlichem forderte und so auch gegen das Eigenkirchenrecht zu Felde zog. Im Sinne innerer geistlicher Reform nach lothringischem Vorbild schon einmal bei der Gründung von Siegburg wirksam, macht sie sich in ihren Folgen für das Kirchenrecht am Niederrhein doch nicht vor der ersten Hälfte des 12. Jhds. geltend. Damals gewann hier das Beispiel der in Schwaben, von der sog. Hirsauer Reformation, ausgebildeten Rechtsnormen großen Einfluß auf die Einrichtung von Hausstiftern der Dynasten, wovon noch die Rede sein wird. Gleichzeitig wurden ähnliche Gedanken von Westen her durch die neuen Orden des hl. Norbert und von Citeaux ins Land getragen. Die Prämonstratenser erhielten vor 1134<sup>61</sup> vom Domdekan ein Kloster zu Knechtsteden eingerichtet, 1147<sup>62</sup> noch eines zu Füssenich. Beide Niederlassungen wurden unter den Schutz des Erzbischofs gestellt. Floß diesem nun auch aus seiner Stellung als Schutzherr das Recht, den Vogt einzusetzen, so doch keineswegs ein Eigenkirchenrecht an den Siedlungen der Norbertiner. Noch selbständiger gestaltete sich, entsprechend ihrem durchgreifenderen Programm, die Stellung der früher gekommenen Zisterzienser. 1122 hatte ihnen Erzbischof Friedrich zu Kamp das erste Kloster am Niederrhein errichtet und dies gleichfalls „sub b. Petri defensionis tutelam“ genommen.<sup>63</sup> Da aber die grauen Mönche die verlangte Vogtfreiheit mit Erfolg behaupteten, ist dieser Schutz nur als eine allgemeine Zusicherung des Wohlwollens aufzufassen, die gar keine

61. Lac. UB. I, 319, a. 1134, späte Beurkundung.

62. Kn. II, 456, a. 1147 und 1473, a. 1194 (Schutzprivileg).

63. Lac. UB. I, 297.

rechtlichen Folgen nach sich zog. An der Errichtung der anderen Zisterzen, Altenberg und Heisterbach, haben die Erzbischöfe überhaupt keinen Anteil genommen.

Von den neuen, dem Eigenkirchenrecht feindlichen Grundsätzen ließ sich auch Hildegund, Witwe des Grafen von Ahr und Tochter des Grafen von Liedberg leiten, als sie 1166<sup>64</sup> ihr Schloß Meer in ein Nonnenkloster verwandelte, dem sie ihr ganzes Vatererbe vermachte. Ohne Leibeserben, so daß ein weltlicher Eigenherr nicht vorhanden war, stellte sie das Kloster „sub mundiburdio b. Petri“. Daß aber das Schutzrecht — „tutela“, „mundiburdium“ — kein Herrenrecht des Erzbischofs begründete, beweist eben diese Stiftungsurkunde von Meer. Denn da Hildegund ihre Ministerialen auf gleiche Stufe mit denen des Hochstifts stellen wollte, — eine Art Freilassung, zum mindesten Begnadung — mußte sie darin ausdrücklich die Bestimmung aufnehmen, daß der Erzbischof ihr Herr sein solle.

Das 12. Jhd. bezeichnet also in der Geschichte des Eigenkirchentums am Niederrhein einen Wendepunkt, da ihm gerade jene Kreise absagten, welche vordem den meisten Anteil daran gehabt hatten. Daß es nicht mit einem Schlage überwunden worden ist, erscheint selbstverständlich und ließen sich dafür Stellen aus den Gründungsurkunden des Nonnenklosters Schwarzhof, <sup>65</sup> errichtet von Erzbischof Arnold von Wied (1151 — 1156) auf seinem Allodialgute, und des kleinen Klosters Schillingskapellen anführen, das 1197<sup>66</sup> vorzüglich mit einem bisher einem altfreien Geschlechte

---

64. Lac. UB. I, 414 und 415.

65. Lac. UB. I, 445, a. 1173: Das Stift wird „b. Petro apostolorum principi“ übertragen, so daß es dem Hochstift gleich anderen unterstehen soll.

66. Lac. UB. I, 557 und 558: Das Kloster wird mit allen Gütern dem EB. aufgelassen. Der Gründer war eben ein eb. Dienstmann.

gehörigen Fronhofe<sup>67</sup> ausgestattet worden ist. Jedenfalls aber brauchen wir nicht über das 12. Jhd. hinausgehen, wenn wir nach Eigenkirchen suchen, welche die Immunität ihrer Herrenkirchen genossen haben können.

Der reichere Fluß der Quellen läßt uns in dieser Zeit zugleich erkennen, daß der automatischen Uebertragung der Immunität von der Herren- auf die Eigenkirche auch von außen her Hindernisse in den Weg traten. Allüberall haben sich die Herrschaftsrechte gefestigt. Sie hafteten nun, ob Grafschafts- oder Vogteirechte ist einerlei, den einzelnen Grundstücken an und mußten von deren Besitzer getragen werden, wes Standes er auch war. Das kommt besonders bei den Steuern zu Tage, gilt aber nicht minder von der Dingpflicht, der jene entsprechen.<sup>68</sup> Jetzt mußten selbst die alten Kirchen, wenn sie ein schatzpflichtiges Gut erwarben, den Schatz entrichten, welcher als Anzeichen des Gerichtsstandes galt. Wie sich die Verhältnisse bei einer Neugründung, wie etwa dem erwähnten Schwarzrheindorf, gestalteten, welches der Theorie nach als bischöfliche Kirche Immunität genoß und kraft Privilegs des Erzbischofs nur dessen Vogtei unterstehen sollte, beleuchtet eine Urkunde von 1176.<sup>69</sup> Das Stift hatte Güter gekauft, die der Vogtei theils des Grafen von Sayn, theils der Grafen von Nassau unterworfen waren. Es löste nun, um sein Privileg zur Wirklichkeit zu machen, die einzelnen Vogteirechte ab. Dieser Fall steht nicht vereinzelt, sondern bildete damals die Regel. Die im 12. Jhd. auftretenden Zisterzienser waren auf den

---

67. S. KW. II, S. 111.

68. S. die zahlreichen Beispiele von Ablösung der Grafschafts-lasten bes. beim Neuerwerb von Gütern in Tab. I der KW. I, als Beleg für eine alte Kirche daselbst Nr. 19 und 25 (Domstift.).

69. Lac. UB. I, 459.

gleichen Weg angewiesen, wenn sie ihren Grundsatz der Vogtfreiheit durchsetzen wollten.<sup>70</sup>

Es sei erlaubt diese Tatsachen im Vorbeigehen mit Beobachtungen an den Immunitätsurkunden in Verbindung zu bringen. Wir stellten fest, daß deren Fassung im Laufe der Zeit farbloser wurde, und daß die Klöster dann auf ihre Einholung ganz verzichteten. Konrad III. hat noch eine Reihe von Immunitätsprivilegien ausgestellt; Friedrich Rotbart nur mehr deren zwei für unsere Kirchen; das letzte Heinrich VI. für Kaiserswerth. Die Kirchen verzichteten fortan auf ihre Gewährung. Die Veränderungen der Reichsverfassung haben sich über sie hinweg geschoben. Vor allem müssen wir da an die beschriebene Verbindung der Gerichts- und Herrschaftslasten mit den einzelnen Grundstücken denken, welche die Immunitätsurkunden zu einem großen Teile illusorisch machten. Dies geschah natürlich nicht plötzlich, sondern trat hier früher, dort später in die Erscheinung. Kornelimünster hat schon ums Jahr 1000 auf die Erneuerung seines Immunitätsprivilegs verzichtet, während Kaiserswerth es noch 200 Jahre später der Mühe wert hielt, sich das wörtlich gleichlautende abermals ausstellen zu lassen.

Wie lange ist nun den erwähnten Widerständen gegenüber die aus dem Eigenkirchenrecht fließende automatische Immunitätsübertragung noch in Wirkung gewesen? Gerade aus dem 11. Jhd. liegen zwar urkundliche Beweise vor; daß das Eigenkirchenrecht begrifflich noch voll in Geltung war. Ein der Abtei Siegburg geschenkter Fronhof wurde 1074/75<sup>71</sup> nicht allein ihrem Heiligen, sondern und an erster Stelle dem Heiligen der Metropolitankirche auf-

---

70. S. Pauen, Die Klostergrundherrschaft Heisterbach, S. 176 f.

71. Lindner, Anno II. der Heilige, Beilage, a. 1074 75. Der Hof findet sich seitdem unter den Besitzungen von Siegburg, s. Lac. UB. I, 228, a. 1076.

getragen und in dem Rechtsstreit zwischen den Letzten des pfalzgräflichen Hauses und dem Domstift um das Kloster Brauweiler wird dieses völlig gleich irgend einem anderen Vermögensstück behandelt.<sup>72</sup> Andererseits aber ist zu beachten, daß bei Rechtsgeschäften das Eigenkirchenverhältnis selbst in den Urkunden so selten zum Ausdruck gelangt. Bei der Fülle der Gütererwerbungen durch die bischöflichen Kirchen wird sonst nie einer Auflassung an den Heiligen des Hochstifts Erwähnung getan und die Güterverwaltung aller dieser Kirchen erscheint durchaus selbständig.<sup>72a</sup> Obwohl doch die alten Kölner Kollegiatstifter und die zu Bonn und Xanten „ad eundem (Coloniensem) episcopatum et ecclesiam S. Petri pertinere noscuntur“,<sup>73</sup> werden ihre Besitzungen und abhängigen Leute im Rechtsverkehr doch als „bona s. Severini, ss. Cassii et Florentii, homo s. Gereonis“ oder „de sancto Andrea“ bezeichnet.<sup>74</sup> Und dies schon ehe bestimmte Kapitelsgüter für sie ausgeschieden worden waren, zu jener Zeit, da der Erzbischof noch als „abbas“ oder „rector“ seiner einzelnen Stifter auftrat<sup>75</sup> und so deren Einordnung in die Bischofskirche lebendig zur Anschauung brachte. Diese Einrichtung erlosch indessen anscheinend im 9. Jhd.<sup>76</sup> Von besonderer Bedeutung muß es in dieser Hinsicht gewesen

---

72. S. oben Anm. 52.

72 a. Den Grund s. bei Stutz in der Gierkefestschrift (1911), S. 1241 ff.

73. Qu. I, 2, a. 867.

74. S. die Belege aus dem Bonner Traditionskodex zusammengestellt bei Schäfer, Pfarrkirche und Stift, S. 38 ff.

75. S. oben Anm. 34. Wir haben Belege nur für das Cassiusstift, der Zustand dürfte aber nicht nur bei ihm zugetroffen haben.

76. Wohl im Zusammenhang mit der Maßregel Gunthars von 866, s. oben S. 139.



sein, ob der Vogt der Herrenkirche auch die Eigenkirche mit vertrat. Denn dadurch wurde bei allen Rechtsgeschäften kund, wie diese nur ein Teil jener war. So verwalteten beispielsweise noch im 12. und 13. Jhd. die Grafen von Ahr die Vogtei von Münstereifel neben der von Prümschen Grundherrschaften, was ja wiederum als Ausfluß des Eigenkirchenrechts mit Notwendigkeit, zum mindesten aber als bequeme Einrichtung allgemein erwartet werden muß. Die bischöflichen Kirchen haben indessen, so weit Nachrichten ins 11. Jhd. zurückreichen, eigene Vögte gehabt und sind nicht durch den Domvogt vertreten worden. Das könnte freilich die Folge jener noch zu behandelnden Bewegung sein, welche auf Befreiung der Eigenkirchen von dem Rechte der Herren, den Vogt einzusetzen, hinzielte.

Deutlicher als durch diese Ueberlegungen wird die Antwort auf unsere Frage durch das Schutzprivileg<sup>77</sup> gegeben, das Abt Urold von Prüm 1016 von Heinrich II. für seine Neugründung Stift Prüm erwirkt hat. Da das Stift auf Abtsgut errichtet worden ist, das doch der Immunität des Klosters Prüm teilhaftig war, hätte es gar keiner Verbriefung seiner Immunität bedurft. Wenn sich nun Abt Urold um eine ausdrückliche Versicherung des königlichen Schutzes für das Stift bemühte, dann muß er gefürchtet haben, daß das Abtsgut, nun Dos des Stiftes, seinen immunen Charakter nicht werde bewahren können. Die Zeitgenossen haben also schon Anfang des 11. Jhds. wenig Zutrauen zu der begrifflichen Folgerung des Eigenkirchenrechts hinsichtlich der Immunität gehabt.

In ältere Zeiten führt uns, wenn wir einmal über unser Gebiet hinausgreifen, eine Urkunde Ottos I. für S. Emmeram in Regensburg.<sup>78</sup> Die hohe Immunität des alten

---

77. DH. II. 358.

78. DO. I. 203.

Agilolfingerklosters war anscheinend schon anerkannt, sie wird nun ausdrücklich auf eine große Schenkung ausgedehnt, die Graf Warimunt dem Kloster gemacht hat. War das notwendig, da doch alle Immunität stets auch schon die späteren Erwerbungen der begnadeten Kirche mit umgreifen sollte, wenn nicht starke Widerstände die Durchführung dieses Gedankens in Frage stellten? Noch weiter hinauf lassen sich diese Zustände verfolgen. Als Ludwig d. Deutsche 855 dem Kloster Korvey die Zelle Fischbeck schenkte,<sup>79</sup> wurde sie damit ein Teil von dessen immunen Besitz, mußte also der Immunität in dem Umfange teilhaftig werden, wie sie das Kloster selbst genoß. Der König stellte trotzdem für die Zelle einen Immunitätsbrief wortwörtlich nach dem von Korvey aus. Darin kann man doch nichts anderes erkennen, als eine Sicherheitsmaßregel für den Fall, daß die Zugehörigkeit der Zelle zum Kloster keine automatische Immunitätsübertragung zur Folge hatte.

In dem gleichen Verhältnis wie das Stift Prüm zur Abtei Prüm, wie die Zelle Fischbeck zum Kloster Korvey, stand nun aber die Abtei Prüm und das Kloster Korvey, standen die Reichskirchen überhaupt zum Reiche. Sie bildeten einen Teil des Reichskirchengutes. Zwar traten sie in der Vermögensverwaltung und im Gericht nicht weniger selbständig auf, als wir es bei den bischöflichen Kirchen sahen. Werden Güter doch dem Stiftsheiligen übereignet und Schenkungsbriefe auf seinem Altar niedergelegt. Das Eigentumsrecht des Reiches findet trotzdem gelegentlich in sehr später Zeit seinen unzweideutigen Ausdruck. Der Abt von Burtscheid ließ 1179<sup>80</sup> die Sale eines erworbenen Gutes durch „*lides domini imperatoris, cuius dicioni subicimur, . . . in dicionem domini imperatoris*“ übernehmen. Der eigent-

---

79. L. d. D. 1412 — Wilmans, Kaiserurkunden Westfalens I, 30.

80. S. oben Anm. 7.

liche Eigentümer dieses Klostergutes wurde also der König und die Uebernahme der Sale durch seine Vertreter machte das dem Gerichtsumstand augenfällig. Burtscheid ist allerdings eine unbedeutende Reichskirche. Die großen haben aber in ihrer Jugend gewiß keine andere Stellung zum König eingenommen, wie Burtscheid im 12. Jhd. Ihnen kam damit zum mindesten damals einfache Immunität schon als Teilen des Reichskirchengutes zu.

Der Grundsatz des Eigenkirchenrechts auf die Reichskirchen angewandt muß von der formalen Seite her zu der Erkenntnis führen, daß Verleihungen der einfachen Immunität an diese überhaupt unnötig gewesen sind. Die Ansicht freilich, daß die Privilegien die Immunität der Reichskirchen erst begründet hätten, eine Ansicht, von der man bewußt oder unbewußt bisher ausging, hinderte, für die Reichskirchen dieselbe Folgerung aus dem Eigenkirchenrecht zu ziehen, die man für andere Eigenkirchen schon gefordert hatte.<sup>81</sup> Wollen wir nun diese Folgerungen ziehen, so wird zwischen den verschiedenen Gruppen der Reichskirchen ein Unterschied zu machen sein.

Diejenigen betreffend, welche auf Königsgut errichtet worden sind, können die Immunitätsurkunden, so weit sie die einfache Immunität aussprechen, nicht die Verleihung neuer Gerechtsame, sondern nur die Bestätigung eines Zustandes bedeuten, welcher auch ohne ihr Zutun hätte zu

---

81. Das erklärt sich auch historisch. Die Lehre von der Immunität war ja bereits längst ausgebildet, als die Lehre von der Eigenkirche auf den Plan trat. Bei Schröder RG. 5, S. 210 findet sich allerdings schon der bezeichnende Satz: „Die Immunitätsprivilegien waren zunächst nur für das Reichskirchengut, das ohnehin wesentlich dem Königsgut gleichgestellt wurde, berechnet,“ ein Satz, worin der Zweifel an die Notwendigkeit der Privilegien, um die Immunität zu schaffen, anzuklingen scheint.

Recht bestehen sollen. Das erweist sich unabhängig von unserm Leitsatz gleicherweise, wenn man die erwähnte Fischbecker mit der ältesten Korveyer Immunitätsurkunde zusammenhält. Die erstere, wiesen wir nach, bestätigte nur die Immunität, welche von selbst vom Kloster auf die Zelle übergehen mußte, als diese an jenes geschenkt wurde. Kann das wörtlich gleichlautende Korveyer Privileg eine dem Wesen nach andere Bedeutung gehabt haben?

Auf einen Grund, solche Bestätigungen einzuholen, weist m. E., wenn wir uns vorerst auf die aus den Immunitätsurkunden selbst zu gewinnenden Anhaltspunkte beschränken, der Fall des Stiftes Prüm hin: diese Gruppe von Reichskirchen mußte befürchten, beim Ausscheiden aus dem unmittelbaren Königsgut der Immunität verlustig zu gehen. Denn nun trat im täglichen Leben ihre selbständige Güterverwaltung den Grafen und Zentenaren, dem Dingvolk und den Nachbarn lebhafter vor Augen, als ihnen die Zugehörigkeit zum Reiche bewußt ward. Wir müssen uns erinnern, welche Bedeutung das Nachbarschaftszeugnis damals für die Erweisung der rechtlichen Eigenschaft eines Gutes besaß. Besonders bei der Streulage der Grundherrschaft, welche in Deutschland weitaus vorherrscht, mußte es sehr häufig zur Anwendung kommen. Wie selten aber wurde durch eine solche Handlung, wie die oben erwähnte Uebnahme der Sale eines Burtscheider Gutes durch Vertreter des Königs die Zugehörigkeit des Reichskirchengutes zum Königsgut dem Dingvolk zum Bewußtsein gebracht! Die Reichskirchen sicherten sich demgegenüber in den Immunitätsurkunden ein Beweismittel, das in allen Fällen Gültigkeit besaß, dadurch dem mündlichen Beweisverfahren überlegen war und dem Fortleben der römischen Ueberlieferung in der Kirche entsprach.

Auf besondere Gründe, welche sie zum Einholen solcher Bestätigungen ihrer Rechte drängten, führt wieder das Fisch-

becker Beispiel oder die angezogene Urkunde für S. Emmeram in Regensburg. Bei Neuerwerbungen war die Ausdehnung der Immunität auf den neuen Besitz in Wirklichkeit nicht ohne weiteres durchzuführen. Daher in allen Privilegien diese Ausdehnung stets ausdrücklich verbrieft und bei größeren Neuerwerbungen besondere Anerkennungen dieser Ausdehnung angestrebt wurden.

Aus dem gleichen Gesichtspunkte wäre die ausdrückliche Verleihung der einfachen Immunität an jene Kirchen zu erklären, welche als weltliche Eigenkirchen gegründet in den Besitz oder die Munt des Reiches traten und gerade in unserem Gebiete häufig sind. In ihren Privilegien findet die neue Rechtsstellung, welche sie durch diesen Wechsel des Besitzers erlangten, ihren Ausdruck. Sollte man dabei wiederum die nur in der Munt des Reiches stehenden Kirchen unterscheiden müssen, so wäre ihren Privilegien auch hinsichtlich der einfachen Immunität so lange eine rechtsbegründende Wirkung zuzusprechen, als man die Befreiung von „bannus“ und „districtio“ nicht auf anderem Wege erklären kann. Aber schon die Aussicht, den gleichartigen Urkunden verschiedene Bedeutung unterlegen zu müssen, zwingt dazu, eine Auslegung für sie zu suchen, welche allen Fällen gleichmäßig gerecht wird. Diese dürfte nicht an der gewonnenen Erkenntnis vorbeigehen, daß in der Mehrzahl der Fälle die Privilegien, so weit sie die einfache Immunität aussprechen, zweifellos nur einen Zustand anerkennen, welcher auch ohne ihr Zutun bestand, aber gegen Hindernisse durchgesetzt und gegen Angriffe behauptet werden mußte. Wir werden diesen Gedanken später wieder aufnehmen. Gleich an dieser Stelle aber sei betont, daß der Unterschied in der Herkunft der Reichskirchen von keinem Einfluß auf die verschiedene Ausgestaltung ihrer Gerichtsrechte, die wir finden werden, und später ihrer Landeshoheit gewesen ist.

Auf die Frage angewandt, von der wir ausgehen, er-



gibt die Tatsache, daß wir in unserem Gebiet seit den Zeiten der Karolinger den königlichen Schutz und die Immunität immer wieder für Kirchen ausgesprochen finden, die ihrer an und für sich teilhaftig waren, jedenfalls so viel, daß ihre abgeleitete niemals unangefochten gewesen ist. Diesen Satz übertragen wir unbedenklich auch auf die Eigenkirchen.

Es kann freilich umgekehrt nicht behauptet werden, daß jene Ableitung der Immunität niemals stattgefunden habe. Einige der angeführten Nachrichten sprechen ja ziemlich deutlich dagegen. Wir sind daher auch weiter gezwungen, mit einer von Anfang an gegebenen Immunität der Besitzungen der Eigenkirchen von Reichskirchen zu rechnen, wie wir sie Eingangs aus dem Wesen des Eigenkirchenrechts folgerten. Unsere Untersuchung der abhängigen Kirchen hat also zu keinem sicheren Ergebnis geführt. Sie anzustellen war dennoch geboten, um mögliche Einwände im vorhinein abzuweisen. Wenn wir jetzt zu der oben aufgestellten Forderung zurückkehren und die tatsächliche Gestaltung der Immunitäten mit dem Inhalt der Immunitätsprivilegien vergleichen, werden wir füglich die Beispiele in erster Linie dem Kreise der Reichskirchen entnehmen, deren Immunität außer allem Zweifel steht. Die bischöflichen Kirchen müssen wir in mancher Hinsicht schon deswegen bei Seite lassen, weil die Privilegien des Erzstifts nicht erhalten sind, ihre Auslegung also nicht zur Diskussion gestellt werden kann.

Nun der erste Punkt: Die Abtei Prüm hat nicht weniger, u. zw. auf dem Boden ihres eigenen immunen Grundbesitzes ein reichsunmittelbares Territorium auszubilden vermocht,<sup>82</sup> obwohl ihre Privilegien nur die sog. niedere

---

82. S. darüber Wohltmann, Die Entstehung und Entwicklung der Landeshoheit des Abtes von Prüm, WDZ. 28, S. 369.

Immunität gewähren, als das Kloster Werden, dem ausdrücklich die Hochgerichtsbarkeit seines Vogtgerichtes verbrieft worden ist; gleich Prüm auch die Abtei Kornelimünster, welche wir in die Gruppe der minderbegnadeten Kirchen einreihen mußten. Das nur mit dem königlichen Schutz ausgestattete Kloster Burtscheid hat die Reichsstandschaft erreicht.<sup>83</sup> Das verschiedene Maß der Privilegierung hat also keine Kirche an der Ausbildung der Hochgerichtsbarkeit gehindert. Hochgerichtsbarkeit ist auch ohne deren ausdrückliche Verleihung durch Urkunde ausgebildet worden.

Der zweite Punkt: Nehmen wir die Grundherrschaft des ausdrücklich mit der hohen Immunität begabten Klosters Werden in unserem Gebiete, die wir schon in der Entstehung verfolgen können; ein seltener Fall, dem man die Beweiskraft nicht wird absprechen mögen. Der hl. Liudger kaufte ums Jahr 800 an der unteren Erft mühevoll Stück für Stück Grundbesitz zusammen, der ums Jahr 1000 in der Villikation Welderhof organisiert erscheint. Die Villikation hat, wie alle anderen, nach späteren Nachrichten ihr eigenes Gericht. Dieses richtet aber ausschließlich über grundherrliche Fragen. Die Freiheit vom Introitus des öffentlichen Richters mögen die Hoflehen einmal besessen haben. Seine Bewohner unterstanden indessen in Sachen des Landrechtes dem Grafengericht zu Hülcherath.<sup>84</sup> Rückläufige Entwicklungen, welche den Immunitätsgerichten einen Teil ihrer Befugnisse entzogen, sind zwar ohne Zweifel häufig vorgekommen.<sup>85</sup> Aber in solchem Maße, daß dem Welderhofe

---

83. S. darüber im VI. Kapitel.

84. KW. I, S. 134 ff.

85. Gerade beim Welderhof trifft das zu. 1329 zwang der Kurfürst von Köln seine Inhaber auf die Exekution ihrer hofgerichtlichen

die hohe Immunität wäre genommen worden, darf man sie nicht annehmen, wenn kein besonderer Grund dazu vorliegt. Auch steht das Beispiel nicht allein. Die Abtei Korvey hatte zwar in Kessenich mit einem ihr 845 geschenkten Hofe eine Villikation eingerichtet,<sup>86</sup> besaß aber dort keine weitere Gerichtsbarkeit, geschweige denn die in ihren Immunitätsurkunden ausgesprochene Hochgerichtsbarkeit. Das Gericht des Trierer Maximinklosters in Burweiler hatte unter dem Vogt gleichfalls nur das Hofrecht zu wahren; erst wenn der Graf vorsäß, erlangte es volle Gerichtsbarkeit.<sup>87</sup> Daß es bei den Kirchen mit geringeren verbrieften Rechten damit nicht anders steht, wundert nun schon nicht mehr. Als Beispiel: Besaß das Prümsche Vogteigericht Rheinbach, über den Wortlaut der Privilegien hinausgehend, volle Hochgerichtsbarkeit,<sup>88</sup> so das Prümsche Vogteigericht Kesseling nur mehr den Antast und mußte noch zum Grafengericht am Wolfsgraben bei Altenahr zur Urteilsvollstreckung folgen;<sup>89</sup> das ehemals Prümsche Hofgericht Oberbachem endlich richtete gar nur über Lehen, Zinse und Kurmeden.<sup>90</sup> Das Gleiche läßt sich bei den Grundherrschaften der Kirchen mit möglicherweise abgeleiteter Immunität zeigen; so hatte das Kölner Gereonsstift die Herrlichkeit Merheim mit allen Hoheitsrechten und dem Blutgericht inne;<sup>91</sup> in Oekoven<sup>92</sup> richtete es lediglich über grundherrliche Fragen. Die beiden letztgenannten Villi-

---

Urteile zu verzichten, s. dazu unten Kap. III. Aber wir sehen daraus, daß der Hof schon damals keine Strafgerichtsbarkeit besaß.

86. S. WdZ. 32, S. 30.

87. S. oben S. 70.

88. S. oben S. 60.

89. Gr. II, 637 ff., oben S. 65 und Kap. III.

90. Weistum bei Lac. Arch. VI, 289 ff., s. dazu unten S. 161.

91. KW. I, S. 226 ff.

92. KW. I, S. 29. Beide Villikationen gehören zu den alten

kationen sind unzweifelhaft sehr alt, denn zu ihnen gehörten die Patronate von Kirchen, die den Heiligen ältester Verehrung, S. Brictius und S. Martin, geweiht waren. In der Grundlage der Gerichte dürfte also die Ursache ihrer geringen Vollmacht nicht gesucht werden.

Es ist nicht nötig, die Beispiele hier zu häufen. In den nächsten Kapiteln kommen sie nach Gelegenheit zur Sprache. Die angeführten genügen sicherlich zur Begründung der Sätze: Das in den Immunitätsurkunden ausgesprochene Maß von Gerichtshoheit ist in sehr vielen Fällen nicht erreicht worden, ja die tatsächlich erworbenen Rechte sind hinter den verbrieften oft ganz auffallend weit zurückgeblieben.

Der dritte Punkt: Auch solche Hofverbände haben sich der Immunität erfreut, auch solche Hofgerichte haben Nieder- und selbst Hochgerichtsbarkeit erlangt, deren Herren nicht mit dahinlautenden Privilegien ausgestattet gewesen sind und Immunitätsrechte auch nirgends woher ableiten konnten: Es gibt neben den geistlichen auch weltliche Immunitäten in großer Zahl.

Zum Beweise müssen wir weiter ausholen. Bei dem allgemeinen Bestande unserer Quellen liegt der Einwand nahe, daß die Immunitätsurkunden der Laiengrundherren verloren gegangen seien. Indessen ist die Verbreitung der weltlichen Immunitäten zu allgemeinen, als daß nicht irgend eines solcher Privilegien durch Kauf einer Herrschaft hätte in ein Kirchenarchiv und damit auf uns gelangen sollen. Ist uns doch auf diesem Wege z. B. das Wildbannprivileg Ottos III.<sup>93</sup> für die Vorfahren der Grafen von Ahr erhalten geblieben.<sup>94</sup> Dann gründet sich die Erkenntnis, daß bei-

---

Gütern, auf denen nach dem Urbar von 1180 der Stiftshaushalt beruhte, s. UB. S. Gereon 22.

93. S. oben S. 37, Anm. 112.

94. Oder z. B. durch das Archiv von Stift Vilich eine auf Laiengut bezügliche Verfügung, DO. I. 59, a. 948.

nahe nur Reichskirchen mit Immunitätsprivilegien bedacht worden sind, doch auch auf positive Tatsachen.<sup>95</sup>

Um den Nachweis weltlicher Immunitäten zu führen, darf man freilich mit nichten jedes Immunitätsgericht heranziehen, das man in Laienhänden findet. Laien konnten ja in den Besitz von Fronhofsverbänden mit bereits ausgebildeter Immunität gelangen. Zuerst durch Beleihung oder sonstigen Erwerb von Königsgut. Die von den Pfalzgrafen für die Gründung von Kloster Brauweiler und Stift Mariengraden in Köln aufgewandten Güter z. B. müssen aus dieser Quelle Immunität besessen haben. In großem Maße hat der Adel des Landes ganze Villikationen als Kirchenlehen erhalten.<sup>96</sup> Ueber die Verlehnungen aus Prümer Immunitätsgericht gestatten die Erläuterungen des Caesarius von Heisterbach zum Urbar von 893 einen willkommenen Ueberblick im Querschnitt des beginnenden 13. Jhds. Ich gebe daraus ein Verzeichnis, welches zugleich das verschiedene Maß von Gerichtsbarkeit andeutet, welches die Gerichte der verlehnten Fronhöfe erlangt haben.

MRh. UB. I.	Lehnsträger:	Lehen:
S. 175	Gf. v. Ahr-Nürnberg	„curia . . . Dreyse“, in der Schulthei-Berei Welcherath des Amtes Nürnberg, hat vielleicht beigetragen, dieses Gericht zu bilden, s. oben S. 69.
S. 176	Gf. v. Jülich weiter verleht Herr v. Kerpen	Im Urbar 4 Hufen, im Kommentar einfach „Beyse“ = P e s c h, adelige Unterherrschaft im Amte Münstereifel.

95. S. oben Anm. 2.

96. Daß die Kirchenlehen die Immunität mitgenossen, s. Hincmar von Reims, Epist. syn. Caris. ad Hludov. reg. Germ. (858) C. 297, c. 7 H. S. 432, angeführt bei Seeliger, Bedeutung der Grundherrschaft, S. 124.



MRh. UB. I.	Lehnsträger:	Lehen:
S. 177	Gf. v. Ahr-Hochstaden	Hospelt, große Villikation, Amt Hardt, Dingstuhl Mudscheid. Wahrscheinlich dessen Ausgangspunkt und nicht identisch mit dem unten Kap. III. zu erwähnenden Hof Hospelt, der 1634 Lehen von Vianden war.
S. 177 u. 200	Herr v. Stollberg — weiter Ministerialen	„curia“ oder „villa Effelsberg“, Jülische Pfandherrschaft im Amt Münsterelfel.
S. 177	Gf. v. Ahr-Hochstaden	Pützfeld, Villikation bei Altenahr, Dingstuhl Brück, Hochgericht Altenahr.
S. 178	„	Lind, Villikation, später adelige Herrschaft im Hochgericht Altenahr.
S. 179	„	Vischel, Villikation, später als Lehen, „domus de Vischel cum jurisdictione“, 1364 Kurkölnische Unterherrschaft im Amt Altenahr mit eigenem Hochgericht. (Kurköln, Lehnakten 1a).
S. 180	„	Walporzheim, „bona curia“.
S. 181	„	Münchhausen, Dingstuhl Adendorf der Grafschaft Neuenahr, im Urbar 5 Hufen, im Msc. B 3, lib. jur. et feud. Col., a. c. 1450, S. 72 ein Fronhof, die Geschworenen „wysent over alle sachen“.
S. 182	Herren v. Blankenheim	Oberbachem, Villikation, auch später nur Hofgericht s. oben S. 64.
S. 183	Gf. v. Ahr-Hochstaden	Villip, Villikation.
S. 184	Gf. v. Sayn	Gevelsdorf, Villikation, später im Gericht Lövenich, Amt Kaster.
S. 185	„ — weiter Herr v. Mittendunk	Bedburg und Herten. 2 Villikationen, die nicht die Grundlagen der entsprechenden Gerichte geworden sind, denn s. K. W. I und Gf. v. Mirbach I, S. 18.
S. 186	„	Jüchen, s. dazu oben S. 5, Anm. 15.
S. 189	„	Büllesheim, Villikation. Vielleicht die spätere adelige Herrschaft Groß-Büllesheim, s. Stramberg, Rhein. Antiquarius III, 13, S. 97.

Solche Massenvergaben von Kirchengut an den Adel — wodurch im Ganzen genommen, die Enkel z. T. nur das wieder erhielten, dessen sich die Vorfahren in frommem Glauben entäußert hatten — werden nicht nur beim Kloster Prüm vorgekommen sein.<sup>97</sup>

Ein Einzelbeispiel bietet der schon angeführte Welderhof der Abtei Werden, welcher seit dem 14. Jhd. als Lehen ausgetan war.

Obige Zusammenstellung nach Caesarius zeigt, daß als Lehnsträger bis ins 13. Jhd. fast ausschließlich Grafen und Dynasten, letztere auch als Aftervasallen, in Betracht kamen. Später sind ihre aussterbenden Geschlechter häufig von Dienstmannen beerbt worden. Doch gibt es auch Fronhofsverbände als ursprüngliche Ministerialen-, nämlich Amtslehen. Die Kölnische Erbvogtei;<sup>98</sup> die Erbkämmerei Hemmerich<sup>99</sup> und wohl auch die Herrschaft der Kölner Marschälle von Alfter sind hierher zu rechnen. Sie genossen natürlich die Immunität des Kölner Kirchengutes, aus dem sie ausgeschieden waren. Daß die ministerialischen Maier, wie es anderswo geschehen ist,<sup>100</sup> die ihrer Verwaltung anvertrauten Villikationen zu Lehen gewannen und den Grundherren durch Vererbung entfremdeten, scheint dagegen in unserem Gebiete höchstens ausnahmsweise vorgekommen zu sein, da sie hier nicht als Meier verwendet wurden.<sup>101</sup>

---

97. Die bekannte Säkularisation des Maximiner Abtsgutes auf Anordnung Heinrichs III. (MRh. UB. I, 300 und II, 35, a. 1023) scheint freilich unser Gebiet nicht berührt zu haben. Vgl. die Karte der Besitzungen von S. Maximin in DWL. II.

98. KW. I, S. 27 ff.

99. KW. II, S. 134 ff.

100. H. Aubin, Verwaltungsorganisation des Fürstbistums Paderborn im Mittelalter, S. 14 ff.

101. Wenn Ministerialen den Namen nach einer Villikation führen,

Gelegentlich konnten Laien einen Hofverband auch durch Kauf erwerben, wie wir bei Nierendorf in der Herrschaft Landskron sahen.<sup>102</sup> Im Allgemeinen war ihnen in diesem Punkte die Kirche durch ihre größere Kapitalkraft überlegen.<sup>103</sup> Auch die Klöster und Stifter in Frankreich und dem weitem Deutschland, welche am Niederrhein alte Besitzungen, besonders Weingüter hatten, verkauften, wenn sie die abstoßen wollten, lieber an geistliche Körperschaften.<sup>104</sup>

Endlich sind manche adeligen Herrschaften erst spät durch Privilegierung seitens der Landesherrn entstanden,

---

so verwalteten sie deren Untervogtei. S. KW. III, 102: Heidenreich von Berzdorf; Lac. UB. I, 440, a. 1171: „advocatus de Vrisheim Theodericus“; II, 164, a. 1229: „Theodericus de Vrisheim“. Bei Gudenus CD. II, S. 1117 kommt a. 1349 vor „Pauwils von Eych, den man nennt Voyt von Waldorf“ und S. 1127, a. 1352 nennt sich Heinrich als Zeuge schon nach Waldorf, auf dem Siegel aber noch nach Eich; der ebenda S. 1008, a. 1314 erwähnte Arnold, Vogt von Nierendorf, ist wirklich Vogt. Daher denn auch eine „advocata“ vorkommen kann, z. B. im Memorienbuch von S. Maria im Kapitol-Köln, Rep. u. Hs. 1, 13 Jhd., unterm März, X. kal.: „obiit Beatrix advocata de Unkell“, nach April VIII. idus Gemahlin des Vogts von Unkel. In dem Falle von Dernau, oben S. 67, Anm. 219, handelt es sich um Pacht des Fronhofs durch einen Ritter und auch das ist selten.

102. S. 61.

103. Das Domkapitel kaufte unter anderem — um nur einige Beispiele zu nennen — 1275, Lac. UB. II, 673, die Villikation Oidtweiler von den Müllenarkschen Erben, der deutsche Orden 1250 die Herrschaft Herrmühlheim, 1263 die Herrschaft Elsen von Laien, Lac. UB. II, 432 und 528.

104. Heisterbacher UB. 240, a. 1318, s. auch oben S. 62, Anm. 208 und so öfter.

sogar aus Landgerichtsorten gebildet worden.<sup>105</sup> Nach dem Beispiele bestehender „Unterherrschaften“ wurden sie zu deren Rang erhoben. Es handelt sich da sozusagen um eine jüngere Art von Immunitätsverleihungen.

Hält man sich auf der einen Seite alle diese Möglichkeiten vor Augen, welche Laien den Besitz von eximierten Bezirken vermitteln konnten, ohne daß man deren Immunität ohne weiteres als weltliche bezeichnen dürfte, so kann man auf der anderen Seite an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß auch die Allodialherrschaften des Adels dieselben Rechte, wie so viele der Kirchen genossen. Auf die Bezeichnung eines Fronhofs oder einer Herrschaft als Allod wird man freilich im einzelnen Falle kein entscheidendes Gewicht legen wollen. Wir haben Beweise, daß Lehnverhältnisse in Vergessenheit geraten sind.<sup>106</sup> Aber eine andere Beobachtung ist ausschlaggebend: Wie sich im 12. Jhd. die Edelherren von den Gemeinfreien abzusondern beginnen, führen sie den Namen der Stammburgen, welche inmitten kleiner Herrschaften mit Hochgerichtsbarkeit liegen. Diese Dynastenherrschaften sind unserem Gebiete eigentümlich. Im Erfttal reihen sie sich in fast ununterbrochener Kette aneinander.<sup>107</sup> Ihre Gerichte, das läßt sich mehr oder

---

105. S. oben S. 78 (Liblar), S. 59 (Gelsdorf), S. 75 (Bollheim).

106. S. Gf. v. Mirbach I, S. 16 über Eicks.

107. Ich rechne hierher Gladbach, s. Gf. v. Mirbach I, S. 11, Esch, s. KW. II, S. 111, Vernich (Nebenlinie der Müllenark, über das Gericht s. KW. II, S. 83), Rösberg, KW. II, S. 155, Keldenich (als Allod der Grafen von Katzenellenbogen) ebenda S. 137, Kenten, Lac. Arch. VII, S. 420 ff., Hemmersbach, Bedburg, s. KW. I, S. 24, Kaster, Hochstaden, Grevenbroich (Gfn. v. Kessel), s. zu diesen KW. I, S. 44 f., Wevelinghoven, KW. I, S. 26 f., Helpenstein und Grimlinghausen, KW. I, S. 210 und 294 ff., Erprath, KW. I, S. 27, Dyck, Liedberg, KW. I, S. 91 ff., Millendunk, endlich Meer; weiter abseits

minder deutlich erkennen, sind Hofgerichte. Auf den Höfen werden diese freien Herren früher selbst gewohnt haben, ehe sie sich daneben die festere Burg bauten. Hier haben wir zweifellos das alte Eigen der Freien, also auch Allodialgerichte vor uns. Daß diese Herrschaften später z. T. als Lehen der größeren Territorien erscheinen, beruht, wie wir im letzten Kapitel an Beispielen beweisen werden, auf einer jüngeren Entwicklung.

Alte Nachrichten über die Gerichtsverhältnisse in diesen Herrschaften fehlen bei der Armut an weltlichen Archiven. Doch kommt uns der Umstand zu Hilfe, daß viele Allodialherrschaften im Laufe der Zeit in die tote Hand gekommen sind. Je später das geschah, umso wahrscheinlicher ist es nach unseren früheren Darlegungen, daß die in der nun geistlichen Herrschaft ausgeübten Gerechtsame bereits ihrem ehemaligen weltlichen Besitzer zugestanden haben. Wenn z. B. Stift Schwarzrheindorf als Grundherr des benachbarten Hofes, das Domkapitel in der Herrlichkeit Esch, der Kurfürst von Köln als Vogt des Klosters Meer in dessen Umgebung Hochgerichtsbarkeit ausübt, so beruht diese nicht mehr auf der Kirchenimmunität, sondern haftete wahrscheinlich schon an den Besitzungen der Edelherren von Meer, dem Allod der Brüder von Esch<sup>108</sup> und dem gräflich Wiedschen Hofe Schwarzrheindorf.<sup>108</sup> Im Falle des Klosters Meer steht das auch urkundlich fest. 1185<sup>109</sup> bekräftigte Erzbischof Philipp von Heinsberg, daß dessen „curtis“ Seist in alle Zukunft derart frei sein sollte, „sicut quondam, dum seculari dominio subiaciebat, nullis comitis legibus vel exactionibus vel iusticiis vel ad tribunal vocationibus ob-

---

kämen noch die Herrschaften Randerath und Odenkirchen hinzu. Von allen kennen wir ehemalige Edelgeschlechter.

108. S. oben S. 147, Anm. 66.

109. Lac. UB. I, 496.



noxia erat.“ Dieser Hof — gemeint ist wohl der ganze Hofverband<sup>110</sup> — stellte also schon eine weltliche Immunität dar, ausgestattet mit Freiheit von „introitus iudicum“, gräflicher Gebotsgewalt und Schatz. Und ist hier nur von der prohibitiven Seite der Immunität die Rede, als deren Ergänzung allerdings nach der positiven Seite hin ein Hofgericht mit landrechtlicher Gerichtsbarkeit zu denken ist, so kommt letztere zum klaren Ausdruck in jener schon angezogenen Urkunde für Stift Rees.<sup>111</sup> Danach hat die Gründerin Gräfin Irmgard dem Propst die gesamte Gerichtsbarkeit, auch Hochgerichtsbarkeit, über die Stiftsfamilie, d. s. ihre früheren Hintersassen, übertragen. Die Echtheit der Urkunde ist angezweifelt worden; sie bleibt nicht weniger beweiskräftig dafür, daß man wenigstens zur Zeit der Fälschung das Bestehen weltlicher Immunität kannte.<sup>112</sup>

Die Eigenkirchen der Laien, wie Stift Rees ursprünglich eine war, müssen wir den Allodialherrschaften noch hinzuzählen. Denn wenn irgendwo, so ist bei ihnen das Allodrecht feststehend, und wenn sie Immunität besaßen, so konnte die sich nirgends anders herleiten als aus den Rechten ihrer Herren. Nun hat sich freilich das weltliche Eigenkirchenwesen am Niederrhein nie recht entwickelt und man muß sagen, aus zufälligen Ursachen nie recht entwickelt, Fast alle auf diesem Boden vorgenommenen älteren Gründungen sind nach kurzem Bestehen als Eigenkirchen in der Reichskirche oder im Hochstift Köln aufgegangen, weil die Familien der Stifter erloschen sind. Ich erwähnte das

---

110. S. Lac. UB. III, 1. Anm.

111. Lac. UB. I, 242.

112. Die Urkunde sollte nicht diese Gerichtsbarkeit gegenüber dem Grafengericht sichern, sondern sie dem Vogt zu Gunsten des Propstes entziehen, s. Kap. V.. Also muß die Immunitätsgerichtsbarkeit schon bestanden haben.

schon von Kloster Werden und den Fräuleinstiftern S. Maria im Kapitol in Köln, Essen, Elten, Vilich und Gerresheim. Auch Stift Kerpen, die Gründung von Mathilde, der Mutter des Pfalzgrafen Hermann und ihrem zweiten Gemahl Sigebodo, ist zu unbestimmter Zeit ans Reich gekommen und hier wissen wir den Grund nicht.<sup>113</sup> Bei Brauweiler und Rees wird es wieder deutlich, daß das drohende Aussterben des Gründerstammes ihre Uebertragung an die Kölner Kirche veranlaßt hat. Von allen älteren bestand so einzig die Abtei Steinfeld, die um 920 ein Vorfahr der Grafen von Ahr errichtet haben soll,<sup>114</sup> als Eigenkloster fort.

Im 12. Jhd. scheint eine neue Schicht von Dynastenfamilien am Niederrhein in ihrem Besitz so erstarkt zu sein, daß sie an die Gründung von Hausstiftern schreiten konnten. Es macht sich aber, wie schon in der regulierten Chorherrenregel, der diese folgten,<sup>115</sup> auch in ihrer Rechtsstellung der Einfluß mönchischer Reformbestrebungen geltend.<sup>116</sup> Verspätet sehen wir am Niederrhein den Orden als Vertreter des Hirsauer Reformprogrammes<sup>117</sup> auftreten, dessen Feindschaft gegen das Eigenkirchenrecht wir schon betonten. Graf Gerhard von Geldern und Wassenberg hat diesen Be-

---

113. Die Gründungsurk. s. NA. 26, S. 165 ff. 1204 verlieh König Philipp die Propstei dem Erzbischof, Lac. UB. II, 11.

114. Die Gründungstradition s. Ann. 23, S. 144 ff. Unmöglich sind dabei nur die Titel des Gründers als Graf von Ahr oder Ahr-Hochstaden.

115. Fast alle zu nennenden Kirchen sind Augustinerstifter, auch Bedburg ehemals. Prämonstratenser wurden nach Knechtsteden berufen, das als Gründung des Domdekans gleich ans Hochstift kam. Langwaden wurde mit Nonnen besetzt.

116. S. über dieses Hirsch, Klosterimmunität S. 26 ff.

117. Auch die Freiheit von Landbischof und Landdekan wird in den folgenden Urkunden meist ausgesprochen.

strebungen bei der Errichtung des Stiftes Wassenberg 1118<sup>118</sup> noch keine rechtlich festgelegten Zugeständnisse gemacht.<sup>119</sup> Und auch das ist nicht ganz deutlich, wie nach dieser Richtung hin die „libertas“ zu verstehen ist, die 1108<sup>120</sup> der Graf von Saffenberg im Verein mit dem Bischof von Lüttich „quantumcumque potuerunt“ dem Stift Klosterrath gewährte. Aber Stift Hamborn wurde gleich bei der Gründung 1139<sup>121</sup> von dem Grafen von Hochstaden, Kloster Langwaden 1173<sup>122</sup> von den Herren von Wevelinghoven der Kölner Kirche aufgetragen. Bei anderen ist darüber nichts Bestimmtes auszumachen, nämlich beim Stift Bedbur bei Kleve, Gründung der Klevischen Grafen zwischen 1117 und 1138,<sup>123</sup> und beim Stift Heinsberg, von der Witwe Herrn Goswins von Heinsberg zu seinem Gedächtnis 1140 errichtet.<sup>124</sup> Bei allen diesen Kirchen hat die Reformbewegung, wenn sie sie nicht den Eigenherren entziehen konnte, doch mindestens eine Abschwächung des Eigenkirchenrechts hinsichtlich der Vogtei erreicht, worauf wir noch zurückkommen. Den größten

---

118. Lac. UB. I, 289, Gründung „de meo allodio“.

119. Ueber die Vogtei s. Kap. V.

120. Ernst, Histoire du Limbourg VI, 31. Die Urkunde nennt keinen Aussteller, sondern zählt nacheinander die Vergünstigungen auf, welche der Graf und welche der Bischof von Lüttich gewährte. Letzterer siegelt allein, aber wohl nur, weil der Graf kein eigenes Siegel hatte. Man darf aus dieser Urkunde wohl nicht schließen, daß das Stift dem Bistum aufgelassen worden ist. Die Pfarre, an welche das Stift angeschlossen wurde, war „allodium“ des Grafen, s. M. G. SS. 16, S. 690, Anm.

121. Lac. UB. I, 333.

122. Lac. UB. I, 446.

123. S. Sloet, Het hoogadelijk . . . stift te Bedbur bij Kleef, S. 5; der Stiftsbrief fehlt. Vielleicht handelt es sich auch nur um eine Neugründung, s. Knipping im Düsseldorfer Jahrbuch 17, S. 31.

Erfolg aber erzielte sie wohl bei Steinfeld. Graf Dietrich von Ahr verstand sich 1122<sup>125</sup> dazu, die ganz heruntergekommene und der Auflösung nahe Abtei dem hl. Petrus von Köln zum Zwecke der Reformierung aufzutragen. Das nunmehrige Chorherrenstift genoß in seiner Umgebung, gestützt auf die Fronhöfe Marmagen und Wahlen,<sup>126</sup> Hochgerichtsimmunität. Fassen wir nun den späten Zeitpunkt seines Uebergangs an das Erzstift ins Auge, so steht mit größter Bestimmtheit zu vermuten, daß diese Hochgerichtsimmunität nicht von jener des Erzstifts abgeleitet ist, sondern der Zeit entstammt, da das Kloster noch Eigentum des Hauses Ahr war, von diesem also herkommt.

Die übrigen aufgezählten Hausstifter haben keine Grundherrschaften ihr Eigen genannt, weshalb sie für die Prüfung der allodialen Immunität nicht in Betracht kommen. Wir stellten ihre Gruppe nur deshalb hier zusammen, weil sich daran der Umfang der Reformbewegung ermessen läßt, und weil sie uns noch mehrfach als eine Einheit begegnen wird. Nur das Prämonstratenserkloster Knechtsteden, das den weltlichen Eigenkirchen insofern gleichzustellen ist, als es der Domdekan Graf Hugo von Sponheim auf seinem Eigengut errichtet hatte, besaß eine Grundherrschaft mit Gericht. Wenn wir bei diesem auch eine spätere Steigerung der Befugnisse annehmen, wie im IV. Kapitel zur Sprache kommt, so ist doch ein gewisses Maß von Immunität und Gerichtsbarkeit als Ausgangspunkt dafür schon beim Uebergang des Fronhofs aus dem weltlichen in den geistlichen Besitz

---

124. So wird das Jahr allgemein angegeben, s. Fabr. V, 1, S. 390. Die Bestätigungsurkunde von 1165 s. bei Lac. UB. I, 409. — Das Stift Grefrath, das die Witwe Adalberts v. Nörvenich 1177 (Lac. UB. I, 462) in gleicher Weise plante, kam nicht zustande.

125. Lac. UB. I, 292.

126. S. die Weistümer bei Lac. Arch. VI, 302 ff.

vorhanden gewesen und die Entwicklung zur Hochgerichtsbarkeit setzt verspätet ein, weil erkennbar neue Ursachen hinzugekommen sind.

In Süddeutschland, besonders in Schwaben, wo die Eigenklöster der Laien eine ganz andere Bedeutung erlangt haben, hat Hirsch<sup>127</sup> ihre Immunitätsverhältnisse mit dem Ergebnisse untersucht, daß ihre Gerichte in dem Augenblicke, da die Klöster aus dem Eigenrecht entlassen und der Rechtszustand in Urkunden niedergelegt wird, Hochgerichtsbarkeit besitzen. Die Eigenkirchenherren waren aber nicht im Stande, mehr Gerichtsbarkeit zu verleihen, als ihnen zustand. Dieser Gesichtspunkt fordert auch für Süddeutschland die Anerkennung heraus, daß Dynasten bereits im 11. Jhd. hohe Gerichtsbarkeit auf ihren immunen Allodialherrschaften ausgeübt haben. Und zwar ohne Privilegierung durch die Könige, zu welcher Annahme sich Hirsch gleich uns angesichts des vollkommenen Mangels an derlei Privilegien genötigt sieht.

Noch in weiterem Gebiete wird unsere Ansicht von dem Bestehen weltlicher Immunitäten bestätigt. In Oesterreich hat der Adel ganz ähnliche Herrschaften ausgebildet, wie in Schwaben und am Niederrhein. Adler<sup>128</sup> und Dopsch<sup>129</sup> stimmen aber darin überein, daß an Privilegierung durch den Landesherren — wir sind im Markengebiet — nicht zu denken ist. In Franken dürften die Vogteigerichte des Adels, die sich allmählich von den Zenten zu befreien suchten,<sup>130</sup> nichts anderes dargestellt haben. Auch ist auf

---

127. Hirsch, Klosterimmunität, Kap. I, II, und III.

128. Adler, Zur Rechtsgeschichte des adeligen Grundbesitzes in Oesterreich, S. 145.

129. In den MJÖG. 29, S. 598 ff. und in Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit II, S. 131.

130. S. G. Killinger, Die ländliche Verfassung der Grafschaft Er-



die Herrschaften adeliger Herren in der Schweiz hinzuweisen, als deren Kern F. v. Wyß allodialen Besitz ansieht, denn die Zurückführung ihrer Herrschaftsrechte auf Exemptionsprivilegien befriedigt nicht vollkommen.<sup>131</sup>

Das Auftreten von Immunitäten, welche ihre Gerichtsbarkeit nicht aus der Quelle aller verfassungsmäßigen Gerichtshoheit, dem Könige, auf dem Wege der Verleihung herleiten, erscheint demnach als eine allgemeine Erscheinung der deutschen Verfassungsgeschichte gesichert.

Fassen wir unsere Beobachtungen über Geltung und Wirksamkeit der Immunitätsprivilegien zusammen, so läßt sich nur feststellen, daß ihr Vorkommen, wie ihr Wortlaut in keiner Weise ausreicht, die wirklichen Zustände der territorialen Gerichtsverfassung zu erklären. Einerseits haben sie selbst bei ein und derselben Kirche die Aufgabe nicht erfüllt, die man ihnen zuschreibt, die tatsächlich ausgeübten Gerichtsrechte sind sehr oft geringer als die verbrieften. Diese Erscheinung tritt viel zu häufig auf, als daß man sie auf zufällige Widerstände zurückführen dürfte. Andererseits haben die Immunitätsurkunden häufig nicht soviel besagt, als tatsächlich erreicht worden ist. Am eindrucksvollsten erhebt sich daneben die Tatsache, daß Immunität auch ohne königliche Verleihung bestehen und zur Hochgerichtsbarkeit gesteigert werden konnte.

Was soll man da überhaupt noch von den Immu-

---

bach, Abhandlungen aus dem Straßburger staatswissenschaftl. Seminar 39, S. 17 ff.

131. E. v. Wyß, Abhandlungen zur Geschichte des Schweizerischen öffentlichen Rechts, 1892. Wyß nimmt S. 305 an, daß nur königliche Vassallen solche Exemption genossen, fügt aber S. 319 hinzu: „vielleicht auch andere größere Grundbesitzer“. Der Annahme von Privilegien, die aber fast alle verloren sind, kann ich nicht zustimmen, so oben S. 159.

nitätsprivilegien halten und wie soll man sich die Entstehung der Immunitätsgerichtsbarkeit vorstellen? Um die Antwort auf diese Fragen fest zu begründen, müssen wir ohne Rücksicht auf eine theoretische Deduktion zusehen, wie sich denn in Wirklichkeit die Gerichtsbarkeit in den vom Landgericht eximierten Bezirken gestaltet hat. Indem wir die einzelnen Typen, in welchen die Immunitätsgerichte in Erscheinung treten, vorführen, lassen wir nur die Tatsachen reden, aus denen sich am Ende, wie ich meine, der Schluß von selbst ergeben wird. Das Augenmerk ist dabei auf den Gegensatz von Landgericht und Immunität gerichtet. Die Teilung der Gerichts- und Herrschaftsrechte, welche in den geistlichen Immunitäten durch das Nebeneinander von Grundherren und Vogt hervorgerufen worden ist, wird hier noch außer Acht gelassen.

Das Problem der Immunitäten, wenn wir es bis ans Ende, bis zum Uebergang in die Landesherrschaft verfolgen, ist aber nicht mit der Frage nach der Entstehung der Immunitätsgerichtsbarkeit erschöpft, sondern enthält noch die andere Frage nach der Entstehung der räumlich geschlossenen Immunitätsbezirke, die man auch Bannbezirke genannt hat. Die Immunität erstreckte sich, wenn wir von den immunen Personenkreisen, die schon besprochen wurden, absehen, ursprünglich nur auf den Grundbesitz, vorzüglich auf den in Grundherrschaften organisierten. Die Grundherrschaft am Niederrhein ist von Anfang an durch ihre Streulage gekennzeichnet. Am Ende der Entwicklung indessen verfügten die Immunitätsgerichte in der ganz überwiegenden Mehrzahl, soweit sie öffentliche Gerichtsbarkeit ausübten, über räumlich geschlossene Sprengel. Die Ausbildung derselben an Stelle der alten Streubezirke läuft also neben der Ausbildung der Immunitätsgerichtsbarkeit her und wir haben somit zwei Probleme zu erörtern. Sie beide hier schon aufzustellen,

war notwendig, da sie innerlich<sup>1</sup> zusammenhängen, da sich beide Prozesse in engem Zusammenhange vollziehen, und ihre ganz getrennte Behandlung zu unnötigen Wiederholungen führen würde, ohne jeweils das volle Verständnis zu vermitteln.

---

## Kapitel III.

### Die Immunitätsgerichte

Die Keimzellen aller eximierten Gerichtsbezirke sind die Fronhofsverbände. Zwar konnten auch einzelne, nicht in eigentlichen Grundherrschaften zusammengefaßte Güter sich der Immunität erfreuen.<sup>1</sup> Die Immunitätsgerichtsbarkeit aber tritt nur auf den Fronhöfen in Erscheinung. Der Grundherr übt alle öffentlichen Gerichtsrechte, die ihm zustehen, mittelst seiner Hofgerichte aus. Sind seine Gerichtsrechte in verschiedenen Orten verschieden weit gehend, so decken sich diese einzelnen Rechtskreise mit den Hof-

---

1. So verkauften z. B. Konstantin von Horn und seine Gemahlin dem S. Antoniushaus in Köln (dessen Urk. 91) im Jahre 1385 ihren Hof zu Mengenich bei Köln mit 4 Hufen, alles Allod, „cum tali eciam libertate, quod nulli hominum in predicta villa extra curiam prefatam oves seu greges ovum . . . servare nec cuicumque preconi aut iudici eam intrare pro re iudicali licitum est quovismodo“. Die Uebertragung erfolgte vor Vogt und Schöffen vom Griesberg in Mengenich auf offener Straße, also vor dem Landgericht.

Ein gewisses Maß von Immunität, nämlich Freiheit von Steuer und Dingpflicht, wurde nicht selten von den Grafen gegen eine Geldzahlung bewilligt, s. die Beispiele KW. I, Tab. I. Hier aber handelt es sich um Freiheit vom Introitus und dabei deutet das besondere Weiderecht auf eine alte, mit dem Allodcharakter zusammenhängende Vorzugsstellung des Hofes.

verbänden, bezw. mit den aus ihnen entstandenen Bannbezirken.<sup>2</sup>

Ein Fronhofsverband setzt sich aus dem Fronhof mit Salland und den abhängigen Gütern zusammen. Entsprechend der älteren Wirtschaftsverfassung, welche den ersteren auf die Dienste der letzteren anwies, war der Umkreis, in welchem sich die dienenden Hufen ausbreiten konnten, naturgemäß ein beschränkter. Er konnte sich erweitern, je mehr diese Verfassung in Auflösung geriet und einem gemischten, dann reinen Zinssystem Platz machte, bei welchem dem Salhof nur noch die Rolle einer Einnahmestelle für die Abgaben der Hofgüter zufiel. Nun bestand kein Hindernis, ihm auch weiter entfernte Güter anzuschließen. Diese Entwicklung vollzieht sich bis ins 13.<sup>3</sup> und — wohl ausnahmsweise — bis ins 14. Jhd. hinein.<sup>4</sup> Inzwischen sind ziemlich allgemein die 60 Morgenhufen, wie sie das Prümer Urbar kennt, in Lehen zu 30 Morgen zerlegt worden. Ihrer weiteren Teilung stellten sich die Grundherren entgegen. Konnten sie sie auch nicht verhindern, so haben sie doch an den Lehen als der angenommenen Einheit der Hofgüter für die Zwecke der Gerichtsverfassung festgehalten.

---

2. Ein zusammenfassendes Vogt ding für mehrere Höfe finde ich nur bei Gerresheim erwähnt. Es fand im 13. Jhd. im Stift statt und wurde von jedem Fronhof dreimal im Jahr mit einem Hyen beschickt, der allen Abbau der Höfe zu rügen hatte, war also ganz auf die grundherrlichen Fragen beschränkt. Lac. Arch. VII, S. 131.

3. S. z. B. das Urbar A von Pantaleon, um 1225 entstanden, hrsgb. von Hilliger, Rheinische Urbare I, oder das Gerresheimer Urbar derselben Zeit, Lac. Arch. VI, S. 116 ff.

4. In Kelz bei Düren hob die Aebtissin von S. Quirin-Neuß 1337 die Wirtschafts-Frondienste auf, nachdem schon lange und oft Streit darum gewesen war. (Urk. des Stifts 18.) Bei Weinbau erhielten sich geringe Fron den länger, s. z. B. KW. II, S. 18.



Deren Mittelpunkt ist der Fronhof. Diese Bedeutung behält er noch, nachdem er schon aufgehört hat, der Wirtschaftsmittelpunkt der Villikation zu sein. An der Abhaltung auf dem Fronhof erkennt man ein Gericht als Immunitätsgericht, auch wenn es sich hinsichtlich seiner Zuständigkeit in nichts mehr von einem Landgericht unterscheidet. Der Richter im Hofgericht ist der Grundherr selbst oder sein Vertreter. Die kleineren adeligen Herren, welche einst auf dem Hofe und dann in der Burg dabei wohnten, werden Anfangs den Vorsitz im Hofding selbst geführt haben; weshalb ihre bestellten Richter in der Neuzeit oft nur Statthalter heißen.<sup>5</sup> In größeren Grundherrschaften überließ der Herr das Amt zweckmäßig dem Wirtschaftsbeamten. Dieser Villicus als Richter nimmt fast überall den Titel Schultheiß an, der aus der öffentlichen Gerichtsverfassung kommt. Man darf darin ein Zeichen dafür erkennen, daß er meist auch gewisse öffentliche Gerichtsrechte übernommen hat.<sup>6</sup> Ausnahmsweise behält er aber den Namen eines Baumeisters — so die eigentliche Entsprechung von Villicus — und darin zeigt sich, daß die Wahrnehmung des Hofgerichtes ursprünglich nur eine Seite der wirtschaftlichen Verwaltung war.<sup>7</sup>

Als man spätestens seit der Mitte des 13. Jhd.<sup>8</sup> dazu überging, die Salhöfe zu verpachten, gab man auch meistens das Schultheißenamt mit in Pacht. In der Neuzeit bestellten die größeren Grundherren nicht selten einen gemeinsamen,

---

5. Z. B. Hemmerich, KW. II, S. 135, und Kühlseggen, Kurköln, Akten Brühl, Jurisdiktion 1. „Substitutus“ in Adendorf, Gr. II, 652.

6. Natürlich konnte er, nachdem er allgemeiner geworden war, auch auf andere Villici übertragen werden.

7. Der Baumeister kann aber auch neben dem Schultheiß und dem Fronhofspächter noch vorkommen.

8. Ältestes Beispiel Lac. UB. II, 366 = Hilliger Nr. 32.

u. zw. rechtsgelehrten Schultheißen für alle oder mehrere ihrer Gerichte.<sup>9</sup>

Den urteilsfindenden Umstand bildeten die Inhaber der Hofgüter, Hyen, Lehnslente oder Hofleute, im Norden Laten genannt. Jedes Lehen war zur Stellung eines Vertreters im Gericht verpflichtet, der dem Grundherren den Treuschwur leistete und daher Geschworener, „iuratus“ hieß. Auch daran erkennt man mit Sicherheit die Immunitätsgerichte. Manche sind auf diesem Stande verblieben, nicht wenige aber haben, wenn sie gesteigerte Gerichtsbarkeit gewannen, einen engeren Kreis von Schöffen aus der Menge der Geschworenen ausgeschieden.<sup>10</sup> In Nachahmung der Landgerichte, denen sie dann meist hinsichtlich ihrer Befugnisse gleichstanden, bevorzugten sie dabei die Siebenzahl.<sup>9</sup> Aber auch ohnedem findet sich oft und schon sehr früh der Name der Schöffen auf die Gesamtheit der Geschworenen angewandt.<sup>11</sup> Ist also das Vorkommen der letzteren ein sicheres Anzeichen eines Hofgerichtes, so kann aus dem Vorkommen von Schöffen noch nicht auf ein Landgericht geschlossen werden.

Nicht alle Fronhöfe wiesen derart vollbesetzte Gerichte auf. War die Zahl ihrer Lehen gering — eine Durchschnittsziffer läßt sich ganz und gar nicht angeben — so vertrat ein sogenannter Vorgänger den Hof bei Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit.<sup>12</sup> In solchen Fällen erkennt man

---

9. S. zu alledem die Beispiele in den KW. I und II bei den Erläuterungen zu den einzelnen Stücken.

10. Nicht selten nennen sie sich im Text einer Urkunde Schöffen, auf dem Siegel Geschworene, oder umgekehrt.

11. Schon Lac. UB. I, 349, a. 1143, 481, a. 1182.

12. S. KW. II, S. 20: Gut in Walberberg wird aufgelassen vor

ganz besonders deutlich den ursprünglichen Charakter der Hofgerichte als eines Kontrollapparates über den Bestand der Lehen.

Den Umfang der grundherrlichen Gerichtsbarkeit, welche sich aus der privaten Verfügungsgewalt des Herren über seinen Grund und Boden entwickelt hat, haben wir im ersten Kapitel festzustellen versucht und gefunden, daß sie als rein dinglicher Natur auf die aus der Leihe eines Gutes entspringenden Verhältnisse beschränkt und somit keineswegs im Stande war, den öffentlichen Beamten von Amtshandlungen auf den Hoflehen auszuschließen. Im Gegenteil, der öffentliche Beamte tritt auch auf ihnen selbst in Fragen der grundherrlichen Gerichtsbarkeit dann sofort in Tätigkeit, wenn es sich um die Ausübung von Gewalt handelt. Der Grundherr hat zwar allgemein das noch im Sachsenspiegel<sup>13</sup> anerkannte Recht, seine versessenen Güter und Zinse selbst auszupfänden.<sup>14</sup> Stößt er aber auf Widerstand, so ruft er<sup>15</sup> das Landgericht um Hilfe an. Viele Beispiele, welche sich dafür anführen ließen, sind allerdings nicht eindeutig, da der Landesherr, welcher Herr des Landgerichts ist, in diesen Fällen auch als Vogt der betreffenden Grundherrschaft angerufen sein könnte, und da überhaupt die Landesherren allmählich alle Gewaltsachen an sich zu ziehen trachteten.<sup>16</sup>

den Geschworenen des Fronhofs, dem Vorgänger des Hofes Kra-  
winkel und dem des Klosterhofs von Niederehe.

13. Ssp. III, 20 § 2. angeführt bei Seeliger, Grundherrschaft, S. 157.

14. Als Beispiel etwa Kessenich, Lac. Arch. VI, S. 328 f. (Erzbischof) oder Verkensrath, Gr. IV, 779 f. (adelig). — Ich gebe in Klammer stets den Namen des Grundherren an.

15. Meist geht ein dreimaliger Versuch der Pfandnahme voraus, z. B. Oberbachem (Gf. v. Blankenheim), Lac. Arch. VI, S. 290.

16. Das gilt besonders von den Belegen, welche die Jülische Er-

Einen sehr alten Zustand aber scheint, wenn man alle Umstände berücksichtigt, das aus dem 14. Jhd. stammende Weistum von Sinnersdorf<sup>17</sup> zu überliefern. Danach zieht der Hofbote die im Hofgericht verhängten Brüchten für den Grundherren und den Vogt ein. Zahlt sie der Schuldige nicht freiwillig, so muß der Hofbote an den Amtmann von Hülchrath, den Vertreter des Grafen gesinnen, „die gewalt afdoen, und sollen eme pende geven.“ Der Vogt ist hier völlig ausgeschaltet, das bedeutet, die Anwendung von Gewalt ist dem Grafen vorbehalten.

Wir wissen indeß, daß die Grundherren danach streben, auch die gewaltsame Vollstreckung ihrer hofgerichtlichen Urteile in die Hand zu bekommen,<sup>18</sup> und daß sie dabei mancherorts Erfolge erzielen.<sup>19</sup>

---

kündigung, Lac. Arch. III, S. 300 ff. bietet, bei der außerdem die Absicht unverkennbar ist, dem Landesherrn möglichst viele Rechte zuzuschreiben.

17. KW. I, 74 § 9. Grundherr ist das Severinsstift in Köln, Vogt der Graf von Berg, der es in späterer Zeit nicht daran fehlen ließ, seine Rechte zu vertreten und zu steigern.

18. EB. Heinrich von Virneburg zwang 1329 den Lehnsinhaber des Welderhofes der Abtei Werden anzuerkennen: „quod a curte nostra de Welderhove possint iudicia fieri, que vulgariter hovesgedinge nuncupantur, et si illi, contra quos aliquid iudicaretur, iuri parere non vellent, officiatu in Hilkeroyde pro tempore existens ad nostram requisitionem inpignorabit tales non parentes sine contradictione et nobis huiusmodi pignora assignabit“. Ebenso müssen sie sich „pro redditibus nostris in dicta iurisdictione de Hor acquirendis“ des landesherrlichen (gräflichen) Beamten zur Pfandnahme bedienen (Lac. UB. III, 244).

19. In Kalenberg (Lac. Arch. III, S. 350, a. 1555) muß der adelige Hofherr dazu noch die Erlaubnis des landesherrlichen Schultheißens einholen.

Aber auch ganz allgemein, für die Vollstreckung der landrechtlichen Urteile, für das Betreten der Grundherrschaft überhaupt haben viele Grundherren den Ausschluß der öffentlichen Beamten, also Immunität erreicht.<sup>20</sup> War der Bewohner eines Hoflehens vom Landgericht wegen Schuld oder eines mit Brüchten belegten Vergehens verurteilt und sollte er deswegen an seiner Fahrhabe gepfändet werden, — das Lehen selbst konnte ja nur das Hofgericht in Kummer legen — so mußte sich der Landbote an einen Immunitätsbeamten wenden, der ihm das Pfand auf die offene Straße stellte, die überall als Gebiet des Landgerichts galt.<sup>21</sup> Die Leichen der auf den Hofgütern Verunglückten oder Erschlagenen wurden von den Geschworenen besichtigt<sup>22</sup> und eventuell nachher dem Landgericht übergeben, das aber nur bis auf die offene Straße<sup>23</sup> oder, wo sich schon ein Bannbezirk der Immunität gebildet hatte, bis an dessen Grenze<sup>24</sup> kommen durfte. Wenn einer ein Verbrechen innerhalb der Immunität verübt oder sich nach einem Verbrechen dahin geflüchtet hatte, durfte ihm das Landgericht nicht auf das Hofland<sup>25</sup> oder in den Bannbezirk<sup>26</sup> folgen,

---

20. Meist ja freilich dort, wo sie auch weitergehende Rechte erwarben. Das Beispiel eines immunen Hofverbandes, dessen Geschworenen nur die rein grundherrliche Gerichtsbarkeit handhaben, bieten Sechtem (Stapelhof, adelig), KW. II, 20, wahrscheinlich auch Erp, Kurköln, Lechenich, Jurisdiktion 1 b (Graf v. Blankenheim).

21. Gilverath (Kornelimünster), KW. I, 26 § 3, a. 1565, Erp (Graf v. Blankenheim), wie vorstehend, Abschrift, 16. Jhd. Ueber die offene Straße, s. unten.

22. Erbkämmerei Hennerich, KW. II, S. 135, 18. Jhd.

23. Erp, s. Anm. 21.

24. Schwadorf (S. Severin), KW. II, 54 § 1, a. 1323.

25. KW. II, 20 § 1, Sechtem, Stapelhof; kein Herr oder Herren-



sondern der Grundherr ließ ihn verhaften — er übte den „Angriff“ oder „Antast“ — und lieferte ihn dem Landgericht nach bestimmter Frist aus. Inzwischen ließ er ihn auf dem Fronhof meist in einem eigenen Stock oder Beifang von den Lehnleuten bewachen.<sup>27</sup> Die Frist bis zur Auslieferung ist entweder nur so lange bemessen, als man brauchte, um das Landgericht herbeizurufen,<sup>28</sup> 129 bis 330 Tage, oder sie wird auf sechs Wochen und drei Tage ausgedehnt. Dann entspricht sie der Frist dreier gerichtlicher Ladungen, nach welchen der Beklagte, stellte er sich nicht dem Gerichte, der Aechtung verfiel. Bei solcher Erstreckung der Auslieferungsfrist nimmt die Immunität Asylcharakter an.<sup>31</sup> Dieser konnte dem Fronhof<sup>32</sup> allein zukommen oder auch

diener darf den Flüchtigen „auf diesem hof oder den vorschreiben hofs-guter . . . angreifen und weldigen . . .“

26. In Frixheim (adelig), KW. I, 46 §§ 1 und 2, erfolgt die Auslieferung eines innerhalb des Ringzaunes Gefangenen „uis dem dorp oever die bach und brücke“. Vgl. auch Anm. 35.

27. In Esch waren besondere „Beutellehen“, in Kelz 3 „Botlehen“ zur Bewachung verpflichtet, Lac. Arch. VII, S. 6 f. und 44.

28. In Herrmühlheim (Deutschorden) „bis soe lange, das unsers gnedigen heren van Collen bode zu Lechnich dat den amptluden kont deit . . .“, ohne zeitliche Begrenzung Lac. Arch. VI, S. 363, a. 1435/6.

29. So am Sielhof des Hauses Liedberg in Kleinenbroich, KW. I, 14 § 11, a. 1369.

30. So meist, wo nicht die gleich zu erwähnende Ausdehnung statt hatte.

31. S. Bindschädler, Kirchliches Asylrecht (*Immunitas ecclesiarum localis*) und Freistätten in der Schweiz, Stutz' Abhandlungen, Heft 32/33, wo in den §§ 9, 22—24, 26—30 auch die allgemeinen Grundlagen und das weltliche Asylrecht besprochen sind.

32. In Walberberg ist der „Fronhof zu sambt angehörigen bitzen,

noch den Hofstätten einer Villikation<sup>33</sup> oder dem gesamten Hofland<sup>34</sup> und endlich auch den Bannbezirken, welche sich im Anschluß an die Fronhöfe gebildet hatten.<sup>35</sup>

bongart und weingarten, wie derselb in seinen graben ringsumbhero befridet, . . . jederzeit von allen leibs- und anderen arresten, mandatorum insinuationibus, pfandungen und sonsten (hochg. tumbcapitul ausgenommen) befreiet gewesen und noch“. KW. II, 61 § 17, a. 1635. Die Freiheit bezieht sich also auch auf das umfriedete Salland, ist aber nicht wirksam gegenüber dem Domkapital als Hochgerichtsherren der Herrlichkeit Walberberg. In jener Zeit konnte sie sich somit nur noch gegen das geistliche Gericht und die höheren Instanzen wenden, mag aber noch aus einer Zeit herkommen, da sie gegenüber dem Grafengericht von Bonn in Betracht kam, nämlich ehe der Fronhof selbst die Hochgerichtsbarkeit im ganzen Orte ausübte. — Die Freiheit des Eitzbacher Hofes in Widdig, wie sie bei Lac. Arch. VI, S. 330 § 2 beschrieben ist, muß über den Hof hinaus gegangen sein. Auf den Hof selbst beschränkt ist sie in Berg vor Floisdorf, Lac. Arch. III, S. 352 (weltlicher Hof), und in Urfeld, Lac. Arch. VI, S. 333 (Aebtissin von Dietkirchen-Bonn). Ueber Leimersdorf und Badorf s. Anm. 36.

33. In Gielsdorf (EB. von Köln) „9 geschworenen hofrechten“, Lac. Arch. VI, S. 367.

34. So in Erp und beim Stapelhof in Sechtem KW. II, 20 § 1 (beide adelig).

35. Solche bilden alle Untergerichte des Hochgerichts Altenahr. Dessen Einteilung war für Gerichtszwecke etwas anders, als sie Fabr. II, 56 f. gibt. Lind, obwohl Unterherrschaft, folgte einst zum Wolfsgraben und lieferte Gefangene den Beamten von Altenahr aus. Koblenz, St. A., Altenahr, Generalia 30, a. 1596. Lind holte sich nach derselben Nachricht Rechtsbelehrung in Kesseling, da es gleich diesem einst Fronhofsverband der Abtei Prüm war, s. Urbar, MRh. UB. I, S. 178, wo die Erläuterung schon die Weiterentwicklung erkennen läßt: Lind war zu Zeiten des Caesarius von Heisterbach (13. Jhd.)

Das Asylrecht sollte einem Missetäter, vorzüglich bei ungewolltem Todschat, <sup>36</sup> Gelegenheit zu Sühneverhandlungen

an den Grafen von Ahr-Hochstaden verleht, der es dann weiter lehnte, s. oben Kap. II, Tabelle. Auch von Herschbach vermutet schon Fabr. II, 88 wohl richtig, daß es Prümische Grundherrschaft war. Es bildete einen Bannbezirk, der seine Gefangenen „nur Lanxhari an den heiligen baum“ den Altenahrer Beamten auslieferte (s. die zit. Akten). Endlich ist auch die Herrlichkeit Kreuzberg vom Dingstuhl Ahr zu scheiden, Gr. III, 894, a. 1518, aus einem Hofverband von Prüm hervorgegangen, MhRh. UB. I, S. 178. Für Kesseling s. das Weistum von 1556 bei Gr. II, 639, für Hönningen, Villikation des Kölner Kunibertstiftes, das bei Lac. Arch. VI, S. 284 des 15. Jhd. Stets sind bestimmte Grenzen angegeben, welche die Beamten des Landesherren nicht überschreiten dürfen. Den Bannbezirk bildet das „Dorf und die Herrlichkeit“.

36. S. Bindschädlers angeführtes Werk. Auch am Niederrhein ist das Asylrecht inhaltlich verschieden abgestuft. In Leimersdorf (Gr. II, 647) und Oedingen (Deutschorden-Köln Urk. 938, a. 1552) ist das des Fronhofs nur für die Hofgeschworenen gültig und zw. bei unwillentlichem Todschat. In Urfeld gilt es, „wenn einer ein unversehen Unglück haben würde“, und in Erp ebenfalls nur bei Todschat aus Mutwillen oder Notwehr (Akten Kurköln, Lechenich, Jurisdiktion I b); „dieb und boeßwicht, kirchenschender, morder, verreteer sollen kein freiheit haben“, sondern gleich dem Amtmann von Lechenich ausgeliefert werden. Auch in Oedingen heißt es, „sacrilegis tamen et publicis latronibus et homicidis, qui omni immunitate et libertate prorsus sunt indigni, exceptis“. Auf den Gütern des Sechtemer Stapelhofes aber fand einer eine Freistätte, wann immer er „gemordet, gerauft oder sunst mißdan und das leben verwirkt hätte“. Unsicher ist die Erklärung bei Badorf, KW. II, 4 § 5, a. 1650: „of sich jemanis vergangen hätte oder in unglück gefallen mit einiger gewaltsache, es wäre mit todschlage oder sonst“. Schuldenasyl finde ich in Oedingen erwähnt.

geben.<sup>37</sup> Daher ist es durchaus verträglich mit der Befugnis eines Hofgerichtes, den Gefangenen selbst zu verurteilen.<sup>38</sup> Dieser konnte verlangen, daß man ihm jene Frist von 6 Wochen und 3 Tagen gewährte, indem er sich, „zu Landrechten“ berief.<sup>39</sup>

Das Bestehen der Immunität löste die Insassen eines Hofverbandes noch keineswegs von jedem Zusammenhang mit dem Grafengericht. Es gab immune Villikationen oder Bannbezirke, welche dem Landgericht einen Schöffen stellen mußten, wie Sinnersdorf<sup>40</sup> und Langel<sup>41</sup> zum Griesberg oder die Hunschaften Kleinenbroich und Rottes, die mindestens zum größeren Teil einen immunen Hofverband von Haus Liedberg bildeten, der gräflichen Bank in Kleinenbroich.<sup>42</sup> Es gab auch solche, deren Bewohner insgesamt auf den ungebauten Dingen des Grafen erscheinen und alle Rügefälle vorbringen mußten, die sich in ihrem Bezirke ereignet hatten, wie ebenfalls Sinnersdorf<sup>43</sup> und Langel am Griesberg,<sup>44</sup> fer-

---

37. Bindschädler betont bes. die Richtung gegen die Blutrache. In unserem Gebiet ist dafür das Weistum von Brühl, KW. II, 5 § 5, 17. Jhd. zu beachten. Die Schöffenhäuser bieten hier Asyl, „es hab dan jemand's gegen die hohe obrigkeit getan, so hat die freiheit kein statt“.

38. Wie es in Hönningen a. Ahr zutraf.

39. So heißt es in Kesseling und Herschbach, s. Anm. 35. In Adenau wird 1491 geboten „eim ieklichen, der angefast wurde, lantrecht gedien zo lassen und neit zo sloz voeren, so verre er burgen setzen mach“ (Gr. VI, 596 § 8). Ist die Freilassung gegen Bürgschaft, die auch sonst noch oft erwähnt wird, der Inhalt des Landrechtes, oder ist dieser nach den vorstehenden Beispielen zu erklären?

40. KW. I, 74 § 1, 14 Jhd. (Severinsstift-Köln).

41. KW. I, S. 277 (Abtei Deutz).

42. KW. I, 14 § 5, s. dazu auch § 12.

43. KW. I, 74 §§ 2 und 3.

44. KW. I, 78 § 12.

ner Geich, Bessenich und Füssenich auf der Kemper Heide,<sup>45</sup> Zülpich am Schivelberge;<sup>46</sup> oder die zu dem gleichen Zwecke wenigstens den Boten in ihrer Vertretung senden mußten, wie Anstel,<sup>47</sup> Badorf<sup>48</sup> und Erp,<sup>49</sup> oder die Hunnen, wie wiederum Kleinenbroich und Rottes.<sup>50</sup> Hier waren aber noch die Kötter gehalten persönlich auf den Herrengedingen der gräflichen Bank zu erscheinen.<sup>51</sup> Ferner finden sich Immunitäten dem Landgericht und dem Landesherrn in bestimmten Fällen zur Folge verpflichtet. In Anstel<sup>52</sup> und Frixheim<sup>53</sup> im Dingstuhl Rommerskirchen werden diese Fälle als die drei Glockenschläge zusammengefaßt: Wenn der Landesherr in eigener Person zu Felde liegt, wenn Raub und Brand im Lande sind, und wenn der Landesherr richtet über Hals und Bauch. In Hönningen a. Ahr<sup>54</sup> sind es die drei Notsachen: Wenn der Landesherr Fehde hat, wenn einer am Wolfsgraben hingerichtet wird, und wenn daselbst über einen entlaufenen Verurteilten die Acht ausgesprochen wird.<sup>55</sup> Wir wissen, daß diese Folgepflicht hier für neun Hunschaften galt, unter denen sich geistliche und weltliche immune Grundherrschaften mit eigenem Niedergericht befanden. Mehrere davon gehörten einmal der mit Immunitäts-

---

45. Lac. Arch. VII, S. 61, a. 1407 (EB. von Köln).

46. Lac. UB. II, 730, a. 1279 (EB. von Köln).

47. KW. I, S. 172 (Domkister-Köln).

48. KW. II, 2 § 2 (S. Pantaleon-Köln).

49. S. die angeführten Akten vom Landgericht Lechenich.

50. KW. I, 14 § 6.

51. KW. I, 14 § 15.

52. KW. I, 45 §§ 6—9, 17.

53. KW. I, 46 § 6 (Adel).

54. Lac. Arch. VI, S. 279 f.

55. So ist wohl zu verstehen: den beklammerten entlaufenen und „bedingten“ Mann „hoeren vertzelen“.



privilegien begabten Reichsabtei Prüm.<sup>56</sup> Die Nachricht über die Folge der Zülpicher Hunschaft an den Schivelberg, über die Folge von Geich, Füssenich und Bessenich zur Kemperheide geben keine genauere Umgrenzung der Fälle.<sup>57</sup> Aber das muß hervorgehoben werden, daß es sich dabei um Grundherrschaften des Kölner Erzbischofs handelt, von denen die eine, Zülpich,<sup>58</sup> wohl gar auf Königsgut zurückgeht.<sup>59</sup>

Andere Immunitäten waren freilich von der Folgepflicht in verschiedenem Maße befreit, wie schon aus den eben angeführten Beispielen im Vergleich zu einander hervorgeht. Die Lehnsteute von Badorf<sup>60</sup> und Schwadorf,<sup>61</sup> auch die von Langel,<sup>62</sup> von Endenich,<sup>63</sup> von Gymnich<sup>64</sup> und andere kehrten um, wenn sie ihre Gefangenen an das Landgericht ausgeliefert hatten. Noch andere endlich, lieferten überhaupt nicht an ein bestimmtes Landgericht aus und kümmerten sich nicht, wohin ein Verbrecher kam, wenn er die Immunitätsgrenze überschritten hatte.<sup>65</sup>

---

56. S. oben Anm. 35.

57. S. Anm. 45 und 46.

58. S. dazu den erwähnten Aufsatz von H. Schwarz, WDZ. 26.

59. Selbstverständlich erscheint die Folgepflicht für die Hofleute eines einfachen, nicht mit Immunität ausgestatteten Hofgerichtes, wie sie für die des Schultheiß von Eschweiler in Adendorf 1404 ausgesprochen wird: „facient“ (dem Grafen v. Neuenahr als „superior iudex“) „sequelam campane, iudicio superiori obediens ac omni quinque aut alias, quotiens necesse fuerit, cum aliis vicinis suis pari modo ad supremum iudicium venient“. Gr. II, 653.

60. KW. II, 2 § 1, a. 1323 (S. Pantaleon-Köln).

61. KW. II, 53 § I, 4 (Severinssift-Köln).

62. KW. I, 77 § 10 (Abtei Deutz).

63. Gr. II, 661 (Propst von S. Cassius-Bonn).

64. Adelig. Akten Kurköln, Lechenich, Jurisdiktion 2, a. 1608. Der Gefangene wird 3 Fuß vor den Fronhof geliefert.

65. Sechtem, Stapelhof. Wenn bei Langel ein Verbrecher  $2\frac{1}{2}$  Fuß

Soweit haben wir es nur mit der prohibitiven Seite der Immunität und ihrer notwendigen Ergänzung in Gestalt des Antastes wie mit der mehr oder weniger weitgehenden Befreiung der Hofverbände von den Verpflichtungen gegenüber dem Landgericht zu tun. In dieser teilweisen Absonderung ihrer Sprengel vom Grafengericht haben die Hofgerichte aber auch öffentlich-rechtliche, sonst der Grafenschaft zukommende Gerichtsbarkeit ausgeübt.

Zuerst einmal Niedergerichtsbarkeit. Die von Badorf und Schwadorf<sup>66</sup> richten „de communibus, sc. de debitis, de verbis turpibus<sup>67</sup> et similibus“, oder wie es ausführlicher heißt: „de querelis, de bonis mobilibus seu immobilibus, de verbis probosis et de factis (sc. probosis) ac de aliis quibuscunque evenientibus, preterquam de illis, que spectant ad iudicem superiorem, videlicet de vulneribus patentibus, de latronibus ac de furibus.“ Die Hochgerichtsfälle werden hier auch anders als „fur, latro vel homicida, et de patentibus vulneribus, quod i. vulgari dicitur van bligender dait“ zusammengefaßt. In Langel scheidet sich „alle gwaldt, die darselves geschehe mit bloßen meßeren und gerechten schwerderen und alle bloetstortzung“ als Verbrechen, die vor das Grafengericht gehören,<sup>68</sup> von den „tagliche ge-

---

über die Steinstraß geführt worden und die Beamten von Hülchrath nicht zur Stelle waren, ließ der Vogt den Gefangenen Urfehde schwören; dann konnte er laufen, wohin er wollte. KW. I, 78 § 3.

66. KW. II, 2 und 3, 53 und 54.

67. Noch in den Bereich der Hofgerichtsbarkeit dagegen ist es zu rechnen, wenn die Geschworenen über Schmähungen im Geding urteilen, so in Godorf, KW. II, 8 § 1, a. 1732 (Kl. Sion-Köln), dergleichen wohl in Kapellen (Frhr. v. Dyck), wo „schelt- und kifwort“ im Gericht verboten werden, KW. I, 28 § 1, 16. Jhd.

68. KJW. I, 77 § 6. In 78 § 11 heißt es dafür „alle gwaltige sachen, als wapengeschrei, boese metzer ausziehen und bluetwunden“.

dinge umb schaed und schult halber“ als Befugnis des Immunitätsgerichtes.<sup>69</sup>

Weniger ergiebig ist das Weistum des „hof- wie auch ordentlich untergericht“ des Klosters Knechtsteden,<sup>70</sup> wonach dieses „alle ärgerliche, schädliche, mutwillige, zu verstehen burgerliche excessen .... mit bußfertigen werken oder mit dem kerker oder mit geldstrafen“ zu bestrafen hat; oder die Angabe, daß das Gericht des Domküstlers in Anstel, wohl auch das des adeligen Fronhofs Frixheim „die gerichtbarkeit in personalibus“<sup>71</sup> habe.

Die Geschworenen des Hofes Garsdorf, von dessen Immunität nichts bekannt ist, scheinen wenigstens auch die Gerichtsbarkeit über Scheltworte zwischen den Lehenleuten (oder für das ganze Dorf?) besessen zu haben.<sup>72</sup>

Ziehen wir noch einige Beispiele heran, in denen die Gerichtsrechte nur von Seiten des Hochrichters her abgegrenzt werden. Als besondere Aufgabe der „hogedinge“ des Hauses Liedberg am Sielhof in Kleinenbroich wird das Gericht über „doitslach, swert of metz getogen of wafengeschrey of vunden geslagen“ bezeichnet;<sup>73</sup> im Büttger Walde sind dem Grafen die „vier punte, as mit namen doytzlach, metzer off swert geroufft, offenbair waffengerucht ind eyn wunde, dess mittelsten ledes lanck van dem nameloyssen vingere an der rechter hant“ zu strafen vorbehalten.<sup>74</sup> In Sinnersdorf richtet der Graf abwärts mindestens bis zur

---

69. KW. I, 78 § 8, a. 1590.

70. KW. I, 32 § 7.

71. KW. I, S. 172 und 175.

72. KW. II, 64. Ob die Parteien Lehnleute sind, ist nicht ersichtlich (Gf. v. Neuenahr).

73. KW. I, 14 § 3.

74. KW. I, 21 § 1, ähnlich 14 § 8.

blutigen Wunde.<sup>75</sup> Da es in diesen Weistümern auf die Feststellung der Grenzfälle ankommt,<sup>76</sup> kann man für unser Gebiet wohl die Ansicht aussprechen, daß mit Scheltworten und unblutigen Wunden das auch die gesamte Zivilgerichtsbarkeit umfassende Niedergericht endet, daß mit der blutigen Wunde, der „blinkenden Tat“, das Hochgericht anhebt. Man darf nur dabei nicht vergessen, daß im Laufe der Zeit eine feinere Unterscheidung der Straffälle eintrat, weshalb ein jüngeres Weistum von Langel<sup>77</sup> die Blutstürzung noch durch den besonderen Fall des Steinwurfs bestimmt; daß ferner auch eine veränderte Wertung der Straffälle die Grenzen verschieben konnte.<sup>78</sup>

Der Niedergerichtsbarkeit entsprach die 7½ Schillingbuße, d. i. die Schultheißen- oder Zentenarswedde. Wenigstens ist sie uns für Sinnersdorf,<sup>79</sup> Langel<sup>80</sup> und Frixheim<sup>81</sup> überliefert. Auch dem Hoßgericht des Bonner Propstes zu

---

75. KW. I, S. 276, Anm. 7.

76. Die Weistümer der Gerichte, welche Hoch- und Niedergerichtsbarkeit zugleich besaßen, sind nicht zu verwenden, sie geben aber besonders reiche Beispiele für die Differenzierung der Straffälle.

77. KW. I, 79 § 16, a. 1613. Vgl. auch die Differenzierung, die der Begriff „verba turpia“, KW. II, 2 § 1, der auch für den parallelen § I, 4 von Nr. 53 unterlegt werden muß, in Nr. 57 erfahren hat.

78. Es mag auch innerhalb unseres Gebietes Abweichungen gegeben haben. In dem unweit an der Mosel gelegenen Grenderich werden z. B. mit den Steinwürfen noch „scheltworte, die ehr und glimpf tunt betreffen“, dem Hochrichter, dem Grundherren aber Schlägereien, „das man in die wonden wiecken lagen must“, also doch blutige, zugewiesen. Gr. III, 807.

79. KW. I, 74 § 7.

80. KW. I, 77 § 2.

81. KW. I, 46 § 10.

Endenich<sup>82</sup> wurde „schwarz oder blau geschlagen“ mit dieser Wedde gebüßt. Dasselbe Gericht war aber ferner befugt, zu bestrafen, „wird gehauen oder geschlagen, jeder wunde 5 mark, jeder hefte 5 mark; item zu der erden geschlagen 5 mark.“ Gehen wir von der Höhe der Buße aus, so erkennen wir, daß es sich hier nicht etwa um eine mildere Wertung der blutigen Wunden und verwandter Verbrechen handelt, welche sie noch dem Niedergericht zuweist, sondern daß die blutige Wunde wohl ein Hochgerichtsfall geblieben ist, dieses Hofgericht aber Hochgerichtsbarkeit ausüben konnte, soweit sie unblutig war. Denn die 5 Markbuße entspricht dem auch von den Grafengerichten allgemein für „causae maiores“ übernommenen Königsbann. Danach haben auch das Hofgericht der Abtei Prüm in Kesseling,<sup>83</sup> das der Herren von Kreuzberg in Kreuzberg,<sup>84</sup> die des Kuni- bertstiftes in Mauenheim<sup>84a</sup> und wahrscheinlich auch in Hön- ningen a. Ahr<sup>85</sup> solche unblutige Hochgerichtsbarkeit aus-

---

82. Gr. II, 661.

83. Gr. II, 638. Das „hohe gericht“ wird aber dem Landes- herren gewiesen, S. 637.

84. Gr. III, 845.

84 a. KW. I, 61: Am Hofgericht wird gerügt bis zu den blutigen Wunden, einen leibsträflichen oder todspflichtigen Verbrecher lieferte man aber ans Landgericht aus.

85. Aus Lac. Arch. VI, S. 281 ist doch zu schließen, daß die Wedden, welche nicht im Hofsachen fielen,  $7\frac{1}{2}$  β. übersteigen konnten. Und dann erreichen sie immer 5 Mk. als Höchstbetrag. — Fabr. II, S. 87 gibt an, daß Kesseling und Hönningen Zivilgerichtsbarkeit gehabt haben sollen. Darunter wäre also die unblutige Gerichtsbarkeit mit zu verstehen. — Das Beispiel von Hemmerich möchte ich hier nicht anziehen. Zwar hat das Immunitätsgericht „alle forderungen und sachen, so personal als real oder criminal“ zu richten und „die auf den lehnsgütern und unter den lehnleuten begangene excessen“ ab-



geübt. Für das Blutgericht aber lieferten alle die Verbrecher ans Landgericht aus.

Indessen besteht auch dabei ein Unterschied. Uebergaben die meisten dieser Nieder- oder beschränkten Hochgerichte, — welche sich wiederum entweder nur auf die Lehengüter oder auf räumlich geschlossene Bezirke erstreckten<sup>86</sup> — die Verbrecher mit Schuld und Unschuld, so daß das Landgericht das Urteil zu fällen hatte,<sup>87</sup> so erfreuten sich die Geschworenen von Hönningen<sup>88</sup> des Vorrechtes, vor der Auslieferung nach das Urteil zu sprechen, so daß dem Hochgericht Altenahr nur die Vollstreckung verblieb. Das Weistum des Hofes Palmersdorf<sup>89</sup> stellt es in seiner älteren Fassung des 15. Jhds. in das Belieben der Aebtissin von S. Caecilien-Köln, ob sie einen von ihren Geschworenen verurteilten Missetäter dem Landesfürsten ausliefern, oder selbst hinrichten lassen wolle. In der jüngeren Fassung fehlt dieser Satz, der schon in der älteren als Einschiebsel erscheint.

---

zustrafen, oder wie es noch zur Erklärung heißt, „verbal- und realiniurien, als messerstich und andere verwundungen“, selbst Ehebruch mit Brüchten zu bestrafen, einen todeswürdigen Verbrecher liefert es nach Brühl aus (KW. II, 44 und 45). Aber da es sich um das Kölnische Erbkämmereilehen handelt, ist auch an die Uebertragung kurfürstlicher Gerichtsrechte unter Vorbehalt des Blutgerichtes zu denken. Als Beispiel eines solchen Vorbehaltes s. KW. II, S. 82 bei Verpfändung von Weilerswist und Jülich, Lehnakten 105, Verpfändung der Herrlichkeiten Vernich und Essig 1354 „uisgescheiden . . . unse hogerichte und klockenschlag alda“.

86. Meist letzteres, ersteres ausgesprochen in Hemmerich, s. vorstehende Anm.

87. S. oben S. 78, Anm. 262.

88. Lac. Arch. VI, S. 284 f.

89. KW. II, 9 § 1.

Endlich gibt es eine lange Reihe von Hofgerichten, welchen auch die Blutgerichtsbarkeit zweifellos zustand. Unvollkommen noch dem von S. Ursula-Köln in Kendenich.<sup>90</sup> Es hatte zwar über jeden „in dicta curte aut in bonis et pertinenciis sive feodis eiusdem curtis“ verhafteten „maleficus, forefactor aut delinquens“ das Urteil zu sprechen, auch Verstümmelungen, wie Augen ausreißen, Ohren und Hand abhauen zu vollziehen, die Todesstrafe auch an Frauen nur nicht an Männern zu vollstrecken. Im übrigen lassen sich zwei Gruppen unterscheiden. Die eine wird dargestellt durch solche Hofgerichte, deren Hochgerichtsbarkeit sich nur auf den Umkreis der Lehengüter erstreckt, wo immer sie gelegen sind. Ich nenne als Beispiele Büsdorf,<sup>91</sup> Rondorf,<sup>92</sup> Palmersdorf<sup>93</sup>, Herrschaft Winterberg im Krahenforst<sup>94</sup>, Odendorf,<sup>95</sup> Gelsdorf.<sup>96</sup> Besonders augenfällig wird diese Entsprechung von Grundherrschaft und Hochgerichtsbezirk dort, wo mehrere Grundherrschaften innerhalb einer Dorfflur verzahnt sind. So hat z. B. der Herzog von Jülich (früher der Herr von Falkenburg) in Kuchenheim<sup>97</sup> 13 Hausstätten, welche seinem Hochgericht unterstehen, während die Herrschaft im übrigen Ort dem Kurfürsten von Köln,

---

90. KW. II, 48 §§ 5 und 6, a. 1447.

91. KW. I, 50 und 51. Meist ist nur von dem Hof allein die Rede, auf dem einer gefangen und gerichtet wird, in der jüngeren Fassung von 50 § 1 wird aber die Aebtissin von S. Ursula-Köln ausdrücklich als „grundherrinne des hofs und der zugehöriger lehnguter“ bezeichnet.

92. KW. II, 12.

93. KW. II, 9 (beide der Aebtissin von S. Caecilien-Köln).

94. Gr. II, 697 f. (Adelig).

95. Kurköln, Amt Bonn, Jurisdiktion 13.

96. Lac. Arch. VI, S. 277 ff. (Adelig).

97. Lac. Arch. VI, S. 293 f., a. 1354. Gr. II, 676 ff.

u. zw. wohl als Vogten von Münstereifel, zukommt. „Wan die Guilischen einiche misdedige leude uf ihren gütteren kriegten, die weren man oder frauwen, die muigen sei angreifen; wannier sei die in ihren henden und benden haben und wal sicher sein, alsdan so sullen sei gahn bei den schultheßen, der da sitzt von wegen uns gn. herren van Collen, und heischen urloff, das sei den misdedigen menschen über die Cölnische erd in ihren behalt fuhren muigen; gift er ihnen den urlof, wol gut, gift er ihnen nit urlof, so mögen sei ses pfennig auf die straße legen und fuhren den misdedigen menschen über die Colnische straß in ihren verhalt und richten ihn nach seiner missetat, wie er die begangen hat.“ Entläuft ihnen der Gefangene auf der Straße, „als dan alle gefangene gern los weren“, so dürfen sie ihn nicht verfolgen. Der Költnische Schultheiß aber muß ihn ergreifen und richten. In Weilerswist<sup>98</sup> kreuzten sich gar 3 oder 4 solche Hochgerichtsbezirke. Der Erzbischof von Köln wird erkannt „vur einen gewaltherrn und grundherrn dieses dorfs und gerichtz uf der straissen und uf seinen guedern“. Weiter wird den Herren des nahen Hauses Kühlseggen gewiesen „dat sei richten muegen offer hals und boich, als herrn pillich richten muegen uf iren gudern“. Das gleiche Recht wird den Junkern von Vernich gewiesen. Für beide heißt es weiter: „und wat sei boeffen die erd richten, dat sullent sei auf den 3ten dag abstellen und also fern under die erd stellen, dat dat-selbige meinen gnedigsten heren noch sein undersaessen nit en verschmoer; und wat sei under die erd richten, sullen sei auch also vern under die erd richten, dat es mein gst. h. noch sein undertanen nit en verschmoer.“ Umgekehrt hat der Kurfürst in der Vernicher Hoheit des Herzogs von Jülich zum Hof Weilerswist gehörige Güter liegen, und „wann-

---

98. KW. II, S. 81 ff., bes. Nr. 23 §§ 1—3.

he jemand's gepfandt oder angriffen werden soll daselbst in Vernicher hoheit uf dieselbe unsers gst. h. lehen, curmudigen und zinsbar guderen, das man alsdann dem scholt-hißen daselbst zu Vernich erstlich erleubnus heischen soll; woll derselb alsdan kein erleub geben, soll man ime 3 heller darlagen und alsdann die pfandschaft oder angriff uf die obgt. guet tun.<sup>99</sup> Wenn in Büsdorf<sup>100</sup> jemand auf dem Hof der Aebtissin von S. Ursula-Köln ergriffen wird, der das Leben verwirkt hat, „den sal man richten up den hoff bynnen den zuynen, so dat der roich nyet up des heren strays un roiche.“ In Palmersdorf erstreckt sich der Antast und das Blutgericht des Grundherren auf „den hoef ... of in sinre heirlicheit“, welche vorher als „alre ... guedere, de daerin“ (in den Hof) „und op gehoirn unde curmodich sint“, beschrieben worden ist, in Rondorf auf „minre g. f. heirlicheit“ und wir wissen, daß beide Herrlichkeiten immer Streubesitz geblieben sind. In Palmersdorf findet sich auch wieder die Bestimmung: „wanne sulche misdedige also op des hoifs heirlicheit zu den doide gericht were, alsdan sal men dat doide lichnam vort von stunt an in de erde doin graeven, op dat men den lantheren de luicht niet en velsche.“

Deutlicher kann die Uebereinstimmung von Gerichts- und Grundherrschaft nicht ausgesprochen werden, wie in diesen Weistümern. Dieser Zustand ist auch keineswegs eine künstliche Annahme, sondern ist Wirklichkeit gewesen. Darauf deuten die angeführten besonderen Bestimmungen in Kuchenheim, das werden wir auch noch bei der Besprechung des Besteuerungsrechtes erkennen.

In diesem Zusammenhange erklärt sich nun auch die Beschränkung der Blutgerichtsbarkeit des Ursulahofs in Ken-

---

99. KW. II, 23 § 13.

100. KW. I, 50 §§ 6 und 11; 51 § 9.

denich. An Frauen wurde die Todesstrafe durch lebendig begraben vollzogen, u. zw. „in bonis illius curtis prefate, ubi extiterat deprehensa.“ Alle Akte von der Ergreifung der Missetäterin bis zu ihrer Hinrichtung konnten sich lediglich auf Hofland abspielen. Ein Mann aber wurde über der Erde, durch Rad oder Galgen, gerichtet, d. i. in der Luft, und die Luft gehörte dem Herren der Herrlichkeit Kendenich. Daher wird diesem der Verbrecher vom Stütshofe auf die offene Straße ausgeliefert und von der Hinrichtung einer Frau heißt es noch besonders: „debet fossatura usque adeo profundari, quod strata publica in Kendenich exinde aliquo fetore non inficiatur“.

Es ist daher keine leere Formel, wenn dem Grund- und Gewaltherrn so oft die Herrlichkeit „vom himmel bis auf die erd, von der erden wieder bis in den himmel“ gewiesen wird.<sup>101</sup> Nur der Grund und Boden galt im strengsten Begriff als grundherrliches Gebiet und der Immunität teilhaftig. Wir sahen bereits, daß schon die Fahrhabe auf den Lehen ihrer Immunität nicht teilhaftig zu sein brauchte, und noch weniger gehörte die freie Luft darüber dazu. War sie in die Immunitätsherrschaft mit einbezogen, so wurde das besonders gewiesen. Etwas anders ist der Gedanke beim Wasser gewandt, wenn auch eine ähnliche Idee zu Grunde liegt. Was der Rhein von Treibholz und anderem auf seiner Oberfläche, „boven waßer“, bei Langel anländete, gehörte den Immunitätsherren, was aber „under waßers“ getrieben kam, fiel dem Landgrafen zu.<sup>102</sup>

Als die zweite Gruppe der vollausgebildeten Immunitätsgerichte erscheinen zuletzt die, wo ein Hofgericht die gesamte bürgerliche und Strafgerichtsbarkeit ohne jede Ausnahme nicht mehr über die Hoflehen, sondern über einen

---

101. Z. B. KW. II, 33, Esch (Domstift).

102. KW. I, 77 §§ 11 und 7.



geschlossenen Bannbezirk ausübte. Diese Hofgerichte haben sich also vollends auf die Stufe der Grafengerichte erhoben. Ihre Zahl ist sehr groß. Wohl die Hälfte aller Gerichte unseres Gebietes dürfte dahin zu rechnen sein.<sup>103</sup>

Daß es sich bei solcher Gerichtsbarkeit der Hofgerichte nicht mehr um Fragen des Hofrechts handelt, sondern daß sie der Sphäre des Landrechts entstammen, dessen sind sich die Zeitgenossen wohl bewußt gewesen. Schon 1130<sup>104</sup> heißt es von dem Vogt des Aachener Adalbertstiftes für Barweiler, er richte „*de aliqua culpa vel iniuria secundum iudicium et legem patrie*,“ und eine Urkunde des Klosters Siegburg von 1182<sup>105</sup> scheidet für das Fronhofsgericht im Banne Oberpleis: „*quicquid scabinus per sententiam requisitus decrevit, si est de iure curie, decernet secundum ius curie, si est de generali iuri patrie, decernet secundum ius patrie*.“ In Keldenich aber wurde bis zur Franzosenzeit das Weistum<sup>106</sup> verlesen, das sprach von

---

103. Ich nenne nur zur Probe aus dem Amte Hülchrath die Weistümer von Fliesteden, Hackenbroich, Helpenstein, Kriel, Merheim, Niehl, die Hegungsformel von Worringen, s. KW. I, aus dem Amte Brühl die von Berzdorf, Esch, Gleuel, Keldenich, Merten, Metternich, Rösberg, Sechtem, Sürth, Walberberg, Weidesheim, Weilerswist, s. KW. II. Aus dem Weistum ist meist nicht ohne weiteres zu ersehen, ob das Gericht einen Bannbezirk besaß oder nicht. Das von Rondorf z. B. erklärt die Aebtissin von S. Caecilien-Köln für Grundherrin des ganzen Dorfs Rondorf, was aber nicht zutrifft, s. KW. II, 12. Es bedarf stets der Untersuchung im einzelnen Falle und Zeitpunkt, den endlichen Zustand bietet bequiem Fabr. II.

104. Lac. UB. I, 309.

105. Lac. UB. I, 483.

106. KW. II, 46 § 4. Ähnlich heißt es in Endenich (Lac. Arch. VI, S. 320), der Propst von S. Cassius zu Bonn habe „ein frei offengeding uf der freier straßen zu Endenich an der bank — wer da zu tun

den „drei ungeboden hoefs- und auch landgedinger wilche zugleich beide samen durch die scheffen gehalten und zugleich gedingt werden.“ Am klarsten kommt die Trennung der beiden Rechte in den Schwadorfer Gerichtsbüchern — Schwadorf hatte nur Niedergerichtsbarkeit, — zum Ausdruck,<sup>107</sup> welche die Fragen des Schultheißen am ungebotenen Ding scheiden in „iurisdictionalia“ und „curtialia“. Letztere gehen nur darauf: „ob alle empfangende händ<sup>108</sup> im leben“, und „ob auch kauf und verkauf vorgangen.“ Erstere aber betreffen „schelten, schmähen und schlagen, fluchen, verunehrung der heiligen im tag, gotteslasterung, abäckerung, ... maaß, ele und gewicht.“

Der Uebergang der öffentlichen Rechte an die Grundherren hat sich aber nicht nur bei der Gerichtsbarkeit vollzogen. Wir sind im Stande eine Reihe von Parallelen in allen möglichen Beziehungen zu verfolgen, die mit der Gerichtsbarkeit mehr oder weniger im Zusammenhange stehen. Dabei können die einzelnen Fragen natürlich nicht mit der gleichen Ausführlichkeit erörtert werden. Es wird genügen, bezeichnende Stichproben zu nehmen und den allgemeinen Gang der Entwicklung zu zeigen.

Schon öfter mußte von der offenen Straße gesprochen werden. Die wichtigsten Straßen, in unserem Gebiete nachweislich die von Köln über Zulpich einst nach Reims und die

---

hat, sal man horen, edel und unedel — und darneben ein hofgeding uf seinem eigen hove zu Endenich“. Dieselbe Unterscheidung liegt wohl zu Grunde, wenn in Flersheim 1247 dem Vogt des Klosters Heisterbach gewiesen wird „nullum ius . . . neque iudicium neque in curia neque in strata publica . . ., nisi scultetus faciat sibi querimoniam“, Lac. Arch. VI, S. 336; s. überhaupt unten S. 197 ff. über die Bedeutung der offenen Straße.

107. KW. II, 57, 18. Jhd.

108. D. s. die Inhaber der Hoflehen.

von Köln nach Aachen führenden Römerstraßen, waren dem Könige vorbehalten und die Gerichtsbarkeit über sie samt dem finanziell wichtigen Geleite bildete Gegenstand besonderer Verleihung.<sup>109</sup> In Abstufung der Herrschaftsrechte sind die geringeren, aber noch dem Durchgangsverkehr dienenden Straßen dem Grafen unterworfen und stellen dort, wo sie Villikationen durchschneiden, das Grafschaftsterritorium im besonderen Sinne dar. Die Nachbarschaftswege endlich, welche ja zum großen Teil über Hofland führen,<sup>110</sup> werden insoweit von Anfang an den Hofgerichten unterstanden haben. Wie aber die Königstraße, wenn nicht besonders verliehene Geleitsrechte auf ihr behauptet wurden, allmählich von den Territorien verschlungen wurde,<sup>111</sup> so ist die offene Straße dort, wo die Grafschaft stark zersetzt war, den Grundherren zugefallen. Nicht selten ist von ihr in den Weistümern in diesem Sinne die Rede. Während in Erp ein Ueberbau der Hoflehen dem Grundherren, ein Ueberbau der freien Straße aber dem Landgericht Lechenich zu strafen steht, so rügen die Schöffen der Allodialherrschaft Rösberg nicht nur die „Wege, Gassen“ und „Löcher“, sondern auch die „Landstraße“, darunter den „Heerweg“, wenn sie überbaut sind.<sup>112</sup> Falls daher ein Grundherr, um Gefangene von seinen Hofgütern zum Fronhof zu führen, Erlaubnis erbittet, die Straße überschreiten zu dürfen, so ist in dem Herren der Straße nicht ohne weiteres der Graf zu erkennen. In Weilerswist und Vernich ist es ein Grundherr, in Kuchenheim der Erzbischof wohl als Vogt

---

109. S. oben S. 80.

110. S. z. B. KW. II, 61 § 11, Badorf.

111. Schröder RG. 5, S. 547.

112. KW. II, 51 § 11. Heerweg bezeichnet meist eine alte Römerstraße.

eines geistlichen Grundherren,<sup>113</sup> der die Erlaubnis erteilt, im Krahenforst der Waldgraf und nur in Gelsdorf wahrscheinlich der Graf. In Kendenich wird ein männlicher zum Tode verurteilter Verbrecher von einem Grundherren dem anderen zur Hinrichtung auf die offene Straße ausgeliefert. Daher kommt es, daß die Handhabung der öffentlichrechtlichen Gerichtsbarkeit innerhalb einer Immunität im Gegensatz zum Hofgericht als „frei offen geding uf der freier straßen“ (Eندنیچ)<sup>114</sup> oder als „iudicium ... in strata publica“ (Flerzheim)<sup>115</sup> bezeichnet werden kann. Auch die Auflassung eines Gutes auf der freien Straße, welche für das Allod kennzeichnend ist und im Gegensatz zur Auflassung des Lehens am Fronhof steht, wird nun von den ausgebildeten Immunitätsgerichten übernommen.<sup>116</sup>

Entsprechend dem Nebeneinander von Hofland und Gebiet des Landgerichts, letzteres vertreten wiederum vorzüglich durch die offene Straße, gestaltet sich die Gebotsgewalt. Auf seinen Gütern hat nur der Grundherr Gebot und Verbot, d. h. die Befugnis, rechtlich bindende Befehle zu erteilen, auf deren Nichtbefolgung Strafe steht. Dieses Recht hat er aber schon bei rein grundherrlicher Gerichtsbarkeit. In Gilverath<sup>117</sup> „erkennen die laeten, daß auf ihrer hochw. oder der laeten guter keiner gepot habe, ob dieselbige auch schon aus der herligkeit Gilvenrath gelegen, dan des abts vogt.“ Wenn die Beamten von Hülchrath die auf dem Herrengeding des Landgerichts am Griesberg gerügten Ein-

---

113. Münstereifel.

114. Gr. II, 661, a. 1552.

115. S. oben Anm. 106.

116. S. z. B. KW. I, S. 229 betreffend Müngersdorf, a. 1390.

117. KW. I, 26 § 3 (Kornelimünster), a. 1565. Ganz ebenso Kapellen, 28 § 7 (Frhr. v. Dyck), 16. Jhd., oder s. für Anstel (Domküster) ebenda S. 172.

wohner der Niedergerichtsimmunität Langel „zu recht haben willen, so sall g. unsers gnedigsten hern van Coln oberricht einen nachpauwen zu Langell uf der straßen gehend und wohnent laßen bewilligen, umb den gewrögten auszuboten, und sall sulchs durch einen inwhoner zu Langell und nit durch den Greeußberger botten beschehen. Woffern man aber nun keinen könte kreigen van der nachbaurschaft, alstan sall der Greußberger bot uf die Steinstraß gahen, stahen und, den er will haben, roifen dreimal mit seinen nahmen; kumpt er alsdan, wol gut, kumpt er nicht, auch so.“<sup>118</sup> Desgleichen darf in Erp der Bote des Landgerichts Lechenich nur auf der Straße stehend die Gebote in die Häuser, welche auf Blankenheimischem Grund erbaut sind, hineinrufen. In Weilerswist soll der Bote des Hofgerichtes am Swisterberg, das dem Kölner Gereonsstift gehört, seine Lehnsleute aber alle in Weilerswist hat, „gegen alle gedingen umbgaen jeklichem gesworen anzosagen, of man dat gedinge halten sulle of nit, dwil er den roef zo Zwist nicht en hait, sonder der erzbischof zu Collen.“<sup>119</sup> Der aber war, wie wir wissen, Herr der Straße daselbst.

Das einfachste und wirkungsvollste Mittel zur Verkündigung von Geboten war der Glockenschlag. Dieser aber stellte gegenüber Gebot und Verbot ein höheres Recht dar, weil er eben nicht nur die Hofleute, sondern das ganze Land zusammenrief. Daher haben ihn nicht alle Grundherren mit Niedergerichtsbarkeit, nicht einmal alle mit unblutiger Hochgerichtsbarkeit ausüben dürfen. In Anstel,<sup>120</sup> Frixheim,<sup>121</sup> Badorf,<sup>122</sup> Kreuzberg<sup>123</sup> war er dem Grafen

---

118. KW. I, 78 § 12, a. 1590.

119. KW. II, 26 § 8, 16. Jhd.

120. KW. I, 45 § 6 (Domküster), a. 1549.

121. KW. I, 46 § 6 (Adelig), a. 1515.

122. KW. II, 4 § 4 (S. Pantaleon-Köln), a. 1650.

123. Gr. III, 845 (Adelig), a. 1518.



vorbehalten, in Schwadorf<sup>124</sup> aber gebührte er dem Propst von S. Severin als Vogt, in Kesseling<sup>125</sup> dem Grafen für Landsachen, dem Vogt für Gerichtssachen. In Erp will der Landesherr dem adeligen Grundherren 1564 den Gebrauch der großen Glocke nur in den — leider nicht angegebenen — Fällen zugestehen, da er ihn bisher gehabt hat, sonst soll er sich mit der kleinen genügen lassen. Der Landesherr behält sich ausdrücklich vor das große Geläut bei Musterrungen, Heerschau, Anlegung von Reichs- und Landsteuern. Die Grundherren mit Hochgerichtsbarkeit besaßen natürlich alle den Glockenschlag, aber nur am Ort des Fronhofs, nicht auch der verstreuten Lehen, daher z. B. in Weilerswist nur der Erzbischof, nicht indessen Kühlseggen, Vernich und das Gereonsstift.

Von der Heeresfolge haben wir schon einiges im Zusammenhang der Gerichtsfolge erwähnt. So, daß die 9 Hunschaften im Ahrtal dem Landesherren folgten, u. zw. unter dem Banner von Altenahr, d. h. des Grafen,<sup>126</sup> während andererseits in Kornelimünster<sup>127</sup> die Hochgerichtsimmunität unter dem Vogt auszog. Allgemein zu beobachten ist im Mittelalter eine zeitliche und räumliche Beschränkung der Landfolge. Sie ist aber wiederum verschieden abgestuft. In Kesseling und Hönningen, also wohl überhaupt im Hochgericht Altenahr, erstreckt sie sich wenigstens noch eine Bannmeile weit über die Hochgerichtsgrenze,<sup>128</sup> die Leute von Langel<sup>128</sup> aber durften schon an der Immunitätsgrenze umkehren und es stand in ihrem Belieben, dem

---

124. KW. II, 55 § 3.

125. Gr. II, 637, vgl. 639 (Prüm), a. 1395 und 1556.

126. Lac. Arch. VI, S. 280 (Hönningen) und Gr. II, 637 und 639 (Kesseling).

127. Gr. II, 782.

128. KW. I, 78 § 13, a. 1590.

Landgrafen weiter zu folgen. In den Bannbezirken, die gänzlich auf sich gestellt waren und in denen der Grundherr zur Folge aufbot, ging sie natürlich nie über die Grenze hinaus.<sup>129</sup>

Fassen wir die auf Grund der Gerichtsherrschaft geforderten Dienste ins Auge, so ist freilich zu berücksichtigen, daß Dienste zu jeder Zeit abgelöst oder aus Gunst erlassen worden sind.<sup>130</sup> Doch steht Dienstfreiheit gegenüber dem Grafen manchmal in so engem Zusammenhange mit der Immunität, daß sie als deren Folge betrachtet werden muß. Ich nenne als gute Beispiele Rondorf,<sup>131</sup> eine Grundherrschaft des Caecilienstifts in Streulage, Helpenstein,<sup>132</sup> eine Allodialherrschaft des danach genannten edelfreien Geschlechts, Anstel<sup>133</sup> und Schwadorf,<sup>134</sup> zwei mehr oder weniger vom Landgericht abgelöste Niedergerichtsimmunitäten. Hochgerichtsimmunitäten waren wiederum der Regel nach frei von Dienstleistungen an den Grafen. Es konnte aber in ihnen die Immunitätsherrschaft die Möglichkeit der Dienstforderungen auf Grund der Gerichtsbarkeit ausnützen.<sup>135</sup>

Dasselbe wiederholt sich bei Bede und Schatz. Da auf ihre Ausbildung in den zahlreichen geistlichen Grundherrschaften besonders das Vogteiverhältnis von Einfluß ge-

---

129. Außer Anm. 127, Kornelimünster, s. auch KW. II, 33 § 2, Esch (Domstift) und 55 § 7, Schwadorf (S. Severin-Köln)

130. S. KW. I, Tab. I.

131. KW. II, 12 § 2 (S. Caecilien); nur 2 Höfe, darunter der Fronhof stellen Heerwagen.

132. KW. I, 58 § 3, 16. Jhd.: „freie herligkeit“.

133. KW. I, 45 § 6 (Domküster), a. 1549.

134. KW. II, 54 § 3 (S. Severin), a. 1323.

135. KW. II, S. 82 f. für Weillenswist.

wesen ist, sollen sie erst im V. Kap. dargestellt werden. Hier sei nur soviel gesagt, daß wir bei keinem anderen Recht mit derselben Deutlichkeit die genaue Entsprechung von Immunitätsland in Streulage und Herrschaft über dasselbe verfolgen können,<sup>136</sup> weil der Schatz zu einer dinglichen Last geworden ist; daß ferner, wie einerseits Immunitäten, u. zw. auch schon niedere Immunitäten,<sup>137</sup> selbst einfache Hofverbände<sup>138</sup> Schatzfreiheit erlangen konnten, so andererseits in der so geschaffenen Freiheit die Grundherren als Alodialgerichtsherren ihrerseits Schatz forderten. Wenigstens glaube ich mit Bestimmtheit annehmen zu dürfen, daß der Schatz in Rösberg<sup>139</sup> oder Weilerswist<sup>140</sup> dieses Ursprungs ist.

Von besonderem Interesse aber sind die Verhältnisse in Kesseling. Diese Immunität des Klosters Prüm entrichtet eine Bede, von welcher dem Erbvogt  $\frac{1}{3}$ , dem Landesherren aber als Grafen von Ahr  $\frac{2}{3}$  zufallen, und das gleiche gilt bei den Rauchhühnern.<sup>141</sup> Dieselbe Teilung fand hier

---

136. Die Jülische Erkundigung von 1555 bietet eine Menge von Beispielen, etwa Lac. Arch. III, S. 311 betreffend Aldenhoven: „alle gueter, so den tumbherren pacht gelden, dieselbige gelden m. g. h. schatz“. Der Herzog bezieht den Schatz als Vogt. Vgl. aber auch z. B. Knipping III, 1319, a. 1247, 1451, a. 1249, 3647, a. 1299, in welchen Fällen der Erzbischof, der eben in den Besitz der ehemals gfl. Ahr-Hochstadenschen Vogteien von Prüm gekommen ist, den Schatz von Gütern erläßt, die meist in der Grafschaft Neuenahr liegen.

137. Z. B. Schwadorf, wo noch Vogthafer gezahlt wird, der Hochgerichtsherr aber keinen Schatz erhält, KW. II, 53—55, oder Knechtsteden, KW. I, 32 § 9.

138. Z. B. Erp, s. die angeführten Akten.

139. KW. II, S. 157.

140. Kurköln, Brühl, Jurisdiktion 1. Er betrug im 18. Jhd. 50 fl.

141. Gr. II, 638, a. 1395. Daß das eine Drittel dem Erbvogt

und auch in Kreuzberg weiters noch bei den hohen Wedden statt. Da diese uralt sind, wird der Teilungsschlüssel daher stammen. Vergleichen wir damit das benachbarte Hönningen, das wir schon oben mit Kesseling und Kreuzberg zusammenstellten. Da empfängt der Vogt die ganze Bede.<sup>142</sup> Der Verteilung der Hochgerichtsbarkeit hier und dort entspricht also die Verteilung der daraus fließenden wie der daraus abgeleiteten Gefälle.

Wichtiger noch ist eine andere Feststellung: die minderbegabte Immunität in dem besprochenen Fall ist die der Abtei Prüm. Diese Tatsache steht, was ihre geringeren Gerichtsrechte betrifft, noch in Einklang mit den Immunitätsprivilegien des Klosters, deren oben Seite 129 angeführten lediglich prohibitiven Wortlaut durch die Form der Gerichtspflege in Kesseling genüge getan ist. Nicht aber entspricht die Verteilung der Gefälle der Urkunde Pipins von 763,<sup>143</sup> welche dem Kloster von seinen Besitzungen überließ „quicquid exinde ... fiscus aut de freda aut undecumque potuerat

---

nicht etwa nur als einem Untervogt überlassen ist, der Landesherr also als Obervogt zu betrachten wäre, weil ja die Grafen von Ahr viele Prümische Vogteien in dieser Gegend hatten, geht aus mehreren Umständen hervor. Kesseling wird in dem Vertrag über diese Vogteien von 1247, MRh. UB. III, 907, durch welchen das Kloster zu Gunsten des Erzbischofs, der ja nicht sein Lehnsman werden konnte, auf die Lehnsherrschaft verzichtet, nicht genannt. Dementsprechend sagt das Weistum ausdrücklich, daß die Herren von Kreuzberg die Vogtei von Prüm unmittelbar zu Lehen tragen. Das Haus Ahr hatte damit nichts zu tun. Ferner hat trotz der sonstigen Drittelung der Graf, wie gleich im Text folgt, den Anspruch auf die ganze Fahrhabe eines Verbrechers behauptet.

142. Lac. Arch. VI, S. 284. Die volle Hochgerichtsbarkeit hatte freilich, wie erwähnt, dieser Vogt nicht, aber mehr, als der in Kesseling.

143. DP. 18.

sperare.“ Die alte Abtei hat die ihr damit vom Könige verbrieften Rechte dem Grafen gegenüber nicht voll durchsetzen können. Zu den fiskalischen Gefällen gehört auch das erbenlose Gut.<sup>144</sup> Ein häufiger Fall dessen ist das Gut todeswürdiger Verbrecher. Davon erhielt nun in Kesseling das Kloster nur das liegende Erbgut,<sup>145</sup> während die Fahrhabe an den Grafen als den Blutrichter fiel.<sup>146</sup> Und dieser Anspruch des Klosters dient ganz offenbar der Wahrung des Obereigentums an den Lehengütern, das ihm als dem Grundherren zustand,<sup>147</sup> und findet sich auch sonst.<sup>148</sup> Er

---

144. Ueber das Recht am erbenlosen Gute s. E. Mayer, a. a. O. I, S. 103 ff.

145. D. h. das Kloster als Lehnsherr behielt das Obereigentum, die Kinder das Gut, wie es dem Erbpachtverhältnis entsprach; die Stelle bei Gr. II, 638 ist entstellt. Daß aber auch der Lehnsherr daselbst genannt ist, beweist, daß der Verzicht auf Einziehung des Gutes seitens des Grafen nicht unmittelbar zu Gunsten der Kinder, wohin sich ja vielerorts das Recht entwickelt hatte (Mayer, S. 205), sondern zu Gunsten des Grundherren erfolgt war.

146. Vgl. KW. II, 55 § 5: gestohlenen Gut wird aus dem Niedergericht Schwadorf mit dem Verbrecher dem Hochgericht überliefert. Hat die Immunität selbst das Blutgericht, wie die Grundherrin von Rondorf, so fällt ihr auch gestohlenen und gefundenes Gut zu. S. KW. II, 12 § 9, um 1500, in wenig jüngerer amtlicher Ausfertigung weggelassen. Ueber gefundenes Gut, s. Waitz, VG. VIII, S. 275.

147. Der Herr v. Liedberg lieferte zwar die Person eines Lehnsmannes in Kleinenbroich im gräflichen Lande, der wegen eines schweren Verbrechens dem Grafen v. Hülchrath mit Leib und Gut verfallen war, diesem aus, löste aber sein Erbgut mit 5 Mark, d. i. der hohen Wedde ein, um eben nicht sein Obereigentum zu verlieren. Daß die 5 Mark auf einen Pfahl vor das verfallene Haus gelegt werden, damit es der Beamte des Grafen nicht betritt, zeigt einen immunitätsgleichen



entspricht weiters vollkommen der schon oben besprochenen Zuweisung des Lehengutes an das grundherrliche, der Fahrhabe an das Landgericht. Er ist also nicht die Folge der königlichen Schenkung, sondern ein Ausfluß jener den Grundherrschaften innewohnenden Neigung zur Abschließung, welche wir auch noch in anderen Zügen beobachten. Auch bei den Wedden fragt man da, ob der Anteil des Klosters auf die Schenkung Pipins zurückzuführen oder ob er nicht eher unabhängig davon als Folge der in den Immunitätsprivilegien nicht ausgesprochenen, vom Kloster irgendwie erworbenen Gerichtsbarkeit anzusehen ist.

Auch der Wildbann und die große Fischerei<sup>149</sup> haben im Allgemeinen ein der Hochgerichtsbarkeit paralleles Schicksal gehabt, d. h. sie wurden von ihr nachgezogen, wo nicht, wie bei den Königsstraßen, ältere aus Verleihung stammende Sonderrechte behauptet wurden.<sup>150</sup> Letzteres traf freilich in den stärker bevölkerten Gegenden nicht zu. Von den Wildbännen, welche die Könige der Kölner Kirche verliehen haben,<sup>151</sup> ist später nichts mehr zu spüren. Auch das Recht

---

besonderen Frieden des grundherrlichen Hauses. KW. I, 14 §§ 10 und 9, a. 1369.

148. So in Erp, s. oben S. 121, Anm. 381.

149. S. allgemein Waitz VG, VIII, S. 2, Mayer a. a. O. I, S. 86 ff.

150. Derart hat das Haus Altenahr den Wildbann behauptet, welchen 992 Otto III. den Brüdern Richwin und Sigebodo an der hohen Acht verliehen hat. Er findet sich nicht nur im lib. iur. et feud. Col. Msc. B 3, S. 305, z. 1405, in großen Zügen ganz ähnlich beschrieben, sondern auch noch im Weistum der Erbwildförster zu Kesseling 1617, Gr. II, 640 noch völlig in Kraft. Auch das Weistum der „erbwilffurster, in das ampt Aldenar gehoeren“, von 1518, Gr. III, 844, muß sich auf diesen Wildbann beziehen, da er rechts der Ahr lag, im Weistum aber Kreuzberg als jenseitig genannt wird.

151. DO. II. 50, a. 973 und Lac. UB. I, 212, a. 1069 (Heinrich IV), s. dazu WDZ. Erg. Heft 3.

des Herren von Tomburg,<sup>152</sup> ein Wild vom Flamersheimer Wald, „unverhindert des Grundherrn“ bis in den Rhein bei Wesseling zu verfolgen, wird zur Zeit der Weisung (1586) kaum mehr in Kraft gewesen sein. Vielmehr haben die Herren von Hochgerichtsrechten eben aus diesen auch den „Wiltfank“ abgeleitet, der ihnen so oft in den Weistümern zugeschrieben wird.<sup>153</sup> Eine 1764 zusammengestellte Uebersicht der Kurkölnischen Jagdlimiten<sup>154</sup> zeigt eine fast genaue

---

152. Oben S. 9, Anm. 28.

153. Der Wildfang wird im Amte Hülchrath außer dem Grafen noch gewiesen den Herren der Herrlichkeiten Hackenbroich (adelig), KW. I, 55, Mauenheim (S. Kunibert-Köln), 61, Müngersdorf (S. Aposteln-Köln), 63, Niehl (Domstift), 64 § 5, Ossendorf (S. Ursula-Köln), 66 § 20, Worringen (Dompropst), 72; im Amte Brühl denen von Berzdorf (S. Gereon), KW. II, 29 § 19, Gleuel (Domstift), 36 § 5 Keldenich (adelig), 46 § 1, Rösberg (adelig), 51 § 1; s. auch S. 175 für Walberberg. Daß Wildfang die hohe Jagd bedeutet, geht aus der Variante „mitwildfang“ KW. I, S. 68 a hervor, denn es handelte sich da um den Mitgenuß des Hauses Dyck an der hohen Jagd. Es wird noch mehr durch die gleich zu erwähnenden Kurkölnischen Jagdlimiten bewiesen.

Die im Register KW. I unter Wildfang angeführten Stellen 77 § 13, 78 § 5, 79 § 8 sind begrifflich von den vorhergehenden zu scheiden.

Zu Gunsten von Kl. Knechtsteden verfügte der Graf von Hülchrath in seiner Grafschaft und der Vogt des Klosters in seinem Hochvogteigebiet schon um 1260 über die hohe Jagd, KW. I, 32 § 11.

154. Auf Grund umfänglicher Beleidgänge zusammengestellt von dem damaligen Obristjägermeister v. Weichs. Ich verdanke ihre Benützung dem Entgegenkommen des Freiherren Hugo v. Weichs auf Schloß Rösberg. Angrenzer der Kurkölnischen Jagd sind z. B. im Amte Hülchrath die Herrschaft Grimlinghausen, das Domkapitel für Zons, die Herrschaft Hackenbroich, Kloster Knechtsteden, s. vorstehende Anm., Jülich für Stommeln, die Herrschaft Bedburg, Jülich bei

Uebereinstimmung mit den Hochgerichtsgrenzen des unmittelbaren kurfürstlichen Territoriums.

In allen diesen Fällen handelt es sich gleich der Gerichtsbarkeit selbst um Gerechtsame des Königs, welche den Grafen höchstens zur Verwaltung übertragen waren, von ihnen allmählich aber als Eigenrechte behandelt wurden, wie sie auch manche königlichen Vorbehaltsrechte an sich zogen. An diesem Prozeß aber haben, wie wir sahen, auch die Immunitätsherren ihren gleichen Anteil gehabt, indem sie diese Rechte soweit an sich brachten, als ihre Hoch- und manchmal auch ihre Niedergerichtsbarkeit reichte. Etwas anders liegen die Dinge bei den Gewerbebännen, welche wohl erst von den Grafen auf Grund ihrer Gebotsgewalt geschaffen worden sind.<sup>155</sup>

Hierher gehört zuerst der Braubann, die Grut, und, wenn auch seltener, der Weinbaum. Die Zülpicher Schöffen weisen<sup>156</sup> z. B. um die Mitte des 13. Jhds. über die Grut innerhalb der Bannmeile, d. i. im ganzen Gau. Im Amt Hülchrath steht sie dem Grafen zu.<sup>157</sup> Anstel<sup>158</sup> indessen und Frix-

---

Verkeshoven (Vogteigericht von Kornelimünster, Gf. v. Mirbach I, S. 21), die Herrschaften Wevelinghoven, Dyck, Horst, Millendunk. So hat Hülchrath also auch die Jagd in den Niederimmunitäten Anstel und Frixheim, in den Herrlichkeiten Kapellen und Gilverath.

155. Koehne hat in der Savignyzeitschrift, GA. 25 und 28, diese Bänne mit dem Burgenbau in Verbindung gebracht und ihre Entstehung für Lothringen in die Zeit der Normanneneinfälle verlegt. Ein Zusammenhang mit Burgen zeigt sich aber in unseren Quellen nicht. Dagegen hat schon Waitz, VG. VIII, 277, Anm. 1 auf Miraens I, S. 268 aufmerksam gemacht, wo das Grutrecht als Recht der Grafschaft erscheint.

156. Anm. 73, S. 15 ff. § 13.

157. KW. I, S. 20.

158. KW. I, 45 § 6.

heim,<sup>159</sup> Niedergerichtsimmunitäten darin und ersteres auch dienstfrei, werden grutfrei gewiesen. Dort, wo eine starke Zersetzung der Grafschaften durch Immunitäten eingetreten ist, genießen viele Dörfer Brau- und Zapffreiheit.<sup>160</sup> Die Immunitätsherren haben freilich auch diese Einnahmequelle angebohrt. Wir können es z. B. bei Walberberg sehen, daß es z. T. erst spät, hier zwischen 1603 und 1635 geschah.<sup>161</sup> In Rees dagegen, wo die Hochgerichtsbarkeit des Erzbischofs auf den Allodialbesitz der Gründerin des Stifts zurückgeht, verfügt Friedrich I. schon 1112<sup>162</sup> über die Braugerechtigkeit. Auch in Burtscheid steht sie bereits 1226 der Immunitätsherrin zu.<sup>163</sup>

Wiederum dasselbe Bild bietet die Mühlengerechtigkeit. Im Amt Hülchrath entsprachen die Mahlbänne wenigstens ursprünglich den Landgerichtsbezirken<sup>164</sup> und die Mühlen dürften alle einmal gräflich gewesen sein. Hier war auch das grutfreie Dorf Frixheim dem Mühlenbanne unterworfen.<sup>165</sup> Für die ganze Grafschaft Neuenahr besaß die eine landesherrliche Mühle zu Wadenheim den Mahlzwang.<sup>166</sup> Dann begegnen wieder die Exemtionen. Nicht wenige Dörfer werden mahlfrei gewiesen.<sup>167</sup> Aber es lag schon im System

---

159. KW. I, 46 § 3.

160. Als Beispiele: Rondorf (S. Caecilien), KW. II, 12 § 2, Weidesheim und Weilerswist (Erzbischof), 21 § 6 und 23 § 5, Esch (Domkapitel), 33 § 9, Rösberg (adelig), 51 § 12.

161. KW. II, 61 § 3.

162. Lac. UB. I, 274.

163. Lac. UB. II, 133.

164. KW. I, S. 22 und 56.

165. KW. I, 46 § 5.

166. S. oben S. 38.

167. Z. B. Anstel, KW. I, 45 § 5 neben Frixheim, ferner alle Orte,

der möglichst geschlossenen Fronhofsverfassung, daß die Grundherren Mühlen zu errichten strebten und, wenn sie sich einmal vom gräflichen Mahlzwang freimachten, ihn selber ihren Lehnleuten auferlegten.<sup>168</sup> Ja es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Gewerbebann der Grundherrschaften deswegen ohne Rücksicht auf den gräflichen von unten aus zu konstruieren ist.<sup>169</sup> Mit der Ausbildung der Bannbezirke wurden diese dann auch die Mahlbanbezirke der grundherrlichen Mühlen und derselbe Gedanke ist bei den Braubännen zu berücksichtigen. Im allgemeinen aber bildet doch Handels- und Gewerbefreiheit eine durch die Fülle der kleinen Herrschaften geförderte Eigentümlichkeit unserer Gegend, besonders wo sie dem Rhein nahe liegt.<sup>170</sup>

In enger Beziehung zur Gewerbepolizei steht die Regelung von Maß und Gewicht. Sie ist als Aufgabe der öffentlichen Gewalt anerkannt<sup>171</sup> und hat deren Schicksale geteilt. Schon Niedergerichte, wie Anstel<sup>172</sup> und Schwadorf<sup>173</sup> haben sie an sich gezogen, allgemein ist sie wiederum von den Hochgerichtsimmunitäten übernommen worden. Es ist aber auch hier nicht zu verkennen, daß schon in der einfach

---

die oben S. 209, Anm. 160 genannt sind, mit Ausnahme von Esch und Weidesheim.

168. Z. B. Weidesheim, KW. II, 21 § 9, wahrscheinlich auch in Esch, 33 § 7 f.

169. S. E. Mayer, a. a. O. I, S. 99.

170. S. E. Gothein, Agrarpolitische Wanderungen im Rheinland, Staatswissenschaftliche Arbeiten, Festgabe für Karl Knies, 1896, S. 244 ff.

171. S. G. Küntzel, Ueber die Verwaltung des Maß- und Gewichtswesens in Deutschland während des Mittelalters, Staats- und sozialwissenschaftliche Arbeiten, hrsg. v. Schmoller, Heft 2.

172. KW. I, 45 § 3.

173. KW. II, 57.



grundherrlichen Gerichtsbarkeit ein Ansatz zu dieser Entwicklung gegeben war, da der Grundherr und seine Lehnsleute für die Pachtlieferungen eines bestimmten Maües überein gekommen sein mußten, das natürlich von Geschworenen und Schultheiß beaufsichtigt wurde.<sup>174</sup>

Ueberblickt man nun alle die Möglichkeiten, welche für die Ausgestaltung der Immunitäten und der Gerichtsbarkeit in ihnen nicht nur gegeben waren, sondern auch tatsächlich bestanden, so ist der Eindruck ein überraschender, falls man in der Erwartung, verfassungsmäßig fest begrenzte Typen zu finden, an die Untersuchung herangegangen ist. Mit den Begriffen von hoher und niederer Immunität ist gegenüber dieser Fülle von Erscheinungen ganz und gar nicht auszukommen, selbst schattierende Zwischenbegriffe, wie beschränkte Hochgerichtsimmunität genügen noch nicht; das Maß der Beschränkung müßte dabei wieder näher bestimmt werden. Denn eine Stufe der Zuständigkeit reiht sich an die andere, oft nur durch haarkleine Unterscheidung von der nächsten getrennt. Und nicht nur eine solche Stufenreihe steigt auf, sondern mehrere parallele Reihen laufen nebeneinander her und ihre Stufen sind verschieden miteinander verbunden. Es fällt schwer — fassen wir auch nur die Gerichtsbarkeit ins Auge — vor dieser Fülle von Bildungen, welche das Gegenspiel von Grafschaft und Immunität hervorgebracht hat, an dem Gedanken festzuhalten, daß sie alle durch Privilegierung seitens der Könige ins Leben gerufen worden sind. Was hätten die Könige alles verordnen müssen!

---

174. Z. B. am Hofe Hospelt, Gr. VI, 664 § 1, wo das Gericht auch fehlerhaftes Maß bestraft, oder am Heidgeshof in Weidesheim, der Escher Maß gebrauchte, während der des Erzbischofs am Ort das von Münstereifel und Flerzheim zu Grunde legte, KW. II, S. 78 und Nr. 21 § 6. Hofmaß kommt auch vor in Endenich, Gr. II, 661.

Und kann man sich auf der anderen Seite der Meinung verschließen, daß diese Stufen der Befugnisse nicht nur zufällig nebeneinander bestehende Zustände darstellen, sondern Etappen in der notwendigen Folge einer Entwicklung, welche von den Gerichten durchlaufen werden mußten, die bis zur vollkommensten Ausbildung gelangt sind? Daß also ihre Insassen einstmals alle zum Herrengeding erschienen, dann nur den Boten schickten, dann auch darauf vergaßen; daß sie erst nur über Schmähworte und unblutige Wunden richteten, dann auch blutige mit Geld bestrafen, dann den Verbrecher vor der Auslieferung ans Landgericht erst noch aburteilten, dann auch das Hochgericht wenigstens unter der Erde, zuletzt überhaupt vollzogen? Daß die Möglichkeiten dieses Aufstieges für jedes Hofgericht gegeben waren, daß aber das eine bei dieser, das andere bei jener Stufe stillstehen mußte, gleichsam versteinerte, wenn es nicht gar zurückgebildet wurde?

Wir brauchen uns nicht der Einbildungskraft anzuvertrauen, wir haben genug Beispiele dafür, daß das so geschehen ist. Im Pingsheimer Frieden von 1279<sup>175</sup> ließ sich der Erzbischof von der bedrängten Gräfin von Jülich anerkennen, daß seine Bürger von Zülpich von der Folge zum Schivelberge entbunden seien. Sie werden sich dort schon lange nicht mehr eingestellt haben. 1407<sup>176</sup> „beclaiden sich die 6 hunschaf van Kempenreiden, dat un noch dry andere hunschaf vulgen sulden zo allen zyden, so wanne sich dat geburde, van Geich, Bessenich ind Vuyssenich, des sy neit en doint“. Die drei Hunschaften sind aber nie mehr zur Kemper Heiden gekommen. Nicht anders klagten 1596<sup>177</sup>

---

175. Lac. UB. II, 730.

176. Lac. Arch. VII, S. 61.

177. Koblenz, St. A., Kurköln, Altenahr, *Generalia* 30.

die Untersassen des Hochgerichts Altenahr, daß die Leute von Herschbach, Lind und Wensberg seit 40 Jahren nicht mehr zu den Hinrichtungen am Wolfsgraben erschienen, obwohl man sie jedesmal aufgeboten habe. Seit dem 16. Jhd.<sup>178</sup> hat der Herzog von Berg als Vogt von Sinnersdorf daran gearbeitet, die Orte der Grafschaft zu entziehen und seiner Landeshoheit zu unterwerfen, bis er im 18. Jhd. ihren Insassen einfach verbot, die Schöffnenstellen am Griesberg zu bekleiden und das Herrngeding zu besuchen. Das Liedberger Schultheißengericht Kleinenbroich hat wohl schon seit Beginn der Neuzeit keine Schöffnen mehr der gräflichen Bank gestellt, keine Hunnen zum Rügen geschickt und keinen Verbrecher mehr ausgeliefert.<sup>179</sup> So entledigten sich die Immunitäten ihrer Verpflichtungen gegen die Grafengerichte und machten sich selbständig.

In ihrer Selbständigkeit fingen sie aber selber an, das Recht zu sprechen, das sie nicht mehr im Landgericht suchten. Einige Beispiele:

Im Jahre 1618<sup>180</sup> hat sich J. H. Wentz als Herr von „hof und hobsgerichtigkeit Hoßpelt,<sup>181</sup> so an die Grafschaft Vianden lehenroerig, aber immediate im kirspell und dingstol Mudtscheidt“ (des Kurkölnischen Amtes Hardt) „gelegen“, unterstanden, „mit zueziehung nit allein seiner hobsgeschwornen lehenleut, welche mherenteils E. curf. durchlt. an underscheidlichen ortern landseßige undertanen sein, sondern auch aller anderer . . . eingeseßener zu Odenhausen, Berhausen und Hommertzen“ des Dingstehls Mudtscheid, „daselbst er denn mherenteil seiner lehengueter hat“, den Umgang der drei Orte vorzunehmen, „als wan solches eine

---

178. KW. I, S. 273 ff.

179. KW. I, S. 91.

180. Kurköln, Amt Hardt, Jurisdiktion 5.

181. Vgl. oben S. 161.

absunderliche ihm zugehörige herrschaft were“. Den Dörflern hat er vorgegeben, er wolle nur feststellen, „wo seine lehengueter wenden und kheren teten“, dann aber sich doch von allen huldigen lassen, so daß er sich nun in den drei Ortsfluren Gebot, Verbot und alle gewaltigen Sachen etc. anmaßt, da ihm doch nichts, „den allein das hobsgeding binnen seinem kundigen bezirk des hofs“ zustehe. Wir merken uns den Vorgang auch als Beispiel für die Bildung eines Bannbezirks.

Ein anderes: 1573<sup>182</sup> berichtete der ehemalige Schultheiß von Aldenhoven in Jülich, das Dorf Warden hätte vor 60—80 Jahren in zwei Bauhöfen bestanden, welche als Lehen der Kölner Dompropstei unter etliche Untertanen zu Kurmede, Erbpacht und Zinsen ausgetan wurden, wodurch das Dorf entstanden sei. Einer der Höfe kam an die Herren von Paland, welche die Renten einhoben und „gelegentlich dessen etlichermaßen jurisdiktionem eingeführt, auch übeltätern auf diesen gütern gefänglich angenommen hätten. Es sei aber niemals anderst gesehen noch gehöret worden, als daß die gefangene nur bis auf den dritten tag zu Warden gehalten und solchemnach dem schultheiß zu Aldenhoven auf sicherem platz, da ihre honnschaft kehret, ... geliefert worden. Endlich daß einige jahren dabevorn der schultheiß zu Warden einen kacks habe errichten laßen, deren vorhin keiner zu Warden, sondern nur ein ring an einem lindenbaum gewesen“. Nachdem dieser anmaßende Schultheiß zum Brüchtenverhör war zitiert worden, starb der Jülische Landdrost — und so ist alles verblieben. In diesem Beispiel tritt besonders augenfällig die Neigung der Grundherrschaft zur Abschließung nach Außen hervor. Der Herr von Paland hat sich Gerichtsbarkeit anscheinend nur

---

182. Msc. A 233, f. 130.

soweit angemäßt, als es notwendig war, um den landesherrlichen Beamten von seiner Grundherrschaft fern zu halten. Noch ein Beispiel: Dem Herrn von Wensberg wurde 1596<sup>177</sup> vorgeworfen, daß er einen Güterstreit vor sich, d. h. wohl vor seine Hofgeschworenen, zur Entscheidung gezogen hätte. Da verteidigte er sich aber vor dem Kölnischen Amtmann: „Er gestunde wol, das Aldenahr das heubtgericht were, aber dweil die scheffen zu Aldenahr sich vollsuffen und weisten ein foll urteil, so wolt er solchs nit gestatten, sonder selbst recht sprechen.“ Hier kann man jedenfalls nicht von einer verfassungsmäßigen Begründung der Gerichtsbarkeit reden.

Ein besonders lehrreiches, verschiedene Seiten beleuchtendes Beispiel aber bietet die Entstehung der Jülischen Unterherrschaft Stolberg. Wir greifen aus einem aktenmäßigen Bericht darüber von z. 1770<sup>183</sup> die wichtigsten Punkte heraus und suchen sie zu charakterisieren. Die Burg Stolberg<sup>184</sup> an der Vicht war einst der Besitz eines edelfreien Geschlechtes, das im 13. Jhd. ausstarb und nach Mehreren von Jülich beerbt wurde. Die Herzöge gaben Stolberg zu Lehen aus. Das Zubehör der Burg soll damals nur in einem Hofgericht über einige kurmedige Güter bestanden haben, welches in Büsbach jenseits der Vicht im Lande Kornelimünster abgehalten wurde. Seine Lehen müssen demnach teils in Kornelimünster, teils diesseits der Vicht um Stolberg selbst gelegen haben, wo durch einen Zulauf des Baches getrennt die Jülischen Aemter Eschweiler und Wilhelmstein, letzteres mit dem Gericht Notberg, Steuerquartal Hastenrath, aneinanderstießen. Also die typische Zerstreuung des Hofverbandes in mehreren Gerichtsbezirken. Der Ort Stolberg war noch bis ins 16. Jhd. sehr

---

183. Ebenda f. 178 ff.



klein, kaum aus einem Dutzend Häusern bestehend, so daß 1510 bei einem Beleidgang ein Herr von Efferen seinen Bruder Vinzenz, den Lehnsträger von Stolberg, neckte: „Bruder, ich höre so viel, ihr habt nichts mer als den vogelsang und sonnenschein“. Daß aber überhaupt ein Beleid stattfand ist ein Zeichen dafür, daß es schon irgend einen Rechtskreis um die Burg, vielleicht einen Burgfrieden gab. Die Lehnsurkunde für Vinzenz von Efferen lautete auf die Herrschaft, Gerichte, Schatz, Dienste u. a. in weitestem Umfange, soll aber keine tatsächliche Unterlage gehabt haben, denn erst nach Vinzenz Tod wurde gelegentlich einer Missetat das Hofgericht von Büsbach aufs Haus Stolberg verlegt und als Hochgericht verwendet. Dieser Anmaßung der Burgherren ungeachtet haben noch bis zu Ende des 16. Jhd. die Beamten des Landesherren von Eschweiler und Wilhelmstein aus alle Hoheitsrechte wahrgenommen, als welche genannt werden Verhaftung und Pfändung, Gebot und Verbot, Steuer und Dienstforderungen, Aufgebot zur Folge zu den Herrengedingen in Eschweiler, Schau von Maß und Gewicht.

Demgegenüber beanspruchten die Herren von Stolberg ihrerseits die Hoheit im Ort und es kam zu ewigen Streitereien. Als 1526 Hieronymus von Efferen seinerseits Steuern einzog, mußte er sie dem Landdrosten herausgeben. Als er 1541 mit anderen Gewerken nahe bei der Burg Eisenstein zu graben begann und sich anfangs sträubte, die Belehmung vom Jülischen Bergmeister zu gesinnen und dem Herzog den Zehnten zu entrichten, mußte er sich wiederum fügen; aber nur, um bei jeder Gelegenheit von neuem mit dem Anspruch auf das Bergregal aufzutreten. Als 1563 ein

---

184. S. Kunstdenkmäler der Rheinprovinz IX, 2, S. 181 und die Literatur daselbst.

Mann aus Kornelimünster in Stolberg erschlagen wurde, gestattete der Burgherr die Auslieferung der Leiche nach Kornelimünster, worauf ihn der Herzog zur Rechenschaft zog. Die Efferen versuchten nun und später noch 1568 und 1576 ihre Herrschaftsrechte zu beweisen, hatten aber keinen Erfolg. Erst die Jülicher Erbfolgestreitigkeiten nach 1609 sollten ihnen zu Hilfe kommen. Inzwischen aber hatte sich der Stoff des Streites vermehrt.

Durch die Religionswirren und besonders die Verfassungsänderung von 1614 aus Aachen vertrieben, siedelten sich reformierte Messingschmiede der Galmeigruben wegen in Stolberg an und zwar teils auf herrschaftlichem Land, also wohl innerhalb des Beleids von Stolberg, teils auf Notberger und Hastenrather Gemeindegünden,<sup>185</sup> während der Eschweiler Anteil weniger bebaut wurde. Doch verwischte sich die Amtsgrenze im Ort durch Ableitung des Bächleins (wohl zu gewerblichen Zwecken). Die Herren von Stolberg haben nun die Ortssiedelung als eine Einheit angesehen, die ihnen untergeben sei, die Beamten von Eschweiler und Wilhelmstein wollten ihrerseits nicht zugestehen, daß die Tatsache der ortsmäßigen Bebauung allein die Grundstücke um Stolberg ihrer Amtshoheit entziehe. Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm, der sich den Adel des Landes verbinden wollte, stellte 1629 in aller Form eine Urkunde aus, in der Stolberg als Unterherrschaft mit allen Rechten derselben anerkannt wurde, zog sie aber 1634 wieder zurück, da er ungenügend unterrichtet gewesen sei. Nach mehrfacher Erneuerung dieser letzten Entscheidung sah er sich 1641 veranlaßt, den Herren von Efferen die Gerichtsbarkeit über

---

185. Sie entrichteten davon Zins an die Kirche in Notberg, es handelt sich also bei diesen „gemeinen ländereien“ nicht nur um Schatzland in der Gemeinde, sondern um Gemeindebesitz.

die Einwohner von Stolberg auf der „Berger seiten“ von Neuem zuzugestehen, „so die unterherren im herzogtum Göllich hergebracht hätten, (die steuern ausgenommen)“. Die Wilhelmsteiner Beamten versuchten, indem sie diese Gerichtsbarkeit nur auf die personalia hin auslegten, die in realibus zu bewahren. 1652 erreichte indeß der neue Herr von Stolberg, v. Frenz, die Abstellung dieser Auslegung. Weniger glücklich war er 1668 bei dem Versuche, auch das Steuerrecht an sich zu ziehen. 1684 aber wurde die Beitreibung der Steuern und die Pfandnahme bei Nichtzahlung den Landesbeamten entzogen und diese angewiesen, sich der Vermittlung des Stolberger Schultheißen zu bedienen, der nun die ganze Steuer in Einem ablieferte. Daraus leitete sich dann 1703 die Befreiung Stolbergs von Kopfsteuer und Lizent (einer Getränkeumlage) und 1705 die Befreiung von Amtsdiensten her.

Auf der Grundlage eines verstreuten Fronhofsverbandes mit rein grundherrlichen Gerichtsbefugnissen ist hier durch die zähe Arbeit der Grundherren, welche sich ganz und gar nicht auf Rechtstitel stützen konnten, aber von den politischen Verhältnissen begünstigt wurden, eine Pseudolandesherrschaft mit Hochgericht entstanden. Den Ausgangspunkt bot das Hofgericht, das bei Bedarf mit angemessenen höheren Rechten ausgestattet wird. Von da bis zur ersten Anerkennung der Unterherrschaft hat die Entwicklung nur 100 Jahre gedauert.

Daß bei der Abgrenzung der Unterherrschaft auf die entfernten, unter der Landesherrschaft von Kornelimünster gelegenen Hofflehen verzichtet, andererseits naheliegendes, nicht der Grundherrschaft angehöriges Land einbezogen wird, und daß letzterer Schritt durch die Veränderung der Siedungsverhältnisse befördert worden ist, diese Züge nehmen wir wieder ins nächste Kapitel hinüber.

An dem Fall von Stolberg erhellt auch, daß naturgemäß

neben der Anmaßung der Gerichtsrechte die der anderen Hoheitsrechte, hier des Bergregals, einhergeht. Haben wir bisher in unseren Beispielen die Gerichtsbarkeit selbst im Auge gehabt, so könnten wir nun, wenn es noch nötig wäre, dieselbe Erscheinung der Usurpation bei allen einzelnen Teilrechten verfolgen. An Belegen fehlt es wahrlich nicht. Sie bilden ja bis zum Ueberdruß den Inhalt der Regierungsakten, welche die Territorien und Pseudoterritorien in unfruchtbarem Streite miteinander austauschten. Dabei ist neben der geschilderten auch eine rückläufige Bewegung zu beobachten. Denn gleich wie Rechte der Immunitätsherren auf dem Wege der Gewohnheit gesteigert wurden, wurden sie auf demselben Wege von den Landgerichtsherren beschritten. Oder sie kamen in Vergessenheit. Je kleiner der Gerichtsbezirk war, — und wie viele umfaßten nur eben ein Dorf — desto seltener kamen schwierigere Rechtsfälle darin vor. Oft findet sich in den Prozeßakten, daß auch die ältesten Zeugen diesen oder jenen Fall noch nie erlebt haben und darüber nur vom Hörensagen, durch die Ueberlieferung der Vorderen Bescheid wissen.<sup>186</sup> Dadurch gingen die Immunitätsgerichte mancher ihrer Rechte verlustig. *Abusus und desuetudo* sind zwei für die Entwicklung des mittelalterlichen Verfassungslebens mindestens ebenso wichtige Momente wie die Privilegierung und Verordnung. Das ist längst ein Gemeinplatz der verfassungsgeschichtlichen Litteratur geworden, soweit das Hochmittelalter und besonders die Regalien in Betracht kommen.<sup>187</sup> Obwohl man doch über den Prozeß, in welchem sich der Anfall dieser

---

186. In Vilich können sich 1577 nur noch einige Schöffen erinnern, daß die Aebtissin einmal von ihrem Begnadigungsrechte Gebrauch gemacht hätte. (Gr. II, 657, Anm.)

187. Man sehe z. B. Waitz, Schröder und E. Mayer in den betreffenden Partien.

königlichen Rechte an die Grafen vollzog, nur sehr spärlich unterrichtet ist, hat man doch nie gezweifelt, daß er ein allmählicher, vorzüglich durch absus und desuetudo bestimmter gewesen ist; man hat auch als selbstverständlich anerkannt, daß sich dabei die Immunitäten ihren Teil sicher-ten.

Nur die Entstehung der Immunitäten und die Stei-gerung ihrer Gerichtsbarkeit hat man nicht anders als auf dem Wege der Privilegierung erklären zu müssen geglaubt, denn die Privilegien liegen ja vor.<sup>188</sup>

---

188. Ansätze, unbewußte Zugeständnisse an die im folgenden vorgetragene Ansicht finden sich auch bei Aelteren. Bereits Heusler, der doch die Immunität selber ausdrücklich auf Verleihung zurückführt (Stadtverfassung, S. 15), gab zu, daß man sich unter ihr zu Zeiten Karls d. K. etwas anderes mag vorgestellt haben, als noch zu Zeiten Dagoberts. (S. 27.) Liegt hier schon die Anschauung von einer allmählichen Abwandlung des Immunitätsbegriffes unter, so will Heusler an anderer Stelle (S. 36) selbst das zugestehen, „daß schon in der späteren Karolingerzeit Versuche gemacht sind worden, aus der einfachen Immunität das weitere, die Gerichtsbarkeit zu deducieren und in Anspruch zu nehmen, aber rechtlich anerkannt wurde es erst durch die ottonischen Privilegien“. Waitz (V. G. VII, S. 232, Anm. 3) hat freilich diese Sätze ausdrücklich abgelehnt. K. v. Amira gab dann in dem Grundriß des Germanischen Rechts, in Pauls Grundriß der German. Philologie § 49, S. 158 ff. eine Uebersicht über die Entwicklung des Immunitätswesens, welche für alle mit der sonst herrschenden Meinung widersprechenden Tatsachen Raum läßt und wohl auch lassen soll. Daß in neuerer Zeit allenthalben Einwände gegen die ältere Lehre laut geworden sind, und welche Punkte sie betreffen, habe ich oben am Ende des ersten Kapitels angeführt. Ich glaube aber gerade zu ihrer Unterstützung die Tatsachen, welche unser Gebiet erschließen ließ, der scharf ausgebildeten Lehre, wie sie noch zu-



Kann man, darf man aber diese Ausnahme festhalten? Es wäre wohl möglich, unsere angeführten Beispiele voll anzuerkennen und doch zu erklären, Immunitätsgerichtsbarkeit hat nur Kraft königlicher Verleihung entstehen und sich erheben können. Erst nach vollkommener, gesetzmäßiger Ausbildung des Instituts war die Möglichkeit zu Analogiebildungen auf dem Wege der Gewohnheit und der Usurpation gegeben, in einer Zeit, da der Verfall der Reichsverfassung soweit fortgeschritten war, daß auch die Grafen, ehemalige Reichsbeamte, sich königliche Vorbehaltsrechte ohne weiteres anmaßen konnten. Dem ist zu erwidern, daß unsere unmittelbaren Belege für allodiale Hochgerichtsbarkeit mit dem Beispiel von Rees<sup>189</sup> immerhin bis in die Mitte des 11. Jhds. hinaufreichen. Und sollten wir dieses Beispiel als Fälschung ansehen und erst dem 12. Jhd. zuschreiben müssen, so kommen uns die Untersuchungen von Hirsch zu Hilfe, aus denen mit Sicherheit hervorgeht, daß die schwäbischen Dynasten zur Zeit des Investiturstreites auf ihren Eigengütern Hochgerichtsbarkeit ausübten, ohne daß auch nur eine Spur von Privilegierung zu finden wäre. Um dahin zu gelangen, bedurfte es doch aber zweifellos einer über Jahrhunderte sich erstreckenden Entwicklung.

Und entbehren unsere Beispiele einer späteren Periode so völlig der Beweiskraft für die ältere? Wenn solche Fälle einer gewohnheitsmäßigen oder usurpatorischen Ausbildung von Immunitätsgerichten, wie die geschilderten, sich

---

letzt Heilmann unter Anerkennung vertreten hat, entgegenstellen zu sollen.

189. S. oben S. 166. Auch auf die Brauweiler Fälschungen der 30er Jahre des 12. Jahrhunderts könnte man hinweisen, denen der Gedanke der allodialen Hochgerichtsbarkeit ganz geläufig erscheint. Sie sehen das Gründungsgut, das nach unserer Meinung Reichsgut war, als pfalzgräflisches Allod an.

noch in einer Zeit ereignen konnten, da der Territorialstaat, wie wir sehen werden, an anderen Stellen bereits sehr energisch an der Arbeit war, sich die Immunitätsgerichte zu unterwerfen und das Gerichtswesen in seinem Bereich wieder zu vereinheitlichen, wenn in dieser Zeit noch die Ausbildung von räumlich abgeschlossenen Hochgerichtsbezirken ab ovo der grundherrlichen Gerichtsbarkeit über wenige zerstreute Kurmedegüter sich vollziehen konnte, dürfen wir da nicht fragen, wie es damit in jener Zeit stand, die wir gewohnt sind, die Auflösung der Gauverfassung zu überschreiben? Dieser Prozeß der Auflösung ist, wie aus unseren Beispielen wohl hervorgeht, immer im Gange gewesen. Die Auseinandersetzung von Grafschaft und Immunität war noch nicht zu Ende gekommen, als die französische Eroberung mit einem Schlage beide verschwinden ließ. Das gilt auch rein räumlich betrachtet, wie das nächste Kapitel zeigen soll. Muß man sich nun vorstellen, daß dieser Prozeß erst eingesetzt habe, nachdem das letzte Immunitätsprivileg aus der kaiserlichen Kanzlei hervorgegangen war? Wir machten schon darauf aufmerksam, wie die Bestätigung dieser Privilegien allmählich außer Gebrauch kommt, und wie sie spätestens in der Stauferzeit eine farblosere Fassung annehmen. Das sind doch Anzeichen dafür, daß sie den herrschenden Zuständen nicht mehr entsprachen, daß auch in der Periode der Immunitätsurkunden von ihnen unabhängige Verfassungsänderungen vor sich gingen. Wo soll man da die Grenze ziehen, an der die ausschließliche Wirksamkeit der Verleihungen endet und das Gewohnheitsrecht analoge Gebilde zu schaffen beginnt? Einen solchen Einschnitt in der deutschen Verfassungsgeschichte gibt es gar nicht. Volksgesetze und karolingische Kapitularien hatten einmal eine einigermaßen einheitliche Grundlage geschaffen. Die Reichsgewalt beginnt zu erlahmen, schon unter Ludwig dem Frommen kommt der Laienadel in Bürgerkriegen empor,

örtliche Gewalten übernehmen in den einzelnen Landschaften die Führung. Auch die erneuerte Königsmacht rafft sich selten nur zu reichsgesetzlicher Regelung der Verfassung auf, deren Weiterbildung sich vielmehr durchaus im Wege der Einzelentwicklung vollzieht. Wo Kräfte sind, da ergreifen sie die gebotenen Möglichkeiten und nutzen sie für sich aus. Dieselben Kräfte aber, welche in den geistlichen Grundherrschaften auf die Steigerung und Zusammenfassung der Gerichtsherrschaft hinwirkten, waren doch ebenso in den weltlichen gegeben. Es hieße das Wesen der deutschen Verfassungsentwicklung seit der Karolingerzeit verkennen, wollte man mitten in ihrem Flusse ein Gebiet und eine Zeit abgrenzen, wo einzig und allein königliche Verordnung Recht zu begründen und zu erweitern im Stande war. Gerade in weiterem Zusammenhange sieht man sich genötigt, anzuerkennen, daß jener Prozeß der allmählichen, ich möchte sagen autogenen Immunitätsbildung seit jeher im Gange gewesen ist, wie wir ihn solange weitergehen sehen, als das alte Reich bestand.

Versuchen wir, uns diesen Prozeß in seinen Umrissen und Hauptpunkten vor Augen zu führen. Wir erkannten: Wie an der Erdoberfläche Schichten der verschiedenen Perioden zu Tage treten, so liegen auch in der Gerichtsorganisation der Territorialstaaten Gebilde der verschiedensten Zeitabschnitte nebeneinander. Wenn wir sie in richtiger Verbindung aneinanderreihen, muß sich uns ein Bild von dem Hergang der Immunitätsbildung ergeben.

Soviel ist aus unseren jüngeren Beispielen mit Sicherheit zu entnehmen, daß sich die Ausbildung der Immunitäten und der Gerichtsbarkeit darin, sowie der Uebergang der öffentlichen Rechte an die Immunitäten in zwei Stufen vollzogen hat: Zuerst erfolgt der Ausschluß der Landgerichtsbeamten oder es werden ihre anderen Rechte stillgelegt,

dann gehen die Immunitätsherren selbst dazu über, diese auszunützen und eigene Gerichtsbarkeit auszuüben.

Als Ausgangspunkt der Immunität überhaupt hat Heusler<sup>190</sup> den höheren Frieden des Hauses und der Kirchen angesehen, der zur Sicherung des klösterlichen Lebens durch königliche Verleihung auf den gesamten Kirchenbesitz ausgedehnt worden ist. In dieser Form läßt sich der Satz allerdings schon deswegen nicht aufrecht halten, weil er sich auf eine falsche Auslegung der Urkunde Ludwigs d. Fr. für Aniane stützt. Man hat aber dann den höheren Frieden des Hauses zur Erklärung der engeren Immunität herangezogen.<sup>191</sup> Und in der Tat ist es doch höchst beachtenswert, daß durch ihn etwa die Sitze der freien Geschlechter, welche wir so oft als Mittelpunkte eximierter Bezirke fanden, von Anfang an gegen den „introitus iudicum“ gesichert waren. Ob in rechtlicher Folge daraus auch die Exemption des Allods überhaupt, wofür eine Urkunde<sup>192</sup> — freilich erst von 1385 — anzuführen wäre, und Gann der ganzen Grundherrschaft, da sie dem Landgericht gegenüber Allod des Grundherren (oder seines Lehnsherren) war, in Anspruch genommen worden ist, das wollen wir nach unseren späten Quellen nicht entscheiden, obwohl wir oben<sup>193</sup> eine solche Stufenleiter von Exemptionen: Des Salhofs, auch der Hofstätten der Lehnleute, endlich des ganzen Hofverbandes aufstellen konnten. Immerhin wird man des höheren Hausfriedens als eines innersten, in allen Grundherrschaften gegebenen Kernes von Immunität gedenken müssen.

Durch die grundherrliche Gerichtsbarkeit ist weiterhin das gesamte von einem Fronhofs abhängige Land tatsäch-

---

190. A. a. O. S. 21.

191. Zuletzt Hirsch, a. a. O. S. 158 ff.

192. S. oben S. 174, Anm. 1.

193. S. 181 f.

lich und sehr augenfällig aus dem Gebiet des Landgerichts fürs erste in etwa herausgehoben. Wenn wir nun von den durch die spätere Entwicklung der Bannbezirke geschaffenen Zuständen absehen und nur die ursprüngliche Gestaltung der Immunitäten ins Auge fassen, so erkennen wir, wie sich auf dieser vom Landgerichtsgebiet unterschiedenen Grundlage höher und höher ein Recht auf das andere in der vollkommensten Deckung von Grundherrschaft und Gerichtsherrschaft aufbaut. Diese Deckung geht bis zu der fast lächerlich erscheinenden Unterscheidung, daß zwar die Erde unter dem grundherrlichen Boden zum Bereich des Immunitätsgerichts, die Luft darüber indessen zum Landgericht gehört. Vom Standpunkt der Immunitätsurkunden wäre diese vollkommene Deckung im Großen noch erklärbar. In ihrer Vielstufigkeit und feinsten Ausbildung aber und überhaupt dort, wo keine Privilegierung vorliegen kann, wie in den weltlichen Immunitäten, ist sie nur verständlich als das Ergebnis einer Auseinandersetzung der Landgerichte mit jeder einzelnen Grundherrschaft, bei welcher die Landgerichte die Immunitäten nur im engsten Bereich der Grundherrschaften aufkommen ließen, diese aber von dem Bestreben einer möglichst vollkommenen Abschließung nach Außen getrieben wurden.

Dieses Bestreben tritt in allen einzelnen Zügen hervor. Wenn ein Lehnsmann Leib und Gut verwirkt hat, so sucht die Grundherrschaft gegenüber den Ansprüchen des Blutrichters die Geschlossenheit wenigstens ihres Gebietes zu wahren, indem sie das verfallene Lehen einlöst oder sich seinen Heimfall rechtlich sichert.<sup>194</sup> Spielt hierbei das wirtschaftliche Interesse mit, so findet jene Neigung zur Ab-

---

194. Außer den oben Anm. 147 angeführten Fällen vgl. auch das ganz gleichartige Verhalten der Immunität gegenüber dem Vogt im gleichen Falle (Kap. V.).



schließung rein nach der Seite des Rechtslebens gewandt ihren einfachsten Ausdruck in dem Ausschluß des Landrichters vom Boden der Grundherrschaft. Zuerst wohl sind deren eigene Organe nach Möglichkeit mit der Vollstreckung der Urteile des Hofgerichts betraut worden, um ein Eingreifen des Grafen zu vermeiden. Dasselbe erreichte man, wenn man Verbrecher auf den Grundherrschaften gefangen nahm und dem Landgericht nur zur Aburteilung stellte. Die Anschaffung eines Stocks, um den Gefangenen bis zur Auslieferung zu verwahren, war nur selbstverständliche Weiterung. Die Grundherrschaft als leistungsfähige Organisation nahm da dem Grafen seine Aufgaben in einer Weise ab, die noch als Unterstützung seiner Tätigkeit gelten konnte. Die häufig erwähnte 3 Tagefrist vor der Auslieferung eines Verbrechers sollte dagegen wohl schon das Recht der Grundherrschaft betonen. Um Zeit zu Sühneversuchen zu bieten, wird die Frist von 3 Tagen auf die Zeit dreier gerichtlicher Ladungen ausgedehnt. Dadurch entwickelt sich die Grundherrschaft zum Asyl. Hier fließt aber auch umgekehrt das aus eigener Quelle entspringende Asylrecht<sup>195</sup> in die Immunität, um ihr eine festere Stellung gegenüber dem Landgericht zu geben und, was bisher nur gestattet war, rechtlich zu begründen.

Indeß nicht nur hinsichtlich des Gebietes seiner Grundherrschaft sucht der Grundherr den Einfluß des Grafen auszuschalten, sondern ebenso auch hinsichtlich ihrer Bewohner. Soweit diese seine Unfreien waren, ist er schon von Rechts wegen ihr Vertreter vor dem Landgericht. Insofern steht diesem die Grundherrschaft von Anfang an geschlossen gegenüber. Aber auch soweit Freie auf ihr angesiedelt waren

---

195. Auch außerhalb der Fronhofsverbände liegende Höfe konnten Asylrecht besitzen, z. B. hat es der Putzfeldshof im Dingstuhl Zingheim, Gr. II, 683.

und die Unfreien allmählich ihre enge Bindung an den Herren abstreifen und aus dessen willkürlicher Gewalt unter das Landrecht traten, sucht der Grundherr wiederum die Einheit seiner Herrschaft nach Außen zur Anerkennung zu bringen. Um seine Grundholden von der Dingsuche zu befreien und doch dem Landgericht genüge zu tun, schickt er den Hofboten, der auf den ungebotenen Dingen des Grafen alle Verbrechen, welche innerhalb der Hofgenossenschaft vorgefallen waren, rügen muß.<sup>196</sup> Der Graf bleibt so an seinem Strafrecht und Brüchten ungekränkt. Es war kein großer Schritt von da bis zum völligen Vergessen der Dingpflicht der Hofverbände. Daß sich diese ihr oft auch ohne die Zwischenstufe der Vertretung durch den Boten entzogen, haben wir an Beispielen geschildert. In ähnlicher Weise lösten sie sich vom Landgericht, indem sie die Beistellung von Schöffen in Abgang kommen ließen.

Ihren urkundlichen Niederschlag haben diese Abschließungsbestrebungen in den Immunitätsprivilegien durch das Verbot des „Introitus iudicum“ gefunden und scheinen darin manchmal besonders gegen ungerechte Bedrückungen gerichtet. Indessen haben nicht nur die Reichskirchen dies erstrebt und erreicht, sondern weil allgemein der Grundherr jede fremde Einmischung von seinem Besitz fernhalten wollte, strebte er den Ausschluß des Grafen an, und weil er stark genug war, seine Grundherrschaft und seine Hinterlassen zu vertreten, gelang ihm der Ausschluß. Damit hatte die Grundherrschaft Immunität erreicht. In dieser Abgeschlossenheit begann dann der Grundherr, eigene Gerichtsbarkeit aufzubauen, bzw. die ihm zustehende auszubauen und auszudehnen.

---

196. Das Auftreten der Hunnen stellt in diesem Falle schon einen jüngeren Zustand dar, bei welchem die leibherrliche Gewalt ganz in der Herrschaft über ein geschlossenes Gebiet aufgegangen ist.

Wie sich die Vertretung aller Hintersassen der Immunität vor dem Grafengericht durch den Grundherren und seine Beamten anlehnen konnte an das Vertretungsrecht, das ihm als Leibherrn für seine Unfreien zukam, so war in der Grundherrschaft von Anfang an Gerichtsbarkeit enthalten, welche neben der landrechtlichen, von dieser ursprünglich bei Seite gelassen, bestand und allen Bestrebungen der Grundherren, die ganze Gerichtsbarkeit in ihren Immunitäten in die Hand zu bekommen, Ausgangspunkt und willkommene Stütze bot. Daß die reine Grundherrschaft, wie wir sie oben umrissen, zu dieser Gerichtsbarkeit das Wenigste beigetragen hat, liegt klar. Wir brauchen unsere Worte nicht zu wiederholen. In den älteren Zeiten aber war sie tatsächlich stets mit Leibherrschaft verbunden und diese enthielt doch einstens vollste Gerichtsbarkeit: Einen Einwand wollen wir gleich beseitigen. Wenn wir die Reste der Hörigengerichte ohne Verbindung mit den Fronhöfen fanden, so beruht das, wir deuteten es schon an, auf der jüngeren Entwicklung, in der sich alle Eigenleute unter Führung der Wachszinser Freizügigkeit erkämpft hatten, so daß sie nicht mehr als „pauperes de familia“ bei den Fronhöfen verweilen mußten, und die Kreise von Grund- und Leibherrlichkeit immer mehr auseinanderfielen. Das Xantener Wachszinserrecht<sup>197</sup> beweist mittelbar, daß die nicht privilegierten Teile der „familia“ auf den Fronhöfen dingspflichtig waren. Auf den Fronhöfen wurde also einmal leibherrliche Gerichtsbarkeit über die „servi“ und vielleicht über die Laten (der Ausdruck im alten Sinne gebraucht) abgehalten.

Betrachten wir nun den uns einzig näher bekannten jüngeren Zustand, so hat der Herr nur dort volle Gerichtsbarkeit über seine Hörigen, d. h. über die daraus hervorgegangenen Untertanen, wo er die territoriale Gerichtsgewalt

---

197. S. oben S. 94.

besitzt. Ein Herr ohne diese hat über seine Hörigen überhaupt nicht zu richten. Dieser Zustand hätte theoretisch auch eintreten können, wenn es nie leibherrliche Gerichtsbarkeit gegeben hätte. Um nun zu entscheiden, ob diese bei der Ausbildung der Immunitätsgerichtsbarkeit mitgewirkt hat, berufen wir uns auf die Immunitätsprivilegien. Lehnten wir es vorher ab, sie zum Beweise ständischer Gerichte heranzuziehen, weil in ihnen der Gedanke der personellen Immunität schon mit dem der territorialen vermischt ist, so dürfen wir uns jetzt auf sie stützen, da es darauf ankommt, die Ziele der Immunitätsherren festzustellen. Und da geben sie offenkundig Zeugnis von deren seit der späten Karolingerzeit zu Tage tretenden Bestreben, die Gerichtsbarkeit über ihre Hörigen in vollem Umfange zu besitzen. Gegenüber dem durch die Kapitularien geschaffenen Zustand, daß der verbrecherische Sklave an das Landgericht ausgeliefert werden mußte,<sup>198</sup> bedeutet das eine Steigerung der Gerichtsbarkeit, welche wir dem Herren nun weniger als dem Leibherren denn als dem Immunitätsherren zuschreiben müssen. Im Besitze dieser vollen Gerichtsbarkeit sind aber die Immunitäten keineswegs ungestört gewesen. Mußte doch schon Ludwig der Fromme zu Gunsten seiner jungen Gründung Korvey gegen die Grafen einschreiten, „quod homines tam liberos quam et latos qui super terram eiusdem monasterii consistunt ... distringere iudiciario more velint“.<sup>199</sup>

In welchem hohem Maße es den Grafen gelungen ist, eine über die Kapitulariengesetzgebung hinausgehende leibherrliche Gerichtsbarkeit zu unterbinden und darüber hinaus sich die unfreien Hintersassen von geistlichen und weltlichen

---

198. S. oben S. 92.

199. L. I, 924 (= Wilmans, Kaiserurkunden Westfalens I, 10), a. 826—833.

Immunitäten zu unterwerfen, haben die im II. Kapitel<sup>200</sup> gegebene Auswahl von Immunitäten der Reichskirchen, die gar nicht oder nur beschränkt zur Hochgerichtsbarkeit gelangt sind, und die in diesem Kapitel vorgenommene systematische Betrachtung des Immunitätsgerichtes gezeigt.

Dieser Kampf um die unfreien Gerichtsleute wird sich keineswegs immer in einem Zuge nach der einen Richtung entschieden haben. Stockungen und Rückbildungen nach der anderen Richtung können dabei ebenso wenig ausgeblieben sein, wie sie in den Beispielen jüngerer Immunitätsbildung zu Tage traten. Es verdient hier nochmals darauf hingewiesen zu werden, daß die dabei erfolglosen Leihherren ganz und gar nicht einer rechtlich zu bestimmenden, von Anfang an minder aussichtsreichen Klasse angehören, sondern daß wir darunter solche finden, die anderwärts sogar zu eigenen Reichsherrschaften gelangt sind, wie die Grafen von Blankenheim oder die Aebte von Prüm und Werden. Das bedeutet wohl, daß leihherrliche Gerichtsbarkeit zwar zur Bildung von Immunitätsgerichtsbarkeit beitragen konnte, daß sie aber nicht notwendig dazu führen mußte. Es kam darauf an, ob sie erfolgreich festgehalten und ausgenützt wurde.

Dieser Kampf hat bis von den Tagen der Karolinger her urkundliche Spuren in den Immunitätsprivilegien hinterlassen. In der Zeit der sächsischen Kaiser hat er, nach der Häufigkeit darauf bezüglicher Sätze in den Diplomen zu schließen, seinen Höhepunkt erreicht. Bei der Spärlichkeit unserer Quellen ist es dabei nicht zu sagen, wann die Grafen zuerst den vollen Erfolg errungen haben, die Hintersassen vieler Immunitäten den Landgerichten zu unterwerfen und dingpflichtig zu machen. Wir haben nur im I. Kapitel<sup>201</sup>

---

200. S. 15f.

201. S. 108.



die untere Zeitgrenze gewonnen, daß dies geschehen sein muß eine geraume Zeit, bevor die Nichtfreien die Eignung zum Schöffen im Landgericht erreichten, was in unserm Gebiet mindestens um die Mitte des 12. Jhds. eintrat. Das bedeutet, daß sich diese Auseinandersetzung in der Hauptsache noch vollzogen hatte, ehe die geschilderte Befreiung der Hörigen einsetzte.

Dies müßte ja schon daraus gefolgert werden, daß es in unseren Quellen an Nachrichten über die leibherrliche Gerichtsbarkeit an sich — abgesehen von der über die Kölner Ministerialen, die ja eben erhalten blieb — vollständig mangelt. Die selbständige leibherrliche Gerichtsbarkeit tritt deshalb gar nicht hervor und wir waren gezwungen, ihre Geschichte von den uns bekannten beiden Endpunkten aus so zu rekonstruieren, wie es unserer ganzen Anschauung von der Entwicklung der Gerichts- und Herrschaftsverhältnisse überhaupt im Mittelalter entspricht. Trotz des Dunkels aber, das über der leibherrlichen Gerichtsbarkeit in den Immunitäten lagert, darf man ihre Bedeutung nicht unterschätzen. Sie liegt darin, daß die leibherrliche Gewalt, weil sie überall gegeben war, für die Immunitätsherren ein überaus wichtiger Baustein und darüber hinaus auch ein Hebel zur weiteren Entwicklung war, weil sie von Anfang an bestand und ihre Einrichtungen — zusammenfallend mit denen der Grundherrschaft — eine Anlehnung für die Immunitätsgerichtsbarkeit boten.

Deren Wesen ist freilich umfassender. In ihrer vollen Ausbildung begreift sie die Hochgerichtsbarkeit über alle auf Immunitätsland Angesiedelten. Sehen wir von den Wachszinsleuten ab, welche ja, in immune Personenkreise zusammengefaßt, in der älteren Zeit eigene Standesgerichte unabhängig von den örtlichen Immunitätsgerichten behaupteten, dann aber durch Anwendung des territorialen Prinzips den Immunitätsgerichten ganz ebenso unterworfen wor-

den sind, wie den Landgerichten,<sup>202</sup> so sind in immer steigendem Maße auch Freie auf den Grundherrschaften angesiedelt oder mit ihrem Gute dahineingezogen worden. Gerade in Hinsicht auf diese Freien erweist es sich, daß wir keineswegs Gedanken, die aus dem anderswie erreichten Endergebnis abgeleitet sind, zu Unrecht den Grundherrschaften unterschieben, wenn wir von ihrem Streben nach völliger Abschließung der Grundherrschaften nach außen sprechen. Freier Mann gehörte von Rechtswegen unters Grafengericht. Die Immunitätsprivilegien aber bringen immer wieder das Verlangen der Reichskirchen nach Einbeziehung der auf ihrem Lande lebenden freien Bauern in die Gerichtsbarkeit zum Ausdruck, welche auf den über die wirtschaftliche Organisation hinaus zu einem Herrschaftsgebiet sich auswachsenden Grundherrschaften geübt wurde. Die Privilegien aber haben diese Gerichtsbarkeit nicht erst begründet. Es ist wohl zu beachten, daß das Kloster Korvey ein Privileg nur nach dem alten Formular mit einfachem Introitusverbot besaß, als der Kaiser Ludwig d. Fr. schon die Gerichtsbarkeit der Grafen über die freien Grundholden des Klosters als eine ungerechte Bedrückung verbot. Das Kloster hatte sie also in Anspruch genommen, obwohl sie nicht durch den Wortlaut seines Diploms gedeckt war, und der Kaiser erkannte sie an. Wer möchte bezweifeln, daß die gleichen Bestrebungen nicht auch jenen Grundherrschaften innewohnen, die nicht den Reichskirchen angehörten?

Wie das Befehlsschreiben Ludwigs d. Fr. für sein Kloster an der Weser lehrt, haben die Grafen nicht ohne weiteres ihre Rechte an den in die Immunitäten gezogenen Freien aufgegeben. Um sie entspann sich also zwischen den Immunitäten und Landgerichten wiederum ein Kampf, der im Ganzen genommen das umgekehrte Gegenstück zu dem

---

202. S. oben S. 105.

um die unfreien Gerichtsleute darstellt. Hier sind die Immunitäten durchaus im Angriff. Die örtliche Immunität wie der Besitz und die Steigerung der leibherrlichen Gerichtsbarkeit kamen ihnen dabei zu Hilfe. Erlangten sie die über die freien Hintersassen, so ließen sie dieselbe durch ihre Hofgerichte ausüben, die damit einen allgemeinen Charakter annehmen. Die örtliche Immunität kommt außerdem noch insofern hinzu, als der Ort des Verbrechens das urteilende Gericht bestimmt. Aus diesen verschiedenen Quellen fließt die einheitliche territoriale Immunitätsgerichtsbarkeit zusammen.

Die Stufen der Entwicklung bzw. Rückbildung werden durch einzelne Beispiele vertreten, welche wir bei der systematischen Untersuchung der Immunitätsgerichte fanden. Die Erkenntnisse über Schmähworte ist wohl die niederste, vom Standpunkt der leibherrlichen Gewalt auf Rückbildung beruhende, das Niedergericht ein Mittelfall, der aber tatsächlich selten vorkam. Die Immunitäten haben es im allgemeinen verloren oder mehr erreicht. Einen Hebel, über die Niedergerichtshoheit hinauszukommen, bot der besonders von der Kirche verbreitete Gedanke, daß jedes Verbrechen durch Geldzahlung gebüßt werden könne. Er gestattete den Grundherren selbst bestimmte Gewalttaten zum Austrag zu bringen, ohne noch im Besitz des Blutbanns zu sein. Die Niedergerichte, da sie die gesamte Zivilgerichtsbarkeit besaßen,<sup>203</sup> konnten über die neben Strafklagen hergehenden Schadenersatzklagen entscheiden, dann selbst über die Ablösbarkeit und Ablösung eines Verbrechens, das, wenn mit Leibesstrafe belegt, vor das Hochgericht

---

203. S. darüber in Einzelnen Pischek, a. a. O. Er behandelt die Frage zwecks Abgrenzung der vogtelichen und immunitätsherrlichen Rechte, bringt aber auch S. 73 ein Beispiel für den Gegensatz von Grafen- und Immunitätsgericht.

gehörte. Jedenfalls stellten wir fest, daß die Immunitätsgerichte Eendenich, Kreuzberg und Kesseling diese Befugnisse besaßen, da sie die Howedde verhängen konnten, ohne noch Blutgerichtsbarkeit auszuüben. In Eendenich erfahren wir, daß von den Hochgerichtsfällen nur die blutige Wunde der Entscheidung des Niedergerichtes im Wege des Sühneverfahrens überlassen war. Ob anderwärts eine Vermehrung der durch Bußzahlung ablösbaren Hochgerichtsfälle eingetreten ist, lassen unsere Quellen nicht erkennen.<sup>204</sup> Dagegen scheint aus diesem Zusammenhange auf die Teilung der Howedden zwischen Grafen und Vogt in Kesseling und Kreuzberg ein Licht zu fallen. Denn da die Behandlung von „*causae majores*“ im Niedergericht dem Grafen die Bußgelder entzogen hätte, ist es begreiflich, daß er wenigstens seinen Amtsanteil daran verlangte, wenn er schon das Sühneverfahren im Niedergericht zuließ. In Kesseling hat er darum sogar einen schweigenden Schultheißen im Vogt ding sitzen.

---

204. Pischek kommt zu der Annahme einer Vermehrung dieser Fälle im Laufe der Zeit durch eine zu enge Deutung des Ausdrucks „Dieb und Frevel“, die inzwischen Hirsch a. a. O., Kap. III, dahin berichtigt hat, daß darunter alle „*causae maiores*“ zu verstehen seien. Die Sühnegerichtsbarkeit wäre also nicht allmählich auf alle Hochgerichtsfälle erstreckt worden, sondern hätte sie stets alle ergreifen können. Der einzige sichere Beleg aber, den, soweit ich sehe, unsere Quellen darbieten, kennt nur sehr beschränkte Sühnegerichtsbarkeit des Schiedsgerichts. Womit aber noch nicht gesagt ist, daß das Hochgericht nicht auch in anderen Fällen Bußzahlung gestattete. Vielmehr scheint das Weistum von Antweiler (Gr. II, 669) von 1525 dort, wo es von „verantworten mit recht“ spricht, das Sühnegerichtsverfahren im Auge zu haben, das sich hier dann auch auf den Todschlag erstrecken würde. Zum Verständniß des fraglichen Ausdrucks vgl. man das Weistum von Wichterich (Gr. II, 726) § 6.

Zur weiteren Steigerung ihrer Befugnisse bot den Immunitätsgerichten schon die Verhaftung und Verwahrung eines Verbrechers einen Ansatz. Sie nahmen zuerst auch dessen Aburteilung für sich in Anspruch.<sup>205</sup> Endlich haben sie auch das Urteil selbst vollzogen. Gerade bei dieser entscheidenden Errungenschaft, welche die volle Hochgerichtsbarkeit und damit die Anwartschaft auf die Landeshoheit den Immunitätsherren in die Hände gab, ist nicht zu verkennen, wie sie nur Schritt für Schritt und in engster Begrenzung auf den Boden der Grundherrschaft erreicht wird. Ich denke da an das Verbot, dem Herren der Landstraße, d. i. der Grafenrechte, die Luft mit dem Leichengeruch der Hingerichteten zu verpesten, und die noch bezeichnendere überfeine Unterscheidung des Gerichts unter und ober der Erde in Kendenich, wo das Ursulastift Blutgerichtsbarkeit soweit üben kann, als das auf dem Immunitätsland im eigentlichsten Sinne möglich ist. Indem diese Unterscheidung wenigstens in Worten auch in anderen Weistümern wiederkehrt, zeigt sich an, daß früher einmal wohl noch mehr Hofgerichte auf die Blutgerichtsbarkeit unter der Erde beschränkt gewesen sind.

Diese Züge, dann die Teilung der Howedden in Kreuzberg und Kesseling, die Blutgerichtsgewalt der Immunität Winterberg, während dem Waldgrafen die Howedden zufielen, — ein Fall, den wir im letzten Kapitel noch besprechen werden — auch das Begnügen mit der Vertretung von Immunitäten im landgräflichen Rügegericht durch den Boten lassen keinen anderen Eindruck aufkommen, als daß die Gerichtsbarkeit auf den Fronhöfen von den Landgerichten manchmal geduldet wurde, weil man eben die Immunität als geschlossene Organisation anerkannte und in ihrem Be-

---

205. Bekannt ist mir dafür nur das eine Beispiel von Hönningen, s. oben S. 191.



reich tun ließ, was ihr beliebte, wenn daraus nur weiter kein Nachteil erwuchs und vor allem der Graf an seinen Gefällen nicht geschädigt wurde. Auch darauf ist zu verweisen, daß nach der Urkunde Zwentibolds für Kloster Werden<sup>206</sup> das Grafengericht subsidiär bei Rechtsverweigerung des Immunitätsgerichts zuständig wurde. Trotz der Privilegierung stand jenes als das eigentliche, ordentliche Gericht insofern noch über diesem als einem unter bestimmten Bedingungen nur geduldeten.

Daneben aber und in erster Linie vollzog sich die Bildung der Immunitätsgerichte im steten Kampfe mit den Landgerichten. Nach unseren jüngeren Beispielen könnte man sie aus lauter Akten willkürlichster Anmaßung zusammengesetzt halten. Solche Fälle sind als Tatsache nicht abzuleugnen. Sie traten aber deswegen so kraß zu Tage, weil wir sie nach den Aussagen der einen Partei schildern mußten, und weil die Grundlagen des Kampfes im Hochmittelalter, wie noch gezeigt werden wird, veränderte waren. Wenn man sich die Unsicherheit der alten Zeiten vor Augen hält, wird man auch nicht in jedem Falle eine Anmaßung, sondern häufig einen Akt der Selbsthilfe erkennen müssen. Aus der einmaligen, durch die Not gebotenen Uebung konnte aber bei der Bedeutung, die gerade im Mittelalter die Gewohnheit für die Ausbildung von Rechten hatte, ein Anspruch auf ein Recht entstehen. Und im Ganzen ist die Entwicklung nicht nur sehr allmählich verlaufen, sondern fand auch in ihren einzelnen Stufen immer wieder Anlehnung und Förderung durch Rechtseinrichtungen oder Bedürfnisse, die von außen herantraten, wie etwa dem nach Vermehrung der Gerichtsstätten, das sich mit dem stärkeren Ausbau des Landes einstellen mußte. Vor allem aber ist

---

206. S. oben S. 130.

sie nur der letzte Ausschlag einer tieferen, in den Grundherrschaften liegenden Kraft.

Wir bestimmten diese bisher rein äußerlich als eine Neigung zur völligen Abschließung nach Außen und zeigten ihre Wirkungen. Das volle Verständnis für diese Erscheinung kann aber unsere allein den Verfassungsfragen zugewandte Betrachtung nicht eröffnen. Es bedürfte einer breiteren Grundlegung durch Eingehen auf die Gestaltung des Wirtschaftslebens in der Grundherrschaft und seiner von innen heraus wirkenden Bedürfnisse. Für eine solche fehlen indessen unser Gebiet betreffende Vorarbeiten, auch ließe sie sich aus unseren späten und landschaftlich beschränkten Quellen allein nie zur Genüge gewinnen. Jüngst hat aber A. Dopsch in seinen Untersuchungen über die Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit versucht, den Zusammenhang zwischen Rechts- und Wirtschaftsentwicklung zu zeigen. Seine Ergebnisse sind den unseren nahe verwandt und geben ihnen eine festere Begründung. Dopsch legt die verschiedenen Bestandteile der Grundherrschaft, der mit ihr verbundenen leib- und schutzherrlichen Rechte, die Ansiedelung von Freien auf Immunitätsland in ihrer mannigfachen Durchkreuzung und Durchdringung dar und stellt dem die Sätze gegenüber,<sup>207</sup> durch welche das Immunitätsformular jeweils individualisiert wird. Er gelangt dabei zu dem Schluß, daß diese Sonderbestimmungen, von denen angenommen wurde, daß sie die Steigerung der Immunitätsgerichtsbarkeit hervorgerufen oder ihre Verstaatlichung bezweckt hätten, nur dem Schutz der von der Laienwelt bedrohten Kirchenimmunitäten dienen sollten, also eine in Anspruch genommene oder schon vorhandenen Seite der Immunität schärfer hervorkehrten. Folgender Satz<sup>208</sup> gibt m. E. die Summe

---

207. A. a. O. S. 114 f.

208. A. a. O. S. 116.

seiner Betrachtungen in dieser Hinsicht: „Wie im Formular diese Bestimmungen an das alte negative Verbot des *Introitus iudicum* anschließen, so ist auch sachlich darin der positive Ausbau, gewissermaßen die rechtliche Konsequenz zu sehen, welche die Immunitätsinhaber angesichts der konkreten wirtschaftlichen Entwicklung aus ihren Privilegien zogen.“

Durch die Erkenntnisse der Wirtschaftsgeschichte wird so der Rahmen ausgefüllt, den wir oben nach den Ergebnissen der reinen Urkundenforschung abgesteckt und dann durch die Beobachtungen der Verfassungszustände verstärkt haben. Die wirtschaftliche Entwicklung ist die treibende Kraft, welche die Abwandlungen des Immunitätsbegriffes und der ihn verkörpernden Einrichtungen hervorgerufen, welche die Grundherrschaft zur Abschließung auch nach Außen gedrängt hat. Diese Neigung zur Abschließung erscheint nur als die andere, nach der Richtung des öffentlichen Rechtes gewandte Seite des Strebens der Grundherrschaft nach wirtschaftlicher Autarkie.

Daß dieselbe wirtschaftliche Entwicklung, wie bei den Reichskirchen, gleicherweise, wenn z. T. auch in kleinerem Maßstabe bei den weltlichen Grundherrschaften statt hatte, wird niemand leugnen, noch bezweifeln wollen daß die weltlichen Grundherren und jene geistlichen, die nicht der Reichskirche angehörten, daraus nicht etwa auch dieselben rechtlichen Folgerungen zu ziehen gedachten.<sup>209</sup> Es kann

---

209. Bezeichnender Weise kommt in der Kapitulariengesetzgebung die durchaus gleiche Stellung der geistlichen und Laiengroßen z. B. in Vertretung ihrer Hintersassen gegenüber dem Gericht zum Ausdruck, worauf wiederum zuletzt Dopsch hingewiesen hat. So, wie man erwarten sollte, zieht er aus dem Allen allerdings nicht die Folgerung, sondern sucht nach einer anderen Erklärung der Laien-

auch nicht sein, daß ihnen der Erfolg versagt blieb, weil sie keine Privilegien erhielten. Die schon in Dopschs angeführten Worten inbegriffene Anerkennung einer von den Privilegien unabhängigen Rechtsentwicklung als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung ist daher unbedingt zu erweitern, indem man sie auch bei allen den Grundherrschaften für möglich hält, welche keine Immunitätsurkunden erhalten haben. Sie ist ferner auch auszudehnen bis auf die Wurzel des Immunitätswesens, die Entstehung der einfachen Immunität. Man darf, glaube ich, nicht bei der Annahme stehen bleiben, daß erst nach Erteilung der einfachen Immunität die autogene Entwicklung einsetzen und erst nach der Ausbildung des vollen Immunitätsbegriffes seine Uebertragung auch auf nicht privilegierte Grundherrschaften erfolgen konnte. Gegen eine solche Abgrenzung eines zeitlichen und räumlichen Gebietes reiner Privilegienentwicklung wandten wir oben schon allgemeine Gründe ein. Man muß vielmehr anerkennen, daß bereits in der Karolingerzeit das wirtschaftliche Bedürfnis im Stande gewesen sei, einfache Immunität zu erzeugen. Denn sonst wären die Grundherrschaften der Nichtprivilegierten hinter denen der Reichskirchen um Jahrhunderte in ihrer Entwicklung nachgehinkt. Ihre Bestrebungen nach Anerkennung der aus der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung gezogenen rechtlichen Folgerungen haben allerdings fast keinen urkundlichen Niederschlag gefunden. Denn nur diejenigen geistlichen Grundherren, deren Beschützer der König war, suchten öfter Dekung ihrer Errungenschaften durch Diplome zu erreichen, die man in dieser Hinsicht als eine besondere Form, in der jener Schutz ausgeübt wurde, bezeichnen möchte. Die Laien schützten sich und ihre Kirchen und Grundherrschaften selbst.

---

immunität, s. darüber meine Besprechung von Glitsch und Hirsch in der Vierteljahrsschrift f. Soz. u. Wirtsch. Gesch. 1914.

Die Grundherrschaft hat in der Literatur die widersprechendste Einschätzung erfahren. Lange Zeit ist sie als die vorzüglichste Triebkraft und Träger der wirtschaftlichen und Verfassungsentwicklung in den niederen Kreisen bis zum Hochmittelalter betrachtet worden. Dann wurde Stück für Stück das Gebäude ihrer Allmacht, das man errichtet hatte, wieder abgetragen. Zuletzt ist Dopsch gegen ihre Ueberschätzung auf ihrem eigensten Gebiete der Wirtschaft aufgetreten. Zugleich aber wollte er selbst diese rückflutende Welle hemmen, über das Maß hinauszuschlagen, indem er sehr mit Recht vor einer Unterschätzung der Grundherrschaft warnte. Ilgen<sup>210</sup> hat dann auch sogleich auf die Bedeutung aufmerksam gemacht, welche ihr gerade in unserem Gebiete besonders für das Siedlungswesen zukommt. Und wenn wir zusammenfassend über ihre Bedeutung für die Entwicklung der territorialen Organisation urteilen sollen, so ist der Eindruck, daß diese nicht minder groß sei.

Wir haben nach Möglichkeit betont, daß das rein grundherrliche Verhältnis, nämlich die Leihe der in Hofverbänden zusammengefaßten Hufen, nichts mit öffentlichrechtlicher Gerichtsbarkeit zu tun hat. Sie ist daher auch nicht im Stande, zur Landeshoheit zu führen. Die von der Grundherrschaft als der Quelle der Landeshoheit ausgehenden Theorien brauchen nicht mehr widerlegt zu werden. Dies aber einmal zugegeben, muß die mittelbare Einwirkung der Grundherrschaft im Ganzen auf die Territorialbildung umso mehr hervorgehoben werden. Die Grundherrschaft als ein Organismus, der Herrschaft über Grund und Boden mit der Herrschaft über Menschen zu einem umfassenden wirtschaftlichen Zwecke verband, ist Anlaß und Anfangs auch räumliche Grundlage für Bezirke der öffentlichen Gerichtsbarkeit geworden, welche, grob gesprochen, die Hälfte der

---

210. W.D.Z. 32.



**Territorien abgegeben haben.** Die Grundherrschaft hat diese öffentliche Gerichtsbarkeit ganz aus eigenem Bedürfnis, zur Deckung nach Außen an sich gezogen. Vom Standpunkte des endlichen Ergebnisses aus könnte man nur noch vermuten, daß ihr im Laufe der Zeit ein erwachendes Bedürfnis nach Vermehrung der Dingstätten entgegengekommen sei, welchem abzuhelpen die Häufung der kleineren Immunitätsbezirke geeignet war.

Schon im Hochmittelalter freilich hat die Grundherrschaft in unserer niederrheinischen Gegend ein Wesen angenommen, das es nicht mehr berechtigt erscheinen läßt, jene Herrschaftstendenz auf ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse zurückzuführen. Sie ist zu einem bloßen Leihe- und Pachtverhältnis unter beschränkenden Formen geworden und weit davon entfernt, noch bestimmend in das Leben des Lehnsmannes einzugreifen. Sie wird als Faktor des öffentlichen Lebens mehr und mehr von den territorialen Verbänden, Gericht und Gemeinde, in den Hintergrund gedrängt. Dennoch sehen wir jenes Verlangen nach öffentlichrechtlicher Herrschaft immer weiter wirken. Es hat sich von der Quelle seines Ursprungs losgelöst und so verselbständigt, daß es als eigene Kraft in Rechnung gestellt werden muß. Bestimmend für seine Andauer ist wohl in hohem Maße ein gewisses Standesbewußtsein gewesen, das den Besitz einer Herrschaft als notwendiges Zubehör des adeligen Herren und der adeligen Klöster oder Stifter erscheinen ließ, ein echter Zug des feudalen Mittelalters.

Da es keine Herrschaft über Personen mehr vorfand, auch die Grundherrschaft immer unscheinbarer wurde, konnte sich jenes Standesbewußtsein nur im Besitze öffentlichrechtlicher Herrschaft ausleben.

Die räumliche Unterlage dafür mußte allerdings immer wieder die Grundherrschaft bieten. So ging noch 1739<sup>211</sup>

---

**211. Kl. Kamp, Urk. 1014.**

der Zisterzienserabt von Kamp den Erzbischof-Kurfürsten an und erreichte auch, daß die „Latschaft“ Kamp, d. i. der Bezirk der Hoflehen, durch Verleihung der Strafggerichtsbarkeit zur Unterherrslichkeit erhoben wurde.

Nur ist es meist nicht mehr die Grundherrschaft in Streulage, welche den Untergrund für solche Herrschaften abgibt, sondern der aus ihr hervorgegangene Bannbezirk. In dem Auseinanderwachsen von Grundherrschaft und Gerichtsbezirk, welches die Entstehung dieser Bannbezirke bedeutet, zeigt sich die Verselbständigung jener Herrschaftsbestrebungen ganz besonders deutlich. Auf diesen Vorgang kommen wir im nächsten Kapitel zu sprechen. Zuerst sei noch ein Einwand beseitigt, welcher gegen die vorgetragene Ansicht der Immunitätsentwicklung erhoben werden könnte, der Einwand nämlich des Bannleihezwanges.

Die Anschauung, daß nur derjenige Richter das Blutgericht ausüben und bei  $60 \beta = 5$  Mark dingen könne, der den Bann vom König geliehen erhalten hat, wird noch im 13. Jhd. von den Rechtsbüchern in aller Ausführlichkeit und als vollgültig vorgetragen. Es ist nun deutlich, daß solange sie in Kraft stand, zwar wohl einmal ein Grundherr, der nicht den Königsbann besaß, den auf seinem Gebiet ertappten Verbrecher in raschem Zugreifen durch seine Hofgeschworenen aburteilen und selbst hinrichten lassen konnte, daß ein solcher Fall aber vereinzelt bleiben mußte, und sich daraus kaum ordentliche Gerichtsbarkeit zu entwickeln vermochte. Wie lange aber ist jene Theorie tatsächlich in Kraft gewesen?

Als Belege für die Bannleihe in unserem Gebiet, nehmen wir wieder S. Maximin-Trier dazu, kann ich folgende Stellen anführen: Die Aufzeichnung des Prümer Vogteirechts durch Heinrich IV. etwa 1103, eine gleiche Heinrichs V. für den Hof Glné des Aachener Adalbertstiftes, eine 1116 verfertigte Fälschung von S. Maximin auf den Namen Hein-

richs III. und eine Urkunde des Aachner Marienstiftes von 1155,<sup>212</sup> welche alle voraussetzen, daß der „legitimus advocatus . . . bannum habeat a rege.“ Aus ihnen läßt sich also nur feststellen, daß die Bannleihe noch um die Mitte des 12. Jhds.<sup>213</sup> und zwar für die Vögte der Reichskirchen für notwendig erachtet wurde, wie es auch eine Reichssentenz von 1149<sup>214</sup> aussprach. Es ist aber dabei nicht zu übersehen, daß in allen aufgeführten Fällen die Aufzeichnungen des Vogtrechtes durch Uebergriiffe der Vögte hervorgerufen worden sind. In solcher Lage hatten die Kirchen einen besonderen Grund, die Notwendigkeit der Bannleihe für den Vogt zu betonen.<sup>215</sup> Brachte diese den Vogt doch in sichtbare Unterordnung unter die Macht, welche allgemein zum Schutze der Kirchen berufen war. Die Betonung der Bannleihe in den angezogenen Urkunden kann nicht Wunder nehmen, auch wenn es zu gleicher Zeit schon Blutrichter ohne Königsbann gegeben hätte.

Das Vorkommen solcher scheint mir nun bereits bewiesen zu sein. Ich beziehe mich hier wiederum auf Hirschs

---

212. MRh. UB. I, 406, Lac. UB. I, 261, DH. III. 2498 = WIDZ. 5, S. 63, s. dazu S. 52 (echte Grundlage?) und Quix, Cod. dipl. Aquensis N. 69.

213. In der Hegungsformel der Gerichte des Kölner Gereonsstiftes hat sich noch bis in die Neuzeit eine Erinnerung an die Bannleihe bewahrt (KW. I, 59 und 62, II, S. 99), die wir aber übergehen, da sie ganz und gar nicht mehr verstanden wurde.

214. MG. Const. I, 181.

215. Es fällt sogleich auf, daß in der Vogteiurkunde Heinrichs IV. für Gerresheim, Lac. UB. I, 267, a. 1107, welche der Gruppe der ebenerwähnten sehr nahe steht, von Bannleihe keine Rede ist. Man hielt ihre Hervorhebung also nicht immer für nötig. — Ganz in unserem Sinne macht Brunner, Grundriß, 6 S. 141, Anm. 1 eine Bemerkung zu dem angeführten Reichsspruch.

Untersuchungen über die Hirsauer Reformklöster. Hirsch<sup>216</sup> hält zwar die Bannleihe noch im 12. Jhd. für ein notwendiges Erfordernis des Hochrichters. Aber daß die von ihm nachgewiesenen allodialen Hochgerichtsherren den Bann beim Könige nachgesucht hätten, ist keineswegs wahrscheinlich. Keine Nachricht weist darauf hin. Der Sachsenspiegel<sup>217</sup> nennt als Träger des Königsbannes ausdrücklich nur die Pfalz-, Land- und einfachen Grafen und die Vögte. Nun hat allerdings Heinrich IV. 1075 unter den Bestimmungen des Grafen Adalbert für das reformierte Kloster Hirsau den Bannleihezwang für den Vogt bestätigt.<sup>218</sup> Daraus möchte einer schließen, daß auch bisher das Gericht auf dem Klostergut, so lange es noch vom Eigenkirchenherren zu eigenem Recht versehen worden ist, unter geliehenem Königsbann stattfand. Dieser Schluß ist nicht zwingend. Außerdem aber wissen wir, daß die ganze Urkunde nichts wie die Wünsche Abt Wilhelms ausspricht und sahen schon, daß die Klöster ihren Vorteil darin erkannten, die Vögte durch den Bannleihezwang in Unterordnung unter den Königen zu erhalten. Für Abt Wilhelm kam dieser Gesichtspunkt nach eben durchgeführter Reform ganz besonders in Betracht. Dieselbe Absicht mag z. B. 1086 bei Komberg<sup>219</sup> mitgespielt haben, wenn für dieses nicht schon früher, weil es im Eigentum einer Reichskirche, nämlich von Mainz, stand, die Einrichtungen der Reichskirchen in Gebrauch waren. Allgemein hat dann Heinrich V. einen die Bannleihe betreffenden Satz in die Freiungsurkunden der Hirsauer Klöster aufgenommen, wenn sie ihm zur Bestätigung vorgelegt wurden. Hirsch, erklärt, daß es sich dabei nur

---

216. A. a. O., bes. S. 51 ff.

217. Ssp. III, 64.

218. Würtemb. UB. I, 233.

219. Würtemb. UB. I, 239.



um die Anerkennung eines geltenden Rechtsgrundsatzes handelte, welche bisher durch den Investiturstreit verhindert worden war. Wenn die Vögte jener Klöster inzwischen ohne Königsbann gedingt hatten, so war das ein rechtloser, nur durch den großen Streit um die Rechtmäßigkeit von Heinrichs IV. Königtum zu entschuldigender Zustand. Auch wenn wir Hirschs Erklärung annehmen, bleibt für uns die Erkenntnis übrig, daß die ehemaligen Klosterherren jeweils vor der Reformation auf ihren Grundherrschaften Blutgericht ausgeübt haben, ohne im Besitze des Königsbannes gewesen zu sein. Rechtmäßig war dieser Zustand natürlich nicht, aber dennoch nicht mehr ein Einzelfall, sondern eine über die Dynastenherrschaften verbreitete Erscheinung.

Indessen dürfte das Vorgehen Heinrichs V. vollkommen zu erklären sein als ein Versuch, die Reformklöster in den Bau der Reichskirche einzugliedern. Ueber ein Menschenalter hatten sie eine Sonderstellung eingenommen, welche sie als unabhängigen Fremdkörper im Reiche erscheinen ließ. Nun der König seinen Frieden mit dem Papst gemacht hatte, benutzte er die Einrichtung der Bannleihe, um wieder Einfluß auf die Reformklöster zu gewinnen. Sein Verhalten ihnen gegenüber ist also aus politischen Gesichtspunkten zu verstehen. Wir haben bereits<sup>220</sup> die Annahme aufgestellt, daß die Hochgerichte des Klosters Steinfeld in die Zeit vor seiner Reformation zurückreichen. Trifft dies zu, dann erfolgt, während zur gleichen Zeit Heinrich V. sich bemühte, die Vogteigerichtsbarkeit der süddeutschen Reformklöster durch die Bannleihe mit dem Reiche zu verbinden, die Befreiung der Eigenklöster am Niederrhein unter genauer Regelung der Vogteiverhältnisse aber ohne jede Rücksicht auf Beziehungen zum Könige und ohne dessen Teilnahme, obwohl auch Hochgerichtsbarkeit in Frage stand. Heinrichs Auftreten in

---

220. S. oben S. 169.



diesem Punkte erschiene dann auf den Umkreis jenes engen, durch seine Hausmacht bestimmten Gebietes beschränkt, das immer mehr das Feld der Reichspolitik geworden ist. Hirsch hat bereits dieses Vorgehen als einen Vorläufer der staufischen Politik gegenüber den Zisterziensern bezeichnet. Das zeigte sich nun in noch höherem Maße; auch die Staufer ließen in dieser Frage, wie wir noch sehen werden,<sup>221</sup> den Niederrhein außer ihrer Berechnung. Diese Umstände bestärken uns in der Anschauung, daß die Vorschrift über den Bannleihezwang für die Hirsauer Klöster nicht einfach der Ausdruck eines überall gleichmäßig noch zur Anerkennung gebrachten Reichsrechtes, sondern der Ausfluß einer bestimmten Politik war, welche sich allerdings der bei den Reichskirchen und überhaupt bei den ehemals königlichen Beamten, den Grafen, geltenden Einrichtung bediente. Das Reichsrecht war damals schon durch Usurpation durchbrochen. Wann frühestens Hochgerichtsbarkeit ohne Bannleihe ausgeübt worden ist, läßt sich freilich aus unseren Quellen nicht feststellen.

Die Anmaßung von Gerichtsrechten ohne Bannleihe im besonderen Falle mag dadurch erleichtert worden sein, daß der betreffende Dynast oder Vogt bereits für andere Gerichte den Bann besaß. Eine Erinnerung andererseits an den einst allgemein gültigen Leihezwang mag auch darin erkannt werden, daß vielen Gerichten selbst in der Neuzeit noch gerade der Blutbann fehlte. Läßt sich diese Tatsache allein schon durch den verstärkten Widerstand der Blutrichter gegen die Anmaßung dieses, ihres wichtigsten Rechtes erklären und haben jene Gerichte meist auch die zum Königsbanne gehörende 60  $\beta$  Buße gefordert, so mag doch der ehemalige Zwang der Bannleihe dazu beigetragen haben, sie von dem letzten Schritt zur vollen Selbständigkeit abzuhalten. Wie immer dem sei, der Hinweis auf die Not-

---

221. Im Kap. V.

wendigkeit der Bannleihe kann unsere Anschauung von der Entstehung der Immunitätsgerichtsbarkeit nicht erschüttern.

Nachdem wir nun nicht nur die Möglichkeit, sondern auch das tatsächliche Vorkommen einer autogenen Entwicklung der Immunitäten gezeigt haben, sind wir bereit und verpflichtet, abschließend eine Würdigung der Immunitätsurkunden zu geben.

Halten wir uns den geschilderten Prozeß lebhaft vor Augen und bringen wir die Immunitätsprivilegien mit ihm in Beziehung, dann schwinden alle Widersprüche, welche wir oben zwischen der streng ausgebildeten Lehre und den tatsächlichen Verhältnissen feststellen mußten. Die Urkunden erscheinen dann als ein Schutz für die teils zu Recht bestehenden, teils ohne Recht erworbenen oder beanspruchten Gerichts- und Herrschaftsrechte, welche in den Immunitäten jeweils enthalten waren. Sie legen sich darüber aber nur gleich einem Mantel, dessen weite Falten nicht alle vom Körper ausgefüllt werden.

Eine rechtsbegründende Absicht und Wirkung wird man freilich besonders den älteren Privilegien nicht absprechen können. Das gilt vor allem von der Verleihung der Fiskalgefälle. Die Könige besaßen selbstverständlich das Recht, diese ebenso zu vergeben wie Zölle, Marktrechte oder Geleite. An die Verleihung der fiskalischen Gefälle knüpft die herrschende Meinung an, um den Uebergang wenigstens der Niedergerichtsbarkeit an die Immunitäten von Reichskirchen, deren Urkunden noch nicht von der Gerichtsbarkeit sprechen, zu erklären. Wir haben eine breiter begründete Erklärung an die Stelle der bisherigen gesetzt und brauchen sie daher nicht im einzelnen zu widerlegen. Selbstverständlich geben wir gerade von unserem Standpunkt aus gerne zu, daß die Verleihung der Fiskalgefälle von den Grundherren zur Erlangung von Gerichtsbarkeit verwandt worden ist, aber nur, wie sie eben jede Gelegenheit

zu diesem Ende ausnützten. An und für sich bedeutet die Verleihung jener Gefälle nicht mehr als die etwa eines Zolles.

Auch Gerichtsbarkeit zu vergeben, waren die Könige selbstredend berechtigt und im Stande und diesem Zwecke haben unstreitig die Immunitätsurkunden mitgedient. Hierher sind die Beispiele von Immunitätsurkunden für Laien zu rechnen, die alle aus einem besonderen Anlaß verliehen worden sind und bezeichnender Weise der Karolingerzeit angehören,<sup>222</sup> in welcher das Bewußtsein, alle Gerichtsbarkeit stamme vom Könige, noch stärker aufrecht erhalten wurde. Auch später werden die Privilegien den Reichskirchen jederzeit dazu haben dienen sollen, ihre Rechte dort zu steigern, wo sie noch nicht bis zu dem in der Urkunde ausgesprochenen Maße gediehen waren. Aber in allen Fällen ist zu beachten, daß stets ein Teil der Rechte, welche in den Privilegien umschrieben sind, den Immunitätsherren in ziemlichem Umfange von Rechtswegen zustand, nämlich die leibherrliche Gerichtsbarkeit. Daher die Privilegien in allen Fällen einen Zwittercharakter behalten, ihr hervorstechendstes Merkmal aber doch die Schutzaufgabe ist. Denn zur Begründung von Gerichtsrechten bedurften auch die Reichskirchen der Urkunden nicht. Die Immunitätsgerichtsbarkeit entwickelte sich ja von selber fort. Das geschah so allmählich und der Begriff der Immunität erweiterte sich so Schritt für Schritt, daß viele Klöster die Errungenschaften, welche sie auf diesem Gebiete erreichten, durch die älteren, auf geringere Verhältnisse zugeschnittenen Diplome genügend gedeckt glauben konnten, welchen jede Generation

---

222. Zuletzt hat sich Dopsch a. a. O. S. 128 ff. mit ihnen beschäftigt; daß ich seinen dabei vorgetragenen Ansichten nicht völlig beistimme, s. mein Referat in Vierteljahrschrift f. Soz. und Wirtsch.-Gesch. 1914.

eine etwas veränderte Bedeutung unterlegte. Andere Kirchen haben sich mehr oder minder ausgesprochene Bestätigungen ihrer gesteigerten Immunitätsgerichtsbarkeit erwirkt, die dem jeweiligen Zustande in den Fällen seiner höchsten Ausbildung angepaßter waren.

So stellen sich die Immunitätsprivilegien, je jünger sie sind, umsomehr als Bestätigungen eines Zustandes dar, welcher sich auch ohne ihr Zutun entwickeln konnte. Als eingestandene Parallele möchte ich nur auf die innerlich so nahestehenden Asylprivilegien hinweisen.<sup>223</sup> Die Kirchen besaßen Asylcharakter aus weltlichem Recht als umfriedete Orte und aus geistlichem Recht als geweihte Stätten. Trotzdem haben sie immer wieder besondere Schutzbriefe der Könige zu erlangen getrachtet.

Wenn die Privilegien vorwiegend nur der Sicherung und Zusammenfassung gefährdeter Rechte dienen sollten, dann kann es uns auf der anderen Seite nicht Wunder nehmen, daß das in ihnen ausgesprochene Maß von Gerichts- und Herrschaftsrechten in der Tat so oft nicht erreicht oder behauptet worden ist. Aus den bestehenden Verhältnissen erwachsen, deren Mannigfaltigkeit uns eben wieder vor Augen gerückt worden ist, konnten die Privilegien natürlich nicht auf jede örtliche Abweichung Rücksicht nehmen. Sie sollten es sicherlich auch gar nicht, sondern sollten eben vor Entzug von Rechten schützen und umgekehrt über Widerstände hinweghelfen, — gerade hier konnten sie rechtsbegründend wirken — sie sollten zu dem idealen Abschluß führen, der den Grundherren vorschwebte. Da sie dieses aber nicht in dem erwarteten Maße vermochten, so erscheint in den Immunitätsprivilegien viel mehr ein Programm der Grundherren — zufällig der geistlichen — niedergelegt, als selbst nur ein geltender Zustand anerkannt.

---

223. Bindschedler, a. a. O. S. 27 und 51.

In diesem Sinne dürften die Privilegien über den Kreis der begnadeten Kirchen hinaus durch ihr Beispiel auch für andere Grundherrschaften von Einfluß gewesen sein. Nicht so sehr dadurch, daß sie neue Ziele setzten, als daß sie die vorherrschenden Bestrebungen formulierten und aussprachen.

Damit schließen wir die Erörterung des einen Problems der Immunitäten, die Frage der Gerichtsbarkeit. Erschien diese hinsichtlich der Personenkreise als eine allmähliche Auseinandersetzung der Landgerichte und Immunitätsgerichte, bei welcher jeder Teil Verlust und Gewinn im Sinne eines territorialen Ausgleichs zu verzeichnen hatte, so werden wir denselben Charakter bei dem zweiten Problem, der Entstehung der Bannbezirke, in Hinsicht des räumlichen Geltungsbereiches der Gerichte wiederfinden. Diesem Problem wenden wir uns nun zu.

---



## Kapitel IV.

### Die Entstehung der Bannbezirke

Anfangs, als die Immunitätsherren öffentliche Gerichtsbarkeit erlangten, erstreckte sich diese entsprechend der Streulage der Grundherrschaften über einzelne Güter, welche in den Landgerichten zerstreut lagen. Daß die Grundherrschaften am Niederrhein stets und von allem Anfang an Streubesitz gewesen sind, ist unschwer zu zeigen. Den ältesten Ueberblick über grundherrliche Verhältnisse auch des Niederrheins gewährt das Prümer Urbar von 893. Man nehme daraus z. B. die Villikation Iversheim bei Münster-eifel.<sup>1</sup> Von ihren 27 Hufen liegt die Mehrzahl im Ort selbst, eine aber in Kirspenich, eine in Ogchereshusen, eine halbe in Wachendorf. Zum Hofe Meckenheim<sup>2</sup> gehören Güter in Altendorf, Adendorf, (Ober)winter und Unkel, zwischen sie schieben sich die Güter der Höfe Unkel, (Ober)-bachem und Villip. Also nicht einmal innerhalb der Grundherrschaften derselben Kirche ist der Ausgleich mit dem Ziele der Abrundung herbeigeführt, was sich aus der verschiedenen Art und Zeit der Erwerbung der einzelnen Teile erklären wird. Die Beispiele für den Streucharakter der Grundherrschaft lassen sich beliebig vermehren. Betreffen die angeführten den Süden unseres Gebietes, so finden sich Beschreibungen der Fronhofsverbände aus dem nördlichen Teil, dem Gill- und Kölngau, in Band I und II der Kurkölnischen Weistümer. In dem furchtbaren Becken des

---

1. MRh. UB. I, S. 175.

2. MRh. UB. I, S. 181 f.

Gillbaches lagen z. B. die Lehen der Höfe Büsdorf, Eckum, Nettesheim, Frixheim, Anstel, Oekoven, Ramrath und Gohr durcheinandergemischt. Nicht anders ist es in der Kölner und Bonner Gegend. Sehr häufig gab es in einem Orte zwei und mehr Fronhöfe;<sup>3</sup> in Walberberg deren vier. Oder ein Fronhof bildete wohl den Mittelpunkt des Dorfes, andere Villikationen reichten aber mit ihren Lehen in dessen Flur hinein, so z. B. in Weilerswist,<sup>4</sup> wo fünf oder gar sieben Hofverbände ineinander gleichsam verzahnt waren. Für das Land Jülich gibt endlich die Erkundigung über die Hofgerichte von 1555<sup>5</sup> übersichtlich Auskunft. Auch hier finden sich oft mehrere Herrenhöfe in einem Ort, durchgängig aber die Streulage der Grundherrschaften.

Lamprecht, welcher diese Tatsache auch für den Mittelrhein und das Moselgebiet festgestellt hat,<sup>6</sup> meinte eine Ausnahme für das Königsgut annehmen zu müssen, das in geschlossenen Fiscis von beträchtlichem Umfange organisiert gewesen sei.<sup>7</sup> Da er den Nachweis an dem noch zum Ahrgau gehörigen Fiskus Sinzig zu führen versuchte, ist er für uns von besonderer Bedeutung. Prüft man aber Lamprechts Belege für die Behauptung, daß diese Krondomäne 5 — 6 Quadratmeilen (277 — 333 km<sup>2</sup>) zusammenhängenden Landes umfaßt habe, so scheinen keine zwingenden Gründe beigebracht, um die von ihm bekämpfte Annahme auszuschließen, daß die jeweils als Teile des Fiskus erwähnten Orte nicht doch dessen „abgelegene Dependenzen“ gewesen seien.

---

3. S. auch Ilgen, Die Grundlagen der mittelalterlichen Wirtschaftsverfassung am Niederrhein, WDZ. 32, bes. S. 19 ff., 105 ff., der zahlreiche Beispiele anführt.

4. KW. II, S. 81 ff.

5. Lac. Arch. III, S. 300 ff.

6. DWL. I, 738 ff.

7. DWL. I, 714.

Lamprecht trägt außerdem die Nachrichten mehrerer Jahrhunderte zusammen, ohne zu berücksichtigen, daß zwischen diesen eben die Entwicklung vom Streubesitz zum Bannbezirk liegt, welche es aufzuklären gilt. Das zeigt sich gerade an dem Ländchen Breisig, das Lamprecht wohl mit Recht als Teil des Fiskus betrachtet, ehe König Zwentibold den dortigen Fronhof dem Stift Essen schenkte. Die Angaben von Gerß in der Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins 12 lassen keinen Zweifel, daß die Essener Grundherrschaft nur einen Teil des Ländchens ausmachte. Ebenso wie nun dessen Limiten nicht nur Hofland umschlossen, also nicht als Beweis für geschlossene Grundherrschaft verwendet werden können, ebenso wenig darf man aus dem Vorkommen des geschlossenen „iudicium“, der „termini“ von Sinzig im 12. Jhd. die Geschlossenheit der königlichen Domäne im 8. ableiten. Umfängliche Bannforsten mögen allerdings zu ihr gehört haben; sie kommen auch sonst noch vor, im Flamersheimer Wald, in der Ville, im Ostring.<sup>8</sup> Trotzdem haben wir keinen Grund, für die Fisci im bestellten Land einen anderen Zustand anzunehmen, als für die Villikationen des Adels und der Kirche. Steinitzer<sup>9</sup> hat ja 1911 den Nachweis erbracht, daß schon unter Karl d. Gr. das Krongut allgemein in der Hauptsache Streubesitz war. Dopsch<sup>10</sup> hat diese Erkenntnis in dem oben öfters angeführten Buche über die Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit weitergeführt und gerade unser Gebiet betreffend hat

---

8. S. oben S. 33 f. Wahrscheinlich war auch der Kottenforst einmal königlich, s. Ilgen a. a. O. S. 37; rechtsrheinisch wäre der Königsforst bei Deutz zu nennen.

9. Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 9, bes. S. 490 ff.

10. Wirtschaftsentwicklung I, bes. S. 114 ff.

noch zuletzt Ilgen<sup>11</sup> an dem Traditionskodex des 9. Jhd. von S. Cassius gezeigt, daß in der Umgebung von Bonn das Königsgut zwischen den übrigen Gütern verstreut lag. Da nun gerade die Fisci bis in hohe Zeit zurückverfolgt werden können, gilt das gewonnene Resultat um so mehr für die niederrheinischen Grundherrschaften überhaupt. Wir dürfen auf keinen Fall mit geschlossenen Grundherrschaften als Unterlage der Immunitäten rechnen.

Die abschließende territoriale Organisation weißt demgegenüber als Gebiet der meisten Immunitätsgerichte geschlossene Bezirke auf, in welchen dem Hofherren auch die übrigen öffentlichen Rechte mehr oder minder zustanden, oder von denen doch die Grafengewalt hinsichtlich dieser Rechte ausgeschlossen war. Solche Bezirke nennen wir **Bannbezirke**.

Es lag in der Hand der Könige, wie sie den Kirchen ganze Grafschaften schenkten, ihnen alle öffentliche Gewalt über einen Teil nur einer Grafschaft zu übertragen.<sup>12</sup> Dies geschah vorzüglich in den alten Römerstädten. So müssen

---

11. A. a. O. S. 30 f.

12. Diese Art der verliehenen Bannbezirke hat man bisher vorzüglich ins Auge gefaßt, so z. B. Waitz, VG. IV und VII, Heusler, Ursprung der Stadtverfassung, S. 27; neuerdings hat Seeliger, Grundherrschaft, S. 111 ff. die Frage angeschnitten. Indessen sind die Belege, die er beibringt, um das Institut der Verleihung als häufig erscheinen zu lassen, recht wenig geeignet, die Ansicht zu stützen. Sie betreffen meist Sonderverhältnisse, Burgen, Städte, Märkte. Am wenigsten darf DO. I, 27, a. 940 für Corvey herangezogen werden, das nur den Burgbann, also Baudienste betrifft, wie S. selbst sagt, und den Gerichtsstand der Burgbannleute ganz unberührt läßt. Der Burgbann aber, den sich 1151 ein Ministeriale von Korvey anmaßte, ist wieder etwas anderes, nämlich Gerichtsbarkeit, aber nur innerhalb des umfriedeten Klosters.

wir annehmen, daß wahrscheinlich Otto d. Gr. die Grafenrechte über die Stadt Köln seinem Bruder, dem Erzbischof Bruno übertragen hat.<sup>13</sup> Befand sich innerhalb des Bezirkes, auf den sich die Uebertragung erstreckte, schon der Kern einer Immunität des Beschenkten, so entspricht das Ergebnis der Maßnahme völlig jener Erscheinung, die wir als Bannbezirke bezeichneten. Dennoch sind diese Verleihungen, die vornehmlich der sächsischen Kaiserzeit angehören, eher mit den Schenkungen ganzer Grafschaften an die Kirche zusammenzustellen,<sup>14</sup> welche gleichfalls jener Periode eigentümlich sind. Beide Akte sind nur für die Reichskirchen bestimmt, sind nur Mittel zum Zweck, Glieder in der Reichskirchenpolitik der sächsischen Kaiser. Zwar geben sich die Bannverleihungen oft ausdrücklich als Immunität.<sup>15</sup> Wenn aber in manchen dieser Bannbezirke nicht der

---

13. S. oben S. 29.

14. Das bemerkt auch Heusler, a. a. O. S. 41, obwohl er die der Immunität innewohnende Richtung auf räumliche Abrundung S. 25 f. hervorhebt und überhaupt die ganze Entwicklung meisterlich in Kürze umreißt. Auch Rietschel zieht MJÖG. 27, S. 411 die Parallele mit der Verleihung ganzer Grafschaften, will aber Seeliger zugestehen, daß man besser von „erweiterter Immunität“ spricht.

15. Dies hebt Seeliger, Grundherrschaft, S. 119 hervor, um S. 120 zu betonen, daß die Entwicklung der Immunitäten die notwendige Voraussetzung der Bannverleihungen sei. Er wendet sich damit gegen Keutgen, (Entstehung der Stadtverfassung, S. 24) welcher von dem Satze ausgeht, daß der König auch ohne vorhandene Immunität den Bischöfen volle Gerichtsgewalt in den Bischofsstädten übertragen konnte. Gerade im Zusammenhange der ottonischen Reichskirchenpolitik scheint es mir nun geboten, Keutgens Standpunkt einzunehmen. Daß die Bannverleihungen in Deutschland episodisch fast nur in dieser Periode auftreten, zeigt uns, daß besondere, von der immer



Immunitätsvogt, sondern — wie in Köln — ein Burggraf die Hochgerichtsbarkeit ausübt, so scheint sich doch darin das Bewußtsein der Zeit auszusprechen, daß die betreffende Kirche nicht so sehr ihre Immunität erweitert, als einen Teil der Grafschaft gewonnen hat.

Dies zu betonen, halte ich für notwendig, um das Wesen der gewachsenen Bannbezirke umso klarer herausstellen zu können.<sup>16</sup> Es sei gleich bemerkt, daß wir außer bei Köln nirgends sonst in unserem Gebiete Grund haben, die Verleihung eines Bannbezirkes zu vermuten.<sup>17</sup> Vielmehr läßt uns eine Fülle von Beispielen den sehr allmählichen Prozeß verfolgen, in welchem sich, von solchen seltenen Ausnahmen

---

fortlaufenden Immunitätsentwicklung unabhängige Gründe dabei wirksam waren.

16. Rönig, Die Entstehung der Landeshoheit des Trierer Erzbischofs zwischen Saar, Mosel und Ruwer und ihr Kampf mit den patrimonialen Gewalten, Trierer Archiv, Erg. Heft 13, 1906, hatte solche gewachsene Bänne, aber nur mit Bagatellgerichtsbarkeit vor sich. Da er sich ihres Unterschiedes von den verliehenen Hochgerichtsblinnen nicht bewußt wurde, glaubte er, ihre Entstehung mit dem Hinweis auf Seeliger erklären zu können und förderte das Problem nicht. S. dazu die Besprechung Rietschels, Vierteljahrsschrift f. Sozial- und Wirtschaftsgesch. 5, S. 337. Das gleiche gilt von Glitsch, s. die folgende Anmerkung. — Völlig unvoreingenommen ist, gleichfalls von Seeliger, aber von dessen fruchtbaren Anregungen ausgehend, Wohltmann bei seiner Untersuchung über die Entstehung der Landeshoheit des Abts von Prüm, WIZ. 28, an das Problem herangetreten und hat daher auch den Erfolg gehabt, es zum ersten Mal eindringender zu beleuchten.

17. Keineswegs darf man, wie Glitsch, a. a. O. S. 19, von der Annahme der Verleihungen als einem Axiom ausgehen, bes. wenn man sich, wie auch er, bewußt geworden ist, daß Seeligers Beispiele fast alle Markt-, kaum eines Dorfbänne betrifft.

abgesehen, die überwiegende Mehrzahl der Bannbezirke gebildet hat.

Aus dem voranstehenden Kapitel geht hervor, daß Bannherrschaft auf jeder Stufe von Gerichtsbarkeit erreicht werden konnte. Wir lernten Bannbezirke des Niedergerichts (z. B. Schwadorf, Badorf), des beschränkten Hochgerichts (Kesselring, Eendenich, Hönningen) und des vollkommenen Hochgerichts kennen, wie wir andererseits alle diese Stufen auch ohne Bannbezirke, nur auf die Grundherrschaften bezogen, feststellen konnten. Die Steigerung der Immunitätsgerichtsbarkeit und ihre Erstreckung auf Bannbezirke läuft also derart nebeneinander her, daß bei demselben Gericht die eine Entwicklung früher, die andere später zum Abschluß gekommen sein kann.

Den älteren Zustand, wie ihn sich die Immunitätsgerichtsbarkeit geschaffen hatte, brauchen wir nur kurz ins Gedächtnis zurückzurufen. Er ist dadurch gekennzeichnet, daß die Zugehörigkeit eines Lehens zu einem Fronhofe den Gerichtsstand seiner Bebauer und Bewohner vor diesem Hofe bestimmt, und daß das Lehen, wo immer es liegt, als Territorium des Immunitätsgerichtes gilt. Hat sich aber ein Bannbezirk gebildet, so ist das Wohnen in demselben für den Gerichtsstand eines Mannes ausschlaggebend und alles Gut in dem Bannbezirk, gleichgültig welcher rechtlichen Qualität, bildet das Territorium des Immunitätsgerichtes. Dieses umfaßte dann auch Allod und Lehen fremder Höfe, — wenn wir einen Durchschnittsfall setzen; hier und dort konnte ja das eine oder andere fehlen.

Von dem Fronhof Worringen des Dompropstes hingen z. B.<sup>18</sup> 72 Lehen zu 30 Morgen, also 2160 Morgen ab, über welche dem Dompropst seit jeher die grundherrliche Ge-

---

18. S. dazu KW. I, S. 258 ff. Ich verweise überhaupt auf die Erläuterungen zu den KW., welche verschiedentlich Belege bieten,

richtsbarkeit zugestanden hat. Das Hofgericht, welches sie ausübte, war aber zugleich Hochgericht für die Herrschaft Worringen, die drei Dörfer mit 6963 Morgen umfaßte. Wir können darunter ebenso Allod wie Lehen des Fronhofs Langel der Abtei Deutz, wahrscheinlich auch des Fronhofs Dormagen des Kölner Andreasstiftes feststellen.

Andererseits lagen nicht die ganzen 2160 Morgen eigener Lehen in der Herrschaft Worringen. Um das Jahr 1600 wöhnte von den Lehnslenten des Dompropstes etwa die Hälfte in Dormagen und dem mag die Verteilung der Lehen selbst auf die beiden Herrschaften entsprochen haben. Die 42 Worringer Lehnslente aus Dormagen erschienen zu den Hofgedingen in Worringen, stellten dafür sogar im 18. Jhd. zwei Lehnsschöffen<sup>19</sup> und ihre Lehen hatten jederzeit ihren Gerichtsstand auf dem Fronhofe, an den sie ihre Erbpachten entrichteten. Im übrigen aber waren sie Territorium des Gerichtes Dormagen, das auch aus einem Hofgerichte, des Andreasstiftes, entstanden war, und die 42 Lehnslente waren Untertanen dieses Gerichtes. Das Beispiel ist durchaus typisch.

An dem Aufbau der Grundherrschaft also hat sich nichts geändert. Die grundherrliche Gerichtsbarkeit blieb von der Bildung der Bannbezirke unangetastet,<sup>20</sup> weil sie als eine dingliche Last fest mit den Lehen verbunden war. Aber auf dem Gebiete der öffentlichen Gerichtsbarkeit ist ein Ausgleich im Sinne des territorialen Prinzips eingetreten. An diesem

---

19. Die bei allen Fragen des Hofrechts mitzuwirken hatten. Die Dormager Lehnslente hatten selbst diese Einrichtung 1710 verlangt und man darf wohl annehmen, daß sie eine Schutzmaßregel gegen freundschaftliche Einschätzung bei fälligen Kurmeden etc. durch die Worringer Schöffen sein sollte.

20. Ueber die Ausnahme ihrer Erweiterung zur Banngrundherrschaft s. unten.

Ausgleich haben die Landgerichte ebenso Teil gehabt, wie die Immunitätsgerichte. Hätten sich alle Fronhöfe als Kristallisationspunkte für Bannbezirke erwiesen, so wären die Landgerichte — denn fast in jedem Dorfe gab es mindestens einen Fronhof — völlig verschwunden, ihre Gerichtsbarkeit von den Immunitäten aufgezehrt worden. In manchen Gegenden, z. B. an der Erft und Swist, ist das auch, wie unser Ueberblick über die Gerichtsorganisation gezeigt hat, tatsächlich eingetreten. Anderwärts aber behielten die Landgerichte die Oberhand, indem sie Hochgerichtsbarkeit der Fronhöfe in ihrem Bereich nicht aufkommen ließen. Doch lagen dann in ihnen wenigstens verstreute Lehen von Hochgerichtsimmunitäten, andererseits das Allod, welches doch immer noch ihr Territorium geblieben war, z. T. zwischen Immunitäten zerstreut. Auf diese Außenstücke erstreckte sich, wo Landgerichte und Kerne der in Bildung begriffenen Bannbezirke aneinanderstießen, der Ausgleich. Die Landgerichte sind schließlich, nachdem sie erst von den Immunitäten durchlöchert worden waren, auf demselben Wege wie die Immunitäten von neuem zu territorialer Abrundung gelangt durch die Bildung von Bannbezirken. Der Unterschied bestand nur darin, daß dort ein Grafengericht, hier ein Hofgericht den Mittelpunkt der Entwicklung bildete.

Beispiele, welche diesen Prozeß im Werden beobachten lassen, sollen unsere Behauptungen veranschaulichen und den Stoff liefern, an dem die treibenden Kräfte der Bewegung erkannt werden können.

Wir schilderten schon, wie die Hofverbände von Weilerswist und Vernich ineinander verzahnt waren. Beide besaßen volle Hochgerichtsbarkeit<sup>21</sup> auf ihren Gütern, wo immer sie lagen. Hier aber erteilte Jülich, dort Kurköln die Erlaubnis, einen Gefangenen über seine Güter und die Straße

---

21. S. KW. II, S. 81 ff.

weg nach dem Hofe des anderen Herren zu führen, und hatte so einen gewissen Vorsprung. An der Deckung von Grundherrschaft und Hochgerichtsbezirk hielten die noch im 18. Jhd. hervorgezogenen Weistümer jederzeit fest. Wie lange bestand der Zustand aber in Wirklichkeit? Jülich brachte noch 1608 die Aussage der Vernicher Schöffen bei, „daß wir niemals anders gesehen noch gehört, dan daß alle zeiten, wannehe herengeding in der herligkeit zu Vernich gehalten, daß alsdann die geschworen, so zu Weyler im dorf Gülich geseßen, hiebevorn jederzeit gehorsamblich uf Vernich gefolgt und ihrer f. g. herengedings gleichs andern ihrer f. g. undertanen undertenig ohn einige widersetzung bis zu end abgewartt haben“. Ein Kölnischer Rat bemerkte aber am Rande des Schriftstückes, daß diese Jülichen Lehnsleute aus Weilerswist dem Herzog nicht gehuldigt, sondern nur den Eid für ihre Lehen geleistet hatten. Das ist eine sehr wichtige Unterscheidung, die bedeutet, daß diese Leute das Vernicher Herrengeding nur wegen des Hofrechts besuchten. Kurköln betrachtete sie im Uebrigen wegen ihres Wohnsitzes als seine Untertanen. Aber auch Jülich wollte die Landesherrschaft über die Weilerswister Lehen nicht aufgeben, bis ihm 1623 die Kölnischen Räte vorhielten: „Da nun Gulichs I. recht sein soll, auf diesen guetern die landfurstliche obrighait und criminaljurisdiction zu gebrauchen, uber hals und buch zu richten, muß es uns auch kein unrecht sein“, und dann „wolt ihro curf. dchlt. zu Collen etc. deren gelichen uber die zu Vernich und anderen Gulischen orten gelegene Colnische curmutiger und hofsgueter gebiuren.“ Kurköln hatte sich also schon längst mit dem Verzicht auf seine Dependenz abgefunden, verlangte aber als Gegengabe das Gleiche von Jülich. Ein förmlicher Vertrag ist damals nicht geschlossen worden, aber in der Tat sind die beiden Gerichte seitdem territorial gegeneinander abgegrenzt.

Die Weistümer hat man freilich deswegen nicht geändert,



und sie könnten verleiten, die Uebereinstimmung von Gerichtsbezirk und Grundherrschaft noch für spätere Zeit anzunehmen. Und das gilt ziemlich allgemein, daß die Weistümer den veränderten Verhältnissen der Bannbezirke nicht besonders angepaßt wurden. Allerdings bedient sich die Mehrzahl von ihnen an der entscheidenden Stelle des schillernden Ausdrucks Herrlichkeit, der ebenso die Grundherrschaft in Streulage, wie den Bannbezirk bezeichnen kann. Man muß also in jedem Falle erst untersuchen, was unter Herrlichkeit zu verstehen ist. Diese Erscheinung deutet darauf hin, daß die Ausbildung der Bannbezirke allmählich erfolgte. Denn nur wenn die Streuherrschaften ganz allmählich in den Zustand des Bannbezirkes hinüberglitten, konnte auch das Wort den Uebergang von einem Begriff zum anderen finden.

Nicht überall trat nun im Verlaufe dieser Entwicklung ein Austausch ein gleich in Weilerswist-Vernich. Wie wir ganze Landgerichte oder wenigstens große Teile von ihnen verschwinden sahen, so sind auch Immunitätsgerichte zu Grunde gegangen, indem sie es nicht zur Ausbildung eines eigenen Bannbezirkes brachten und gegenüber dem allgemeinen Vordringen des territorialen Prinzips die Gerichtsbarkeit über ihre verstreuten Lehen nicht behaupten konnten.<sup>22</sup> Welche Entscheidung eintrat, das hing natürlich nicht von verfassungsmäßigen Momenten, sondern rein von den tatsächlichen Verhältnissen ab. Bestimmenden Einfluß hat darauf wohl die größere oder geringere Geschlossenheit der Grundherrschaft gehabt. Denn mußten wir auch feststellen, daß eine

---

22. Bezeichnend ist da z. B. das Weistum von Kleinkönigsdorf, Lac. Arch. VI, S. 19, a. 1562. Der Abt von S. Pantaleon-Köln hat als Erbgrundherr Gebot und Verbot. Wenn aber Lehnsgüter in anderen Herrlichkeiten liegen, muß man zur Vollstreckung des hofgerichtlichen Urteils über sie den betreffenden Landesherren anrufen.

vollkommen geschlossene Grundherrschaft, ganze grundherrliche Dörfer, wie sie Westfranzien z. T. noch aus römischer Zeit her gekannt hat, unserem Gebiete von Grund auf fremd sind, so haben wir doch auch darauf hingewiesen, daß die ältere Wirtschaftsverfassung der Villikation eine allzuweite Zerstreuung der Lehen nicht gestattete. Um den Fronhof war immerhin schon ein Kern geschlossenen Immunitätslandes gegeben, der mit dem Ausbau des Sallandes durch Ansiedlung von Köttern und Teilung der Lehen an Bedeutung gewann, indem der Fronhof zum Mittelpunkt einer volkreicheren Siedelung wurde.<sup>23</sup> Das ist aber z. B. in Palmersdorf bei Brühl nicht eingetreten. Der Fronhof des Kölner Caecilienstiftes daselbst<sup>24</sup> beanspruchte nach dem noch im 17. Jhd. von neuem aufgezeichneten Weistum Hochgerichtsbarkeit über die etwa 25 Lehen, welche weit verstreut in den Dorffluren von Meschenich, Godorf, Berzdorf, Sechtem, Wesseling, Widdig, Uedorf, Keldenich und Walberberg lagen. Palmersdorf selbst mag einmal ein Dörchen gewesen sein, allmählich aber waren die vier dem Fronhofe nächsten Lehen zu einem einzigen Hofe vereinigt worden. Nun haben die Landgerichte oder Hofgerichte ringsherum die entfernten Lehen unter ihre Hoheit gezogen. Geschah darauf ein Verbrechen, so strafte sie es ab und nicht die Geschworenen von Palmersdorf. Man muß sich nur einmal ein solches Lehen vorstellen, das in viele Parzellen geteilt zwischen Allod und fremden Lehen lag und oft gar nicht mehr „spezifiziert“ werden konnten, wie der Ausdruck lautete. Darüber Hoch-

---

23. Die Tatsachen der Siedelungsgeschichte können hier nicht näher ausgeführt werden. Jedenfalls kommt den Allodhöfen dabei eine besondere Rolle zu, wie Ilgen, *WDZ.* 32, S. 1 ff. neuerdings wieder gezeigt hat.

24. *KW.* II, S. 37 ff. und die daselbst angeführten Akten.

gericht zu bewahren, war sicherlich recht schwer.<sup>25</sup> Tatsächlich verteidigte das Stift 1579 nur noch den geschlossenen Kern der beiden Palmersdorfer Höfe mit dem anschließenden Lande als seine Immunität, da sich der Brühler Schultheiß darauf Hoheitsrechte anmaßte. Der Ausgang des Streitfalls ist nicht bekannt. Weil aber diese engere Immunität — deren Umfang rein zufällig bestimmt ist und nicht mit dem Salland zusammenfällt — zum Burbann, d. h. zum Weidebezirk der Stadt Brühl gezogen worden war, konnte das Stift auch darüber die Gerichtsbarkeit auf die Dauer nicht behaupten. Wir sehen sie vielmehr im 18. Jhd. von den Brühler Schöffen ausgeübt.<sup>26</sup> Nur die grundherrliche Gerichtsbarkeit über alle Lehen, wo immer sie auch lagen, ist dem Fronhofe verblieben.

Diese Einschränkung einer Streuimmunität auf ihren innersten Kern begegnet auch sonst noch. Konnten wir in dem Falle von Palmersdorf die Entziehung der entfernteren Lehen nur aus dem Ergebnis, der Abschließung aller umliegenden Immunitäten zu Bannbezirken erschließen, so läßt sie sich in dem Falle von Hemmerich genau verfolgen und zeitlich bestimmen. Der Kölnische Erbkämmerer besaß<sup>27</sup> als Amtslehen die untere Burg in Bachem, Haus Hemmerich, mit abhängigen Gütern in den Jülischen Unterherrschaften Bachem, Frechen und Hemmersbach und im Kurkölnischen Gericht Blatzheim. Das bedeutet eine sehr weite Zerstreuung. Dennoch wurde als „die freiheit und gerechtigkeit, so

---

Gereonshofes Rommelsheim) „in der herlickheit von Binsvelt und Burchaw, und wissen die hofsluide selver gein eigentlich underscheid zu machen, welch hofsland ein oder nit, dan ein jeder bezahlt seinen pacht, schatz und anders uf jeder ort wie von alters.“

26. KW. II, S. 9 und 13, Anm. 3.

27. KW. II, S. 134 ff.

des erzstifts Köllen erbkammerei hofsgüter anklebt“, noch 1789 nach uralten Registern beansprucht, „alle forderungen und sachen, so personal als real oder criminal . . ., die auf den lehnsgütern und unter den lehnleuten begangene excessen“ zu richten und leibessträfliche Verbrecher darauf zur Auslieferung nach Brühl zu verhaften. Schon im 16. Jhd. aber haben die Jülicher Unterherren — sie besaßen selbst auch nur Immunitätsgerichte — die Hemmericher Lehnsleute, die hinter ihnen gesessen waren, zu Steuern und Diensten herangezogen, ja wegen Vergehen mit Brüchten belegt. Sie betrachteten sie also wegen ihres Wohnsitzes als ihre Untertanen. Nur die örtliche Immunität der Hemmericher Lehen erkannten sie noch bis 1681 an, indem sie sich zur Auspändung der Brüchten des Hemmericher Lehnsboten bedienten. 1683 nahm der Herr von Frechen auch darauf nicht mehr Rücksicht und ließ selber pfänden. Außerdem hatte das Bachemer Gericht allen Einwohnern verboten, dem Hause Hemmerich als Schöffen zu dienen und in dieser Eigenschaft im Wirtshaus, das ein Lehen des Erbkämmerers war, die Wein- und Bierpreise festzusetzen. Dem Erbkämmerer wurde eben nichts weiter als die grundherrliche Gerichtsbarkeit zugestanden. Außer dieser konnte er aber wenigstens noch die Immunität seines rings von Jülicher Territorium umgebenen Hauses behaupten. Noch 1773 lehnte er mit Erfolg ab, die Leiche des zwischen Lind und Hemmerich erschlagenen Burghalfen dem Bachemer Gericht zur Leichenschau auszuliefern.

Tritt schon in diesen Beispielen hervor, wie Immunitätsgerichte aus Mangel an Gerichtsleuten abstarben, so wird das durch besondere Umstände noch deutlicher bei der Herrlichkeit Kühlseggen. Der Rittersitz und Brabanter Lehen Kühlseggen hatte<sup>28</sup> ein Gericht auf dem Keulenhof im

---

28. KW. II, S. 87 ff.

benachbarten Weilerswist, der Allod war. Noch 1623 wurde das Weistum erneuert, wonach die „herren zu Keulseggen die guter haben und behalten sollen vor ihr eigen erb und gut, daß sie dasselbig gut von keinem herren zu empfangen haben, dan von gott dem allmächtigen von dem himmel in die erd und aus der erden in den himmel, also daß sie auf denselbigen guten, ob es not gebuhret, dahe gott vor huten wolle, richten mögen offer hals und boich, als herrn pillich richten muegen uf iren guedern“. Die Lehnslleute saßen alle in Weilerswist. Da nun der Erzbischof, der zuerst auch nur „uf der straisen und uf seinen guedern“ zu richten hatte, Herr des ganzen Dorfs geworden war und als solcher das Gericht über alle Insassen beanspruchte, so blieb den Rittern die Hochgerichtsbarkeit nur über das abseits vom Dorf liegende Haus mit einer anstoßenden Mühle. Also wiederum Einschränkung der Immunität auf einen engeren Bezirk, der auch hier keineswegs von dem Salland gebildet wird, sondern von einem Lehen — der Mühle — und dem zufällig angeschlossenen Mannlehen des Herzogs von Brabant, das allerdings schon als solches und als landtagsfähiges Gut Exemption beanspruchen konnte. Auch diese wurde freilich von den Kölnischen Beamten in Weilerswist angefochten und deshalb hat dann 1759 das Kölner Jesuitenkolleg, welches die Herrlichkeit erworben hatte, auf die Strafgerichtsbarkeit verzichtet, während es die bürgerliche noch behaupten wollte.

Bei der Erbkämmerei Hemmerich sahen wir, daß die Gerichtsherren ihre Angriffe gegen die sie störenden Immunitäten mit der Besteuerung fremder Lehnslleute begannen. Dasselbe zeigt sich in Kuchenheim. Das Nebeneinander des Kölnischen und Jülichen Hoheitsbezirkes in diesem Orte



wurde schon erwähnt.<sup>29</sup> Nun berichteten 1542<sup>30</sup> die Kölnischen Kommissare für die Einhebung der Türkensteuer, daß die Jülischen Untertanen daselbst nach ihrer eigenen Aussage niemals ihrem Herzog eine Steuer gezahlt, „den alwege im stift Coelne uf beisten gewin und gewerf und wes sy im Coelnischen itzonde haben, aver nit, das ire gueder specificirt angeslagen“. Der Jülische Amtmann wolle das auch fernerhin leiden, wenn ein Anschlag auf die Güter unterbleibe. Die Immunität der 13 Jülischen Hausstätten genießt also Schatzfreiheit. Da aber trotz der Jülischen Hochgerichtsbarkeit über sie der Kurfürst von Köln sich als Herr des Dorfes betrachtete, — er betont das von Neuem in der Antwort an die Kommissare — hat er alle Einwohner zur Einkommensteuer herangezogen. Man sieht hier den Weg, auf dem sich eine Unterwerfung der Immunität unter den Kurfürsten anbahnt: Die Bildung des Bannbezirktes beginnt mit einer Herrschaft über die Ortsinsassen. Die Immunität der Güter ist nicht so leicht anzutasten weil sie dingliches Recht geworden ist. Aehnliches aber begegnet noch öfters: Im Jahre 1380 begann das Kölner Domkapitel<sup>31</sup>, das in Walberberg einen Fronhof besaß, die 36 Lehnsleute des Ritters von Holtrop, dem ein anderer Hof im Orte gehörte, mit Schatz zu belegen und natürlich bei Nichtzahlung auszufänden. Der Streit fand hier ein Ende, indem das Kapitel den ganzen Hofverband des Ritters ankaufte. Ganz ähnlich forderte 1447<sup>32</sup> der Junker von Kendenich vom Ursulahof daselbst Wagendienste und gebärdete sich als Herr des ganzen Dorfes, indem er das Ursulastift zwang, von seinem Besitz Geburschaft und Kirchenrecht zu zahlen. Das Stift

---

30. Kurköln, Lechenich, Jurisdiktion 1 b.

31. KW. II, S. 173.

32. KW. II, S. 144 ff.

und der Junker standen sich aber ursprünglich auch nur als Herren zweier Immunitäten in demselben Dorf gegenüber.

Woher leitet sich nun der Anspruch auf Herrschaft im ganzen Dorfe, der in allen diesen Beispielen hervortritt? Würde es sich um den Gegensatz von Landgerichts- und Immunitätsherren handeln, so könnte man die Dorfherrschaft als einen Rest der Grafengewalt ansprechen, den die Immunität nicht aufzuzehren im Stande gewesen war. Indessen haben wir es in den angeführten Fällen stets mit dem Wettstreit zweier Immunitäten zu tun. Das Weistum von Kendenich, welches sich das Ursulastift 1447<sup>33</sup> von seinen Geschworenen weisen ließ, zeigt die beiden Grundherren der rechtlichen Konstruktion nach fast in vollkommenem Gleichgewicht. Ein jeder ist „*intra metas et limites curtis et eiusdem bonis*“ Grund- und Gewaltherr, hat Gebot und Verbot, Antast und Strafgewalt, auch dazu auf dem Hof seinen Stock und Beifang. Ein jeder muß, wenn einer seiner Erbpächter „*extra metas et limites curtis*“ wohnt und mit der Pacht säumig wird, die Vermittlung des anderen zur Auspfändung anrufen. Nur ein Unterschied besteht, dem Junker gehört, wir erwähnten das schon, die offene Straße und die Luft: deshalb fehlt dem Stift zur vollen Gerichtsbarkeit ein einziges Recht, einen Mann hinzurichten. Den muß es dem Junker ausliefern und eine unter die Erde gerichtete Frau darf die offene Straße nicht mit ihrem Geruch verletzen. Auch in Weilerswist finden wir, daß der Herr den Sieg über mehrere Mitbewerber davongetragen hat, dem die Straßengerichtsbarkeit gewiesen wird,<sup>34</sup> der Kurfürst von Köln; und in Kuchenheim, wo ihm das gleiche

---

33. KW. II, 48, bes. §§ 1 und 5—7; dazu muß dann als Gegenstück Nr. 47 gehalten werden.

34. KW. II, 23 §§ 1—3.

Recht zusteht,<sup>35</sup> ist er in der Lage, alle Einwohner zu besteuern. Umgekehrt hat sich in Vernich der Herzog von Jülich durchgesetzt, der wiederum als Herr der Straße daselbst betrachtet werden muß.

Der Besitz der offenen Straße ist aber keineswegs eine verfassungsrechtliche Ursache für das Uebergewicht des einen Grundherren in dem sich bildenden Bannbezirk. Nach unseren Darlegungen über das Recht an der Straße im III. Kapitel<sup>36</sup> ist an Verleihung desselben an die Herren der winzigen Herrlichkeiten nicht zu denken. Ueberhaupt aber bedurfte ein Grundherr nicht dieses Rechtes, um sich über einen anderen im selben Ort emporzuschwingen. In Erp wird der Graf von Blankenheim ein Erbgrundherr des Dorfs gewiesen, das keinen anderen Herren habe. Es heißt sogar ausdrücklich, daß aller Grund und Boden im Dorf und davor, soweit Erper Hoheit reicht, auf dem Blankenheimer Hofe dingpflichtig ist, obwohl das Domstift eine zweite Grundherrschaft und Geschworene im Orte hat, mit deren zweien es seine Zinse eintreibt.<sup>37</sup> Es steht aber fest, daß die gemeine Straße in Erp dem Landgericht Lechenich verblieben war.<sup>38</sup> Ihr Besitz kann es also nicht gewesen sein, der den Grafen zum Herren des ganzen Dorfes gemacht hat.

Weil das Landgericht die Hoheit über die gemeine Straße in Erp behauptet hat, ist die Herrschaft Erp unausgebildet geblieben, d. h. umgekehrt: Der Besitz der Straße bedeutet den Ausschluß des Landgerichts aus der Herrlichkeit, die Aneignung landgerichtlichen Gebietes durch einen Grundherren. Der, welcher das mit Erfolg tat, hatte damit rein tatsächlich ein bedeutendes Uebergewicht über seine Mit-

---

35. S. oben S. 193.

36. S. oben S. 197 f.

37. Domstift, Urk. 2568, a. 1561.

38. S. oben S. 180, Anm. 23.

bewerber am Ort davongetragen. So haben sich in Keldenich nach der Zuweisung der offenen Straße an den Junker 1447 die Rechtsverhältnisse der beiden Grundherrschaften, die damals einander fast noch die Wage hielten, recht, rasch zu Ungunsten des Ursulastiftes verschoben. Der Junker beharrte auf seiner Dienstforderung, fuhr fort, den Vorteil der Gemeinde gegen das Stift zu vertreten, und stritt ihm 1562 überhaupt jede Gerichtsbarkeit ab. Nun wiesen die Schöffen 1566<sup>39</sup> dem Junker alle Hoheit und Gerichtsbarkeit, „soweit sich Kendenicher herrlichkeit strecken tut“, und beschrieben die Herrlichkeit im Beleidgang so, daß auch der Besitz des Ursulastiftes mit einbezogen war. Es scheint seitdem die Herrschaft Kendenich unbestritten den Junkern gehört zu haben, welche sie auch auf den kurkölnischen Landtagen vertraten.

Die Dinge mußten aber nicht diesen Verlauf nehmen. Ganz die gleichen Verhältnisse wie in Kendenich herrschten ursprünglich auch in Meckenheim. Dort gab es im späteren Mittelalter zwei Grundherren, die Stifter zu S. Cassius in Bonn und zu S. Maria ad gradus in Köln. Am 30. Juni 1421<sup>40</sup> ließen sie beide ihre Rechte im Orte feststellen. Um

---

39. KW. II, 47 §§ 1 und 12.

40. Die beiden Weistümer s. bei Lac. Arch. VI, S. 338 ff. und Ann. 44, S. 176, dazu die Erläuterungen, die Loersch ebenda S. 183 ff. beigelegt hat. Diese sind aber unrichtig in der nicht unwichtigen Voraussetzung, daß beide Hofverbände auf den pfalzgräflichen Besitz zurückgingen. Ilgen hat in der WDZ. 32, S. 31 ff. die Meckenheimer Verhältnisse völlig klar dargestellt. Danach stammt wohl der Besitz des Kölner Stifts von den Pfalzgrafen; es fehlte ihm Anfangs aber der Mittelpunkt in Gestalt eines Fronhofes. Als solchen erwarb das Stift erst später einen Rittersitz hinzu. — Erinnern wir uns noch, daß etwa zur Zeit der Weistümer der Erzbischof neben einem Hofe auch

10 Uhr wiesen die 7 Schöffen von Mariengraden auf dessen Dinghaus, um 12 Uhr dann die sieben von S. Cassius, beide-mal ganz parallel: Jedem Grundherren steht „*intra limites sive metas et lapides*“ oder „*infra reynen et steynen*“ Gebot und Verbot, Maß und Gewicht, Antast, Beifang und alle Gewalt zu. Jeder hat dazu eine Glocke, welche seine Lehnsleute zusammenberuft. Wollten die Grundherren genau die Erstreckung ihrer Herrlichkeiten wissen, so müßten sie die Schöffenbänke der beiden Höfe über 6 Wochen und 3 Tage zusammenrufen. Diese Frist deutet uns an, wie schwierig es in der That war, die Raine und Steine anzugeben. Man mußte wohl jede einzelne Parzelle auf ihre Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Hofverbande prüfen. Es ist aber schon eine diesen beschwerlichen Zustand überwindende Einheit angebahnt. Wenn es droht, daß ein Gefangener von seinen Verwandten befreit werden soll, dann ruft die Glocke die „*communitas populi*“ zum Schutze auf. d. h. jeder Grundherr hat dann die Folge des ganzen Dorfs. Der Einwohner-gemeinde, vertreten durch die Schöffen und Geschworenen beider Höfe, haben die Grundherren auch „*graciose*“ die Regelung von Maß und Gewicht und der Lebensmittelpreise überlassen. Im 15. Jhd. hat die Gemeinde dann eigene Organe bestellt, erst Bürgermeister, später kommen auch Ratsleute vor. Die Gemeinde ist es also, welche hier zuerst die rechtliche Einheit des Ortes herstellt. Es war nur natürlich, daß auch die Grundherren dem folgten. Schon 1421 hatten sie zwar noch gesonderte Gerichte, aber schon den gleichen Schultheißen und seither auch den gleichen Vogt.<sup>41</sup> 1630 wurde vollends eine gemeinsame Verwaltung

---

Eigenleute in Meckenheim besaß. (S. oben S. 107.) Das übt aber auf die Gestaltung der Herrschaftsrechte gar keinen Einfluß.

41. Das Bonner Stift hatte sich gerade mit großer Not seines Vogtes, des Herren v. Tomburg, entledigt. Die Weistümer sind also



mit nur einer Schöffenbank eingerichtet.<sup>42</sup> Die Einheit des Gerichtes und des Bannbezirkes ist hier, was die beiden Hauptbewerber betrifft, auf dem Wege der Vereinbarung hergestellt worden, weil keiner der beiden Grundherren stark genug gewesen ist, sich zum Herren des ganzen Dorfes aufzuschwingen.

Nach diesem durch Urkunden und Akten belegten Beispiel lassen sich die Verhältnisse in den vier Hunschaften auf der Schuld<sup>43</sup> im oberen Ahrtal, einer der Schultheißeien des Amtes Nürnberg, leicht erklären. Es gab darin, wie schon erwähnt, drei Fronhofsverbände, des Hauses Nürnberg, des Domkapitels und der Johanniterkommende Adenau. Durch einen Vergleich — das Datum ist unbekannt, aber die Verhältnisse lassen gar keine andere Auslegung zu — durch einen Vergleich haben sich noch vor 1368 die drei Grundherren zu einer Zusammenlegung ihrer Gerichte, die sich wohl durchkreuzt haben werden, geeinigt. Seitdem wurde auf „der dryer heren hochgedinge“ gewiesen, „dat gebot und verbot van hoe ind van neder binnen der dryer heren gerichte ind heirlicheit der dryer heren gelich syn sulde“. Zu den 3 Hochgedingen im Jahr „luet der honne die clock drywerff, van icliches heren weigen eins“. Dazu erscheinen die drei Schultheißen, jeder mit 7 Schöffen und richten über Gewalt. Das ist am Montag. Am Dienstag hält dann der Komtur, am Mittwoch der Kurfürst, am Donnerstag das Domkapitel, jeder mit seinem Schultheißen und 7 Schöffen, sein ungebotenes Hofding ab. Auch dieser Bannbezirk ist also durch

---

von ganz besonderer Glaubwürdigkeit hinsichtlich der Abgrenzung der beiden Herrlichkeiten, da die Grundherren sich in vollstem Einvernehmen befanden.

42. S. Cassius-Bonn, Urk. 646 und 708.

43. Weistümer in Koblenz, St. A., Amt Nürnberg, Generalia, aufgezeichnet 1657, und Lac. Arch. VI, S. 266 ff. a. 1368.

Vereinbarung zustande gekommen. Wenn das in Meckenheim ganz begreiflich erscheint, da zwei mehr auf ruhigen Besitz bedachte Stifter als Grundherren einander gegenüberstanden, so fällt es hier auf, da der Herr des einen Fronhofes, das Haus Nürburg, in der ganzen Umgegend die Grafenrechte und damit doch unstreitig einen Vorsprung vor den Mitbewerbern hatte. Der Fall zeigt wiederum, daß oft ganz unberechenbare individuelle Ursachen darüber entschieden haben, ob ein Grundherr in einem Bannbezirke zur Herrschaft gelangt ist.

Für jene Orte, in welchen es nur einem Grundherren gelungen ist, öffentliche Gerichtsbarkeit zu erwerben, sei noch auf folgenden Umstand aufmerksam gemacht, welcher geeignet scheint, ihre Abschließung als Bannbezirke zu erklären. Die Grundherren hatten die Halbierung der Hufe in 30 Morgen-Lehen fast allgemein mitgemacht.<sup>44</sup> Einer weiteren Zerspitterung suchten sie zu steuern; jedoch vergeblich. Bis zum Ausgang des Mittelalters etwa haben sie die Vierteilung der Lehen gestatten müssen.<sup>45</sup> In der Neuzeit schritt der Prozeß rasch fort und führte zu einer völligen Parzellierung der Lehen. Ein Keldenicher Gut z. B. wurde 1602 noch erst von 6, 1744 aber schon von 35 Parteien bebaut.<sup>46</sup> Die Folge nach der Seite der Herrschaftsrechte hin war, daß fast jeder Mann im Ort in Beziehung zum Fronhofe kam. Der Grundherr hatte nun über alle Gebot und Verbot und wir sahen bereits, daß die Herrschaft über den Ort mit der Herrschaft über die Leute begann.

---

44. S. dazu oben S. 175. In Kriel läßt sich der Vorgang der Teilung an einer Schreinskarte des 13. Jhd. beobachten, s. WDZ. 31, S. 210. Selten nur sind die Hufen Grundlage der Hofverfassung geblieben, so z. B. in Merheim a. a. O. S. 226.

45. S. dazu Gothein a. a. O. S. 249 ff.

46. KW. II, S. 139, Anm. 2.

Wir haben bisher fast ausschließlich den einen Vorgang bei der Bildung der Bannbezirke, die Auseinandersetzung zwischen den Immunitäten darin im Auge gehabt. Es gilt aber auch die räumliche Auseinandersetzung zwischen Immunität und Landgericht darzustellen.

Gebiet des Landgerichts war ohne Zweifel zuerst einmal das, was sicherlich keinem Hofverband angehörte, die offene Straße. Ihre Schicksale haben wir schon verfolgt, Diese Stücke landrechtlichen Gebietes, welche die sich bildenden Bannbezirke durchschnitten, wurden gemeinhin den Landgerichten auf dem Wege der Anmaßung und Gewohnheit entzogen. Nicht anders ist es auch mit dem Allod geschehen.

Die Rechtsverhältnisse des Allods in dieser Hinsicht lassen sich freilich nicht leicht verfolgen. Denn über das Allod sind nicht, wie über die Hofgüter, Verzeichnisse und Urbare geführt worden. Nur einzelne Urkunden bieten uns einen Fingerzeig, wie wir uns die Entwicklung vorzustellen haben. Ich kann nun z. B. drei Urkunden aus der näheren Umgebung Kölns anführen, — und die Zahl ließe sich natürlich vermehren— welche von der Auflassung von Allod in den für das Allod vorgeschriebenen Formen, aber vor Immunitätsgerichten melden. 1352<sup>47</sup> verkauft der Kölner Schöffe Gerard von Benesis dem Mauritiuskloster 16½ Morgen „*purum allodium*“ bei Höningen vor den Mauern der Stadt „*in campis scti. Severini infra iurisdictionem domini prepositi predicti*“. Er erscheint „*in publica strata*“ und läßt das Gut dem Kloster auf „*per tactum argenti, cultelli et cespitis, prout bonorum allodialium iuris est et consuetudinis*“. Diese Urkunde ist ausgestellt von Schultheiß und Schöffen des Severingerichts in Köln. Daß dieses ein Fronhofsgericht ist, hat die

---

47. S. Mauritius-Köln, Urk. 28.

Kölner Stadtgeschichtsforschung<sup>48</sup> schon längst erkannt. Ebenso wird 1390<sup>49</sup> die Auflassung eines Gutes in Müngersdorf beschrieben, betont, daß sie, „as man vry eygens erfs ussgain ind zo vertzien pleit“, erfolgt und die Besitz-einweisung „mit irs gerychts rechte des selven dorps“ geschehen sei, d. h. durch das Immunitätsgericht des Apostelstiftes. Und auch als 1425<sup>50</sup> der Sterrenhof in Junkersdorf, ein „vry eigen gut“ zum Verkaufe kam, ging der Verzicht vor Schultheiß, gemeinen Geschworenen des Gerichts Junkersdorf und der ganzen Gemeinde vor sich „mit monde, hande ind myt halme ind myt yren upgeworpen blychenden pennynge... uf der vryer straisen, as vry eigens erfs ind guets reicht ind gewoinden is“. Die Geschworenen gehören zum Hofgericht des Kölner Antoniusklosters. Man könnte noch fragen, ob mit solchen Beispielen auch entschieden sei, daß diese Allodgüter nun völlig dem Bannbezirk des betreffenden Immunitätsgerichtes angehörten, so daß dieses auf ihnen kümmern und angreifen, gebieten und verbieten durfte. Die Antwort darauf kann nur die allgemeine Erfahrung geben, daß von einer Hoheit der Landgerichte über solch abgesprengtes Allod kaum eine Spur zu finden ist.<sup>51</sup> Sie müßte sich doch in den Akten niedergeschlagen haben. Ich kann aber einzig das Weistum der gräflichen Bank in Kleinenbroich von 1404<sup>52</sup> anführen, welches besagt: „quod in dominio de Mylendunck sint situata certa bona, de quibus unus scabinus debeat esse

---

48. S. Lau, Entwicklung der kommunalen Verfassung und Verwaltung Kölns, S. 38.

49. KW. I, S. 229.

50. J. Dünn, Geschichte der ehemaligen Herrlichkeit Junkersdorf, 1896, S. 71 f.

51. Positiv s. die Gerichtsakten von Kriel, KW. I, S. 213.

52. KW. I, 13 § 18.

pro tempore in predicta iurisdictione Greefflichegerichte et debeat comparere una cum aliis scabinis coram iudicio, vulgariter an der banck, in Cleynenbroike in tribus superioribus iudiciis, vulgariter hogedinge, singulis annis et secum portare . . . petitionem dictam grevenbede pro quolibet termino compentem“. Diese besonders dem Grafengericht verbundenen Güter, welche in der edelfreien Herrschaft Millendonk eingesprengt liegen, können nicht anders denn als Allod angesehen werden. Das Beispiel bestätigt aber nur das Bild, das wir uns von der Bildung der Bannbezirke machen; denn wie die gräfliche Bank später überhaupt der Auflösung verfallen ist,<sup>53</sup> so läßt sich aus den Hülchrather Amtsregistern die Bede der Millendonker Freigüter nicht mehr nachweisen. Sie werden in der Herrschaft Millendonk aufgegangen sein.

Solche Aufsaugung des Allods durch die Immunitätsgerichte<sup>54</sup> mußte natürlich leichter vonstatten gehen, wenn das Allod vom Immunitätsherren erworben wurde. Ein bewußt verfolgtes Streben zur Abrundung der Grundherrschaften auf diesem Wege ist zwar nicht zu beobachten. Aber es lag doch nahe, — und dieser Gesichtspunkt kommt insbesondere bei den Kirchen mit den immer wieder zuströmenden Stiftungsgeldern in Betracht — wenn Kapital in Landbesitz anzulegen war, damit in der Umgebung des alten Besitzes zu bleiben. Häufig haben die Grundherren zu diesem Zweck freilich Bauernlehen angekauft. Daneben er-

---

53. KW. I, S. 91 ff.

54. Man könnte auch an die oben S. 73 Anm. 239 angeführte Urk. bezügl. Vaevernich erinnern. Sollte sie sich auf Vernich beziehen, so enthielte sie den Beweis, daß im Jahre 1145 der Landgraf noch Richter über das Allod in der später gänzlich abgeschlossenen Herrlichkeit war.



warben sie doch aber auch Allod.<sup>55</sup> In älterer Zeit suchte man solche Erwerbungen wohl in den Hofverband einzufügen. So waren in Gleuel<sup>56</sup> außer den Lehnsgeschworenen noch 7 Hofstelzen beim Herrengeding pflichtig; 3 davon vertraten, wie wir wissen, Mühlen, die der Grundherr 1208/16 angekauft hatte. Aber auch wenn man das Allod nicht unmittelbar in den Hofverband aufnahm, so konnte doch dafür wenigstens Immunität beansprucht werden und wurde sie durchgesetzt, kam es allmählich unter die Gerichtsbarkeit des Immunitätsgerichts. So war der Hof Orr des Kölner Severinstiftes zwar nicht Lehen der Villikation Sinnersdorf, wurde aber mit ihr zugleich, da benachbart, als bergischer Vogteibezirk dem Landgericht Griesberg entzogen.<sup>57</sup> Besonders deutlich ist eine solche Erweiterung eines Hof- nun Immunitätsgerichtes bei Knechtsteden<sup>58</sup> zu verfolgen. Als das Prämonstratenserklöster auf dem Fronhofe des Dom-

---

55. So z. B. gab es in Worringen, *Düsseldorfer Jahrbuch* 25, S. 204, außer dem Fronhof noch 4 große Höfe des Domstifts mit zusammen 761 Morgen, darunter nur 390 Morgen Lehnland. In Müngersdorf hat der Grundherr, das Apostelstift, allmählich 4 Höfe an sich gebracht, *KW.* I, 228.

56. *KW.* II, S. 117 und Nr. 39. Auch die Beigeschworenen (in Palmersdorf, a. a. O. S. 38) oder die Geschworenen von nicht kurmedepflichtigen Gütern, welche in der Hauptsache wohl zerschlagene Lehen vertraten, mögen z. T. von kleineren aus Salland neugebildeten Lehen kommen. Auch ist der Vermehrung der Lehen durch Rodung zu gedenken. Rottlehen, von der Hälfte der normalen Größe, also 15 Morgen, gab es in Elften beim Hof Mariengraden, 15 an Zahl, s. *KW.* I, S. 85.

57. In ähnlicher Weise scheint das Mariengradenstift den angekauften Ritterhof in seine Immunität Meckenheim hineingezogen zu haben (S. oben Anm. 40).

58. *KW.* I, S. 138 ff.

dechanten Hugo, Grafen von Sponheim, errichtet wurde, bestanden die Rechte, welche der Vogt auszuüben hatte, in dem „curtis regimen et patrocinium“. Darunter darf man gewiß nicht viel mehr als grundherrliche Gerichtsbarkeit verstehen, muß aber natürlich bei der „curtis“ auch an deren Lehen denken. Bis zum Jahre 1280 ist nun ein Hochgericht daraus geworden, das sich über den Fronhof und zwei benachbarte, vom Kloster inzwischen erworbene Allodhöfe erstreckte und dadurch einen geringen, aber geschlossenen Bezirk erlangt hatte. Die Höfe sind dann bis zum 17. Jhd. aufgelassen worden, so daß die Ansiedlung um das Kloster verschwand. Solche und umgekehrte Veränderungen der Siedelung haben wir ja schon gelegentlich als fördernde und hemmende Momente der Gerichts- und Bannbildung kennen gelernt. Ich erinnere an die Beispiele von Warden und Stollberg im vorhergehenden, von Palmersdorf in diesem Kapitel.

Der Bannbildung der Landgerichte endlich brauchen wir nur wenige Worte zu widmen. Wir kennzeichneten sie bereits als die Unterwerfung des in ihnen eingestreut liegenden Landes von Immunitäten, welche öffentliche Gerichtsbarkeit an sich gezogen hatten. Wir führten auch schon Beispiele dafür an: Wie dem Palmersdorfer Hof seine beanspruchte Hochgerichtsbarkeit über die verstreuten Lehen u. a. vom Landgericht Widdig entzogen worden ist, in welchem solche Lehen lagen; und wie später auch der Kern der Palmersdorfer Immunität unter das Gericht der Stadt Brühl, das hierin einem Landgericht gleich zu achten ist, geriet, weil er im Burbann von Brühl lag. Die räumliche Auseinandersetzung der Landgerichte und Immunitäten vollzog sich in diesen Fällen ganz in gleicher Weise wie die zwischen den Immunitäten untereinander, die wir eingehend geschildert haben. Neue Züge sind dabei nicht zu beobachten.

Die grundherrliche Gerichtsbarkeit ließen die Landgerichte anfangs unangetastet. Erst in der Neuzeit macht sich in Jülich das Bestreben bemerkbar, auch sie den Landgerichten zu unterwerfen.<sup>59</sup> Das Vorkommen der grundherrlichen Gerichtsbarkeit allein kann aber überhaupt noch nicht als Durchbrechung der Bannbezirke gelten.

Konnten wir bisher nachweisen, daß und auf welchem Wege Immunitätsgerichte sich fremdes Lehenland und Allod, Landgerichte wiederum Immunitätsgebiet unterworfen haben, so haben wir damit das Problem, welches die Bildung der Bannbezirke darstellt, noch nicht gelöst. Es erhebt sich die weitere Frage, welche Kräfte dabei wirksam waren und welche Momente für den Abschluß der Bannbezirke bestimmend geworden sind. Um die Grenzen abzustecken, zwischen denen sich die Antwort bewegen kann, wollen wir die Grenzbildung der Bannbezirke ins Auge fassen. Denn zeigt sich dabei in regelmäßiger Wiederkehr eine Uebereinstimmung mit den Grenzen anderer Verbände des öffentlichen Lebens, so wird zu vermuten stehen, daß diesen eine Richtung auf Abschließung auch als Gerichtsbezirk inne wohnte, wie sie ja von den Stadtgemeinden bekannt ist und wir in dem Falle von Meckenheim selber festgestellt haben.

Wir wollen da zuerst bei dem Kirchspiel prüfen, welches in älterer Zeit neben dem Gerichts- und Hofverbände besonders das tägliche Leben der Bevölkerung beeinflusste, und welches wir schon bei der Unterteilung größerer Landgerichte wirksam sahen. Ein innerer Zusammenhang zwischen Kirche und Hofverband ist ja durch das Eigenkirchenwesen im weitesten Maße gegeben. Ich glaube niedrig zu schätzen, wenn ich annehme, daß mehr als die Hälfte aller im *Liber valoris* von z. 1300 genannten Landkirchen aus den Kapellen der Fronhöfe hervorgegangen ist. Dann stand die

---

59. S. im VI. Kapitel.

Zehntscheuer auf dem Fronhof und die Bauern führten aus der ganzen Pfarre ihr Zehntgetreide an. Dann mußte ihnen aber auch der Grundherr als Zehntherr das Faselvieh halten, die Lehmkuhle auf seinem Acker zu graben gestatten, ja bei Futternot im Winter wohl gar die Hoftore öffnen, damit sich ihr Vieh von den Abfällen des Hofes ernähre. Jeder Pfarrgenosse war so das ganze Jahr hindurch in Berührung mit dem Fronhofe, der ihm wohl als Mittelpunkt seines Gesichtskreises erscheinen mochte, auch wenn er kein Lehen von ihm besaß. Aus solchen Gedanken heraus konnte leicht ein Anschluß an den Fronhof auch in anderen Fällen erfolgen; der Fronhof konnte als Zuflucht in schlimmen Zeiten erscheinen, Ansätze zu einer Abhängigkeit des Kirchspiels vom Fronhof waren jedenfalls gegeben.

Wir können nun auch manchmal das Zusammenfallen von Pfarre und Bannbezirk feststellen.<sup>60</sup> Allein eine allgemeine Uebereinstimmung ist nicht zu behaupten. Meist sind die Kirchspiele die größeren Räume.<sup>61</sup> Oder ihre Uebereinstimmung mit den Herrlichkeiten ist erst durch Zerlegung der Urfarrei en herbeigeführt worden, so daß sich deren Teilgrenzen den Gerichtsgrenzen angeschlossen haben durften.<sup>62</sup> Auch waren nicht alle Kirchen mit Fronhöfen ver-

---

60. Ich nenne als Beispiele Uedesheim, Wevelinghoven, Worringen, Berzdorf, Esch (Kreis Rheinbach), Keldenich, Rösberg, Schwadorf, Walberberg, Weidesheim.

61. Z. B. Pfarre Niehl, umfaßte die Herrlichkeiten Niehl und Mauenheim, Pfarre Junkersdorf die Herrlichkeiten Junkersdorf und Müngersdorf usw. In älterer Zeit waren die Pfarren wohl meist größer als die Bannbezirke, so hingen von Keldenich einst Vochem, Kierberg und Brühl ab.

62. So entsprach die verkleinerte Pfarre Kendenich der Herrschaft; auch in Fliesteden entstand die Pfarre erst nach Ausbildung der Herrschaft, s. KW. I, S. 198.

bunden und nicht überall, wo das der Fall war, haben gerade diese Fronhöfe die Herrschaft des Bannbezirkes erlangt. Nehmen wir wieder das Beispiel von Kendenich. Herr der Herrlichkeit wird da nicht das Ursulastift, das Fronhof, Patronat und Zehnt besitzt, sondern der Junker als Herr des zweiten Fronhofs. Von einem notwendigen Zusammenhange der Pfarr- und Bannbezirke kann keine Rede sein.

Steht uns, um diese Frage zu prüfen, das Material in handlichster Weise durch Fabricius' Erläuterungen zum geschichtlichen Atlas der Rheinprovinz zur Verfügung, so fehlt es, wenn wir dieselbe Vergleichung hinsichtlich der Gemeindeverbände vornehmen wollen, nicht nur an einer Uebersicht über deren Umfang, sondern auch an einer genügenden Erkenntnis ihrer Entwicklung, vor allem ihres Verhältnisses zur Grundherrschaft.<sup>63</sup> Wir verzichten deswegen darauf, die Möglichkeiten des Verhältnisses der Bannbezirke und Gemeinden zueinander zu besprechen und beschränken uns, einige sichere Beispiele für das Auseinanderfallen ihrer Grenzen anzuführen. Daß die Herrschaft Worringen drei Gemeinden mit eigenen Organen umfaßte, soll nicht zu sehr betont werden. Sie könnten durch jüngere Teilung entstanden sein. Von dem Niedergericht Sinnersdorf aber heißt es 1555 für unsere Zwecke entscheidend:<sup>64</sup> „ist kein hondschaft“. In Gymnich<sup>65</sup> bildete die Unterherrschaft, das

---

63. Ilgen, WdZ. 32, hat diese Frage wiederum angeschnitten. In vielen Punkten habe ich den gleichen Eindruck, wie er, aus den Quellen gewonnen.

64. KW. I, 75.

65. Akten Lechenich, Jurisdiktion 1, a. 1579. Dem Bauergheding sitzt der Hunne und der Vogt vor, letzterer für den Unterherren, ersterer mag von der ganzen Gemeinde oder nur vom Oberdorf (S. oben



Niederdorf, mit dem noch beim Landgericht verbliebenen Oberdorf eine Gemeinde mit gemeinsamer Weide und anderen gemeinsamen Angelegenheiten. Auch wenn in den Aemtern Nideggen und Nörvenich manche Dörfer hinsichtlich der Gerichtsbarkeit geteilt waren, dürften sie doch eine Gemeinde nur gebildet haben.

Die gemeinsame Weide erscheint immer als eine Hauptangelegenheit der Gemeinden. Nehmen wir also die Weidegrenzen zu Hilfe, so hatte z. B. das Haus Aldenrath in der Herrschaft Gleuel,<sup>66</sup> ein Mannlehen des Dompropstes, neben der Gleueler Nachbarschaft seinen eigenen Weidegang.<sup>67</sup> Dem in ähnlicher Weise etwas abseits vom Dorfe Keldenich gelegenen Hofe Oberkeldenich wird freilich gewiesen,<sup>68</sup> es solle mit dem Dorfe sein „ein nachparschaft, ein gemein, ein herligkeit, ein hirtschaft, ein hundschaft und ein hirt“; der Hof soll auch in Ausfluß dieser Gemeinschaft verpflichtet sein, „den dritten pfennig zu der gemeinden bau . . . jederzeit zu geben und zu verrichten zum bau des gemeinen putz . . . und auch zum bau der kirchen“. Wenn wir aber wiederum hören,<sup>69</sup> daß sich in Kendenich das Ursulastift geweigert hatte, Geburschaft und Kirchenrecht von seinem Fronhofe zu entrichten und erst 1462 vom Junker gezwungen wurde, diese Lasten zu übernehmen, so scheint es, als ob

---

S. 78) gewählt sein. Im Weistum des 14. Jhd., Lac. Arch. VI, S. 361, wird er als Hunne des Landesherrn bezeichnet.

66. KW. II, S. 125, Anm. 2.

67. Wohltmann, in der oben erwähnten Untersuchung, dem Forsts Erläuterungen zum gesch. Atlas der Rheinprovinz (IV) mit den Banngrenzbeschreibungen zur Verfügung standen, kommt (Seite 420 ff.) zu dem Ergebnis, daß die Bänne durchaus nicht mit den Allmendegrenzen zusammenfallen.

68. KW. II, 46 §§ 8 und 9.

69. KW. II, S. 146.

erst durch des Junkers Einfluß, nachdem er sich schon zum Herren des Bannbezirks Kendenich gemacht hatte, der völlige Zusammenschluß der Gemeinde erfolgt sei; und dieses Beispiel mag auch für Keldenich Geltung haben.

Faßten wir bisher die Bannbezirke stets so auf, daß sie sich auch auf die Dorffluren erstreckten, so können wir auch ein Beispiel anführen, wo das nicht der Fall war. In Frixheim<sup>70</sup> hat die Herrschaft Gebot und Verbot nur „binnen dem rinkzoen, der umb dat dorp geit“. Frixheim lag in dem Landgericht Rommerskirchen. Das Hofgericht rechneten wir<sup>71</sup> mit viel Wahrscheinlichkeit zu denen, welche Niedergerichtsbarkeit besaßen. Wir sehen jetzt, daß diese sich nur innerhalb des Dorfes selbst hatte ausbilden können. Vor dem Zaun begann schon das unbestrittene Gebiet des Landgerichts.<sup>72</sup> Solche Ettergerichtsbarkeit, welche besonders in der Trierer Gegend Bedeutung erlangt hat,<sup>73</sup> mag auch sonst in unserem Gebiete vorgekommen sein. Mir ist aber kein weiterer Beleg zur Hand. Denn mit den Ausdrücken „binnen den peelen“ oder „binnen den zeunen“ ist nichts anzufangen. Sie können sich einmal auf die ganze Herrlichkeit,<sup>74</sup> das andere Mal auf den Fronhof allein<sup>75</sup> beziehen. Man muß jeden Fall erst prüfen.

---

70. KW. I, 46 § 1.

71. S. oben S. 189.

72. Ein Missetäter wird an der Brücke über die Gill den Beamten von Hülchrath ausgeliefert. Das dürfte nach der Anlage des Ortes am Ringzaun sein. Auch im benachbarten Anstel erfolgt eine Auslieferung an der Brücke, KW. I, 45 § 2. Anstel liegt aber heute wenigstens auf beiden Ufern.

73. S. Rösig a. a. O.

74. Die Herren von Kreuzberg haben Gebot und Verbot „binnen iren pelen“; das wird aber kein geringerer Bezirk gewesen sein, als da sie den Antast hatten: „an die Aer und die Fischelbach“, Gr. III, 846, n. 1518.

Jedenfalls geht aus unseren Beispielen soviel hervor, daß ein zwingender Zusammenhang von Bann- und Gemeindegrenzen nicht bestand. Da wir bereits feststellten, daß die Bannbezirke auch mit den Kirchspielen keineswegs allgemein zusammenfallen, ergibt sich der Satz: der Umfang der Bannbezirke ist an keinen anderen Verband des öffentlichen Lebens gebunden. Wohl mag sich seine Grenzbildung gelegentlich an Gemeinde- oder Pfarreigrenzen oder an Strecken derselben angelehnt haben; oft aber herrscht auch das umgekehrte Verhältnis. Die Bannbezirke sind also selbstständige Gebilde, deren Entstehung nur allein aus ihrem Wesen zu erklären ist. Dieses aber stellt sich dar als der Sieg des territorialen Prinzips in der Gerichtsverfassung. Wir zeigten zuerst, wie es sich im Hochmittelalter in einem Zuge gegenüber den Kreisen der Leib- und Schutzherrlichkeit durchgesetzt hat. In langem Kampfe, sahen wir dann, hat es die anfängliche Streulage der Grundherrschaften als Immunitätsgerichtsbezirke überwunden. Es war dem älteren Zustand eben vollkommen überlegen. Nachdem für die Immunitätsherren nicht mehr die grundherrlichen, sondern die landrechtlichen Befugnisse ihrer Hofgerichte die Hauptsache geworden waren, bedurften sie räumlich abgegrenzter Gerichtssprengel. Diese erreichten sie durch Unterwerfung allen fremden Landes unter ihre Gerichtsbarkeit, das sie erlangen konnten. Den Vorgang der Bannbildung veranschaulichen wir uns am besten unter dem Bilde eines Kristallisationsprozesses. Die Kristallisationspunkte waren die Fronhöfe; jeder zog so viel Gebiet an sich, als nicht von dem nächsten Fronhof stärker angezogen wurde. Die Gründe aber, welche die Anziehungskraft des einen

---

75. So in Büsdorf: „richten up den hof bynnen den zuynen, so dat der roich nyet up des heren strays un roiche,“ KW. I, 50 § 6, 15 Jhd.

Fronhofs über die des anderen erhöhten, sind durchaus individuell und in keinem Schema darzustellen.<sup>76</sup>

Für das benachbarte Territorium von Prüm hat Wohltmann<sup>77</sup> die Steigerung der Bannherrschaft zu einer Banngrundherrschaft nachgewiesen. Seit dem 13. Jhd. ging dort das Bestreben des Bannherren dahin, allen Grund und Boden in seiner Herrschaft von sich abhängig zu machen. Tatsächlich erreichte auch der Abt von Prüm in seinen Bannbezirken in der Eifel, daß alles Land darin von ihm zu Lehen empfangen wurde, — wenn es schon einen anderen Lehnherren hatte, so wurde es nun von zwei Herren lehn-rührig— und daß es nur vor seinen Hofgerichten veräußert oder geteilt werden durfte. Rörig<sup>78</sup> hat für die Trierer Gegend noch eine weitere Steigerung der Banngrundherrschaft feststellen können. Der Bannherr forderte hier als solcher auch Bannzinsen. In unser Gebiet reicht die Banngrundherrschaft wohl auch noch hinein. Sie findet sich in räumlichem Anschluß an das erwähnte Gebiet in einigen Eifeldörfern wie Satzvey,<sup>79</sup> Gartzheim<sup>80</sup> und Holzheim.<sup>81</sup>

---

76. Wohltmann, dessen vorzügliche Arbeit überhaupt zu allen unseren Beobachtungen Parallelen bietet, erklärt S. 387: „Woran bei diesem Ausgleichsprozess die örtliche Ausdehnung der Gerichtsbarkeit im Einzelfalle anknüpfte, ist nicht mehr festzustellen“, und bemerkt dazu, daß man sich noch am ehesten einen Anschluß an Schutzkreise denken können. Er beschreibt aber deren Wesen nicht näher. Positiv meint er: „oft wird es eine reine Machtfrage gewesen sein“.

77. W.D.Z. 28, S. 417 ff.

78. Trierer Archiv, Erg. Heft 13, S. 21.

79. Gr. II, 691: Jedes Gut, es gehörte Ritter, Knecht oder Bauersmann und sei so groß „as dat spitz van einre naelden“, soll von der Aebtrissin von Dietkirchen zu Lehen gehen.

80. Gr. II. 688 u. 693: Jedes Gut, „darauf ein dreistemplicher stuel stehen könne“, muß vom Gfn. v. Blankenheim empfangen werden.

81. Gr. II, 694.

Nach Kesseling bei Altenahr hat sie zweifellos der Grundherr, der Abt von Prüm eingeführt, durch den sie sogar bis Güssen n. ö. Jülich gelangt ist.<sup>82</sup> In der Ebene aber verschwindet sonst die Banngrundherrschaft. Das Gereonstift scheint zwar in Rommelsheim noch 1554<sup>83</sup> einen Anlauf genommen zu haben, um sie durchzusetzen. Aber es dürfte ihm nicht gelungen sein. Im übrigen sehen wir nur das Weistum selbst einer Prümschen Villikation wie Wichterich von 1413<sup>84</sup> an. Es erkennt zwar dem Abt „dat eigendum von dem himmel bis in die erde und von der erde uis in den himmel, und dat als vur eins grundhern“. Aber es weist ihm dann ausdrücklich 14 Lehen zu, ohne zu verlangen, daß auch das übrige Land von ihm zu Lehen empfangen werde. Die Zahl der Lehen wird in dieser Gegend überhaupt häufiger angeführt,<sup>85</sup> ja sie werden wohl in den Weistümern genau benannt und beschrieben.<sup>86</sup> Und ist das nicht der Fall, so geben uns die Register Auskunft, so daß wir behaupten können, die Banngrundherrschaft hat sich nicht über die Eifel hinaus nach Norden verbreitet.

---

82. Gr. II, 639, das Weistum von 1556 sagt, „das niemantz darinnen der vogteien zu Keslinghen“ (welche auch die Dörfer Weidenbach, Staffel und Kranscheid umfaßte), „der sei edel oder unedel, des nemantz echtz eigentums habe, er habs dain zu lehen von goitzhaus Prume, und das auch alle die lehengueter curmuedig dem gn. h. abt . . . .“ Aehnlich II, 756.

83. S. den Bericht der Jülischen Beamten bei Lac. Arch. III, S. 322 ff.

84. Gr. II, 725 f., §§ 1 u. 8.

85. Z. B. Kuchenheim, Gr. II, 677. — Auf dasselbe etwa kommt es heraus, wenn die Zahl der Kurmeden oder der Geschworenen angegeben wird, z. B. in Gleuel und Walberberg, KW. II, 36 § 4 u. 60 § 8.

86. Z. B. in Keldenich und Rösberg, KW. II, 46 § 5 u. 51 § 3.



Die Ausdrücke Eigentum und Grundherr, welche sich in dem Weistum von Wichterich und fast in allen Weistümern der Herrlichkeiten finden, darf man nicht zum Beweise des Gegenteils anführen. Denn sie kommen auch dort vor, wo an grundherrliche Rechte des sog. Grundherren gar nicht zu denken ist. So wird z. B. schon 1309 dem Herren von Saffenberg das Eigentum im Kirchspiel Dernau zugewiesen,<sup>87</sup> wo er nur Vogt war und sich das Bestehen von Banngrundherrschaft nicht einmal vermuten ließe. Der Erzbischof von Köln wird 1581 Grundherr im Dingstuhl Rommerskirchen genannt,<sup>88</sup> wo er die Grafenrechte innehatte, aber nur über geringes Domanium verfügte. Der Inhaber der Hochgerichtsbarkeit ist es, der in beiden Fällen als Grundherr auftritt. Die Bedeutung dieses Wortes erläutert etwa das Weistum von Hardt, da für das ganze Amt gewiesen wird,<sup>89</sup> „quod aqua, aer et pascua . . . pertineant domino archiepiscopo et ecclesiae Col. . .“, und dieser Besitz mit dem der offenen Straße auf eine Stufe gestellt wird.<sup>90</sup> Grundherr kann also auch den Oberherren der Allmende bedeuten und diese Stellung sich aus dem Besitz der Hochgerichtsbarkeit herleiten.

---

87. Koblenz, St. A., Herrschaft Saffenberg, 9, s. dazu oben S. 67 Anm. 219.

88. KW. I, 2 in einer Immissionsformel; dabei handelt es sich gerade um Immission in ein Lehen eines wirklichen Grundherren, des Kunibertstiftes-Köln.

89. Gr. II, 672, a. 1378.

90. „Item dixerunt . . . stratam et communitatem in dicto districtu de Hardt esse solummodo domini archiepiscopi et ecclesiae suae Col. . .“. Wohlmtann a. a. O. leitet die Allmendeinheit aus der Bannherrschaft ab. Wir sagen wohl besser, daß sie, wo sie nicht aus Privateigentum stammte, mit der Bannherrschaft gleichzeitig erworben wurde.

Unsere Beispiele lassen keinen Zweifel, daß sich die Bildung der Bannbezirke nur im Verlaufe einer sehr langen Auseinandersetzung vollzogen hat. Wir werden nur noch die Frage stellen, wann sich ihre frühesten Anzeichen bemerkbar machen. Da hat erst vor kurzem Dopsch<sup>91</sup> wiederum darauf aufmerksam gemacht, daß solche Tendenzen schon in der Karolingerzeit auftreten, allerdings in Westfranzien, wo wir im Vornhinein mit dem Vorkommen von geschlossenen Domänen rechnen müssen. Doch erwähnt das Prümer Urbar des Jahres 893<sup>92</sup> „potestates“, unter denen man sich Bannbezirke vorstellen muß, bereits an der westlichen Grenze unseres Gebietes. Ins 10. Jhd. fallen dann echte und gefälschte Bannprivilegien auch für das übrige Deutschland.<sup>93</sup> Aus dem 11. Jhd. ist für uns die Urkunde Heinrichs IV. für Siegburg<sup>94</sup> von besonderem Interesse. Der König schuf da einen Bannbezirk durch Verleihung, indem er dem Abte gewährte, innerhalb genau angegebener Grenzen — dem späteren Burgbann — die zu Markt fahrenden Kaufleute

---

91. A. a. O. S. 121 f.

92. S. die Zusammenstellung bei Wohltmann, a. a. O. S. 382, dessen erläuternde Bemerkungen wohl abgewogen sind, so daß man ihnen zustimmen muß. Im allgemeinen wird man freilich von potestas“ dasselbe halten müssen, wie von „bannus“ und „herrlichkeit“, s. im Text. Wenn Lothar I. 842/55, MRh. UB. I, 90 verbietet „ex omni potestate monasterii S. Salvatoris“ (Prüm) „nihil omnino exigi“, so können damit nicht nur Bannbezirke gemeint sein. Bei Ritz, Nr. 30 wird 967 dem Kloster Stablo geschenkt „unum mansum cum curte bona in comitatu Hoyo, quod iacet inter confines terre sancti Maximini“. Das ist also auch der Ansatz zu einem Bannbezirk.

93. Waitz, VG. IV 2, S. 322, dazu Dopsch, S. 121, Waitz, VG. VII, S. 236, Heusler, Ursprung der Stadtverfassung, S. 25 f.

94. Lac. UB. I, 214.

mit dem Königsbann zu schützen. Die Urkunde bestätigt also einerseits unsere Ansicht, daß Bannverleihungen meist unter besonderen Umständen erfolgten. Wenn sie aber zu der Verleihung dieses neuen Bannes hinzusetzt: „tres curtes ad montem pertinentes, Lara, Geistingen, Bleisa cum suis bannis, quos ante habebant, stabiles et inconvulse permaneant“, so zeigt sie andererseits, daß in unserer Gegend die Bannbildung schon im Gange war und zu ähnlichen Resultaten geführt hatte, wie sie die Verleihung hervorrief.

Mit Grenzlinien beschriebene Bänne kommen auch in den Brauweiler Urkunden vor. Pfalzgraf Ezzo und seine Gemahlin Mathilde sollen bei der Gründung des Klosters „terminum . . . et bannum ipsius allodii, sicut ipsi summa libertate habuerunt“, bestimmt haben, nämlich von dem sog. Rintweg bis jenseits der Erft. Andere Stücke dieser Fälschungsgruppe geben eine noch genauere Beschreibung, bei der freilich auch nicht zu erkennen ist, wie weit man sich den Bann jenseits der Erft noch ausgedehnt dachte. Mit denselben Worten fast wird bei der Schenkung von Klotten a. d. Mosel seitens der Königin Richeza an die Abtei berichtet: „terminum . . . et bannum eiusdem predii, sicut ipsa prius habuit, a fluvio Andrida usque ad fluvium Elza . . . constituit“, und in beiden Fällen als Inhalt des Bannes gleichlautend angegeben, daß in diesen Bezirken jegliche Gewalt nur dem Abt und seinem Schultheißen zustehen sollte.<sup>95</sup> Ganz sicher ist freilich nicht, was man sich dabei

---

95. Lac. UB. I, 164 und 184, Acta acad. Pal. III, 135 ff., MRh. UB. I, 335, a. 1051. Oppermann erklärt WDZ. 22, S. 191 diese letztere Stelle für echt, doch will ich mich nicht darauf stützen, weil schon seine anschließenden Ausführungen über den römisch-fränkischen Dualismus in der Verfassung des Rheinlands sehr anfechtbar sind. Bedauerlicher Weise herrscht ja auch über die älteren Urkunden für die Stadt Köln solche Unklarheit, daß ich darauf verzichte, sie hier heranzuziehen.

dachte und wie weit jenen Stellen eine echte Tradition zu Grunde liegt. Berücksichtigt man aber, daß weder das Hochgericht Brauweiler noch das von Klotten die angegebenen Grenzen später auch nur einigermaßen ausgefüllt hat,<sup>96</sup> so liegt die Annahme am nächsten, daß das Kloster versuchte, auf dem Wege der Urkundenfälschung geschlossene Bannbezirke zu gewinnen, welche möglichst seine ganze Grundherrschaft enthielten. Die Fälschungen gäben also einen Beweis, daß diese Abschließungsbestrebungen im 12. Jhd. sowohl an der Mosel wie am Niederrhein in ein akutes Stadium getreten waren.

Im allgemeinen muß man sich freilich hüten, in jedem „bannus“ sogleich einen geschlossenen Bannbezirk sehen zu wollen, oder den häufigen Ausdruck „territorium“<sup>97</sup> dahin auszulegen. „Bannus“ und „territorium“ sind eben nur die Uebersetzungen von Herrlichkeit und die schillernde Bedeutung dieses Wortes haben wir ja schon festgestellt. Es genügt wohl, den „bannus ville Meckenheym“, a. 1264,<sup>98</sup> anzuführen und an die oben geschilderten Meckenheimer Verhältnisse zu erinnern, um unsere Behauptung zu rechtfertigen. Je jünger freilich die Belegstellen sind, desto wahrschein-

---

96. Oppermann behauptet zwar WDZ. 22, S. 215 daß sich die spätere Kurkölnische Herrlichkeit Brauweiler mit dem Bannbezirk der Urk. Lac. UB. I, 164 und Acta acad. Pal. III, 135—139 von angeblich 1028 decke. Er hat aber den Beweis nicht erbracht. Tatsächlich greift der Bannbezirk, wie Oppermann S. 222 selbst hervorhebt, auf das linke Erftufer über, die Herrlichkeit Brauweiler bleibt aber nur rechts und recht weit ab vom Flusse.

97. S. z. B. Lac. UB. II, 821, 875, III, 116, Altenberger UB. I, 3. Gleichbedeutend ist auch „districtus“, z. B. Lac. UB. I, 486.

98. Heisterbacher UB. 153, es ist die Rede von den Zehnten „in banno“.

licher ist es, daß der „bannus“ oder die Herrlichkeit tatsächlich einen räumlich geschlossenen Bezirk darstellt.

Indessen wie der Prozeß der Bannbildung sozusagen seit jeher im Gange war, so ist er auch nie völlig zu einem Ende gekommen oder konnte, eine Zeit lang stockend, immer wieder von Neuem aufleben. Zog doch z. B. Jülich, als es ihm bequem schien, im 18. Jhd. den Anspruch hervor, seine Latengüter im kurkölnischen Dingstuhl Fürth als sein steuerpflichtiges Territorium anzusehen.<sup>99</sup> In Kuchenheim haben erst die französischen Eroberer den Zustand beseitigt, daß Landesherrschaften und Grundherrschaft sich deckten.<sup>100</sup> Den verbreitetsten Rest dieses älteren Typus der Landesherrschaft stellen aber die Territorien der Reichsritterschaft dar, von denen einige auch noch unser Gebiet betreffen.<sup>101</sup>

Gegenüber der ewigen Dauer des Prozesses der Bannbildung nehmen sich die hie und da anzuführenden und in Deutschland ziemlich auf die sächsische Kaiserzeit beschränkten Fälle der Bannverleihung nur wie eine Episode aus, die ihre Bedeutung allerdings dadurch gewinnt, daß diese Fälle die wichtigsten Plätze des Reiches betrafen. Im ganzen betrachtet liegt es aber hier geradeso wie bei den Immunitätsprivilegien; auch die Bannverleihungen reichen bei weitem nicht aus, um die tatsächlichen Verfassungszustände zu erklären; neben ihnen her läuft die Entwicklung aus eigener Kraft weiter und kommt zu denselben Ergebnissen. Die Privilegien haben diese Entwicklung gefördert, sind ihr auch

---

99. Kurköln, Hülchrath, Jurisdiktion 10 u. 13.

100. Fabr. II, S. 299, s. auch S. 298 über Arloff.

101. Das hat Fabricius beim Entwerfen der historischen Karte von 1789 nicht wenig Schwierigkeiten gemacht. Außer seinen Erläuterungen über die Reichsritterschaftlichen Territorien s. z. B. auch S. 304, Tüschembroich. Noch öfter ist der Zustand innerhalb der Territorien so verblieben, man sehe nur die Beschreibung des Amtes Nideggen bei Fabr. II, S. 277 ff.



wohl vorausgeeift und verraten uns so besonders deutlich ihre Richtung, sie haben diese Entwicklung aber weder hervorgerufen noch zum Abschluß gebracht, sondern nur in einzelnen Fällen bestätigt.<sup>102</sup>

Noch mehr aber, als die Parallele der Immunitätsprivilegien zu Hilfe kommt, um die Bedeutung der Bannverleihungen zu erläutern, dient der Prozeß der Bannbildung, um unsere Ansichten von der allmählichen, autogenen Ausbildung der Immunitätsgerichtsbarkeit zu stützen und anschaulich zu machen. Das Moment des Zufalls, das bei beiden mitspielt, trat, wie ich meine, bei den Bannbezirken noch klarer hervor; bei ihrer Entstehung fehlten eben auch jene verfassungsrechtlichen Hilfen und Hebel, welche die Immunitätsgerichtsbarkeit von einer Stufe auf die andere gehoben haben. Andererseits genießen wir bei den Bännen den Vorteil, noch in spätester Zeit den Ausgangspunkt der Entwicklung einwandfrei feststellen zu können, da er ja in der Grundherrschaft dauernd erhalten blieb. Bei dem innigen Zusammenhange aber, in welchem die Steigerung und die räumliche Zusammenfassung der Immunitätsgerichtsbarkeit untereinander stehen, — erscheinen sie doch nur als verschiedene Auswirkungen der gleichen Kraft — darf man sich aber m. E. die beiden Vorgänge nicht als prinzipiell andere vorstellen. Daß hieße ja, das mittelalterliche Verfassungsleben in zwei Hälften zu zerlegen, die der autogenen Entwicklung von unten herauf und die des gesetzten, von oben verliehenen Rechtes, ohne daß man doch im Stande wäre, die zwingende Grenzlinie der beiden Hälften anzugeben. Welche Art der Entwicklung aber im Mittelalter von selbst die größere Wahrscheinlichkeit für sich hat, darüber kann gar kein Zweifel herrschen.

---

102. Völlig dieselben Ansichten äußert Wohltmann WDZ. 28, S. 381.

## Kapitel V.

### Die Vogtei.

Als drittes in der mittelalterlichen Gerichtsverfassung gegebenes Element steht, auf ihre Entwicklung und vor Allem auf die Ausbildung der Landeshoheit entscheidungsvoll einwirkend, neben Grafschaft und Immunität die Vogtei. Ihre Geschichte muß hier im Zusammenhange erörtert werden, teils um ihrer selbst willen, teils zur Ergänzung der vorangehenden Kapitel.

Die Vogtei, wie sie uns etwa seit dem Jahre 1000 in der besonderen Ueberlieferung des Niederrheins entgegentritt, ist aus drei Quellen erwachsen.<sup>1</sup> Im Frankenreich mußte sich jeder Geistliche vor Gericht „pro ecclesiastico honore et pro sacerdotum reverentia“<sup>2</sup> durch einen Laien als Vogt vertreten lassen. Karl d. Gr. bemühte sich eifrig, diese Forderung allgemein durchzusetzen und für gute Vögte zu sorgen.<sup>3</sup> Indessen berührt uns die Vogtei in dieser

---

1. S. zum Folgenden besonders Brunner, RG. II, § 95, S. 302 ff., F. v. Wicke, Die Vogtei in den Stiftern des fränk. Reichs, Diss. Leipzig 1886, und Senn, L'institution des avoueries ecclesiastiques en France, 1905, wovon W. Sichel in den GGA. 1904, S. 788 ff. sehr ausführlich den Inhalt mit vielen eigenen Zusätzen gegeben hat, danach ich auch zitiere.

2. So MG. Capit. I, S. 201, c. 3, a. 790, nicht weil er der Rechtsfähigkeit gedarbt hätte.

3. Ueber dieses besondere Ziel von Karls Politik s. Dopsch a. a. O. II, S. 101 ff.

einfachsten Form, welche auch für Frauen<sup>4</sup> und andere in der Munt stehende Personen<sup>5</sup> galt, nicht unmittelbar.

Eine verfassungsgeschichtliche Bedeutung erlangte sie erst, als Karl der Gr. daran ging, das Verhältnis der Immunitäten, welche immer mehr öffentliche Rechte an sich zogen, zu den Landgerichten und den Reichsbeamten zu regeln. Denn nun wurden die bisherigen Aufgaben der Vögte mit dem Gericht über die Immunitätsleute und ihrer Vertretung vor dem Landgericht verbunden, so daß sich die Vogtei aus einem gelegentlichen Auftrage zu einem ständigen Amte wandelte. Für die prozeßualische Vertretung der Kirchen selbst scheint man sich allerdings noch längere Zeit jeweils ernannter Vögte bedient zu haben.<sup>6</sup>

Die karolingische Gesetzgebung spricht vorwiegend aber doch nicht ausschließlich von den Kirchengväkten; für den Laien bestand kein Vogtzwang;<sup>7</sup> die Kapitularien brauchten daher nicht an allen Stellen des Laienvogtes zu gedenken.<sup>8</sup> Die weltlichen Grundherren haben auch in der Folgezeit ihre

---

4. Lac. UB. I, 225, a. 1073/5 scheint der „supradicti predii advocatus“ der Vogt der Schenkerin zu sein, da er vor dem Vogt der empfangenden Kirche genannt wird. Sonst heißt der Sachverwalter einer Frau meist „mundiburdus“, s. Lac. UB. IV, 608, a. 1066/81 und 612, a. 1081/1105.

5. Lac. UB. I, 322, a. 1135.

6. So das Salzburger Hochstift noch zur Zeit des EB. Adalbert (923—935), s. Erben in den Mitteil. der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde 29.

7. S. Sickel S. 797 f. und Waitz VG. IV<sup>2</sup>, S. 471 f. Für seine Person durfte der Laie gar keinen Vogt haben, wohl aber für seine Grundherrschaft.

8. Sie tun es bezeichnenderweise z. B. in der negativen Bestimmung, daß kein Zentenaar Vogt eines Bischofs, Abtes oder Grafen sein dürfte, s. die nächste Anmerkung.

Angelegenheiten meist selbst verwaltet, weshalb wir von ihren Vögten weiter nichts mehr hören. Wir fassen daher auch nur die Kirchenvögte ins Auge. Für deren Bestellung wurden Anfangs folgende zwei Bestimmungen ausschlaggebend: Daß die Vögte in jener Grafschaft, in welcher sie ihre Kirche vertreten sollten, Grundbesitz haben müßten,<sup>9</sup> daß, als Vögte aber nicht die betreffenden Grafen und Zentennare angenommen werden dürften.<sup>10</sup>

Der erste Satz entspringt dem Bedürfnis, daß der Vogt für seine Person in dem Gericht dingfähig sein mußte, vor welchem er die Sache seiner Kirche führen sollte. Dann ist als zweite selbstverständliche Voraussetzung, die er zu diesem Ende zu erfüllen hatte, hinzuzufügen, daß er freien Standes war. Tatsächlich finden wir auch bis 1100 ausschließlich freibürtige Vögte. Ministerialen rückten in das Amt erst dann, und auch nur als Untervögte von Freien, ein, als das Rittertum eine neue gesellschaftliche Schichtung an die Stelle der geburtsständischen Gliederung des Volkes zu setzen begann.

Man hat zur Erklärung dieser Tatsache auch den Grund geltend gemacht,<sup>11</sup> daß die Gerichtsbarkeit über die freien Hintersassen, welche mehr und mehr auf Immunitätsland angesiedelt oder mit ihren Hufen in die Immunitäten hineingezogen wurden, nur von Standesgleichen ausgeübt werden konnte. Und diese Begründung möchte man als hinzukommend zu der bereits angeführten trotz einiger Bedenken<sup>12</sup>

---

9. Cap. Aquisgran. 801/13, MG. Capit. I, 172, c. 14.

10. Cap. Miss. 819, MG. Capit. I, 290, c. 19 und Ann. Fuld. MG. SS. I, 368 zum Jahre 852 (Reichstag in Erfurt).

11. S. Heilmann, a. a. O. S. 24, 29 f., 33, 36 u. s. f.

12. Die Lex. Rib. 53, 2 kennt auch den „puer regius“ als Grafen. Karl d. Gr. soll Freigelassene dazu eingesetzt haben. Die strenge Abschließung des Freienstandes, welche uns in jüngster Zeit Schultes

anerkennen. Man hat aber auch umgekehrt aus derselben Tatsache den weittragenden Schluß gezogen,<sup>13</sup> daß alle Immunitätsgerichte, welchen ein Edelfreier, d. i. ein dem Grafen nach dem Rechte der Geburt gleichgestellter Freier als Vogt vorsah, auch grafengleiche Gerichte gewesen seien. Demgegenüber genügt es, auf die Beispiele hinzuweisen, welche im Kapitel III gegeben worden sind und zeigen, daß selbst Grafen Vogteien über solche Gerichte verwalteten, welche nie über die rein grundherrlichen Befugnisse hinausgekommen sind.

Durch das Aachner Kapitulare von 801/13, das jenen ersten Satz aufstellte, war eine Mehrzahl von Ortsvögten bei den meisten Kirchen gegeben. Als ihr Amtsbereich kann man sich eben in Rücksicht auf dieses Gesetz die in einer Grafschaft gelegenen Grundherrschaften einer Kirche vorstellen. Auf Spuren einer derartigen Abgrenzung von Vogteibezirken stößt man noch in späterer Zeit,<sup>14</sup> ohne daß man

---

Forschungen vor Augen geführt haben, scheint danach das Ergebnis einer allmählichen Entwicklung zu sein. Für das Gebiet des fränkischen Stammes ist besonders zu beachten, daß die Edelfreien von den Gemeinfreien bis zum Ende des 12. Jhd. noch nicht rechtlich geschieden waren, daß man also immer den ganzen Freienstand zu den Unfreien im Gegensatz denken muß.

13. So Heilmann, a. a. O., Wohltmann, WDZ. 28, S. 415.

14. Uebersichtlich sind die Vogteibezirke der Abtei Siegburg in der Fälschung WDZ. 21, S. 116 von z. 1064 zusammengestellt. — G. v. Randerath besaß 1216, Lac. UB. II, 59, die „advocatiā curtiū nostrarū (des Domkapitels) in Rurekove“, womit allerdings kein bestimmter Verfassungsbezirk gemeint ist. S. oben S. 29. Die Vogtei des Domhofs Lövenich war beim Herrn v. Wassenberg (Lac. UB. II, 363, a. 1250), die rechtsrheinische des Hofes Buchheim beim Grafen v. Berg (Lac. UB. I, 258, a. z. 1100). Die Aufteilung entspricht etwa den eigenen Herrschaftsgebieten der Vögte. Der Rhein bildete oft die



sie gerade auf die karolingische Gesetzgebung zurückführen muß. Andererseits war ein Freier, der in mehreren Gauen Grundbesitz hatte, wohl in der Lage, in mehreren die Vogtei einer Kirche zu verwalten. Diese Möglichkeit trat immer häufiger ein, aus je höherem Stande man die Vögte wählte. Denn die obere Schichte der Freien war meist an vielen Orten begütert.

Die andere Bestimmung, welche die öffentlichen Richter von der Verwaltung der Ortsvogteien in ihren eigenen Amtsbezirken ausschloß und 819 allein für die Zentenare erlassen, 852 dann auch auf die Grafen ausgedehnt wurde, will aus dem Gegensatze von Grafschaft und Immunität verstanden sein. Sollten die geistlichen Grundherrschaften vor den Eingriffen der Reichsbeamten gesichert werden, so war es nicht angängig, diesen die Rechte, die ihnen eben entzogen worden waren, mit der anderen Hand wiederzugeben und ihnen auf dem Wege der Vogtei den Einlaß in die eximierten Bezirke zu eröffnen, die ihnen als Landgerichtsbeamten verschlossen sein sollten. Die Kapitularien von 819 und 852 brachten den Gegensatz von Grafschaft und Immunität auch in der Person ihrer Beamten zum Ausdruck. Es scheint mir umso mehr geboten, darauf hinzuweisen, als der so geschaffene Zustand durch die spätere Entwicklung oft genug

---

Grenze der Vogteibezirke. Die Grafen v. Berg haben allmählich fast alle rechtsrheinischen Vogteien an sich gebracht. Während z. B. der Graf v. Kessel Altarvogt von S. Pantaleon-Köln war, verwaltete der Graf v. Berg die rechtsrheinische Vogtei Hittorf dieses Klosters. (Lac. UB. IV, 623, a. 1151/3). Aehnlich bei S. Gereon, s. unten Anmerkung 24. Die Pfalzgrafen, bzw. Jülich wiederum besaßen alle linksrheinischen Vogteien von Stift Essen, s. unten Anhang I und über eine Abweichung KW. I, S. 40, Anm. 6. Andererseits erstrecken sich auch Vogteibezirke beiderseits des Flusses, z. B. die von Bonn s. Lac. UB. II, 419.

verwischt worden ist und doch, wenn man seine Folgen recht bedenkt, von tiefgehender Bedeutung für die Entwicklung der Immunitäten gewesen sein muß. Die Personalunion von Vogtei und Grafen- oder Zentenars-Amt hätte die Immunitäten einschnüren müssen. Denn jede Erweiterung ihrer Rechte konnte nur auf Kosten der Grafengewalt vor sich gehen. Die Grafen mußten sie also, besonders seit sie ihre Aemter erblich und fast zu Eigen besaßen, während die Vogtei noch nicht erblich geworden war, zu verhindern suchen. Ein vom Grafen und Zentenaar verschiedener Vogt durfte dagegen in der Ausdehnung und Steigerung der Immunität eine Vermehrung seiner eigenen Befugnisse und Einnahmen sehen. Er war dabei der natürliche Verbündete des Grundherren. So hat die karolingische Gesetzgebung, indem sie die Grafen und Zentenare vom Vogtamt in ihren Bezirken ausschloß, nicht wenig die Entwicklung der Immunitäten gefördert.

Daß jenes von Ludwig dem Frommen erlassene Verbot schon von Ludwig dem Deutschen erneuert werden mußte, zeigt an, daß es nicht beobachtet worden ist. Es konnte auf die Dauer nicht beobachtet werden und daran tragen die Könige selbst die meiste Schuld.

In dem wohlgeordneten Reiche Karls d. G. sorgte der Staat durch seine Beamten für den Schutz der Kirchen und des Kirchengutes.<sup>15</sup> In den Zeiten der sinkenden Königsmacht aber mußten sich die Kirchen nach anderen Beschützern umsehen.<sup>16</sup> Daß diese ihrer Aufgabe nur gewachsen waren,

---

15. Karl der Große bezeichnet 769 den Gaugrafen als „defensor ecclesiae“, MG., Cap. I, S. 45, c. 6.

16. Da Brunners RG. nicht über die fränkische Zeit hinausgekommen ist, nach welche seiner eigenen Bemerkung zu folgen die Entstehung der Schirmvogtei fällt, entbehren diese Verhältnisse einer für Deutschland gültigen Untersuchung. Man ist auf Senns erwähnte

wenn sie selbst über eine ansehnliche Macht verfügten, liegt auf der Hand. So mußten sich die Kirchen an die Großen der Landschaft um Hilfe wenden, in deren Reihen sich doch die Grafen, ihre ärgsten Bedrücker, fanden.

Auch auf das Amt des Beschützers wandte man den Begriff der Vogtei an, so daß er weit häufiger „advocatus“ als „defensor“<sup>17</sup> heißt. Die Schirmvogtei tritt als dritter Faktor zur Ausbildung der Vogteigewalt hinzu.

Wenn zur Zeit Ludwigs d. D. die Bestellung eines Grafen zum Vogt in den Kreis der Möglichkeit gerückt und sicherlich schon öfters vorgekommen war, während sein Vater 30 Jahre früher diesen Fall noch gar nicht hatte berücksichtigen brauchen, so gibt uns das einen Anhalt, seit welcher Zeit sich das Bedürfnis nach Schutzzögten geltend machte.<sup>18</sup>

---

Arbeit über Westfranzien angewiesen, die gerade für Lotharingien wohl herangezogen werden darf. S. also Sickel a. a. O., S. 817 ff., der wertvolle Notizen auch für Deutschland beibringt.

17. Für Deutz Lac. UB. I, 153. a. 1019 (Fälschung?), s. auch unten Anm. 60. In der Fälschung Lac. UB. I, 164 (1. Hälfte des 12. Jh.) ist „defensor“ wohl in einem allgemeineren Sinn gebraucht.

18. Der erste Vogt-Graf am Niederrhein ist Hermann, der 889 bis 911 für Kl. Werden auftritt. (Wilms, Kaiserurk. Westfalens, S. 529/31 und Crecelius, Trad. Werd. Nr. 75, Berg, Zschft. 6.) Es bleibt aber unentschieden, ob er Graf gerade in jener Grafschaft war, in der er die Vogtei verwaltete. Die bessere Ueberlieferung des Klosters Stablo gestattet 959 einen gräflichen Vogt nachzuweisen, der, allerdings ohne Grafentitel, 943 in der Grafschaft Huy auftritt, die ihm nach anderen Zeugnissen gehörte, s. *Recueil des chartes de l'abbaye de Stavelot-Malmedy* I, 66 und 77 und Index s. v. Erenfried. DO. III. 235 für Elten setzt dann zu Ende des Jhd. ganz allgemein Grafen als Vögte voraus, was aber zu weit geht. Immerhin läßt sich auch für unser Gebiet mit einiger Gewißheit wenig-

Die verschiedenen Quellen der Vogtei sind noch im Hochmittelalter zu erkennen. Denn haben sie sich auch in verschiedenartiger Weise vermischt, so sind sie doch nicht völlig ineinergeflossen. Als Regel wird man aufstellen können, daß der Schirmvogt die Vertretung seiner Kirche im Prozeß<sup>19</sup> oder sonst vor Gericht übernahm. Er erscheint in den Urkunden als „advocatus altaris“<sup>20</sup> oder „aecclesie“<sup>21</sup> meist beim Anlaß von Gütergeschäften, die alle durch seine Hand gehen mußten;<sup>22</sup> für den Altarvogt konnte

---

stets ein Beispiel von der Verwaltung von Vogteien durch den Gau-  
grafen in dieser Zeit erschließen. Da sich unter den 10 Ortsvogteien,  
die später Jülich von der Pfalz zu Lehen trug (s. Anhang I), auch  
jene des Stifts Essen sich befinden, die sich König Zwentibold 898  
vorbehalten hatte (Lac. UB. I, 81), ist anzunehmen, daß ihre Ver-  
waltung mit einem Inhalt des pfalzgräflichen Amtes ausgemacht habe.  
Davon lag nun z. B. Breisig im Ahrgau, dessen Grafen die lothrin-  
gischen Pfalzgrafen schon zu Ausgang des 9. Jhd. waren.

19. So wird der Domvogt 1051 im Hofgericht des Königs von  
den Kindern Pfalzgraf Ezzos um die Vogtei Brauweiler angesprochen,  
WDZ. 22, S. 233. Der Vogt von Stablo erhebt 905/7 eine Klage im  
Grafengericht, *Recueil des chartes de l'abbaye de Stavelot-Malmédy*  
I. 49.

20. „Adv. alt.“ von S. Victor-Xanten im Gegensatz zu den Orts-  
vögten Binterim u. Mooren III, 27, a. 1122, „Adv. alt. b. Kumiberti“  
Lac. UB. I, 379, a. 1154, „summus adv. alt.“ von S. Pantaleon-Köln,  
I, 425, a. 1166. Oder der Vogt wird als Vogt des Kirchenheiligen  
bezeichnet, z. B. „S. Cornelii“, I, 201, a. 1064.

21. So meistens. Die Mehrzahl der unten angeführten Vögte  
der Kölner Kirchen wird so genannt, alle aber sind Altar-, d. i.  
Schirmvögte.

22. U. zw. nicht nur die Niederlegung der Urkunde auf dem  
Altar, sondern auch die Auflassung im Landgericht, s. Lac. UB. I,  
247, a. 1093.

also die Beschränkung auf eine Grafschaft nicht mehr gelten. Ihm ist ferner die Hochgerichtsbarkeit über alle Wachzinsigen übertragen, wo sie auch wohnen.<sup>23</sup> Daneben aber hat sich die ältere Einrichtung der Ortsvögte erhalten.<sup>24</sup> Die Ortsvögte sind auch dem Altarvogt nicht untergeordnet worden.<sup>25</sup> Ja sie haben sogar einen Teil seiner Schutzpflicht, nämlich soweit sie die einzelnen ihnen unterstellten Fronhofsverbände betraf, an sich gezogen.<sup>26</sup> Diesen Schutz zu

---

23. S. oben S. 94 für Xanten 1122.

24. Der Gegensatz wird besonders deutlich in folgendem Beispiel: EB. Friedrich schenkte 1109 die ihm zustehenden Vogteien über 2 Höfe von S. Severin-Köln diesem Stifte, so daß der Propst ihre Einnahmen genießen solle. Den Schutz der Fronhofsverbände aber hat der EB. oder sein bestellter Vertreter (mit geistlichen Mitteln) und der „advocatus altaris s. Severini“ (mit weltlichen Mitteln) zu gewährleisten (Lac. UB. I, 272.). Altarvogt von S. Gereon ist der Graf v. Jülich, „advocatus curie nostre in Osenewe“ aber der v. Berg, Joerres UB. S. Gereon 17, a. 1160. In der Fälschung WDZ. 21, S. 116 für Siegburg, welche in diesem Punkte natürlich nur den bestehenden Zustand des 12. Jhd. schildert, werden die Vögte der verschiedenen Klostergüter angeführt, aber nur Gerlach (v. Wickrath) als „eiusdem monasterii advocatus“. Wir wissen, daß er der Altarvogt war. S. auch oben Anmerkung 14 Vogteien von S. Pantaleon und vom Dom, deren Schirmvögte sogleich im Text genannt werden.

25. Heißt letzterer einmal „*summus adv.*“ (s. oben Anmerkung 20 oder unten Anmerkung 57 die Urk. von Münsteriefel) oder „*principalis adv.*“ (UB. Kaiserswerth 14, a. 1158) oder „*legitimus adv.*“ (Lac. UB. I, 261, a. 1103), so ist das im Gegensatz zu den Untervögten „*subadvocatus*“, „*secundarius adv.*“ (UB. Kaiserswerth 14), „*postadv.*“ (Kl. Weiher-Köln, Urk. 1 u. 4.) gemeint.

26. S. die angezogene Fälschung für Siegburg, welche die Ortsvögte „*defensores*“ nennt. Auch die angeführte Urk. von 1109, für S. Severin-Köln, zeigt das. Die Schirmpflicht des Altarvogtes muß betont werden, weil der Propst selbst Ortsvogt wird.



gewähren, erscheint in den Weistümern immer wieder als vornehmste Aufgabe der Vögte.<sup>27</sup> Auf der anderen Seite sind die Altarvögte fast mit Regelmäßigkeit in den Besitz von Ortsvogteien gelangt.<sup>28</sup> So vor Allem am Ort der Kirche selbst.<sup>29</sup> Wie man sieht, ist es nicht möglich, eine streng systematische Scheidung der Vogteien zu geben. Das trägt aber wenig aus, denn die Schirmvogtei als solche, da sie keine örtliche Gerichtsbarkeit enthielt, ist für die Ausbildung der Landeshoheit unmittelbar ohne Einfluß geblieben.

Gerade bei der ersten Kirche unseres Gebietes läßt sich das zeigen. Die Kölner Domvogtei, welche bis 1175 die Grafen von Saffenberg, bis 1247 die Grafen von Sayn inne hatten,<sup>30</sup> deren einer 1218 das Siegel „*advocati maioris ecclesie Col.*“ führt, wird noch 1255<sup>31</sup> beim Uebergang an Dietrich Luf von Kleve-Hülchrath erwähnt. Als aber 1314<sup>32</sup> der Erzbischof Heinrich von Virneburg dem Grafen von

---

27. Der häufige Ausdruck Schirmherr bezeichnet aber nicht nur den Vogt, sondern auch den Grafen als Landesherrn, s. z. B. KW. I, S. 110, 8. Daher wird dann wiederum der Schirmherr auch einmal Vogt genannt, wo dieser Begriff nicht zutrifft, z. B. Tomberg im Krahenforst gegenüber der adeligen Herrschaft Winterberg Gr. II, 697. Oder der Landesherr steht als Schirmherr über dem Vogt, s. Glehn, Lac. Arch. VI, S. 308, Keßeling, Gr. II, 639.

28. S. oben Anmerkung 24 über die Siegburger Vögte. Der Altarvogt hält die meisten Ortsvogteien in der Umgebung Siegburgs. Der Vogt von Dietkirchen-Bonn war auch Vogt von Buschhoven, s. Knipping II, 100 a. 1113 verglichen mit dem Weistum von Buschhoven, G. II, 662 (der EB. dort ist Erbe des Bonner Vogts).

29. Das gilt z. B. für Bonn, Kornelimünster, Siegburg, Schwarzhendorf, Villich.

30. S. Index zu Knippings Regesten.

31. Lac. UB. II, 419.

32. Lac. UB. III, 134, vgl. dazu KW. I, S. 1 ff.

Hülchrath den Rest des Saynschen Erbgutes abkaufte, zu dem die Domvogtei gehört hatte, wird sie nicht mehr genannt. Sie scheint spurlos verschwunden. Der besondere Grund ist hier wohl, daß die Erzbischöfe die Herrschaft über die Stadt Köln aus Grafschafts-, nicht aus Immunitätsrecht besaßen und nicht vom Vogt, was möglich gewesen wäre, sondern von einem besonderen Burggrafen verwalten ließen.<sup>33</sup> Im übrigen ist um diese Zeit der Schutz der Kirchen schon allgemein von den Landesherren übernommen und die Vertretung vor Gericht Beruftsanwälten übertragen worden.<sup>34</sup>

Mittelbar hat freilich die Schirmvogtei nicht wenig dazu beigetragen, daß die älteren Verfassungszustände in einem Sinne verändert worden sind, der den Absichten ihrer Begründer völlig zuwiderlief. Sie brachte die Kirchen in Abhängigkeit von den Dynasten des Landes, welche ihre Ueberlegenheit ausnützten, um Ortsvogteien zu erlangen, die Erträge abwarfen, während die Schirmvogtei keine Einnahmen brachte. Daß sie sich dann nach Möglichkeit jene Ortsvogteien übertragen ließen, welche in ihrem Herrschaftsbereich lagen und dienen konnten, es abzurunden, ist nur zu begreiflich. Als Beispiel nenne ich die Grafen von Ahr, welche die Vogteien über die Prümischen Immunitäten besaßen, die ihr Amtsgebiet im Ahr-, Eifel- und Zülpichgau zersetzt hatten, wo sie sehr zahlreich waren.<sup>35</sup>

---

33. S. KW. I, S. 61 ff. und Tab. I.

34. Die Vögte oder Dingvögte mit denen das Kl. Altenberg (Zisterzienser) vor den Kölner Schreinsämtern erscheint, dürften von Anfang an solche Sachwalter gewesen sein (s. die Beispiele im Altenberger UB. I, von 1178/83 an: Nr. 14, 18, 19, 23, 45 usw.). Allmählich geht der Titel in den eines „procurator“ über (Nr. 774, a. 1352).

35. S. oben S. 42, Anm. 132. Vgl. oben Anm. 14: Die Verteilung der Domvogteien.

Die Kirchen waren aber ursprünglich überhaupt nicht frei in der Wahl ihrer Vögte, denn nicht sie selbst, sondern die Kirchenherren, Könige, Erzbischöfe, geistliche und weltliche Eigenherren hatten die Vögte einzusetzen.<sup>36</sup> Die Aussicht liegt klar. Wenn in den Eigenkirchenherren nicht ein strenger, auf den Nutzen ihrer Kirchen bedachter Sinn waltete, dann wählten sie den Vogt nicht zu deren, sondern nach ihrem eigenen Vorteil aus. Das hat zu den gleichen Folgen geführt, wie jene tatsächliche Beschränkung der Vogtswahl.

Die Könige gingen dabei mit schlechtem Beispiel voran. Wie auf der einen Seite ihre Macht sank, und sie von ihren Vasallen immer abhängiger wurden, auf der anderen deren Verlangen nach Vogteien wuchs, gewöhnten sich die Könige, die Vogteien der Reichskirchen gleich anderen nutzbaren Rechten zu behandeln, und vergaben sie nach Gunst und Not den Großen des Reiches zur Belohnung geleisteter oder zum Ansporn erwarteter Dienste. Nicht anders verfahren sie ja damals — man muß besonders an die spätere Karolingerzeit denken — mit der Abtswürde, welche auch eine Dotierung für Anhänger wurde, die oft nicht einmal geistlichen Standes waren. Die Quellen bieten uns für die Vergabung von Vogteien aus solchen Rücksichten keine unmittelbaren Nachrichten. Aber laut genug spricht das Bestreben der Reichskirchen, wie sie sich die Abtswahl zu sichern trachteten, so auch die Wahl der Vögte selber in die Hand zu bekommen.

Es ist die Beobachtung gemacht worden,<sup>37</sup> daß dabei in ganz Deutschland die weiblichen Konvente und Kapitel recht

---

36. Sickel, S. 806, und Dopsch, S. 105, weisen die Annahme zurück, daß das Kapitulare für die Königsboten von 809 (MG. Cap. I, S. 151, c. 22) die Einsetzung der Vögte durch Grafen und Volk vorschreibe. Sie solle nur in ihrer Anwesenheit geschehen. Die Prümer Urk. von 920 aber, s. unten Anm. 42, setzt wahrscheinlich sogar Anwesenheit des Königs dabei als Regel voraus.

früh und allgemein zum Ziele gelangt sind. In unserem Gebiete erhielten die Fräuleinstifter Essen,<sup>38</sup> Elten<sup>39</sup> und Vilich<sup>40</sup> die Vogtswahl — gleich der Aebtissinwahl — schon in ihren ältesten, von den Ottonen verliehenen Immunitätsprivilegien zugestanden. Vilich wurde freilich verhalten, bei der Wahl auf die Familie der Stifter, des Grafen Meingoz und der Gerbirga, Rücksicht zu nehmen, was auch geschah.<sup>41</sup>

Nicht so leicht ist es den Männerklöstern geworden, die verderbliche Abhängigkeit von den Königen in dieser Hinsicht abzuschütteln.

Zwar hat schon 920<sup>42</sup> die Abtei Prüm von Karl dem Einfältigen u. a. das Recht erlangt, „ut abbas suos advocatos habeat licentiam statuendi sine regis presentia in cuiuscumque comitis mallum voluerit“, und diese Bestimmung ist als Verleihung der freien Vogtswahl gedeutet worden.<sup>43</sup> Sollte indessen die Urkunde tatsächlich auf die Wahl selbst bezogen werden müssen, so ist zu bedenken, daß sie in einer besonderen politischen Lage entstanden ist, und dabei vielleicht westfränkische Vorbilder maßgebend waren. Auch bei S. Maximin liegen die Verhältnisse nicht ganz klar. Das DO.

---

37. Wibel im Archiv für Urkundenforschung III, S. 109.

38. DO. I. 85, a. 947.

39. DO. II. 67, a. 979.

40. DO. III. 32, a. 987. In den beiden ersteren Fällen steht der Aebtissin, in letzterem den Schwestern die Wahl zu.

41. Daß durch diese Bestimmung, obwohl der Gründer Meingoz keinen Sohn mehr hatte und das Stift sein Wahlrecht stets betonte, es dennoch tatsächlich keines besaß, sondern die Vogtei vererbt wurde s. oben S. 38, Anm. 118.

42. MRh. UB. I. 162, bestätigt von Heinrich IV. a. 1056, ebenda 349.

43. Sc Wohlmann, WdZ. 28, S. 379. Meine Auslegung oben Anmerkung 36.

II. 42 von 973 enthält die Bestimmung, daß die Klosterleute nur „abbatis vel ab eo constitutorum placitum“ zu besuchen haben; und unter den „constituti abbatis“ sind in Rücksicht auf DO. I. 391 von 970 die „advocati, quos ipse (abbas) elegerit“ zu verstehen. Daß sich das Kloster aber die Vogtswahl anmaßte, mag neben anderen ein Grund dafür gewesen sein, daß das Diplom Ottos I. unvollzogen blieb. Es scheint also, daß die Könige nicht sogleich den Ansprüchen der Männerklöster auf Vogtswahl nachgaben. Werden mußte sich, um seine in derselben Richtung zielenden Bestrebungen durchzusetzen, der Fälschungen bedienen, die es in außerordentlichem Maßstabe und formell z. T. sehr glücklich ausführte. Die Privilegien Konrads II.<sup>44</sup> und Heinrichs III.<sup>45</sup> enthalten noch nichts über die Wahl des Vogtes durch den Abt. Man interpolierte aber einen Satz darüber in Urkunden Ludwigs III.<sup>46</sup> und Ottos III.<sup>47</sup> auf welchen jene jüngeren beruhen,<sup>48</sup> und verfertigte gleichzeitig mehrere Diplome auf die Namen Ottos II.,<sup>49</sup> Ottos III.,<sup>50</sup> Heinrichs II.<sup>51</sup> und Hein-

---

44. DK. II. 187, a. 1024 (Bendel, Die älteren Urkunden der Deutschen Herrscher für die ehemalige Benediktinerabtei Werden a. d. Ruhr. Beiträge zur Geschichte des Stiftes Werden. 1. Ergänzungsheft, Bonn 1908, 12).

45. Bendel 16.

46. Bendel 2.

47. DO. III. 17, a. 985. (Bendel 9.) Die Monumentausgabe und Bendel haben die gut sichtbare Rasur, auf welcher die Worte „(coram advocato) quem abbas constituerit si quid est“ stehen, nicht beachtet; erst Wibel a. a. O. S. 106 hat darauf aufmerksam gemacht. Den ursprünglichen Text möchte Bendel nach Ludwigs d. D. Urk. für Neuenherse, Mühlb. Reg. 1486, herstellen: „coram advocato a nobis constituto“.

48. DO. I. 5 enthält noch den ursprünglichen Text.

49. DO. II. 290, a. 983 (Bendel 8).



richs III.,<sup>52</sup> welche noch darüber hinaus dem Abte die Einsetzung von Vögten „per omnes abbaciam“<sup>53</sup> und ihre Absetzung bei Mißbrauch der Amtsgewalt gewährten. Die Fälschungsgruppe dürfte entstanden sein, als die Abtei diese Rechte von Heinrich IV. bestätigt haben wollte, was der Kaiser aber 1098<sup>54</sup> nur in allgemeinen und unbestimmten Ausdrücken tat.<sup>55</sup>

Von den übrigen Reichskirchen fehlen die einschlägigen Nachrichten.<sup>56</sup> Da es die kleineren sind, darf man annehmen, daß sie noch weniger eine Befugnis erlangt haben, welche

---

50. DO. III. 151, a. 994 (Bendel 10).

51. DH. II. 9, a. 1002, (Bendel 11).

52. Bendel 17, a. 1040 (Stumpf 2165). Dazu kommt noch die unten zu besprechende Fälschung DK. II. 286, a. 1036, (Bendel 14)

53. Mit Recht macht Bendel S. 170 darauf aufmerksam, daß der Anspruch des Klosters ein ganz ungewöhnlicher ist, da es nicht nur den Stiftvogt, sondern auch alle Untervögte einzusetzen verlangt.

54. Bendel 18.

55. Ich folge hinsichtlich der umstrittenen Werdener Fälschungen in diesen Punkten den Aufstellungen Bendels in der erwähnten Abhandlung, denen Wibel, a. a. O. S. 81 ff. entgegengetreten ist, indem er DH. II. 9 als echte Urkunde retten wollte. Ich berufe mich aber vor Allem auf die Uebereinstimmung derselben mit der anerkannten Fälschung Stumpf 2165. Stengel, Immunität, Seite 709 spricht sich in allgemeiner Art gegen Bendel aus. Seine Zustimmung zu Wibels Widerlegungsversuch im NA. 36, S. 605 klingt aber doch recht gewunden. Erben erklärte diesen in der hist. Vierteljahrschrift 14, S. 994, Anm. 1 für nicht befriedigend.

56. Aus dem Ausdrucke „advocatus abbatis“ im DO. I. 77, a. 946 für Corvey möchte ich noch nicht auf Wahl des Vogts durch den Abt schließen. Auch den Bistümern setzte der König wie den Bischof, so den Vogt; ein Beispiel s. bei Sickel S. 806: Karl d. Gr. für Narbonne.

sich die angesehenen nur mit Mühe erkämpften und erschlichen.

Nicht anders kann es ursprünglich bei den Eigenkirchen geistlicher Körperschaften bestellt gewesen sein. Ihnen setzte die Herrenkirche den Vogt, wenn sie die Eigenkirche nicht einfach durch ihren eigenen Vogt mit vertreten ließ.

Ein Beispiel für letztere Möglichkeit bietet noch in später Zeit Münstereifel. Es bezeichnet so recht die Stellung dieses Stifts als eines Teiles nur der Prümischen Besitzungen in der Nordosteifel, daß es gleich allen Villikationen der Abtei hier beim Zusammenstoßen von Zülpich-, Eifel- und Bonngau die Grafen von Ahr zu Vögten hatte.<sup>57</sup> In solchem Falle teilte die Vogtei der Eigenkirche die Schicksale der Ortsvogteien der Herrenkirche. Nach dem Aussterben der Linie Ahr-Hochstaden wurde im 13. Jhd. die Vogtei von Münstereifel wie die andern Prümischen ein Zankapfel zwischen Kurköln und Jülich.<sup>58</sup>

Was die bischöflichen Kirchen betrifft, ist die Meinung aufgestellt worden,<sup>59</sup> daß die in der Stadt Köln noch

57. S. Lac. UB. IV, 613, a. 1105, 614, a. 1112; MRh. UB. I, 417, a. 1110, 430, a. 1115.

58. S. oben S. 42.

59. Oppermann in der WDZ. 21, S. 21 ff. Er stützt sich dabei auf die Urkunde Lac. I. 272, a. 1109. Wir haben bereits oben Anmerkung 24 gezeigt, daß sie gerade von dem Altarvogt des Stiftes spricht. Oppermann hält ihn für den nach Bedarf vom EB. eingesetzten Vertreter. Nach derselben Urkunde übergab der EB. dem Stift eine ihm vom Burggrafen Franko aufgelassene Hörige „per manum ipsius Franconis“, d. h. dieser vertritt den EB. und nicht, wie Oppermann meint, das Stift. Ebenso wenig handelte der Stadtvogt Rudolf in der Urkunde Qu. I, 42, a. 1099/1131 als Stiftvogt, vielmehr ebenfalls für die Schenker. Was „per manum“ heißt, dazu vergleiche man Lac. UB. I, 269, a. 1106, wo die Worte ganz deutlich auf die Ver-

um die Mitte des 12. Jhd. keine eigenen Vögte hatten, sondern von einem Beamten des Erzbischofs, dem Burggrafen oder Stadtvogt, vertreten wurden. Indessen sind allen bischöflichen Kirchen seit der Zeit, da die Urkunden uns die Namen von Vögten überliefern, d. i. seit dem Jahre 1000 etwa, eigene Vögte nicht abzusprechen.<sup>60</sup> Wohl aber ist zu er-

---

treitung des Schenkenden gehen. Wie Lac. UB. IV, 626, a. 1158 zu verstehen ist, habe ich in den KW. II, S. 15, Anm. 4. bemerkt.

60. Wir kennen die Domvögte: Gerhard 1009—1019 (Lac. UB. I, 146 und 153), Hermann 1021 (Lac. UB. I, 158, Fälschung?), Christian 1043—1079 (Lac. UB. I, 179, WDZ. 22, S. 233, a. 1051 und Lac. UB. I, 225, hier nur als Graf Christian, aber in bezeichnender Stellung in der Zeugenreihe. Die erstgenannte Urkunde ist zwar verfälscht, s. Oppermann WDZ. 21, S. 52, da aber dieser Vogt sonst bezeugt ist, mag sein Name der echten Unterlage entstammen, die Oppermann annimmt), Arnold a. 1079/89 (Lac. UB. I, 242), dann im 12. Jhd. die Grafen v. Saffenberg, seit 1175 die von Sayn, (s. oben S. 44). Die Namen der Burggrafen und Stadtvögte s. zum Vergleich wegen Oppermanns Ansicht bei Lau, Die erzbischöflichen Beamten in der Stadt Köln, Diss. Bonn 1891. Daneben kommen vor als Vögte im 11. Jhd.: Für Deutz seit der Gründung, zuerst 1005, die Grafen v. Saffenberg (s. Ilgen in der Berg. Ztschr. 36, bes. S. 38); die meisten Deutzer Urkunden sind freilich nach Oppermann WDZ. 21, S. 114 gefälscht; für Dietkirchen Sigibert 1020 (Lac. Arch. II, S. 302); für Siegburg seit der Gründung Gerlach (v. Wickrath) unten Anm. 61; für S. Gereon-Köln Graf Gerhard (v. Jülich) 1080 (Lac. UB. IV, 606; Oppermann, WDZ. 21, S. 22 erklärt die Urkunde für eine Fälschung nach IV. 607, ohne die Gründe anzugeben. Ich sehe aber in dem Inhalt des nur in den Kopieren (s. auch Jörres, UB. S. Gereon 5) abschriftlich erhaltenen Stüekes keinen Anlaß zum Verdacht. Daß es unter den Zeugen, weil es sich um ein weltliches Geschäft handelt, auch Laien nennt, welche in IV. 607 fehlen, spricht eher für die Echtheit); für S. Pantaleon Bruno 1081, Mitteil. aus dem Arch. d. Stadt Köln,

kennen, daß die Erzbischöfe das Recht ausgeübt haben, sie einzusetzen. Mit voller Deutlichkeit tritt das freilich erst in der Zeit reicherer Ueberlieferung zutage. Anno II. bestellte für Siegburg seinen Freund Gerlach von Wickrath zum Vogt.<sup>61</sup> Die Vogtei der Siegburger Propstei Fürstenberg empfing Arnold von Kleve 1119 aus der Hand Friedrichs I.<sup>62</sup> Die von Kloster Füssenich, der Gründung des Kölner Ministerialenvogtes, übertrug Arnold I. 1147 dem Edelherrn Walter von Heimbach.<sup>63</sup> Den bischöflichen Kirchen drohte mithin dieselbe Gefahr seitens der Erzbischöfe, wie den Reichskirchen seitens der Könige, daß ihre Vogteien nicht mit Rücksicht auf das Interesse der Bevogteten, sondern nach

---

22/23, S. 24 vor den Grafen genannt, Fälschung?; für S. Martin Hermann 1083 und 1085 (Lac. UB. I, 234 und Qu. I, 34); wahrscheinlich auch für S. Ursula Rupert 1047 (Lac. UB. I, 182); für Mariengraden Lothar 1062 (Lac. UB. I, 198); auch der Vogt Hermann von S. Severin 1043 in der gefälschten Urk. Lac. UB. I, 179 mag angeführt werden (s. oben beim Domvogt Christian). Im 12. Jhd. mehrten sich die Belege: für S. Gereon Graf v. Jülich 1166 (Joerres 18); für S. Kunibert Graf Arnold v. Deutz 1135 (Lac. UB. I, 322, hatte keine Manneserben), Graf v. Jülich 1159 und 1168 (I, 379 und 429); für S. Severin s. Anfang der Ann.; für S. Pantaleon Graf v. Kessel 1141 und 1166 (Lac. UB. I, 344 und 425); für S. Ursula Graf v. Jülich 1171 und 1176 (Qu. I, 81 und 88); für S. Martin Herr v. Heimbach 1147 (Lac. UB. I, 359); für S. Aposteln Graf v. Jülich 1119 (Qu. I, 39). Für Bonn, S. Cassius und Dietkirchen, s. Anhang II, für S. Victor in Xanten Graf v. Kleve 1120 und 1165 (Binterim und Mooren 3, Nr. 27 und 46).

61. S. Lau in der Berg. Ztschr. 38, S. 61.

62. Lac. UB. I, 290.

63. Knipping II, 456. Daß der Gründer, Vogt Hermann, nicht Herr v. Heimbach ist, wie Knipping angibt, sagt bereits Schorn, *Ecclesia sacra* I, S. 555 richtig.

Maßgabe der politischen Lage, nach Gunst, zur Gewinnung von Vasallen vergeben und von den Vögten einzig als nutzbares Recht betrachtet wurden. Auch die bischöflichen Klöster legten es also darauf an, Einfluß auf die Besetzung der Vogtei zu gewinnen. Siegburg und Brauweiler bedienten sich dazu, gleich der Reichsabtei Werden, der Urkundenfälschung, wenn sie auch in ihren Forderungen nicht so weit gingen, wie jene. Dem Kloster Siegburg soll Erzbischof Anno II. die Versicherung erteilt haben, daß er nur einen dem Abte genehmen Vogt ernennen dürfe,<sup>64</sup> und für die Propstei Remagen ließ sich dann der Abt das Recht, selber den Vogt zu wählen, 1117 von Friedrich I. verbriefen.<sup>65</sup> Auch für Brauweiler soll der Erzbischof den Vogt nur einsetzen können, „cum abbatis consilio, dum abbas idoneum velit“.<sup>66</sup> Außerdem brachte dieses Kloster in eine Urkunde den Satz, daß der Erzbischof den Vogt bei Mißbrauch seines Amtes absetzen müsse.<sup>67</sup> Auch in diesem Punkte sehen wir

64. W.D.Z. 21, S. 117: „sed nec advocatus aliquis, nisi quem voluerit abbas eidem monasterio, [cum necesse est], constituitur“. Die Fälschung fällt nach Oppermann zwischen 1105 und 1108, s. a. a. O. S. 62. Der betreffende Satz findet sich auch in der Urk. EB. Hildolfs von 1176, Lac. UB. I, 228. Oppermann hat sie zuerst für eine Fälschung gehalten, erklärt sie aber jetzt für echt, s. Berg. Ztschrift. 38, S. 67, Anm. 34. Da sich aber Hildolf auf ältere Privilegien beruft („constitutum invenimus“), so ist entweder der Satz eingeschaltet oder die Fälschung auf den Namen Annos früher anzusetzen. Im 13. Jhd. ist dem Kloster jeder Einfluß auf die Vogtwahl entzogen worden, und zwar von EB. und Prioren der Kölner Kirche, s. Lau a. a. O.

65. Lac. UB. I, 284.

66. W.D.Z. 22, S. 234. Oppermann sieht den Satz noch für echt an; vgl. oben S. 143, Anm. 52 über diese Urk.

67. Lac. UB. I, 184, Fälschung aus der ersten Hälfte des 12. Jhd., s. Oppermann W.D.Z. 22, S. 185 und 220 f.



das gleiche Ziel, wie in den Werdener Fälschungen, die zeitlich vorangehen.<sup>68</sup> Ein unmittelbarer Einfluß der süddeutschen Klosterreform<sup>69</sup> auf die Bestrebungen der nieder-rheinischen Kirchen braucht dabei wohl nicht angenommen zu werden. Die Mißstände in der Verwaltung der geistlichen Güter durch die Vögte, welche hier wie dort eingerissen waren, oder die Kirchen wenigstens zu verspüren glaubten, genügen vollauf zur Erklärung der gleichen Abwehrmaßregeln. Immerhin ist es doch von Bedeutung, die allgemeine Ausbreitung der Bewegung festzustellen, welche sich seit den Tagen des Investiturstreites gegen das Eigenkirchenrecht geistlicher und, wie wir schon oben andeuteten, weltlicher Herren richtete und auch am Niederrhein in den Anschauungen der inzwischen aufgewachsenen Generation eine Umwandlung hervorgerufen hat. Sie macht sich in der ersten Hälfte des 12. Jhds. bei den Klostergründungen, welche unter dem Einfluß der Erzbischöfe erfolgten, in der Weise geltend, daß den Konventen das Recht der freien Vogtswahl zugestanden wurde. Diesen Vorzug erreichte 1126<sup>70</sup> Rolandswerth, 1135<sup>71</sup> Knechtsteden. Ja selbst dem ehemaligen Eigenkloster der Grafen von Ahr wurde das Recht zuteil, um den Bestand seiner Reformation zu sichern.<sup>72</sup> Die Oberherrlichkeit des Erzbischofs kam dabei noch insofern zum Ausdruck, als die Vogteien von ihm zu Lehen gingen. Erzbischöfliche Lehen waren aber, abgesehen von der Domvogtei,<sup>73</sup> zum min-

---

68. Bezüglich der angeführten Urkunden besteht allerdings noch manche Ungewißheit, welche es erschwert, die Fälschungen als Anzeichen der Zeitströmungen zu benutzen.

69. S. Hirschs öfter angeführtes Buch.

70. Lac. UB. I, 301.

71. Lac. UB. I, 319.

72. Lac. UB. I, 292.

73. S. Lac. UB. II, 719. Die Vogtei des Domhofs Niehl ging ebenfalls vom EB. zu Lehen, s. KW. I, S. 232.

desten auch die der alten Stifter von Bonn<sup>60</sup> und Xanten.<sup>74</sup> Man darf darin wohl mit Sicherheit einen Rest jenes freien Verfügungsrechtes der Erzbischöfe über die Vogteien ihrer Kirchen erblicken, für welches wir in bezug auf die alten Stifter den unmittelbaren Nachweis vermißten.

Es ist sehr bezeichnend, daß von den bischöflichen Kirchen, gerade die jüngeren, Siegburg und Brauweiler, zu Fälschungen griffen, um sich wenigstens einen Teil der Rechte zu sichern, welche den jüngsten Gründungen die Gunst der inzwischen zur Herrschaft durchgedrungenen Anschauungen gebracht hatte. Die älteren Kirchen, unter ihnen gerade die an Grundbesitz reichsten, wie S. Gereon, S. Cassius, S. Victor, hatten keinen Anlaß mehr, sich gegen den Erzbischof als Kirchenherren zu wenden. Denn der hatte die Verfügung über ihre Vogteien schon längst verloren, da sie erblich geworden waren.

Dem weltlichen Eigenkirchenrecht ist die eigentliche Vogtei seinem Wesen nach fremd. Der Laie kann seiner Sache selbst walten und die Vertretung seiner Eigenkirchen stellt nur einen Teil seiner allgemeinen Güterverwaltung dar. Indessen sind doch Ursachen nicht zu übersehen, welche auf die Ausbildung einer Vogtei auf der Grundlage des Eigenkirchenrechts hingewirkt haben. Denn hatte eine Kirche mehrere gemeinsame Erben als Herren, dann war es, wenn nicht rechtlich notwendig, so doch mindestens für die Kirche vorteilhaft, wenn nur einer ihren Schutz und die Gerichtsbarkeit handhabte. Derart besaßen die Nachkommen Pfalzgraf Ezzos die Abtei Brauweiler von 1034 bis 1051 gemeinsam, während Ezzos Enkel Kuno allein die Vogtei verwaltete.

---

74. Lac. Arch. IV, S. 389, Aufzeichnungen von 1311/14. Da Kn. III, 2452 wahrscheinlich mit der Anm. 89 gegebenen Nachricht über die Vogtei von S. Quirin-Neuß zu verbinden ist, erweist sich auch diese als **erzbischöfliches Lehen**.

Indessen hatte auch schon Ezzo dieselbe bei seinen Lebzeiten Kunos frühverstorbenem Vater Liudolf übergeben.<sup>75</sup> Ihm mögen seine übrigen Aemter genug Arbeit aufgebürdet haben, so daß er aus seinem Besitzrecht an dem Kloster die vogteilichen Rechte, abgegrenzt nach dem Beispiele anderer Kirchen, ausschied. Die Rücksicht auf Besitzteilungen beim Erbgang hat dann wiederum 1118<sup>76</sup> den Grafen von Wassenberg veranlaßt, zu bestimmen, daß die Vogtei des von ihm errichteten Hausstiftes stets bei der Burg Wassenberg bleiben solle, und gleiche Bestimmungen finden sich auch bei den anderen Kirchengründungen, in welchen während des 12. Jhds. die erstarkte Macht der niederrheinischen Dynasten zum Ausdrucke kommt.<sup>77</sup> Hat diesen Herren die Bewegung, welche wir gleichzeitig zu Gunsten einer freieren Selbstbestimmung der bischöflichen Kirchen wirksam sahen, auch manchmal das eine Zugeständnis abgerungen, daß sie ihre neuen Stiftungen dem Diözesanheiligen, d. h. der Bischofskirche aufließen, so waren sie doch nicht gewillt, auf die Herrschaftsrechte über ihre nun zur Foundation aufgewandten Güter zu verzichten. Sie behielten sich daher stets die Vogtei als erblich in ihrer Familie vor.<sup>78</sup> Auch das Vogtswahlrecht von Villich und Steinfeld kam bei der vorgeschriebenen Berücksichtigung der Gründerfamilie in Wirklichkeit auf dasselbe hinaus. Allerdings haben die Dynasten sich wiederum aus religiösen Rücksichten selber Beschränkungen

---

75. Fundatio, c. 24, s. dazu oben S. 143, Anm. 52.

76. Lac. UB. I, 289.

77. Nämlich bei Klosterrath, Hamborn, Heinsberg, Langwaden und wohl auch bei Bedbur s. die Urk., oben S. 168, Anm. 118—123; etwas unbestimmt wird für Grefrath verordnet, daß der „legitimus heres“ des Grafen v. Maubach Vogt sein solle. Ebenda.

78. Diese Vogtei vereinigte in sich, wenn die Kirche Gerichtsbarkeit besaß, Schirm- und Ortsvogtei.

ihrer Vogteirechte auferlegt, welche wir im einzelnen noch kennen lernen werden; dennoch darf man sagen, daß die Klöster und Stifter dieser Gruppe in Hinsicht der Vogtei schlechter gestellt waren, als die jüngeren unter den bischöflichen Kirchen.

Es ist endlich nicht zu übersehen, daß von selbst die Auswahl der Kirchenvögte eingeschränkt wurde durch das außerordentliche Zusammenschmelzen des Standes der rittermäßig lebenden Freien, aus denen die Vögte genommen werden mußten. Als die Dienstmannen schon so zu Ansehen gekommen waren, daß ihnen Vogteien übertragen werden konnten, da waren es nicht mehr die Kirchen oder ihre Herren, welche sie zu vergeben hatten, sondern die edelfreien Obervögte. Andererseits vermehrte die Zersplitterung der Grafschaften die Zahl der Grafenhäuser und der ihnen in Bezug auf Herrschaftsrechte etwa gleichstehenden Edelgeschlechter. Die anderen, schwächeren Edelherren aber waren in ein Lehnverhältnis zu den Grafen getreten, welches diesen bei der Bewerbung um Vogteien ein Ueberge-  
wicht verleihen mußte und jenen nur Untervogteien einbrachte. Und wie sehr strebten die Grafen nach Vogteien! Scheute doch Friedrich von Isenburg nicht davor zurück, um der Essener Stiftsvogtei willen einen Mord, den Mord an seinem Oheim, dem Erzbischof und Reichsverweser Engelbert von Köln auf sich zu laden.

Alle die geschilderten Ursachen zusammen haben zu dem Ergebnis geführt, daß wir in der Zeit, da die eigentliche Territorialbildung anhebt, die Vogteien in den Händen derjenigen sehen, welche von ihnen hätten ferngehalten werden sollen: Der obersten Schicht der Freien, die instande war, eigene Landeshoheit auszubilden. Sie betrachteten die Vogteien als eine willkommene Unterlage dafür und nicht mehr als ein zum Vorteil der bevogteten Kirche auszuübendes Amt. In dem Jahrhundert aber, bis zu welchem wir allmählich gelangt

sind, haben sie die Vogteien nicht nur tatsächlich erworben, sondern sich auch ihren dauernden Besitz durch Ausbildung eines Erbrechts an ihnen gesichert.

Bei den Gründungen der Dynasten, ob sie nun Eigenkirchen im engeren Sinne blieben oder nicht, ist die Erblichkeit der Vogtei durch das Eigenkirchenrecht von selbst gegeben. Bei den anderen Kirchen hat sie sich nicht überall gleichzeitig und wohl auch nicht ohne Rückschläge durchgesetzt. Es fällt auch schwer, den Beginn dieser Bewegung zeitlich festzulegen, da es an Quellen mangelt, die über das 11. Jhd. hinausreichen. Dazu kommt, daß bis zum Ende dieses Jahrhunderts die Familiennamen fehlen, welche die Namen aufeinanderfolgender Vögte in genealogischen Zusammenhang zu bringen gestatten. Immerhin scheinen die Nachrichten des 11. Jhds. der Annahme einer allgemeinen Erblichkeit der Vogteien zu widersprechen. Das erste sichere Beispiel dafür bietet die in der Stifterfamilie forterbende Vogtei von Vilich.<sup>79</sup> Hier liegt aber doch ein besonderer Fall vor und das gleiche gilt von den linksrheinischen Vogteien des Stiftes Essen, welche die lothringischen Pfalzgrafen schon seit Ausgang des 10. Jhds. besessen haben dürften. Denn von einem Teile jener Vogteien wenigstens wissen wir, daß sie dem Reiche gehörten, da sie sich König Zwentibold bei Güterschenkungen vorbehalten hatte.<sup>80</sup> Die Pfalzgrafen verwalteten sie also ursprünglich nur im Namen des Königs. Indessen findet bald darauf auch anderwärts Erbfolge im Vogteiamt statt. Die Vögte der ums Jahr 1000 gegründeten Abtei Deutz, obwohl wir sie Anfangs nur mit dem Rufnamen kennen, müssen alle als Grafen von Saffen-

---

79. S. oben Anm. 41.

80. Lac. UB. I, 81, a. 898. Vgl. Anhang I.



berg angesehen werden. Der Graf Gerhard, welcher 1080 Vogt von S. Gereon in Köln war, wird durch seinen Namen dem Jülicher Grafen Hause zugewiesen, das im 12. Jhd. die Vogtei des S. Gereonstiftes nachweislich besaß. Aus dem gleichen Grunde möchte man annehmen, daß die Vogtei von S. Martin-Köln seit etwa 1080 den Herren von Heimbach zustand.<sup>81</sup> Das Erbrecht der Grafen von Berg an der Werdener Vogtei war zu Ausgang des 11. Jhds. schon so befestigt, daß sie auch einem unmündigen Knaben nicht entzogen, sondern ein Verweser bis zu seiner Mündigkeit bestellt wurde.<sup>82</sup> Und seither erscheint die Erbllichkeit der Vogteien ganz allgemein zu Anerkennung gelangt. Ich nenne als sichere Beispiele die Vogtei des Doms und von S. Kuniibert in Köln, der Stifter S. Cassius und Dietkirchen in Bonn,<sup>60</sup> von Siegburg,<sup>83</sup> Dünnwald<sup>84</sup> und Münstereifel.<sup>85</sup> Und während noch zu Ende des 11. Jhds. die Erbfolge sich nur auf den Mannesstamm erstreckt zu haben scheint,<sup>86</sup> wird sie im 12. Jhd. auch auf die Nachkommen in weiblicher Linie aus-

81. S. oben Anm. 60 die Belege.

82. Lac. UB. I, 247, a. 1093. Vertreter war der Graf v. Kleve.

83. Das Haus der Grafen v. Berg seit 1128, s. Lau a. a. O. Allerdings scheinen die Grafen v. Sayn die Reihe unterbrochen zu haben. Das Kloster machte vergebliche Anstrengungen, sein Wahlrecht von EB. und Priors wieder zu erlangen.

84. Ebenfalls die Grafen v. Berg, s. Lac. UB. I, 288, a. 1118 und Joerres, UB. S. Gereon 17, a. 1160.

85. S. Anm. 57.

86. Wenigstens folgte auf Gerlach v. Wickrath in der Siegburger Vogtei nicht Gerhard v. Hochstaden, der Erbe von Wickrath und wohl Gerlachs Schwiegersohn, s. Ann. 24, S. 205 f., sondern Albert v. Nörvenich. Die Ausnahme, welche sich demgegenüber bei Vilich ergeben würde, s. oben Anm. 41, ist aus den besonderen Umständen zu begreifen.

gedehnt.<sup>87</sup> Die Kirchen suchen im 12. Jhd. vergeblich dem Erblischwerden der Vogteien durch Verbote vorzubeugen. Für die Kirchen, welche sich vom Eigenkirchenrecht befreit und die Vogtwahl erlangt hatten, bedeutete das ein schnelles Ende ihrer Pläne. Sie hatten nur für den Eigenherren den Vogt eingetauscht.<sup>88</sup>

Der Uebergang der Vogteien an einige wenige Grafen und mächtige Edelherren hatte weiter zur Folge, daß diese meist mehrere Vogteien in ihrer Hand vereinigten.<sup>89</sup> Sie konnten sie, da sie außerdem noch ihre Land- und eigenen Immunitätsgerichte zu verwalten hatten, unmöglich selbst versehen und mußten Untervögte einsetzen. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß die ungebotenen Dinge, denen der Vogt stets beiwohnte, fast überall zu den gleichen Terminen und auf manchen Höfen am gleichen Tage stattfanden,<sup>90</sup> so daß die Vertretung des gemeinsamen Obervogtes gar nicht

---

87. S. oben S. 44 für die Domvogtei, Anhang II für Bonn.

88. Das gilt für Villich, Steinfeld und Siegburg, wie für Knechtsteden, wo dem Grafen v. Hochstaden der EB. folgte, s. KW. I, S. 138 ff.

89. Als Beispiel s. unten Anhang I die 10 Jülischen Vogteien, die pfälzische Lehen waren. Alte Jülische Vogteien sind wohl Stommeln, Poulheim, Junkersdorf, Efferen, Fischenich, Worringen (Lac. UB. I, 376, a. 1153), um nur einige zu nennen. Die Herren v. Heimbach waren Vögte in Zülpich (Gr. II, 707), Vettweiß (Qu. I, No. 41), Wollersheim (Lac. Arch. III, 357), Swister Berg (KW. II, 26), Hoven (Kn. II, 1464), wohl auch Floisdorf (Lac. Arch. III, 353) und in der Hälfte von Kelz, die zum Amt Nideggen gehörte (Lac. Arch. III, 365 und VII, 43). Die Grafen v. Kessel waren Vögte in Oberembt, Esch und Süchteln (Lac. UB. I, 344), Rosellen (KW. I, S. 150), Freienaldenhoven und Ederen (Lac. UB. II, 720, s. Gf. v. Mirbach I, S. 5) und links der Niers für S. Quirin-Neuß (Msc. B 1, S. 135). Das gilt alles spätestens für das 13. Jhd. Ueber die Grafen v. Ahr s. oben S. 302.

90. S. den Kalender im Bd. II der KW.

zu umgehen war. Nehmen wir, da es uns an älteren Quellen des Niederrheins gebricht, die zusammenhängende Ueberlieferung von Stablo-Malmedy zu Hilfe, so finden wir Untervögte seit der Zeit erwähnt, da Graf Gozelo die Vogtei des Klosters verwaltete, zuerst 967.<sup>91</sup> Also werden sie auch in unserem Gebiete kaum später aufgekommen sein, eher möchte man annehmen, daß sich ihre Einsetzung schon früher als notwendig erwies.

Wir haben die äußere Geschichte der Vogtei bis zu diesem Punkte verfolgt, da die Wandlung, welche in den Beziehungen des Immunitätsherrn zu seinem Vogt vor sich gegangen ist, vollends deutlich wird und sich ihre Rückwirkung auf die inneren Verhältnisse der Immunitäten besser einschätzen läßt. Wir fassen zusammen: der Vogt beginnt als Beamter, er wird daneben zugleich Beschützer, der eigener Hausmacht bedarf, um seines Amtes walten zu können, und endlich erblicher Beschützer mit fest begründeten Eigenrechten an der Immunität der bevogteten Kirche, beziehungsweise ihrer Grundherrschaft.

Den Vogt der karolingischen Epoche bezeichnen wir als den natürlichen Verbündeten des Grundherren im Kampfe gegen den Grafen und Zentenar. Das gilt in gewissem Sinne auch für die folgenden Jahrhunderte, soweit nicht, was freilich häufig geschah, der Graf zugleich Vogt wurde.<sup>92</sup> Indessen ist doch bis in die Zeit, da unsere eigenen Quellen zu fließen beginnen, die Immunität gegenüber der Grafenschaft schon so befestigt,<sup>93</sup> daß dieser Gegensatz zurücktritt und dafür jener in den Vordergrund gerückt wird, der

---

91. Recueil des chartes de l'abbaye de Stavelot-Malmedy I, Nr. 80, 82, 83, 88.

92. S. Kap. VI. Es kann freilich auch einmal zu der Verbindung Graf und Grundherr gegen den Vogt kommen, wie in der Neuzeit in Langel und Sinnersdorf, KW. I, S. 273 ff.

sich innerhalb der Immunitäten aufgetan hat, der Gegensatz von Grundherren und Vogt.

Dieser ähnelt dem älteren von Grafschaft und Immunität außerordentlich. Alle Rechte, welche jener zu Gunsten dieser entzogen worden waren, sind an den Grundherren als Immunitätsherren übergegangen. Daß dieser der Träger der Gerichtsherrlichkeit war, findet seinen sprechendsten Ausdruck in seinem Begnadigungsrecht. Die Aebtissin von Vilich kann es noch ausüben, wenn der Verurteilte schon auf der dritten Sprosse der Leiter steht „ohn einsagen adir ver hinderung eines vogten.“<sup>91</sup> Da aber der geistliche Immunitätsherr nicht im Stande war, seine Gerichtsrechte zur Genüge selbst wahrzunehmen, mußte er ihre Ausübung z. T. dem Vogt übertragen.<sup>95</sup> Indem dieser nun seine abgeleiteten Befugnisse immer erfolgreicher als ihm zu eigen gehörende Rechte geltend machte, trat er dem Grundherren gegenüber in dieselbe Stellung ein, die einst der Graf eingenommen hatte. Der Vogt leitete auch aus seiner befestigten Stellung dieselben Rechte ab, die der Graf aus der seinen zog, besonders das Besteuerungsrecht.

So hat die Immunität nun gewissermaßen zwei Herren. Für unsere auf die Entstehung der Landeshoheit gerichteten Studien kommt es da auf die Frage an: Welcher von beiden wird Landesherr und auf welchen Rechten ruht seine Landesherrschaft? Um die Antwort zu geben, müssen wir die Verteilung der Rechte in der Immunität untersuchen, fest-

---

93. Zum letzten Male finde ich in den Urkunden eine Abgrenzung der Immunität gegen die Grafschaft in Lac. UB. I, 483, a. 1182 für Siegburg, und da liegen besondere Verhältnisse vor, die **Erbauung der Burg Blankenburg**.

94. Gr. II, 657 Anm.

95. Dieser Gesichtspunkt wurde noch lange in den **Weistümern** betont, s. KW. II, 12 § 9, Rondorf, 15. Jhd.; Gr. II, 721, Heimerzheim.

stellen, wieviel von denen, welche sie der Grafschaft entzogen hat, dem Grundherren verblieben, wie viel an den Vogt übergegangen ist.

Der Inhalt des Vogtamtes muß keineswegs von Anfang an überall ein gleichartiger gewesen sein. Die karolingische Gesetzgebung, die wir oben besprachen, war von zwei Gesichtspunkten ausgegangen: Sie wollte das Ansehen des geistlichen Standes heben, indem sie ihn von Rechtsgeschäften fernhielt und sich eine gute Auswahl der Vögte aneignen ließ; sie wollte die Beziehungen zwischen den öffentlichen Beamten und Landgerichten auf der einen und den geistlichen Immunitäten auf der anderen Seite regeln, indem sie den Vogt als Vermittler einschaltete. So gab sie nur einen allgemeinen Rahmen von Bestimmungen über die Bestellung der Vögte. Wieweit dieselben aber innerhalb der Immunitäten mit den Aufgaben der grund- und leibherrlichen Verwaltung und der immer mehr zuwachsenden Befugnisse öffentlichrechtlicher Natur betraut wurden, hing vom Belieben der Immunitätsherren ab.<sup>96</sup>

Natürlich aber auch von dem Ausmaß von Rechten, das sie überhaupt zu vergeben hatten.

Die Verschiedenheit der Vogteirechte ist aber im Laufe der Jahrhunderte gesteigert worden. Die geistlichen Grundherren haben sich der Entwicklung, welche ihre ehemaligen Anwärter zu Mitbewerbern um die Herrschaft in den Immunitäten und darüber hinaus zu ihren Herren gemacht hat, zu allen Zeiten entgegengestellt. Sie haben versucht, geltend zu machen, daß die Herrschaft in den Immunitäten ihnen zustünde, und alle Befugnisse der Vögte nur von ihnen abgeleitet wären.<sup>97</sup> Wieweit sie diesen Gesichtspunkt zur An-

---

96. S. Sickel a. a. O. S. 794 f., 811 f.

97. Lac. UB. I, 483, a. 1182: Das Hochgericht in Pleis „ad abbatem et prepositum“ (von Oberpleis) „ab eo constitutum respicit nisi



erkennung bringen konnten, hing freilich von der jeweiligen Machtverteilung ab. Die Vögte völlig wieder in die Rolle eines Beamten, wie den Schultheißen, herabzudrücken, haben die Kirchen nie mehr vermocht.<sup>98</sup> Auch haben sie mit der in Urkunden<sup>99</sup> und auch noch in manchen Weistümern<sup>100</sup> auftretenden Betonung, daß der Vogt gekoren sei, die Erblichkeit des Amtes nicht mehr aus der Welt geschafft.<sup>101</sup> Wohl aber konnten sie hier und da die Tatsache zur Geltung bringen, daß die Vögte nur ihre Beauftragten, wenn auch

---

forte, si abbas indiget auxilio advocati ecclesie, ille vocandus est“.

In Antweiler stehen alle Hoheitsrechte der Aebtissin von Dietkirchen zu „of so wenne si dat bevolhen hat“, Gr. II, 668, a. 1401.

In Giehn (Lac. Arch. VI, 306) wird der Vogt vom Grundherren, dem alle Obrigkeit zusteht, belehnt und gesetzt. Tatsächlich bestand in Giehn keine Vogtherrschaft, s. Fabr. II, S. 94.

98. Wo sie derart über die Vogtei verfügten, haben sie diese erst ankaufen oder sonstwie erwerben müssen, wie in Merheim (S. Gereon-Köln KW. I, S. 226), Schwadorf (S. Severin und S. Kunibert-Köln KW. II, S. 162 ff.), Meckenheim (S. Cassius-Bonn, Lac. Arch. VI, 344 ff.)

99. S. Lac. UB. I, 481, a. 1182, für Villich; II, 165, a. 1229 und 971, a. 1296 für Siegburg.

100. Z. B. Büsdorf KW. I, 51 § 4; Meckenheim Lac. Arch. VI, 344, beide 15 Jhd.; Niederberg: Gekoren und nicht geboren, Lac. Arch. III, 369. Am Swister Berg protestierten die Schöffen, als man im Weistum den „weltlichen“ Vogt mit einem „gekorenen“ vertauschen wollte, KW. II, 26 § 1.

101. Daher auch der Ausdruck Erbvogt so häufig in den Weistümern wiederkehrt. In Antweiler heißt es 1401 nur Vogt, 1525 aber Erbvogt, Gr. II, 667 und 669. In Junkersdorf nennt das Weistum den Herzog v. Jülich einen „gekoren oder erwehden vogten“, die jüliche Erkundigung aber einen geborenen Vogt, Lac. Arch. VI, 410 und III, 319.

erbliche Beauftragte, mit bestimmten Rechten seien. Solches gelang ihnen vor Allem dann, wenn sie einem Vogt aus dem niederen Adel gegenüberstanden, der keine eigene Landeshoheit besaß.<sup>102</sup> Schwerer fiel ihnen der Kampf gegen die Territorialfürsten. Soweit sie nicht, wie etwa die Abtei Kornelimünster und das Stift Essen,<sup>103</sup> selbst über eine größere auf Vasallen und Grundbesitz gestützte Macht verfügten, kamen ihnen dabei in erster Linie die Erzbischöfe, manchmal auch die Könige zu Hilfe.<sup>104</sup> Dann förderte in der ersten Hälfte des 12. Jhds. sichtlich jene Zeitströmung, die wir auf die Abschwächung des Eigenkirchenrechts einwirken sahen, ihre Bestrebungen. Den besten Erfolg aber hatten sie doch ihrer größeren Kapitalkraft zu verdanken, dem einzigen Mittel, das ihnen, wie wir noch sehen werden, völlige Freiheit von Vögten zu verschaffen im Stande war.

Anfänglich aber stand der gänzlichen Ablösung der Vogtei der Vogtzwang entgegen, den Karl d. Gr. durchgesetzt hatte, und die kanonische Regel, daß der Geistliche auch als Richter kein Blut vergießen dürfe. Ehe man sich also über diese Hindernisse hinweg setzte, und wo sich dazu keine Gelegenheit ergab, waren die Kirchen darauf angewiesen, einen Kampf um die einzelnen Rechte aufzunehmen, wie sie ihn ganz ähnlich schon gegen die Grafen geführt hatten. Die Parallele geht dabei soweit, daß oft eine neue Immunität gegenüber dem Vogt ausgebildet wird.

Dieser Kampf wird von den Kirchen immer so geführt, als ob es sich nur um die Abwehr ungerechter Bedrückungen handelte. Die Urkunden sind voll von Klagen über die

---

102. Z. B. in Antweiler und Giehn, s. oben Anmerkung 97 und im Kapitel VI.

103. Für das Ländchen Breisig s. oben S. 62.

104. S. unten Anm. 110.

Ausschreitungen der Vögte, welche, wie eine Bulle Honorius III. schwungvoll sagt: „in bonis ecclesiasticis ... non solum prodigaliter debachantur, verum etiam ea diripiunt ut predones.“<sup>105</sup> Nun soll natürlich nicht geleugnet werden, daß sich die Vögte in jenen Zeiten einer schwachen Reichsgewalt willkürliche Uebergriffe zu Schulden kommen ließen. Bei dem einen stets wiederkehrenden Klagepunkte über die Schatzungen und Dienstforderungen ist doch aber zu berücksichtigen, daß diese eine Gegenleistung für den Schutz darstellen, welchen der Vogt mit immer größerem eigenen Aufwand leisten mußte, jemehr er notwendig wurde. Die Kirchen stemmten sich hier der Entwicklung eines Steuerwesens entgegen, die in gleicher Weise auch in den Grafschaften erfolgte und durch die veränderten Verhältnisse der Zeit geboten war. Auch gegenüber den häufigen Klagen über die Einsetzung von Untervögten ist zu erinnern, daß diese keineswegs eine Böswilligkeit der Vögte, sondern eine aus der geschichtlichen Entwicklung geborene Notwendigkeit war. Und sehen wir selbst davon ab, so steht in anderen Fällen zu vermuten, daß manche Kirchen solche Rechte ihrer Vögte als Bedrückungen empfanden, welche über deren Befugnisse in anderen günstiger gestellten Immunitäten hinausgingen.<sup>106</sup>

Einige Daten sollen Anhaltspunkte dafür bieten, in welcher Zeit sich die Auseinandersetzung zwischen Immunitäts-

---

105. Lac. UB. II, 93, a. 1221. Andere Urkunden nennen „rapinas et multas iniurias“ (Lac. UB. I, 261, a. 1103), berichten, daß die Kirche „sub manu advocatorum laboraverat“ (Lac. UB. I, 267, a. 1107, s. Knipping II, 44), daß die Vögte „iure tyrannico“ vorgingen (Lac. UB. I, 286, a. 1112/15, s. Knipping II, 118), daß sie sich „preter ius sibi constitutum plus iusto“ angemacht hätten (Lac. UB. I, 349, a. 1143).

106. Ähnlicher Ansicht ist Hirsch, a. a. O. S. 61.

herren und Vögten vollzogen hat, und um welche Objekte in ihren einzelnen Abschnitten der Kampf ging. Denn die Ziele der gegnerischen Parteien haben sich, wie sich zeigen wird, im Laufe der Jahrhunderte verschoben. Selbstverständlich kann zwischen den einzelnen Abschnitten keine scharfe Grenze gezogen werden, sie fließen ineinander über und es handelt sich nur darum, ihre Hauptmerkmale hervorzuheben.

Schon die karolingischen Kapitularien lassen auf Uebergriffe der Vögte schließen,<sup>107</sup> die doch z. T. wenigstens der Art gewesen sein werden, wie die späteren Streitpunkte. Sie dauerten natürlich auch während der Zeiten der späteren Karolinger, der sächsischen und ersten fränkischen Könige an, über die wir so schlecht unterrichtet sind, und ihre Häufigkeit wird wohl in umgekehrtem Verhältniß zu der allgemeinen Rechtssicherheit im Reiche gestanden sein. Mitten in diesen Abschnitt fallen, ein dürftiges Licht auf die damaligen Zustände werfend, die Bemühungen des Trierer Maximinklosters und der Abtei Prüm um die freie Vogtswahl.<sup>108</sup> Sind sie auch in erster Linie gegen das Reichskirchenrecht gerichtet, so deuten sie doch auch Mißstände in der Amtsführung der Vögte an.

Um was es sich dabei handelte, dürfen wir vielleicht aus dem Vertrage schließen, durch welchen das Kloster Werden in der Zeit Konrads II. seinem Vogte Grafen Hermann von Werl die „serviciorum exactiones“ von 13 Fronhöfen abkaufte, indem es ihm 24 Hufen zu Lehen übertrug.<sup>109</sup> Dieser Klagepunkt tritt immer wieder, deutlicher seit den

---

107. Dopsch, a. a. O. S. 126.

108. S. oben S. 304 f.

109. DK. II, 286 ist zwar eine Fälschung, der Inhalt aber doch durch eine Notiz in einem Urbar gesichert. Bei der Fälschung verkleinerte man die Zahl der Hufen um 5.

Tagen Heinrichs IV., in der urkundlichen Ueberlieferung hervor, noch andere kommen hinzu.<sup>110</sup> Bei den alten Kirchen hat es freilich den Anschein, als ob es sich nur um die Beseitigung hier und da eingerissener Mißstände handelte. Indessen liegt doch allen diesen einzelnen Abmachungen ein Programm zu Grunde, das sichtlich im Zusammenhange mit der inneren Erneuerung des klösterlichen Lebens steht<sup>111</sup> und in der ersten Hälfte des 12. Jhds. bei Kirchenneugründungen zur Ausführung kommt. Seine eine gegen das Eigenkirchenrecht gerichtete Seite, haben wir schon besprochen. Sie ist auch für die Geschichte der Vogtei insofern wichtig, als sie wenigstens einigen Klöstern das Recht der freien Vogtwahl brachte.<sup>112</sup> Das innere Vogteiprogramm aber ist am vollkommensten niedergelegt in der Urkunde Erzbischof Friedrichs I. für die Abtei Steinfeld von 1121.<sup>113</sup> Bei der Reformation dieses Ahrischen Hausklosters wurde hinsichtlich der Vogteirechte bestimmt: 1. daß zwar der Graf von Ahr und seine Erben Vögte sein sollten, aber nur, solange sie die folgenden Bedingungen achteten, widrigen-

---

110. Lac. UB. I, 258, a. z. 1100, Hof Buchheim des Domstifts; I, 261, a. 1103, Heinrich V. für das Albertstift in Aachen betr. den Hof Olme; I, 267, a. 1107, EB. Friedrich I. für Gerresheim; I, 286, a. 1112/15, derselbe für das Pantaleonskloster betr. Hof Beltzen (?); I, 349, a. 1143, EB. Arnold für dasselbe, betr. Höfe Oberemt, Esch, Süchteln; feierliche Bannung durch den EB. IV, 623, a. 1151/3, betr. Hof Hittorf desselben Klosters; I, 406, a. 1163, Zelle Buchholz der Abtei Gladbach. Spätere Beispiele s. Anm. 124.

111. Ueber den engen Zusammenhang innerer und äußerer Reformen im Klosterwesen, s. Schulte, *Adel und Kirche* 139 ff., 194 ff. und Hirsch, a. a. O.

112. Rolandswerth, Knechtsteden und bei Uebergriffen des Vogts auch Steinfeld, s. oben Anm. 70—72,

113. Lac. UB. I, 292.



falls der Erzbischof sie zu entsetzen hatte und das Wahlrecht des Kapitels eintrat; 2. der Vogt nur zu den drei ungebauten Dingen erscheint oder, wenn er gerufen wird. Er darf 3. keinen Untervogt einsetzen; 4. keine Schatzung verlangen, sondern muß sich mit dem Servizium an den Dingtage begnügen, das 5. für jedesmal auf 5  $\text{ß}$  festgesetzt wurde. Der Vogt soll eben seine Pflicht als ein gottgefälliges Werk versehen, das ist der Gedanke dieser Reformkreise, wie er in anderen Urkunden ausdrücklich ausgesprochen wird.<sup>114</sup>

Denn die angeführten Programmpunkte finden sich mehr oder minder vollzählig auch in den Stiftsbriefen von Kloster-rath,<sup>114</sup> Wassenberg,<sup>114</sup> Rolandswerth,<sup>115</sup> Knechtsteden,<sup>114</sup> Hamborn,<sup>116</sup> Heinsberg,<sup>114</sup> und Grefrath<sup>117</sup> zwischen 1108 und 1177 wieder, welche Stifter und Klöster wir schon oben

---

114. Die Grafen v. Saffenberg behielten die Vogtei von Kloster-rath aus keinem anderen Grunde „quam ut fratribus ibidem deo famulantibus pro sola animarum suarum salute consulant eosque ab iniuria defendant, nihil in rebus ecclesiae exigentes . . . De caetero quantum cumque libertatem potuerunt . . . concesserunt“, Ernst, Hist. du Limbourg VI, 31, a. 1108, übernommen in der Bestätigungsurkunde für Heinsberg, Lac. UB. I, 476, a. 1180, während der Stiftsbrief von 1165, I, 409 darüber nicht enthält. — Der Graf v. Geldern wird die Vogtei von Stift Wassenberg ausüben „nichil prorsus de eadem advocatura preter orationes fratrum exigens servitii“ Lac. UB. I, 289, a. 1118. — Dem Grafen v. Hochstaden überträgt der EB. die Vogtei von Knechtsteden, für die er nichts „nisi pie et sincere orationis obsequium et eiusdem curis regimen et patrocinium“ fordern solle. Lac. UB. I, 319, a. 1135.

115. Lac. UB. I, 301, a. 1126.

116. Lac. UB. I, 333, a. 1139. Von Bedburg fehlt die Gründungsurkunde.

117. Lac. UB. I, 462, a. 1177.

im Zusammenhang nannten. Aus der Hamborner Urkunde können wir noch den Satz, daß der Vogt nur ein Drittel der Bußen beziehen solle, aus den Klosterrather und Heinsberger Privilegien das nicht überall durchführbare Versprechen, daß er auf dem Gute der Stiftung kein Gericht abhalten werde, hervorheben, um die damaligen Forderungen der Kirchen hinsichtlich der Vogtei vereinigt zu haben.

Denn ist es auch fromme Gesinnung der Gründer, welche diese Zugeständnisse macht, so wurden sie ihr doch nahegelegt von der führenden Geistlichkeit jener Tage und bezeichnen so den Stand, bei welchem das Vogteiproblem angelangt war. Die vollkommenste Lösung desselben haben die Zisterzienser angestrebt, indem sie, aus dem abgelegenen Tale von Citeaux hervorgehend, völlige Entvogtung als ihren Grundsatz aufstellten. Schon ihre erste Siedlung am Niederrhein, Kamp bei Rheinberg, erhielt denn auch 1122<sup>118</sup> von Erzbischof Friedrich I. die Verbriefung, daß sie wie von jeder geistlichen Abhängigkeit auch „ab omni seculari subiectione“ auf ewig frei sein solle. Desselben Vorzugs wurden noch in demselben Jahrhundert Altenberg und Heisterbach<sup>119</sup> teilhaftig. Erst im folgenden erteilten ihnen die Könige Schutzprivilegien,<sup>120</sup> aber in so allgemeinen Ausdrücken, daß sie nicht berechtigen von einer königlichen Schutzvogtei über die Zisterzen am Niederrhein zu sprechen, wie sie in dem größeren Teile Deutschlands galt.<sup>121</sup>

---

118. Lac. UB. I, 297.

119. S. dazu H. Pauen, Die Klostergrundherrschaft Heisterbach, Beiträge zur Gesch. des alten Mönchtums usw. 4, S. 163, Anm. 1.

120. Für Kamp Heinrich VII., Lac. UB. II, 127, a. 1225; für Altenberg Friedrich II., ebenda 52, a. 1215; für Heisterbach derselbe 1236, s. Pauen S. 165 f.

121. S. Hirsch, a. a. O. Kap. 4, dessen Resultat sich hier bestätigt, daß jene Schutzvogtei Erzeugnis der stauischen Politik ist.

Das Entvogtungsprinzip der Zisterzienser und seine Anerkennung in kaiserlichen, päpstlichen und bischöflichen Urkunden ist wiederum — wir sahen das nun schon bei manchen Privilegien — als ein Programm zu betrachten, dessen Durchführung durch das Pergament noch nicht gesichert war. Für den „locus solitarius, qui Campus vulgo dicitur“, der zu seinem Hofe Rheinberg gehört hatte, konnte EB. Friedrich wohl die Vogteifreiheit aussprechen. Gingen aber die Zisterzienser an den Erwerb von Gütern über das entvogtete Gründungsgut hinaus, so konnten sie ihre Grundsätze nur dadurch aufrecht erhalten, daß sie — wie wir im zweiten Kapitel schon erwähnten — die längst zu Real-lasten gewordenen Vogteirechte nach mühseligen Verhandlungen von den einzelnen Grundstücken ablösten,<sup>122</sup> so daß es jahrelanger Arbeit bedurfte, ehe sie eine zehnt- und vogtfreie Grangia zu Stande gebracht hatten. Und es ist sehr zu vermuten, daß ihnen die Ablösungen gar nicht überall gelungen sein werden. Heisterbach hatte für die in unserem Gebiet gelegene Herrschaft Flerzheim Anfangs sogar einen eigenen Gerichtsvogt, den es wohl bei ihrem Erwerbe mit übernommen hatte.<sup>123</sup>

Wir sehen, die Eigenheiten des Zisterzienserordens tra-

---

In deren Berechnungen spielte der Niederrhein keine große Rolle. Daß Konrad III. sich die Vogtei von Hirznach vorbehielt (Lac. UB. I, 365, a. 1149), hat seinen besonderen Grund. Das Allod, auf dem das Kloster errichtet worden war, hatte seinem Dienstmann gehört. In gleicher Weise behielt Friedrich I. die Vogtei zweier Hufen, die ein Reichsministeriale der Benediktinerabtei Brauweiler geschenkt hatte (Lac. UB. IV, 633, a. 1174).

122. S. die Belege bei Pauen S. 162, Anm. 5.

123. Ueber die Herrschaft Flerzheim, mit der später auch Neukirchen i. d. Sürst verbunden war, s. F. Schmitz im Düsseldorfer Jahrbuch 17, S. 156.

gen für die allgemeinen Zustände sehr wenig aus. Auch das Vogteiprogramm der Reformstifter hat nicht die Bedeutung, die man ihm auf den ersten Blick zusprechen möchte; aber aus einem anderen Grunde. Wir werden an seiner Stelle zu zeigen versuchen, daß es nicht durchaus neu und den Reformstiftern eigen ist, sondern nur Ausdruck allgemeiner, von den alten Kirchen nicht minder verfochtener Bestrebungen. Aus Eigenem hinzugebracht haben die Reformer allerdings den Gedanken der Vogtei um Gotteslohn. Ferner geben ihre Urkunden nicht nur das klarste Bild, sondern bezeichnen etwa auch den Höhepunkt der Bewegung, da diese Fragen am brennendsten waren. Nach der Mitte des 12. Jhds. verstummen die Nachrichten über solche Auseinandersetzungen zwischen Grundherren und Vögten mehr und mehr.<sup>124</sup>

Die Rivalität freilich bestand fort; aber man darf doch wohl sagen, daß sich in der umschriebenen Epoche eine Abgrenzung der beiderseitigen Rechte in der Hauptsache vollendet und befestigt hat. Wenn die Kirchen jetzt noch Befreiung von Vogteilasten erstrebten, so bestritten sie nicht mehr deren Ausmaß, indem sie es einzuschränken suchten, sondern lösten sie in ihrer anerkannten Höhe ab.

Erfolgreicher, als es die Zisterzienserprivilegien unternommen hatten, erreichten manche Kirchen eine völlige Entvogtung ihrer Grundherrschaften dadurch, daß sie die einzelnen Ortsvogteien durch Kauf, gelegentlich auch als Schenkung an sich brachten. Dazu mußten sie sich freilich über den kanonischen Satz: „*ecclesia non sitit sanguinem*“, hinwegsetzen. Es ist für die Not des ganzen Vogteiwesens bezeichnend, wie früh und wie zahlreich sie das taten. Das erste Beispiel fällt m. W. ins Jahr 1076,<sup>125</sup> da Heinrich IV. dem Aachner

---

124. Ich finde noch: Lac. UB. I, 481, a. 1182 (Villich); 489, a. 1182 (Siegburg für Pleis); II, 133, a. 1226 (Burtscheid); 165, a. 1229 (Siegburg); 506, a. 1261 (noch einmal Burtscheid).

125. Lac. UB. I, 227.

Krönungsstift zu S. Marien die Vogteien dreier Dörfer, welche ihm zu vergeben zustand, mit der Maßgabe schenkte, daß sie stets der jeweilige Propst verwalten solle.<sup>126</sup> Diese durchgreifendere Bewegung läuft also neben der auf Einschränkung der Vögte gerichteten her, überdauert aber deren Hauptepoche um ein Langes, wie die Zusammenstellung von rückerworbenen Vogteien im Anhang zeigt.

Einen ähnlichen Wert wie der Rückerwerb der Vogteien hatte es für die Kirchen, wenn sich der Erzbischof ihre Vogteien vorbehielt. Der Ueberlieferung nach tat zuerst Anno II. diesen Schritt zu Gunsten des Stiftes Rees<sup>127</sup> und der Xantener Wachszinsigen, die zu der Pfarrkirche Ginderich gehörten;<sup>128</sup> er fiel zeitlich also mit jener Urkunde Heinrichs IV. zusammen. Daß der König noch wenige Jahre

---

126. Immer übernahmen die Pröpste die Vogteien für die Kapitel ihrer Kirchen und meist behielten sie sie daher auch bei der Teilung von Propstei- und Kapitelsgut. Beispiele: Mauenheim KW. I, 216, Gleuel und Schwadorf, KW. II, S. 115 und 162. Bei dem auch in den Kirchen eingerissenen Feudalismus kann es dann gar nicht Wunder nehmen, wenn einmal ein Kapitel seine Fronhöfe vor einem solchen Propst-Vogt schützen muß, wie das Domstift Worringen, S. Lac. UB. II, 28, a. 1209.

127. Lac. UB. I, 355, a. 1138/39 (Knipping II, 381) bestätigt EB. Arnold, Lac. UB. I, 432, a. 1169 EB. Philipp die „antiqua predecessorum meorum institutio“, bei welcher doch an Annos Verfügung gedacht werden muß. Denn auf ihn führt das Stift auch seine Zehnten und seine Gerichtsrechte zurück (Vergleiche Lac. UB. I, 222 und 242, welche beiden Urkunden nach Oppermann WDZ. 21, S. 119 gefälscht sind). Daß Arnold die Kirche völlig vogtfrei, Philipp aber den Erzbischof als ihren Vogt nennt, darf man wohl nicht betonen. Beide mal liegt derselbe Gedanke unter.

128. Bestätigt 1190 von Philipp von Heinsberg, Binterim und Mooren 3, Nr. 54.



vorher unter dem Einfluß des Erzbischofs gestanden hatte und beider Maßnahmen einem ähnlichen Gedanken entspringen, stützt die Ueberlieferung. Nicht zu bezweifeln sind jedenfalls ihre Bestätigungen durch die Erzbischöfe im 12. Jhd., wie die entsprechenden Verfügungen für Kloster Meer 1166<sup>129</sup> und Stift Schwarzhemdorf 1173.<sup>130</sup> Die gleiche Bestimmung Engelberts II. für Siegburg von 1223<sup>131</sup> wurde allerdings sogleich nach seinem Tode umgestoßen. Zuletzt setzte noch 1238 der Herr von Tomburg den Erzbischof zum alleinigen Vogt seiner Gründung Schweinheim ein.<sup>132</sup>

Von untergeordneter Bedeutung ist daneben die schon gelegentlich erwähnte Ablösung der Vogteilasten, nämlich Dingpflicht und Vogteiabgaben einzelner Güter.<sup>133</sup> Solche Ablösungen sind gar nicht nur den Immunitäten eigen, sondern kommen ebenso oft auch im Landgericht<sup>134</sup> und Hofgericht<sup>135</sup> vor. Außerdem tritt die ablösende Kirche dem Vogt nicht als Grundherr, sondern als Lehnsmann einer Grundherrschaft gegenüber. Was solche stückweise Ablösungen bewirkten, war endlich nur, daß sie ein kleines Loch in die Vogteirechte rissen, ohne deren System zu beeinflussen.

---

129. Lac. UB. I, 415.

130. Lac. UB. I, 445, s. auch 504, a. 1187.

131. Ficker, Engelbert d. Hl. Nr. 28, s. dazu Lau a. a. O.

132. Lac. UB. II, 238.

133. Ein sehr frühes Beispiel: Heinrich III. schenkte dem Quirinstitute in Neuß „curiam . . . absque servitio et placito ullius advocati“ in Boppard, Günther CD. I, 47. Meist handelt es sich um die Ablösung des Schatzes. Beispiele bei Lacomblet in Fülle. Durch eine Rente ist die Dingsuche ersetzt bei der Mühle in Niederbolheim a. 1196, s. Ann. 23, S. 154, Nr. 4.

134. S. die Beispiele KW. I, Tab. I.

135. Z. B. Altenberger UB. I, 261, a. 1265 mit ausführlicher Aufzählung der einzelnen Lasten.

Im 13. Jhd. kommt ein neuer Klagepunkt gegen die Vögte auf: Daß sie sich die Rottzehnten der bevogteten Kirchen anmaßten. Ich finde, daß zuerst 1201<sup>136</sup> der Graf von Jülich über den Rottzehnten in Poulheim verfügt, wo er Vogt des Kölner Georgstiftes war. Innozenz IV. gebot 1245<sup>137</sup> dem Erzbischof von Köln mit geistlichen Strafen gegen die Vögte hauptsächlich wegen dieser Ansprüche vorzugehen. Indessen auch hier liegt der Gegensatz nicht zwischen Grundherren und Vögten, sondern zwischen kirchlicher und weltlicher Gewalt. Früher hatte der Diözesanbischof über die Novalzehnten verfügt,<sup>138</sup> nun beanspruchen die Landesherrn die Verfügung über sie.<sup>139</sup> Nur insofern die Landeshoheit sich aus Vogtei ableitete, beruht dieser Anspruch auf der Vogtei.

Ueberhaupt tritt immer mehr die eigentliche Vogtei — wie auch die eigentliche Grafengewalt — zurück vor der Landeshoheit, welche sich zwar auf sie gründete, aber doch aus sich heraus neue Rechte aufstellte, wodurch der Kampf der Vögte gegen die Grundherren einen neuen Anstoß, aber auch eine andere Richtung erhielt. Im nächsten Kapitel werden wir auf diesen Kampf näher eingehen. Zum Verständnis der Weistümer, denen wir vorzüglich den Stoff zu dem folgenden Abschnitt entnehmen, ist seine genauere Kenntnis noch nicht so wichtig. Die Weistümer, welche regelmäßig im Gericht verlesen wurden, reichen in ihrem Grundstock meist in das Mittelalter zurück. Ja sie überliefern uns manchesmal ein Recht, das zu der Zeit nicht mehr galt, aus der seine Aufzeichnung auf uns gekommen

---

136. Lac. UB. II, 3.

137. Lac. UB. II, 293.

138. S. dazu Lamprecht DWL. I, S. 119 f.

139. Sie werden dabei von dem Recht des Hochgerichtsherren an Oedländereien ausgegangen sein.

ist. So brauchen wir nur in untergeordnetem Maße damit rechnen, daß die den Vögten-Landesherren wiederum günstige rückläufige Bewegung auch in ihnen Spuren hinterlassen hat.

Nimmt man nun die besprochenen Momente zusammen: Daß die Rechte der Immunitätsherren verschieden abgestuft waren, daß sie davon den Vögten jeweils einen verschiedenen Anteil übertrugen und daß sie, als sie mit ihnen in den Kampf um die Herrschaft in der Immunität gerieten, jeweils verschiedene Erfolge erzielten, so erklärt sich leicht die Fülle der Bildungen, welche das Mittelalter auf dem Gebiete der Vogteigerichte hervorgebracht hat.

Gewisse allgemeine Linien der Entwicklung und bestimmte Grundsätze, nach denen die Immunitätsherren bei der Zuteilung der Rechte an die Vögte verfahren sind, lassen sich bei alledem nicht verkennen. Sie werden hervortreten, wenn wir in derselben Weise, wie wir oben die Typen der Immunitätsgerichte im Gegensatz zu den Landgerichten aufzuzeigen unternahmen, im folgenden versuchen, ihre Typen in Hinsicht der Auseinandersetzung von Vogt und Grundherren festzustellen.<sup>140</sup>

In der Immunität waren regelmäßig Aufgaben der grund-, leib- und gerichtsherrlichen Verwaltung gegeben. An allen konnte der Immunitätsherr dem Vogt einen Anteil übertragen.

Mit der Wirtschaftsverwaltung der Villikationen sind aber die Vögte, soweit unsere Quellen reichen, nicht befaßt worden.<sup>141</sup>

---

140. Dabei bleiben diejenigen Gerichte außer Betracht, in denen der Grundherr die ganze ausgebildete Vogtei erworben hat, wenn nicht die Weistümer noch genügend deutlich die verschiedene Herkunft seiner Rechte erkennen lassen.

141. Ob der älteste Vogt des niederrheinischen Quellenkreises „*Meinhardus advocatus sancti Salvatoris de Werthina monasterio*“

Wenn in Kornelimünster<sup>142</sup> der Vogt am Gertrudentag, 17. März, 4 d. von denjenigen erhält, die Graben machen, Lehm hacken, Posten setzen und Steine brechen wollen, oder — in Burtscheid<sup>143</sup> —  $\frac{1}{3}$  vom Erlös gebrannten Kalkes aus dem Ofen der Aebtissin und  $\frac{1}{2}$  Mark vom Panagium, dem Schweinegeld, so darf man darin wohl kaum eine Beteiligung an der Villikationswirtschaft erkennen; sondern der Vogt bezieht diese Einkünfte wohl als Schutzherr.

Aber auch vom grundherrlichen Gericht haben die Kirchen ihre Vögte fern gehalten. Das Hofgeding, das über die Lehnsgüter, Zinse, Pachten und Kurmeden urteilte, fand zwar oft zugleich mit dem Vogtgeding statt,<sup>144</sup> In ersterem aber führte stets der Grundherr oder sein Vertreter, der Schultheiß, den Vorsitz und gab den Stab erst, wenn das Dingen nach Hofrecht vorbei war, an den Vogt ab.<sup>145</sup> Das Weistum von Gohr<sup>146</sup> formuliert: „und soll der schultheiß uf dem hofgeding ein sprechender und der vogt ein schweigender, item der vogt uf dem landgeding ein sprechender, der schultheiß ein schweigender richter sein“. Daß das Landgeding in solchem Falle das Hofgericht ist, soweit es öffentlichrechtliche Gerichtsbarkeit ausübt, wurde schon oben<sup>147</sup> bemerkt. Mancherorts fanden auch Vogt- und Hof-

---

Vorsteher der Grundherrschaft mit weitgehenden selbständigen Befugnissen war, möchte ich nicht entscheiden. Er tauschte 841 mit Thiatung „*terras eorum*“ und gibt dabei von seiner Seite Land „*in terra sancti Salvatoris*“ (Lac. UB. I, 55).

142. Gr. II, 783, a. 1413.

143. Lac. UB. II, 133, a. 1226.

144. Vgl. den Kalender der Gerichtstage KW. II.

145. S. z. B. für Langel KW. I, 81 § 9, a. 1664. Hier bannt auch der Grundherr das Hofgeding, s. S. 286.

146. Lac. Arch. VII, S. 36.

147. S. S. 196.

gedinge gar nicht gleichzeitig statt, jene nämlich, wie allgemein, in der ersten Hälfte des Jahres, dieses dann im Herbst bei der Pachtzahlung, etwa an Martini,<sup>148</sup> oder man hielt sie, selbst wenn ihnen derselbe Termin bestimmt war, doch an aufeinanderfolgenden Tagen ab. In Kornellmünster<sup>149</sup> ging so dreimal im Jahr das Hofgeding des Abts den Vogtgedingen um einen Tag voraus. In solchen Fällen war dann das Erscheinen des Vogts im Hofgeding überhaupt unnötig.

Nur an der Vollstreckung der hofgerichtlichen Urteile war der Vogt regelmäßig beteiligt, wenn es sich um die Anwendung von Gewalt handelte, soweit überhaupt das Recht der Gewalt der Immunität zustand und nicht noch beim Landgericht war. Es braucht wohl nicht erst betont werden, daß diese Einschränkung wie hier auch in allen anderen Punkten im Vorhinein zu machen ist, weil uns jetzt lediglich das Verhältnis des Grundherrn zum Vogt angeht.

Weniger gleichmäßig gestaltete sich das Verhältnis des Vogts zu den Leib- und Schutzhörigen und ihren besonderen Gerichten. Das lassen selbst die wenigen Beispiele erkennen, welche wir oben<sup>150</sup> über solche Gerichte zusammenstellen konnten. Als hervorstechender Zug ist zwar wiederum das Bestreben nach Ausschluß des Vogts zu erkennen. Die Ministerialen des Aachner Adalbertsstiftes werden 1020<sup>151</sup> geradezu bezeichnet als „*legitimi servientes, qui neque censum capitis solvunt neque placitum alicuius advocati servant*“. Kann sich der letzte Ausdruck noch allein auf

---

148. Z. B. in Sürth, KW. II, 14 §§ 2 ff. und 16, oder in Gereonsweiler, Lac. Arch. VII, 2.

149. Gr. II, 783. In Niederberg war es umgekehrt, Lac. Arch. III, 369.

150. S. 93 ff.

151. Lac. UB. I, 157.



die Dingsuche beziehen, so wissen wir aus dem Kölner Dienstrecht,<sup>152</sup> daß nur der Erzbischof selbst über seine Ministerialen Recht sprach, der Vogt von ihnen also völlig ferngehalten wurde. Das gleiche gilt von den Gesindegerichten in Remagen, Bonn und Aachen, welche wir kennen lernten. Die Quellen schließen ausdrücklich oder stillschweigend den Vogt davon aus,<sup>153</sup> in Aachen freilich nur für das Niedergericht. Die Siegburger Ministerialen werden 1229<sup>154</sup> vom Klostervogt als steuerfrei anerkannt. In Kornelimünster sind die Mannen des Abts von jenem Rekognitionszins befreit, den der Vogt für Nutzung der Gemeinde erhält.<sup>155</sup> Indessen darf man Vogtfreiheit doch nicht als notwendigen Bestandteil des Ministerialenrechts ansehen. Wibald von Stablo<sup>156</sup> war der Ansicht, daß der Gladbacher Vogt Instanz für die Dienstmannen sei, „si de causa capitali et preemptoria vel de possessionis titulo ageretur“.

Für die Wachszinsleute von S. Victor in Xanten fanden wir,<sup>157</sup> daß sie sich für niedere Fälle einer vollkommenen

---

152. §§ 5 und 8. Für S. Maximin-Trier besagt eine Fälschung von 1116 (MRh. UB. I, 434) „servientes . . . qui scaremanni dicuntur, nulli advocato . . . cogantur servire“.

153. In Remagen ist der Vogt ausdrücklich ausgeschlossen, in Bonn das Gericht ausdrücklich dem Propst übertragen. In Aachen wendet sich das Mandat Ottos IV. an Schultheiß, Ministerialen und Bürger. Der Schultheiß, als Unterrichter des Vogts, handhabte wohl zugleich die Vogtei der Reichsstifter. Daß in der Aachener Stadtvogtei auch die der Reichsstifter enthalten war, scheint auch Werminghoffs Ansicht zu sein, Verpfändung usw. S. 115 ff.

154. Lac. UB. II, 165.

155. Gr. II, 782 f. „man“ bedeutet nach der Stelle über die Boten wohl Dienstmann, später Lehnsmann allgemein.

156. Jaffé, Bibl. rer. Germ. I, 462, a. 1151.

157. Oben S. 94.

Befreiung vom Vogt erfreuten und auch für Hochgerichtsfälle doch dahin privilegiert waren, nur dem Altar-, nicht dem Ortsvogt zu Recht stehen zu müssen. Daß sie da auch von der Dingsuche entbunden waren, versteht sich von selbst. Die Wachszinser der Xantner Pfarrkirche Ginderich hatte Erzbischof Anno II. überhaupt jeder Vogtsgewalt entzogen, indem er sich diese selbst vorbehielt.<sup>158</sup> Andererseits setzt 1275<sup>159</sup> der Herr von Kerpen durch, daß die Zerozensualen des Martinsstifts in Kerpen, dessen Vogt er wahrscheinlich war, seine ungebotenen Dinge aufsuchen mußten. Bei Verbrechen werden sie seinem Gerichte schon vordem unterworfen gewesen sein. Das Stift hatte also bisher für die Wachszinser eine Stellung behauptet, welche völlig der jener Güter gleichkam, denen die Dingsuche und Abgaben erlassen worden waren; denn auch diese waren der Gewalt des Vogts damit doch nicht ganz entzogen, sondern er hatte es zu richten, wenn sich auf ihnen ein Verbrechen ereignete.<sup>160</sup> Soweit als der Vogt in den bekanntgewordenen Fällen überhaupt an der Gerichtsbarkeit über die besonders gestellten Minderfreien beteiligt ist, steht ihm die Strafgerichtsbarkeit zu.

Im übrigen ist ja die Gerichtsbarkeit über Personenkreise, wie wir es darlegten, aufgegangen in der territorialen

---

158. S. oben Anm. 128.

159. Lac. UB. II, 683, s. dazu oben S. 99, Anm. 326.

160. Ein Gut des Adalbertstiftes in Aachen in Baesweiler „nec servitium neo placitum debet ulli advocato, nisi aliqua culpa vel iniuria interveniat, quam advocatus secundum iudicium et legem patrie emendare oporteat“, Lac. UB. I, 309, a. 1130. — Der Besitzer der Mühle in Niederboltheim zahlt dem Vogt eine Rente „pro quo erit liberum ab omni placito advocati, nisi forte suborta quaerimonia pro iure suo debeat respondere“. Ann. 23, S. 154, Nr. 4, a. 1196.

und wird bei dieser mitbehandelt. Zu gedenken ist nur noch jener Fälle, welche eine Erinnerung an die einst allgemeine Vertretungspflicht des Herrn für seine Hörigen darstellen, denn auch daran zeigt sich, und in bezeichnender Weise, die Verschiedenheit der Rechte und Lasten von Vogt und Immunitätsherr in den einzelnen Bezirken. Während nämlich in Antweiler<sup>161</sup> der Vogt auf frischbeschlagenem Pferde mit 4 neuen Eisen am Sattel dem gefangenen Lehnsmanne zur Hilfe ausreitet, bekümmert sich in Wichterich und Leimersdorf<sup>162</sup> der Grundherr selbst darum und schickt seinen Boten mit vollem Beutel aus. Der Beutel war, da es sich um die Anstrengung eines Sühnevergleichs handelt, das Mittel, das den Vogt entbehrlich machte und aus seiner Stellung verdrängte. Hier war ihm freilich nur eine Last abgenommen, wir werden aber die Kehrseite noch kennen lernen.

Die weitgehendsten Verschiedenheiten innerhalb der Immunitäten herrschen auf dem Gebiet der öffentlichen, so zu sagen territorialen Gerichtsbarkeit. Hier bedurften die Kirchen des Vogtes unbedingt. Zwar haben ihn die karolingischen Kapitularien nicht zum Immunitätsrichter eingesetzt.<sup>163</sup> Einen Zwang, den Vogt zu verwenden, sprachen sie allein für die Vertretung der Immunitätsleute im Landgericht aus. Aber schon die Immunitätsprivilegien derselben Epoche, sobald sie positive Angaben über die Gerichtsbarkeit in den Immunitäten enthalten,<sup>164</sup> setzen durchweg voraus, daß sie vom Vogt ausgeübt wird. Es lag ja auch der Gedanke nahe, ihm die Rechtsprechung über diejenigen Fälle, in denen er zu vermitteln hatte, wenn sie sich zwischen Landgerichtsinsassen und Immunitätsleuten zutrugen, dann zu übertragen, wenn sie zwischen letzteren allein vorfielen und

---

161. Gr. II, 669, a. 1525.

162. Gr. II, 726, a. 1413 und 648, a. 1559.

163. Sickel a. a. O. S. 812.

164. S. oben S. 128 ff.

also im Immunitätsgericht zu verhandeln waren. Man hat sich daher auch die Entstehung und Abgrenzung der Vogteigerichtsbarkeit so vorgestellt. Gehen wir aber von unseren Quellen des späteren Mittelalters aus, so scheint das nicht der leitende Gesichtspunkt für die Beteiligung der Vögte an der Immunitätsgerichtsbarkeit gewesen zu sein. Der Vogt hätte dann ja stets auch die Niedergerichtsbarkeit besitzen müssen, was keineswegs der Fall war. Indessen kann es sich hier auch um ein jüngeres Stadium der Entwicklung handeln. Die Grundsätze kennen zu lernen, nach denen sich das Verhältnis des Grundherren zu seinem Vogte regelt, betrachten wir wiederum die Immunitätsgerichtsbarkeit und verwandten Rechte in ihren einzelnen Zügen.

Wenn nun im Hinblick auf die Aufgaben des Vogtes ein Gedanke den Weistümern und auch den übrigen Quellen gemeinsam genannt werden kann, so ist es der: Der Vogt ist bestellt „die gewalt aff zo doyn“.<sup>165</sup> Dieser Ausdruck ist nun aber so allgemein, daß wir näher zusehen müssen, was er im einzelnen Falle bedeutet.

Im weitesten Sinne begreift er natürlich die Schutzpflicht des Vogtes. Der hat die Immunität gegen Uebergriffe zu verteidigen, von denen manchmal als besonderer Fall feindliches Einlager genannt wird.<sup>166</sup> Diese Pflicht des Vogtes wird immer von den Immunitätsherren festgehalten. Damit erkannten sie freilich auch eine Eigenschaft des Vogtes an, die geeignet war, ihn recht sinnfällig als Herren der

---

165. Z. B. Breisich, Gr. II, 636; Kornelimünster ebenda 782 und Loersch, Aachener Rechtsdenkmäler Nr. 28 (Hegungsformel aus der 2. H. des 17. Jh. auf älterer Grundlage); Büsdorf, KW. I, 50 § 8; Langel, 78 § 10, 79 § 12; Rondorf, KW. II, 12 § 9; Sürth, 14 § 1; Kendenich 48 § 2; Hönningen, Lac. Arch. VI, S. 283; Glehn, S. 307; Meckenheim S. 341; Junkersdorf S. 410 usw. usw.

166. Z. B. in Langel, KW. I, 78 § 10 oder Hönningen, Lac. Arch. VI, S. 284.

Immunität erscheinen zu lassen und sein Streben nach Landeshoheit zu fördern. Wird doch der Ausdruck Schirmherr geradezu im Sinne von Landesherr gebraucht. „Eyn oeverste gewaltschyrmer“ nennt in dem oben bereits<sup>167</sup> angeführten Schreiben der Nürburger Amtmann den Erzbischof von Köln in bezug auf Kesseling, wo ihm die Grafenrechte zustanden.<sup>168</sup> Immerhin stellt die Schutztätigkeit des Vogtes doch nur einen tatsächlichen Ansatz, nicht eine rechtliche Unterlage der Landeshoheit dar. Der Ausdruck „oberster Gewaltschirmer“ ist mit Bedacht gewählt. Es gab, wie gerade der Zusammenhang, in dem er vorkommt, uns lehrt, noch Schirmherren niederer Grade. In jenem Falle war ein solcher der Leihherr. Auch den Vögten der Niedergerichte oblag die Schutzpflicht, ja sie scheint, da die Vögte von der Niedergerichtsbarkeit fast allgemein ferngehalten wurden, der eigentliche Inhalt ihres Amtes in diesen Gerichten gewesen zu sein. Zur Erlangung der Landeshoheit aber bedurfte es gemeinhin des Besitzes der Hochgerichtsbarkeit, wie sich zeigen wird.

Auch diese ist z. T. unter dem „gewalt aff zo doyn“ mitgedacht. Denn dem Vogt werden mit großer Regelmäßigkeit alle Gewaltsachen gewiesen, d. h. die Strafgerichtsbarkeit in der von uns schon festgestellten Begrenzung.<sup>169</sup>

Sehen wir von den Fällen handhafter Tat ab, so vollzog sich die Strafrechtspflege in der Immunität ebenso wie in den Landgerichten auf den Herrengedingen im Wege des Rügeverfahrens.<sup>170</sup> Wegen der Teilnahme des Vogts heißen

---

167. S. 111.

168. S. oben S. 203, Anm. 141.

169. In Rondorf, KW. II, 12 § 9, werden auch Scheltworte dazugerechnet.

170. Völlig unzulässig ist es, aus dieser parallelen Organisation



sie Vogtgedinge oder vogt dingliche Tage.<sup>171</sup> Auf ihnen führt der Vogt den Vorsitz und spricht Bann und Frieden aus.<sup>172</sup>

Aber nicht selten sehen wir auch den Schultheißen das Vogt ding bannen.<sup>173</sup> Zwar hegt er das Gericht dann in des Vogts Namen, zugleich aber im Namen des Grundherrn. Und es ist darin einer von den vielen Schritten zu erkennen, durch welche die Grundherren sich von ihren Vögten unabhängig zu machen suchten. Nachdem an der besonderen Eignung des Richters zur Wahrnehmung des hochrichterlichen Bannes nicht mehr festgehalten wurde,<sup>174</sup> konnten die Grundherren auch ihre Schultheißen mit dem Vorsitz im Hochgericht betrauen. Daß sie sich häufig das Herrengeding als ihr Ding zuweisen ließen, dem der Vogt nur „von geheische der hern“<sup>175</sup> beiwohnt; daß

---

schon auf grafen gleiche Gerichtsbarkeit der Immunitäten zu schließen, wie Heilmann a. a. O. S. 96 tut.

171. Schon 1170 in Worringen „*generalia placita advocati*“ s. Qu. I, 79. Vom Vogt ding ist auch die Rede, wo es gar keinen Vogt mehr gibt, z. B. in Marmagen und Wahlen, wo das Kloster Steinfeld, der Grundherr, die Vogtei an sich gebracht haben muß, s. Lac. Arch. VI, S. 302 ff., oder wo es einen solchen höchstens als Beamten des Allodialherren gegeben hat, z. B. in Hackenbroich, s. KW. I, S. 208, 16, indem man den in den umliegenden Immunitäten geläufigen Ausdruck übernahm.

172. Der Vogt bannt in Wissersheim, Lac. Arch. III, S. 327, Sinnersdorf, KW. I, 76 § 10 (Niedergericht), Sürth, KW. II, 13 §§ 8—9, 22, Vochem KW. II, 15 § 6, Stommeln, Gr. IV, 777 § 1, Hönningen (bannt und besitzt), Lac. Arch. VI, S. 282, Kelz (Niedergericht) VII, S. 43 § 1, Aachen, Loersch a. a. O. Nr. 28 usw.

173. Z. B. in Büsdorf, KW. I, 81, §§ 1—3; Kendenich II, 4 § 1, Hönningen (bannt und besitzt), Lac. Arch. VI, S. 282, Kelz (Niedergericht) VII, S. 43 § 1, Aachen, Loersch a. a. O. Nr. 28 usw.

174. S. oben S. 242 ff.

175. So in Sinnersdorf, K. W. I, 74 § 8.

die Frage des Ehrenvorsitzes in einer Weise geregelt war, welche ihren Vorrang erkennen ließ,<sup>176</sup> war keine reine Formsache, sondern Grundherren haben tatsächlich den Vorsitz selbst im Hochgericht von ihren Schultheißen oder ihren Vertretern führen lassen, welche auch das Urteil abfragten. Der Vogt wohnte dann nur als schweigender Vogt dem Herrengeding bei, wie es die Schöffen von Vilich<sup>177</sup> wiesen: „wannehe ungeboden gedinge gehalten wird, soll der vogt vur der bank stain und lenen uf sein schwert und horen zu, was der scheffen vur recht erkennt und dasselbigis schutzen und schirmen helfen“. Die Möglichkeiten in der Handhabung der Hochgerichtsbarkeit innerhalb der Immunitäten veranschaulicht auch folgende Gegenüberstellung: In Hönningen<sup>178</sup> sitzt der Vogt den ungebundenen Dingen vor, der Grundherr aber hat neben ihm einen schweigenden Schultheißen sitzen, der ihn mahnt, wenn er eine Rüge ausläßt; und um was der Vogt gemahnt wird, das muß er ausdingen. In Flerzheim<sup>179</sup> hat der Vogt nach dem alten Weistum von 1247 überhaupt nur dann Gericht, wenn der Schultheiß eine Klage an ihn bringt. Er kann den Schultheißen aber weder zwingen, eine Klage zu erheben, noch die erhobene an ihn zu bringen.

Nicht überall also hat der Vogt die hohe Strafgerichtsbarkeit, wenn sie ihm auch in der Mehrzahl der Fälle ordnungsmäßig zusteht. Diese Tatsache war schwerwiegend für die Entscheidung, welcher der beiden in der Immunität be-

---

176. In Stommeln hat die Grundherrin oder ihr Schultheiß den Sitz ober dem Vogt „in ein zeichen der overheit des gerichtz“, Gr. IV, 778 § 7; ähnlich in Sinnersdorf (Niedergericht), KW. I, 76 § 9.

177. Gr. II, 656, a. 1577. Auch in Güsten hat der Schultheiß das Urteil, Gr. II, 756, a. 1431.

178. Lac. Arch. VI, S. 282 f.

179. Lac. Arch. VI, S. 337.

rechtigten Herren der Landesherr würde. Die Vögte haben sich dafür durchschnittlich jedenfalls in die bessere Ausgangstellung gebracht, u. zw. noch allgemeiner, als die Weistümer erkennen lassen. Denn diese halten, wie schon gesagt, die Annahme, daß alle Rechte in der Immunität dem Grundherrn zuständen, Jahrhunderte lang aufrecht. Die tatsächliche Machtverteilung hat sich inzwischen oft gründlich geändert und der kleine ihm durch das Weistum von 1577 zugestandene Anteil am Strafgericht in Gestalt des Ding-schutzes hat dem Kurfürsten von Köln genügt, Landesherr in seiner Vogtei Vilich zu werden. Andererseits hat dem Herzog von Jülich der Vorsitz im Vogtding von Kornel-münster<sup>180</sup> noch nicht die unbestrittene Landesherrschaft eingetragen. Zu einem Anteil an der Strafgerichtsbarkeit mußte also noch seine erfolgreiche Ausnützung kommen, um Landeshoheit zu ergeben.<sup>181</sup>

Entsprach schon die Uebertragung der Strafgerichtsbarkeit an den Vogt dem Satze, daß die Kirche kein Blut vergießt, so steht noch mehr zu vermuten, daß dem Vogte die Vollstreckung der blutigen Urteile übertragen war. Das Weistum des Hofgerichtes von S. Ursula-Köln in Kendenich<sup>182</sup> weist ihm denn auch Augenausstechen, Ohren- und Handabhauen und Lebendigbegraben zu. Das Hochgericht mit Rad und Galgen besaß dieser Fronhof nicht, es erscheint in anderen Weistümern als Recht des Vogts.<sup>183</sup> In-

---

180. S. oben S. 335.

181. Die Beispiele des Textes betr. Hönningen und Flersheim lassen sich für diese Frage nicht weiter ausnützen. Das Gericht Hönningen hatte keine volle Hochgerichtsbarkeit und blieb daher unter der Landeshoheit des Grafen, in Flersheim hat der Grundherr schon 1256 die Vogtei angekauft, s. Anhang III.

182. KW. II, 48 §§ 5 und 6.

183. Z. B. in Giehn, Meckenheim und Zons, Lac. Arch. VI, S. 307,

des auch hierbei gibt es Abweichungen, welche auf eine Einschränkung der vogteilichen Rechte hinauslaufen. Das Weistum von Kornelimünster aus dem Jahre 1413<sup>184</sup> spricht von dem Vollzug eines Todesurteils derart, daß man als die Aufgabe des Vogtes dabei nur den Schutz der Hinrichtung gegen gewaltsame Angriffe bezeichnen kann. In Rondorf<sup>185</sup> hat überhaupt der Schultheiß die Todesurteile zu vollstrecken.

War zur Vorbereitung eines Urteils die Inquisition durch Foltern notwendig, so ist sie meist<sup>186</sup> Sache des Vogts. Daß er dieses Recht auch in Rondorf behalten hat, wo ihm doch das Hochgericht nicht zukam, ist wohl in den Kosten begründet, welche die Unterhaltung der Folterwerkzeuge verursachte. Der Vogt war ja meist zugleich auch Landesherr und Inhaber anderer Gerichte, für die er schon einer Folterkammer bedurfte. Wo sie die Kosten nicht scheuten, konnten die Grundherren auch das Recht der Inquisition an sich bringen.<sup>187</sup> Wir sehen hier im Einzelnen, welche Fragen der größeren Macht es waren, die zusammengenommen dem einen der beiden Bewerber die Oberhand in den Immunitätsgerichten verschafften.

Von dem Kostenpunkt aus sind wohl auch andere Ei-

---

341 und 447, oder am Swister Berg mit ausdrücklichem Hinweis auf den geistlichen Stand, der dem Grundherren zu richten verbiete, KW. II, 26 § 1.

184. Gr. II, 782.

185. KW. II, 12 § 8. So ist es wohl auch in Vochem, 16 § 6.

186. So in Rondorf, KW. II, 12 § 8; in Kendenich, 48 § 5. Beiderorts liefert der Vogt den Verbrecher zur Folterung nach Brühl aus, dabei sind aber die Hofgeschworenen anwesend.

187. So in Froitzheim das Stift Rellinghausen, Lac. Arch. III, S. 364; die peinliche Frage geschieht durch den Scharfrichter vor Schultheiß und Schöffen in Froitzheim.

gentümlichkeiten bei den Immunitätsgerichten zu erklären. Manchmal unterhielt der Grundherr einen eigenen Galgen und Rad,<sup>188</sup> manchmal mußte sie der Vogt bei Bedarf aufrichten lassen.<sup>189</sup> Wo ersteres zutraf, konnte der Grundherr den Vogt natürlich leichter vom Hochgericht ausschließen. Stets hat der Grundherr den Stock und Beifang zu bestellen — für den Vogt, heißt es hie und da — und darin den Gefangenen durch Schultheiß und Hofleute oder durch die Inhaber bestimmter Lehen bewachen zu lassen.<sup>190</sup> Da dieser Gewahrsam für längere Gefangenschaft nicht genügte, indem er wenig Sicherheit bot, auch wohl den Lehnsleuten lästig fiel, lieferte man den Verbrecher nach kurzer Frist<sup>191</sup> an den Vogt aus, der ihn dann zur Gerichtsverhandlung stellte. Der Vogt tritt also wieder nur ein, um Gewalt zu verhindern. Diese Auslieferung und die zur Inquisition ist demnach anders zu werten, wie die von einem Immunitätsniedergericht an das Landgericht, das den Verbrecher übernahm, um ihn abzuurteilen. Trotzdem ist sie von den Vögten benutzt worden, um sich das Hochgericht als ihr Recht anzumaßen.<sup>192</sup> War ein Grundherr aber stark genug, selbst für die Gefangenenhaltung der Verbrecher zu sorgen, wie der Abt von Kornelimünster,<sup>193</sup> so konnte er derlei Ansprüche des Vogts abweisen. Gerade bei Kornelimünster ist diese Tatsache im Verein mit anderen gleichartigen bedeutungsvoll für die Unabhängigkeit vom Vogt geworden, welche

---

188. Z. B. in Rondorf, KW. II, 12 § 8 und in Sürth, 14 § 14.

189. Z. B. in Buschhoven, Gr. II, 663 oder Poulheim, Lac. Arch. VII, S. 19 oder in Stommeln Gr. IV, 777 § 3.

190. S. dazu oben S. 181, Anm. 27.

191. In Glehn, Lac. Arch. VI, S. 307, nach einer Nacht, sonst meist nach drei Tagen. In Sürth und Vochem, KW. II, 14 § 14 und 16 § 5, werden nur die Schwerverbrecher ausgeliefert.

192. Z. B. in Sürth.



der Abtei gestattete, sehr lange ihre Reichsunmittelbarkeit zu behaupten.

Wie zur Vollstreckung eines hochgerichtlichen Urteils war auch zur Verhaftung eines missetätigen Menschen Gewalt erforderlich, welche, so sollte man annehmen, der Vogt bieten mußte. Indessen zeigen sich dabei wiederum Abweichungen. Ebenso oft wohl, wie der Vogt,<sup>191</sup> hat der Schultheiß<sup>195</sup> den Antast oder Angriff.

Am weitgehendsten war die Befreiung des Grundherren vom Vogt in Hinsicht der Pfandnahme und des Kammers. Auch diese Rechte werden wohl einmal dem Vogt gewiesen,<sup>196</sup> meist aber übt sie der Schultheiß, selbst oder mit Hilfe des Boten. Das galt wohl ganz allgemein von versessener Pacht des Hofrechts und es wird oft betont, daß der Schultheiß dazu nicht des Urlaubs vom Vogt bedürfe;<sup>197</sup> vielmehr muß dieser, steht ihm die Einsetzung des Boten zu, diesen unweigerlich dazu leihen.<sup>198</sup> Denn hier haben wir es mit rein grundherrlicher Gerichtsbarkeit zu tun. Aber auch die Gerichtsweden wurden mancherorts von den

---

193. Gr. II, 781. Der Vogt hat zu den Gefangenen nur mit Erlaubnis des Grundherren Zutritt.

194. Z. B. in Kesseling, Gr. II, 639; Buschhoven, 663; Frauenberg, 706; Wichterich, 726; Wollersheim, Lac. Arch. VII, S. 64; Langel KW. I, 79 § 13 (nach 81 §§ 10 und 11 aber der Bote, d. h. die Grundherrschaft) usw.

195. Z. B. in Sürth, KW. II, 14 § 14; Glehn, Lac. Arch. VI, S. 307; Brauweiler S. 414; Kelz, Gr. VI, 679 § 6; in Kornelimünster, Gr. II, 781 (der Grundherr); in Rondorf, KW. II, 12 § 8 (der Bote) usw.

196. Z. B. in Langel, KW. I, 78 § 8.

197. Hönningen, Lac. Arch. VI, S. 281; Vochem, KW. II, 15 § 8, Paffendorf, Gr. II, 755.

198. Z. B. in Oberembt, Lac. Arch. III, S. 312; Gereonsweiler VII, S. 3.

Schultheißen ausgepfändet. In Hönningen nur die, welche vom Schultheißen ohne Hinzuziehung des Vogts ausgedingt worden waren, d. h. vor allem die Wedden in Fragen des Hofrechts.<sup>199</sup> Anderwärts auch andere.<sup>200</sup> Der Vogt griff dann erst ein, wenn Gewalt abzustellen war.<sup>201</sup>

Erscheint im Ganzen betrachtet die Teilnahme des Vogts am Gericht und an der Urteilstvollstreckung in allen Fällen der Gewalt als die Regel und die Befugnis des Schultheißen als Ausnahme, so ist es bei der Niedergerichtsbarkeit gerade umgekehrt. Nur mächtige Landesherren als Kirchenvögte haben sie besessen. In das Mittelalter reicht, soweit ich sehe, mit Sicherheit allein folgender Fall zurück: Die Jüliche Erkundigung über die Hofgerichte von 1555 berichtet bei Efferen und Fischenich,<sup>202</sup> daß der Vogt von Bergheim, an Stelle des Herzogs als des Vogts vom Kapitolstift in Köln früher nicht nur die ungebotenen, „sonder auch die ordentliche lauffende gedinger ... bekleit hat“. Diese Uebung sei in Abgang gekommen, es bestehe aber die Aussicht, daß die Aebtissin in ihre Erneuerung willige, wenn man ihr nicht wieder die Verpflegung des Vogts zumute. Das ältere Weistum von Kornelimünster (1413)<sup>203</sup> kennt zwar auch die Anwesenheit des Vogts, wenn der Abt „deyghlichs dyngen“ will, macht aber von seinem Erscheinen die

---

199. Lac. Arch. VI, S. 281, Maximalbetrag ist  $7\frac{1}{2}$  β.

200. Z. B. in Flerzheim, Lac. Arch. VI, S. 337 oder in Kornelimünster, wo der Vogt dann seinen Anteil binnen 14 Tage erhält, Gr. II, 783. Umgekehrt ist es in Geyen und Poulheim, Lac. Arch. VII, S. 20 und 27. In Stommeln mahnt der Vogt die Wedden gemeinsam mit dem Schultheissen oder Baumeister ein, Gr. IV, 778 § 6.

201. Z. B. Geyen, Lac. Arch. III, S. 316; Heppendorf, 319; Kelz, 366 usw.

202. Lac. Arch. III, S. 317.

203. Gr. II, 783.

Abhaltung des Gerichts nicht abhängig. Der Abt kann hier auch Zeugen vernehmen, ohne den Vogt zuzuziehen. Das zweite Weistum von Langel des Jahres 1590<sup>201</sup> schreibt dem Herzog von Berg als Vogt der Abtei Deutz „alle tagliche gedinger umb schaede und schult halber“ zu; worunter auch Schelt- und Keifworte fielen. Das erste von 1451 schweigt darüber und es läßt sich in der Zwischenzeit eine Steigerung der Vogteirechte in anderen Punkten nachweisen,<sup>205</sup> so daß sie auch in diesem wahrscheinlich ist. In Rondorf können wir 1566 einem Angriff des Vogts auf die Niedergerichtsbarkeit zusehen.<sup>206</sup> Der Schultheiß wußte ihn abzuschlagen durch eine Frage an die Schöffen, die wiesen: „was schult, wederschult und bekentliche schult belang und die gedinge zu 14 dagen, geburen miner g. frauwen und capitels schultes zu halden.“ In Sürth dagegen<sup>207</sup> erreichte im 18. Jhd. nach langem Kampf der Vogt — das war wie in Rondorf der Schultheiß von Brühl in Vertretung des Kölner Kurfürsten —, daß alle Gerichte allein von ihm abgehalten wurden, während ihm das Weistum nur die Teilnahme an den drei ungebotenen Dingen zusprach. Diese Beispiele lassen wohl keinen Zweifel, daß die Niedergerichtsbarkeit in der Immunität dem Vogt ordnungsmäßig nicht zustand.

Ueberblicken wir die verschiedenartige Verteilung der Rechte zwischen Grundherrn und Vogt, so läßt sich trotz aller Abweichungen im Einzelnen doch eine mittlere Linie nicht verkennen, so daß ein Ausschlagen nach der einen oder anderen Seite hin als ein besonderer Erfolg der einen oder anderen Partei betrachtet werden darf. Diese mittlere

---

204. KW. I, 78 § 8, vgl. 79 § 13.

205. S. unten Anm. 236.

206. KW. II, 13.

207. KW. II, S. 53 ff.

Linie wird dargestellt durch die Fälle der Gewalt. Der Grundherr bedient sich seines Vogtes und gesteht ihm Rechte nur dann zu, wenn er seiner bedarf. Er bedarf seiner aber aus zwei Rücksichten. Erstens weil er als Geistlicher nicht selbst Bluturteile fällen darf. Dieser Gesichtspunkt, wenn er auch schon in Karolingischer Zeit vertreten worden sein mag, tritt doch in den Kapitularien noch nicht als maßgebend hervor. Die Kirche hat ihn erst allmählich ausgebildet, bis ihn bekanntlich Bonifaz VIII. aufgab, nachdem er schon längst nicht mehr war beachtet worden. Zweitens braucht der geistliche Grundherr einen Vogt als den weltlichen Arm zu seinem und seiner Besitzungen Schutz. Das Motiv des Schutzes, das gleichfalls den Kapitularien noch fremd war, nimmt im Aufbau der spätmittelalterlichen Vogtei einen breiten Raum ein. Von der Vogtei der Kapitularien und ihrer angenommenen Gerichtsbarkeit ist diese jedenfalls auch ihrem inneren Wesen nach sehr verschieden.

Jene mittlere Linie anzunehmen sind wir auch berechtigt, weil wir sie als ausgesprochenes Programm schon in den Urkunden des 12. Jhd. vorgezeichnet fanden. Der Leitsatz, der dort aufgestellt war, daß der Vogt nur zu den ungebotenen Dingen zu erscheinen hat und sonst allein, wann er gerufen wird, ist tatsächlich allgemein verwirklicht worden.

Es fragt sich nun, wie jenes Programm zu werten ist. Stellt es eine neue Zielsetzung dar, welche den älteren Zustand der Karolingischen Zeit in den jüngeren der Weistümer übergeleitet hat? Ist damals erst der Vogt auf die Gewaltsachen beschränkt worden? Mustern wir die Urkunden der klösterlichen Neugründungen des 12. Jhds.,<sup>208</sup>

---

208. Die Beschränkung auf die drei Dingtage findet sich in den Urkunden für Steinfeld und Hamborn s. oben S. 313, Anm. 77. Er darf überhaupt nur gerufen erscheinen in Heinsberg.

so will es tatsächlich so scheinen. Denn indem sie den Vogt im Vorhinein auf die ungebundenen Dinge beschränkten, enthielten sie ihm die Niedergerichtsbarkeit vor. Aber andere Urkunden alter Kirchen<sup>20)</sup> zeigen, daß es sich dabei

209. Das Prümmer Vogtrecht von 1103, MRh. UB. I, S. 406, fängt mit der Klage an, daß der Vogt „servicium suum per totum annum, ubi neque censum neque ullam omnino excepta advocatia proprietatem habet vel habuit, prout sibi videtur, constituat et quasi debitum exigat.“ Alle einzelnen Bestimmungen sind aus dem finanziellen Gesichtspunkt zu verstehen. Für das Adalbertstift-Aachen wurde nach der Urk. Heinrichs III. von 1106 (Lac. UB. I, 261) das Urteil gefunden („iudicatum est in presentia nostra“), daß es den Vogt auf dem Hof Olne nur 3 mal im Jahr „debeant suscipere et servitum ei dare“. Es ging also die Klage wiederum auf häufige Herbergs- und Servizansprüche. In Gerresheim rief 1107, Lac. UB. I, 267, EB. Friedrich I. die „fideles ecclesie“ zusammen und befragte sie nach dem Recht des Vogtes. Diese „iudices sacramento constricti“ wiesen dem Vogt je 14 β an den 3 echten Dingen und sonst nichts. Auch in den Höfen Oberembt, Esch und Süchteln des Kölner Pantaleonsklosters wurden 1142, Lac. UB. I, 349, die Vogtgefälle genau gewiesen. Von den Gerichtstagen ist dabei überhaupt nicht die Rede. In Buchholz endlich hat der Abt von Gladbach 1163 die Brüder der Zelle „qui advocatorum importunitate oppressi sunt . . . a pristina vexatione“ durch Vertrag mit dem Vogt befreit, welcher u. a. „ab omni exactione hospitalitatis . . . destitit, ut nunquam ad eos placitum habiturus, nisi aliqua necessitate vocatus, veniat“, Lac. UB. I, 406. Von einer primären Absicht, die Gerichtsbarkeit des Vogtes zu beschränken, ist hier keine Rede. Als ganz selbstverständlich wird die Gerichtsbarkeit des Vogtes auf (3) „generalia placita advocati“ beschränkt gedacht in Worringen 1170, Qu. I, 79. In Villich dreht sich der Streit 1182, Lac. UB. I, 481 auch wiederum nur um das Serviz. In Burtscheid wird 1226 als altes Recht gewiesen, Lac. UB. II, 133, daß der Villikus der Aebtißin „placita faciat et conservet“, der Vogt aber nur die „tria generalia placita“



in erster Linie gar nicht um die Gerichtsbarkeit, sondern um die Vogteigefälle handelte, welche in unerlaubter Wiederholung eingehoben worden waren, weshalb man sie nach Weisung der Geschworenen, so wie sie seit je hergebracht waren, aufzeichnete und zugleich ihre Beziehung nur auf die wisselichen Dinge in Erinnerung brachte.

Allerdings, wenn die Vögte des öfteren in den Immunitäten erschienen, so wird das nicht immer ohne einen Schein Rechtsens geschehen sein. Zugegeben sicherlich, daß sie sich auch einmal gewaltsam einquartierten und die Kirchen dagegen ihre Abwehrmaßnahmen zu treffen hatten. Aber für die ganz allgemeine Klage werden solche Uebergriffe kaum der genügende Grund gewesen sein. Haben wir Anlaß, anzunehmen, daß die Vögte zu öfteren Dingen die Immunitäten aufsuchten, so kann dabei nicht die Strafrechtspflege in Frage gestanden sein. Für diese genügten auch in den größten Landgerichten drei oder noch weniger Rügetage. Für Fortführung begonnener Verhandlungen hatte man die Möglichkeit, über 14 Tage ein Nachgeding auszulegen, deren man sich auch in den Immunitäten bediente.<sup>210</sup> Darüber hinaus gab es regelmäßig für die Strafgerichtspflege einfach nichts zu tun. Aber zum Niedergericht konnte der Vogt alle 14 Tage oder noch öfters kommen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß solche Absichten im 12. Jhd. bei den Vögten bestanden. Die Einsetzung von Untervögten gestattete es den heranwachsenden Landesherren ganz be-

---

habe. Damit kommen wir schon an die regelmäßigen Gerichtsweistümer heran. Soweit wir also auch zurückgehen, immer stoßen wir auf dieselbe Teilung der Gerichtsbarkeit und auf die Frage der Vogteiabgaben als den springenden Punkt der ganzen Auseinandersetzung.

210. Solche Nachdinge des Vogts werden erwähnt in Zons, Lac. Arch. VI, 447: „spraihe oyver vertzennacht darna“, oder in Kornelminster, Gr. II, 783: „dry achtergedynge“.

sonders, ihre Tätigkeit in den einzelnen Immunitäten zu steigern und zu einer ständigen zu machen. Und gerade gegen die Untervögte sind ja die Kirchen heftig zu Felde gezogen.<sup>211</sup> Ist aber unsere Annahme richtig, so besagt sie doch nur, daß die Vögte im 12. Jhd. dabei waren, sich die Niedergerichtsbarkeit anzueignen. Keineswegs können wir aus den Urkunden des 12. Jhd. umgekehrt schließen, daß die Kirchen erst damals den Vögten die Niedergerichtsbarkeit abgenommen hätten. Aus ihnen ist vielmehr dieselbe Teilung der Rechte zwischen Grundherr und Vogt herauszulesen, wie sie im großen Ganzen auch in der späteren Zeit bestand. Jenes Vogteiprogramm bezweckt also nur die Sicherung einer gefährdeten Stellung. Es bietet der Annahme keine Stütze, daß vordem einmal der Vogt innerhalb der Immunität Zentenargerichtsbarkeit ausgeübt hätte.

Dafür könnte man sich nur noch auf die Immunitätsprivilegien berufen, welche allein den Vogt als Immunitätsrichter kennen. Da es bei ihnen aber auf den Gegensatz zum Grafen, auf die höchsten Fälle ankam, ist die Annahme durchaus statthaft, daß auch zu ihrer Zeit der Schultheiß schon das Niedergericht versah und der Vogt auf die Herrengedinge und Fälle der Not beschränkt war.<sup>212</sup>

---

211. S. von den vorerwähnten Urkunden die für Prüm, S. Maxim-Trier, S. Adalbert-Aachen, Steinfeld usw.

212. Daß der Vogt einmal niedere Gerichtsbarkeit besessen hat, könnte in Rücksicht darauf wahrscheinlich erscheinen, daß die Immunität ursprünglich überhaupt nur geringere Rechte besaß; darauf stützen sich Pischeck, a. a. O. S. 40 und Wohltmann, a. a. O. S. 395, bes. Note 79. Aber so sicher wie diese Autoren möchte ich das nicht behaupten. Denn der von Sickel, s. oben S. 292 f., dargelegte Ausgangspunkt zwingt gar nicht zu der Annahme, daß der Vogt von Anfang an Richter war. Und durchschlagende positive Beweisgründe vermisste ich bei Pischek wie bei Wohltmann. Die rückläufige Bewegung,

Die weiteren Fortschritte der Grundherren vollzogen sich dann unter dem Gesichtspunkte, daß die Fälle der Not möglichst eingeschränkt wurden, sicherlich wiederum vorzüglich mit Rücksicht auf die daraus erwachsenden Lasten. Die Grundherren ließen also durch ihre Schultheißen angreifen, kümmern, pfänden oder das wenigstens in Fällen, in denen die Pfänder und Wedden ohne Teilnahme des Vogts waren ausgedingt worden. Auch machten sie sich das Sühneverfahren zu Nütze, um auch schwerere Fälle ohne Hinzuziehung des Vogts erledigen zu können. Schon Heinrich IV. bestätigte 1103<sup>213</sup> der Abtei Prüm, daß sie das Wergeld eines erschlagenen Klostermannes ganz haben solle, wenn sie es ohne den Vogt erlangen kann, sonst erhält der ein Drittel. Steht bei der Abfassung des Satzes auch der finanzielle Zweck im Vordergrund, so läßt er doch erkennen, daß der Grundherr ein Sühneverfahren ohne Beistand des Vogts einleiten oder aufnehmen konnte. In demselben Sinne heißt es in dem Weistum von Froitzheim:<sup>214</sup> „So ferne dan der gefangen nit gegen meinen gn. herrn“ (d. i. der Vogt) „gebrücht und sich alhie vertedingen kont, hait mein gn. herr nit damit zu tun“.

Dennoch hat im Hinblick auf die Entstehung der Landeshoheit der Vogt bei der Teilung der Immunitätsrechte mit den Fällen der Gewalt jedenfalls die entscheidenden Rechte in die Hand bekommen und fast ausnahmslos behauptet. Die Grundherren haben ihnen gegenüber ihre von Anfang an in

---

welche dem Vogt, ehemals dem einzigen Immunitätsrichter, die Hälfte seiner Befugnisse genommen hat, kann ich nicht erkennen. Es ist doch zu berücksichtigen, daß der eigentliche Gerichtsherr der Grundherr war, der seine Rechte nach Belieben — soweit nicht äußere Bedingungen ihn zwangen — übertragen konnte, wem er wollte.

213. MRh. UB. I, 406.

214. Lac. Arch. III, S. 364.

den Immunitätsrechten ruhenden Ansprüche auf die Landeshoheit nur dort ganz oder zum Teil aufrecht erhalten können, wo sie wenigstens einen Teil der Strafrechtspflege und der damit zusammenhängenden Befugnisse an sich gebracht haben, wie wir das z. B. vom Abt von Kornelimünster in mehrerer Hinsicht verzeichneten.

Dabei sehen wir das Sühneverfahren in derselben Weise zu ihren Gunsten gegen den Vogt wirksam werden, wie im III. Kapitel gegenüber dem Grafen. Bei der Parallelität des ganzen Verhältnisses von Immunität und Vogt und Immunität und Graf sind uns diese bei der Betrachtung der Vogteiverhältnisse gewonnenen Beispiele in ziemlichem Umfange auch Beweisstücke für das Verhältnis der Immunitätsgerichte zu den Landgerichten, wie wir es gezeichnet haben. Ja wir verweilen bei den Einzelheiten der Vogteigerichtsbarkeit hauptsächlich in der Absicht, unsere oben vorgetragene Anschauung von der allmählichen Entwicklung der Immunitätsgerichte noch klarer zu beleuchten. Ueber die Vogteigerichtsbarkeit steht uns eine viel größere Fülle unmittelbarer Nachrichten zu Gebote, welche uns gestattet, den Kampf zwischen Vogt und Immunitätsherren als ein Ringen um jede einzelne Stellung, um jeden Schritt breit Landes zu erweisen. Und so gewinnen wir ein urkundliches Bild, dessen allgemeine Züge wir unbedenklich auf den Kampf zwischen Grafen und Immunitätsherren übertragen dürfen. Aus diesem Grunde wollen wir auch das Verhältnis des Grundherrn zum Vogt und die Teilung der Rechte in der Immunität noch nach einigen anderen Seiten hin betrachten, welche zugleich deshalb unsere Teilnahme erheischen, weil sie für die Territorialbildung von besonderer Bedeutung geworden sind.

Mindestens so wichtig, wie der Vorsitz im Gericht ist da das Recht, die Gerichtspersonen zu bestellen. Es handelte sich dabei keineswegs um bloße Formalitäten, untergeordnete

Kleinigkeiten, als welche die angeführten Streitpunkte für sich betrachtet erscheinen mögen. Jeder einzelne bildete für die Vögte eine Handhabe, sich das Immunitätsgericht zu unterwerfen, und ist in diesem Sinne auch jederzeit von ihnen zur Festigung ihrer Landesherrschaft benutzt worden. Die Einsetzung der Gerichtspersonen ließ mit einem Schlage das Gericht als von ihnen abhängig erscheinen. Solchem Unternehmen standen aber mannigfache Hindernisse im Wege. Wir müssen die einzelnen Gerichtspersonen unterscheiden.

Der Schultheiß ist ursprünglich ja Verwalter der Villikation, d. h. Bewirtschafter des Fronhofs, Zinseinnehmer, Richter des grundherrlichen Gerichts und, wie wir eben sahen, auch des Niedergerichts auf dem Fronhofe. Diese Verbindung der richterlichen und Verwaltungsbefugnisse gestattet einen wichtigen Schluß als Nachtrag zu den vorhergehenden Ueberlegungen: Wenn die Niedergerichtsbarkeit Sache des Vogts gewesen wäre, so müßte sich eine Spur davon finden, daß er den Schultheißen eingesetzt hat. Indessen ist ganz im Gegenteil die Verbindung von Schultheißen- und Meieramt eine so organische, daß sie auch dann meist bestehen bleibt, wenn der Grundherr gar nicht mehr einen Verwalter, sondern einen Pächter auf den Fronhof setzt. Wird aber auch das Schultheißenamt von der Hofpacht abgetrennt, so ist es doch immer der Grundherr, der es zu vergeben hat und dies wiederum in Form einer Pacht tut.<sup>215</sup> Erst allmählich bildet sich ein reinerer Begriff des Schultheißen- als eines Richteramtes aus, es wird seit dem 16. Jhd. wohl mit einem Juristen besetzt und jetzt erst nehmen Landesherren als Vögte das Recht dieser Besetzung in Anspruch. Das geschah einfach auf dem Wege der Anmaßung.<sup>216</sup> Die Jülische Erkundigung von 1555 kann indeß

---

215. S. dazu oben S. 176.

216. So am Swister Berg seitens Jülisch 1562, s. KW. II, S. 94.



noch keine Erfolge des Herzogs auf diesem Gebiete verzeichnen.<sup>217</sup>

Nicht anders war auch zur Wahl von Schöffen solange keine Gelegenheit, als die Geschworenen noch insgesamt als Umstand und Urteilsfinder auftraten. Selbst die Bildung einer Schöffenbank erfolgte dann Anfangs meist derart, daß bestimmte Güter die Schöffen stellten. Erst als diese Pflicht in Zahlung eines Schöffengehalts war abgeschwächt worden, und wo es Schöffennehen überhaupt nicht gab, konnten Grundherr und Vogt um das Recht zur Anstellung der Schöffen streiten. Da der Grundherr der Gerichtsherr war, muß ihm das Recht, die Schöffen auszuwählen, zuerkannt werden. Zu der feierlichen Handlung ihrer Einführung aber zog er wohl auch den Vogt bei. In Flerzheim darf schon 1247<sup>218</sup> der sonst in seinen Rechten außerordentlich beschränkte Vogt „scabinos electos et a sculteto presentatos . . . in sedem suam installare“. In Vilich<sup>219</sup> geleitet der schweigende Vogt den Schöffen an einer Hand zur Bank und übernimmt damit die Verpflichtung, ihn in dem Bann und Frieden zu schützen, den der Schultheiß gesprochen. In Kornelmünster<sup>220</sup> soll der Abt „setzen syne scheffene in dem lande

---

217. Auf die Frage ist nur im Amt Nideggen geachtet worden, und da hat überall noch in Hoven-Floren (Lac. Arch. III, S. 353), Wollersheim (358), Froitzheim (363), Kelz (365), Vettweiß (366), Niederberg (367), Schaven (370) der Grundherr das Recht, den Schultheißen einzusetzen. Im Amt Bergheim scheint man das für selbstverständlich angenommen zu haben. (s. S. 320). — In den Weistümern finde ich nur bei Kesseling, daß der Erbvogt den Schultheißer bestellt, Gr. II, 638, a. 1395. In Giehn bedarf er der Bewilligung des Grundherrn, Lac. Arch. VI, S. 307.

218. Lac. Arch. VI, S. 337.

219. Gr. II, 657, a. 1485.

220. Gr. II, 782, a. 1413.

ind kesen buyssen den vaeght“; dann wird die Feierlichkeit ganz genau geregelt. Grundherr und Vogt führen zusammen den Schöffen ein, ersterer schreitet aber an der rechten, der Ehrenseite. In dieser Beteiligung des Vogts an der Einführung, welche eine Anerkennung seiner Schirmpflicht ausdrücken sollte, war, das ist leicht zu sehen, eine bequeme Handhabe gegeben und sie ist auch von den Landesherren als Vögten ausgenützt worden, um die Auswahl der Schöffen selbst in die Hand zu nehmen. Dabei hatte jülich z. B. bis 1555 schon viel mehr Erfolge erzielt, als bei der Bestellung der Schultheißen.<sup>221</sup>

Am häufigsten ist der Bote vom Vogt abhängig und der Zusammenhang mit dessen Amt der Gewalt ist nicht zu verkennen. Denn einer beschränkten Zwangsgewalt bedarf auch der Bote. In Meckenheim<sup>222</sup> hat der Vogt einen besonderen Boten, welcher dem des Grundherren zu Hilfe kommt, wenn dessen Kräfte nicht ausreichen. Manchmal heißt es, der Grundherr muß den Boten für den Vogt unterhalten<sup>223</sup> (wie den Stock!). Daß andererseits der Vogt den Boten, wenn er ihn anstellte, dem Grundherrn zum auspfänden der Hofpachten leihen mußte, haben wir schon erwähnt.<sup>224</sup>

Der Anteil, welchen die beiden Wettbewerber innerhalb

---

221. Im ganzen Amt Bergheim, in Wollersheim, Froitzheim, Kelz, nicht aber in Hoven-Floren, Niederberg oder Schaven, s. oben Anm. 217. Auch in Kornelimünster und Gressenich wählt noch der Grundherr die Schöffen, Gr. II, 782, VI, 708 § 3 usw. Natürlich mußten sich die Vögte auch dieses Recht manchmal ohne weiteres an, s. für Swister Berg KW. II, S. 94.

222. Lac. Arch. VI, S. 341.

223. So in Hönningen, Lac. Arch. VI, S. 282 f., wo die Schöffen vom Grundherrn und Vogte in Eintracht eingesetzt werden.

224. S. oben S. 346.

der Immunität an der Besetzung des Gerichts hatten, kommt auch in den Eiden zum Ausdruck, die ihnen die Gerichtspersonen leisten. In Efferen<sup>225</sup> z. B. darf der Vogt nur den Boten in Eid nehmen, der aber zugleich auch der Grundherrin vereidigt wird. Auch in Meckenheim<sup>226</sup> haben die Schöffen nicht dem Vogt zu schwören, der freilich den Eid des Schultheißen empfängt. In Glehn<sup>227</sup> aber und in Hönningen<sup>228</sup> huldigt die ganze Einwohnerschaft Grundherren und Vogt „mallich zu syme rechten“. Das ist jedenfalls das Ziel der Vögte, die Huldigung zu empfangen, welche als Anerkennung ihrer Landeshoheit gelten konnte.<sup>229</sup>

Mit Abänderungen entspricht dem nun auch die Handhabung von Gebot und Verbot. Stellten wir oben beim Verhältnis der Immunitäten zu den Grafschaften fest, daß schon bei rein grundherrlicher Gerichtsbarkeit Gebot und Verbot der Immunitätsherrschaft zustehen könne, so erkennen wir nun am Gegensatz von Grundherrn und Vogt, daß der Inhalt von Gebot und Verbot verschieden abgestuft sein kann, indem er dem jeweiligen Ausmaß der Gerichtsrechte entspricht. In Langel wird 1590<sup>230</sup> dem Grundherren „gebot und verbot über lehen und hobsgüter“, dem Vogt aber

---

225. Lac. Arch. VII, S. 35.

226. Lac. Arch. VI, S. 344.

227. Lac. Arch. VII, S. 307.

228. Lac. Arch. VI, S. 280. Meist enthalten auch sonst die Eide die Verpflichtung, beider Herren Recht zu wahren.

229. Die Jülicher Erkundigung hebt überall hervor, daß die Gerichte und die Geschworenen dem Herzog vereidigt werden.

230. KW. I, 78 §§ 1 und 8; a. 1451, a. a. O. 77 § 1, wurde Gebot und Verbot ganz dem Grundherren, später dann, 1613, 79 § 13, ganz dem Vogt zugewiesen, doch wohl mit einer stillschweigenden Einschränkung, da es 1664, 81 § 3, wieder heißt, der Grundherr rufe die Hofleute durch sein Gebot ins Hofding.

„gebot und verbot mitsamlt dem antast“ gewiesen. Die Langelier Weistümer wissen überhaupt scharf zu scheiden zwischen der grundherrlichen Gerichtsbarkeit des Abtes von Deutz und dem Niedergericht des Herzogs von Berg. Das ist die Folge eines langwährenden Kampfes der beiden Gewalten. Wo dagegen der Grundherr noch als Auftraggeber des Vogts erscheint, wird Gebot und Verbot gänzlich ihm,<sup>231</sup> wo der Vogt als Inhaber der Gerichtsbarkeit gewiesen wird, gänzlich diesem zugesprochen.<sup>232</sup> Gebot und Verbot sind eben keine selbständigen Rechte, sondern ein Ausfluß der Gerichtsgewalt. Auf diese Feststellung kam es an. Denn was die Weistümer darüber aussagen, ist am allerwenigsten als dauerndes Recht zu betrachten, sondern dem fortwährenden Wechsel entsprechend der jeweiligen Machtverteilung unterworfen. Da aber das Gebotsrecht den weitesten Rahmen für Verwaltungsmaßnahmen aller Art bot, so ist es wohl ein Gradmesser, wieweit gerade Grundherr oder Vogt die Immunitätsherrschaft besaßen.

Die Entsprechung der Gerichts- und Herrschaftsrechte sind die daraus erfließenden Gefälle und die darauf beruhenden Dienst- und Steuerforderungen. Indem wir uns ihrer Betrachtung zuwenden, beabsichtigen wir, die bisher gewonnenen Ansichten über den Anteil des Vogts an der Immunitätsgerichtsbarkeit nachzuprüfen.

Am durchsichtigsten ist der Zusammenhang der Wedden und Brüchten mit der Gerichtsbarkeit. Wir haben zu scheiden zwischen den Wedden, dem alten Friedensgeld,

---

231. Z. B. in Meckenheim, Lac. Arch. VI, S. 340; oder Hönnin-gen S. 279; besonders bezeichnend ist Glehn, S. 307: der Vogt hat Gebot und Verbot in Abwesenheit der Grundherrin und ihrer wegen.

232. So in dem oben angeführten Weistum von Efferen; in Sürth, KW. II, 14 § 10; in Vochem, 16 § 3; in Bornheim-Brenich, Lac. Arch. VI, S. 353.

und den Brüchten, den Geldstrafen, wenn auch unsere Quellen diese Unterscheidung im Ausdruck nicht mehr streng durchführen.<sup>233</sup> Die Wedden haben eine stets gleiche Höhe: Die kleine Wedde mit  $7\frac{1}{2}$  ß, die große mit 60 ß = 5 Mark, wie wir es schon bei den Landgerichten feststellten. Für die Brüchten bestand ein sehr abgestufter Tarif.

Die Aussagen der Weistümer über die Wedden sind zahlreicher, doch gilt meist dasselbe Verhältnis auch bei den Brüchten,<sup>234</sup> nämlich daß im Durchschnitt der Grundherr  $\frac{2}{3}$ , der Vogt  $\frac{1}{3}$  davon bezieht. Dies erscheint wenigstens als die Regel in dem beschriebenen Vogteiprogramm des 12. Jhd.<sup>235</sup> und kommt tatsächlich nicht selten vor. Daraus ist aber nichts weiter zu entnehmen, als daß der Vogt eine Entschädigung für sein Mühewalten empfängt, die genau festgesetzt ist und für deren Bemessung der Anteil zum Vorbild genommen wurde, den der Graf an den fiskalischen Gerichtsgefällen genoß. Wichtiger sind für uns die Besonderheiten. Zuerst, daß es Wedden gibt, an denen der Vogt überhaupt keinen Anteil hat. Eine ganz seltene Ausnahme stellt es dar, wenn die Geschworenen in Satzvey 1395<sup>236</sup> weisen, „dat, so wat der vaidt van Veilhe zer zit an

---

233. S. dazu Schröder, RG. 5, S. 758.

234. Darauf geht doch wohl ein Ausdruck wie „so wat dat dae vellich wirt an deme gerichte, dat soelen die veede vurgenant gentzlichen up sich nemen und soelen da van unsen vurgenanten heren van sent Cunibertz na gebure der vellicheit tzwey deil richten . . .“, Lac. Arch. VI, S. 282 für Hönningen.

235. S. oben Anm. 110, 114 und 116, betr. Buchholz, Hamborn, Heinsberg. Beispiele aus den Weistümern sind unnötig, ich gebe nur weiter unten Abweichungen an.

236. Gr. II, 689. Im jüngeren Weistum von 1506, S. 691, wird dem Vogt der dritte Pfennig zuerkannt, wenn ein Missetäter „uissgegulden“ wird.



dem gerichte vurs. erdingt, dat is ouch der abdissen zer zit zu Dietkirchen ind irs goitzhus vurs., der vaet vurs. en brenge dan bi mit ligender wairheit off levendiger kunden, dat des niet en si“. Aber dieser Zustand ist nur die Folge aus der in Satzvey und einigen benachbarten Herrschaften unter der Gunst besonderer Umstände<sup>237</sup> streng festgehaltenen Ansicht, daß die gesamte Gerichtsbarkeit dem Grundherrn zustehe und dem Vogt nur übertragen sei.

Dieser kann fernerhin leichter von den Bußen außergerichtlich beigelegter Fälle ausgeschlossen werden,<sup>238</sup> weil sie eben nicht mit Gewalt erdingt sind. Indessen auch von gerichtlichen. In Hönningen<sup>239</sup> gebührt den Grundherrn jede Wedde, „dat sy yre schoiltissen off yre knechte in yren namen oevermitz yre lenlude alda bedingent“. Der Schultheiß kann dabei aber nur bis  $7\frac{1}{2}$  β dinge. Da als mitlegend die Lehnleute allein, und nicht wie an anderen Stellen des Weistums die Schöffen und Lehnleute oder Schöffen allein genannt sind, so wird die ohnehin naheliegende Annahme gesichert, daß es sich hier um die Wedden in grundherrlichen Fragen handelt, die stets mit  $7\frac{1}{2}$  β begrenzt

---

237. S. Fabr. II, S. 94. Es handelt sich um 7 meist geistliche Herrschaften, welche zwischen Jülich und Kurköln streitig waren, s. dazu Kap. VI.

238. S. Lac. Arch. III, 364 für Froitzheim. In Glehn werden dagegen „alle bruchten und wedden, sie fallen gerichtlich oder baussen gericht“, zwischen Grundherrn und Vogt geteilt, Lac. Arch. VI, S. 306; in Langel werden gleicherweise die Wedden „van dem hofsgerichte“ und die „baussen den hofen“ gedrittelt, KW. I, 77 §§ 8 und 9.

239. Lac. Arch. VI, S. 281. Auch der Gegensatz zu den Gefällen „an deme gerichte“, an denen der Vogt teil hat (s. oben Anm. 234), macht wahrscheinlich, daß die im Text angezogene Stelle auf Wedden nach Hofrecht geht.

sind. In Flerzheim<sup>240</sup> hören wir es ganz ausdrücklich; der Vogt erhält  $\frac{1}{3}$  der „emergentiarum“, aber „exciuntur ab hac sententia, cum infeodati curie de bonis suis vadiant sculteto, similiter cum homines censuales vadiant de censibus suis, in quibus nichil iuris habet advocatus“. Dieser Zustand entspricht also durchaus der Beobachtung, daß der Vogt vom grundherrlichen Gericht ferngehalten wird. Wenn er sonst an den  $7\frac{1}{2}$  β Bußen Teil hat, so sind darunter freilich auch die nach Hofrecht ausgedingten zu verstehen. Haben wir darin die Erinnerung an eine frühere tätigere Teilnahme des Vogts am Hofgeding zu erblicken? Ein Burtscneider Weistum von 1226<sup>241</sup> gibt uns die Antwort an die Hand. Es schreibt dem Vogt nur die ungebotenen Dinge zu, während sonst der Villikus der Aebtissin „placita faciat et conservet“, und fährt fort: „de placitis advocatus vel eius nuntius tertiam partem recipiet, quia violentias emendabit“. Weil er die Gewalt abstellt, wozu ja jedes hofgerichtliche Urteil eine Veranlassung geben konnte; deswegen sitzt ja auch der schweigende Vogt den Hofgedingen bei.<sup>242</sup> Bezeichnender aber für den Grund, weshalb er seinen Anteil auch von den Wedden des Hofrechts bezieht, ist, daß er ihn auch dort behält, wo er dem Hofgeding anscheinend gar nicht beiwohnt, wie in Kornelimünster.<sup>243</sup> Die Gewalt abzustellen konnte eine von eigener Gerichtsbarkeit unabhängige Aufgabe des Vogts sein. Umso leichter konnte er aus dem Weddenanteil des Hofgerichts verdrängt werden.

Das Gegenstück dazu zeigt die Aufteilung der hohen Wedden. Denn hier ist es das vorherrschende Verhältnis,

---

240. Lac. Arch. VI, S. 337, a. 1247.

241. Lac. UB. II, 133.

242. S. oben S. 334 f.

243. Gr. II, 783.

daß der Vogt  $\frac{2}{3}$ ,<sup>244</sup> wenn nicht gar das Ganze erhält.<sup>245</sup> Diese Wedden werden manchmal ausdrücklich auf die „excessus“ bezogen,<sup>246</sup> und wir stellten ja schon im III. Kapitel<sup>247</sup> fest, daß sie den Gewaltsachen von der blutenden Wunde aufwärts entsprechen. Der Zusammenhang zwischen der Gewaltgerichtsbarkeit des Vogtes und seinem größeren Anteil an den hohen Wedden liegt also klar zu Tage. In Zons<sup>248</sup> wird noch als besondere Begründung dafür, daß die Howedde von 5 Mark zur Gänze dem Vogt verfällt, angegeben, daß dann Leib und Gut dem Grundherrschaft gehört. Durch das Ueberlassen der Howedde scheint hier der Grundherr in derselben Weise den Bestand seiner Immunität gegen den Vogt zu schützen, wie in dem S. 205, Anm. 147 angeführten Falle der Herr von Liedberg durch Zahlung von 5 Mark die seine vor dem Grafen von Hülchrath.

Manchmal kommt ein Ausgleich dergestalt vor, daß der Grundherr die kleinen, der Vogt die hohen Wedden ganz

---

244. So in Sürth, KW. II, 14 §§ 11—12; Vochem 16 § 7; Kornelminster, Gr. II, 783; Junkersdorf, Lac. Arch. VI, S. 410.

245. So in Kendenich, KW. II, 48 § 8; Eiserfey, Lac. Arch. VI, S. 299; wahrscheinlich in Efferen, VII, S. 34 und Wollersheim 64. Hierher ist auch Kesseling zu rechnen, Gr. II, 638/40, wo der nicht vom Grafen eingezogene Teil der 60  $\beta$ , Bussen ganz dem Vogt zufällt. Nur  $\frac{1}{3}$  von allen Wedden bezieht der Vogt z. B. in Swister Berg, KW. II, 26 § 2; Buschhoven, Gr. II, 663; Antweiler, 669; Zülpich, 707; Wichterich, 727. Dementsprechend wurden auch die Kosten aufgebracht, s. Swisterberg oder Buschhoven oder Hönningen.

246. Zu Meckenheim hat der Vogt von S. Cassius-Bonn „pro iure suo . . . excessus in iudicio temporalibus ibidem, qui gewette communiter appellantur“, Lac. Arch. VI, S. 344.

247. S. oben S. 189.

248. Lac. Arch. VI, S. 447. Bei den kleinen Wedden findet normale Aufteilung nach 2 : 1 statt.

genießt,<sup>249</sup> häufiger aber, daß alle Wedden zur Halbscheit geteilt werden.<sup>250</sup> Wenn das in Kornelimünster mit den kleinen geschieht,<sup>251</sup> wo der Vogt dennoch von den hohen  $\frac{2}{3}$  bezieht, so ist das als ein ganz besonderer Erfolg des Vogts anzusprechen. An Bestrebungen der Vögte nach dieser Richtung wird es ja nie gefehlt haben. Ein Vertrag, den der Graf von Berg als Vogt mit dem Abt von Siegburg 1229<sup>252</sup> abschloß, brachte ihm gegen grundsätzliche Anerkennung des Vogtwahlrechts der Abtei die Erhöhung seines Bußenanteils von  $\frac{1}{3}$  auf  $\frac{1}{2}$ . Im Ganzen betrachtet, wird auf dem Gebiete der eigentlichen Gerichtsgefälle das Uebergewicht des Vogts offenkundig in den Fällen der Gewalt, wo man seiner bedurfte, und das Uebergewicht des Grundherrn in den übrigen Gerichten, da er des Vogts eher entraten konnte. Die Teilung aller Bußen im Verhältnis 2:1, wie sie im 12. Jhd. von den Kirchen allgemein verlangt wurde, erscheint daneben als ein Ausgleich der beiderseitigen Ansprüche unter Bevorzugung der Immunitätsherren.

Der Vogt hat aber noch andere Amtseinkünfte. Sehen wir von den Amtslehen ab, als welche wohl die häufig vorkommenden Vogtshöfe<sup>253</sup> gelten dürfen, die aber in keinem

---

249. In Hoven-Floren, Lac. Arch. III, S. 355.

250. Z. B. in Gohr, Lac. Arch. III, S. 320 oder in Glehn VI, S. 306.

251. Gr. II, 783.

252. Lac. UB. II, 165, s. dazu Lac. UB. I, 203, S. 131.

253. So z. B. in Worringen, Düsseldorfer Jahrbuch 25, S. 204, wahrscheinlich der 1287, Lac. UB. II, 825, von Gerhard v. Jülich dem Domkapitel verkaufte Hof, denn Jülich hat einmal die Vogtei in Worringen besessen, s. Lac. UB. I, 376, a. 1153. — Vogtshof in Flamersheim s. Gf. v. Mirbach II, S. 19; in Steinfeld Lac. Arch. VI, S. 304, Vogtsgut in Efferen des Grafen v. Jülich als Vogt s. Ann. 83, S. 15, Nr. 59 a. 1295; in Glehn des Herrn v. Helpenstein, KW. I, S. 210, 17. In Buschhoven besaß der Erzbischof, der Erbvogt war, einen der sog.

näheren Zusammenhange mit dem Gericht stehen, und sehen wir auch ab von den Diensten, von denen wir schon bemerkten, daß sie aus allerhand Gründen gefordert wurden, so kommen zwei Posten in Betracht, das Servizium und die Bede oder der Schatz.

Den Bedingungen einer naturalwirtschaftlichen Zeit entsprechend mußte dem Vogt, der zu den Dingtagen erschien, Unterkunft und Verpflegung auf dem Fronhof oder von den Lehenleuten gereicht werden. Diese ganz selbstverständliche und unumgängliche Einrichtung wurde aber zur Quelle der ärgsten Bedrückungen für die Immunitäten. Daß man die Vögte allgemein aus höherem Stande nahm, trug viel dazu bei. Je vornehmer die Vögte wurden, desto reichhaltiger wurden die Bestandteile der Verpflegung. Die sonst so sachlichen und bildkargen Weistümer unseres Gebietes erheben sich bei der Beschreibung des zum Ding einreitenden Vogtes wenigstens hin und wieder zu einiger Anschaulichkeit' „Alsdan sall uff obgemelte dry jairgedinge kommen der ervogt, ein her zu Glaidbach, oder sein bevelchaber von seinent wegen, sitzende uff einem appelgrahen hengst und sull haben in seiner hand einen weißen falken und sullen benebent ime lauffen zwein weißer wind und vier diener sullen ime volgen sampt dem gerichtsboten zu Glaidbech.... Item er sall auch einen neuwen rhen spieß zwers vor sich uff dem sadel ligen haben und also in das dinckehaus reiden und darbinnen sich wenden; dorumb soll das haus also weit sein, das der spiess nirgend ainroir, sonst weren die herrn dechen und capitel umb die boess. Item soll der falk ein hoene, der hengst ein garbe mit dem kopf in ein ton gestochen haben und die wind sullen under

---

freien Höfe, Gr. II, 663. — Es mag hier bemerkt werden, daß Amtslehen das Einzige ist, was wir über die Entlohnung der Vögte in Karolingischer Zeit wissen, s. Sickel G. G. A. 166, 2, S. 309.



tafeln laufen.“<sup>254</sup> Das ist nur, was ein Freiherr und Ritter nach Standesanschauungen gemeiniglich fordern konnte.<sup>255</sup> Die Vögte steigerten ihre Ansprüche aber auch maßlos. Die geistlichen Grundherren sind demgegenüber zeitig nicht nur zur Festlegung der hergebrachten Höhe des Serviziums<sup>256</sup> sondern auch zu seiner Ablösung durch Geld übergegangen.<sup>257</sup> Das geschah oft nur stückweise;<sup>258</sup> am längsten blieben die Haferlieferungen erhalten.<sup>259</sup> Wo Vogthafer vor-

---

254. Gr. II, 730, aus Lixheim nördlich Zülpich.

255. So im feudalen Mittelalter. In dem vorsorgend regierten Territorialstaat kommen dafür zu den echten Dingen der Herr Amtmann mit Notar und Gerichtsschreiber, Fürsprech und Landboten und werden „den mittag erlich underhalten“, Jüdische Erkundigung, Lac. Arch. III, S. 320.

256. S. die Beispiele des beginnenden 12. Jhd. oben S. 326.

257. Z. B. schon in der oft erwähnten Steinfeld Urk. von 1122, Lac. UB. I, 292, werden drei „servitia“ zu 5  $\beta$  ausbedungen. Sehr viel höher steht das Serviz in Vilich 1182 auf 3 Mark im Jahr, Lac. UB. I, 481, und es ist noch Naturalleistung dafür möglich. Daß den Kirchen ein völliger Verzicht der Vögte auf diese Leistungen noch lieber war, braucht nicht gesagt zu werden, s. dazu oben S. 326.

258. Dies ist nicht unwichtig, um die Herkunft des Dinggelds zu bestimmen, ins einzelne zu verfolgen. Schon 1163 leistet die Zelle Buchholz einen Teil des Serviz in Geld und zwar das Fleisch und das Bier, Lac. UB. I, 406. In Meckenheim, Lac. Arch. VI, S. 344, werden Wein, Hühner, Zutat, Hafer („vaidteven“) und Weizen (fürs Brot) noch in Natura gereicht, für die Hauptkost aber, einen Frischling, 13 $\frac{1}{2}$   $\text{ſ}$ ; zu Zons, S. 447, erhält der Vogt nur einen Fisch, wohl als Rheinspezialität, in Natura, sonst 10  $\text{ſ}$ . In Hönningen gibt es Wein und Geld.

259. S. Meckenheim, vorst. Anm. oder Schwadorf (Niedergericht), KW. II, 53 § 3; Glehn, Lac. Arch. VI, S. 306, S. ferner unten Anm. 301.

kommt, darf er wohl meist unmittelbar auf die Verpflegung des Vogts an Gerichtstagen zurückgeführt werden.<sup>260</sup> Am frühesten und vollkommensten ist dagegen die Herberge verschwunden. In den Weistümern findet sich kaum ein Niederschlag mehr dieser Leistung.<sup>261</sup> Der Vogt kam und ging am selben Tage. Er band sein Pferd an einen Zaun,<sup>262</sup> wohnte dem Ding bei, erhielt sein Dinggeld und saß wieder auf; so wünschten es sich wenigstens die geistlichen Grundherren.

Das Dinggeld, das sich in verschiedener Höhe von 6  $\beta$  bis 32  $\beta$  für jeden der ungebotenen Tage findet,<sup>263</sup> wird manchmal unmittelbar als Entlohnung des Vogts für die Bannung des Dings ausgegeben.<sup>264</sup> Es erscheint uns aber viel naheliegender, da wir die allmähliche Umwandlung des Serviz' in eine Geldsumme beobachten können, daß das Dinggeld — der Ausdruck selbst kommt in den Quellen nicht vor<sup>265</sup> — eben jene Ablösung darstelle.

---

260. Zweifeln könnte man, ob die 37½ Malter in Paffendorf, Gr. II, 755, zur Verpflegung der herzoglichen Amtleute und ihrer Begleiter bestimmt waren, bes. da noch eigens Pferdefutter erwähnt wird.

261. Nur im Rondorfer Weistum, das noch 1600 aufgezeichnet wurde, ist sie für den Vogt vorgesehen, KW. II, 12 § 10.

262. So der Ausdruck, der die Entbindung von jeder Herbergs- und Verpflegungsfrist anzeigen soll, in Büsdorf, KW. I, 50 § 3; Zons, Lac. Arch. VI, S. 447; Poulheim, VII, S. 19.

263. 6 alb. in Kelz, Lac. Arch. III, S. 365 = VII, S. 43 § 1; 4  $\beta$  in Vochem, KW. II, 15 § 6 oder Poulheim, Lac. Arch. VII, S. 19; 5  $\beta$  in Sürth, KW. II, 14 § 1; 6  $\beta$  in Sinnersdorf, KW. I, 74 § 5; oder Wollersheim Lac. Arch. VII, S. 64; 7½ („ein weett“) in Langel, 78 § 8; 18  $\beta$  in Büsdorf, KW. I, 50 § 3; 32  $\beta$  in Zülpich, Gr. II, 707.

264. In Sürth, KW. II, 14 § 22; Vochem, 16 § 9; Kelz a. a. O.

265. Nur in den Rechnungen des Amts Neuenahr, der ehemaligen

Die Pflicht der Herberge und Verpflegung lastete auf der ganzen Villikation und konnte von der Grundherrschaft natürlich verschieden auf Fronhof und Lehen verteilt werden.<sup>266</sup> Es bestand die Möglichkeit, daß die Geldabfindung dieser Leistungen auf die Güter umgelegt und so zur Grundsteuer wurde.<sup>267</sup> Eine solche Grundsteuer ist auch der Schatz oder die Bede. Er ist aber nicht aus dem Servizium entstanden.

Man kann dafür mehrere Gründe anführen. An der Bede hat einmal der Graf seinen Anteil, obwohl er nicht zu den echten Dingen der Immunität erscheint.<sup>268</sup> Oder es erhält überhaupt nur der Graf die Bede.<sup>269</sup> Diese findet sich ferner in den allodialen Gerichten der Edelfreien, welche doch z. T. wenigstens in ihnen wohnten<sup>270</sup> und also keines

---

Grafschaft. Was aber dort sein Ursprung ist, habe ich nicht festgestellt.

266. Für Herberge s. Rondorf; das ganze Dorf muß dem Fronhof Kissen beistellen. Für Verpflegung: In Stommeln, Gr. IV, 778, gib die Grundherrin 3 mal 6 alb. und Hafer, die Nachbarn Kost.

267. In Sinnersdorf erhält der Vogt außer dem Dinggeld vom Hofherrn noch 6  $\beta$  jährlich an Mariae Geburt von den gemeinen Hofleuten: „und die seeß schillinge die sall der hern bade . . . auswinnen und heischen von dengenem, die dat gelt geven und bezalen sullen“ (KW. I, 74 § 6). Also waren zur Beisteuer bestimmte Güter verpflichtet.

268. So in Kesseling, s. oben S. 203. Der schweigende Schultheiß des Grafen v. Altenahr wohnt den Kesselingener Gerichtstagen nur wegen des Ausdingens der Wedden bei.

269. So in Sinnersdorf, KW. I, 74 § 4: „horitbeide und die grevenhonre“. Erstere beträgt  $7\frac{1}{2}$   $\text{M}$  von jeder Hufe Hofgutes. Die oben Anmerkung 267 angeführten 6  $\beta$  dem Vogt zu Mariae Geburt können daneben kaum als Bede gelten, trotz des für Bede häufigen Termins.

270. S. oben S. 203.

Serviziums bedurften. Vor allem aber, sie kommt neben Servizium und Dinggeld vor.<sup>271</sup> Die Bede ist also als eine selbständige Abgabe zu betrachten.

Das ergibt sich auch daraus, daß Servizium bei rein grundherrlichen Gerichten notwendig wird,<sup>272</sup> die Bede aber nur bei einem bestimmten Maße von Gerichtsbarkeit gefordert werden kann. Man nimmt allgemein an, daß dazu Hochgerichtsbarkeit notwendig gewesen sei.<sup>273</sup> Tatsächlich haben auch in unserem Gebiet nur Hochgerichtsherren — Grafen und Vögte — Bede erhoben. Niedergerichte sind, soweit ich sehe, zwar manchmal schatzfrei gewesen, der Vogt aber konnte in ihnen dennoch kein eigenes Schatzrecht ausbilden. In Schwadorf<sup>274</sup> z. B. hat er nur eine Haferabgabe, welche wir zum Servizium stellen müssen. Da wir indessen die Hochgerichtsbarkeit mannigfaltig abgestuft fan-

---

271. Z. B. in Hönningen außer Wein und Geld (3 mal 21  $\text{ſ}$ ) werden dem Vogt 30  $\text{ſ}$  Bede am Sonntag nach Mariae Geburt, also nur Herbstbeede, entrichtet, Lac. Arch. VI, S. 289 f. Es zahlen die Lehnleute des Kunibertstiftes „mallich na syme gebure“. In Wollersheim kommen neben 6  $\text{ſ}$  für jedes Vogtding 5 Mark Vogtgeld für den Schirm vor, VII, S. 64. Sürth und Vochem (s. dazu oben Anm. 264) zahlten Schatz unterm Amt Brühl, KW. II, S. 16. In Zons beträgt die „vaitbede“ 10 Mk. 3  $\text{ſ}$ . Ueber das Serviz s. Anm. 262.

272. S. z. B. in Nettesheim, KW. I, S. 160.

273. G. v. Below, *Landtsänd. Verfassung von Jülich-Berg* III, S. 5 ff., H. Z. 58, S. 196, Artikel Bede im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*. Die Literatur hat neuerdings wieder Alphons Schmitz in der *Freiburger Dissertation: Die Bede in Kur-Köln*, 1912, S. 7 zusammengestellt. Auf Schmitz' Arbeit, der ich einige Zitate entnommen habe, gehe ich nicht ein, da er auf das gedruckte Material vorzüglich angewiesen, zu keiner klaren Anschauung der territorialen Grundlagen gelangen konnte.

274. S. oben Anm. 259.

den, müssen wir uns die Frage vorlegen, welches Ausmaß derselben noch zur Bedeforderung berechnete. Da erhält nun z. B. in der Erbkämmerei Hemmerich<sup>275</sup> der Landesherr, welcher nur die Blutgerichtsbarkeit handhabte, den Schatz allein und der Erbkämmerer, dem die unblutige Hochgerichtsbarkeit zustand, keinen Anteil, in Kesseling aber<sup>276</sup> bei anscheinend gleicher Verteilung der Hochgerichtsrechte der Graf  $\frac{2}{3}$  und der Vogt  $\frac{1}{3}$  der Bede. Diese Aufteilung entspricht hier jener der hohen Wedden und so kommt der Zusammenhang von Bede und Hochgerichtsbarkeit besonders anschaulich zum Ausdruck.<sup>277</sup> In dem Kesseling benachbarten Hönningen a. Ahr<sup>277</sup> wiederum ist es dem Vogt gelungen, sich die ganze Bede zu sichern und hier hat er auch insofern eine höhere Gerichtsbarkeit, als das Hönninger Gericht einen Schwerverbrecher aburteilte, wenn auch der Vollzug des Urteils noch beim Grafen stand. Als durchschnittliche Regel wird man nach diesen Beispielen wohl aufstellen können, daß die Bedeforderung ein Vorrecht des Blutrichters ist, mit der Einschränkung, daß auch weniger berechnete Hochrichter die Bede ganz oder zum Teil gewinnen konnten. Ja es würde uns nicht zu sehr Wunder nehmen, wenn das Recht der Bedeerhebung auch einmal eine Stufe tiefer gesunken und bei einem Niedergerichtsherren

---

275. KW. II, S. 134.

276. Gr. II, 638.

277. So forderten auch die Brühler Schöffen 1323 die Bede von Badorf und Schwadorf, weil die Dörfer in ihrem Hochgerichtsbezirk lagen, KW. II, S. 6 f. Die Begründung des Weistums des Amtes Hardt von 1378, der Kurfürst empfangen den Schatz und Entgelt für die Benutzung von Wasser und Weide (Gr. II, 672) ist natürlich falsch. In Hönningen z. B. gehörten Wasser und Weide dem Grundherrn, die Bede aber bezog der Vogt. Lac. Arch. VI, S. 284.



angekommen wäre.<sup>278</sup> Was aber natürlich einen Ausnahmefall darstellen würde und als Anmaßung von Hochgerichtsrechten aufgefaßt werden müßte.

Wir heben weiter betreffend die Bede nur die Punkte hervor, welche noch für unsere Zwecke etwas austragen. Und in der Tat illustriert die Einrichtung der Bede viele Züge der Verfassungsentwicklung, die wir bisher verfolgten. Vor allem zeigt sie, wie schon angedeutet, in vollendetstem Maße die Durchkreuzung der Gerichtsherrschaften in Folge der Streulage der Grundherrschaften und zugleich noch einmal die Durchkreuzung der territorialen durch die schutz- und leibherrlichen Kreise. Um auf dieses zuerst einzugehen, 1226<sup>279</sup> nimmt Erzbischof Heinrich die Wachsinsener der Xantener Kirche in Bislich, welche der Vogtei des jeweiligen Erzbischofs, ausgeübt von Schloß Holte, unterstanden, in seinen Schutz und bedingt, daß sie jährlich 4 Mark „pro debito iuris advocati“ an den Bischofshof in Xanten und ebensoviel an den Herrn von Holte entrichten sollten. Damit waren auch die „bona eorum, que vulgo vaichtgut dicuntur,“ von jeder weiteren Bede befreit. Dieser Steuerbezirk bestimmt sich also rein nach Personen. Am längsten

---

278. So, wenn die 6  $\beta$  in Langel, s. oben Anm. 269, doch Bede wären. Dann gäbe es in Langel Grafen- und Vogtbede nebeneinander. Daß das möglich war, ergibt sich für Tirol aus O. Stolz, Geschichte der Gerichte Deutschtirols, S. 180, verglichen mit S. 126 f. Ein anderes Beispiel für Bede sogar eines einfachen Hofgerichtes könnte man in dem Weistum des Fronhofs Niederbachem sehen, das dem Grundherren, S. Gereon-Köln, erkennt „maibet unrecht, herbstbet maissrecht“. Es dürfte aber dieser Satz dem Grundherren zur Abwehr der gerichtsherrlichen Mai-Bede gewiesen sein, wie ja sehr oft die Hofweistümer Angaben über Pflichten und Rechte gegenüber dem Landgericht enthalten. (Akten des Gereonstiftes 221.)

279. Binterim und Mooren, III, Nr. 79,

erhielt sich dieser Zustand wiederum an der Grenze unseres Gebietes. Noch 1578<sup>280</sup> wird in der Herrlichkeit Kaltenborn gewiesen, daß die Nürburgischen Leihhörigen daselbst schuldig seien, wenn im Kirchspiel Adenau des Amtes Nürburg der Erbschatz festgesetzt wird, dort zu erscheinen und sich selbst auf Gewinn und Gewerbe anzuschlagen.<sup>281</sup> Wir wissen, daß das Haus Nürburg damals keine hohe Gerichtsbarkeit über seine Eigenleute mehr hatte. Dennoch brauchen wir unsere oben ausgesprochene Ansicht nicht zu ändern. Erinnern wir uns, wie noch im 15. Jhd. in dieser Gegend Leihhörige in fremden Gerichten ihres Herren wegen beraubt und gebrannt wurden,<sup>282</sup> dann sehen wir, das in Abschwächung begriffene leibherrliche Verhältnis war wohl einmal dazu angetan, einer Gerichtsherrschaft gleich eine Schatzforderung zu begründen, und diese ragt noch in den territorial ausgeglicheneren Zustand des 16. Jhd. hinein.<sup>283</sup> Auf der anderen Seite wird nun schon mit der Schatzpflicht eine allgemeine Untertanenschaft angezeigt. Der einziehende Fremde wird nicht mehr Eigenmann des Gerichtsherren, sondern nur Schatzmann<sup>284</sup> und genießt dafür den Schutz des Landesherrn.

---

280. Lac. Arch. VI, S. 272, Anm.

281. Daran zeigt sich, daß der Schatz nicht notwendig Grundsteuer, auch nicht notwendig Gemeindelast sein mußte.

282. S. oben S. 111.

283. Der Grund ist, daß Kaltenborn als Unterherrschaft von Kurköln abhing. Ob dieses auch noch seine anderen Leihhörigen, etwa die im Trierischen schätzen konnte? Man sollte das annehmen nach dem Weistum von Heimbach bei Wied, von 1661/2, Gr. I, 620: „Es sei auch kein inwohner in jetzg. dorfen, der nit ein sonderen herren habe, deme er jedes jhars gewisse schatz oder bethe . . . zu leisten schuldig . . . sei.“

284. Ebenfalls in Nürburg.

Die Belege für Grafen- und Vogtbede von einzelnen Gütern sind so zahlreich, daß wir sie nicht anführen brauchen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir an der Schatzpflicht sehr gut die einstige Streulage solcher Gerichtsbezirke zu erkennen vermögen, welche uns später nur als geschlossen bekannt sind. Der Erzbischof von Köln befreite 1247<sup>285</sup> Güter des Stifts Münstereifel in Ramershoven von jeder Bede, die ihm wegen der Vogtei zustehen könnte, und 1249<sup>286</sup> desgleichen Güter des Klosters Marienforst in Villedich und Flerzheim. Diese Gnadenakte hängen unzweifelhaft mit dem eben 1246 erfolgten Heimfall der Prümischen Vogteien im Erbe der Grafen von Ahr-Hochstaden an das Erzbistum zusammen. Später aber hat Köln in keinem der genannten Orte Gerichtsbarkeit, sondern nur in dem benachbarten geschlossenen Bezirk von Rheinbach, d. i. in dem Kern der nächsten Prümischen Villikation. Auch die Ansätze zur Bildung der Bannbezirke beobachten wir an der Bede frühzeitig und vorbildlich. Vor 1171<sup>287</sup> hatte das Domkapitel ein „predium liberum“ bei Lechenich dem Edelherren Dietrich von Gladbach „omni libertate plene frui“, frei von Vogteischatz, d. h. zu Mannlehen übertragen. Dietrich hatte es später der Domkirche geschenkt. Nun erhob der Vogt der benachbarten Domvillikation Friesheim Anspruch auf Schatz von diesem Gut. Man wird sich leicht vorstellen können, daß es aus dem Hofverbände Friesheim erst herausgelöst worden war, da es als Mannlehen vergeben wurde.<sup>288</sup> Der Erzbischof ließ aber den Spruch finden, daß

---

285. Knipping III, 1319.

286. Knipping III, 1451, s. auch 3647, a. 1299.

287. WDZ. Erg. Heft 3, S. 200 Nr. 3 und Lac. UB. I, 440.

288. Auch der Ausdruck „predium liberum“ statt „allodium“ deutet daraufhin. Daß der Vogt seine Ansprüche damit begründete, das Gut sei seinem Vogteigericht unterworfen, geht aus der **sonst ganz**

das Gut frei sei von der Schatzung der Vögte von Friesheim und Lechenich, daß auch weder die Hoffamilie von Friesheim, noch die von Lechenisch etwas über das Gut zu richten habe. Der Vogt und die Geschworenen des erzbischöflichen Tafelguts Lechenich werden hier auf einmal, obwohl gegen sie keine Klage erhoben war, eingeführt, weil das Gut „in territorio nostro Leggenich“ oder wie es noch bezeichnender heißt „in iusticia et banno nostro“ (des Erzbischofs) lag. Auf den Schatz des Gutes kann also nach Vorstellung dieses Gerichtes einerseits der Vogt des Hofes, dem es angeblich angehört, andererseits der Vogt des Bannes, in dem es liegt, Anspruch erheben. Hofverband und Bann sind noch in Auseinandersetzung begriffen. In diesem Falle bleibt freilich das Gut als Mannlehen schatzfrei. Die Entwicklung konnte nun entweder dahin führen, daß der Bannherr den Schatz von allen (nicht privilegierten) Gütern im Bann einhob, wie wir es an dem Beispiel von Walberberg sahen.<sup>289</sup> Oder es blieben die Hofverbände als Steuerbezirke bestehen. Die Jülische Erkundigung ist reich an Beispielen dafür.<sup>290</sup> Wo die Grafschaft geschlossene Gebiete behauptet hatte, wie im Amte Hülchrath,<sup>291</sup> da konnte der Schatz nach Kirchspielen eingehoben werden und stellt sich schon äußerlich als eine Landsteuer dar. Wo aber die Hofverbände mit eigener Gerichtsbarkeit dichter durcheinander lagen, da bedurfte es, falls die Bede wirklich allgemein Kirchspiels- oder Gemeindelast geworden sein sollte,<sup>292</sup>

---

unnötigen Ablehnung der Ansprüche auf Gerichtsrechte der Familie hervor.

289. S. oben S. 266.

290. Z. B. bei Aldenhoven, Gereonsweiler, Berg vor Floisdorf, Lac. Arch. III, S. 311 ff.

291. S. KW. I, S. 17 ff.

292. So Schmitz a. a. O. S. 80 ff.

erst einer Verschmelzung der verschiedenen Einzelbeden.<sup>293</sup> Landsteuer ist diese Bede auch, insofern sie vom Landesherrn eingehoben wird. Man muß sich nur bewußt sein, daß der bei jedem Grundstück einen anderen Rechtstitel für seine landesherrlichen Rechte geltend machen mußte, bald Grafschaft, bald Vogtei, Vogtei dieser oder jener Kirche, bald Allodialgerichtsbarkeit.<sup>294</sup>

---

293. In diesem Zusammenhange erklärt sich der Anteil von 8 Mark, den der Graf v. Sayn als Vogt der Bonner Stifter von der 100 Mark betragenden Bede der Stadt bezog (s. oben S. 46). Am meisten war in dieser Gegend der Erzbischof ebenso als Besitzer der Grafengewalt in Bonngau, wie als Vogt seines Hofes Merhausen zur Bedeforderung berechtigt. Indessen lagen zwischen den ihm bedepflichtigen Gütern die Grundstücke der beiden Stifter verstreut (s. Ilgen W.D.Z. 32, S. 19 ff.), von welchen ihr Vogt die Steuer bezogen haben muß. Denn wir besitzen z. B. eine Urk. von 1218, durch welche Graf Heinrich von Sayn das Kloster Merten von der „*exactio . . . ratione advocatie Bunnensis*“ befreite (Harleß, Bonn etc. IV, S. 14). 1243 befestigte nun EB. Konrad v. Hochstaden die Stadt und bestätigte ihre Verfassung; zugleich fixierte er die Bede, wie es bei Städten üblich war, als Herbstbede von 100 Mark, welche die Stadt in Bausch und Bogen zahlte, während sie früher wohl von den einzelnen Hausstätten und Grundstücken entrichtet worden war. Damit wäre der Vogt seiner Bede verlustig gegangen oder es wäre Doppelbesteuerung der von den Stiftern abhängigen Güter eingetreten, weshalb der Vogt einen entsprechenden Anteil an der Gesamtbede erhielt. Unsere Auffassung wird dadurch bestätigt, daß dieser Anteil sich nur auf die Bede innerhalb der neuen Mauern bezieht. Außerhalb derselben bestand die frühere Erhebungsart fort und war kein Anlaß zu Veränderungen gegeben.

294. Auf diese als Grund zur Bedeforderung habe ich schon oben S. 203 hingewiesen. Es ist ja auch nicht anders zu erwarten, als daß die Herren weltlicher Immunitäten aus dem Besitz landrechtlicher



Die Bede muß nicht eben in Geld erhoben werden, die weinbauenden Striche entrichten sie anfangs in Wein.<sup>295</sup> Und als eine der Bede ganz parallele Leistung kommen neben oder statt ihrer die Rauchhühner<sup>296</sup> vor. Es fand eben das Besteuerungsrecht und Besteuerungsbedürfnis der Gerichtsherren seinen Ausdruck entsprechend der Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen.

Bede und Schatz sind, das deutet schon der Name an, als einmalige, besondere Abgaben gedacht und treten zuerst in den Vogteiurkunden des beginnenden 12. Jhd. als eingerissener Mißbrauch neben dem zugestandenem Servizium auf. Nun kann eine solche Abgabe dauernd werden und ein neues Steuerbedürfnis den Gerichtsherren zu neuer Bedeforderung veranlassen, so daß sich eine Schicht über die andere legt oder Bede und Schatz nebeneinander vor-

---

Gerichtsbarkeit dieselben Besteuerungsrechte und Dienstforderungen ableiteten. Denn nur darauf ist die Bede in Allodialherrschaften zurückzuführen, nicht etwa auf die Grundherrschaft; s. auch v. Below, Landst. Verfassung III, S. 7 f.

295. Dem Kirchspiel Wadenheim verwandelte 1256 der Graf von Neuenahr die ungemessene Weinbede in eine feste Geldbede. Weidenbach, Grafen von Are etc. Urk. 3.

296. Z. B. in Kesseling, Gr. II, 638, wo sie gleich der Bede und Howedde zwischen Grafen und Vogt geteilt werden; oder in Holzheim, Gr. II, 695, als Vogteiabgabe; in Ossendorf KW. I, S. 239 vom Grundherrschaft bezogen, da die Vogtei abgelöst ist; in der Herrschaft Winterberg im Krahnenforst nicht dem Allodialhochgerichtsherren, sondern dem Herrn von Tomberg, der auch die Howedde empfängt und andererseits die Vollstreckung eines hochgerichtlichen Urteils des Herrn von Winterberg gegen Störungen schützen muß, Gr. II, 698. — Im gräflichen Land kommen neben den Grevenhühnern noch besondere Rauchhühner vor, KW. I, S. 20, Nr. 15 § 17, 20 § 17. Stets werden die Hühner von jedem Haus geliefert.

kommen.<sup>297</sup> Ihrem Wesen nach sind Bede und Schatz nicht zu unterscheiden. Die Worte samt den entsprechenden lateinischen Ausdrücken können miteinander vertauscht<sup>298</sup> werden. Im Amte Hardt kommt sogar eine Zusammenziehung „bederschatz“ vor.<sup>299</sup> Beide Ausdrücke können sich aber gelegentlich auf verschiedene Steuern an einem Ort beziehen, ohne daß diese ihrer Art nach verschieden wären. 1271<sup>300</sup> verschreibt der Graf von Berg 6 Mark jährlich „in prima exactione, que post precariam autumpnalem ponet(ur) in iudicio sive officio de Burlevelt percipiendas“. 1284<sup>301</sup> befreit derselbe auf 4 Jahre Güter in Flittard, welche „petitionem autumpnalem et avenam pabularem et exactiones“ zu entrichten pflegten, von diesen Angaben. In beiden Fällen erscheint also die Herbstbede (lateinisch aber gleich wieder in zwei Ausdrücken) als die ältere, fest bestehende, in ihrem Umfange bekannte, der Schatz als die jüngere Steuer. So gab es auch im Kurkölnischen Amt Liedberg Bede und Schatz nebeneinander und jene war in der alten Brabanter Mark, dieser in rheinischen Gulden veranschlagt.

---

297. S. v. Below a. a. O. III, S. 5. Die 15½ Rader Heller, welche die Herrschaft zu Berg vor Floisdorf dem auch einen Schatz dazelbst beziehenden Herzog v. Jülich „in die Bede gilt“, wofür sie ihre achterstendige Pacht selbst mit dem Schultheiß auspfänden darf, kann man kaum zu den sonstigen Beden rechnen (Lac. Arch. III, S. 352).

298. S. KW. I, Tab. I, die Beispiele, in denen die gleichbedeutenden Ausdrücke gehäuft sind.

299. Gr. II, 674, im Dingstuhl Stotzheim; der gibt 9 Mk. + 3 Mk., so daß es sich wohl auch der Sache nach um eine Zusammenziehung zweier Abgaben handelt.

300. S. Martin-Köln, Rep. u. Hs. 3, fol. 55 v.

301. Ebenda fol. 118 v. „Avena pabularis“ ist wohl Vogtshefer, der 1410 gerade für Flittard bezeugt ist, Kessel, *Antiquitates monast. S. Martini mai.* Col., 1862, Nr. 46.

Der Schatz, die „exactio“, welche in Burlevelt noch als eine zwar mögliche aber noch nicht genauer festgesetzte Steuer erscheint, ist eben im Amt Liedberg auch dauernd geworden. Im Nachbaramt Hülchrath dagegen scheint die alte Bede ihren Namen gewechselt zu haben und tritt als Schatz auf.<sup>302</sup> Ich möchte freilich nicht behaupten, daß Bede immer und notwendigerweise die älteste Schicht in der Reihe der Steuern darstelle. Oertliche Verschiedenheiten mögen bestehen. Man griff aus einer Reihe gleichbedeutender Ausdrücke einen heraus, den man gewohnheitsmäßig vorzugsweise auf den besonderen Fall anwandte, so daß er zur bleibenden Bezeichnung wurde.

Dies nur zur Klärung der Sachlage. Das Wichtigere daran ist, daß uns dieses Nebeneinander von Bede und Schatz oder mehreren Schätzen wiederum ein Bild von der Territorialbildung bietet. In den einzelnen Bestandteilen seines Gebietes hat der Landesherr Beden oder verwandte Abgaben verschiedener Höfe auf den verschiedensten Rechtstiteln beruhend. Er übernimmt sie in das Territorium und sie bleiben darin ein Anzeichen seines vielgestaltigen Ursprungs. Alle verschiedenen Rechtstitel zusammenfassend und in Einem anwendend, legte aber der Landesherr über die Einzelbeden die allgemeine Landbede.<sup>303</sup> Das mußte natürlich nicht geschehen, vor Allem mußten die jüngeren Beden nicht dauernd werden. Auch griffen bald die Landstände ein, um dies zu verhindern. Aber die Schichtung der Beden<sup>304</sup> und ihre Verallgemeinerung vom einzelnen

---

302. S. KW. I, S. 18, bes. Anm. 14.

303. Vielleicht ist das Nebeneinander von Greven- und Rauchhühnern im gräflichen Land, s. oben Anm. 296, ebenso zu erklären.

304. Daß wir ihr nicht öfters in den jüngeren Quellen begegnen, mag teils auf allmählicher Zusammenziehung verschiedener Steuern beruhen, s. den „bederschatz“, oben Anmerkung 299, teils auf dem

Gerichtsbezirk auf das Land veranschaulichen in nuce die Ausbildung einer einheitlichen Landeshoheit aus so und soviel Einzelrechten, nicht allein durch Aneinanderreihung, sondern auch durch Verschmelzung und sozusagen durch Destillierung einer reineren Oberherrlichkeit, die von den Schlacken befreit ist, welche nach den Bedingungen des langen Auseinandersetzungsprozeß der Grafschaft und Vogtei anhafteten. Wir werden diesen Zug noch in weiterer Wirksamkeit kennen lernen, wenn wir zusammenfassend die Territorialbildung betrachten.

---

allmählichen Abgang der älteren. In Liedberg ist die Bede in Brabantler Mark 1639 nicht mehr „in esse“. Das Verschwinden alter Währungen und die Umrechnung der Abgaben in neue mußte auf beide Wege einwirken.

---

## Kapitel VI.

### Die Bildung der Territorien.

Dem Prozeß der Territorialbildung, für dessen Verständnis wir im Vorhergehenden die Unterlagen zu schaffen suchten, sollen noch einige zusammenfassende Bemerkungen gewidmet werden.

Wir gingen aus von der Grafschaftsverfassung, die das ganze Karolingerreich in gleichwertige Gerichts- und Verwaltungssprengel teilte. Nur die Fisci stellen schon eximierte Fremdkörper dar, welche jene zersetzten, und in den niederen Graden üben auch die übrigen Immunitäten ihre selbständigen Rechte. Die Immunitäten schimmern sozusagen bereits durch die Decke der Grafschaft durch. Indem sie immer mehr Rechte der öffentlichen Gewalt an sich zogen, durchbrachen sie diese Decke völlig und traten auf einer Ebene mit der Grafschaft an die Oberfläche. Dieses Niveau dauernd behauptet bedeutet eigene Landesherrschaft. Die ersten Schritte dazu sind schon in der Karolingerzeit geschehen,<sup>1</sup> bis zu den Ottonen ist ein bedeutender Fortschritt erzielt worden, wie uns der oft veränderte Wortlaut

---

1. S. Dopsch, a. a. O. II, S. 117: „Hier, nicht erst in der Zeit der Ottonen, liegen die Anfänge und Wurzeln der Ausbildung bischöflicher Fürstenmacht“.



der Immunitätsurkunden anzeigt, der Prozeß läuft aber immer weiter und setzt immer wieder von neuem ein.

Keineswegs indessen hat er notwendigerweise überall mit dem Siege der Immunitäten geendet, was wohl gleichbedeutend mit einer völligen Aufzehrung der Grafschaft gewesen wäre. Denn jedes Dorf wies einen oder mehr Herrenhöfe auf, die an sich geeignet gewesen wären, Mittelpunkte der Immunitäts- und Bannbildung abzugeben. Die Grafschaft aber hat sich mancherorts gegenüber solchen Angriffen auf ihren Bestand erfolgreich behauptet. Vielen Immunitäten ist der Erwerb der öffentlichen Rechte nur zu einem Teil geglückt. Wir stellten die verschiedenen Abstufungen auf, in denen sie sich von der Grafschaft unabhängig machen konnten. Nur dort, wo sie die oberste Stufe erstiegen haben, wo sie die volle Hochgerichtsbarkeit erlangten und daraus die zugehörigen Rechte, vor allem das der Besteuerung abzuleiten im Stande waren, nur dort hatten sie die rechten Vorbedingungen zur eigenen Landeshoheit erreicht. Wo aber der Graf auch das oberste Recht des Blutgerichts bewahrte, wie der von Altenahr gegenüber den Immunitäten von Kesseling, Kreuzberg und Hönningen, dort ist der Graf Landesherr geworden. Ueber diese reine Verteidigung hinaus hat aber die Grafschaft ihrerseits mancherorts jene Ansätze zu eigener Gerichtsbarkeit der Grundherrschaften unterdrückt, welche von Anfang an gegeben waren. Das gilt vor allem von der leib- und schutzherrlichen Gewalt, wobei ihr freilich die skizzierte allgemeine Entwicklung der ständischen Verhältnisse zu Hilfe kam.

Es ist interessant und bezeichnend zu beobachten, daß sich vorzüglich die Immunitäten an den Rändern der Grafengerichte losgelöst haben, während deren Kerne eher erhalten blieben. Mit der Entfernung vom Mittelpunkt, der Dingstätte, scheint die Einwirkung der Grafengewalt abzu-

nehmen. Man darf in dieser Beobachtung vielleicht eine Stütze für die Annahme sehen, daß der Immunitäts- und Bannbildung wenigstens im Hochmittelalter ein Bedürfnis nach Vermehrung der Dingstätten fördernd entgegengekommen ist. Als bezeichnendes Beispiel für die Erhaltung eines solchen Landgerichtskernes könnte man etwa den Dingstuhl Rommerskirchen der Grafschaft Hülchrath anführen.<sup>2</sup> Da waren im fruchtbaren Becken des Gillbachs gerade die ältesten Kölner Stifter mit recht ansehnlichen Villikationen begütert: S. Maria im Kapitol in Ramrath, S. Gereon in Oekoven, das Domstift in Anstel, S. Kunibert in Nettesheim; dazu weltliche Fronhöfe in Eckum und Frixheim, wohl auch einmal in Rommerskirchen.<sup>3</sup> Von allen diesen Keimen der Hochgerichtsimmunität sind nur wenige aufgegangen, keiner voll ausgewachsen. Die Niedergerichtsbarkeit der Grundherren in Frixheim und wohl auch in Anstel<sup>4</sup> hat sich gegenüber dem kräftigen Landgericht nur innerhalb des Dorfzaunes ausbilden können. Ein Stück weiter aber, wahrscheinlich schon im benachbarten Dingstuhl Hülchrath, der sonst die gleiche Konsistenz aufweist, ist aus der Villikation Gohr des Domstifts ein Hochgerichtsbanbezirk hervorgegangen.<sup>5</sup> Was war der entscheidende Grund? Vielleicht,

---

2. S. KW. I, S. 29 ff., 160 ff., 171—180.

3. Das Patronat daselbst erhielt Kloster Knechtsteden teils 1212 (Lac. UB. II, 41) vom Grafen v. Hochstaden geschenkt, der auch Vogt des Klosters war, teils 1218 von den Grafen v. Berg (II, 71). Wenn das Kloster später (s. seine Akten) 13 Hausstätten bei der Kirche besitzt, so sieht das sehr nach einem zerschlagenen Fronhof aus, zu dem die Kirche einst gehörte. Die Kirchen in dieser Gegend hingen alle von den Fronhöfen ab. Daß sie dem Patronat nach sehr alt sind, zeigt, wie weit hier die grundherrschaftliche Siedelung zurückreicht.

4. S. oben S. 188 und S. 282.

5. S. das Weistum, Lac. Arch. VII, S. 36.

daß der Fronhof an der Grenze des Landgerichts, vielleicht, daß seine Vogtei in der Hand kräftiger Vogte lag,<sup>6</sup> während sie bei dem Hofe Anstel desselben Grundherrn spätestens im 13. Jhd. eingezogen worden ist.<sup>7</sup> Wir haben mit einer jahrhundertelangen Entwicklung zu rechnen, in deren Verlauf ungezählte Zufälligkeiten mitspielen konnten; wir denken daher nicht daran, die einzelnen Umstände an besondere Namen und Ereignisse zu knüpfen; doch dürften sich wohl aus dem Endergebnis und den uns bekannten Stufen der Entwicklung allgemeine Beobachtungen über die sie bestimmenden Kräfte gewinnen lassen. Und wenden wir uns da zu dem Beispiel der Immunitäten Sinnersdorf und Langel,<sup>8</sup> wo wir zusehen, wie sie dem Landgericht Griesberg — wiederum der Grafschaft Hülchrath — entzogen wurden, so müssen wir feststellen, daß der Vorgang erst deswegen so spät einsetzt, weil die Grafen von Berg als Obervögte die Vogteien bis ins 15. Jhd. verlehnt hatten. Ja er wird unterbrochen, als sie sie im 18. Jhd. von Neuem auf vier Jahrzehnte verleihen. Man sieht: In den Grafen- und Immunitätsrechten liegen Möglichkeiten zum Erwerb der Landeshoheit. Bei ihrem Wettbewerb kommt es nur darauf an, welche Macht hinter den Rechtsansprüchen steht und ihre Formen ausfüllt. Zur Macht muß man freilich noch eine Reihe rein individueller Momente stellen: Geschick im Ergreifen des rechten Augenblicks, festes Beharren im Verfolg des gesteckten Zieles und ganz sicherlich auch das Glück, das in örtlichen Verhältnissen, günstiger politischen

---

6. Wahrscheinlich einmal der Grafen v. Kessel, seit dem 14. Jhd. der v. Jülich, s. Gf. v. Mirbach I, S. 26.

7. S. Anhang III.

8. KW. I, S. 273 ff.

Lage und nicht zum mindesten in Schwäche und Ungeschick des Gegners beruht. An dem Beispiel von Sinnersdorf-Langel zeigt sich wie noch in der Neuzeit selbst Niedergerichtsvogtei zur Landeshoheit führen kann; dieselbe Regierung in Düsseldorf, die das in zäher, tatsächlich jahrhundertelanger Arbeit erreicht hat, konnte während derselben Zeit in einem anderen Falle, den wir noch näher beleuchten werden, in Swister Berg, die Ansprüche auf Landesherrschaft nicht durchsetzen, welche formell bei weitem besser, nämlich auf Hochgerichtsvogtei gegründet waren. Allerdings konnte in Sinnersdorf-Langel die volle Landeshoheit eben auch nur durch Anmaßung der Hochgerichtsbarkeit gewonnen werden, so daß diese Ausnahme nur eine Bestätigung mehr ist für die Regel: Der Hochgerichtsherr allein wird Landesherr.

Ganz dieselben außerhalb jeder Gesetzmäßigkeit liegenden Umstände haben in den Hochgerichtsimmunitäten entschieden, ob die Grund- und Immunitätsherren oder die Vögte die Landeshoheit erreichen sollten. Wie dort die Grafen sich gegenüber den Immunitäten vornehmlich in der Verteidigung hielten, so hier die Kirchen gegenüber ihren Vögten. Die Gerichts- und Herrschaftsrechte stenen allen nach dem formalen Aufbau den Kirchen zu, der Vogtzwang aber entzieht diesen, wenn auch nicht deren Besitz, so doch deren Ausübung wenigstens zum Teil. Dabei aber haben die Kirchen von Anfang an nicht frei über ihre Vogteien verfügen können, und wo sie das Eigenkirchenrecht abgeschüttelt und die Vergebung der Vogteien selbst an sich genommen haben, da war es zu spät; die Vogteien waren erblich geworden und es begann nach dem Kampf gegen die Eigenkirchenherren der Kampf gegen die Vögte. Wir legen die Gründe dar für jene den Kirchen so gefährliche Wendung, welche die Vogteien gerade in die Hände derjenigen brachte, welche von ihrem Besitze hatten ferngehalten

werden sollen, in die Hände der Grafen und Edelfherren mit Grafengewalt. Für die territoriale Entwicklung ist diese völlige Umkehr der ursprünglichen Verhältnisse von weittragender Bedeutung geworden. Denn was die Immunität den Grafschaften entzogen hatte, das brachte ihnen die Vogtei wiederum ein. Natürlich nicht in dem Sinne, daß alle eximierten geistlichen Grundherrschaften von neuem mit denselben Grafengerichten wären vereinigt worden, von denen sie sich losgelöst hatten; aber doch in dem Sinne, daß die völlige Zersplitterung aller Herrschaftsrechte wenigstens nach außen hin im Großen und Ganzen aufgehoben worden ist. Wenn sie auch im Inneren der Territorien noch lange und nur allmählich sich ausgleichend fortbestand, so war für den Anfang wenigstens eine gewisse räumliche Einheit als Unterlage staatlicher Bildung hergestellt.

Unsere Quellen lassen erkennen, daß dieser Prozeß im 12. Jhd. schon in der Hauptsache vollzogen ist. Die Kirchen aber gaben das Spiel noch nicht verloren. Sie blieben fest in ihren Ansprüchen auf die eigene Gerichtshoheit und brachten diese zum Ausdruck, wo sie es nur vermochten. Daß ein Teil der Weistümer noch durchaus auf diesem Standpunkte steht, konnten wir schon zeigen. Es ist dies vor allem deswegen begreiflich, weil die geistlichen Grundherren meist die Gerichte einsetzten, welche die Weistümer wiesen. Noch zahlreicher dürften freilich die Fälle sein, in denen die durch das Erbrecht gefestigten Befugnisse der Vögte diesen zu eigenem Recht gewiesen werden. Auch damit aber war der Kampf noch nicht entschieden. Denn wir sahen, daß sich diese Vogteirechte so mannigfaltig abstuften, daß trotz ihrer Anerkennung die Kirche noch immer als Gerichtsherr, also als Anwarter auf die Landeshoheit gelten konnte. Es blieb Sache der jeweiligen Machtverteilung, welche Folgerungen die beiden Bewerber aus ihren anerkannten Rechten zu ziehen vermochten, oder richtiger gesagt, die Weistümer



sind nur der Ausdruck eines augenblicklichen Zustandes, der sofort der Veränderung unterworfen war, wenn ein Teil sich stark genug glaubte, seine Rechte erweitern zu können. Die durchgreifendste Abhilfe für die Kirchen bestand natürlich darin, daß sie mit Umgehung der kanonischen Satzung die Vogteien ankauften oder heimgefallene einzogen; in welchem Maße das im 12. und 13. Jhd. vornehmlich geschehen ist, zeigt der dritte Anhang.

Waren nun aber die Kirchen, entweder indem sie die Vögte niederhielten, oder indem sie die Vogtei zur eigenen Ausübung gewannen, selbst Hochgerichtsherren geworden, so waren sie doch nicht alle zu eigener unbeschränkter Landeshoheit fähig. Diese konnten vielmehr nur die Reichskirchen erlangen, wie Prüm, Kornelimünster, Burtscheid, Elten, Essen und Werden. Diese haben ihre um die Kirchen selbst gelegenen Territorien vogtfrei zu behaupten vermocht. Reichsstandschaft fehlte freilich der Abtei Elten, und auf der Reichsfürstenbank saß nur der Abt von Prüm, während die übrigen Aebte und Aebtissinnen, z. T. mit dem Reichsfürstentitel ausgezeichnet, doch nur unter den Prälaten abstimmten.<sup>9</sup> Auch hier also das Bild vollkommenster Unregelmäßigkeit ohne ersichtlichen Grund für die Verschiedenheiten. Dazu kommt, daß Kornelimünster sich nur mit Mühe der Jülischen Landeshoheit erwehrte. Denn stellten wir auch fest, daß dem Abte eine Reihe von sichernden Hoheitsrechten gegenüber dem Vogt gewiesen wurde, so ließ es dieser doch nicht an Versuchen fehlen, die Vogtei zur Landeshoheit zu steigern. Noch bunter wird das Bild, wenn wir die abgelegenen Villikationen der Reichskirchen

---

<sup>9</sup> S. J. Ficker, Vom Reichsfürstenstande I, §§ 241, 242, 243, 245; ferner für Prüm Wohltmanns oft angeführte Arbeit. Völlig vogtfrei waren die anderen Reichskirchen keineswegs, aber die Vögte setzten doch nirgends ihre volle Landeshoheit durch. S. Fabr. II, 335 (Essen), 338 (Kornelimünster), 340 (Werden), 492 (Burtscheid), 494 (Elten).

mustern. Ganz abgesehen natürlich von denen, welche im Grafschaftsverband blieben, wie der Welderhof der Abtei Werden.<sup>10</sup> Die mit eigener Hochgerichtsbarkeit wurden theils ebenfalls Reichsherrschaften; dahin zählt die Herrlichkeit Niederkastenholz von Kornelimünster, wo der Abt die Vogtei selber verwaltete;<sup>11</sup> theils wurden sie Territorium der Vögte, wie z. B. die Herrlichkeit Paffendorf des Stifts Essen unter Jülich.<sup>12</sup> Dasselbe Stift aber konnte sich demselben Vogt gegenüber in Breisig so behaupten, daß dieser sich zu einer Sammherrschaft bequemen mußte.<sup>13</sup> Dabei haben beide Vogteien bis in ihre Anfänge dieselbe Geschichte, da sie von König Zwentibold dem Reich vorbehalten, von den Pfalzgrafen verwaltet und an Jülich zu Lehen gegeben wurden.<sup>14</sup> Das Gleiche gilt übrigens von den Immunitäten des Kölner Erzbischofs. Die in unserem Gebiete sind freilich alle Kurkölnisches Territorium geworden, aber nur durch Abschüttelung des Vogtes.<sup>15</sup> Rechtsrheinisch hingegen sind Hilden<sup>16</sup> und Elberfeld unter Bergischer Vogtei Bergisches Territorium geworden. Am wenigsten hat es dem Stifte Vilich<sup>17</sup>

---

10. KW. I, 29.

11. S. Anm. 234 zu S. 72.

12. Cf. v. Mirbach I, S. 17.

13. S. oben S. 62.

14. Für Breisig ist das wenigstens wahrscheinlich, s. oben S. 253 und 315.

15. Die Kämpfe um Zülpich hat Schwarz in dem öfters zitierten Aufsatz W.D.Z. 26 und 28 geschildert. Auch in Zons war Jülich Vogt, bis es 1388 verzichtete, Lac. UB. III, 931. Die Vogtei Lechenich zog der EB. 1185 ein, s. Anhang III. Die Vogtei über 12 der wichtigsten Höfe des Tafelguts besaß er damals schon selbst und ließ sie vom Kölner Ministerialenvogt wahrnehmen, Dienstrecht § 6. Der Domvogt tritt niemals in Beziehung zu den erzbischöflichen Immunitäten auf.

16. Für Hilden s. das Weistum von 1386 bei Lac. UB. III, 901/2.

17. S. oben S. 34, Anm. 41.

genützt, daß es von seinem Gründer in den Schutz des Reichs gestellt worden war. Denn da ist aus dem zur Vogtei abgeschwächten Eigenkirchenrecht, da der Vogt aus der Familie des Stiftes genommen werden sollte, in direkter Linie die Landeshoheit von Jülich und 1290 durch Tausch die des Kurfürsten von Köln hervorgegangen. Daß das Weistum noch 1485 so klar der Aebtissin alle Hoheitsrechte zuwies und den Kurfürsten nur als schweigenden Vogt anerkannte, der nicht einmal das ungebotene Ding zu bannen hat,<sup>18</sup> änderte, wie erwähnt, gar nichts an der durch die Vogtei bewirkten Landsässigkeit des Stifts.

Anders stand es bei den nicht zur Reichskirche gehörenden Klöstern und Stiften. Diese haben niemals vollkommene Landeshoheit erlangt, auch wenn sie ihre Vogteien zurückerworben hatten, was ja im weitesten Maße besonders in der Köln-Bonner Gegend geschehen ist.<sup>19</sup> Wohl hatten sich viele ihrer Immunitäten völlig von der Grafschaft befreit und keinen Gerichtsherren mehr über sich. Aber diese Kirchen wurden damit nicht Landesherren. Eine Entscheidung über die Gründe, welche das bewirkten, wird durch den Umstand erschwert, daß, soweit ich sehe, alle in Betracht kommenden Kirchen im Erzstift Köln lagen und zugleich den Erzbischof als ihren geistlichen Oberherren anerkannten. Man könnte nun in der Tatsache, daß die Herrlichkeiten des Dompropstes<sup>20</sup> und Domstifts,<sup>21</sup> von S. Gereon,<sup>22</sup> S. Kunibert,<sup>23</sup> S. Georg,<sup>24</sup> S. Maria ad Gradus,<sup>25</sup>

---

18. S. oben S. 343.

19. S. Anhang III.

20. Worringen.

21. Gleuel, Walberberg, Esch, Klein-Büllesheim, Friesheim, Niehl.

22. Merheim, Kriel, Berzdorf.

23. Heimerzheim a. S., über welche Unterherrschaft gleich unten im Text, Mauenheim.

24. Holzheim in der Eifel.

S. Aposteln,<sup>26</sup> S. Andreas,<sup>27</sup> S. Caecilien,<sup>28</sup> S. Ursula<sup>29</sup> in Köln, Dietkirchen in Bonn,<sup>30</sup> S. Quirin in Neuß,<sup>31</sup> in denen die Kirchen selbst Gewaltherrn waren, dem Kurkölnischen Territorium angehörten, auf jenen älteren Zustand zurückführen, da diese Kirchen dem Erzbischof in Art des Eigenkirchenrechts unterworfen waren, von dem auch nach Erlöschen seines strengen Begriffes immer noch das Bewußtsein zurückblieb, das Kirchengut gehöre zum Erzstift. Oder man könnte von der Landsässigkeit der Kirchen selbst ausgehen und daraus die Landeszugehörigkeit ihrer Herrschaften abzuleiten suchen. Beiden Annahmen widerspricht aber der Fall von Heimerzheim.

Die Herrlichkeit Heimerzheim auf der Swist zeigt so recht, wie die fortschreitende Exemption der Immunitäten von der Grafschaft bei gleichzeitiger Abschüttelung der Vögte zu dem Zustand geführt hat, daß sie endlich keinen Herren mehr über sich sahen und somit in der Zeit der Territorialbildung tatsächlich reichsunmittelbar dastanden. Grundherr war daselbst das Kölner Kunibertstift. Es hat den Fronhof mit den Lehengütern, die Geschworenen des Hofes weisen<sup>32</sup> ihm zu Gebot und Verbot, den Stock und das Halsgericht. In einem anderen Weistum<sup>33</sup> erkennen die Schöffen das Stift als ihren Grundherren, dem das Eigentum der ganzen Herrlichkeit zusteht. Daß die Geschworenen und

---

25. Bliesheim.

26. Müngersdorf.

27. Glehn in der Eifel.

28. Marsdorf, einstens Palmersdorf.

29. Ossendorf.

30. Satzvey und Antweiler.

31. Uedesheim,

32. Lac. Arch. VI, S. 350, 15. Jhd.

33. Gr. II, 719, 15. Jhd.

Schöffen eins sind, und wir es mit einem Hofgericht zu tun haben, das einen Bannbezirk gewonnen hat, ist uns nach diesen Ausdrücken und so vielen Parallelen ringsum nicht zweifelhaft.<sup>34</sup> Ueber die Vogtei wissen wir nichts. Sie ist aber jedenfalls vom Grundherren abgelöst worden. Nur daß er sie nicht in eigene Verwaltung genommen hat. Denn es wird im Ort — ob das eine Einrichtung des Stifts zum Ersatz jeder Vogtei ist oder eine Schöpfung der Dorfgemeinde, bleibt unentschieden —, es wird jährlich von sieben meist adeligen Herren bestimmter Höfe<sup>35</sup> einer auf ein Jahr zum Gerichtsherren gewählt. Das Stift selbst wählt man nicht, weil es geistlich ist und Witwen und Waisen nicht beschützen kann. Nun erschien 1353<sup>36</sup> Erzbischof Wilhelm vor König Karl IV. in Mainz und trug ihm vor: „quod villa Heymersheim up der Czwisten cum suis pertinentiis .... infra parrochiam eiusdem ville non sit alicuius domini, de quo constet, superioritatis dominio constituta, sed certe persone dicte ville et parrochie sibi consueverunt eligere inter se annales iudices de alto iudicantes ibidem.“ Der Erzbischof schloß daran die Bitte, „quatinus iura superioritatis et excelsi dominii, que et inquantum nobis, regno vel imperio in prefata villa ... competunt ..., sibi suisque successoribus ac ipsi Coloniensi ecclesie donare et confere ... dignaremus,“ welcher

---

34. Dies möchte ich besonders betonen, um den sonst naheliegenden Gedanken abzuweisen, daß es sich bei Heimerzheim etwa um eine Zent und in der zu erwähnenden Verleihung Karls IV. um eine verspätete Einzelbestätigung des Satzes „centgraviu recipiant centas a domino terre“ des Statutum in favorem principum, § 7 von Zeumers Ausgabe, handle.

35. S. dazu Fabr. II, S. 89.

36. Msc. B 1, S. 49, Abschrift. des 14. Jhd.; vgl. Reg. imp. Karl IV. 1963.



Bitte der König willfahrte. Seitdem gehörte Heimerzheim zu Kurköln; seine einzigartige Verfassung blieb erhalten.

Wenn nun allgemein der Grundsatz gegolten hätte, daß durch die Landsässigkeit oder kirchliche Abhängigkeit des Gerichtsherrn die Landeszugehörigkeit des Gerichtes bestimmt sei, dann hätte es keiner königlichen Verleihung bedurft, um die Herrschaft Heimerzheim dem kurfürstlichen Territorium einzugliedern. Denn das Kunibertstift, das zweifellos dort Gerichtsherr war, lag ja selbst im Erzstift und war alte erzbischöfliche Kirche. Daß die eigene Landsässigkeit die Kirchen nicht unfähig zum Besitz von eigener Landesherrschaft machen mußte, kann man auch bei Trier sehen, wo der Dompropst, das Domkapital und einige Mediatklöster Herrschaften besaßen, die sie von der Landeshoheit des Kurfürsten unabhängig zu behaupten strebten.<sup>37</sup> Tatsächlich unterschied sich deren Stellung von jener der Kölner geistlichen Unterherrschaften allerdings nur wenig und konnte sich natürlich nur unter dem Schutze des Kurstaats behaupten.

Ein besonderer Grund für den Erzbischof, manche geistlichen Herrschaften als Kurkölnisches Territorium zu betrachten, könnte darin gesehen werden, daß er ihr Obervogt war, während die betreffende Kirche die Untervogtei entweder selbst besaß, d. h. von Beamten verwalten ließ, oder doch wenigstens in engen Grenzen hielt. Diesen Gesichtspunkt machten auch einmal 1624<sup>38</sup> Kurkölnische Räte geltend, als Jülich die Landeshoheit über den Oberswister

---

37. S. Fabr. II, Index s. v. Trier Domkapitel, Dompropst; S. Irminen, S. Maria ad Martyros, S. Simeon in Trier.

38. KW. II, S. 85, Anm. 2. Jülich stützte sich darauf, daß der Hof u. a. Lehnsländ vom Swister Berg bebaute, dessen Hochgerichtsvogtei ihm zustand.

Hof des Andreasstifts beanspruchte. Man könnte ihn ferner für Flerzheim heranziehen. Grundherr war hier die Abtei Heisterbach, Lehnsherr der Vogtei der Graf von Hülchrath, d. i. seit 1302 der Erzbischof;<sup>39</sup> die Untervogtei aber hatte das Kloster schon 1256 angekauft.<sup>40</sup> Anderwärts machen wir wieder Beobachtungen, welche es kaum gestatten der Obervogtei große Bedeutung als Grundlage der kurkölnischen Landeshoheit zuzumessen. In der Eifel lagen sieben kleine Herrschaften, theils adelig, theils geistlich,<sup>41</sup> über welche die Landeshoheit in der Neuzeit zwischen Kurköln und Jülich strittig war. Von den geistlichen gehörte Holzheim dem Kölner Georgstift und die Vogtei besaß noch 1301<sup>42</sup> der Graf von Hülchrath, der sie an Karl von Ahr verlehnt hatte; die Herrlichkeiten Antweiler und Satzvey wiederum gehörten dem Stift Dietkirchen in Bonn, dessen Altarvogt der Graf von Hülchrath zu derselben Zeit war,<sup>43</sup> so daß man vermuten darf, auch jene Ortsvogteien hätten von ihm abgehangen.<sup>44</sup> Diese drei Vogteien sind dann unter denjenigen Besitzungen mitbegriffen, die der Graf 1302<sup>39</sup> dem Erzbischof verpfändete und später verkaufte; vielleicht gehörte auch noch die Vogtei des Andreasstiftes in Geln hinzu.

---

39. KW. I, Tab. I, Nr. 34.

40. S. Anhang III. Dieses Kloster liegt nun einmal nicht in Kurköln, sondern in Berg. Wegen der besonderen Vogteiverhältnisse kann uns aber das Beispiel nicht zur Entscheidung der oben S. 388 aufgeworfenen Frage dienen.

41. Fabr. II, S. 94 f.

42. S. Georg-Köln, Urk. 38; der Graf bestätigt das noch zu erwähnende Versprechen des Ritters, der die Vogtei von ihm besitzt.

43. S. oben S. 46.

44. Buschhoven, auch eine Ortsvogtei von Dietkirchen, befindet sich später im Besitz des EB., d. i. des Nachfolgers des Gfn. v. Hülchrath s. oben S. 46, Anm. 155.

Diesem Umstande verdankten die genannten geistlichen Grundherren ihre große Selbständigkeit in den Eifelherrschaften. Der Erzbischof hat seine obervogteilichen Rechte keineswegs angespannt. Und die Untervögte von niederem Adel konnten die Stifte im Zaune halten. Das Kapitel von S. Georg hatte sich schon 1301 von Karl von Ahr und seinem Schwiegersohne versichern lassen, „ut ipsi advocati perpetuo eodem decanum et capitulum in antiqua iure curtis et bonorum suorum in Holzheim conservent.“ Und die Weistümer<sup>45</sup> geben Zeugnis, daß die Grundherren tatsächlich das Heft in der Hand behalten haben. Jülich hatte für seine späterhobenen Ansprüche wohl überhaupt keinen Rechtstitel. Wenn man sich Kölnischerseits aber noch der Obervogtei erinnert und ihr Wert beigelegt hätte, so hätte man die Landeshoheit wohl schärfer verteidigt und nicht 1774<sup>46</sup> einen allerdings nie durchgeführten Ausgleich angenommen, der Glehn und Satzvey Jülich überließ. Diese Pseudoterritorien schwebten eben ohne eigentlichen Landesherrn in der Mitte, weil weder die Untervögte noch die Kirchen den Anspruch erheben konnten, selbst Landesherrn zu sein, die Rechte der Obervogtei von Kurköln aber nicht ausgenützt wurden. Nach diesem Beispiel fördert es nicht, uns daran zu erinnern, daß einstmals wenigstens die Altarvogteien der großen Kölner Stifter wahrscheinlich alle vom Erzbischof lehnrührig waren. Daß uns darüber nur spärliche Nachrichten überkommen sind, beweist eben, daß man sich schon im Mittelalter ihrer nicht mehr als Machtquellen bewußt war.

So ergibt die Untersuchung keinen Rechtsgrund, auf welchen die Eingliederung der vogtfreien geistlichen Herrlichkeiten in das kurkölnische Territorium zurückgeführt wer-

---

45. Gr. II, 667, 688, 694; Lac. Arch. VI, S. 306.

46. Fabr. II, S. 95.

den könnte. Vielmehr scheint es das Bedürfnis nach Schutz gewesen zu sein, das diese Zwerggebilde unter die Fittiche des Kurfürsten-Erbischof und unter die kölnische Landeshoheit trieb. In einem Falle, da letztere in Frage gestellt wurde, geht aus den Akten leider nicht hervor wie sich die Zeit selbst das Verhältnis begründet dachte. Es handelt sich um den 1562 begonnenen Versuch des Herzogs von Jülich, die Herrlichkeit Swister Berg, deren Grundherr das Gereonstift war, in das Jülische Territorium zu ziehen.<sup>47</sup> Der Herzog als Hochgerichtsvogt hatte sich kurzer Hand angemacht, das Gericht einzusetzen, verhängte beim Widerstand der Gereoniter Lehnleute hohe Brüchtenstrafen, und gebärdete sich überhaupt als Landesherr. Das Stift behauptete dagegen seine Rechte am Gericht und rief den Erzbischof um Hilfe an. Bei Ausgleichsverhandlungen erklärte es den Jülischen Räten, die Landeshoheit dürfe man überhaupt nicht zur Debatte stellen. Da es den Vergleichsvorschlag außerdem mit der Begründung ablehnte, daß er dem Erzstift Abtrag tue, ist nicht zu bezweifeln, daß es dem Erzbischof die Landeshoheit zuerkannte. Eine nähere Begründung gab es dafür nicht. Immerhin gewinnt man aus den Akten den Eindruck, daß hier dem Kurfürsten seine Stellung als geistlicher Oberhirt weltlichen Vorteil eingebracht hat. Im ganzen wird man sagen dürfen, daß wohl alle besprochenen Umstände: die kirchliche Unterordnung, die eigene Landsässigkeit, die Nachwirkungen des Eigenkirchenrechts und die Obervogtei, mehr unbewußt als bewußt, zusammengewirkt haben, den geistlichen Grundherren den Weg zum Erzbischof zu weisen, wenn sie erkannten, daß sie allein zur Verteidigung ihrer Herrlichkeiten zu schwach seien. Besonderen Anlaß, seine Hilfe anzurufen, hatten sie ja dann, wenn sie sich damit die Landeshoheit eines

---

47. S. K.W. II, S. 93 ff.

Vogtes vom Halse halten konnten. Das Beispiel von Swister Berg steht aber vereinzelt da. Wo sonst ein fremder Landesherr die Vogtei über Villikationen der Kölner Kirchen besaß, hat er daraus auch die Landeshoheit über sie abgeleitet.

Im ganzen ergeben unsere Beobachtungen über die Landeshoheit in den Immunitäten: Nur sehr selten sind die Kirchen trotz ihres Vogts oder neben dem Vogt Landesherrn geworden. Auch aus der überaus häufigen Ablösung der Vogtei haben nur die Reichskirchen den Gewinn vollkommener Landeshoheit gezogen. Die übrigen sind durch eine Reihe von Gründen, von denen das faktische Unvermögen, ihre Herrschaften reichsunmittelbar zu behaupten, wohl der stärkste gewesen ist, in das kurkölnische Territorium gezogen worden.

Ähnliche Beobachtungen machen wir nun auch bei den Allodialherrschaften. Da hier keine Teilung zwischen Besitz und Ausübung der Gewalt besteht, so liegt die Frage allerdings viel einfacher. Der Allodialherr, welcher seine Villikation oder den entsprechenden Bannbezirk völlig von jeder Unterordnung unter die Grafschaft befreit hatte, war damit sein eigener Landesherr und reichsunmittelbar. Dazu gehörte freilich wohl auch die Voraussetzung des Standes. Der Allodialherr mußte Edelfreier sein. Bei der oben geschilderten Entwicklung der ständischen Verhältnisse unseres Gebietes könnte es nicht Wunder nehmen, wenn die Edelfreien sich etwa schon vor dem 12. Jhd. von der Unterwerfung ihrer Person unter das Grafengericht befreit hätten. Ein Beweis aus so früher Zeit fehlt uns freilich. Zum Jahre 1380 aber besitzen wir die interessante Nachricht,<sup>48</sup> daß über den Mord, den ein Edelfreier, der Herr von Helpen-

---

48. K.W. I, 82.



stein, an seinem Bruder und Herrschaftsgenossen begangen hat, die Schöffen seiner Allodialherrschaft Grimlinghausen-Helpenstein zu urteilen hatten. Die Weisung geschieht entgegen dem Willen des neuen Herren, der das Urteil vor seinen Lehnshof ziehen wollte. Sicherlich haben auch nur die Lehnshöfe der Landesfürsten solchen Befugnissen der Immunitätsgerichte erfolgreich Widerpart geboten.

War der Edelherr nicht mehr dem Grafengericht verantwortlich, so hatte er nur noch den König über sich, da die Kölner Erzbischöfe aus ihrem Herzogtum am Niederrhein keine Hoheitsansprüche an solche Edelfreie ableiteten. Der Ministeriale dagegen als Besitzer einer Allodialherrschaft wäre ursprünglich für seine Person landsässig gewesen,<sup>49</sup> Es kommen aber in der älteren Zeit überhaupt nur Edelfreie als Allodialgerichtsherren in Betracht und, einmal ausgebildet, konnten ihre Herrschaften später auch an Ministerialen übergehen. Solche reichsunmittelbare Herrschaften sind stets Millendunk und Dyck geblieben.<sup>50</sup> Auch Lommersum<sup>51</sup> stellt nichts anderes dar, wenn sein Besitzer auch zufällig Herzog von Brabant war. Die erwähnte Herrschaft Helpenstein-Grimlinghausen — wahrscheinlich aus zwei allodialen Villikationen zusammengewachsen<sup>52</sup> — scheint als Ganzes bis zu den Wirren, welche dem erwähnten Morde folgten, keinen Herren über sich gehabt zu haben;<sup>53</sup> sonst hätten die Schöffen kaum als Richter jenes Mordes auftreten

---

49. D. h. es kommt da wieder der Widerstreit von Landsässigkeit und persönlicher Abhängigkeit in Betracht.

50. S. oben S. 164, Anm. 107.

51. Das Weistum bei Gr. II, 722.

52. Ein Freier von Quenheim, d. i. das spätere Grimlinghausen, kommt 1116—1129, Lac. UB. I, 279 und 304 vor.

53. KW. I, S. 211, Anm. 6.

können. Auch als Graf Ruprecht von Virneburg 1405<sup>54</sup> dem Erzbischof die anstoßende Herrschaft Erprath verkaufte, tritt keine Abhängigkeit derselben irgendwie zu Tage. Etwas weiter die Erft hinauf konnte der Herr von Wevelinghoven bis ins 14. Jhd. ganz sicherlich frei über seine Herrschaft verfügen.<sup>55</sup> In Kenten war man sich 1399<sup>56</sup> nicht einig, ob der Anteil der freiherrlichen Häuser von Müllenark und Broich vom Grafen von Kessel zu Lehen ginge. Jedenfalls hätte er dann diesem als Allod gehört. Noch weiter erftaufwärts sei nur die Herrschaft Vernich genannt, einem Zweige der Müllenark bis 1342<sup>57</sup> als Allod zugehörig. Durch das rasche Aussterben der edelfreien Geschlechter ist freilich die größere Zahl dieser Allodialherrschaften an die Landesherren gefallen, welche alle überlebten.<sup>58</sup> Je früher dies geschehen ist, desto weniger läßt sich Bestimmtes über die frühere Stellung der Herrschaften aussagen.

Aber auch die meisten derer, welche unter eigenen Geschlechtern blieben, sind allmählich unter Territorialhoheit geraten. Das Mittel, dies zu erreichen, bot den Landesherren — Kurköln und Jülich — vorzüglich das Lehnswesen. In der älteren Zeit, da die territorialen Bestrebungen zwar schon vorhanden, die Wege zum Ziel aber noch nicht so deutlich waren, ging das Streben der großen Herren da-

---

54. Lac. UB. IV, 40; über die Herrschaft s. KW. I, S. 27.

55. KW. I, S. 2 f.

56. Lac. Arch. VI, S. 420 f. Das Edelgeschlecht von Kenten ist bald nach 1200 erloschen. Ich finde zuletzt Everwin, „nobilis“, Lac. UB. I, 569, a. 1200.

57. Lac. UB. III, 378.

58. Dahin wären außer den genannten noch zu zählen Kaster, Hochstaden, Grevenbroich, Liedberg, Randerath, Odenkirchen. Andere müssen wir in den Herrlichkeiten wiedererkennen, wie Esch des Domstifts oder Elsen des deutschen Ordens. S. ferner oben S. 165.

nach, an möglichst vielen Burgen das Oeffnungsrecht zu besitzen. Sie ließen sich die Burgen gegen Zahlung einer anschnlichen Summe auftragen, der Besitzer empfing sein Allod als Lehen zurück und verpflichtete sich meist, die Burg im Bedarfsfalle dem Lehnsherren zu öffnen. Daß solche Verträge eine außerordentlich wirksame Vorbereitung der Territorialpolitik waren, ist ohne weiteres klar. Denn sie verschafften Macht. Sie begründeten aber nicht Landeshoheit. In großartigem Maßstabe hat Erzbischof Philipp von Heinsberg, 1167—1191, solche Ziele verfolgt und mit einem Aufwand von 50 000 Mark das Allodrecht u. a. der bedeutendsten Burgen auch unseres Gebietes an sich gebracht.<sup>59</sup> Selbst Nörvenich und Nideggen, letzteres damals der Sitz der Jülicher Grafen, waren darunter. Deswegen sind die Grafen doch keineswegs Landsassen des Erzstifts geworden.

Waren aber durch ein solches Lehnband schwächere Edelherrn an einen starken Landesherren geknüpft, so konnte sich daraus wohl im Laufe der Zeit auch ihre Landsässigkeit ergeben. Der Lehnsherr begann aus der Tatsache, daß die Burg von ihm abhing, den Schluß zu ziehen, daß ein Gleiches von der zugehörigen Herrschaft gelte, da ja überhaupt die Herrschaften als Zubehör der Burgen betrachtet zu werden pflegten. So hat z. B. der Erzbischof nach jener Mordtat des Helpensteiners dessen Herrschaft für heimgesfallen erklärt, obwohl er selbst an der Burg das Oeffnungsrecht nur zur Hälfte besaß.<sup>60</sup> Gab er die Herrschaft

---

59. Knipping II, 1386 bes. Ziffer 34 und 83. Auch von Saifenberg wurde dem Erzbischof die Hälfte aufgetragen.

60. An der anderen Hälfte stand es durch Urkunde von 1311, Lac. UB. III, 112, den Grafen v. d. Mark zu; s. dazu KW. I, S. 210 f. Auch von Bedburg war nur das Schloß Kölnisches Lehen, Fahne, CD. Salm-Reifferscheidt 94, a, 1291.

auch wieder als Lehen aus, so galt sie doch fortan als Kurkölnische Unterherrschaft. Dazu kommt in diesen und ähnlichen Fällen die persönliche Vassalität des Allodialherren wegen irgendwelcher anderer Lehen.<sup>61</sup> Entscheidend bleibt freilich immer, ob der Edelherr sich selbständig behaupten kann. Der von Wevelinghoven z. B. hat erst im 14. Jhd. seine Burg dem Erzbischof aufgetragen.<sup>62</sup> Mann kann in solchen Fällen am Wortlaut der Lehnurkunden die allmähliche Ausdehnung des Lehnsbegriffes von der Burg auf die Herrschaft verfolgen.<sup>63</sup> Von der Herrschaft Wevelinghoven wurde das letzte Drittel erst 1665 dem Kurfürsten von Köln aufgetragen.<sup>64</sup> In diesen Fällen zieht die Lehnührigkeit des Herrschaftsmittelpunktes allmählich, sei es ausdrücklich, sei es durch Gewohnheit, die Lehnührigkeit auch der Gerichtsbarkeit in der Herrschaft und der zugehörigen Rechte nach sich und das bietet dem Lehnsherrn den Hebel zur Gewinnung der Landeshoheit. Nicht die Vassalität des Herrschaftsbesitzers, sondern das dominium directum des Lehnsherren an den Gerichtsrechten in der Herrschaft ist die verfassungsrechtlich entscheidende Tatsache.

Inzwischen war man schon dazu übergegangen, wenn sich die Möglichkeit ergab, von Anfang an das Lehnverhältnis für die ganze Herrschaft zu begründen. So übergab 1342<sup>65</sup> Hermann von Vernich die seine dem Markgrafen von Jülich, um sie als Mannlehen zurückzuempfangen. Als

---

61. Hier z. B. wegen eines Burglehens von Hülchrath.

62. Lac. UB. III, 536, a. 1354. Der Herr v. Wevelinghoven mußte damals die Handlung seiner Eltern anerkennen und eine Auftragung an Geldern widerrufen.

63. S. für Wevelinghoven KW. I, S. 2 f. Eine ähnliche Steigerung des Ausdrucks bei Kendenich s. KW. II, S. 145.

64. KW. I, S. 3.

65. Lac. UB. III, 378.

der Erzbischof 1370 in Fehde mit den Grafen von Neuenahr deren Herrlichkeit Rösberg besetzt hatte, gab er sie 1393 erst heraus, als Graf Gumprecht anerkannte, daß sie von Köln zu Lehen ginge. Früher aber muß die Herrschaft allodial gewesen sein und nur einen Hof hatte der Herr von Rösberg 1342 dem Kurfürsten zu Lehen aufgetragen.<sup>66</sup> Auch daß 1403<sup>67</sup> Konrad von Schleiden für 100 fl. Lehnssrente dem Erzbischof „alle myn gude, wie die zo Erpe gelegen synt“, als Substrat anwies, mag hier Erwähnung finden. Denn bestand auch damals nur ein einfaches Hofgericht zu Erp, so wurde die Herrlichkeit in der Neuzeit doch als Unterherrschaft anerkannt. Vergleichen wir die Beispiele von Vernich und Rösberg etwa mit dem von Wevelinghoven, so zeigt sich ein bewußter Fortschritt der landesherrlichen Politik. Der Weg, der zum Ziele führt, ist klarer erkannt worden: Man such die Oberhoheit nicht mehr so sehr über die Burgen als über die Gerichtsrechte zu gewinnen.

Daß aber in solchen Fällen die Lehnsabhängigkeit nur eine Form und nicht der letzte Grund war, dessentwegen die kleineren Adeligen die eigene Landeshoheit verloren, dieser vielmehr in der mangelnden Macht, sie zu behaupten zu suchen ist, kann man an dem Beispiel von Keldenich abnehmen.<sup>68</sup> Dies war eine Allodialherrschaft der Grafen von Katzenellenbogen — Landgrafen von Hessen. Die Landgrafen nützten ihre unzweifelhaft zur Landeshoheit geeigneten Rechte über den entfernten Besitz nicht selbst aus, sondern gaben ihn zu Lehen an Ministerialen und diese konnten nicht verhindern, daß er durch Steueranschläge usw. als Unterherrschaft in das Kurkölnische Territorium gezogen

---

66. S. KW. II, S. 155.

67. Kurköln, Lechenich, Jurisdiktion 1 b, fol. 76.

68. S. KW. II, S. 137 ff.



wurde, das ihn rings umgab, rein *via facti* ohne jeden Rechtsgrund,<sup>69</sup>

Das Ergebnis ist: Außer der Herrschaft Kerpen-Lommersum, welche durch die Personalunion mit Brabant gestützt wurde, haben sich in unserem Gebiete nur Dyck, Millendunk und Saffenberg<sup>70</sup> reichsunmittelbar behauptet und nur in Dyck ist ein altes Edelherrengeschlecht an der Herrschaft geblieben.

Der Sache nach die gleiche Stellung wie diese Freiherrschaften, aber auf anderer geschichtlicher und rechtlicher Grundlage nahmen die „Territorien“ der Reichsritterschaft ein. Diese Verhältnisse sind bekannt und bedürfen nur der Bemerkung, daß es sich wenigstens bei dem einzigen Territorium von einiger Bedeutung, dem Kern der Herrschaft Landskron,<sup>71</sup> tatsächlich um das Reichslehen von Reichsministerialen handelt. Die Befreiung der übrigen Ritterschaft von der Landsässigkeit, wie im benachbarten Trier, ist in unserem Gebiet nicht eingetreten.

Wir kennen nun die Bausteine der Territorien: Grafengericht, Immunitätsgerichte der Kirchen, teils in deren Hand, teils in der Hand ihrer Vögte, Allodialgerichte der Edelfreien. Wir müssen noch eine vierte Art besprechen: Die Waldgrafschaften.

Sie außer Acht zu lassen, war bisher deswegen möglich, weil sie einzig an der Grenze unseres Gebietes eine große Bedeutung erlangt haben. Wir wissen,<sup>72</sup> daß die Waldgraf-

---

69. Neuenahr hinwiederum behielt seine Landeshoheit, auch als sich Jülich in das Lehnverhältnis zur Kurpfalz eingeschoben hatte, s. oben S. 42.

70. S. oben S. 66. Die Herrschaft kam allmählich an die Grafen v. Virneburg und andere Grafen, s. Fabr. II, S. 503.

71. S. oben S. 61.

72. S. oben S. 38 und Anhang I.

schaft im Osning, der „comitatus nemoris“, 1131 der Freifrau von Kuyck, 1142 ihren Schwiegersohn Albert von Nörvenich und seit 1177 dessen Erben, den Grafen von Jülich gehörte und pfalzgräfliches Lehen war. Daß die Waldgrafschaft ein Amt am Reichsgut und nicht ein Reichsamt war, geht aus der Verpflichtung des Waldgrafen hervor, den Leuten von Aachen, Düren und Contzen, alles ehemalige Reichshöfe, die Hindernisse abzustellen, welche das Aufsteigen der Fische in der Roer von ihrer Mündung in die Maas an hindern konnten.<sup>73</sup> Auch dieses Amt wurde natürlich territorialisiert. Nach dem Sitz der Waldgrafen ist daher in den Lehnbriefen meist von der Grafschaft Maubach mit dem Walde die Rede. Der Wald zerfiel in den oberen und den niederen Wald. Der obere wurde von Montjoie, der niedere als die sogen. Wehrmeisterei verwaltet.

Die Hochgerichtsbarkeit handhabte hier der Wehrmeister, „magister forestarius“. Das Gericht bildeten nicht Schöffen, sondern die Förster, nach dem Vorbild jener aber sieben an Zahl. Man sieht, es ist eine den Verhältnissen des unbewohnten Waldes, in dem die meisten Frevel Waldfrevel sind, durchaus angemessene, einfache Organisation, welche den Bannforst auf eine Stufe mit der Gaugrafschaft stellt. Infolgedessen ist hier der Waldgraf Landesherr geworden. Die Grenzen des Amtes Wehrmeisterei entsprechen daher auch den Grenzen des Bannforstes, wie sie ein Weistum des 13. Jhd.<sup>74</sup> angibt. D. h. nur innerhalb des eigent-

---

73. Lac. UB. II, 225, a. 1237. Ueber Contzen, welchen Reichshof Karl d. Gr. der Pfalzkapelle in Aachen geschenkt haben soll, und über den Bannforst überhaupt vgl. Gf. v. Mirbach I, S. 9 und II, S. 3 f.

74. Ritz, S. 140. Auf den Meßtischblättern lassen sich folgende Punkte und Linien der Grenze feststellen: Mündung der Kall in die Roer, Dieffenbach, Germeter, Wehebach (= Wye), Haselbach, Vicht. Im ersten Teil gehört die Grenze allerdings nicht der Wehrmeisterei,

lichen Waldgebietes links der Roer gegen den oberen Wald und gegen das Land Kornelimünster zu. Auf dem rechten Ufer des Flusses im bebauten Land stimmen die Grenzen des Forstbannes nicht mehr mit den Gerichtsgrenzen überein. Es ist deshalb auch nicht wahrscheinlich, daß hier die Landeshoheit auf der Waldgrafschaft beruht. Vielmehr wird man annehmen müssen, daß der Anbau die Gegend dem Waldgrafen entzog und dem Gaugrafen von Zülrich unterwarf. In diesem Strich wäre freilich, da nur kleinere eximierte Bezirke vorkommen,<sup>75</sup> welche sich am Ende eben-  
sogut von der Waldgrafschaft hätten losmachen können, einige Sicherheit nicht zu erreichen, wenn wir nicht die Ausdehnung der Zülricher Bannmeile<sup>76</sup> bis an die Roer für unsere Auffassung anführen könnten. Doch gilt es in gewissem Sinne zu beweisen, daß die angenommene Bedeutung der Bannmeile trotz ihrer Durchkreuzung durch die Grenze des Bannforstes festgehalten werden darf.

Einen Uebergangszustand von der vollen Gerichtsgewalt des Waldgrafen zur vollen Gerichtsgewalt des Gaugrafen im Walde stellt anscheinend die Verteilung der Gerichtsbarkeit im Büttger Wald im Amt Hülchrath dar.<sup>77</sup> Dort

---

sondern dem Amt und Gericht Nideggen an. Das ist aber eben der Teil, wo Dörfer liegen, und das bestätigt die im Text ausgesprochene Ansicht, daß die bebauten Striche dem Förstergericht entzogen worden sind. Hier blieb außerdem der Waldgräf Gerichtsherr, nur unter anderen Formen. Ueber den Zusammenhang von Nideggen und Maubach s. oben S. 75. — Dieselbe Beobachtung, daß in unbebauten Gegenden die Wildbanngrenze zur Landesgrenze wird, hat Stolz, Geschichte der Gerichte Deutsch-Tirols S. 319 f., an der Bayrisch-Tiroler Grenze im Karwendel gemacht.

75. S. oben S. 75.

76. S. oben S. 22.

77. KW. I, 21 § 1.

hat der Herr von Liedberg als Holzgraf zu richten „alle sachen, die sich daran treffen, uyssgescheiden vier punte, as mit namen doytzlach, metzer off swert geroufft, offenbaire waiffengerucht ind eyn wunde, dess mittelsten ledes lanck van dem nameloysen vingere an der rechter hant.“ Diese vier Punkte sind den Inhabern der Grafengewalt vorbehalten. Es darf nicht übersehen werden, daß wir keinen Hinweis darauf besitzen, der Büttger Wald sei Reichsgut gewesen. Er scheint eher eine freie Erbenmark des Kirchspiels zu sein. Indessen erkennt man doch hier auch, worauf es uns ankommt: Daß sich in dichter besiedelten Gegenden eine Hochgerichtsbarkeit des Waldgrafen gegenüber der des Gaugrafen nicht behaupten kann. Anderwärts sind die Rechte des ersteren noch mehr beschnitten worden, er hat nur noch über eigentliche Waldfrevel zu richten und darf dafür Pfand nehmen. Auch diese letztere Befugnis suchte man ihm zu entreißen.<sup>78</sup> Dort aber, wo der Wald ganz verschwand, verlor auch die Gerichtsbarkeit des Waldgrafen ihre Berechtigung, wenn er sie sich nicht inzwischen unter anderen Formen hatte sichern können.<sup>79</sup>

Wir brauchen jedenfalls unsere Anschauung von der Bannmeiße jener Grenze der Wehrmeisterei wegen nicht zu verändern.

In dem zweiten Teil des Osning, im oberen Walde, haben sich die Verhältnisse anders gestaltet<sup>80</sup> dadurch, daß die große Villikation Contzen darinnen lag, welche vom Reich an das Aachner Marienstift gekommen war. Der

---

78. S. die Verhältnisse in den Hönninger und Nettesheimer Büschen, KW. I, 39 und 44, bes. S. 164.

79. S. Anm. 74.

80. S. die Vergleiche von Vogt und Waldgraf bei Lac. UB. I, 225, a. 1237 und III, 384, a. 1342 und das Weistum des 13./14. Jhd. bei Lac. Arch. VII, S. 100.

Fronhof mußte dem Waldgrafen 20 sogen. Förster („forestarii“) von ebensovielen Höfen zum Holzgeding stellen, einige wenige stellten zwei andere Höfe. Man wird darin eine Verpflichtung infolge der Waldnutzung sehen dürfen. Der Wehrmeister richtet auch hier über alle schweren Fälle („homicidium“). Von den Brüchten und Wedden aber bezog der Waldgraf nur ein Drittel, die übrigen zwei fielen an den Hof Contzen. Bei solcher Verteilung ist es wahrscheinlich, daß ein König seine Gefälle dem Stifte geschenkt hat, während der Waldgraf sein Amtsdrittel behielt.

Nach dem Beispiel der Wehrmeisterei und des oberen Waldes wird man nun auch die Landeshoheit der Herren von Tomburg im Flammersheimer Wald zu erklären haben, der den größeren Teil ihrer Herrschaft ausmachte. Die Tomburg<sup>81</sup> kennen wir als pfalzgräflische Burg, Flammersheim als „villa regia“ und später pfalzgräflichen Fronhof, der an das Kölner Mariengradenstift kam. Entweder konnte nun das Stift die Waldgrafschaft, welche als Zubehör des Hofes zu betrachten ist, nicht selbst ausüben und bedurfte dafür des Vogtes, als welcher die Herren von Tomburg auch sonst in dieser Gegend auftreten, oder es liegt wieder dieselbe Verteilung der Rechte vor, wie bei Contzen; jedenfalls war hier Tomburg Waldgraf mit Hochgerichtsbarkeit.

Aus dieser Erkenntnis eröffnet sich auch das Verständnis für die eigenartige Stellung der Tomburger gegenüber der Herrschaft Winterberg. Diese bestand in 13 Lehen, die im Walde verstreut waren. Wie sie entstanden sind, bleibt unklar. Der Herr von Winterburg<sup>82</sup> besaß nun die Hochgerichtsbarkeit auf seinen Lehen und konnte einen Missetäter nach Urteil der Schöffen und Geschworenen hinrichten lassen, auch gehörten ihm die kleinen Wedden. Der Herr

---

81. S. zusammenfassend Ilgen, *WDZ.* 32, S. 40.

82. S. das Weistum bei Gr. II, 696.



von Tomburg aber galt als Vogt und Schirnherr, der die hohen Wedden empfing. Für den Schirm erhielt er außerdem 28 Malter Hafer und 13 Hühner, mußte aber seinerseits eine Hinrichtung mit gewaffneter Hand schützen. Innerhalb des Tomburger Hochgerichtsbezirkes hat sich mithin ein neuer gebildet — im Walde kann es sich ja nur um eine jüngere Bildung handeln, — welcher aber trotz der eigenen Blutgerichtsbarkeit nicht zu Landeshoheit kommen konnte, weil immer noch latent die älteren Rechte des Hauses Tomburg darüber schwebten.

Die aus der Betrachtung der Waldgrafschaft gewonnenen Züge gliedern sich vollkommen dem Bilde ein, das wir von der Entstehung der Landeshoheit entworfen, und bestätigen unsere Sätze. Die Immunitätshochgerichtsbarkeit betreffend: Kann man im Falle von Winterberg anders sagen, als daß der Landesherr sie duldet, soweit sie ihm an seinen Gefällen keinen Abtrag tut? Und das Verhältnis der Hochgerichtsbarkeit zur Landeshoheit betreffend: Es wurde von Neuem bewiesen, daß stets der Inhaber der obersten Gerichtsrechte Landesherr geworden ist. Der Fall von Winterberg bildet keine Ausnahme. Hier ist nur der Anteil an der obersten Gerichtsbarkeit in noch feinerer Weise als sonst unterschieden. Die ehemals ausschließliche Hochgerichtsbarkeit des Waldgrafen hatte sich bis zum Bezug der hohen Wedden und dem Schutz der Hinrichtung verflüchtigt. Indem der Waldgraf aber soviel noch festhielt, erscheint er als der Inhaber der höchsten Gewalt in der Herrschaft und wird ihr Landesherr. Seine Stellung wird im Weistum mit dem Ausdruck Schirnherr bezeichnet, den wir bereits im I. Kapitel beim Zusammenstoß verschiedener an und für sich zur Ausbildung der Landeshoheit geeigneter Rechte auf den Herren angewendet fanden, der bei der Entwicklung, welche unser Gebiet genommen hat, der Landesherr geworden ist.

Mit der Waldgrafschaft sind die Quellen erschöpft, aus denen Landeshoheit fließen konnte. Wir haben noch die Aufgabe, zu betrachten, in welcher Weise die werdenden Landesherren diese ungezählten Teilrechte zusammenfaßten und ordneten, um daraus ein Staatswesen zu formen.

Da ist der Satz voranzustellen, daß die Territorialbildung mit dauerndem Erfolg erst dann einsetzt, wenn das Lehnswesen in den Aemtern überwunden ist. Bei der Betrachtung des Aemterwesens fallen nochmals einige Bemerkungen zur Entstehung der Landeshoheit ab.

Wir verfolgten das Anwachsen der pfalzgräflichen Macht am Niederrhein.<sup>83</sup> Die Hälfte des Gebiets, auf das wir unsere Betrachtungen erstreckten, ein ebensogroßes Gebiet außerhalb ist ihr als Grafschaftsterritorium unterworfen. Dazu kommt die Waldgrafschaft über die großen Reichsforsten. Und sind die Gaue auch schon von Immunitäten durchlöchert, so schaffen zahlreiche Vogteien reicher Kirchen einen Ausgleich. Aus dieser gesammelten Hausmacht ist dennoch kein Territorium hervorgegangen. Wenn nun auch zweifellos die Niederlage Pfalzgraf Heinrich d. J. gegen den mächtigen Anno von Köln, der wohl bewußt um die Vorherrschaft am Niederrhein kämpfte, und sein unglückliches Ende im Wahnsinn die Stellung seines Hauses am Niederrhein schwer erschüttert haben, so sind diese äußeren Ereignisse doch nicht der Grund gewesen, weshalb die Pfalzgrafen keine Landeshoheit in unserem Gebiete ausgebildet haben. Denn die Oberhoheit über ihre Grafschaften und anderen Rechte behielten sie ja, wie wir sahen, auch später noch in der Hand, wenn sie zu einem Teil auch im Laufe der Zeit in Vergessenheit geriet. Aus dem Lande verdrängt wurden sie vielmehr durch den reinen Feudalismus jener Zeit, der sie zwang, die Beamten, denen sie jene Rechte

---

83. S. oben S. 32 ff.

zur Verwaltung übertrugen, damit zu belehnen, was noch vor dem Zusammenstoß mit Anno geschah. Diese Unmöglichkeit, größere Verwaltungsaufträge anders als in der Form des Lehens zu vergeben, hat die vielversprechenden Ansätze, welche zu umfassender Territorialbildung gegeben waren, nicht nur hier, sondern in jener und schon früherer **Zeit auch anderwärts in Deutschland<sup>84</sup> zu Nichte gemacht.** Gegen die Fürsten, denen eine Herrschaft über weite Gebiete mehrerer Grafschaften zu winken schien, wandte sich dieselbe Institution des Lehnswesens, durch welche sie selbst den Königen ihre Rechte entzogen hatten, und brachte sie um die Früchte ihres Besitzes. Am Niederrhein ist so wie den Pfalzgrafen auch der Kölner Kirche ihre Grafschaft im Kölngau erst einmal verloren gegangen, weil sie dieselbe verleht hatte.<sup>85</sup> Als Inhaber der hochrichterlichen Rechte gehen nun statt der Lehnsherren die Lehnsträger der Landeshoheit entgegen. Wie schon 1047 im Bonngau der Lehnsmann des Pfalzgrafen als der Graf erscheint, so gilt im Gillgau 1195 der Lehnsmann des Erzstiftes als „comes provinciae“.<sup>86</sup> Und indem diese Untergrafen noch im 12. Jhd. selber den Vorsitz im Landgericht führten,<sup>87</sup> haben sie sich den Anspruch auf die Landeshoheit auch gesichert, welchen sie durch Afterleihe wohl verwirkt hätten.<sup>88</sup> **Für die**

---

84. So schon im 10. Jhd. die Salier weiter Rheinaufwärts, s. die Marburger Diss. von J. Baldes: Die Salier und ihre Untergrafen in den Gauen des Mittelrheins, 1913.

85. S. oben S. 36.

86. Lac. UB. I, 550.

87. S. oben S. 88.

88. Ein solches Verhältnis der Afterleihe einer Grafschaft ist ja bei Neuenahr 1343 künstlich geschaffen worden und der Afterwassall blieb Landesherr (S. oben Anm. 69). Vielleicht beruhte auch die Herrschaft Bedburg, soweit sie Landgerichtsteile enthielt, auf einem verlehten Teil der Kölngaugrafschaft, die selber Lehen von Kurköln war.

Grafen müssen damals noch besondere Anforderungen an seine persönliche rechtliche Eigenschaft und ein Zwang zum Dingen in eigener Person wenigstens gewohnheitsrechtlich bestanden haben. Denn ist er einmal verhindert, so erscheint an seiner Statt nicht ein Unterbeamter, sondern ein Vertreter, der selbst wieder den Grafentitel führt.<sup>89</sup> Dieser Zwang hat das weitere Umsichgreifen des Feudalismus in den Landgerichten verhindert. Sein Dasein wird durch den Vergleich mit den Vogteigerichten erhärtet.

In diesen finden wir so frühe, als unsere Quellen hinaufreichen, Untervögte.<sup>90</sup> Solche waren auch die Grafen von Maubach, später von Jülich für die ihnen von der Pfalz verlehnten Vogteien.<sup>91</sup> Wie in den Lehnsgrafschaften haben sie sich auch in diesen Vogteien zur Landesherrschaft aufgeschwungen und hießen deswegen nicht Untervögte, sondern setzten selber welche ein.

Für die Bestallung dieser Untervögte der niederen Stufe bestand nun, wie wir ausführten,<sup>92</sup> Anfangs die verfassungsrechtliche Nötigung, sie dem Freienstande zu entnehmen;<sup>93</sup>

---

89. S. oben S. 88, Anm. 297. Wahrscheinlich ist das Verbot der *Postiudices* des Grafen durch die *Const. contra incend. v. 1186* auch der rechtliche Ausdruck dieses Zwanges (s. *M.G. Const. I*, 318).

90. S. oben S. 318.

91. S. Anhang I.

92. S. oben S. 294.

93. Solche freien Untervögte sind die v. Hardt für Münstereifel, als Untervögte der Grafen v. Ahr, *MRh. UB. I*, 450, a. 1115 und *Lac. UB. I*, 485, a. z. 1112 (vgl. *Lac. Arch. II*, S. 208) und 484, a. 1182; die v. Wevelinghoven für S. Pantaleon-Köln, *Lac. UB. I*, 344, 349, 425, a. 1141—1166; Hermann v. Wirben für Kaiserswerth, *UB. Kaiserswerth 14*, a. 1158, vergleichen mit *Lac. UB. I*, 415, a. 1166; Otto v. Wickrath für Kloster Heisterbach in Kruft und Friesdorf, *Lac.*

natürlich auch die, sie mit dem Amte zu belehnen. Und ebenso natürlich wußten sie ihr Amt erblich zu machen.<sup>94</sup> Unsere Quellen lassen die Erblichkeit von Untervogteien erst im 12. Jhd. erkennen. Doch reicht sie zweifellos weiter hinauf, da die Abwehrmaßregeln bereits früher einsetzen. Es ist die Frage, ob diese adeligen erblichen Vogteibeamten auf Grund ihrer Vogteirechte eigene Landesherrschaft ausgebildet haben. Eine sichere Antwort darauf zu geben, ist m. W. kein Beispiel unseres Gebietes zu klarer Entwicklung gediehen, weil die Edelherrengeschlechter fast alle ausgestorben sind.<sup>95</sup> Aber da wir sie geeignet fanden, eigene Landeshoheit in ihren Allodialherrschaften zu behaupten, dürfen wir auch annehmen, daß sie solche nicht minder aus dem dominium utile über ein Untervogteiamt auszubilden im Stande waren. Ja diese Möglichkeit wird dadurch erwiesen, daß ein Reichsministeriale, der Herr von Landskron, Landesherr in Nierendorf-Oedingen geworden ist, wo er die Vogtei von Jülich zu Lehen trug.<sup>96</sup> Wie der Reichsdienstmann hatten ja auch die Edelfreien keinen Gerichtsherrn über sich als den König. Und wie die Landeshoheit des Herrn von Landskron in Nierendorf vielleicht durch die Anlehnung der Herrlichkeit an die größere Reichsherrschaft Landskron gefördert worden ist, so hätten die Allodialherrschaften der Edelherren ihren Untervogteien eine Stütze bieten können.

---

UB. I, 568, a. 1200; Ludwig v. Gindersdorf für Schwarzrheindorf, a. a. O. 459, a. 1176.

94. Z. B. die v. Hardt seit Beginn des 12. Jhd. Sie haben schon 1112 (Lac. UB. I, 485) ihrerseits einen Untervogt eingesetzt.

95. Von den Anm. 93 genannten die Hardt schon vor 1200, die Wirben, Gindersdorf und Wickrath etwas später. Die Wevelinghoven verloren ihre Untervogteien wohl als die Obervogtei von den Grafen v. Kessel an die v. Jülich übergang, um 1305, s. Gl. v. Mirbach I, S. 17.

96. S. oben S. 61 und Kremer, Akad. Beiträge III, S. 274, a. 1327.



Die Machtfrage wäre dabei hier wie in früher besprochenen Fällen entscheidend gewesen, ob das *dominium utile* des Lehnsträger oder das *dominium directum* des Lehnsherren an den Hochgerichtsrechten zur Landeshoheit führen würde. Jedenfalls bestand für die Obervögte die Gefahr, daß ihnen ihre freibürtigen Lehnsbeamten die Vogteien dauernd entfremdeten. Die Abhilfe gegen diese Gefahr des Feudalismus fand man in der Betrauung von Dienstmannen, deren Stand sich in der Hof- und Wirtschaftsverwaltung und durch den reisigen Kriegsdienst herangebildet hatte, auch mit den Aemtern der örtlichen öffentlichen Verwaltung. Sehr frühzeitig hat man diesen Weg erkannt. Der weitblickende Bischof Meinwerk von Paderborn ließ sich von Kaiser Heinrich II. verbriefen, daß er eine seiner Kirche geschenkte Grafschaft nicht verleihen, sondern nur mit einem Ministerialen besetzen dürfe.<sup>97</sup> Auch die Kölner Kirche wird die Teile der Bonngau-, Köllngau- und Zülpichgaugrafschaft, welche sie nach unserer Untersuchung im 11.—12. Jhd. erworben haben muß,<sup>98</sup> sogleich durch Dienstmannen haben verwalten lassen. Namen sind uns nicht überliefert. Wären aber Lehnsgrafen bestellt worden, so könnte uns die Tatsache nicht verborgen bleiben. Und in den Untervogteien treffen wir Ministerialen seit 1100 an.<sup>99</sup> Der Ministeriale war als Unfreier eng an seinen

---

97. DH. II. 440, a. 1020.

98. S. oben S. 49.

99. Z. B. des Grafen v. Berg für den Domhof Buchheim, Lac. UB. I, 258, a. 1100, Dietrich v. Drachenfels für den Grafen v. Sayn in Schwarzhofendorf, a. a. O. 459, a. 1176. Ministeriale ist wohl auch unter dem Altarvogt, Grafen Konrad, Kuno v. Bentheoven für den Hof Buschhoven des Stiftes Dietkirchen, Kn. II, 100, a. 1113. „Ruotgerus minister patris mei“ ist schon 1051 und 1059 Vogt der Königin

Herren gebunden. Er besaß ursprünglich keine Rechte, sondern hatte alles nur aus Gunst seines Herren. Er bot also die sicherste Gewähr, daß er ein ihm anvertrautes Amt nicht entfremden könne. Der außerordentlich rasche Aufschwung des Standes aber, der durch seine bedeutsame Verwendung in allen Aemtern wesentlich gefördert worden ist, hat bald die Hoffnungen vernichtet, die man auf die Beseitigung des Aemterlehnswesens durch ihn setzte. Vielmehr wurden die Ministerialenämter in den Feudalismus hineingerissen und ihrerseits schon im 12. Jhd. erblich.<sup>100</sup> Die Dienstmannen lösten sich aus der strengeren Bindung des Eigenrechts und erlangten volle Rechtsfähigkeit. Man kann sagen, daß diese Entwicklung im 13. Jhd. im großen ganzen vollzogen war. Nun bildeten sie ihre Amtsrechte zu Herrschaften aus. Der Kölner Ministerialenvogt, den der Erzbischof doch sicherlich deswegen mit der Verwaltung von 12 Tafelhöfen betraut hat, um sich von freien Vögten loszumachen, wird zum Besitzer der „Erbvogtei“ als Kurkölnischem Lehen und Unterherrschaft. Glücklicherweise hatte ihm der Erzbischof noch einige Höfe wieder abgenommen.<sup>101</sup> Auch von der Unterherrschaft Bornheim zeigten wir,<sup>102</sup> daß sie z. T. wenigstens auf einer von den Grafen von Sayn, später vom Erzstift an Ministerialen zu Lehen gegebenen Vogtei beruhte. Nicht nur bei den Vogteien macht sich der Einfluß des Lehnrechts geltend, sondern auch bei anderen Aemtern des niederen Grades.

---

Richeza und ihres Bruders EB. Hermann, WDZ. 22, S. 233 und Lac. UB. I, 189; hier handelt es sich aber um einen Personalvogt.

100. Wenn Lac. UB. IV, 623, a. 1151/3 die Gefälle des Untervogts Gumprecht und seiner Mutter vom Hofe Hittorf des Pantaleonsklosters-Köln festgesetzt werden, muß die Mutter wohl Leibpächterin, der Sohn Erbe in der Vogtei gewesen sein.

101. S. KW. I, S. 27 f.

102. S. oben S. 54.

Daß der „iudex hereditarius“ von Nievenheim 1262<sup>103</sup> sein Richteramt zu Lehen trug, mag bezweifelt werden. Aber der Wehrmeister im oberen Wald des Osning ist um 1237 mit seinem Amte belehnt worden.<sup>104</sup> Die Gefahr, daß der ministerialische Beamte selbst Landesherr werden könne, bestand allerdings kaum. Dazu fehlte ihm die persönliche Eignung. Die Landeshoheit ist in dieser Zeit schon so stark entwickelt, daß sie den niederen Adeligen in Landsässigkeit erhält. Der Fall von Nierendorf ist dagegen nicht beweiskräftig, da ja der Herr von Landskron als Reichsdienstmann eben nicht landsässig war. Insofern also stellt die Verwendung der Ministerialen als örtlicher Beamter trotz des auch bei ihnen eingerissenen Feudalismus immer noch einen Fortschritt gegenüber der Verlehnung von Aemtern an Freie dar. Aber es bedeutete doch ein empfindliches Hindernis für die Territorialbildung, wenn der Landesherr in dem Bestreben nach Vereinigung und kräftiger Ausnützung seiner Herrschaftsrechte durch das Erbrecht seiner Ministerialenbeamten beschränkt wurde und den Heimfall erledigter Untervogteien abwarten mußte, ehe er sie in seine Amtsorganisation einfügen konnte. Wir erwähnten z. B. schon,<sup>105</sup> daß die Herzöge von Berg erst so spät daran gehen konnten, ihre Gerichtsvogtei in Sinnersdorf und Langel zur Landesherrschaft zu steigern, weil sie die Vogtei bis ins 15. Jhd. verleht hatten.

Wollten die Landesherren frei über ihre Rechte verfügen, so mußten sie sich ein neues Beamtentum schaffen, dessen Kennzeichen die Anstellung auf Zeit und gegen Gehalt ist. Gleichgültig blieb dabei, wes Standes der Beamte war. Oft entstammte er einer Ministerialenfamilie, daneben traten

---

103. Lac. UB. II, 525, s. dazu oben S. 87.

104. Lac. UB. II, 225.

105. S. oben S. 383.

aber nicht nur Unadelige, sondern auch Edelherren in die neue Beamtenschaft ein. Die Anfänge dieser Reform mögen noch in das 12. Jhd. fallen,<sup>106</sup> Allgemein durchgesetzt hat sie sich im 13. Jhd.,<sup>107</sup> das ja auch nach außen hin in den Reichsgesetzen die Landeshoheit zur Anerkennung brachte. Da es immer erst des Heimfalls der Aemter bedurfte, che sie mit Beamten der neuen Art besetzt werden konnten, hat sich der Uebergang von der Verwaltung zu Lehen zur Verwaltung laut Auftrag nur allmählich vollzogen. Das Erzstift hatte schon 1302 alle Hülchrather Vogteien südlich Köln erworben. Erst 1326<sup>108</sup> aber konnte Erzbischof Heinrich von Virneburg die Vogteien von Mehlem und Lannersdorf, „*dependentia a comicia nostra Hilkeroyde, iam dudum nobis et ecclesie nostre vacantia per mortem bone memorie dictarum villarum advocatorum sine hereditibus legitimis decedentium*“, dem Dechanten von Bonn und zwar auf Lebenszeit übertragen. Bei dem Wehrmeisteramt des oberen Waldes kam der reine Amtscharakter spätestens bis Anfang des 14. Jhd. zur Anerkennung.<sup>109</sup>

106. Bezeichnend ist, daß das Wort „*officialis*“, das des neuen Beamten dauernde Benennung werden sollte, zum ersten Male, soweit ich sehe, in Verbindung mit „*advocatus*“ vorkommt. Aleidis v. Heinsberg erklärt 1202 die Freiheit bestimmter Güter „*ab omni exactione nostre potestatis et nostrorum advocatorum seu officialium*“, Lac. UB. II, 5.

107. Die Beamtenlisten für die Kurkölnischen Aemter Hülchrath und Brühl in KW. I und II werden keine Ausnahme darstellen. In der Grafschaft Hülchrath hat neben wechselnden Richtern auch noch die Familie der Drostén, anscheinend erblich, an der Verwaltung teil. Köln übernahm 1314 anfangs mit der Grafschaft den Drost, ging aber bald dazu über, andere Beamte einzusetzen.

108. Lac. UB. III, 215.

109. Der Weisung Lac. Arch. VII, S. 100 wohnen mehrere ehe-

Die Schaffung des neuen Beamtentums ist die bedeutendste Tat der Territorialfürsten. Sie allein ermöglichte überhaupt die staatliche Organisation. Denn erst ist der Amtmann da, dann entsteht der Amtsbezirk.<sup>110</sup> Nun brauchen die Landesherren nicht mehr ängstlich die Vereinigung mehrerer Beamtungen in einer Hand meiden aus Furcht, zu große Rechte der Entfremdung auszuliefern. Und so beginnt auch sogleich die Zusammenlegung von Aemtern: Grafengerichte, Vogteien, Allodialherrschaften werden verbunden, der Amtmann erhält eine Burg als Wohnsitz, grundherrliche Erträgnisse werden angeschlossen.<sup>111</sup> So sehen wir es gleich in dem angeführten Beispiel von 1326. Der Bonner Dechant erhält die verfallene Burg Rolandseck zum Wiederaufbau und zur Hilfe dazu die Vogteien von Mehlem und Lannersdorf, eine Mühle usw. Die größten Kerne für die Amtsbildung gaben stets die Landgerichte ab. Die um Zülpich für das Amt Nideggen, das von Hochkirchen für das Amt Nörvenich, der Dingstuhl in der Lohe für Amt Bergheim. Das Amt Hülchrath bestand zum überwiegenden Teil aus Landgerichten. Es war die am geschlossensten erhaltene Gaugrafschaft. Das Amt Brühl dagegen enthielt nur Reste eines Landgerichtes und sonst mehr Vogteien oder Allodialherrschaften des Kurfürsten.

Bei der Aemterbildung ist anfangs die Kraft im Zusammenraffen größer als der ordnende Sinn und ein unleugbarer konservativer Zug, der noch durch die natürliche Schwerfälligkeit des Verwaltungsapparats bestärkt wurde,

---

malige Wehrmeister bei. Es heißt: „quando comes Juliacensis magistrum forestariorum posuit“. Wegen des „comes“ ist das Stück vor 1336 anzusetzen.

110. S. H. Aubin, Die Verwaltungsorganisation des Fürstbistums Paderborn S. 125.

111. Ueber die Bildung des Amtes Brühl s. KW. II, S. 1 ff.



hielt die zufälligen Gebilde auf lange in ihrer Zusammensetzung fest. Vorgearbeitet war dabei der Amtseinteilung durch das Zusammenwachsen der Territorien aus verschiedenen Herrschaften. Leicht läßt sich in den Kurkölnischen Aemtern Altenahr und Nürburg der Besitz der beiden Linien des Hauses Ahr erkennen, welcher zu verschiedenen Zeiten an das Erzstift kam. Im Herzogtum Jülich heben sich die ehemals selbständigen Grafschaften Nörvenich und Maubach heraus. Bei Nideggen scheint allerdings schon früh eine Verschiebung der Amtsgrenzen eingetreten zu sein. Ausschlaggebend für die Zusammensetzung der kleineren Stückchen war meist weniger die Rücksicht auf bequeme Verwaltung, als vielmehr die Zeit der Erwerbung. So brachte z. B. Jülich die Kesselschen Vogteien Oberembt und Esch zu einer Zeit an sich,<sup>112</sup> da das nächste Amt Bergheim an seine jüngere Linie abgetreten war.<sup>113</sup> Die Vogteien wurden also an Kaster angeschlossen. Dahin gehörten schon Lövenich, Wanlo und Jüchen, bereits ehe Jülich das nähere Grevenbroich erwarb,<sup>114</sup> und die Aemter blieben hier in einer nicht geringeren Durchkreuzung als sonst die Territorien. Erst ganz allmählich sind Bereinigungen der Aemterkomplexe vorgenommen worden.<sup>115</sup> Dazu bedurfte es ja auch erst des weiteren Ausbaues einer gleichmäßigen Landesheute, welche wieder durch solche Bereinigungen gefördert wurde. In größerem Stil hat nur einmal in der Mitte des 16. Jhd. Jülich eine Gerichts- und damit Verwaltungsreform

112. Wohl 1305, Gf. v. Mirbach I, S. 17.

113. Walram von Jülich und sein gleichnamiger Sohn sind Herren zu Bergheim bis 1312, a. a. O. S. 19 und Lac. UB. III, 116 und 120.

114. Gf. v. Mirbach I, S. 18 und 25 f.

115. So hat Kurköln die Schultheisserei Gielsdorf, welche 1226 mit Sechtem zum Amt Brühl gekommen war, erst 1714 zum Amt Bonn geschlagen, in dem sie lag, KW. II, S. 2 und 16.

vorgenommen, von der ja schon oft die Rede war. 1554 und 55 wurden Kommissionen ausgesandt, um einerseits die Hof-,<sup>116</sup> andererseits die Landgerichte<sup>117</sup> zu untersuchen, und Reformen zur Vereinheitlichung vorzuschlagen, welche dann auch ausgeführt worden sind. Ganz klar in unserem Sinne schied man dabei die Arten der Gerichte freilich nicht, was uns aber nur zeigt, wie manche Hofgerichte schon völlig den Landgerichten glichen.

Das Erkundigungsbuch über die Hofgerichte ist aber außerdem ein sehr wertvolles Dokument für die Erkenntnis des Weges, den der Territorialstaat einschlug, um eine einheitliche Landesgewalt zu schaffen. Es ist hier nicht der Raum, diesen Prozeß auch nur annähernd auf den verschiedenen Gebieten nachzugehen, auf denen er in Erscheinung trat. Wir wollen ihn nur kurz auf dem Felde verfolgen, auf dem wir uns bisher hauptsächlich bewegten.

Ausgehend von dem Begriff, daß sich alle Gewalt im Territorium vom Landesherren herleite, wurden alle Sonderbildungen als Ausnahmen betrachtet, welchen in zweifelhaften Fällen die Last des Beweises für ihre Daseinsberechtigung zufiel. Die Präsumpcion sprach immer für den Landesherren. Besonders bekamen das die Immunitätsgerichte zu spüren, deren Vogt der Landesherr war. Und man begann die ganze bisher verfolgte Entwicklung sozusagen zurückzuschrauben. In dem Erkundigungsbuch tritt offensichtlich das Bestreben zu Tage, eine Scheidung der grundherrlichen von den öffentlichen Rechten vorzunehmen, nur erstere den Grundherren zu lassen und letztere für die Landesherrschaft zu beanspruchen. Als Jülich mit dem Gereonstift als dessen Vogt am Swister Berg im Streit um das Gericht

---

116. Der Bericht bei Lac. Arch. III, S. 300 ff.

117. Der Bericht im Düsseldorfer Jahrbuch 17, S. 116 ff.

lag, brachte es 1603<sup>118</sup> einen Vergleichsvorschlag ein, der ebenfalls auf diese Scheidung hinauslief. Es sollte nämlich der Herzog das Gericht und den Boten einsetzen und seine Huldigung empfangen; dem Grundherren wird nur der Eid wegen der Hoflehen geleistet, die Appellation geht nur in Hofsachen an einen anderen Hof des Grundherren, sonst an das Jüliche Gericht Euskirchen. Konnte in diesem Falle das Stift den Angriff mit Hilfe des Erzbischofs für immer zurückschlagen, so mußte sich 1624 das Kapitilstift betreffend Vettweiß zu einem ganz ähnlichen Vertrage bequemen, dessen Wortlaut wir oben S. 120 anführten, soweit er die dem Stift erhaltene grundherrliche Gerichtsbarkeit betraf. Alle übrigen Rechte behielt sich der Herzog-Vogt vor. Nicht anders verfuhr aber auch der Erzbischof als Vogt seiner Kirchen, oder sagen wir, seine Räte leiteten aus dem neuen deutschen Staatsrecht ab, daß ihm alle öffentlichen Rechte zustünden, und ließen den Grundherren nur den Umfang des Hofrechts. Was nützte es dem Kapitel von S. Georg, daß es sich 1728<sup>119</sup> klagend an das Reichskammergericht wandte? Sein Immunitätsgericht Sürth wurde dennoch kurfürstliches Gericht.

So hat sich die Landesherrschaft in zähem Kampfe die Wege zu einer schärferen Zusammenfassung des Territoriums geebnet. Dafür übernahm es aber auch schon früh die Pflicht der Rechtswahrung und stellte den Grundherren wie den Lehnsleuten seine Beamten und Gerichte subsidiär zur Verfügung, wenn ihre Rechte verletzt wurden; den Grundherren durch Ausübung des Zwangs gegen widerpenstige Erbpächter. Bei den geistlichen Hofgerichten konnten sie dabei an die Vogteibefugnisse, das „*gewalt aff doin*“, anknüpfen, aber auch den Laiengrundherren kamen sie zu

---

118. KW. II, S. 95.

119. KW. II, S. 53.

Hilfe.<sup>120</sup> Dem Lehnsmann sicherte schon im Anfang des 15. Jhd.<sup>121</sup> der Graf von Neuenahr die Belehnung, wenn sie der Hofherr trotz Erfüllung der vorgeschriebenen Bedingungen verweigerte. Die grundherrliche Gerichtsbarkeit wurde ja meistens anerkannt. Das Erkundigungsbuch enthält aber schon bei Kreuzau und Winden<sup>122</sup> die bezeichnende Bemerkung, daß zwar die Hofgüter des Herrn von Kendenich vor Schultheiß und 2 Hofleuten „us und ingangen werden, diejenige aber, daran nicht begnügig, sonder wol und sicher verwart zu werden begeren, mogen sich an meins gn. herrn gericht erben und wehren lassen.“ Später haben landesherrliche Gerichte die Hoflehen überhaupt vor sich zu ziehen versucht.<sup>123</sup>

Die störendsten Fremdkörper im Territorium waren indessen die Gerichte mit eigener Hochgerichtsbarkeit der Kirchen, welche die Vogtei zurückerworben hatten, oder der weltlichen Herren. Wir stellten die Gründe klar, welche diese an eigener Landeshoheit verhinderten. Sie traten in die eigentümliche Stellung der Unterherren ein. Das Wesen der Unterherrschaft liegt aber nicht so sehr in der eigenen Gerichtsbarkeit, als in der besonderen Stellung bei der Steueranlagung. Die Unterherren erschienen nicht auf den Landtagen, sondern hielten in Jülich<sup>124</sup> als Kollegium mit eigenem Syndikus besondere Tage ab, welche dem Landesherrn wohl eine Beihilfe gewährten. In Kurköln scheinen sie mit dem

---

120. S. die Erkundigung passim. Ein frühes Beispiel s. oben S. 179, Anm. 18.

121. Weistum von Adendorf, Gr. II, 652, a. 1404.

122. Lac. Arch. III, S. 347. Dasselbe gilt ebenda von den Hoflehen der v. Stein, v. Nesselrode und Hurten.

123. S. für Godorf KW. II, 8 § 1, a. 1732. Vielleicht gehören auch die viel älteren Fälle KW. I, S. 10, 30 und Nr. 2 hierher.

124. S. v. Below, a. a. O. III, S. 191 f.

ganzen Lande angeschlagen worden zu sein,<sup>125</sup> bildeten aber doch eigene Steuerbezirke. Infolgedessen sind auch manche Herrlichkeiten zu den Unterherrschaften gerechnet worden, welche nicht die Hochgerichtsbarkeit aufwiesen, wie Schwadorf und Gymnich in Kurköln.

Und hier machen wir nun die auffallende Beobachtung: Während der Territorialstaat rüstig in seinem Ausbau fortschreitet und den Gedanken der einheitlichen Staatsgewalt gerade auf dem Gebiete des Gerichtswesens zur Anerkennung bringt, gibt er den oben angedeuteten Bestrebungen vor allem des Adels nach Herrschaft immer wieder nach. Die Zahl der Unterherrschaften und selbständigen Gerichtsbezirke hat sich noch im Laufe der Neuzeit nicht unbeträchtlich vermehrt. Die Landesherrschaft erhob niedere Gerichte zu diesem Range oder bildete selbst neue sogar mit Teilen ihrer Landgerichte. So entstanden in der Neuzeit die Unterherrschaften Geldsorf,<sup>126</sup> Bollheim,<sup>127</sup> Stollberg,<sup>128</sup> Liblar,<sup>129</sup> Horst<sup>130</sup> und noch im 18. Jhd. die Herrschaft der Abtei Kamp.<sup>131</sup> Es mag eine Folge des frühen Verlöschens der Herrschaft über Personen und der Verwandlung der Grundherrschaften in reine Rentämter gewesen sein, daß sich jene Bestrebungen auf dem Gebiete der öffentlichen Gerichtsbarkeit auslebten, wofür gemäß der Zusammensetzung der

---

125. Im Amte Brühl bestand ein bestimmter Fuß für die Aufteilung der Steuern zwischen dem unmittelbaren Amt und den zugehörigen Herrlichkeiten, KW. II, S. 4.

126. S. oben S. 59, a. 1382.

127. S. oben S. 75, 15. bis 16. Jhd.; s. auch Gf. v. Mirfach I, S. 15 f. bei Binsfeld und Kettenheim.

128. S. oben S. 217, a. 1629.

129. S. oben S. 78, a. 1634.

130. Domstift, Urk. 2931, a. 1639.

131. S. oben S. 241, a. 1739.



Territorien so viele Vorbilder schon gegeben waren. Die leidige Geldnot der Landesherren kam auch dazu, um in den oft langandauernden Aemterverpfändungen neue Beispiele für Gerichtsherrschaft Privater zu schaffen. Und sicherlich hat die Abhängigkeit der Fürsten von den Ständen oft genug mitgewirkt, den Wünschen einzelner Glieder derselben entgegenzukommen.

So ist, während sich das rechtsrheinische Berg von solchen Pseudoherrschaften fast freizuhalten wußte, unser Gebiet gerade durch die Menge derselben ausgezeichnet. Für die Festigung der Landeshoheit bildeten sie ein arges Hindernis.

Welche Mühe andauernder Arbeit dazu gehört hat, überhaupt nur Fortschritte darin zu erzielen, wird klar, wenn man den Prozeß in seinen einzelnen Zügen verfolgt. Daß er durch die Grundlagen der Entwicklung von Anfang an auf Kleinarbeit in kleinsten Bezirken angewiesen war, macht seine Betrachtung so oft unerfreulich. Nimmt man ihn aber als Reaktion gegen die völlige Auflösung der älteren Reichsverfassung, was er doch ist, so muß man zugestehen, daß er noch gerettet hat, was zu retten war. Nach dem völligen Auseinanderfallen der Verbände, in denen sich das öffentliche Leben abgespielt hatte, stellt die Territorialbildung immer noch eine wertvolle Zusammenfassung der vorhandenen Kräfte in größere Einheiten dar. Kurköln und Jülich sind wenigstens den staatlichen Aufgaben eher gewachsen gewesen, als die kleinen Stückchen, welche der Verfall der Reichseinheit zurückgelassen hatte, und welche sie nun als die Stärkeren und Glücklicheren — denn wie viele gleichaussichtsreiche Geschlechter haben sie beerbt! — an sich zogen. Daß sie dabei jeden Hebel einsetzten, jedes Recht gebrauchten, wo sie eins vorfanden, hier behaupteten, was sie dort abstritten, und wo kein Recht war, auch einmal die Gewalt wirken ließen, das wird man rückschauend als

den notwendigen, aus den Bedingungen ihres unfertigen Zustands entspringenden Ausfluß eines Machtbedürfnisses betrachten, ohne das auch der kleinste Staat keinen Bestand hat.

---

## Anhang I.

### Die Herren von Heimbach und die Jülichen Rechte im südlichen Zülpichgau.

Wir stellten<sup>1</sup> die Frage auf, wie Jülich vor 1195 in den Besitz der Grafschaft im südlichen Zülpichgau gekommen sei, da noch 1188 Dietrich von Ahr-Hochstaden hier als Landgraf auftritt, der 1195 noch lebt.

Lacomblet hat in der Einleitung zum zweiten Bande seines Urkundenbuchs S. XXXI und in mehreren Noten daselbst (zu Nr. 27, 163 und 730) mit scharfsinniger Kombination die Ansicht vertreten, daß Graf Wilhelm II. von Jülich die im pfalzgräflichen Lehnbrief für seinen Neffen Wilhelm III. 1209 (II, 27) genannten pfalzgräflichen Lehen, nämlich die Vogtei mit dem Hochgericht und die Palentz von Zülpich, nicht als Graf von Jülich sondern als Herr von Heimbach besessen habe. Unter dem Hochgericht versteht er dabei die beiden Landgerichte Kemper Heide und Schivelberg insgesamt und man muß dem zustimmen, da es ja ein eigenes Hochgericht der Vogtei nicht gab, vielmehr Zülpich den genannten Landgerichten angehörte. Lacomblets Kombination gewinnt für uns umso mehr Bedeutung, als er auch darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Heimbach denselben Adler im Wappen führen, wie die Ahr. Die damit angedeutete Verwandtschaft der beiden Häuser würde den Uebergang der in Rede stehenden Grafschaft von dem einen an das andere irgendwie erklären.

---

1. Oben S. 42.

Lacomblet stützt sich auf die Tatsache, daß nach Wilhelm III. von Jülich, der sicherlich ein Heimbacher gewesen ist nicht sein Sohn, sondern sein Bruder Eberhard von Heimbach die Zülpicher Vogtei erbte. Was voraussetzte, daß sie Heimbacher Stammgut gewesen sei. Vor allem aber betont er, und führt damit das Heimbacher Geschlecht noch eine Generation weiter hinauf in der Jülicher Grafenreihe, daß Wilhelm III. seinen Vorgänger Wilhelm II. „patruus“ nennt. Wilhelm II. muß also ein Bruder von Wilhelms III. Vater Eberhard d. Ä. von Heimbach gewesen sein. Lacomblet verfolgte aber die Genealogien der beiden Brüder nicht weiter aufwärts. Sonst hätte er gesehen, daß sie in einer Art auseinander laufen, welche es unmöglich macht, auch nur eine gemeinsame Mutter der beiden anzunehmen. Für seine Schlüsse indeß, damit Graf Wilhelm II. von Jülich ein Heimbacher wäre, müßten sie noch dazu einen gemeinsamen Vater haben.

Ich gebe hier die Stammbäume der Häuser Jülich und Heimbach, soweit sie für unsere Frage in Betracht kommen. Alle Träger der beiden Namen klaglos darin unterzubringen scheint mir unmöglich, und auf Kombinationen verzichte ich.

## Haus Jülich

- |            |   |                                  |
|------------|---|----------------------------------|
| 1118       | comes Gerhardus de Juliaco, Gerhardus junior,<br>filius Gerhardi          | Kn. II, 142                      |
| 1126       | Gerardus comes de Juleche et filius eius Gerardus                         | 228                              |
| 1127       | Gerardus " " " " " " " "  | 237                              |
| 1102—1128  | d. i. Gerhard I., dem man die Regg. 20—239 bei<br>Index zurechnen möchte. | Kn. im                           |
| 1136       | comes Gerhardus de Juliaco cum filio suo<br>Wilhelmo                      | Kn. II, 318                      |
| 1132—1136  | d. i. Gerhard II., dem die Regg. 292—318 zugehören<br>dürften.            |                                  |
| 1149       | Wilhelmo comite de Juliaco et fratre eius<br>Gerardo                      | Kn. II, 466                      |
| 1166       | Wilhelmus comes Juliacensis et frater<br>eius Gerardus                    | Kn. II, 832                      |
| 1168—1176  | Wilhelmi comitis Juliacensis et filii eius<br>Willelmi                    | " 920, 972<br>1043               |
| 1136—1176  | d. i. Wilhelm I., zuletzt wohl  | Kn. II, 1054.                    |
| (1171)     | Willelmus iuuenis Juliacensis comes                                       | " 960                            |
| 1185—1198  | comes Juliacensis Willelmus et frater<br>eius Gerardus                    | " 1237 ff<br>-1534               |
| 1176--1207 | d. i. Wilhelm II., stirbt kinderlos                                       | 1207<br>Lac. U. B. II,<br>S. XXX |
|            | Seine Gemahlin ist Alveradis von Maubach                                  | Lac. U. B. I,<br>462, a. 1177    |

Damit ist das Haus der Gaugrafen erloschen, da Wilhelms Bruder Gerhard vor ihm gestorben sein muß.

In diesem Stammbaum ist nicht unterzubringen Graf Gerhard junior, der vor 1151 ohne Erben gestorben ist, Kn. II, 560.

Ob Gerhard „puer“, Lac. U. B. I, 343 mit diesen Gerhard junior oder mit dem noch 1166 lebenden Bruder Wilhelms I. identisch, trägt für unsere Zwecke nichts aus. Man kann aber nicht letzteren mit dem Bruder Wilhelms II. zusammen-



bringen und alle vorangehenden für die eine Person des vor 1151 gestorbenen Gerhard iunior halten. Denn 1166 kann Wilhelm II., der 1171 „iuvenis“, kaum Zeuge gewesen sein, noch weniger natürlich sein jüngerer Bruder.

### Haus Heimbach

Walter und sein Bruder Eberhard. Kn. II, 457 und 571.  
a. 1147—1154.

Hermann, Sohn des einen oder des anderen, Kn. II, 457, a. 1147/79, Kn. II, 1138 Gemahlin Ida Kn. II, 1367	seine Brüder Eberhard und Propst Dietrich Kn. II, 1138 und 1367. Des ersteren Gemahlin Jutta Kn. II., 1367.	
Dietrich † 1185 Kn. II, 1237	Wilhelm, Graf v. Jülich d. i. Wilhelm III.  Wilhelm IV.  Hans Jülich	Dietrich Eberhard Jutta † 1234/37 usw. Gemahlin Kn. II, Elisabeth 190 v. Hochstaden Kn. II, 998/9 Margaretha mit Simon v. Sponheim; die Linie erlosch.

Zu bemerken ist: Bei Kn. II, 1138 ist eine Konjektur notwendig: „mundiburdi parvi [filij] fratris Heremanni“. Der kleine Sohn Hermanns (II.) ist Dietrich. Eberhard und Propst Dietrich würden doch die Mutter ihres Bruders als ihre Mutter bezeichnen. In der Tat war die Genannte ihre Schwägerin.

Daß Wilhelm II. von Jülich und Eberhard von Heimbach, der Vater Wilhelms III., nicht einmal eine gemeinsame Mutter gehabt haben, die dann zuerst mit Wilhelm I. und dann mit Walter (oder Eberhard d. Ä.) von Heimbach vermählt gewesen sein müßte, ergibt sich aus den Lebensdaten der in Betracht kommenden Gatten. Wilhelm II. und

Eberhard waren daher nicht einmal Stiefbrüder. Der Ausdruck „patruus“ den Wilhelm III. für Wilhelm II. gebraucht, ist also nur fälschlich für das sonst stets verwendete „avunculus“ gesetzt. Es muß Wilhelms III. Mutter Jutta die Schwester Wilhelms II. von Jülich gewesen sein.

Unter diesen Umständen wäre es nicht mehr nötig, auf die späteren Nachrichten einzugehen, welche die Gerichte am Schivelberg und Kemper Heide in Verbindung bringen mit der Herrschaft Heimbach, nämlich auf die pfälzischen Lehnbriefe. Doch soll ihre Untersuchung als Beispiel dafür dienen, wie Lehnverhältnisse vergessen und aufgefrischt wurden.

Die erste Nachricht über Belehnung Jülichs durch die Pfalzgrafen geht dahin, daß Wilhelm II. die Belehnung von Pfalzgraf Konrad und Heinrich, also vor 1195, empfangen hatte. Dann stehen uns folgende Lehnurkunden zur Verfügung:

1. a. 1209, Lac. U. B. II, 27.
2. a. 1234, „ „ 193, Datum s. Regesten der Pfalzgrafen.
3. a. 1344, „ „ III, 389
- 4 a. 1363, „ „ 643
5. a. 1368, „ „ 683 Note
6. a. 1382, 23./11., Regesten der Pfalzgrafen 4478
7. a. 1392, 2./2., „ „ „ 5399
8. a. 1394, 6./10., Ungedruckt, Orig. fehlt, Abschrift mit notarieller Beglaubigung vom Anfang des 16. Jhd., Jülich, Litteralien II, 12.
9. a. 1394, 6./10., Lac. U. B. III, 997.
- a) a. 1395, 24./2., Anerkennung der Belehnung m. Zülpich, ungedr. ebenda
- b) a. 1395, 23./6., „ „ „ „ Bergheim etc.
- c) a. 1395, 24./7., „ mit Zülpich s. auch Note zu  
etc., Reg. 5608 Lac. U. B. III,
- d) a. 1395, 19./9., Anerkennung der Belehnung 997 und W. D. Z.  
mit beidem, Reg. 5640 26, S. 357
10. a. 1407, 14./11., Erwähnt Lac. U. B. IV, 50, Note.
11. a. 1412, 16./10., usw.

Schwarz, W. D. Z. 26, S. 146 kennt 20 Lehenbriefe von 1394 — 1663. Er kennt nicht Nr. 7, woraus sich eine andere Wendung ergäbe, als er S. 356 angenommen hat.

Besonderer Art sind nun: Nr. 3, betrifft Neuenahr.  
Nr. 4 nennt die Lehen nicht.

a — d) sind Bestätigungen, daß die Pfalz nur Jülich im Besitz der genannten Objekte anerkennt. Sie beruhen auf den Lehnurkunden.

Die übrigen Stücke gruppieren sich so:

A: Nr. 1, a. 1209	B: Nr. 2, a.	C:	D: Nr. 7, a.	E: Nr. 9, a. 1394
Nr. 5, a. 1368	1234, gegen-	Nr. 8, a.	1392, noch	Nr. 10, a.
Nr. 6, a. 1382	über A teils	1394,	mehr ver-	1407 u. s. w.
mit dem unver-	vermehrt teils	ver-	mehrt	Der endgültige
änderten Text	vermindert	mehrt		Text
von 1209				

Die Grundlage bildet für alle Urkunden Nr. 1. Es werden genannt die Lehnobjekte:

1. Grafschaft Maubach mit dem Walde.
2. Vogtei Zülpich mit dem Hochgericht.
3. Die Palentzgüter mit dem Patronat von S. Maria in Zülpich.

Da nach 1219, nach dem Tode Wilhelms III. von Jülich, Eberhard von Heimbach die Zülpicher Vogtei und wohl auch die Hochgerichte besaß, fehlt 2. in Nr. 2. Dafür treten als 4. hinzu 10 einzelne Vogteien: Breisig, Vilich, Wesseling, Bergheim, Paffendorf, Holzweiler, Kornelimünster, Gressenich, Froitzheim, Türnich. Diese Vogteien sind nun keineswegs eine Neuerwerbung der Grafen von Jülich. Vilich betr. wissen wir, daß sie die Vogtei von den Grafen v. Maubach ererbt hatten (Lac. U. B. I., 481), und das dürfte auch von einem Teil wenigstens der anderen gelten. Entweder

aber hielt man sie in den früheren Urkunden in der Grafschaft Maubach mit inbegriffen, oder man empfand es erst jetzt als notwendig, sie in den Lehnbrief aufzunehmen.

Eine Pause von 135 Jahren tritt ein, während welcher 1344 Jülich mit Neuenahr belehnt (Objekt 5) und dann 1363 ein ganz allgemein gehaltener Brief ausgestellt wird. (Nr. 3 und 4). Erst 1368 geht man von Neuem an eine spezialisierende Lehnurkunde — und schreibt Nr. 1 ab, als ob Nr. 2 und 3 die Objekte nicht beträchtlich vermehrt hätten. Ebenso tut man 1382 (Nr. 6).

Erst 1392, inzwischen ist ein Kampf mit Köln losgebrochen, läßt Jülich den Lehnbrief erweitern. Nicht nur, daß man endlich 4. und 5. aufnimmt, man fügt auch hinzu: 6. Heimbach mit dem Kermeter Walde, 7. die Vogtei Mersburden, 8. den Wildbann zwischen Rhein und Maas, 9. das zu Bergheim gehörende Geleite. Davon ist 7. ganz unmöglich, eine Vogtei Mersburden hat nicht bestanden, wie Schwarz a. a. O. gezeigt hat. Wenn in Nr. 8 von 1394 Heimbach fehlt, so dürfte das ein Fehler der Abschrift sein. Nr. 9 endlich erweitert: Heimbach mit der Herrschaft und setzt als Zubehör (Objekt 10 und 11) hinzu: das Hochgericht über die 14 Honschaften auf dem Schivelberg und die 9 auf der Kemper Heide, es beschreibt auch das Geleite näher durch den Zusatz: Von Köln bis Aachen.

Die Gründe für diese Veränderungen der Lehnbriefe hat Schwarz in seiner verdienstvollen Arbeit nachgewiesen: Der Wettbewerb mit Köln in den betreffenden Punkten. Die pfälzische Kanzlei zeigte sich jedem Verlangen Jülichs willfährig und nahm in die Lehnbriefe alle Objekte auf, die ihr genannt wurden. Sie bestätigte Jülich damit Rechte, deren Lehnwürdigkeit Jahrhunderte lang nur mündlich überliefert worden war und überhaupt nicht aufgezeichnet worden wäre, wenn nicht besondere Umstände dazu gedrängt hätten. Sie bestätigte indessen sogar, was es nicht gab. Daß wir da

auf den Zusammenhang der Hochgerichte mit Heimbach keinen Wert legen können, versteht sich von selbst. Wird er doch selbst in den Lehnsbriefen erst allmählich hergestellt.

Die genaueren Angaben über Nr. 7 verdanke ich dem Großherzogl. Badischen Landesarchiv in Karlsruhe.

---



## Anhang II.

### Die Grafen und Vögte von Bonn.

Folgende urkundliche Nachrichten stehen uns zu Gebote:

Ohne Titel	Vögte	Grafen	Jahr	Quelle
„Geveno“			1102	Lac. U. B. I, 260
„Geveno de Bunna“			1108	Ernst, Hist. du Limbourg VI, 31
	„Geveno adv.“		1110	Günther, C. D. I, 81
	„Geveno adv. Bunnensis“ (Beide Urk. für S. Cassius)		1112	Lac. U. B. I, 275
		„Geveno comes“ †	o. D.	Lac. Arch. II, S. 20, Nekrolog des Domstifts
	„Kunradus adv.“ von Dietkirchen		1113	Kn. II, 100
		„Kunradus comes de Bunna“	1118/26	Kn. II, 235
		„Condarus comes de Bunne“	1132	Lac. U. B. I, 314
		„	1136	Lac. U. B. IV, 621
		„Conradus comes Bunnensis“	„	Günther C. D. I, 109
		„Cunradus comes Bunnensis“	„	Günther C. D. I, 110
		„Cunradus comes Veronensis“	1138	Lac. U. B. I, 329
	„Cunradus adv.“ von S. Cassius		1139	Günther C. D. I, 124

Ohne Titel	Vögte	Grafen	Jahr	Quelle
	„Cunradus adv.“ (Ur- kunde für S. Cassius)		1142	Günther, C. D. I, 129
		„Cunradus comes de Bunna,“ kann schon tot sein.	1143	Günther, C. D. I, 133
		„comes . . . Cun- radus de Bunna.“	1138 45?	Günther, C. D. I, 147
		„Gerhardus quidam Bunnensis comes“†	1145 nach 18./II.	Lac. U. B. I, 354
		„Aibertus comes Bunnensis“	1145	Günther, C. D. I, 139
		„Albertus comes de Bunna“	1149	
	„Adelbertus Bunnensis ecclesie (S. Cassius)adv.“		1149	Günther, C. D. I, 148
		Frieden im Kampf um den „Bunnensis comitatus“ zwischen dem Grafen von Maubach (Adalbert) und dem von Sayn.	1152	M. G. SS. X. S. 257
	„Comes Hen- ricusecclesie (Dietkir- chen) adv.“ Sohn des Grafen Eber- hard (von Sayn)		1172	Lac. Arch. II. S. 304/5
	Graf Heinrich von Sayn be- sitzt die ad- vocatia Bun- nensis.“		1218	Harleß, Bonn etc. IV, S. 14

Die weiteren Nachrichten über die Bonner Vogtei sind schon oben angeführt worden (S. 46).

Aus diesem Material geht ohne weiteres hervor, daß 1152 Heinrich von Sayn obsiegt hat. Daß der vorhergenannte Graf und Vogt Adalbert von Bonn der Graf von Maubach-Nörvenich sei, kann füglich nicht bezweifelt werden, da letzterer doch 1152 als Gegner des Grafen von Sayn genannt wird. Es gab aber damals nur einen Adalbert von Maubach. Schwierigkeiten bereitet da allerdings die Urk. Günther, C. D. I., 149, a. 1149. Denn sie führt als Zeugen erst „Adelbertus comes de Bunna“ und dann „Albertus comes de Norvenich“ an. Ich halte es aber nicht für ausgeschlossen, daß der Schreiber auf seinem Konzept, indem er sich die Namen der Zeugen sagen ließ, den einen Mann zweimal notierte, wenn er ihn nicht kannte. Graf Albert von Nörvenich wird auch, als ob sein Name nachgetragen sei, erst nach einem gewöhnlichen Freien genannt. An der verschiedenen Form der Taufnamen darf man natürlich noch weniger Anstoß nehmen. Ich halte in Rücksicht auf die angeführten positiven Anzeichen die beiden Adalbert dennoch für eine Person.

Eine andere Schwierigkeit ergibt sich aus der Urk. Erzbischof Arnolds I. Günther, C. D. I, 147. Diese undatierte Bestätigung des Hospitals von Rolandswerth hat man mit Rücksicht auf die Bestätigung desselben durch den Abt von Siegburg (I, 146) gleichfalls ins Jahr 1148 gesetzt. Ist das richtig, so käme während der Zeit des Grafen Adalbert noch ein Graf Konrad von Bonn vor, oder es gäbe binnen 4 Jahren 3 Grafen von Bonn. Man wird aber den Grafen Konrad eher für den Vorgänger Gerhards vor 1145 halten wollen. Die Regierungsjahre Erzbischof Arnolds geben dazu Raum. Nun könnte man aus der Urk. selbst den Beweis führen, daß sie jünger als 1148, als die des Abts von Siegburg ist. Denn sie spricht von 15 Joch, die dem Hospi-

tal von den Rolandswerther Nonnen übergeben seien, während jene nur weiß, daß sie an Stelle eines Zehnts versprochen worden sind. Im Uebrigen aber verhalten sich die Urkunden umgekehrt zu einander. Die des Erzbischofs kennt eine ganze Reihe von Grundstücken noch nicht, ich zähle sieben, d. i. etwa die Hälfte des ganzen Besitzes, welche der Abt schon unter dem Hospitalsgut verzeichnet, und gibt in Bubendorf nur 2, der Abt aber drei Weingärten an. Diese Unterschiede wiegen doch schwerer als jener andere, den man noch beseitigen könnte, wenn man annimmt, daß die Uebergabe der 15 Joch auch erst beabsichtigt war, als geschehen aber in die Urkunde des Abts eingesetzt und dann doch nicht vollzogen wurde. Es muß auch betont werden, daß der Name Konrad den Grafen, der als Zeuge in der Urkunde des Erzbischofs vorkommt, der Familie der älteren Grafen zuweist, daß diese aber mit Gerhard 1145 ohne Zweifel erloschen war. Denn nach seinem Tode sind nur Mutter und Schwester „ceterique cognati et amici“ vorhanden, also keine männlichen Erben. Diese Schwester, damals wohl noch jung, wie ihr Bruder, „primeve etatis adolescens“, von einer Krankheit weggerafft wurde, könnte später die Gemahlin Heinrichs von Sayn geworden sein, woraus sich sehr gut erklärt, daß Adalbert von Maubach eine Zeit lang unangefochten (s. Günther, C. D. I, 148) die Vogtei besaß, ehe Heinrich mit seinen Ansprüchen auf den Plan trat. Die berührte Urkunde wird man jedenfalls vor 1145 und nach 1138 datieren müssen.

„Rudolfus advocatus de Himberg“, d. i. Hemberg, heute Hemmerich, Kreis Bonn, der 1163, Günther, C. D. I, 179, in einer Urkunde des Stifts Dietkirchen betreffend Waldorf genannt wird, ist als Untervogt anzusehen.

---

### **Anhang III.**

#### **Der Rückerwerb von Vogteien seitens der Kirchen.**

Die Uebersicht soll nicht den Anspruch auf Lückenlosigkeit erheben, aber durch Ausschöpfung des gedruckten Materials einen Ueberblick vor allem über die zeitliche Verteilung der Vogteirückkäufe vermitteln. Dabei sind nur solche Fälle berücksichtigt, wo es sich um Vogtei ganzer Hofverbände handelt. Ablösungen der Vogteilasten einzelner Güter blieben außer Betracht. Eingeklammert sind die Namen der Höfe dann, wenn ihre Vogtei von der betreffenden Kirche nicht dauernd erworben worden ist. — Es sind nur die Vogteien unseres Gebiets berücksichtigt.



Jahr	Ort	Kirche als Grundherr	Früherer Vogt	Bemerkungen	Quelle
1033	Lövenich (Kreis Köln)	S. Gereon-Köln	Pfalzgraf Hezzelin	Schenkt die Vogtei samt dem Hofe, so daß sie stets ein Stiftsbruder von ihm und seinen Nachkommen zu Lehen tragen sollte. — Fälschung.	Lac. U. B. I, 169
1109	Schwadorf und Roggen-dorf (dies Kreis Eus-kirchen).	S. Severin-Köln	Erzbischof	Geschenkt, s. dazu oben S. 300, Anm. 24	Lac. U. B. I. 272
Kurz vor 1151	Worringen	Domstift-Köln	Graf Gerhard von Jülich	Lehnsherr der Erzbi-schof, die Vogtei war erbenlos heimgefallen.	Lac. U. B. I, 376
1181	Sülz bei Köln	S. Pantaleon-Köln	?	Der Abt fungiert „tam-quam dominus et advo-catus ipsius curie.“	Urbare v. S. Pantaleon, S. 95 f.
1185	(Rommels-heim)	S. Gereon-Köln	Eldervon Heinsberg, Untervogt Meiner	Wegen Bedrückung in Pfand genommen, aber nicht behalten, da später wohl Jülich Vogt war, s. Lac. Arch. III, S. 322.	Lac. U. B. I, 498
1185	Lechenich	Erzbischof	Edler von Heim-bach	Als heimgefallen wegen erbenlosen Todes ein-gezogen.	Lac. U. B. I, 501
1216	(Aldenhoven, Eschweiler, Lohn, Altorf-Inden)	Domstift-Köln	Edler von Randerath	Lehnsherr der Erzbi-schof. Auf 6 Jahre und 1241 von neuem ver-pfändet, stets wieder eingelöst, kam die Vog-tei vor 1354 an Jülich.	Lac U. B. II, 59. IV, 651. II, 262 III, 529.
1221	Papst Honorius III. ermächtigt den Erzbischof von Köln, seine Suffragane und andere Prälaten der Kölner Diözese, die Vogteien ihrer Kirchen pfandweise an sich zu ziehen, ohne die Pfandsumme auf die Vogteigefälle aufrechnen zu müssen.				W. D. Z. Erg.-H. 3. S. 134, Nr. 66.
1239	Müngersdorf	S. Aposteln-Köln	Graf von Jülich. Un-tervogt Gerhard von Müngersdorf	Die Untervogtei ange-kauft	KW. I, S. 229

Jahr	Ort	Kirche als Grundherr	Früherer Vogt	Bemerkungen	Quelle
1250	Lövenich (Kreis Erke- lenz)	Domstift- Köln	Edler v. Wassen- berg, Untervogt Meiner von Löve- nich	Die Untervogtei ver- pfändet. Später ist wohl Jülich in Löve- nich Vogt.	Lac. U. B. II, 363
Vor 1251	Mauenheim	S. Kunibert- Köln	?	Dem Propst vorbe- halten	K. W. I, S. 216
1256	Flerzheim	Kl. Heister- bach	Graf von Hülchrath, Untervogt Siegfried von Saffenberg	Die Untervogtei ange- kauft.	Heister- bacher U. B. 135
1260	Bliesheim	S. Maria ad Gradus-Köln	Graf von Jülich	Verzichtet	Ann. 35, S. 60 Nr. 516.
1273	Berzdorf	S. Gereon- Köln	Graf von Hülchrath, Untervogt Heiden- reich von Berz- dorf	Die Untervogtei ange- kauft	Joerres U. B. S. Gereon 163
1275	Laach	S. Pantaleon- Köln	Graf von Kessel- - Untervogt	Die Untervogtei ange- kauft	K. W. I, S. 31.
1280	Knechtsteden	Kl. Knecht- steden	Früher Graf von Hochstaden, dann Erzbischof, Unter- vogt Edler von Hackenbroich	Die Untervogtei ange- kauft, wobei sich der Obernogt das Hochge- richt vorbehielt	Lac. U. B. II, 736
1285	Ramrath	S. Maria im Kapitol-Köln	Heinrich von Wal- husen	Schon vorher Lehen des Stifts, nun das dominum utile angekauft	K. W. I, S. 30
1285	Elfgen	S. Maria ad Gradus-Köln	W. von Gymnich, Untervogt Dietrich von Elfgen	Die Untervogtei ange- kauft	K. W. I, S. 85
vor 1287	Anstel	Domkloster	?	Dem Domkloster gehört die iurisdiclio tempo- ralis tam advocati quam villicacionis	W. D. Z. Erg. H. 3, S. 256, Nr. 82
1298	Berrenrath	Kl. Burbach	Graf von Hülchrath	Erklärt den Klosterhof frei von aller Vogtei	Msc. B. 90, fol. 8

Jahr	Ort	Kirche als Grundherr	Früherer Vogt	Bemerkungen	Quelle
1307	Rosellen	S. Quirin-Neuß	Früher Graf von Kessel, dann von Jülich, Untervogt Ritter Hermann, gt. Voys	Die Untervogtei angekauft, das dominium directum schenkte der Lehnsherr dazu	K. W. I, S. 150
1314	Niehl	Domstift-Köln	Ritter Heinrich von Vorst	Lehnsherr der Erzbischof, der nach Ankauf des Lehens auch das Eigentum daran dem Domstift übertrug	K. W. I, S. 232 und Domstift, Urk. 880
1329	Oberswist	S. Andreas-Köln	Ritter Unbescheiden	Lehen des Erzbischofs angekauft	K. W. II, S. 20
1360	Friesheim	Domstift-Köln	Vögte von Friesheim	Lehen des Domprobsts. Angekauft beim Tode des letzten Vogts von dessen Neffen.	Lac. U. B. III, 601, Domstift, Lehnurk. D. I
1381	Merheim	S. Gereon-Köln	Johann Vogt von Merheim	Lehen des Stiftsprobstes. Angekauft	Joerres, U. B. 477 u. 489
Im 15. Jhd.	Palmersdorf	S. Caecilien-Köln	Ritter Unbescheiden		K. W. II, S. 387
Um 1500	Nettesheim	S. Kunibert-Köln	Jülich-Untervogt	Der Vogt langsam verdrängt	K. W. I, S. 160 f.

## Ortsnamenverzeichnis.

Eine Karte hätte dem Leser das Verfolgen der notwendig ins geographische Detail eingehenden Gedankengänge erleichtern und die auf geographischen Gesichtspunkten aufgebaute Beweisführung übersichtlich darstellen sollen. Diese Absicht mußte mit Rücksicht auf die Kosten aufgegeben werden. Das Ortsnamenverzeichnis soll nun wenigstens die geographische Orientierung erleichtern, wozu Fabricius schöne Karten im geschichtlichen Atlas der Rheinprovinz und der Erläuterungsband II die beste Unterlage bieten.

Ich verdanke das Ortsnamenverzeichnis Herrn stud. phil. Wimar Breuer in Köln.

Namen von Territorial- und Grundherren sind als Ortsnamen behandelt.

- |   |  |   |
|---|--|---|
| Aachen (Aquensis districtus) 6 a, 26, 28, 80 a, 96, 98, 127, 128, 196, 217, 243 a, 294 a, 295, 336, 402, 429  | 14, 15, 17, 36, 42, 61, 62, 63, 65, 68, 252, 299a, 302   | Arnsberg 112 a<br>Asche 16<br>Au 22, 23 a<br>Auenheim 51<br>Auelgau 3, 32, 33, 35, 36   |
| — Adalbertstift 127, 242, 325 a, 335, 337 a, 350 a, 352 a   | Albiniacum 18, 19<br>Aldenhoven 27—29, 203 a, 214, 374 a, 436                                      | Bachem (Bahheim) 11, 15, 17, 64, 65 a, 263, 264   |
| — Marienstift 127, 128 a, 243, 329, 404   | Aldenrath 281<br>Alfter 55, 162  | Badorf 10, 182 a, 183 a, 185, 186, 187, 198 a, 200, 257, 370  |
| — Kölner Straße 198   | Altenahr 37 a, 65—67, 68, 71, 111, 158, 161, 182, 183, 191, 201, 206, 213, 215, 285, 368, 381, 416 | Baesweiler 337 a<br>Bandorf 13<br>Bardenberg (Bardunbach) 26, 28  |
| Abenden 22  | Altenberg 147, 302   | Barweiler 68 a, 69, 70, 111, 127 a, 158, 196  |
| Acht, Hohe 18, 37 a, 206 a  | Altendorf 251<br>Altorf 29, 436  | Basweiler 18  |
| Adenau 69, 271, 372   | Andrida 288  | Bedburg 45, 51, 86 a, 161, 164 a, 167, 168, 207, 313  |
| Adendorf 53 a, 58, 117 a, 161, 176 a, 186 a, 251, 419 a   | Angelsdorf 25  | 326 a, 398 a, 408 a   |
| Adingahoven 13  | Anstet 185, 188, 199 a, 200, 202, 209 a, 210, 252, 282, 382, 437                                   | Beltzen 325 a   |
| Ahr (die) 111, 113, 282 a   | Antiniche 10   | Bentheoven 411 a  |
| Ahr 37 a, 40, 41, 42, 48, 50, 54, 61, 65, 68, 71, 85, 88, 90, 147, 159, 160, 169, 203, 204 a, 302, 307, 311, 317, 325, 376, 392, 393, 409, 416, 423 | Antweiler 234 a, 321, 322 a, 338, 341 a, 363, 389, 392   | Benzelrath 8 a  |
| — Hochstaden 60 a, 161, 167 a, 183 a, 203 a, 307, 373, 423  | Appolinarisberg 138 a<br>Arloff 71 a, 290 a  | Berg 27, 62, 77 a, 86 a, 97, 102, 103 a, 113, 179a, 182 a, 213, 218, 276, 295 a, 300, 316 a, 348, 359, 364, 374 a, 377, 382 a, 383, 387, 392 a, 411 a, 413, 421 |
| Ahrdekanat 18, 68   | Arnafa 73 a  |   |
| Ahrgau 3, 7 a, 12 a, 13 a,  | Arnoldsweiler (Ginizwilere) 26, 27   |   |

- Bergo 13  
 Berghausen 213  
 Berghheim 3, 4 a, 23 a, 24, 27, 83, 347, 356 a, 357 a, 415, 416, 427—429  
 Berghheimerdorf 34 a  
 Berkum 64 a  
 Berrenrath 79, 80, 437, 439, 448  
 Berzdorf 163 a, 196 a, 262, 279 a, 388, 439  
 Bessenich 74, 186, 212  
 Bettenhoven 41 a  
 Bidgau 5 a  
 Billig 22 a  
 Binsfeld 263 a, 420 a  
 Birgel 59  
 Bislich 371  
 Blankenberg 102 a, 113 a, 319 a  
 Blankenheim 64 a, 66 a, 75 a, 119 a, 121 a, 161, 178 a, 180 a, 200, 230, 268, 284 a  
 Blatzheim 22, 23 a, 24, 83, 263  
 Bleibuir 77 a  
 Blerichen 119 a  
 Bliesheim 76, 118 a, 389, 437  
 Bodendorf 61  
 Bollheim 74, 75, 164 a, 420  
 Bonn 12, 21, 52, 53, 109, 121, 252, 254, 301 a, 312, 375 a, 414, 431  
 — Stadtgericht 6, 9, 47, 53 a, 109, 336  
 — SS. Cassius u. Florentius 10, 52, 53 a, 54 a, 57, 60 a, 138, 150, 186 a, 189, 196 a, 254, 269, 270 a, 271 a, 309 a, 316, 321 a, 363 a, 431, 432  
 — Dietkirchen 45, 46 a, 48, 52, 53 a, 57 a, 103 a, 117 a, 141, 182 a, 284 a, 301 a, 308 a, 309 a, 316, 321 a, 361, 389, 392, 411 a, 432, 434  
 — Vogtei 45, 46, 48, 431—4  
 Bonngau 3, 9—15, 17, 18, 21, 29, 30, 32, 35 bis 38, 56, 63, 71, 85, 307, 375 a, 408, 411  
 — Gau- u. Landgericht 48, 49, 52, 55, 57 a, 85, 182 a  
 — Grafschaft 12, 15, 17, 33, 45, 86, 89, 431—4  
 — Oberamt 52, 416 a  
 — Dekanat 4, 21, 414, 415  
 Borschemich 27 a  
 Boslar (Buslare) 28  
 Bornheim 11, 12, 54, 359 a, 412  
 Bouderrath (Butenhart) 19, 24  
 Bottenbroich 8 a  
 Brabant 75 a, 264, 265, 339, 396, 401  
 Brauweiler 34, 35 a, 117, 142, 143 a, 145 a, 150, 160, 167, 221, 288, 289, 299, 310, 312, 328 a, 346 a  
 Breisig 61, 62, 253, 299, 322 a, 339, 387, 428  
 Brenig (Brienich) 11  
 Broich 397  
 Brück 65, 161  
 Brühl 45, 51, 176 a, 184 a, 191, 196 a, 203 a, 207 a, 262, 263, 264, 277, 279 a, 344 a, 348, 369 a, 370 a, 414 a, 415 a, 416 a, 420 a  
 Bubendorf 434  
 Bubenheim 81  
 Buchheim 295, 325 a, 411 a  
 Buchholz 325 a, 350 a, 360 a, 366  
 Buederich 112 a  
 Buir 81  
 Bülllesheim (Bullingheim) 19, 20, 161  
 Burbach 437, 439  
 Burgau 24, 263 a  
 Bürge 8, 24, 26, 79, 82  
 Burgholz 23 a  
 Burgsahr (Sarna) 12, 15, 68  
 Burlevelt 377, 378  
 Burtscheid 127, 128, 152, 153, 157, 329 a, 334, 350 a, 362, 386  
 Bürvenich 73, 74, 85  
 Büsbach 80 a, 215, 216  
 Buschhoven 22 a, 46 a, 57 a, 103 a, 301 a, 345 a, 346, 363 a, 364 a, 392 a, 411 a  
 Büsdorf 9, 51, 192, 194, 252, 283, 321 a, 339 a, 341 a, 367 a  
 Buslare (Buhslar) 27, 28  
 Butenhart 19, 29  
 Büttiger Wald 53 a, 403, 404  
 Dalbenden 23 a  
 Daun 111  
 Derichsweiler 23 a  
 Dernau 67, 286  
 Desdorf 44 a  
 Deutz 53 a, 83, 142, 184 a, 186 a, 253 a, 258, 298, 308 a, 309 a, 315, 348, 359  
 — Dekanat 4 a  
 Dieffenbach 402 a  
 Distelrath 82 a  
 Disternich 81 a  
 Dockweiler 101 a  
 Dormagen 258  
 Dortmund, Dekanat 3 a  
 Dorweiler 81  
 Dottendorf 52, 53 a  
 Drachenteils 11 a, 64, 65 a, 411 a  
 Dreibern 77 a  
 Drees (Dreisa) 12, 20, 21  
 Dreyse 160  
 Drove 74  
 Duisdorf (Dudenestorp) 11, 52, 53  
 Dünnwald 316  
 Dürboslar 27, 28 a  
 Düren 6 a, 26, 27, 28, 80, 82 a, 175 a, 402  
 Dürscheven 74  
 Düsseldorf 384  
 Dutzhöfe 16 a  
 Dyck 45, 164 a, 187 a, 207 a, 208 a, 396, 401  
 Eckdorf 10  
 Eckendorf 58, 63  
 Eckum 117, 252, 382  
 Ederen 317  
 Effieren 100 a, 216, 217, 317 a, 347, 358, 359 a, 363 a, 364 a



- Effelsberg 161  
 Eggersheim 10 a, 81  
 Eich 163  
 Eifeldekanat 17  
 Eifelgau 5 a, 15, 20, 23 a,  
 24, 30, 31, 32, 35, 41,  
 42, 68, 71, 127, 302,  
 307  
 Eilich 76 a  
 Einazfeld 15  
 Eisenstein 216  
 Eiserley 22 a, 23 a, 117 a,  
 363 a  
 Elfen 117 a, 437  
 Elvenich (Albinacum) 18  
 Emmerich 103 a  
 Engersgau 17 a  
 Eisen 163 a, 397 a  
 Elten 127, 128, 133, 135,  
 137, 167, 298 a, 304, 386  
 Elza 288  
 Endenich (Antiniche) 10,  
 55, 186, 190, 196 a, 197,  
 199, 211 a, 234, 257  
 Ensfeld (Einazfeld) 13,  
 15, 17, 59, 63  
 Enzen 73, 74, 81  
 Erft (Arnafa) 8, 22, 28,  
 71, 73, 78, 82, 259, 288,  
 289 a, 397  
 Erkelenz 27, 28  
 Erp 75, 180 a, 182 a, 183 a,  
 185, 198, 200, 201, 203,  
 206 a, 268, 400  
 Erprath 104 a, 164 a, 397  
 Ersdorf (Everesdorf) 16,  
 60, 63 a  
 Esch (Asche), Kreis Ahr-  
 weiler 16  
 — Kreis Bergheim 100 a,  
 181 a, 317 a, 325 a, 350 a,  
 416  
 — Kreis Köln-Land 85,  
 117 a  
 — Kreis Rheinbach 72,  
 164 a, 165, 195 a, 196 a,  
 202 a, 209 a, 211 a, 279 a,  
 388 a, 397 a  
 Eschmar 33 a  
 Essen 34 a, 56 a, 62, 66 a,  
 79 a, 84 a, 127, 128, 130,  
 132, 133, 135, 167, 253,  
 296, 299 a, 304, 314, 315,  
 322, 386, 387  
 Essig (Essigowa, Hesen-  
 gahowa) 11, 12, 21,  
 191 a  
 Eschweiler 29, 81 a, 83,  
 186 a, 215, 216, 217, 436  
 Etzbacherhof-Widdig  
 117 a, 182 a  
 Euskirchen 22 a, 418  
 Falkenburg 192  
 Fey 22  
 Fey (die) 22 a  
 Fischbeck 152, 154  
 Fischnich 100 a, 317 a,  
 347  
 Fischelbach 282 a  
 Flamersheim 9, 16, 34, 71,  
 72 a, 145, 207, 253, 364 a,  
 405  
 Flerzheim 56 a, 197 a, 199,  
 328, 342, 356, 362, 373,  
 392, 437  
 Fliesteden 196 a, 279 a  
 Flittard 377  
 Floisdorf (Flavadesdorf)  
 18, 19, 74 a, 182, 317 a,  
 374 a, 377 a  
 Floren 74  
 Frauenberg 346 a  
 Frauental 22  
 Frauwilllesheim 23 a, 81  
 Frechen 263, 264  
 Freienaldenhoven 317  
 Friesdorf (Fritigisovilla)  
 10, 11, 409 a  
 Friesheim 76, 373, 374,  
 388, 438  
 Fritzdorf (Frigbodesheim)  
 16, 63 a  
 Frixheim 181 a, 185, 188,  
 189, 200, 208, 209, 252,  
 282, 382  
 Froitzheim 76, 344 a, 353 a,  
 356 a, 357 a, 361 a, 428  
 Fürstenberg 138 a  
 Furtmala 27  
 Füßenich 41 a, 72 a, 76,  
 146, 185, 186, 212, 309  
 Garsdorf 188  
 Gartzhheim 284  
 Gehr 73 a  
 Geich 72 a, 212  
 Geilenkirchen 28  
 Geistingen 288  
 Geldern 167 a, 326 a, 399  
 Gelsdorf (Givaldesdorf)  
 13, 57, 59, 60, 91, 99,  
 164, 192, 420  
 Gemünd 23 a  
 Gengerich 189 a  
 Gereonsweiler 28 a, 335 a,  
 346 a, 374 a  
 Geroldeshoven 14  
 Gerresheim 141, 167,  
 175 a, 243 a, 325 a, 350 a  
 Gevelsdorf (Givinesdorf)  
 25, 26, 27, 161  
 Gielisdorf 13 a, 55, 182 a,  
 416 a  
 Gill 252, 282 a  
 Gillgau 2—4, 7 a, 8, 15,  
 25, 29, 30, 31, 33 a, 44,  
 45, 251, 408  
 Gillgaudekanat 3  
 Gillenfeld 68 a  
 Gilverath 93 a, 117 a, 180 a,  
 199, 208 a  
 Gimmersdorf (Ingermares-  
 thorp) 12, 14, 15, 64 a  
 Gimmigen (Gimiche) 13,  
 57 a, 90  
 Ginderich 330, 337  
 Gindersdorf 410 a  
 Ginzwilere 27  
 Gisanhova 13  
 Givinesdorf 27  
 Gladbach (München-) 96 a,  
 325 a, 336, 350 a  
 — Kreis Düren 19, 77,  
 164 a, 365, 373  
 Glehn 301 a, 321 a, 322 a,  
 339 a, 343 a, 345, 346 a,  
 356, 359 a, 361 a, 364 a,  
 389, 392, 393  
 Gleuel 118 a, 196 a, 207 a,  
 276, 281, 285 a, 330 a,  
 388  
 Godesberg (Guodanes  
 mons) 10, 56, 117 a  
 Godorf 117, 187 a, 262,  
 419 a  
 Gohr 252, 334, 364, 382  
 Golzheim 81, 82  
 Grefrath 8 a, 169 a, 313 a,  
 326  
 Gressenich 357, 428  
 Grevenbroich 164 a, 397 a,  
 416

- Griesberg 9, 51, 85, 89, 174 a, 184, 199, 200, 213  
276, 383  
Grimlinghausen 164a, 207, 396  
Gürzenich 23 a  
Güssen 285  
Güsten (Justine, Hustine) 25, 27, 28, 84 a, 342 a  
Gymnich 78, 186, 280, 420, 437  
Gysenhoven 14  
  
Habelrath 8 a  
Hackenbroich 196, 207 a, 341 a, 437  
Halmhova 19  
Hambach 81, 82 a  
Hamborn 168, 313 a, 326, 327, 349 a, 360 a  
Häntgen, am 110, 112, 133  
Hardenberg 104 a  
Hardt 40, 42, 53 a, 71, 161, 213, 286, 377, 409a, 410  
Haseibach 402  
Hasselsweiler 27  
Hastenrath 215, 217  
Heckenbach 62 a  
Heidgeshof-Weidesheim 211 a  
Heimbach 22, 24, 50, 74 a, 76 a, 77, 116 a, 309 a, 316, 317, 372 a, 424 bis 430, 436  
Heimerzheim 56 a, 319, 388, 390, 391  
Heinsberg 46, 116 a, 165, 168, 313 a, 326, 327, 330 a, 349 a, 398, 414, 436  
Heisterbach 11 a, 56, 147, 149, 160, 182 a, 197 a, 289 a, 327, 328, 392, 409 437  
Heldenstein 164 a, 196 a, 202, 364, 395, 398  
Hemmerich 162, 176 a, 190 a, 191 a, 263, 264, 265, 370, 434  
Hemmessen 90  
Hemmersbach 164 a, 263  
Heppendorf 347 a  
Heppingen 58 a  
  
Hengarten 18, 74  
Herrmühlheim 79, 80, 163 a, 181 a  
Herschbach 65, 183 a, 184 a, 213  
Herten 161  
Hesengahowa 11  
Hilberath 71 a  
Hilden 53 a, 387  
Himmerod 70 a  
Hirbelsrath 82 a  
Hirsau 146, 167, 244, 266  
Hirznach 328  
Hittorf 296 a, 325 a, 412 a  
Hochkirchen 38, 43, 81, 82, 83, 86, 89, 415  
Hochstaden 40—42, 66 a, 75 a, 76 a, 94 a, 164, 168 316 a, 317 a, 326 a, 375a 382 a, 397 a, 426, 437  
Holte 371  
Holtrop 266  
Holzheim 284, 376 a, 388, 392, 393  
Holzweiler 25, 27 a, 60, 84 a, 428  
Homertzen 213  
Höningen, Kreis Köln-Land 273  
Höningen a. Ahr 65, 183 a, 184 a, 185, 190, 191, 201, 204, 235 a, 257 339 a, 341 a, 342, 343 a, 346 a, 347, 357 a, 358, 359 a, 360 a, 361, 363 a, 369 a, 370, 381  
— Kreis Grevenbroich 409 a  
Horn 104 a  
Horrem 8, 10  
Horst 420  
Hospelt 161, 211 a, 213  
Hövel 22  
Hoven 74, 317 a  
Hoven-Floren 356 a, 357 a 364  
Hoyo 287 a  
Hrodinga 28  
Hülchrath (Hilkeroyde), Grafschaft und Burg 8, 44, 46, 58, 64, 80 a, 86, 87, 205 a, 207 a, 208 a, 302, 363, 382, 383, 392, 399 a, 448  
  
Hülchrath, Gericht 51, 90, 157, 179, 187, 196 a, 199 209, 275, 282 a, 290 a, 374, 378, 403, 414, 415  
Hurtens 419 a  
Hustine 27  
Huy 298  
  
Idengoven 13  
Inden 29  
Ingermaesthorp 12  
Isenburg 314  
Isweiler 81, 82  
Iversheim 251  
  
Jacobwüllesheim 22, 23 a, 24, 26, 81  
Jüchen 161, 416  
Jülich, durchgehend  
Jülich, Stadt 25  
Jülichgau 3, 21 a, 25, 26 33 a, 35, 39, 83  
Junkersdorf 74, 274, 279 a 317 a, 321 a, 339 a, 363 a  
  
Kagun 41 a, 72, 73 a, 88  
Kaiserswerth 88 a, 127, 129, 149, 300 a, 404 a  
Kalkofen 65  
Kalenberg 179 a  
Kall 22—24, 77 a, 402 a  
Kaltenborn 372  
Kaltenreifferscheidt 17, 69  
Kamp 146, 242, 327, 328, 420  
Kapellen 93, 117 a, 187 a, 199 a, 208 a  
Carosgau 31  
Kasbach 15, 17 a  
Kaster 161, 164 a, 397 a, 416 a  
Katzenellenbogen 164, 400  
Katzvey 75 a  
Keldenich 54, 164 a, 196 a, 207 a, 262, 269, 272, 279, 282, 285, 400  
Kelz 74, 76, 81 a, 82 a, 175 a, 317 a, 341 a, 346 a 347 a, 356 a, 357 a, 367 a  
Kemper Heide 73, 74, 76, 85, 185, 186, 212, 423, 427, 429  
Kendenich 192, 194, 199,

- 235, 266, 267, 269, 279a,  
280, 282, 339 a, 341 a,  
343, 344 a, 363 a, 399 a,  
419  
Kenten 53 a, 164 a, 397  
Kermeterwald (Germeter)  
402, 429  
Kerpen 2 a, 25, 27, 34 a,  
79, 100 a, 106, 126, 160,  
167, 337, 401  
Kessel 296 a, 317 a, 383 a,  
397, 410 a, 416, 437, 438  
Kesseling 53 a, 65, 111,  
158, 182, 183, 184, 190,  
201, 203—206, 234, 235,  
257, 285, 301 a, 340,  
346 a, 356 a, 363 a, 368a,  
370, 376 a, 381  
Kessenich (Casnec, Ca-  
stenicha) 12, 19, 20,  
117 a, 121, 127 a, 158,  
178 a  
Kettenheim 420 a  
Keulenhof-Weilerswist  
264  
Chorbusch 18  
Kirchsahr (Sarna) 12, 15,  
68  
Kirchdaun 59, 90  
Kirchberg (Kirigberga)  
27  
Kirchherten 84 a  
Kierberg 279 a  
Kirspenich 251  
Kleinenbroich 51, 181 a,  
184, 185, 188, 205 a,  
213, 274, 275  
Kleinbüllesheim 388  
Kleinkönigsdorf 261 a  
Kleve 44, 46, 94 a, 111,  
112, 168, 309, 316 a  
Kleve-Hülchrath 45, 301  
Klosterrath 43, 168, 313 a,  
326, 327  
Klotten 288, 289  
Knechtsteden 146, 167 a,  
169, 188, 203 a, 207, 276,  
311, 317 a, 325 a, 326,  
382, 437  
Koblenz, Balei 62 a  
Kochem 36  
Kohlstraße 18  
Köln (Stadt) 9, 22 a, 23,  
52, 79, 80 a, 92 a, 102,  
198, 252, 255, 256, 273,  
288 a, 302, 307, 388  
Köln (Kurköln-Erzstift),  
durchgehend  
Köln, S. Andreas 139 a,  
140, 150, 258, 389, 392,  
438  
174 a, 279  
— Antoniuskloster 56 a,  
174 a, 279  
— SS. Aposteln 55 a, 82a,  
142, 207 a, 274, 276,  
309 a, 389, 436  
— S. Caecilien 64 a, 140,  
141, 191, 192, 202, 209,  
262, 389, 438  
— Deutschordenskom-  
mende 62 a, 79, 181 a,  
397 a  
— Domkapitel 64 a, 72,  
76 a, 84, 101 a, 103,  
117 a, 202 a, 207 a, 209a,  
266, 268, 295 a, 316,  
320, 382, 388, 397 a,  
420 a, 431, 436, 437, 438  
— Erbvogtei 162, 412  
— S. Georg 3 a, 145, 332,  
388, 392, 393, 418  
— S. Gereon 64 a, 82 a,  
138, 139 a, 150, 200,  
201, 207 a, 243, 285,  
296 a, 300 a, 308 a, 309a,  
312, 316, 321 a, 371 a,  
382, 388, 394, 417, 436,  
437, 438  
— Jesuitenkolleg 265  
— S. Maria im Kapitol  
77 a, 81 a, 140, 141, 163,  
167, 347, 382, 418, 437  
— Karthäuser 52  
— S. Kunibert 4 a, 109,  
138, 183 a, 190, 207 a,  
286, 309 a, 316, 321,  
382, 388, 391, 437, 438  
— S. Mariengraden 3 a,  
39 a, 42, 52 a, 76 a,  
118 a, 120 a, 145, 160,  
269, 270, 276, 388, 405,  
437  
— S. Martin 77 a, 106,  
140, 309 a, 316, 377  
— S. Mauritius 273 a  
— S. Pantaleon 138, 142 a,  
175, 185 a, 186 a, 200 a,  
261 a, 296 a, 299 a, 308 a,  
325, 350, 409 a, 412 a,  
436, 437  
— S. Severin 4 a, 138,  
139 a, 150, 179, 184 a,  
186 a, 201, 202 a, 273,  
276, 300 a, 309 a, 321 a,  
436  
— S. Ursula 76 a, 138,  
141, 192, 207 a, 235,  
266, 267, 269, 280, 281,  
309 a, 343, 389  
Kölingau 6 a, 8, 9, 10, 25,  
31, 39, 44, 48, 49, 51,  
52, 79, 80, 85, 251, 408,  
411  
Komburg 244  
Königsfeld 62 a, 111  
Königsforst 53 a, 142 a,  
253 a  
Königshofen 34 a,  
Königswinter 11 a  
Contzen 402, 404, 405  
Körrenzig (Cornizich) 26,  
28  
Kornelimünster 34 a, 72,  
127, 129, 149, 157, 180,  
215, 218, 301, 322, 335,  
336, 339 a, 343, 344,  
345, 346, 351 a, 354,  
356, 357, 362, 363, 364,  
386, 387, 403, 428  
Korvey 61, 63 a, 121, 127,  
130, 131, 134, 135, 152,  
154, 158, 229, 232, 254,  
306  
Corwingova 13  
Koslar (Coxlar) 28  
Kottenforst 16, 54, 60,  
253 a  
Kottingen 78  
Crachilenheim 13  
Krahenforst 9, 192, 199,  
301 a, 376  
Kramhuis-Geich 76 a  
Kranscheid 285 a  
Krawinkel 178 a  
Krechelnheim (Crachilen-  
heim) 13  
Kreuzau 23, 419 a  
Kreuzberg 65, 88 a, 104 a,  
108, 183, 190, 200, 204,  
206 a, 234, 235, 282 a,  
381

- Kriel 196 a, 272 a, 274 a, Lohausen 108 a  
 388 Lohe, in der 44 a, 45, 51,  
 85, 415  
 Kruft 409 a Lohn 29  
 Krumbach 22 Lommersdorf 20, 28 a  
 Kuchenheim 71 a, 72 a, Lommersum 75, 396  
 184, 192, 198, 265, 267, Lommersweiler 28 a  
 285 a, 296 Longerich 85, 117 a  
 Kühlseggen 56 a, 176 a, Lorsch 127 a  
 193 a, 264, 265 Lössenich 101 a  
 Curnilo 27 Lotharingien 298 a  
 Kürrighoven (Corwingo- Lotmari villa 28  
 va) 13 Lousberg 127  
 Kützgau 8, 24, 25, 26, 30, Lövenich 74, 84 a, 161,  
 50, 83 a, 85, 88 295 a, 416, 436, 437  
 Kuyk 38 a, 39 a, 402 Ludenesberge 13  
 Laach 437 Lüdenscheid 3 a  
 Landskron 13, 59, 61, 62 a, Lüftellberg 56 a  
 63 a, 90, 163, 401, 410, Luhsbüchel 13  
 413 Lüssem 74, 75, 77 a  
 Langel 184, 186, 187, 189, Lüttich 64 a, 168  
 200, 201, 258, 318, 334, Lüttichgau 26  
 339, 346 a, 348, 358, Lüxem 117 a  
 359, 361 a, 367 a, 371 a, Lützheim (Leudesheim,  
 383, 413 Lüttesheim) 19, 356 a  
 Langendorf 74  
 Langenich 18, 25  
 Langst 100 a  
 Langwaden 168, 313 a  
 Lannersdorf 64 a, 414, 415  
 Lantershofen 14  
 Lara 288  
 Laufenbacherhof 18  
 Leimersdorf 60 a, 61 a,  
 182 a, 183 a, 338  
 Lechenich 23 a, 25, 49, 77  
 bis 80, 82, 86, 121,  
 122 a, 185 a, 198, 200,  
 268, 374, 387 a, 436, 439,  
 448  
 Lessenich 11  
 Leudesheim 19  
 Liblar 10, 22 a, 23 a, 25,  
 78, 164 a, 420  
 Liedberg 147, 164 a, 181 a,  
 184, 188, 205 a, 213, 363  
 377-379, 397 a, 404  
 Liers 65  
 Liessen (Liethem) 11  
 Limburg 12 a, 168 a, 326 a  
 Lind 161, 182 a, 213, 264  
 Lintert (Lintlar) 28  
 Lipp 25 a  
 Linnepe 104 a  
 Maastricht 60 a, 80 a  
 Maastricht-Kölner Straße  
 80 a  
 Mainz 244, 390  
 Maischoß 67 a  
 Malsberg 41 a  
 Mannheim 6 a, 24, 81 a,  
 83 a  
 Marienforst 373  
 Mark 113, 398 a  
 Marmagen 23 a, 169, 341 a  
 Marsdorf 389  
 Maubach 38 a, 43, 45, 49,  
 75, 76, 313, 402, 403,  
 409, 416, 425, 428, 429,  
 232  
 Mayengau, Maifeld (Mei-  
 niefeld) 30, 41, 62 a, 68  
 Meckenheim 16, 56 a, 107,  
 251, 269, 270, 272, 276 a,  
 278, 289, 321 a, 339 a,  
 343 a, 357, 358, 359 a,  
 366 a  
 Medinghoven (Medengo-  
 venheim) 11  
 Meer 101 a, 147, 164 a, 165  
 331  
 Mehlem (Mielenheim) 10,  
 15, 17, 64, 119 a, 414,  
 415  
 Mengeneich 174 a  
 Merhausen 375 a  
 Merheim 158, 196 a, 272 a  
 321 a, 388, 438  
 Merl 57 a  
 Merlesheim 19  
 Merkenich 93 a, 117 a  
 Merten 54, 196 a, 375 a  
 Mersburden 74, 75, 76 a,  
 429  
 Merzenich 23 a, 74  
 Meschenich 262  
 Metternich 56 a, 196 a  
 Michaelsberg (Siegburg)  
 35 a, 144  
 Miel 56 a  
 Millendonk 5 a, 161, 164 a  
 208 a, 274, 275, 396, 401  
 Müllendorf 25 a  
 Mödrath 8 a  
 Moilla s. Mühlgau  
 Mons 18  
 Montfaucou 54 a  
 Montjoie 49, 402  
 Morenhoven 57 a  
 Morken 34 a  
 Morschenich 82 a  
 Mosel 36, 189 a, 252, 256,  
 289  
 Mudscheid 71 a, 161, 213  
 Müffendorf 12, 56, 117 a  
 Müggenghausen 56 a  
 Mühlgau (Moilla, Mula,  
 Muolla) 3, 4 a, 8, 26,  
 27 a, 30  
 Mühlheimerhof 117 a  
 Müllenark 64 a, 119 a,  
 163 a, 164 a, 397  
 Münchhausen 161  
 Müngersdorf 199 a, 207 a,  
 274, 276 a, 279 a, 289,  
 436  
 Münster 128 a  
 Münstereifel 68, 138, 151,  
 161, 193, 199 a, 211 a,  
 251, 300 a, 307, 316,  
 370, 409 a  
 Müntz (Munizu) 28  
 Nachtesheim 17



- Nassau 148  
 Neffelbach 23 a, 82  
 Nemmenich 74  
 Nesselrode 419 a  
 Nettesheim 117 a, 252,  
 369 a, 382, 404 a, 438,  
 Neuenahr 37, 41, 42, 50,  
 57—61, 65, 66 a, 89 bis  
 91, 161, 186, 188 a, 209,  
 367 a, 376 a, 400, 401 a,  
 408 a, 419, 428, 429  
 Neuenherse 305 a  
 Neukirchen 16 a, 56 a,  
 328 a  
 Neuß 4 a, 6 a, 8, 76 a,  
 93 a, 100 a, 141, 175 a,  
 312, 317 a, 331 a, 389,  
 438  
 Nideggen 18, 22, 23 a, 73  
 bis 76, 88 a, 281, 290 a,  
 317 a, 356 a, 398, 403 a,  
 415, 416  
 Niederadenau 18  
 Niederbachem 64 a, 371 a  
 Niederberg 77, 321 a, 335,  
 341 a, 356 a, 357 a  
 Niederbollheim 331 a, 337 a  
 Niederbreisig 18  
 Niederdrees 56 a  
 Niederehe 178 a  
 Nieder-Embt 25  
 Nieder-Esch 16  
 Niederkastenholz 72, 387  
 Niederprüm 138 a  
 Niederwesseling 54  
 Niehl 196 a, 279 a, 311 a,  
 388, 438  
 Nierendorf 61, 127 a, 163,  
 410, 413  
 Niers 7 a, 8, 317  
 Nivelles 62 a, 63 a  
 Nievenheim 19, 51, 87,  
 413  
 Nievenheimergau 8, 30,  
 51, 85  
 Nörvenich 38, 42 a, 43,  
 49, 76 a, 80—82, 86,  
 169 a, 281, 316 a, 398,  
 402, 415, 416, 433  
 Notberg 215, 217  
 Nürburg 41, 42, 68 bis  
 70, 102 a, 107, 110, 111,  
 127 a, 160, 271, 272,  
 340, 416  
 Oberbachem 64 a, 117,  
 119 a, 158, 161, 178 a,  
 251  
 Oberbollheim 81  
 Oberdrees 71 a  
 Oberembt 20, 100 a, 317 a,  
 325 a, 346 a, 350 a, 416  
 Ober-Esch 16  
 Oberkail 70 a  
 Oberkastenholz 71 a  
 Oberkeldenich 281  
 Obermaubach 75, 88 a,  
 117 a  
 Oberpleis 196  
 Oberswist 93 a, 391, 438  
 Oberwinter (Winitorio)  
 13, 15, 59, 63  
 Odangau 15, 16, 17, 41,  
 42, 56, 63  
 Odendorf 77 a, 192  
 Odenhausen 213  
 Odenkirchen 165 a, 397 a  
 Oedingen (Adingahoven)  
 Odenhoven) 13, 15, 17,  
 61, 62 a, 63, 183 a  
 Oekoven 158, 252, 382  
 Ogehereshusen 251  
 Oidtweiler 163 a  
 Ollbrück 111  
 Ollsheim 81  
 Olne 242, 325 a, 350 a, 439  
 Oncale 15  
 Opladen 86 a, 97 a  
 Orr 276  
 Osenewe 300 a  
 Ossendorf 207 a, 376 a,  
 389  
 Osning 26, 33, 38, 43,  
 72 a, 253, 402, 404, 413  
 Ottenheim 20  
 Paffendorf 346 a, 367 a,  
 387, 438  
 Paland 214  
 Palenberg (Palenbach) 26  
 28  
 Palentz 423, 428  
 Palmersdorf 6 a, 191 a,  
 192, 194, 262, 263, 276 a  
 277, 389, 438  
 Pesch 160  
 Pfalz 9 a, 32—39, 59, 72,  
 144, 299 a, 401 a, 409,  
 423—30  
 Philippia 15  
 Pier (Pirina) 28  
 Pingsheim (Pinssem) 19,  
 25, 81, 113 a, 114, 212  
 Pissenheim 13, 17, 65  
 Pleis (Bleisa) 33 a, 288,  
 320 a, 329 a  
 Plittersdorf (Bliterestorp)  
 11  
 Poll 81  
 Porz 86 a  
 Poulheim 317 a, 345, 347 a  
 367 a, 382  
 Prüm 2, 5 a, 11 a, 60, 61,  
 66, 67 a, 68, 76 a, 84 a,  
 127, 128, 138, 151, 152,  
 156, 158, 160, 175, 183 a,  
 186, 201 a, 203 a, 204,  
 240, 242, 251, 256 a,  
 284, 285, 287 a, 302, 307  
 324, 359, 352,—3, 373,  
 386  
 — Nonnenkloster 138 a  
 — Stift 138, 151, 152, 154  
 Putzfeldhof 226 a  
 Pützfeld 161  
 Quinheim 396 a  
 Ramersbach 60  
 Ramershoven 60, 63 a, 373  
 Ramrath 252, 382, 437  
 Randerath 165 a, 295 a,  
 397 a, 436  
 Rateresdorf 11, 17 a  
 Rath 81  
 Rees 67, 93, 145, 166, 167,  
 209, 221, 330  
 Regensburg 151, 155  
 Reifferscheidt 68 a, 69 a,  
 70 a  
 Reims 160, 197  
 Reims-Kölner Straße 22 a  
 Rellinghausen 77 a, 84 a,  
 344 a  
 Remagen 13, 15, 17, 61,  
 62, 97, 310, 336  
 Rhein 8, 9 a, 11 a, 17 a  
 Rheinbach (Reginbach) 60  
 107, 158, 373  
 Rheinberg 327, 328  
 Riboariensis comitatus 28  
 Ringen 15, 60, 63  
 Rintweg 288



- Rödingen (Hrodinga) 25,  
28  
Roer 22, 23 a, 24, 402 a,  
403  
Roergau 29  
Roggendorf 436  
Roidt bach 60 a  
Roidsdorf 103 a  
Roitzheim 22 a, 23 a, 24,  
73 a  
Rolandseck 64 a, 415  
Rolandswerth 145, 311,  
325 a, 326, 433, 434  
Rolshoven 101 a  
Rommelsheim 81, 82 a,  
263, 285, 436  
Rommerskirchen 51, 52,  
85, 87, 185, 282, 382  
Rondorf 192, 194, 196 a,  
202, 205 a, 209 a, 319 a,  
339 a, 340 a, 344—346,  
348, 367 a, 368  
Rördorf (Ruodesthorp) 28  
Rösberg 54, 164 a, 196 a,  
198, 203, 207, 209 a,  
285 a, 400  
Rosellen 117 a, 317 a, 438  
Rottes 184, 185  
Röttgen 8 a  
Rövenich 75  
Ruhr gau 7 a, 86 a, 104,  
108, 295 a  
Ruhr gaudekanat 4 a  
Rukesheim 73 a  
Rüingsdorf (Rinnigiso) 10  
Ruodesthorp 28  
Ruwer 256 a  
Rynistorp 10 a  
  
Saffenberg 42, 43, 44, 54,  
61, 66, 67 a, 88, 168,  
286, 315, 326, 398 a,  
401, 437  
Salm-Reifferscheidt 398 a  
Sarna 12  
Satzvey 284, 360, 361, 389,  
392, 393  
Sayn 44, 45, 46, 47, 54,  
55, 113, 148, 161, 301,  
302, 308 a, 316 a, 375 a,  
411 a, 412, 422, 433, 434  
Schaven 356 a, 357 a  
Schenkenhof — Obermau-  
bach 117 a  
Schillingskapellen 147  
Schivelberg 73—75, 85,  
186, 212, 423, 427  
Schleiden 400  
Schwadorf 109 a, 180 a,  
186, 197, 201, 202, 205,  
210, 257, 279 a, 309,  
321 a, 330 a, 341 a, 366,  
370, 420, 436  
Schwarzrheindorf 100 a,  
147, 148, 165, 301 a, 331  
410 a, 411 a  
Schweinheim 56 a  
Schwerfen 74  
Sechtem 54, 55, 117 a,  
180 a, 182 a, 183 a, 186 a,  
196 a, 262, 416 a  
Siegburg 77 a, 78 a, 97,  
101 a, 138, 142, 144, 154  
149, 196, 287, 295 a,  
300 a, 301 a, 308—310,  
316 a, 317, 319 a, 321 a,  
329 a, 331, 336, 364, 433  
Sieglar 145 a  
Siellhof-Kleinenbroich  
181 a, 188  
Sievernich 23 a, 74  
Sinnersdorf 179, 184, 188,  
189, 213, 276, 280, 318 a,  
341 a, 342 a, 367 a, 368 a,  
383, 384, 413  
Sinzig 14, 59 a, 61, 62,  
252, 253  
Sombreff 111  
Soest 3 a, 140 a  
Soller 19, 74, 77 a  
Sponheim 46, 169, 277,  
426  
Stablo 47 a, 95, 96 a, 106 a,  
115 a, 287 a, 298 a, 299 a,  
336  
Stablo-Malmedy 127 a, 318  
Staffel 285 a  
Stapelhof-Sechtem 180 a,  
182 a, 186 a  
Steinfeld 37 a, 167, 169,  
245, 313, 317 a, 325,  
341 a, 349 a, 352 a, 364 a,  
366 a  
Sterrenhof-Junkersdorf  
274  
Straßfeld 12, 20, 21  
Stollberg 161, 215, 216,  
217, 218, 277, 420  
Stommeln 9, 207 a, 317 a,  
341 a, 342 a, 345 a, 347 a,  
368 a  
Stotzheim 377 a  
Subweiler 117 a  
Süchteln 317 a, 325 a, 350 a  
Stils 145 a  
Stirst (Sursa) 12, 16 a, 20,  
21, 56 a, 71, 328 a  
Stürth 196 a, 335 a, 339 a,  
341 a, 345 a, 346 a, 348,  
359 a, 363 a, 367 a, 369 a,  
418  
Swist 16, 71, 279, 389  
Swistbach 22  
Swistgau (Tustensis pa-  
gus, Zucstachgowe) 7 a,  
15, 16, 18, 26, 30, 41, 42,  
56, 63, 127  
Swisterberg 56 a, 200,  
317 a, 321 a, 344 a, 355 a,  
363 a, 384, 391, 394, 395  
417  
Tetz 107  
Tomburg 9 a, 34 a, 56 a,  
71, 107, 207, 270, 301 a,  
331, 376 a, 405, 406  
Todenfeld 16 a  
Trier 18, 45, 47 a, 70, 127,  
132, 158, 256 a, 282, 324  
391 a  
— S. Maximin 70, 132,  
162 a, 242, 336 a, 352 a  
Troisdorf 25 a, 41 a  
Türnich 428  
Tüschbroich 290 a  
Tustensis pagus 16  
Tutshoven 16  
Tuttel 16 a  
  
Uedesheim 279 a, 389  
Uedorf 262  
Uelpenich 74  
Uiersfeld 68 a, 69 a  
Uess 69 a  
Unkel (Oncale) 11, 15, 17,  
103, 163 a, 251  
Unkelbach (Unchabechi)  
13, 62  
Urfeld 53, 103 a, 117 a,  
182 a  
Urit 73 a

- Vaevernich 41 a, 73 a, 275 a  
 Verdum 54 a  
 Verkensrath 117 a, 178 a  
 Verkeshof 52 a  
 Vernich 36 a, 41 a, 73 a, 75, 164 a, 191 a, 193, 194, 198, 201, 259, 260, 261, 268, 275 a, 397, 399, 400  
 Vettelhoven 60  
 Vettweiß (Wishe) 19, 74, 76, 77 a, 118 a, 120, 122 a, 317 a, 356 a, 418  
 Vianden 161  
 Vicht 402 a  
 Ville 10, 16, 25, 34, 54, 55, 79, 253  
 Villich 32 a, 38, 127, 128, 133, 135, 159 a, 167, 219 a, 301 a, 304, 313, 315, 316 a, 317 a, 319, 321 a, 329 a, 341—343, 350 a, 356, 366 a, 373, 387, 428  
 Villip (Philippia) 15, 58, 60, 63, 161, 251  
 Vingstbach 18  
 Virneburg 67 a, 76, 111, 113, 179 a, 301, 397, 401 a, 414  
 Virmich 41 a  
 Vischel 68, 161  
 Vlatfen 74 a  
 Vochem 279 a, 341 a, 344 a, 345 a, 346 a, 359 a, 363 a, 367 a, 369 a  
 Vorst 438  
 Wachendorf 251  
 Wadenheim 14, 57, 58, 59 a, 63, 65, 71, 86 a, 90, 209, 376  
 Wahlen 341 a  
 Wallberberg 54, 177 a, 181 a, 196 a, 207 a, 209, 252, 262, 266, 279 a, 285 a, 388  
 Waldgrafschaft 24, 39 a, 43, 49, 71, 75, 199, 401, 405  
 Waldorf 12, 38 a, 52, 53 a, 163 a, 434  
 Walhusen 437  
 Walporzheim 66 a, 117 a, 161, 167  
 Walscheid 100 a  
 Wanlo 416  
 Warden 117 a, 214, 277  
 Warte, Hohe 18  
 Wassenberg 167, 168, 295 a, 313, 326 a, 437  
 Wehebach 402 a  
 Weidenbach 285 a  
 Weidesheim 72, 117 a, 196 a, 210 a, 211 a, 279 a  
 Weilerswist 22, 23 a, 56 a, 163 a, 191 a, 196 a, 198, 200, 201, 203, 209, 252, 259, 260, 261, 265, 267  
 Welcherath 68 a, 69  
 Welderhof 117 a, 157, 162, 179 a, 387  
 Wensberg 65, 213, 215  
 Werden (Werthina) 127, 128, 130, 131, 157, 162, 169, 179 a, 230, 298 a, 305 a, 306 a, 310, 311, 316, 324, 333 a, 386, 387  
 Wesseling 9, 10, 207, 262, 428  
 Wevelinghoven 164 a, 168, 208 a, 279 a, 397, 399, 400, 409 a, 410 a  
 Weyer 71 a, 260  
 Wichterich (Wihetracha) 19, 60 a, 76, 234 a, 285, 286, 338, 346 a, 363 a  
 Wickrath 300 a, 308 a, 309 a, 316 a, 409 a, 410 a  
 Widdig 52, 53 a, 182 a, 262, 277  
 Wied 105  
 Wil 28 a  
 Wilhelmstein 215, 217, 218  
 Willare 27  
 Willere 14  
 Williolvesdielin 14  
 Winden 419  
 Winitorio 15  
 Winterberg 192, 235, 301 a, 376 a, 405, 406  
 Wirben 409 a, 410 a  
 Wirt 68 a, 70 a  
 Wishe 19  
 Wissersheim 81, 82 a, 341 a  
 Wißkirchen 74, 77  
 Witterschlick 55  
 Wolfsgraben bei Altenahr 65, 71, 85, 213  
 Wollersheim 76, 317 a, 346 a, 356 a, 357 a, 363 a, 367 a, 369 a  
 Wormersdorf 16, 60, 63 a  
 Worringen 8, 100 a, 196 a, 207 a, 257, 258, 276 a, 279 a, 280, 317 a, 330 a, 341 a, 364 a, 388, 436  
 Xanten 3 a, 4 a, 94, 95 a, 102, 138, 150, 228, 299 a, 309 a, 312, 336, 337, 371  
 Zingsheim 71 a  
 Zissendorf 33 a  
 Zievernich 23 a  
 Zier (Curnilo) 27  
 Zons 207 a, 343 a, 351 a, 367 a, 387 a  
 Zucstachgowe 16, 26, 30  
 Zülpich 4, 6 a, 20—23, 26, 33, 41 a, 72, 73 a, 74, 76, 79, 86, 87, 114 a, 138 a, 185, 186, 197, 208, 212, 317 a, 366 a, 367 a, 387 a, 403, 415, 423 bis 429  
 — Stadtgericht 6 a, 186, 208  
 Zülpichgau (Cuelpekowe) 2, 4 a, 10, 15, 20, 23, 24, 25, 30, 32, 35, 37 a, 38, 41, 43, 49, 50, 57, 72, 73 a, 75, 76 a, 77, 79, 80, 83, 85, 302, 307, 411, 423  
 Zülpich, Grafschaft 20, 33, 41, 403  
 — Dekanat 4, 21, 24, 83

### Nachtrag.

Die oben S. 80 ausgesprochene Annahme, daß Berrenrath nicht ursprünglich zum Gericht Lechenich gehört habe, bestätigt sich durch folgende Nachricht: In Berrenrath besaß das Kloster Burbach den Fronhof. Es übte dort auch Antast- und Zivilgerichtsbarkeit aus. Vogt war der Graf v. Hülchrath (Akten des Klosters 3, S. 1, a. 1629 und Msc. B 90, fol. 8, a. 1298). Berrenrath ist also erst nach dem Erwerb der Grafschaft Hülchrath durch Köln dem näher gelegenen Lechenich aus praktischen Gründen der Verwaltung unterstellt worden.

### Druckfehler.

- S. 34, a. 104; 38, a. 118; 44, a. 143; 45, a. 151 lies MG. SS, statt MG. S.  
S. 113, a. 362 lies comitatu statt comitatu.  
S. 242, Z. 2 v. u. lies Olne statt Gln.  
S. 293, a. 4 lies Sachwalter statt Sachverwalter.  
S. 306, Z. 2 v. o. lies onnem statt omnen.
-